C 21734 E



Wer ermordete Issam Sartawi (PLO)? S. 6

Arbeiterkampf

Jg. 13 Nr.233 2.5.83
ZEITUNG DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES
4 DM
Förderpr. DM 5

Zur Geschichte des Antisemitismus S. 36

Volksentscheid gegen „Nachrüstung"!

Seit der Kölner Konferenz der Friedensbewegung am 16./17. April ist der Vorschlag einer Volksentscheid-Kampagne gegen die Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen in der Diskussion. Als erster großer Verband hat inzwischen der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) gefordert, daß die Bundesregierung sich vor Stationierungsbeginn einer Volksabstimmung stellen soll. Noch vor der Sommerpause, so der BBU, sollte im Bundestag eine entsprechende Entschließung verabschiedet werden.

In weiteren Verbänden, insbesondere

Entschließung verabschiedet werden.
In weiteren Verbänden, insbesondere
in der Grünen Partei, wird gleichfalls diskutiert, ob man sich der Forderung nach einem Volksentscheid anschließen will. Das ist zum Teil noch umstritten, wobei verschiedene Argumente wie auch bestimmte Parteiinteressen eine Rolle spielen.

Die Forderung nach einer Volksabstimmung konfrontiert die Regierung Kohl mit der durch eine Vielzahl von Umfragen festgestellten Tatsache, daß sie für den Vollzug der Stationierung keine Mehrheit in der Bevölkerung hinter sich hat. Sie entzieht ihr damit die falsche Legitimationsbasis, als hätte sie mit dem Wahlergebnis vom 6. März auch ein Mandat für die „Nachrüstung" erhalten. Die Regierung kann dadurch in dieser Frage zu einem klaren Offenbarungseid gezwungen werden. Farbe bekennen müssen wird angesichts der Forderung nach einer Volksabstimmung auch die SPD: Will sie wirklich die Stationierung der neuen Raketen verhindern oder will sie im Gegenteil zur politischen Durchsetzung der Stationierung beitragen, indem sie sich scheinbar an die Spitze der Proteste setzt, um sie im Sande verlaufen zu lassen?

Eine Schlüsselrolle kommt den Grünen zu: Werden sie bereit sein, die Forderung nach einem Volksentscheid über die „Nachrüstung" so bald wie möglich als parlamentarische Initiative in den Bundestag zu tragen, oder werden sie diese wichtige politische Chance zerreden und kaputtzögern?

Was bisher an Argumenten gegen eine Volksentscheid-Kampagne vorgebracht worden ist, vermag jedenfalls nicht zu überzeugen. Da wird zum einen angezweifelt, ob es bei einer Volksabstimmung denn wirklich eine Mehrheit gegen die „Nachrüstung" geben würde. Wenn solche Zweifel ausgerechnet aus dem DKP-nahen Spektrum vorgebracht werden, wo man sich ansonsten nach außen hin sehr selbstsicher gibt, daß „das Volk" gegen die „Nachrüstung" sei, leidet allerdings die politische Glaubwürdigkeit. Das Hauptproblem der DKP mit dem Volksentscheid-Vorschlag scheint aber zu sein, daß diese Idee nicht im DKP-Parteivorstand entstanden ist und darum — ähnlich wie die Blockade-Aktionen an Militärstandorten — erst einmal sehr mißtrauisch beäugt wird.

Ein anderes Argument zweifelt grundsätzlich das Mittel des Volksentscheid an: Dabei sei eigentlich immer nur Schlechtes herausgekommen. Auf diese Weise könne man auch eine Mehrheit für die Todesstrafe bekommen. Es ist inkonsequent, daß Kritiker, die so argumentieren, sich nicht auch gegen die Abhaltung allgemeiner Wahlen wenden, deren Ergebnisse schließlich auch nicht gerade nach unserem Geschmack sind. Wer so argumentiet, muß wohl davon ausgehen, daß die Bevölkerung reaktionärer und gefährlicher ist als die regierenden Politiker.

Wie man dann aber noch die „Nachrüstung" verhindern will, müßte von den Kritikern des Volksentscheid-Vorschlags erklärt werden.

Wir veröffentlichen in diesem AK den Vorschlag des KB zu einer Volksentscheid-Kampagne, der der Kölner Konferenz vorlag, einen Bericht über die Kölner Konferenz und eine Stellungnahme von Jo Leinen (BBU).

Siehe Seiten 3 bis 5.

Bullen prügeln für Kühnen

Zu brutalen Bullen- Übergriffen und Hundeeinsätzen gegen Antifaschisten kam es am späten Nachmittag des 30.4.83 in Bad Bergzabern/ Rheinland Pfalz, als etwa 200 Antifaschisten die „braune Maifeier" der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten" (ANS) verhindern wollten. Zum Auftakt der von Kühnen schon lange angekündigten Mai- Provokationen dieser Bande hatten sich etwa 2 Dutzend Nazis in einer Kneipe in Bad Bergzabern (30 km von Karlsruhe entfernt) versammelt, um vor der zahlreich erschienenen Presse ihre provokative Veranstaltung „1.Mai 33 - 1.Mai 83: 50 Jahre Sozialismus der Tat" mit öffentlicher Präsentation einer „ANS- Betriebsorganisation" durchzuziehen.

Als ab 16.30 Uhr die ersten Antifaschisten in Bad Bergzabern ankamen, wurde das Bullenaufgebot immer mehr verstärkt, bis endlich eine ganze Hundertschaft, verstärkt durch 6 SEK- Polizisten und mehrere Hunde, den 200 Antifaschisten gegenüberstanden. Mehrfach kam es zu Ausfällen der Polizei, die Hunde wurden losgelassen und mindestens 3 Antifaschisten wurden gebissen, eine(r) so schwer, daß sie/er im Krankenwagen weggefahren werden mußte. Dieser Polizeieinsatz steht in denkwürdigem Gegensatz zu den Versprechungen, die die für die Verfolgung der Nazis Verantwortlichen noch wenige Tage zuvor der Öffentlichkeit gemacht hatten. Man werde dafür sorgen, daß der Spielraum der Bande maximal eingeschränkt werde, das Verbot der ANS werde ernsthaft geprüft, und was dergleichen Schnacks mehr geäußert wurden. Es steht zuvermuten, daß diese erste Kundgebung in Bad Bergzabern nicht die einzige Aktivität der angereisten etwa 120 Nazis bleiben wird.

Fortsetzung S. 18

Der stern magazin hat die falschen Tagebücher!

Wir veröffentlichen die echten!

Nicht ohne kollegiale Häme notieren wir: Der STERN ist dem größten Schwindel seit der Fälschung der Jesus-Memoiren durch Paulus aufgesessen. Was er für teures Geld als „Hitlers Tagebücher" sich hat andrehen lassen, ist ein plumpes Falsifikat, das auf Anordnung Hitlers in den letzten Kriegsmonaten hastig zusammengeschmiert werden mußte. Um alle Spuren zu verwischen, ließ Hitler die Pseudo-Tagebücher schließlich zusammen mit Tonnen von Aufzeichnungen und Dokumenten aus dem von der Roten Armee eingekreisten Berlin ausfliegen. Durch Vermittlung des Schweizer Bankiers Genoud, ein bekannter Rechtsradikaler mit glänzenden Verbindungen zur linken Terror-Internatioale und zu östlichen Geheimdiensten, wurden die Machwerke Jahrzehnte später dem STERN zugespielt.

Die e c h t e n Tagebücher Hitlers fielen, wie vom „Führer" geplant, der anrückenden Roten Armee in die Hände und wurden sofort vom KGB unter Verschluß genommen. Als nach dem Tode Stalins die Kritik an dessen Politik einsetzte, fürchteten hochkarätige KGB-Funktionäre, daß die Tagebücher der Fraktion Chruschtschows in die Hände fallen und finstere Flecken auf das Bild ihres verehrten Meisters Stalin werfen könnten. Sie ließen sie deshalb in einer Nach-und-Nebel-Aktion nach China schaffen, wo sie später im Geheimtresor der „Viererbande" landeten. Auf nicht näher zu beschreibenden Wegen wurden sie nach der plötzlichen Verhaftung der Vier Ende 1976 dem ARBEITERKAMPF zugeleitet. Obwohl uns damit eine enorme Auflagensteigerung und der qualitative Sprung aus den roten Zahlen absolut sicher gewesen wären, entschlossen wir uns, die heißen Papiere n i c h t zu veröffentlichen. Allzu brisant und gefährlich schien uns ihr Inhalt. Nach dem Anlaufen der Publikation der lächerlichen Falsifikate im STERN müssen wir das uns selbst auferlegte Schweigen brechen. Kommerzielle und finanzielle Aspekte durften selbstverständlich bei dieser Entscheidung keine Rolle spielen. Uns geht es ausschließlich um die geschichtliche Wahrheit. Wir beginnen daher ab ARBEITERKAMPF Nr. 234 mit dem Abdruck der e c h t e n Hitler-Tagebücher.

Die erste große Überraschung: Hitlers Tagebücher sind seit Mitte 1937 auf russisch und in kyrillischen Schriftzeichen geführt. Der seit einer vorübergehenden Erblindung durch Giftgas im Ersten Weltkrieg von krankhaftem Mißtrauen und paranoischen Visionen geplagte Hitler notierte dazu am 10. Juni 1937: „*Bin mir sicher, daßPusselchen* (= Eva Braun) *in meinen Privatsachen herumschnüffelt. Eifersüchtiges Huhn. Nicht auszudenken, wenn sie dabnei meine streng geheimen Tagebücher finden würde. Ich werde ab sofort meine Notizen in russischer Sprache und Schrift festhalten*".

Fortsetzung S. 2



Neuer Personalausweis—
Schlüssel zum Computerstaat

Am 15.3. verabschiedete der Bundestag das neue Personalausweisgesetz, wonach ab 1.11.1984 der maschinenlesbare Personalausweis eingeführt werden soll. Das ist ein neuer Schritt zur Verdatung der Republik. Dies zeigt, daß mit der vorläufigen Verschiebung der Volkszählung nur ein erster Schritt getan ist.Wir veröffentlichen ein Dokument eines Mitarbeiters aus dem Projektvorbereitungskreis, das das ganze Ausmaß dieses Schrittes deutlich macht.

Fortsetzung S. 16

„Kulturbolschewismus"

AK-Serie über antifaschistiche Exilliteratur

Ein bundesdeutscher Amtsrichter untersagte die Aushändigung einiger Bücher an einen inhaftierten Totalverweigerer, da es sich um „*Terroristenliteratur*" handele (1). Die Autoren der Bücher waren: Heinrich Heine, Alfred Döblin, Heinrich Mann... Dies geschah im Januar 1983, wenige Tage vor dem 50. Jahrestag der Machtzuschiebung an den Faschismus, wenige Monate vor dem 50. Jahrestag der Bücherverbrennung, deren Opfer neben anderen auch die Bücher waren von Heinrich Heine, Alfred Döblin, Heinrich Mann...

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933: Es haben sich hier einige Irrtümer — teils von interessierter Seite verbreitet — hartnäckig gehalten, die meist darauf hinauslaufen, in diesem Spektakel ein sehr überraschendes, eigentlich nicht vorhersehbares und überhaupt gänzlich aus dem sonstigen Geschehen herausragendes Ereignis zu sehen.

Fortsetzung S. 32

Der stern magazin hat die falschen Tagebücher! Wir veröffentlichen die echten!

Fortsetzung von S. 1

Zweite Überraschung und eigentliche Sensation der in unserem Besitz befindlichen e c h t e n Tagebücher: Hitler arbeitete seit spätestens Herbst 1934 für den KGB und in engster Abstimmung mit Stalin (in den Tagebüchern als „Jupp", „Schnauz" oder „ER" bezeichnet), mit dem er durch Brieftauben und Telepathie korrespondierte. Hitler hatte sich angeekelt vom Nationalsozialismus abgewendet, als er in den ersten Monaten nach der „Machtübernahme" erleben mußte, wie wenig ernst es den meisten seiner Gefolgsleute mit der Zerschlagung des Hitler zutiefst verhaßten Kapitalismus war. Eine Aufzeichnung vom 27. Juni 1934 belegt Hitlers Umorientierung: „*Röhm, diese perverse Sau, setzt seine SA nur für schmutzige Tricks ein. Läßt die Bande sich an Marxisten und Juden austoben, um das deutsche Volk vom Kampf gegen die plutokratischen* kapitalistischen) *Blutsauger abzulenken. Hat der Herr sich fein ausgedacht. Der hat sich doch von Thyssen, Krupp und Flick* (sic!) *einkaufen lassen. Aber man wird mich kennenlernen. Ich werde sofort alle nötigen Befehle geben, um den ganzen Verein am 30. Juni zum Teufel zu schicken*".

Wie im Laufe der folgenden Jahre dann aus Hitler der brilliante Star-Agent des KGB wurde, der in den geheimsten Karteien Moskaus unter dem Decknamen „Charly" geführt wurde, werden Sie, liebe Leserinnen und Leser, in den kommenden Monaten dem ARBEITERKAMPF entnehmen können. Auch die bisher nie geklärte Frage, ob Hitler sich 1945 wirklich umbrachte, wird beantwortet werden.

Lesen Sie im ARBEITERKAMPF 234: Hitlers geheimes Programm zur Zerschlagung des Kapitalismus. Hitler über Hindenburg: „verkalktes reaktionäres Arschloch". Hitlers vergebliche Versuche, die antisemitischen Ausschreitungen der SA zu verhindern. Und: Der gefangene Ernst Thälmann empfängt einen geheimnisvollen Besucher.

23 / 28 MEI HENGELO

FESTIVAL SOSJAAL PROTEST TWENTE

DOE WAT 83

Stichting "DOE WAT" tel. 074-423777



Ein von niederländischen Jugendlichen organisiertes internationales „Tu Was"-Festival wird vom 23. bis einschließlich 28. Mai in Hengelo (nahe der bundesdeutschen Grenze in der Höhe von Bentheim) stattfinden.

Auf dem Programm des „Film-, Aktions-, Musik- und Graffiti-"Festivals stehen:

23.5.: Eröffnung und Nachtkonzert

24.5.: Jugendarbeitslosigkeit

25.5.: Diskriminierung von Minderheiten

26.5.: Wohnungsnot und Kraakbewegung

27.5.: Drohender Faschismus, politische Gefangene, Antimilitarismus

28.5.: Jugendkultur, Graffiti-Tag (der Hengeloer Einzelhandel empfiehlt sein Sprühdosen-Sortiment in einschlägigen Farben). Zum Abschluß ein Nachtkonzert.

Für den 27.5. ist außerdem eine internationale Demonstration gegen Atomkraftwerke, Atomwaffen, Faschismus und Militarismus geplant. Wer mit einem Bild-, Film-, Wort- oder sonstwie Beitrag teilnehmen oder auch nur schlicht „dabeisein" will, kann sich anmelden bei der

Initiatiefgroep DOE WAT '83
Deldenerstraat 25a
NL - Hengelo (0).

DieVeranstalter stellen Lautsprecheranlagen, Filmprojektoren, Video und offene Podien zur Verfügung. Auch Schlafplätze können vermittelt werden.

Niederlande-Kommission

Berichtigung

In den Artikel „Mehrheit für die ‚Nachrüstung'?" (AK 232, S.8/9) sind zwei schlimme Satzfehler plaziert worden. Beide befinden sich auf der S. 8, rechte Spalte. In dem mit „*Zwar, wenn der Osten angreift* ..." beginnenden zweiten Absatz muß es richtig heißen: **„... die uns gemeinsam mit Großbritannien (75%) mal wieder eine internationale Spitzenstellung bescheinigte (Frankreich: 57%, Italien 48%)"**. Im AK sind die Prozentzahlen für GB und Frankreich leider vertauscht worden. Im selben Absatz, einige Zeilen später, muß es heißen: **„... war die Zahl der Wehrunwilligen sogar auf 71,1% gewachsen"**. Im AK ist stattdessen von „Wehrwilligen" die Rede.

Von geringerer Bedeutung ist ein weiterer Fehler: In dem direkt folgenden Absatz muß es richtig heißen: „*Denkt man das Problem zuende, so ergibt sich: Zwar bekennt sich (auf dem Papier) eine große Mehrheit zur Landesverteidigung ...*".

Und abschließend soll auch nicht verschwiegen werden, daß der Artikel im Manuskript die Überschrift trägt: **„Mehrheit gegen die ‚Nachrüstung'?"**. Aus dem „gegen" ist im AK ein „für" geworden.

Neues zum Willkür-Paragraphen 99 — diesmal:

SPION GEGEN SPION

Seit einigen Tagen steht Flemming Sörensen, dänischer Journalist mit Wohnsitz Flensburg, in Düsseldorf vor dem dortigen Oberlandesgericht. Die Anklage wirft ihm „geheimdienstliche Agententätigkeit" für die DDR vor - strafbar nach § 99. Der Verlauf der Verhandlung fördert nicht nur die Absurdität der Anklage zutage - der Angeklagte, prominentes Mitglied der dänischen Friedensorganisation „Nej Til Atomvaben", entpuppt sich als Mitarbeiter des „Bundesnachrichtendienstes" (BND, zeitweilig), des „Bundesamtes für Verfassungsschutz" (VS, zeitweilig), des CIA (zeitweilig) und des dänischen militärischen Nachrichtendienstes (ständiger Mitarbeiter, bis heute).

Eine waghalsige Anklage

Anfang September 1982 ist F. Sörensen verhaftet worden - obschon der Haftbefehl mehrere Wochen alt war und die Aussage der entscheidenden, weil einzigen Belastungszeugin mehrere Monate den Behörden vorlag. Seitdem sitzt er in Untersuchungshaft, sämtliche Anträge auf Haftentlassung wurden abgelehnt.

Heute hat sich herausgestellt, daß die Beschuldigungen der Bundesanwaltschaft (und des „VS") zig Seiten füllen über allerlei Verdächtigungen - so soll Sörensen Willy Brandt bespitzelt haben, dann wieder Egon Bahr und einen Staatssekretär im Verteidigungsministerium und so weiter. An Tatsachen und Fakten zur Beweisführung des Verstoßes gegen § 99 liegt nichts vor. Außer der Aussage seiner langjährigen Ex-Freundin Nadja D. Diese verfolgt den Journalisten nach dessen Aussage seit ihrer Trennung, um ihn zu „vernichten".

Die Aussage selbst ist in sich sehr widersprüchlich und bezieht sich im Wesentlichen auf „Gehörtes" im Rahmen der damaligen Beziehung zu F. Sörensen.

Die ersten Tage der Verhandlung: Eine unglaubwürdige Kronzeugin!

Trotz eines eindringlichen Appells des Gerichtes an die Hauptzeugin, bei der Wahrheit zu bleiben und eventuell die Möglichkeit des Widerspruchs in Betracht zu ziehen, bereitete die Ex-Freundin gerade wegen ihres Übereifers der Bundesanwaltschaft eine große Pleite: Sie verwickelte sich wiederholt in Widersprüche, konnte ein von ihr selbst vorher angegebenes Mikro-Film-Versteck in ihrer Wohnung bei einem Ortstermin nicht wiederfinden; schließlich berichtete sie zum Erstaunen der Experten, daß sie in der Lage wäre, Zahlen mit bloßem Auge auf Mikrofilmen entziffern zu können. Die Zeugenvernehmung von Nadjas nächsten Verwandten bestätigten die Unglaubwürdigkeit der 31-jährigen.

Trotz dieser Merkwürdigkeiten, die selbst die Anklagebehörde einräumen mußte, lehnte das Gericht den erneuten Antrag der Verteidigung auf Haftverschonung ab. Diese Parteilichkeit trat schon zutage, als eingangs ein Experte der Sicherheitsbehörden geladen wurde, der auch schon im Prozeß gegen H. Gaßmann seine schändliche Rolle gespielt hatte: Der Herr Fetten, seines Zeichens Abteilungsleiter im „VS".

Ein CIA-Agent in der Friedensbewegung?

Die Verhandlung wurde mit einem Paukenschlag eröffnet: In einer Erklärung der Anwälte Maeffert (Hamburg), Reinicke (Köln) und Jörgensen (Kopenhagen) enthüllten diese, daß Flemming Sörensen noch Mitarbeiter des dänischen militärischen Nachrichtendienstes, bzw. des CIA, des BND und des VS teilweise gewesen sei. Daher sei ausgeschlossen, daß Sörensen für die DDR gearbeitet haben könnte. Der Angeklagte selbst bestätigte diese Angaben in seiner 1. Einlassung vor Gericht, aber er „*lehnte ab, näher auf seine Tätigkeit für den dänischen militärischen Nachrichtendienst einzugehen, weil er - wie er sagte - gegenüber den dänischen Stellen und der dänischen Regierung loyal bleiben wolle*". („Der Nordschleswiger", 20.4.83)

Diese Neuigkeiten sind sicher nur die Spitze des Eisberges. Zwar betont F. Sörensen seine „Loyalität" zur dänischen Regierung bzw. zum dänischen Geheimdienst. Allerdings ist er ja von BRD-Geheimdiensten angeklagt, sollte das ohne Abstimmung oder gar gegen den dänischen Geheimdienst geschehen sein? Was soll dann diese Loyalität? Unabhängig ist es für die Friedensbewegung wichtig, daß Sörensen aus seinem halben einen ganzen Schritt macht und tatsächlich auspackt (vielleicht beim BND und CIA angefangen).

Dabei ist z.B. folgendes von Interesse:

- „Nej Til Atomvaben" ist keine unbedeutende Friedensorganisation - sie war Mitveranstalter der 1. Bonner Demo am 10.10.81, sie ist gern gesehener Partner der Organisationen um den holländischen „Interkirchlichen Friedensrat" (IKV), „Aktion Sühnezeichen" u.ä. In den führenden Gremien von „NtA" war F. S. zu Hause, er galt als ihr Pressesprecher. Stand seine Tätigkeit für den „Nachrichtendienst" in irgendeinem Zusammenhang mit seiner Tätigkeit in der Friedensbewegung? Wenn ja, welche konkreten Aufgaben hatte er?
- F. S. ist in seiner lokalen Arbeit wesentlich dadurch aufgefallen, daß er als zügelloser Antikommunist hinter jeder Aktion der Friedensbewegung eine moskaugesteuerte Zielsetzung vermutete. Insbesondere mußten wir dies anläßlich des Ostermarsches 1982 erleben.

Gab es einen Zusammenhang zwischen diesen Geschehnissen und seiner Agententätigkeit?

Darüber hinaus ist „Nej til Atomvaben" selbst gefragt, wie sie zu diesem loyalen Mitarbeiter des dänischen Staatsapparates steht. (Alle Angaben nach: „Der Nordschleswiger", 15.4. - 27.4.83)

hn, Flensburg

Impressum

Herausgeber, Druck und Verlag: Hamburger Satz- und Verlags-Kooperative GmbH, Lindenallee 4, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19; ☎: Redaktion/Verlag 040/435320, Aboverwaltung 040/435346; V.i.S.d.P.: Heinrich Eckhoff, Verlagsanschrift; Abonnementspreis jährlich DM 60,-, halbjährlich DM 33,- (als Förderabo jährlich DM 100,-, halbjährlich DM 50,-); Bezahlung im Abruf, sonst PSchA Hamburg 27175-203 oder Dresdner Bank Hamburg, BLZ 200 800 00, Kt. 4 810 685 00.
Einzelpreis DM 4,-; erscheint vierwöchentlich. Bei Nichterscheinen durch höhere Gewalt keine Entschädigung.
Auflage dieser Ausgabe: 6000
Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitschrift so lange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist.

3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung:

,,Volksversammlungen'' am 22.10.

700 Personen aus dem ganzen Bundesgebiet waren am 16./17.4. in Köln zur 3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung zusammengekommen, um über gemeinsame Herbstaktivitäten im Stationierungsjahr der neuen Mittelstreckenraketen zu beraten.

Konkret beschlossen wurde die Planung einer Aktionswoche mit abschließenden Großaktionen am 15.-22. Oktober. Gleichzeitig sollen in dieser UNO-Abrüstungswoche in allen Stationierungsländern, den USA und Nicaragua ähnliche Aktivitäten stattfinden.

Starke Beifallsstürme erntete ein Sprecher der ,,Freeze-Kampagne'' aus den USA, als er den Anwesenden zurief, gemeinsam werde man die ,,Nachrüstung'' verhindern. Unverständlicherweise gab es in der Debatte über eine Volksentscheidkampagne gegen die ,,Nachrüstung'' ausgerechnet aus den Kreisen des Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit (KOFAZ) skeptische Stimmen, ob dafür überhaupt eine Mehrheit zu gewinnen sei. Vergessen wurde auf der Konferenz jede Vorplanung für den im Dezember geplanten Stationierungsbeginn; nicht einmal eine neue Aktionsberatung ist bislang angesetzt. (Das läßt sich sicherlich nachholen, oder?).

1. Die Aktionswoche

Wenig umstritten war der Vorschlag aus der ,,Bonner Frühstücksrunde'' (praktisch ein zentrales Koordinationsgremium aus 25 Personen, die aus unterschiedlichsen Organisationen mit zentralerem Gewicht — wenn auch etwas wilkürlich ausgewählt — stammen) für die Aktionswoche vom 15.-21. Oktober. Danach sollen am Samstag, dem 15.10., überall dezentrale Auftaktaktionen stattfinden; dann sollen sich ein ,,Tag der Kirchen'' (16.10.), ein ,,Tag der Frauen'' (17.10.), ein ,,Tag des Antimilitarismus'' (18.10.), ein ,,Tag der Arbeiter'' (19.10.) und ein ,,Tag der Schulen'' (20.10.), schließlich noch ein ,,Tag der Ministerien'' anschließen. Die Aktivitäten sollen über einen zentralen Ausschuß (ähnlich wie die ,,Frühstücksrunde zusammengesetzt) koordiniert werden. Die Grünen sind beauftragt, eine Debatte im Bundestag zu initiieren. Die Planung der einzelnen Tage wurde am ersten Konferenztag in verschiedenen Arbeitsgruppen beraten, die Planung liegt aber noch keineswegs fest.

Am 28./29.5. wird es ein bundesweites Treffen zu Planung von Aktionen des zivilen Ungehorsams geben (in Frankfurt: Kontaktstelle Graswurzelwerkstatt, Rote Straße 40, 34 Göttingen, Tel. 0551/43345). Gleichzeitig sollen dort Aktivitäten des Antimilitarismustages koordiniert werden.

Ebenfalls am 28./29.5. wird es ein Treffen der Frauen geben (in der Kölner PH).

2. Noch einmal nach Bonn?

Zentraler Streitpunkt auf der Konferenz war der Vorschlag aus sozialdemokratischen und KOFAZ-Kreisen, die Aktionswoche wiederum mit einer zentralen Großaktion in Bonn zu beenden. Bis zu 1 Million Teilnehmer könnte man dort erwarten, hieß es bei den Vordiskussionen. SPD-Kreise in der ,,Frühstücksrunde'' untermauerten diesen Vorschlag mit der Drohung, das dort sonst SPD und Gewerkschaften eventuell alleine demonstrieren würden.

Die KOFAZ-Kreise hatten ebenfalls im Vorwege in ihrem Spektrum dazu aufgefordert, sich einhellig für Bonn stark zu machen. Im Rundbrief des KOFAZ (vom 5.4.) hieß es dazu:

,,Wir werden wieder nach Bonn gehen müssen, um mit einer riesigen Volksversammlung für den Frieden am 22. Oktober '83 den Raketenbefürwortern demonstrativ das Mandat für die Stationierung zu entziehen''. Etwas vorwitzig hatte die ,,Friedenszeitung'' des KOFAZ (Nr.1/83) schon behauptet, daß die Friedensoffensive im Herbst *,,dann am 22. Oktober '83 in der größten Friedensdemonstration unseres Volkes gipfeln wird''.* Im Rundbrief in Schleswig-Holstein war die Bonner Demonstration im Terminkalender sogar schon ausgedruckt. *,,Die Friedensbewegung in unserem Land wird umso erfolgreicher sein,''* formulierte das KOFAZ (im Rundbrief vom 23.3.83), *,,je mehr es gelingt, die parlamentarischen und politischen Institutionen unsres Landes durch kraftvolle Aktionen unter Druck zu setzen''.*

Auf der anderen Seite hatten die 500 Teilnehmer des Beratungstreffens zur Einrichtung einer Koordination des zivilen Ungehorsams (im Januar in Frankfurt) dieses erneute Bonner Unternehmen ebenso einhellig abgelehnt. Angesichts der bereits von den Herrschenden fest ins Auge gefaßten Stationierung bezeichnete Alexander Schubart (,,Aschu'') eine solche reine Appellationsdemonstration als ,,ungeeigneten Rückschritt''.

,,Aschu'' war in der Arbeitsgruppe ,,Standorte'', wo ein erheblicher Teil der Kritiker des Bonner Konzeptes zusammengekommen war, zu ihrem Sprecher im Plenum bestimmt worden. Die Arbeitsgruppe hatte sich bei ihren Beratungen für einen Vorschlag der Hamburger Friedenskoordination ausgesprochen, statt in Bonn an 3 Orten zentral zu demonstrieren, und zwar an Stationierungsorten bzw. zentralen Militäreinrichtungen. Selbst in der ,,Frühstücksrunde'' waren vor der Kölner Konferenz die Meinungen geteilt: nur 13 (von 25) hatten sich für Bonn als alleinigen zentralen Demonstrationsort ausgesprochen.

Am 2. Tag versuchten die Bonn-Befürworter, alle möglichen und unmöglichen Argumente zusammenzutragen: man wolle Bonn als *,,politisch zentralen Stationierungsort'' ,,belagern''*, ja sogar *,,24 Stunden unregierbar''* machen u.ä. Phantastereien (von Ministerien-Besetzungen war i.Ü. nicht die Rede). Da es absehbar war, daß ein solches Unternehmen von einem erheblichen Spektrum der Friedensbewegung nicht mehr mitgetragen würde, unterbreitete Jo Leinen (BBU) einen Kompromißvorschlag: neben Bonn sollten noch 2 weitere zentrale ,,Volksversammlungen'' (in Nord- und Süddeutschland) stattfinden; die Demo-Orte sollten auf regionalen Konferenzen bestimmt werden.

Für die Kritiker erklärte Alexander Schubart, daß dieser Kompromiß ,,schweren Herzens'' (einschließlich Bonn) akzeptiert werden könne, wenn umgekehrt das sozialdemokratische- und das KOFAZ-Spektrum dies mittragen könnten. Das wurde zwar noch von einem Juso-Sprecher in den ,,Kompromiß'' umzubiegen versucht, daß es dann neben der zentralen Aktion in Bonn ja auch zwei weitere geben könne, aber der Vorschlag von Jo Leinen kam mit breiter Mehrheit durch. Zum errsten Male hatten die SPD- und KOFAZ-Kräfte einen deutlichen Kompromiß mit radikaleren Kräften über eine Aktionsplanung treffen müssen.

Zwar gibt es bei ihnen immer noch Überlegungen, ob sie sich nicht zentraler auf Bonn orientieren sollen; trotzdem wird es zu einer gemeinsamen Vorbereitung der Nord- und Süddemonstration kommen.

Für den Süden wird ,,Ohne Rüstung leben'' zu einem Treffen am 4. bzw. 5. Juni nach Stuttgart einladen.

Für die Nordregion (Niedersachsen, Hamburg und Schleswig-Holstein) haben das Hamburger Forum und die Hamburger Friedenskoordination zugesagt, sich um die Vorbereitung gemeinsam zu kümmern. Sie wollen vorschlagen, sich am 4./5.6. zu treffen und vorher Vorschläge zu sammeln und zu verschicken, damit schon vorher in den Friedensgruppen darüber beraten werden kann.

3. Die Aufruf-Debatte

Am Abend des 1. Konferenztages kam es erneut zu Meinungsverschiedenheiten, jetzt um den Aufruf für die Aktionswoche. Ein solcher Aufruf hat nach dem üblichen Verfahren wenig agitatorischen Wert, sondern gibt mehr die Plattform wieder, auf die sich nach jeweiligem Stand die Friedensbewegung (mit Mühen) verständigen kann. Trotzdem erhielt der Vorschlag von Jürgen Reents (GAL, MdB), der spontan eingebracht wurde, nämlich einen kurzen agitatorischen Text gegen die Raketen-Stationierung zu verwenden, immerhin die Zustimmung eines Drittels der Teilnehmer. Die dann auftretenden Streitigkeiten um den Aufruf waren teilweise nur noch für ,,Spezialisten'' zu durchschauen. Gegenüber dem Aufruf zum 10.6. vergangenen Jahres (dessen Verabschiedung die Grünen zum Eklat machen wollten) hatte der Vorbereitungskreis sich bemüht, von vornherein ,,ausgewogener'' zu formulieren.

Auf der einen Seite war die Auseinandersetzung um Afghanistan, Polen, die DDR-Friedensbewegung kein Streitpunkt mehr; auf der anderen Seite war die eindeutige Verurteilung der US-Interventionspolitik ebenso verwässert worden, und auch die ausdrückliche Solidarität mit den Befreiungsbewegungen war herausgelassen worden. Eine Aufforderung ,,zu ernsthaften'' Verhandlungen in Genf war angesichts des Verlaufs der Verhandlungen auch nicht mehr zu finden (obwohl vor dem 10.6. das linke Spektrum in dieser Frage ausdrücklich runtergestimmt worden war).

Trotz der in der ,,Frühstücksrunde'' reichlich vorhandenen KOFAZ-Vertreter war ein Aufruf herausgekommen, der peinlichst ausgewogen die Forderungen an ,,Ost und West'' richtete. Selbst die Tatsache, daß die neuen Mittelstreckenraketen im Rahmen einer Strategie für einen auf Europa begrenzten Atomkrieg stehen, war anfangs ,,vergessen'' worden. Der Koordinationsausschuß und eine Arbeitsgruppe ,,Aufruf'' hatten dann noch eine ganze Reihe von (kleineren) Verbesserungen formuliert, die in der Regel auch die mehrheitliche Zustimmung fanden.

Krach gab es nur an einer Stelle: Wolfgang Biermann (SPD-Adlatus Weißkirchens, SPD-MdB), Ulrich Frey (Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden) und Henning Schierholz (jetzt Grüne, früher SPD) drohten mit ihrem Ausstieg und erzwangen am 2. Tag die Neuaufnahme der Aufruf-Debatte. Ohne Begründung forderten sie die Streichung der Passage, die schlicht die unbestreitbare Tatsache benannte, daß die USA eine Strategie der ,,Enthauptung'' der Sowjetunion, d.h. die Mög-

Fortsetzung nächste Seite

Vorschlag für eine Volksentscheidkampagne gegen die »Nachrüstung«

1. In wenigen Monaten soll die Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen in Europa gemäß dem NATO-Doppelbeschluß von 1979 beginnen. Es ist zu erwarten, daß örtliche Vorbereitungen für die Stationierung schon in allernächster Zeit konkrete Gestalt annehmen werden.

2. Daß sich der Stationierungsbeginn durch den Verlauf der Verhandlungen in Genf erledigt oder zumindest zeitlich verschiebt, ist nicht zu erwarten : Für eine Einigung sind die Positionen allzu kontrovers und unvereinbar. Die Basis des sowjetischen Vorschlags ist ein ungefähres Gleichgewicht von NATO und Warschauer Pakt in Europa, wobei als Anhaltspunkt die Zahl vorhandener britischer und französischer Atomraketen dienen soll. Die NATO hingegen fordert, daß ihr eine Überlegenheit zumindest in der zahlenmäßigen Größe der britischen und französischen Atomraketen zugestanden werden müsse, indem diese in den Verhandlungen unberücksichtigt bleiben sollen. Die Sowjetunion soll zur Abrüstung verpflichtet werden, während die USA nach wie vor ihre Erstschlag-Atomraketen in Europa stationieren wollen. Diese sogenannte ,,Zwischenlösung'' bestätigt, daß es der NATO von Anfang an überhaupt nicht um eine Verhandlungslösung, sondern lediglich um einen Vorwand für die beschlossene Stationierung von Pershing 2 und Cruise Missiles in Europa gegangen ist.

3. Zusammen mit der für die nächsten Jahre geplanten und z.T. bereits angelaufenen ,,konventionellen Nachrüstung'' der NATO soll die Fähigkeit entstehen, einen Krieg in Europa ,,erfolgreich'' führen zu können und damit die Sowjetunion vollständig erpreßbar zu machen. Die Gefahr, daß die neuen Waffen nicht nur stationiert, sondern auch eingesetzt werden, ist groß. Der aktuelle Stand der Waffentechnologie macht die V e r h i n d e r u n g eines Krieges durch Verweigerung zu einem noch viel schwierigeren Problem als in der Vergangenheit - und schon in der Vergangenheit ist Kriegsv e r h i n d e r u n g durch Massenwiderstand eigentlich niemals und nirgendwo gelungen. Der flotte Spruch ,,Stell dir vor, es ist Krieg und keiner geht hin'' impliziert eine gefährliche Unterschätzung des Problems - zumal bei der Art von ,,Blitzkrieg'', den die NATO für Europa vorprogrammiert, nach unsere Zustimmung ohnehin nicht lange gefragt werden wird. Umso wichtiger ist es, die allergrößten Anstrengungen zu unternehmen, um die atomare (und konventionelle !) ,,Nachrüstung'' der NATO, die in Wahrheit eine Kriegsrüstung ist, zum Scheitern zu bringen.

4. Kann die Friedensbewegung gegen die ,,Nachrüstung'', die größte und wichtigste politische Bewegung seit Bestehen der BRD, die Stationierung der neuen Mittelstrecken-Raketen noch verhindern ? Nach allen bisherigen Erfahrungen muß man die Chancen dafür sehr skeptisch beurteilen. Die Geschichte demokratischer und antimilitaristischer Bewegungen in der BRD verzeichnet viele schwere Niederlagen (Gründung der Bundeswehr/Remilitarisierung, Atomwaffen-Stationierung in der BRD, Notstandsgesetze u.a.m.), aber kaum echte Erfolge. Zu leichtfertigem Optimismus ist demnach kein Anlaß. Das Interesse der herrschenden Klasse an der ,,Nachrüstung'' ist so groß, daß sie den Widerstandsaktionen nicht leicht nachgeben wird. Dies umso mehr, weil der aktive Widerstand voraussichtlich auch in diesem Fall nicht mehr als eine letztlich doch relativ kleine Minderheit der Gesellschaft erfassen wird. Selbst die Unterschriftensammlung zum Krefelder Appell, die unverbindlichste und zugänglichste Form des Protestes, hat noch nicht einmal 10% der Wahlberechtigten erfaßt.

5. Unser stärkstes Argument und unsere stärkste Waffe im Kampf gegen die ,,Nachrüstung'' haben wir bisher noch gar nicht praktisch ins Spiel gebracht. Gemeint ist die Tatsache, daß nach sämtlichen bekanntgewordenen Meinungsumfragen und ähnlichen Untersuchungen keine Mehrheit im Volk für den NATO-Doppelbeschluß besteht und daß die konkrete Stationierung sogar von einer klaren Mehrheit der Bevölkerung abgelehnt wird. **Um diese Mehrheit wirklich zu einem politischen Faktor zu machen, ist die Forderung nach einem Volksentscheid über die ,,Nachrüstung'' das einzige geeignete Mittel.** Zugleich würden wir mit dieser Forderung ausdrücken, daß nicht bloß die ,,Nachrüstung'', sondern überhaupt die Überlebensfragen von Krieg und Frieden d i r e k t vom Votum der Bevölkerung abhängig gemacht werden müssen.

6. Die Bundesregierung wird selbstverständlich alles tun, um eine Volksabstimmung über die ,,Nachrüstung'' zu verhindern. Sie gerät dadurch aber in den größtmöglichen Druck, weil sie so zu dem Offenbarungseid gezwungen werden kann, daß sie die ,,Nachrüstung'' g e g e n den Mehrheitswillen des Volkes durchsetzen will. Die Bundesregierung würde vollständig der Möglichkeit beraubt, sich für ihre ,,Nachrüstungs''-Politik auf das Wahlergebnis vom 6.März zu berufen.
Wir halten es jedoch noch keineswegs für ausgemacht, daß der Bundesregierung die Verhinderung und gar das Verbot eines Volksentscheids gegen die ,,Nachrüstung'' gelingen würde. Auf jeden Fall sind die Möglichkeiten gut, die SPD auf die Unterstützung der Forderung zu verpflichten. Denn die SPD muß sich in den nächsten Monaten irgendwie zwischen Zustimmung und Ablehnung zur Raketen-Stationierung durchlavieren - und durch die Ablehnung der schlichten demokratischen Forderung, das Volk selbst entscheiden zu lassen, würde sich die SPD höchst unglaubwürdig machen. Die Forderung nach einem Volksentscheid könnte somit in den kommenden Monaten zum Kristallisationspunkt einer noch nicht dagewesenen Polarisierung der bundesdeutschen Gesellschaft werden, in deren Ergebnis sich vielleicht doch noch eine Chance zur Verhinderung der Stationierung eröffnet.

7. Unser Vorschlag steht selbstverständlich nicht alternativ zu den anderen Formen des Widerstands, zumal auch die Forderung nach einem Volksentscheid der Unterstützung durch vielfältige Massenaktionen bedarf. Es wäre allerdings umgekehrt fatal, wenn die Möglichkeit der Volksentscheid-Forderung jetzt überflüssig zerredet und verschleppt würde. Die Zeit bis zum vorgesehenen Stationierungs-Beginn ist knapp und muß unbedingt optimal genutzt werden. Eine entscheidende Signalfunktion könnte es haben, wenn die Bundestagsfraktion der GRÜNEN, gemeinsam mit ,,Nachrüstungs''-Gegnern unter den SPD-Abgeordneten, b a l d - m ö g l i c h s t eine parlamentarische Initiative für die Durchführung eines Volksentscheids unternehmen würden. Um wirkungsvoll zu sein, sollte eine Initiative unserer Absicht nach noch v o r der Sommerpause unternommen werden.

8. Wir bitten alle Teile der Friedensbewegung dringend, geeignete Formen und Mittel zu erörtern, mit denen die Forderung nach einem Volksentscheid in den kommenden Monaten vorangebracht werden kann.

KOMMUNISTISCHER BUND
c/o Hamburger Satz- und Verlagskooperative, Postfach 7685, 2000 Hamburg 19, Tel : 040/435320

Forts. von vorheriger Seite

lichkeit der Vernichtung dortiger Militärzentren ins Auge fassen.

Dies war i.Ü. die einzige Passage, die eine (einseitige) Bedrohung der Sowjetunion durch die NATO benannte. Mit großer Mehrheit ging dieses schlichte Erpressungsmanöver durch.

4. Volksentscheid-Kampagne wird diskutiert

Zu Beginn hatte der KB einen Vorschlag verteilt, der eine Kampagne für einen Volksentscheid gegen die „Nachrüstung" in diesem Jahr vorschlug. Möglichst noch vor der Sommerpause sollte es zu einer Initiative im Bundestag kommen (der Vorschlag ist nebenstehend dokumentiert). Die Idee eines Volksentscheides ist schon mehrfach in die Debatte gebracht worden: u.a. von Klaus Vack (Komitee für Grundrechte), dem ehemaligen Verfassungsrichter Simon, von Günter Grass in einer Report-Sendung. Der Vorschlag des KB enthielt darüber hinausgehend die Aufforderung, mit einer solchen Kampagne tatsächlich und unmittelbar zu beginnen.

Es wurde in Köln zu diesem Thema eine zusätzliche Arbeitsgruppe eingerichtet. In der Arbeitsgruppe gab es Pro/ und Kontra-Stimmen. U.a. machte sich die MLPD für den Vorschlag stark, die Kampagne über ein von unten zu entwickelndes Volksbegehren für einen Volksentscheid zu beginnen. Auf dem Plenum am 2. Tag wurde beantragt, zumindest eine kurze Diskussion zu dem Thema zuzulassen. Erst mit der Unterstützung von Jo Leinen (BBU) auf dem Podium wurde dem Antrag stattgegeben. Neben positiven Stimmen gab es aus den KOFAZ-Reihen zum einen den Hinweis, daß es ja schon den Krefelder Appell gebe, der auch eine Art Volksentscheid sei. Von einem Vertreter aus dem Hamburger Forums-Kreis wurde die Befürchtung geäußert, man könne eine tatsächlich durchgeführte Volksbefragung nicht gewinnen. Schließlich wurde ein Meinungsbild beantragt. Trotz nur kurzer Diskussion sprachen sich immerhin 1/3 bis 1/2 der Teilnehmer (Angaben nach unterschiedlichen Schätzungen) für eine solche Kampagne aus. Nahezu einhellig wurde beschlossen, daß der Vorschlag einer solchen Kampagne geprüft werden soll; der Koordinationskreis soll die Organisierung eines solchen Treffens unterstützen.

Damit ist der Vorschlag gleich zu Beginn auf erstaunlich positive Resonanz gestoßen.



Deutschland braucht wieder einen Bundeskanzler, der es packt.

Es ist an der Zeit: Sagt nein!

Keine neuen Atomraketen in unser Land!

Es ist an der Zeit: Sagt nein! Keine neuen Atomraketen in unser Land!

Die Zeit drängt: Die Stationierung von Pershing II und Cruise-Missile muß verhindert werden. Geht es nach den Plänen der US-Regierung, der NATO und der Bundesregierung, wird es Ende dieses Jahre so weit sein: Pershing-II-Raketen und Marschflugkörper sollen in unserem Land stationiert werden. Damit wird ein auf Europa begrenzter Atomkrieg denkbar. Das macht uns Angst.

Das Wettrüsten in Ost und West ist die größte Bedrohung für die Menschheit. Das System der gegenseitigen Abschreckung hat dazu entscheidend beigetragen. Jedes neue Waffensystem in Ost und West bedeutet nicht mehr, sondern weniger Sicherheit. Die Europäer sind in der Gefahr, wie die Bewohner von Hiroshima und Nagasaki, in einem atomaren Inferno vernichtet zu werden. Wir müssen aus der Geschichte lernen und uns rechtzeitig wehren.

Rüstung tötet schon jetzt — mit und auch ohne Krieg. Seit 1945 sind in über 150 Kriegen in der sogenannten Dritten Welt mehr Menschen getötet worden als im 2. Weltkrieg. Jede Minute werden weltweit 2,5 Millionen DM für die Rüstung ausgegeben; in der gleichen Zeit sterben 50 Menschen an Hunger. Während riesige Geldsummen in die Herstellung von Waffen gesteckt werden, fehlen diese Mittel zur Beseitigung der Armut, der Umweltzerstörung und der Arbeitslosigkeit.

Neue Atomraketen und Hochrüstung werden mit weiterem Sozial- und Bildungsabbau bezahlt. Rüstung schafft keine sicheren Arbeitsplätze. Im Gegenteil. Die Rüstungswirtschaft hat sich in der Vergangenheit als eine der größten Arbeitsplatzvernichter hervorgetan. Wir fordern den Stopp und die schrittweise Senkung des Rüstungshaushaltes, damit die freiwerdenden Mittel für soziale Zwecke und für ein umfassendes Beschäfti-

werdenden Mittel für soziale Zwecke und für ein umfassendes Beschäfti-

gungsprogramm eingesetzt werden können.

Das Wettrüsten fördert in Ost und West, in Nord und Süd die Militarisierung der Gesellschaften. Frauen sind hiervon besonders betroffen. Sie sollen nicht in die Militarisierung als Reservearmee einbezogen werden. Dies entspricht nicht ihrer Forderung nach Selbstbestimmung, nach Wahrung ihrer sozialen und politischen Rechte und Erhaltung ihrer Würde gegen tägliche Diskriminierung.

Frieden bedeutet mehr als die Abwesenheit von Krieg zwischen Staaten. Frieden ist ein Prozeß für Gerechtigkeit, für Verminderung und Beseitigung von Not, Elend und Gewalt, die Beseitigung rassischer, religiöser, wirtschaftlicher, sozialer und sexistischer Unterdrückung und Diskriminierung, die Gewährleistung der Menschenrechte und des Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen.

Weltweit haben die Friedensbewegungen einen großen Einfluß gewonnen. Ihr Rückhalt in der Bevölkerung wächst.

Die Friedensbewegung in der Bundesrepublik weiß sich mit der amerikanischen Friedensbewegung einig in der Forderung, Herstellung, Tests und Stationierung von Atomwaffen einzufrieren und gemeinsam keine neuen Atomraketen in Europa zuzulassen, unabhängig vom Ausgang der Genfer Verhandlungen. Alle Atomwaffen in und für Europa, einschließlich der sowjetischen SS 20, der französischen, britischen und amerikanischen Raketen, müssen abgeschafft werden. Die „Zwischenlösung" ist ein Trick, um die Aufrüstung in Raten durchzusetzen und die Öffentlichkeit zu täuschen. Jede „Zwischenlösung", die die Stationierung auch nur einer einzigen Pershing II oder Cruise-Missile beinhaltet, lehnen wir ab.

Wir rufen die ganze Bevölkerung auf: Informiert euch über die Gefahren! Werdet mit uns aktiv gegen die drohende atomare Vernichtung unseres Landes! Wehren wir uns gemeinsam gegen die Stationierung der neuen Atomraketen in unserem Land!

Wir appellieren, durch Aufklärung und vielfältige Aktionen zur Verbreiterung des Widerstandes beizutragen. Viele Menschen sind bereit, sich an gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams zu beteiligen. Ihr Handeln ist Ausdruck einer neuen Widerstandsbereitschaft in der Friedensbewegung.

Wir fordern von der Bundesregierung und den Regierungen der übrigen Mitgliedsländer der NATO:

1. Ihre Zustimmung zum Beschluß über die Stationierung neuer Mittelstreckenraketen Pershing II und Cruise-Missile zurückzuziehen. Damit soll der Weg für die Verringerung der Atom- und aller anderen Vernichtungswaffen in West- und Osteuropa eröffnet werden mit dem Ziel, einen wechselseitigen umfassenden Abrüstungsprozeß in Gang zu setzen. Jegliche Vorbereitungen der Stationierung müssen unverzüglich eingestellt werden.

2. Die Beseitigung aller in der BRD gelagerten chemischen Waffen.

3. Die Schaffung regionaler atomwaffenfreier Zonen in Europa, bei gleichzeitiger Verringerung der konventionellen Rüstungen in Ost und West; sofortige Senkung der Rüstungshaushalte zugunsten gesellschaftlich sinnvoller Produktion

4. Eine Politik der Entspannung, die die politischen, wirtschaftlichen und menschlichen Beziehungen fördert und ein Klima für weitere Abrüstungsschritte schafft.

5. Keine Rüstungsexporte und In-

schritte schafft.

5. Keine Rüstungsexporte und In-

terventionen. Das Elend der Länder der sogenannten Dritten Welt ist auch ein Ergebnis zunehmender Militarisierung.

Die großen Militärmächte, insbesondere die USA und die Sowjetunion, fordern wir auf:

1. Die Entwicklung, Erprobung, Herstellung und Stationierung aller Massenvernichtungswaffen sowie von Raketen, Flugzeugen und Schiffen einzufrieren, die als atomare Trägersysteme geeignet sind.

2. Darauf zu verzichten, durch neue Waffen oder Kriegführungsstrategien sowie den Ausbau von Erstschlagkapazitäten eine militärische Überlegenheit herzustellen.

3. Alle Massenvernichtungsmittel, also auch die chemischen, biologisch-bakteriologischen und Strahlenwaffen zu ächten und zu beseitigen.

4. Jede militärische Einmischung und Intervention in der sogenannten Dritten Welt zu unterlassen und die Emanzipationsbestrebungen nicht unter dem Vorwand des Ost-West-Konfliktes zu ersticken.

Die Gruppen der Friedensbewegung in der Bundesrepublik rufen für die Woche vom 15. bis 22. Oktober 1983, angesichts der drohenden Stationierung neuer Atomraketen und im Zusammenhang mit der UNO-Abrüstungswoche, zu vielfältigen und gewaltfreien Aktionen und Veranstaltungen auf. Während der ganzen Woche sollen verschiedene gewaltfreie Aktionen (wie z. B. Friedenscamps, Mahnwachen, Blockaden, Schweigeminuten) stattfinden.

Aktionswoche und Koordinierungsausschuß

Die Aktionen sollen zentral, regional und vor Ort über die ganze Woche hin oder mit täglich wechselnden Schwerpunkten geführt werden.

● Samstag, 15. 10.: Dezentrale Auftaktaktionen mit Friedensmärschen, Demonstrationen und Kundgebungen in allen Dörfern und Städten. Aktionen zu atomwaffenfreien Straßen, Plätzen, Gebäuden usw.

● Sonntag, 16. 10.: Widerstandstag der Kirche. Aktionen vor, in und mit Kirchen.

● Montag, 17. 10: Widerstandstag der Frauen, z. B. öffentliche Verweigerungsaktionen.

● Dienstag, 18. 10.: Tag des Antimilitarismus. Diskussionen mit Soldaten der Bundeswehr, Aktionen gegen Zivilschutz.

● Mittwoch, 19. 10.: Widerstandstag der sozialen Einrichtungen, der Arbeiter und Angestellten, Betriebe und Landwirte. Diskussionen mit Betriebsräten, Vertrauensleuten, Diskussionen von Betriebs- und Gewerkschaftsgruppen über Aufrüstung und Sozialabbau. Aktionen der Ärzte gegen Katastrophenmedizin.

● Donnerstag, 20. 10.: Widerstandstag der Schulen, Volkshochschulen und Universitäten.

● Freitag, 21. 10.: Widerstandstag der Ministerien, Parlamente, Stadträte und Parteigruppen.

● Samstag, 22. 10.: An diesem Tag finden parallel statt: „Volksversammlungen für den Frieden" in Nord-, West- und Süddeutschland.

Ein aus 26 Organisationen der Friedensbewegung gebildeter Koordinierungsausschuß wird die bundesweite Aktionswoche vorbereiten. In ihm sind u. a. vertreten: Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste, Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden, Ev. Studentengemeinden, Initiative Kirche von unten, BBU, DFG-VK, Komitee für Frieden, Zusammenarbeit und Abrüstung, Jungsozialisten, Jungdemokraten, SDAJ, VDS, DGB-Jugend, Grüne, Liberale Demokraten, DS, Frauen für den Frieden. Regionale Koordinationstreffen werden für Ende Mai einberufen.

Erste Stellungnahmen zum Vorschlag eines Volksentscheids

Helmut Ostermeyer

Für Deutschland geht es bei der Aufstellung von Mittelstreckenatomraketen um Sein oder Nichtsein. Das deutsche Volk hat ein natürliches und unveräußerliches Recht, über die sogenannte Nachrüstung selbst zu entscheiden, auch in den Bundesländern, deren Verfassungen keinen Volksentscheid vorsehen. Die Menschen in Deutschland sind nicht gewillt, sich erneut durch einen Angriffskrieg ins Unglück stürzen zu lassen. Die Bundestagswahlen beweisen nicht das Gegenteil, weil der Wahlkampf um die Arbeitslosigkeit geführt würde.

Helmut Ostermeyer ist Familienrichter aus Bielefeld und durch seine Ausführungen zum Widerstandsrecht bekannt geworden (zum 1.Mai im Zusammenhang mit Grohnde)

Rote Fahne / MLPD

„Die MLPD unterstützt die Idee eines Volksentscheids, weil wir darin ein entscheidendes Mittel sehen, um das Bewußtsein der werktätigen Bevölkerung von der lebensbedrohenden Gefahr eines atomaren III. Weltkriegs wachzurütteln und darüber hinaus den Ausweg zur Verhinderung dieses Kriegs sowie zur Beseitigung aller Kriege aufzuzeigen. Das Volksbegehren für einen Volksentscheid ist eine geeignete Form zur Entwicklung einer Massenbewegung und kann schließlich unmittelbar zu politischen Kämpfen gegen die Stationierung überleiten...

Die Initiative von oben durch die Aktionskonferenz muß mit einer breiten Initiative von unten beantwortet werden, so daß es in möglichst kurzer Zeit gelingt, für eine Konferenz zum Volksentscheid zu mobilisieren sowie Trägerorganisationen, Experten und Persönlichkeiten für die Durchführung zu gewinnen."

aus : Rote Fahne, 23.4.83

Betr.: Vorbereitung der norddeutschen Regionalkonferenz der Friedensbewegung

Liebe Friedensfreundinnen und -freunde!

Die 3. Aktionskonferenz der Friedensbewegung, die am 16./17.4. 83 in Köln stattfand, hat beschlossen, daß die Aktionswoche vom 15.-21. 10. 83 durch 3 zentrale „Volksversammlungen für den Frieden" am Sonnabend, den 22.10., abegeschlossen wird.

Neben Bonn soll eine solche Volksversammlung jeweils in Norddeutschland und Süddeutschland stattfinden; die Orte dafür sollen auf Regionaltreffen bestimmt werden.

Auf der Konferenz wurde vorgeschlagen, daß erst einmal von den norddeutschen Friedenskräften gemeinsam die Organisierung eines regionalen Treffens für Norddeutschland in die Hand genommen werden könnte.

Mit diesem Schreiben wenden wir uns deshalb an alle Friedensinitiativen, -gruppen, Organisationen und Interessierte in Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen und Hamburg.

Als Termin für die Regionalkonferenz schlagen wir das Wochenende 4./5. Juni 1983 vor. Alle anderen Termine vor den Sommerferien sind bereits mit anderen friedenspolitischen Aktivitäten belegt (Pfingsten: Festival der Jugend; Bundesweites Treffen „Widerstand an Standorten" in Frankfurt; Kirchentag in Hannover; Festival „Jugend gegen Kriegsdienst" usw.).

Wenn dieses Regionaltreffen gut vorbereitet wird, könnte dann noch vor der Sommerpause das Konzept und Ort für eine solche Aktion in Norddeutschland feststehen.

Wir sind bereit, die Regionalkonferenz in Hamburg zu organisieren; es können aber auch andere Vorschläge gerne gemacht werden.

Damit Aktionskonzepte nicht erst auf der Konferenz selbst vorliegen und auch die anderen wichtigen Punkte vorher örtlich diskutiert werden können, laden wir zu einer ersten Vorbesprechung für den 14. Mai (Sonnabend) um 14 Uhr nach Hamburg in die Innocentiastraße 21 (Souterrain) ein. Dort können folgende Punkte besprochen werden:

— Modalitäten zur Einladung zur Aktionskonferenz
— Ablauf der Regionalkonferenz (Tagesordnung)
— Leitung der Regionalkonferenz
— Einsetzung eines norddeutschen Arbeitsausschusses
— Zusammenstellung von Unterlagen für die Regionalkonferenz
— Aufruf/Aufrufer

Danach könnte die eigentliche Einladung zur Regionalkonferenz samt vorliegenden Aktionsvorschlägen verschickt werden.

Falls ihr am 14. Mai verhindert seid, sendet uns eure Ideen und Vorschläge bis zum 13.5. schriftlich zu, damit ab Mitte Mai für alle Interessierten eine Vorbereitungsmappe zur Verfügung steht (reproduzierbare Vorlagen).

Die Initiative zur Vorbereitung der Regionalkonferenz haben bisher ergriffen:

Friedensinitiative (FI) Bauer-Verlag, FI Hoheluft-West, Arbeitsgrppe (AG) der Friedensinitiativen HH-Nord, Aktion Sühnezeichen HH, DFG-VK, LV HH, DFU LV HH, DKP Bez. HH, El Salvador-Kommittee HH, Initiative „Frauen in die Bundeswehr — Wir sagen Nein!", GAL HH, Hamburger Friedenskoordination, Jungsozialisten LV HH, Pax-Christi-Basisgruppe HH, SDAJ LV HH, SHB LV HH, SJD-Die Falken LV-HH

Einzelpersonen (Funktionsangaben dienen nur der Information):Hinrich Feddersen, Haro Frank (MdBü), Leo Hajen (MdBü), Angela Kroll, Ingrid Kurz, Horst Meyer, Ursula Mayer, Ursula Pohl, Günter Rabe, Olaf Riegel, Peter v. Spreckelsen (Vorst. Uni-ASTA HH), Uwe Voigt.

Kontaktadressen:
DFG-VK, HH, Innocentiastr. 21, 2000 Hamburg 13, c/o Ullrich Cremer, Tel: 040/45 59 80
Jungsozialisten, LV HH, Kurt-Schumacher-Allee, 2000 Hamburg 1, Tel: 040/24 31 80
Hamburger Friedenskoordination, c/o Bernd Kruse, Jungfrauenthal 16, 2000 Hamburg 13, Tel: 040/47 63 21
Pax-Christi-HH, c/o Giesela Wiese, Bebelallee 7a, 2000 HH 60,Tel: 040/470 410

Jo Leinen (BUU) : Volksbefragung: Der plebiszitäre Aufstand gegen die Nato-''Nachrüstung''

Welche Strategie muß die Friedensbewegung wählen, damit die Stationierung der Pershing 2 und Cruise Missiles doch noch verhindert werden kann ?

Über diese Frage zerbrechen sich viele Friedensinitiativen seit Monaten den Kopf. Die Ausgangslage ist nicht gerade rosig. Die Mehrheit der Bundesbürger/innen hat am 6.März unter dem Eindruck der Wirtschaftskrise und der Arbeitslosigkeit einen vermeintlichen „Aufschwung'' wählen wollen und damit eine konservative Regierung an die Macht gebracht, die sich außenpolitisch als treuer Vasall der USA begreift. Da die CDU/CSU die Allianz mit den USA quasi als Bestandteil unserer Verfassung begreift, ist in wesentlichen außenpolitischen Fragestellungen keine eigenständige Politik der Bundesrpublik zu erwarten. Für die NATO-„Nachrüstung'' bedeutet dies, daß die Bundesregierung diejenige Anzahl von Mittelstreckenraketen akzeptiert, die von den USA zur Stationierung in der Bundesrepublik vorgesehen sind. In den letzten Wochen ist erneut klar geworden, daß die USA ein grundsätzliches Interesse am Vorhandensein moderner Mittelstreckenraketen in Westeuropa hat und ein Ergebnis der Genfer Verhandlungen gar nicht wünscht. Die sogenannte „Zwischenlösung', die in den Medien als „flexible Haltung'' der Amerikaner am Verhandlungstisch dargestellt wird, ist in Wirklichkeit ein Sieg der Falken in der US-Administration. Jetzt steht fest, daß auf alle Fälle eine gewisse Anzahl von Pershing 2 und Cruise Missiles stationiert werden sollen, nur der Optik halber nicht alle auf einmal sondern ratenweise.

Bürgerinitiativen fordern Volksbefragung zur Nachrüstung

F.A.Z. FRANKFURT, 24. April. Der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) fordert von der Bundesregierung, eine Volksbefragung zur Nato-Nachrüstung durchzuführen. Dies hat der BBU-Vorstand am Wochenende in Bonn beschlossen. Nach Ansicht des BBU zeigten Meinungsumfragen, daß die Mehrheit der Bürger gegen neue Atomwaffen ist. Das Ergebnis der Bundestagswahl könne deshalb nicht als Mandat der Bevölkerung zur Stationie-
destagswahl könne deshalb nicht als Mandat der Bevölkerung zur Stationie-
rung neuer Masseuvernichtungswaffen angesehen werden. Der BBU forderte den Deutschen Bundestag auf, noch vor der Sommerpause eine Volksbefragung zur Nato-Nachrüstung zu beschließen. Der BBU werde zusammen mit anderen Organisationen der „Friedensbewegung" die Diskussion über eine solche Volksbefragung vorantreiben.

aus: FR, 25.4.83

Die Ausgangslage der Friedensbewegung in allen fünf Stationierungsländern (Großbritannien, Italien, Belgien, Holland, Bundesrepublik) ist ziemlich ähnlich : Überall sind konservative Regierungen an der Macht, die sich dem Willen der USA unterordnen und von sich aus der Stationierung neuer Atomwaffen zustimmen werden. Wie läßt sich letztlich unter diesen Umständen eine Situation herstellen, die eine Stationierung politisch undurchführbar macht ?

Die Friedensbewegung hat in den letzten drei Jahren drei Phasen durchlaufen, die teilweise zu einer Verbreiterung und teilweise zu einer Verschärfung des Widerstands geführt haben.

Die frühe **Appellationsphase** mit der Sammlung von Unterschriften gegen die NATO-„Nachrüstung'' hat sicherlich das Verdienst, daß viele Menschen über die Gefahr eines Atomkrieges informiert und angesprochen werden konnten. Eine Unterschrift kostet nicht viel, aber sie bietet immerhin an Büchertischen, bei Versammlungen, bei Hausbesuchen, usw. eine Brücke zur Diskussion mit anderen Menschen. Der „Krefelder-Appell'' hat seine Schuldigkeit getan. Auch wenn statt der ca. 4 Millionen Unterschriften die doppelte Anzahl hinzukäme, würde damit keine Regierung, kein Parlament und keine Partei zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen. Trotzdem, für die vielen Menschen, die noch nicht einmal mit einer Unterschrift gegen die Aufrüstung konfrontiert worden sind, kann die Appell-Aktion einen Einstieg in die Friedensdiskussion bedeuten.

2. Die anschließende **Demonstrationsphase** mit zwei zentralen Großdemonstrationen in Bonn und etlichen dezentralen Demonstrationen zu Ostern und anderswo hat den politischen Druck auf die Regierenden verstärken können. Auf die Straße gehen und demonstrieren ist in diesem Land noch immer etwas Außergewöhnliches. Daß am 10.10.81 ca. 300.000 Menschen in Bonn zusammengekommen sind, hat zumindest in den Reihen der SPD und des DGB zu einem Vorantreiben der Diskussion über die atomare Aufrüstung geführt. Die Demonstration am 10.6.82 zum NATO-Gipfel in Bonn war zwar größer, in ihrer politischen Wirksamkeit aber bereits merklich geringer. Diese Demonstration war lediglich im Stäkervergleich mit der Pro-USA-Demonstration der CDU interessant und hatte das Verdienst, das kunstvoll aufgebaute Image von Ronald Reagan als Friedensengel und „Freund der Europäer'' durch den Protest von 500.000 Menschen in den Augen der Weltöffentlichkeit zu relativieren. Diese Demonstration ist deshalb auch in den USA mehr beachtet worden als bei uns.
Auch wenn wir zum Abschluß der Aktionswoche am 22. Oktober 1 Million Menschen auf die Beine bringen sollten, - ein qualitativer Schritt zur Verhinderung der „Nachrüstung'' wird dies nicht mehr sein. Trotzdem, diese Massenmobilisierungen sind auch weiterhin nützlich, weil die Breite der Friedensbewegung gezeigt werden kann und viele Menschen zum ersten Mal an
densbewegung gezeigt werden kann und viele Menschen zum ersten Mal an
einer Demonstration teilnehmen und so vielleicht den Zugang zur Friedensbewegung finden.

3. Seit der Blockade des Atomwaffenlagers Großengstingen im Sommer 1982 deutet sich die **Phase der direkten gewaltfreien Aktionen des zivilen Ungehorsams** als Speerspitze des Widerstands gegen die neuen Atomwaffen an. Die Fortführung dieser Blockadestrategie am 12.12.82 und Ostern 1983 haben in der Öffentlichkeit breite Aufmerksamkeit gefunden, wohl auch überwiegend Sympathie und Unterstützung. Das konnte jedoch nicht verhindern, daß zumindest in Baden-Württemberg und in Bayern der Staat mit einer Kriminalisierung der Blockade-Teilnehmer und einer Verschärfung des Demonstrationsrechtes durch die Einführung einer Demonstrations-„Gebühr'' (auch Polizeikostenverordnung genannt) geantwortet hat. Diese innenpolitische Abschreckungs-Politik hat bereits jetzt dazu geführt, daß im Umfeld der Friedensbewegung die Blockaden eher vom Fernsehschirm aus verfolgt werden, als daß sich zehntausende daran beteiligen würden.
Trotzdem, der zivile Ungehorsam, der Boykott, die Verweigerung und der Streik sind diejenigen Aktionen, die im Herbst 83 zu einer weiteren Veschärfung des politischen Drucks führen können. An den einzelnen Widerstandstagen der Aktionswoche vom 15.-22. Oktober müssen diese Aktionsformen auf breiter Basis begonnen werden. Aktionen in Kirchengemeinden, Schülervollsversammlungen gegen den Willen des Schuldirektors, ein Warnstreik in einzelnen Betrieben, Blöckaden vor ausgesuchten Einrichtungen des Militärsystems können zu einer erheblichen Intensivierung der innenpolitischen Auseinandersetzung über die NATO-„Nachrüstung'' führen.

Aber wird das alles reichen, um die Stationierung neuer Atomwaffen tatsächlich zu verhindern ? Auch mit der größten Mobilisierung wird es kaum gelingen, mit traditionellen Aktionsformen mehr als ein bis drei Prozent der Bevölkerung zu aktivieren. Es muß auch damit gerechnet werden, daß die Kriminalisierung des zivilen Ungehorsams sehr schnell zu einer Einschüchterung führt und nur noch wenige Aktiven sich bei solchen Aktionen aufopfern.

4. Die Friedensbewegung muß deshalb eine vierte Widerstandsphase eröffnen, und zwar mit einem plebiszitären Aufstand durch eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomwaffen.
Der übergroße Teil der Friedensbewegung ist sich in der Einschätzung einig, daß die NATO-„Nachrüstung'' nur p o l i t i s c h verhindert werden kann. Gegen den Willen der Bundesregierung und des Parlaments wird dies nur machbar sein, wenn es uns gelingt, einen Großteil oder sogar die Mehrheit der Bevölkerung gegen die atomare Aufrüstung zu mobilisieren. Die Chancen hierzu sind nicht schlecht. Alle Meinungsumfragen zeigen, daß die Mehrzahl der Bundesbürger/innen zwar die Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der NATO befürwortet, die Stationierung neuartiger Atomwaffensysteme aber ablehnt. Es ist die Aufgabe der Friedensbewegung, diese Mehrheit wahrhaftig deutlich zu machen und als politisches Kapital in die Endauseinandersetzung um die Stationierung einzubringen.
Mit den herkömmlichen Aktionsmethoden bleiben wir immer eine Minderheit. Mit einer Volksbefragung könnte der Durchbruch in breite Schichten der Bevölkerung gelingen. Alle Beispiele
der Durchbruch in breite Schichten der Bevölkerung gelingen. Alle Beispiele
der vergangenen Jahre zeigen, daß eine plebiszitäre Kampagne einen enormen Mobilisierungsschub erzeugt. Bürgerentscheide zur Stadttangente in Tübingen, zum Flugplatz in Biberach, zur Autobahn in Konstanz und insbesondere das Volksbegehren gegen die Starbahn-West haben einen großen politischen Druck erzeugen können und sind (außer bei der Startbahn) meistens erfolgreich abgeschlossen worden.

Volksentscheide sind in der Verfassung nicht vorgesehen. Hierzu müßte der Bundestag mit Zwei-Drittel-Mehrheit eine Verfassungsänderung beschließen. Eine „konsultative'' Volksbefragung dagegen ist verfassungsrechtlich zulässig und kann durch ein Gesetz mit der einfachen Mehrheit des Bundestags beschlossen werden. Zwar steht auch eine „konsultative'' Volksbefragung nicht in der Verfassung, dies heißt jedoch keineswegs, daß sie rein juristisch unzulässig wäre. Die Auflösung des Bundestags trotz vorhandener politischer Mehrheiten steht auch nicht in der Verfassung, wurde aber vom Bundesverfassungsgericht wegen einer neuartigen politischen Konstellation durch Verfassungsinterpretation für zulässig erklärt. In der Verfassung steht der Grundsatz, daß „alle Gewalt vom Volke ausgeht''. Das Bundesverfassungsgericht hat selbst bereits entschieden (s. Band 20, S.98 f), daß das Volk seinen Willen nicht nur durch Wahlen ausdrücken kann, sondern auch durch andere Formen. Bei der Stationierung von Erstschlagswaffen handelt es sich um eine existientiell so wichtige Frage, daß es keine Legitimation eines Repräsentativorgans wie des Bundestags oder der Bundesregierung gibt, hierüber alleine zu entscheiden.
Über diese Schicksalsfrage muß die gesamte Bevölkerung selbst abstimmen können. Eine richtige Verfassungsinterpretation, die nicht rein rückwärts gewandt mit dem Totschlags-Argument der Weimarer Verhältnisse hanntiert, muß zwangsläufig zur Zulässigkeit einer Volksbefragung gelangen.

Wie könnte ein Zeitplan für eine solche Volksbefragung aussehen ?

Zu allererst muß ein breiter Konsens in der Friedensbewegung über diese Frage hergestellt werden. Auf der Aktionskonferenz am 16./17. April in Köln war eine leichte Mehrheit dafür, wobei ich den Eindruck hatte, daß das ganze KOFAZ-Spektrum nur deshalb dagegen stimmte, um die „Volksabstimmung'' durch den „Krefelder-Appell'' nicht zu gefährden. Wenn die Kampagne zur Durchführung einer Volksbefragung in Schwung kommt, wird sich aber auch dieser Teil der Friedensbewegung beteiligen müssen.
Bisher besteht die Vorstellung, am Wochenende nach dem Kirchentag (am 11./12.Juni) in Hannover ein bundesweites Treffen aller Gruppen durchzuführen, die eine Volksbefragung befürworten. Wenn ein ausreichend breites Spektrum zustandekommt, könnte dies der Startpunkt für eine Kampagne sein. In den Sommermonaten und im Frühherbst könnten überall Arbeitskreise, Komitees oder Initiativen „Volksbefragung'' entstehen und Unterschriften sammeln (s. Volksbegehren gegen die Startbahn-West) begleitet durch zahlreiche Veranstaltungen.
Gestützt auf viele Unterschriften und eine vehemente öffentliche Diskussion müßte im Herbst im Bundestag ein Gesetz zur Durchführung einer Volksbefragung eingebracht werden. Die Grünen werden einen solchen Antrag sicherlich ohne große Schwierigkeiten beschließen können. Es muß aber auch das Ziel einer außerparlamentarischen Kampagne sein, die SPD und Teile der FDP, sowie der CDU zur Zustimmung zu einem solchen Projekt zu zwingen. Sollte eine Volksbefragung nicht offiziell zustandekommen, könnte die Friedensbewegung „Volksabstimmungen'' autonom durchführen. Hierfür bieten sich die nächsten Landtagswahlen in Hessen und Bremen an.

Ein plebiszitärer Aufstand gegen die NATO-„Nachrüstung'' und die drohende Stationierung von atomaren Erstschlagswaffen kann mehrere Vorteile bieten :
- Die demokratischen Defizite des herrschenden parlamentarischen Systems mit der reduzierten Feststellung des Volkswillens durch vierjährig stattfindende Wahlen könnten aufgezeigt werden. Am Beispiel der Stationierung atomarer Erstschlagswaffen und der Gefahr eines Atomkriegs gelingt es vielleicht, der Forderung nach Aufnahme von Volksentscheiden in die Verfassung mehr Nachdruck zu verleihen.
- Eine Kampagne für eine Volksbefragung bietet genauso wie der Volkszählungsboykott einen echt dezentralen Aktionsansatz : Alle können d o r t aktiv werden, wo sie leben und arbeiten.
- Die Forderung nach einer Volksbefragung kann die dramatische Situation verdeutlichen, in der wir durch die Blockkonfrontation und den Rüstungswettlauf geraten sind. Die Information über neue Erstschlagswaffen und Kriegsführungsstrategien, sowie die Notwendigkeit einer neuen Friedensordnung in Europa kann in hundertausenden von Gesprächen in der Bevölkerung verankert werden.
- Eine Volksbefragung ist viel schwieriger zu kriminalisieren als andere Aktionen und verspricht deshalb eine breite Beteiligung der verschiedensten Gruppen, aber auch vieler nichtorganisierter Menschen (s. Volkszählungsboykott).
- Eine breite Kampagne für eine Volksbefragung über die Stationierung neuer Atomwaffen wird die Bundesregierung in die Defensive bringen. Es gibt kein gutes Argument, warum die Feststellung des Volkswillens in einer so schicksalshaften Frage nicht möglich sein sollte. Eine Ablehnung der Volksbefragung würde neben der moralischen auch die politische Illegitimität, ja Illegalität der Regierung deutlich machen. Dies schafft eine positive öffentliche Resonanz für weitere außerparlamentarische Aktionen.

Die Kraftprobe um die NATO-„Nachrüstung'' darf jedenfalls noch nicht als verloren angesehen werden. Die stärkste Trumpfkarte ist noch in unseren Händen. Wir müssen sie nur entschieden, aber auch überlegt nutzen.

Bonn: Volksbefragung zu Raketenstationierung unzulässig

Bonn (AP)
Die vom Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) geforderte Volksbefragung über die Stationierung von amerikanischen Mittelstreckenraketen verstößt nach Auffassung des Bundesjustizministeriums gegen geltendes Verfassungsrecht. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bundesjustizministerium, Hans Klein (CSU), erklärte, Volksabstimmungen seien im Grundgesetz nur in Ausnahmefällen wie der Neugliederung des Bundesgebietes vorgesehen. Für eine Volksbefragung lediglich mit dem Ziel, die Stimmung in der Bevölkerung zu erkunden, sei eine Verfassungsänderung nötig.

aus: SZ, 29.4.83

Der Traum vom Generalstreik

Die trotzkistische GIM wird ihrem sauer erworbenen Ruf als schlau'ster Schlaumeier aller Bewegungen auch im Kampf gegen die „Nachrüstung'' voll gerecht. Die Konferenzen der Friedensbewegung zu diesem Thema erscheinen der GIM nicht „repräsentativ'' genug. Was an Aktionsvorschlägen diskutiert wird, taugt nach Meinung der GIM alles nicht viel. Am schlimmsten sind nach Ansicht der GIM diejenigen, die für Blockadeaktionen plädieren und damit eine Konfrontation mit dem Staate ansteuern. Was notwendig ist stattdessen, teilt die GIM der Friedensbewegung auch gleich offiziell mit: **„Streik - die Kampfperspektive''.**

Ja, warum eigentlich nicht?! Man braucht sich doch lediglich einzubilden, daß das eine r e a l i s t i s c h e Perspektive sei. Aber es ist nun einmal so, daß der politische Streik nicht gerade ein häufig angewendetes Mittel des DGB ist. Und es ist völlig unwahrscheinlich, daß sich das anläßlich der Stationierungsauseinandersetzungen im Herbst ändern wird. Die Anzeichen für ihre eigenen Illusionen über diesen einfachen Sachverhalt muß sich die GIM sehr gewalttätig zusammensuchen und zurechtbiegen. Also, 1. Gewerkschafter haben sich massiv am Ostermarsch 1983 beteiligt. Stimmt. Na und? Von Demonstrationen zu Streiks ist bekanntlich ein sehr weiter Weg. Zumal zu p o l i t i s c h e n Streiks. Und, 2. Indiz: Die „Stimmung'' in den Gewerkschaften für Streiks „wächst'' angeblich. Beweise? Aber bittschön. Die GIM kann ein paar entsprechende Entschließungen und Verlautbarungen von örtlichen Gewerkschaftsgremien zitieren. Was für Gremien? Delegiertenversammlungen der IG Drupa (Hannover und Westberlin) und der HBV (Köln). Sehr schön. Aber die GIM weiß doch sicher auch, daß diese beiden Gewerkschaften, zusammen mit der GEW, in solchen Angelegenheiten gern mal mutig vorpreschen, ohne daß nennenswerte Wirkung für die Politik des DGB i n s g e s a m t dabei herauskommt. Ausgerechnet diese linken A u ß e n s e i t e r des DGB als Indikator für die „Stimmung in den Gewerkschaften'' zu präsentieren, kann doch wohl nur ein Dummenfang sein.

Es lohnt sich, einen Blick über die Schulter zurück ins Jahr 1968 zu werfen. Auch damals fehlte es nicht an phantasiebegabten Linken, die den Einmarsch des DGB in die Kampffront und eine Welle von Streiks gegen die damals gerade umstrittenen Notstandsgesetze in leuchtenden Farben ausmalten. Was dann real an minimal befristeten betrieblichen und örtlichen „Warnstreiks'' herauskam, dürfte den Kapitalisten und der Regierung eher ein anerkennendes Schmunzeln für die vorzügliche Regie des DGB entlockt haben. Und das wird heuer auch nicht wesentlich anders sein. **Ich möchte der GIM diesbezüglich sehr gern eine Wette anbieten. Einsatz 500 DM, vom Verlierer zu spenden für den Aufbau in Nicaragua. Na, wie wär's? Es dient ja einem guten Zweck.**

An sich sind die Schwärmereien der GIM (in der Hauptrolle: die schwielige Faust des Proletariats; in der schönsten Nebenrolle: die Vierte Internationale) ihre ganz private Angelegenheit. Ärgerlich wird es bloß, wenn die GIM ihre Streik-Phantasien gegen a n d e r e Aktionsvorschläge und Kampfvorstellungen auszuspielen versucht, und wenn mit der Einbeziehung des DGB gewunken wird, um die Friedensbewegung zu einem opportunistischen, anpasserischen Kurs gegenüber SPD und DGB zu überreden.

Kt.

(nach „was tun'', Zeitung der GIM, 28.4.83)

Wer ermordete Issam Sartawi(PLO)?



Es war ein mutiger und kluger Mann, der am 10. April in Albufeira durch die Schüsse eines Attentäters getötet wurde. Er wußte, daß er von seinen Feinden zum Tode verurteilt war. Der PLO-Politiker Issam Sartawi hatte seit Jahren für einen palästinensisch-israelischen Dialog, für Frieden und Verständigung zwischen den beiden Völkern gekämpft. Daß der Dialog inzwischen — wenn auch auf beiden Seiten heiß umstritten — mit ersten kleinen Schritten begonnen hat, ist in hohem Maß dem direkten Engagement Sartawi's zu verdanken. In seiner Person sollte diese Politik getroffen werden.

Wer beauftragte den Mörder? Hinter dem Mord steht der israelische Geheimdienst, behaupten PLO-Offizielle. Sartawi sei von „radikalen Palästinensern" ermordet worden, lautet die Version der westlichen Medien. Endgültig aufklären wird sich die Frage nicht lassen. Einige Informationen und Überlegungen sind aber angebracht, um den Vorgang und seine politischen Hintergründe besser zu verstehen.

Der Diplomat der PLO

Issam Sartawi wurde 1933 in Akko/Palästina geboren. Seine Familie flüchtete 1948 vor den israelischen Truppen. In den USA wurde Sartawi später zum Herzspezialisten ausgebildet.

Seit 1967 arbeitete Sartawi für den palästinensischen Widerstand, seit Anfang der 70er Jahre war er Mitglied der „Fatah". Sein persönlicher Anteil an den zunehmenden Bemühungen der PLO um diplomatische Kontakte in alle Welt und um das Gespräch mit der anti-expansionistischen Opposition in Israel kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. U.a. war er Vermittler des Zusammentreffens zwischen Willy Brandt, Bruno Kreisky und Arafat in Wien im Juli 1970.

Seine Politik ist innerhalb der PLO sehr umstritten. In der Praxis hat sie sich mehr und mehr durchgesetzt. Die Tatsache, daß an der Tagung des Palästinensischen Nationalrates im Februar d.J. in Algier erstmals Gäste aus der israelischen Opposition teilnahmen, weist auf einen eingeschlagenen Weg, der auch durch die Ermordung Sartawi's wohl nicht mehr zu blockieren ist.

Daran ändert auch der Streit um das Rederecht Sartawis auf der National-ratstagung nichts, der dazu führte, daß wi's wohl nicht mehr zu blockieren ist.

Daran ändert auch der Streit um das Rederecht Sartawis auf der Nationalratstagung nichts, der dazu führte, daß Sartawi die Tagung verließ und seinen Sitz im Nationalrat zurückgeben wollte. Dieser Rücktritt wurde offiziell nicht akzeptiert. Sartawi blieb Repräsentant der PLO, wie durch seine Mission bei der Konferenz der Sozialistischen Internationale in Albufeira (Südportugal) demonstriert wurde. Immerhin erreichte die Delegation der israelischen ‚Arbeiterpartei' noch, daß Sartawi nicht als Vertreter, sondern nur als „Beobachter" der PLO an der Konferenz teilnehmen durfte.

Springers „Welt" hatte am 8.3.83 — einen Monat vor dem Attentat — behauptet, Sartawi sei von einem „PLO-Sondergericht" in Algier am 20./21.2. zum Tode verurteilt worden. An diesem Tribunal hätten auch Arafat und sein Stellvertreter Abu Ijad teilgenommen. Arafat habe sich vorbehalten, selbst das Datum der „Hinrichtung" festzulegen.

Diese Geschichte ist von Sartawi selbst noch als unsinnig zurückgewiesen worden. Sie zeigt aber, falls die „Welt" nicht nur ins Blaue hinein geblufft haben sollte, daß die Springer-Presse auf irgendeine Weise über akute Mordpläne gegen Sartawi informiert gewesen sein müßte.

Nach dem Tod Sartawi's bat Arafat den französisch-israelischen Journalisten Ilan Halevy darum, während der Schlußsitzung der SI-Konferenz den Platz von Sartawi zu übernehmen. Eine sinnvollere Reaktion auf den Mord an Sartawi ist kaum vorstellbar.

In Haft als Tatdächtiger ist ein Mann mit marokkanischem Paß. Die Frage nach den Auftraggebern und Organisatoren ist nach wie vor weitgehend offen.

Ein Wanderer zwischen Bagdad und Damaskus

Ein Wanderer zwischen Bagdad und Damaskus

Ein wichtiger Anhaltspunkt ist jedoch vorhanden: Zur Ermordung Issam Sartawi's hat sich der *„Fatah-Revolutionsrat"* bekannt. Der hat trotz Namensgleichheit — die zu provokatorischen Zwecken dient — nichts mit der gleichnamigen wichtigsten Gruppierung innerhalb des Dachverbandes PLO zu tun. Vielmehr handelt es sich um dieselbe Gruppe, die auch unter dem Namen *„Al Asifa"* bekannt ist. Diesen Namen hat sie übrigens auch gestohlen, nämlich von der früheren militärischen Abteilung der Fatah. Ein weiterer Name ist *„Schwarzer Juni"*, nach dem Massaker der libanesischen Faschisten im Palästinenserlager Tell Zaatar im Juni 1976. Im allgemeinen und am häufigsten wird die Gruppe nach dem Namen ihres Chefs *Abu Nidal* benannt. Das wiederum ist ein Deckname für *Sabri al Banna*. Im Folgenden soll der Einfachheit halber die Chiffre Abu Nidal benutzt werden, wenn die Person und die unter diesem Namen agierende Gruppe gemeint ist.

Abu Nidal wird in den meisten Berichten als Mitbegründer der PLO bezeichnet (1). Jedenfalls war er mehrere Jahre lang Vertreter von Al Fatah in der irakischen Hauptstadt Bagdad. Im Oktober 1974 soll er von der Fatah unter dem Vorwurf „bewaffneter Meuterei" in Abwesenheit zum Tode verurteilt worden sein. Über den Hintergrund dieses Prozesses ist der Öffentlichkeit nichts konkretes bekannt — jedenfalls scheint es um unterschiedliche Bewertungen des Terrorismus und der palästinensischen Politik nach dem Oktoberkrieg von 1973 gegangen zu sein. Aus allen Berichten ergibt sich, daß Abu Nidal zunächst vom Irak gedeckt wurde und weiter von Bagdad aus agierte. Später, angeblich etwa 1978, soll er seine Zentrale in die syrische Hauptstadt Damaskus verlegt haben.

wurde und weiter von Bagdad aus agierte. Später, angeblich etwa 1978, soll er seine Zentrale in die syrische Hauptstadt Damaskus verlegt haben.

Hintergrund dieses Umzugs soll die Hinwendung des Irak zu den sogenannten gemäßigten — d.h. proimperialistischen — arabischen Regimes (Saudi-Arabien, Jordanien, Ägypten) vor dem Hintergrund des Konflikts mit dem Iran gewesen sein. Der Umzug von Abu Nidal war mehr als nur ein geographischer Standortwechsel, denn die Regimes von Irak und Syrien sind einander spinnefeind. Es gibt vereinzelte Meldungen, daß Abu Nidal seit dem Frühjahr 1982 (kurz vor Israels Angriff auf den Libanon) aus Damaskus verschwunden sei. Einem Artikel in „Le Monde" zu folge (2) soll Abu Nidal sich wieder in Bagdad befinden. Bestätigt wird das dadurch, daß Abu Nidal gerade eben ein Interview von Bagdad aus gegeben haben soll (nach FAZ, 26.4.83).

Die Morde von Abu Nidal

Die Liste der blutigen Aktivitäten, die sich direkt oder vermutungsweise mit dem Namen Abu Nidal verbinden, ist lang. Sie gibt Rückschlüsse auf die politische Funktion und Strategie von Abu Nidal.

— Abu Nidal zugeschrieben wird das Massaker auf dem römischen Flughafen Fiumicino am 17.12.73: Beim Überfall von fünf Terroristen auf die Passagiere eines PanAm-Flugzeugs gab es 34 Tote. Die PLO distanzierte sich damals schärfstens und betonte, daß sie solche Aktionen ebenso wie Flugzeugentführungen entschieden ablehne. Auch die PFLP (die selbst an vielen Flugzeugentführungen beteiligt war — 3) und die Regierungen Syriens und Libyens verurteilten die *„Operation von Barbaren und Mördern"* (4) als *„vorsätzliche Untat gegen den Kampf des arabischen palästinensischen Volkes"* (5).

— Im November 1974 wurde ein britisches Verkehrsflugzeug von Dubai nach Tunis entführt. Die Entführer forderten die Freilassung der fünf Attentäter von Fiumicino, die damals in Ägypten inhaftiert waren. Auch die Tatsache, daß sich die Entführer als „Kommando Martyrer Abu Mahmud" bezeichneten, stellt einen direkten Bezug zu Abu Nidal her, denn jener war ein enger Mitarbeiter Nidals gewesen (6). Die PLO sprach von einer *„unverantwortlichen Aktion"* und kündigte an, sie werde **„jene Kreise bloßstellen, die dieses Verbrechen angestiftet"** hätten (7).

— Eine bewaffnete Geiselnahme gab es am 28.9.76 im Hotel Semiramis in Damaskus. Die syrische Regierung konstruierte eine Verantwortung der Fatah für die Aktion — und machte daraus einen Vorwand für ihre Großoffensive gegen die Palästinenser im Libanon. Damit entschied Syrien schließlich den Bürgerkrieg im Libanon zugunsten der arabischen und internationalen Rechten. Die Aktion wird in allen Berichten Abu Nidal zugeschrieben, ohne daß klar wird, worauf sich diese Zuordnung konkret stützt.

— Abu Nidal (oder der irakische Geheimdienst) soll die Ermordung des Londoner PLO-Repräsentanten Said Hamani im Januar 1978 organisiert haben. Hamani galt als Freund Sartawis und Vertreter seiner diplomatischen Linie.

— Auf Abu Nidals Konto soll auch die Ermordung des ehemaligen irakischen Regierungschefs Naif in London am 9.7.78 kommen. Die Ermordung von Exilpolitikern und Oppositionellen ist eines der wichtigsten Aufgabengebiete der Geheimdienste einiger vorgeblich progressiver arabischer Regime. Außer Irak gilt das vor allem für Lybien.

— Klar scheint die Sache bei der Ermordung des Pariser PLO-Vertreters Kalak und seines Stellvertreters am 3.8.78: Die Mörder bekannten sich zur Gruppe Abu Nidals. Der Doppelmord gilt als Revanche für den Überfalls auf die irakische Botschaft in Paris wenige Tage vorher. Die Regierung des Iraks hatte die PLO und den syrischen Geheimdienst für den Überfall verantwortlich gemacht, der seinerseits offenbar ein Konter wegen mehrerer irakisch inspirierter Morde (u. a. an Said Hamani, s. o.) sein sollte.

— Am 1. Mai 1981 wurde der Wiener Stadtrat Heinz Nittel erschossen. Er war Präsident der österreichisch-israelischen Gesellschaft. Inzwischen gilt aufgrund des Geständnisses des Täters als sicher, daß der Mord von Abu Nidal organisiert wurde.

— Am 29.8.81 überfielen zwei Araber — einer von ihnen war der Mörder Nittels — eine Synagoge in Wien und liefen anschließend Amok. Insgesamt gab es zwei Tote und 20 Verletzte.

— Als in Rom im Oktober 1981 der PLO-Funktionär Abu Sharar durch eine Bombenexplosion getötet wurde, bekannte sich „Al Asifa" zu dem Mord. Abu Sharar war Chef des Informationsbüros der PLO und Leitungsmitglied der Fatah. In Rom wollte er an einer Tagung zur Unterstützung palästinensischer Intellektueller teilnehmen.

— Durch Bekenntnisse und Tatsachen vollkommen bewiesen ist, daß die drei Attentäter, die am 3.6.82 in London den israelischen Botschafter Shlomo Argov niederschossen, zur Gruppe Abu Nidals gehörten. Das Attentat diente als direkter Vorwand für den israelischen Einmarsch in den Libanon.

— Am 23.7.82 wurde der Pariser PLO-Vertreter Fadel el-Dani durch eine Bombe in seinem Auto getötet. Drei Tage vorher hatte er noch an einer Pressekonferenz teilgenommen, bei der der jetzt ermordete Sartawi und der ehemalige israelische Stabschef General Peled aufgetreten waren. Die Ermordung von Fadel el-Dani wird Abu Nidal zugeschrieben, Sartawi bezeich-

„Ich bin dafür, jedes Mittel zur Bekämpfung der Terroristen einzusetzen — nicht nur zur Vergeltung, sondern sie auch zu schlagen wo immer sie anzutreffen sind." (Sharon, ex-Verteidigungsminister)

Antisemitische Terrorwelle seit 1980

27.7.80: Araber werfen Handgranaten auf eine Gruppe jüdischer Kinder in Antwerpen (Belgien). 1 Toter, 20 Verletzte.
26.9.80: 4 jüdische Einrichtungen in Paris — ein Kindergarten, eine Synagoge, eine Schule und eine Gedenkstätte — werden beschossen. „Bekennererklärung" der faschistischen FNE.
3.10.80: Bombenanschlag vor der Synagoge in der Rue Copernic, Paris. „Bekennererklärung" der faschistischen FNE. 4 Tote, 16 Verletzte.
19.12.80: In Erlangen werden der jüdische Verleger Shlomo Lewin und seine Freundin Frida Poeschke erschossen. Dringend tatverdächtig sind Karl-Heinz Hoffmann (Zentralfigur des bundesdeutschen Nazi-Terrorismus) und weitere Gestalten aus seinem Kreis.
1.5.81: Ermordung von Heinz Nittel, Präsident der österreichisch-israelischen Gesellschaft, in Wien. Der Täter „bekennt" sich zu Abu Nidal. Abu Nidal.
29.8.81: Zwei Araber überfallen die Synagoge in der Seitenstettengasse, Wien, und veranstalten auf der Flucht ein Massaker. Die Täter „bekennen" sich zu Abu Nidal. 2 Tote, 20 Verletzte.
20.10.81: Bombenanschlag im ‚jüdischen Viertel' von Antwerpen. 2 Tote, rund 100 Verletzte. Das Spektrum der offiziell Verdächtigten reicht von Linksaußen bis Rechtsaußen.
17.(?)1.82: Bombenanschlag auf das Lokal „Mifgash Israel" in Westberlin. Ein totes Kleinkind, viele Verletzte. Es gibt (allesamt fragwürdige) „Bekennererklärungen" von einer Gruppe „Volksbund Freies Palästina", von einer „Arabischen Organisation des 15. Mai für die Befreiung Palästinas" (15. Mai 1949: Gründung des Staates Israel) und von einer „Front zur Befreiung Europas von amerikanischer Besetzung" — letztere wohl nazistischer Couleur.
4.(?)2.82: Bombenanschlag auf das Haus des Wiener Oberrabbiners Eisenberg.
1.(?)6.82: Anschlag auf die Wohnung von Simon Wiesenthal, besonders bekannt durch das Aufspüren von NS-Verbrechern.
25.6.82: Anschlag auf die Wohnung des ORF-Mitarbeiters Alexander Giese.
28.7.82: Bombenanschlag auf eine Filiale der Warenhausgruppe Schöps in Salzburg.
31.7.82: Bombenanschlag auf eine Schöps-Filiale in Wien.
2.8.82: Bombenanschlag auf das jüdische Bankhaus Winter in Wien.
Für alle hier genannten Anschläge in Wien und Salzburg gilt ein nazistischer Hintergrund als gesichert. Verhaftet wurde u.a. der seit langem einschlägig bekannte bundesdeutsche Nazi-Terrorist Ekkehard Weil.
9.8.82: Überfall auf das Lokal von Jo Goldenberg in Paris. Die offiziellen Ermittlungen laufen in alle Richtungen; es heißt, daß die Umstände der Tat auf Abu Nidal hinweisen. 6 Tote, 22 Verletzte.
82: Ein Brandanschlag auf eine jüdische Gebetsstätte, mit nazistischen Schmierereien, wird einem Geisteskranken zugeschrieben.
15.(?)8.82: Bombenanschläge gegen die israelische Botschaft und eine der beiden großen Synagogen in Guatemala-City.
18.(?)9.82: Ein Terrorist schießt auf Menschen vor der Synagoge in Brüssel. 4 Verletzte.
30.9.82: Bombenanschlag auf Räume der jüdischen Gemeinde in Mailand.
9.10.82: Massaker vor der Synagoge in der Via Del Tempio, Rom. 1 Toter (ein Kind), 34 Verletzte. Nach offiziellen Angaben weisen die Umstände der Tat auf Abu Nidal.
7./8.3.83: Etwa hundert Meter vor der größten Synagoge Marseilles entfernt explodiert ein mit Sprengstoff beladenes Auto. Beide Insassen werden getötet. Es wird angenommen, daß ein Anschlag auf die Synagoge geplant war und die Bombe zum falschen' Zeitpunkt hochging.
(Die Aufzählung ist erstens unvollständig und beschränkt sich zweitens auf jüdische Personen und Einrichtungen, enthält also nicht die anti-Israelischen Anschläge.)

nete in diesem Zusammenhang damals Abu Nidal als einen „Renegaten, der mit dem Mossad verbunden ist", also mit dem israelischen Geheimdienst.

— Am 9.8.82 wurde im Restaurant des Juden Jo Goldenberg in Paris ein Massaker verübt. Sechs Menschen wurden getötet, 22 verletzt. Aus der Technik des Verbrechens und den verwendeten Waffen (vor allem eine bestimmte polnische Maschinenpistole) wurde auf eine Täterschaft von Abu Nidal geschlossen.

— In fast identischer Weise wurde am 9.10.82 die Hauptsynagoge in Rom angegriffen. Ein kleiner Junge wurde getötet, 35 Menschen wurden verletzt. Abu Nidal gilt auch in diesem Fall als Verantwortlicher.

Ebenfalls zugeschrieben werden Abu Nidal eine Reihe von weiteren Verbrechen. Dazu gehören die Ermordung des PLO-Vertreters in Kuweit, Ali Nasser Yassine; ein Bombenanschlag auf den Stellvertreter Arafats, Abu Ijad, in Belgrad; die Ermordung des ägyptischen Journalisten Sebai in Nicosia (Zypern); die Ermordung des Brüsseler PLO-Vertreters Naim Kader 1981; in manchen Darstellungen auch der Anschlag mit Handgranaten auf jüdische Kinder in Antwerpen am 27.7.80. Außerdem eine Vielzahl von antisyrischen oder anti-irakischen Anschlägen, deren Urheber jeweils auf der Gegenseite vermutet werden.

Bomben und Schüsse gegen den Dialog

Im wesentlichen sind unter den Abu Nidal definitiv oder vermutungsweise zuzuordnenden Anschlägen drei Gruppen zu unterscheiden:

1. Anschläge, die sich direkt aus der Politik der Regime von Irak oder Syrien ergeben — gegen Exilpolitiker und gegen Funktionsträger und Einrichtungen des verfeindeten Regimes. Kein Anschlag dieser Kategorie kann mit Sicherheit Abu Nidal zugewiesen werden.
2. Anschläge gegen Juden und jüdische Einrichtungen, vor allem gegen Synagogen und Gemeindehäuser. In einem Fall auch gegen einen israelischen Diplomaten.
3. Anschläge gegen PLO-Politiker, die der gemäßigten, d. h. tendenziell zu Dialog und Verständigung mit Israel bereiten Strömung innerhalb der PLO angehören, die durch Arafat repräsentiert wird.

Läßt man Gruppe 1 einmal beiseite, so ergeben die Anschläge der Gruppen 2 und 3 eine auffallend eindeutige, konsequente und äußerst intelligent durchdachte Strategie: Einerseits die physische Ausschaltung wichtiger palästinensischer Politiker und ständige Bedrohung aller anderen „Gemäßigten". Auf der anderen Seite Provokation und Aufreizung der jüdischen Gemeinden in Westeuropa. Es ist mittlerweile schon Gewohnheit, daß nach jedem antisemitischen Anschlag die offiziellen israelischen Stellen mit roboterhafter Präzision die PLO verantwortlich len israelischen Stellen mit roboterhafter Präzision die PLO verantwortlich erklären. Ernster ist zu nehmen, daß dieses bequeme Raster innerhalb der jüdischen Gemeinden weithin Gehör zu finden scheint — auch bei Kritikern der Politik Begins. In den jüdischen Gemeinden wird, berechtigterweise, eine wachsende neue Bedrohung registriert, die von den offiziellen Stellen zugunsten der Solidarität mit Israel und der Verhärtung gegenüber den Palästinensern instrumentalisiert wird. Dabei spielt auch eine Rolle, daß neben den direkt Abu Nidal zugeschriebenen Attentaten generell eine Zunahme antisemitischer Drohungen und Verbrechen stattfindet, und zwar seit etwa 1980 (vergl. Kasten dazu). Viele dieser Anschläge gehen offensichtlich bzw. erwiesenermaßen auf das Konto von Nazi-Terroristen.

Diese Anschläge passen meist so genau in die mit der Chiffre Abu Nidal verbundene Strategie, daß in Einzelfällen angenommen werden kann, daß tatsächlich Zusammenhänge bestehen. Soll heißen, daß Abu Nidal — was immer hinter diesem Namen verborgen sein mag — sich vielleicht auch der Zusammenarbeit mit nazistischen europäischen Gruppen bedient.

Auffallend ist häufig die Wahl von Ort und Zeit für antijüdische Anschläge. So beispielsweise Wien, das seit Jahren das wichtigste Zentrum für die Anbahnung von Gesprächen zwischen Palästinensern und Israeli gewesen ist. Der ermordete Heinz Nittel hat hierbei eine Rolle gespielt, und er war ein enger Freund des österreichischen Bundeskanzlers Kreisky. Kreisky, selbst jüdischer Abstammung, hat um das Vorankommen dieser Gespräche Verdienste wie wohl nur wenige andere — und er lebt seit Jahren unter Morddrohungen im Namen Abu Nidals.

Ein zweites Zentrum antijüdischen Mordterrors ist Paris, das durch das Zusammen- bzw. Nebeneinanderleben großer arabischer und jüdischer Gemeinschaften eine wichtige Rolle bei der Entwicklung eines Dialogs zwischen beiden Nationen spielen könnte. Es ist ein auffälliges Zusammentreffen, daß das Massaker vor der Pariser Synagoge in der Rue Copernic am 30.9.80 (zu dem sich die faschistische FNE bekannte) sich wenige Monate nach einer Nahost-Reise des damaligen Präsidenten Giscard ereignete. Giscard hatte damals die Anerkennung der PLO vorsichtig befürwortet, was zu scharfen Protesten aus der jüdischen Gemeinde geführt hatte. Das hatte die Entwicklung einer breiten zionistischen Bewegung „Renouveau juif" (Jüdische Erneuerung) begünstigt, die sich durch das Attentat dann selbstverständlich vollkommen bestätigt sah (8).

Ebenso auffällig — und in diesem Fall zweifellos bewußt so angestrebt — ist das „Timing" des Massakers vor der römischen Hauptsynagoge am 9.10.82: Noch nicht einmal ein Monat war vergangen, seit PLO-Chef Arafat Italien besucht hatte und dort von den wichtigsten Politikern (mit Ausnahme des Ministerpräsidenten Spadolini) sowie vom Papst empfangen worden war. Arafats Italien-Reise war bereits im Vorfeld Gegenstand von jüdischen Protesten und Interventionsversuchen gewesen. Nun, nach dem Massaker, war die jüdische Öffentlichkeit Italiens sich fast ausnahmslos einig, daß das Verbrechen durch den Empfang Arafats begünstigt worden sei, daß die Politiker und den Papst deswegen eine „moralische Mitschuld" treffe, daß auch die „anti-israelische" Haltung der Medien zum Libanon-Krieg den Nährboden für das Attentat mit bereitet habe.

Die unmittelbare, spontane Reaktion auf den Überfall war eine hochgradig erregte Demonstration von mehreren tausend römischen Juden zum Büro der PLO. Diese Art Reaktion wird von der Strategie Abu Nidals bewußt angestrebt und provoziert: Die beiden Terroristen, die im August 1981 die Synagoge in Wien überfielen, riefen dabei „PLO! PLO!". Einer der Attentäter besaß eine PLO-Fahne und ein Bild Arafats. Im Prozeß behauptete er, er sei fest davon überzeugt gewesen, nicht gegen österreichische Gesetze zu verstoßen: **„Ich glaubte, daß es in Österreich erlaubt ist, Israelis zu töten"**. Denn er wisse doch, daß Innenminister Lanc die Einfuhr von Terroristenwaffen geduldet habe und daß er sich mit Abu Ijad (Arafats Stellvertreter) *„sehr gut verstand"*. Lanc habe auch *„Geschenke von Palästinensern angenom-* *gut verstand". Lanc habe auch „Geschenke von Palästinensern angenom-**men, unter anderem eine goldene Uhr"* (nach „Welt" 20.1.82). — **Wer immer diesen Provokateur instruiert hat, er muß die offizielle israelische Polemik gegen Kreiskys Nahost-Politik bestens studiert haben!**

Wer hat das bestellt?

Die „Neue Zürcher Zeitung" („NZZ") schrieb am 14.10.82: Abu Nidal **„betätigt sich in einer Weise, die zur zynischen Beschreibung zwingt, daß der israelische Geheimdienst Mossad ihn hätte erfinden müssen, gäbe es ihn nicht längst"**. Das beschreibt den Sachverhalt zutreffend, zumal das offizielle Israel keinerlei Zurückhaltung kennt, wenn es darum geht, antijüdischen Terror, gleich welcher Herkunft, nach dem Dauerschema „Schuld ist immer die PLO" auszuschlachten.

Umgekehrt neigt die PLO immer wieder dazu, das „Phänomen" Abu Nidal mit dem israelischen Geheimdienst Mossad in Verbindung zu bringen. Sie würde das wahrscheinlich noch sehr viel direkter und uneingeschränkter sagen, wenn nicht die fatale Tatsache in der Welt wäre, daß Abu Nidal über Beziehungen zu einigen wichtigen „progressiven" arabischen Regimes verfügt bzw. verfügte. Eben dies scheint wirklich das wichtigste, kaum zu widerlegende Argument gegen die gradlinige Mossad-Hypothese zu sein.

Abu Ijad, Stellvertreter Arafats, hat nach der Ermordung Sartawis zwar davon gesprochen, daß die Verbrechen Abu Nidals Teil eines über die Person Abu Nidals hinausreichenden „israelisch-amerikanischen Komplotts" seien. Andererseits klagte er aber auch den Irak und Syrien an, weil sie Abu Nidal Unterschlupf böten. Die PLO könne sich jedoch nicht den Luxus leisten, den Regimes von Bagdad und Damaskus den Krieg zu erklären (9). Es ist wahr, die PLO muß sich auf Möglichkeiten einlassen, die ihr von Regimes geboten wird, die gelegentlich gern im Palästinenser-Blut baden. Und sie wird wohl auch den Widerspruch aushalten müssen, daß die PFLP-Generalkommando, eine der Teilorganisationen der PLO, den Mord an Sartawi in einer öffentlichen Erklärung b e g r ü ß t hat (10).

W e n n Abu Nidal Teil eines „imperialistischen Komplotts" ist, läge die Frage nahe, welche Rolle in diesem Komplott eigentlich das syrische Regime spielt, mit dessen Unterstützung und auf dessen Rechnung Abu Nidal arbeitet oder zumindest zeitweise gearbeitet hat. Genau dieselbe Frage stellt sich hinsichtlich des Irak.

Abu Nidals arabischer Hintergrund

Zur Annäherung an das Problem sollen einige Entwicklungen kurz skizziert werden, die zum „Phänomen" Abu Nidal beigetragen haben könnten.

1. Das Terrorismus-Problem

Es ist allgemein bekannt, daß der Terrorismus zeitweise eine große, den äusseren Eindruck dominierende Rolle im palästinensischen Kampf gespielt hat. Weit weniger ist bekannt, daß dieser Terrorismus ein abgeschlossenes Kapitel der palästinensischen Geschichte ist. Die Phase der Flugzeugentführungen beispielsweise begann 1968 und war etwa 1975 im wesentlichen abgeschlossen. Entebbe (Juni 1976) und Mogadischu (Oktober 1977) waren allerletzte Nachzügler, die viel mehr mit dem europäischen Terrorismus als mit Palästina zu tun hatten. Auch die PFLP, die viele der spektakulärsten Entführungen (mit-)organisiert hatte, scheint dieses Mittel um die Mitte der 70er Jahre verworfen zu haben. Das geht nicht nur auf zunehmende technische Schwierigkeiten (verstärkte Sicherheitsvorkehrungen usw.) zurück, sondern offenbar auch auf Zweifel an einer bestimmten Kampfform.

Es kann heute als weitgehend geklärt gelten, daß der sagenhafte „Schwarze September" ursprünglich wirklich ein Produkt von Arafats Al Fatah war. Sein bekanntestes Unternehmen war die Geiselnahme israelischer Sportler in München 1972. Offenbar begriff die Fatah aber sehr schnell den politischen Schaden, den solche Aktionen anrichten konnten. Diese Kritik bezog sich allgemein auf Auslands-Aktionen, aber noch nicht auf das Vorgehen gegen israelische Zivilisten (11). Es war eine noch nicht auf das Vorgehen gegen israelische Zivilisten (11). Es war eine taktische Kritik, keine moralische, und schon gar keine politische, die die israelische Bevölkerung als zukünftigen Partner im Auge hatte. Immerhin ist festzustellen, daß sich die PLO seit Sommer 1973 von den meisten Auslands-Aktionen schärfstens distanziert hat. Das führte, verbunden mit den teilweise völlig außer Kontrolle geratenen Abläufen mancher Aktionen, zu einer Einstellung der Auslands-Aktionen durch alle Teilorganisationen der PLO. (Es besteht ein enger Zusammenhang zum Streben der PLO nach diplomatischer Anerkennung, honoriert mit Arafats Auftritt vor der UNO am 13.11.74). Schon Anfang 1974 zeichnete sich ab, daß die PLO zu Geheimabsprachen mit den europäischen Regierungen zu kommen versuchte. Basis ihres Angebots war der Verzicht auf Auslands-Aktionen und die Weitergabe von Informationen und aktuellen Warnungen über geplante Aktionen unkontrollierter Gruppen. Das wuchs sich 1979 zu regelrechten Kontakten zwischen PLO und Bundeskriminalamt aus, die anscheinend lediglich aufgrund des Skandal-Geschreis der bundesdeutschen Rechten nicht weiterentwickelt werden konnten.

Die Abkehr von den Auslands-Aktionen war zunächst verbunden mit einer Serie von Kamikaze-Aktionen in Israel, die vor allem in der Tötung von unbewaffneten Menschen bestanden. Es ist bezeichnend für diese Aktionen, daß sich dabei vor allem die engstens an der KPdSU orientierte FDPLP hervortat, die zugleich die schärfste Kritikerin a l l e r Auslandsaktionen war. Der „bewaffnete Kampf in Israel" scheint gewissermaßen Alibi-Funktion gehabt zu haben, um dem Vorwurf zu begegnen, man lehne die Auslandsaktionen bloß aus Feigheit ab. Auch diese Aktionen wurden im wesentlichen seit 1976 eingestellt.

Aus dieser Entwicklung ergab sich ein „Herausfallen" von kleinen Verbänden, die sich auf den Terrorismus (fälschlich als „bewaffneter Kampf" bezeichnet) spezialisiert hatten und die mit der Schwerpunktverlagerung hin zum politischen Kampf nicht zurechtkamen. Nebenbei spielte dabei auch die Verbindung mit der politisch kopflosen, zum Teil bereits in Fäulnis übergehenden Terror-Szene einiger europäischer Länder und Japans eine Rolle (12).

2. Streit um die „Politische Lösung"

Dem Oktoberkrieg von 1973 folgte fast sofort die Einleitung eines „Friedensprozesses", der völlig unter US-amerikanischer Regie stand. Kernstück war der Friedensschluß zwischen Israel und Ägypten, vorbereitet schon 1974/75 durch Truppen-Entflechtungs-Abkommen auf der Sinai-Halbinsel. Im November 1977 besuchte Sadat Israel, im Januar 1978 reiste US-Präsident Carter nach Kairo, und im September 1978 wurde im Camp-David-Abkommen die Sache unter Dach und Fach gebracht. Die arabische Welt verurteilte scheinbar einhellig den „Verrat". Die Kritik an Sadat war vor allem, daß er einen Separat-Frieden abgeschlossen hatte, der weder die Interessen Syriens (Golan-Gebiet) noch die der Palästinenser berücksichtigte. Unmittelbar nach Camp David kam in Damaskus die „Front der Standhaftigkeit" zusammen — bestehend aus der PLO sowie Algerien, Libyen, Syrien und Südjemen. Der Irak, der eigentlich auch zur „Front" gehörte, blieb unter super-radikalen Vorwänden der Konferenz fern. In Wirklichkeit ging es darum, daß die Annäherung Iraks an die „gemäßigten" arabischen Regimes und an den Westen schon voll im Gang war. Innenpolitisch schlug sich das in verstärkter Repression, besonders gegen die prosowjetische Linke, nieder. Der Irak war de facto aus dem (schein-)radikalen Lager ausgeschwenkt. Logisch also, daß Abu Nidal sein Hauptquartier verlegen mußte — natürlich nach Syrien, das nun (neben Ghadafi, den aber vermutlich kaum noch jemand ernst nimmt) die Hegemonie unter den Radikalen beanspruchte.

Aber selbst in der PLO war man sich in Sachen „Standhaftigkeit" keineswegs so einig, wie es nach den allgemeinen Verurteilungen gegen Sadat scheinen könnte. Schon im Juni 1974 war auf dem 12. Nationalrat der PLO der Weg zu einem „Teilstaat" lediglich in den besetzten Gebieten Westbank und Gaza geöffnet worden. Dieser an sich absolut unrealistische Plan (unrealistisch, da weder Israel noch die USA einen solchen Staat wollen) führte zu heftigstem Streit in der PLO. Der PLO-Führung wurde vorgeworfen, daß sie Geheimgespräche mit den USA begonnen habe, was übrigens den Tatsachen entsprach. Es bildete sich die „Ablehnungsfront", die ihre Vertreter demonstrativ aus der PLO-Leitung zurückzog. Die „Ablehnungsfront" bestand aus der PFLP, der von dieser abgespaltenen PFLP-GC, der proirakischen ALF und der PPSF. Unterstützung boten zunächst in erster Linie Libyen und Irak an. Syrien (und folglich auch die prosyrische „Saika") unterstützte damals den Kurs der PLO-Mehrheit. Die „Ablehnungsfront" brach spätestens 1979 zusammen; alle Organisationen strebten zurück in die PLO-Leitung, ohne daß allerdings die politischen Streitpunkte erledigt waren.

3. Bürgerkrieg im Libanon

Dem Verlust der politischen Basis der Palästinenser in Jordanien (September 1970) folgten heftige militärische Kämpfe um ihre Etablierung im Libanon, die ihnen vor allem von den Faschisten der Kataeb (hierzulande meist freundlich als „Christen" beschönigt) streitig gemacht wurde. Phasen schwerer Gefechte wechselten sich ab mit Phasen relativer Ruhe, die dennoch alles andere als ruhig waren. Der Kampf eskalierte 1975/76. Immer deutlicher trat die militärische Überlegenheit der Palästinenser hervor. Da mochte das syrische Regime, selbst voller Ambitionen auf Teile des Libanon, nicht tatenlos zusehen. Zunächst wurde die von Syrien kontrollierte Palästinenser-Organisation „Saika" in Marsch gesetzt, dann die noch totaler von Syrien abhängige PLA (P. Befreiungsarmee). Als der militärische Erfolg sich trotzdem nicht einstellen wollte, begann im Juni 1976 der direkte syrische Einmarsch. Das langte, um das Kräfteverhältnis zugunsten der Rechten entscheidend zu verändern: In dieser Phase (vor allem Ende 1976/Anfang 1977) kam es zu Kämpfen zwischen insbesondere linken Kräften innerhalb der PLO und syrischen Truppen.

Die Lage veränderte sich erneut, als die Faschisten (seit 1977) zunehmend aktiver gegen die Syrer im Libanon wurden, und als schließlich (März 1978) Israel in den Südlibanon einmarschierte, wo es im April 1979 von seinem Statthalter Major Haddad ein Protektorat „Freier Libanon" ausrufen ließ.

„Abu Nidal ist nur ein Regenschirm für verschiedene Elemente." (Arafat)

„Durch die Anerkennung der PLO als Verhandlunspartnerin ermuntern die Länder der EG die anti-semitischen Aktivitäten in Europa." (Außenminister Shmir)

Gott kontra CIA

Am 18. April zerstörte eine Bombe einen großen Teil der US-Botschaft in Beirut. Zur Tat bekannte sich eine pro-iranische Gruppe.

„Die Bombe, die in der letzten Woche die US-Botschaft in Beirut verwüstete, explodierte während eines Treffens von Mitarbeitern der Central Intelligence Agency. Ein großer Teil der CIA-Abteilung in Beirut wurde ausgelöscht. Die CIA-Mitarbeiter — darunter Agenten, Analytiker und Hilfskräfte — waren zusammengekommen, um sich mit Robert C. Ames, Top-Experte der CIA für den Nahen Osten, zu treffen, der gerade das Gebiet besuchte.

Die genaue Zahl der Ausfälle ist noch unklar, aber CIA-Offizielle sagen, daß mindestens 7 CIA-Mitarbeiter getötet wurden und daß die endgültige Zahl höher sein könnte ... Nach Angaben eines früheren CIA-Direktors wurden in Beirut mehr Mitarbeiter der Agency getötet als im Vietnam-Krieg ... Viele der Mitarbeiter, die jetzt bei der Arbeit getötet wurden, hatten im Nahen Osten getarnt als Diplomaten und Vertreter anderer US-Behörden gearbeitet — eine übliche Praxis im Geheimdienst-Geschäft ...

Mr. Ames, Direktor des (CIA-) *Büros für Analysen über den Nahen Osten und Südasien, ... hatte eine zentrale Rolle in der Entwicklung von Reagans Friedensinitiative für den Nahen Osten gespielt; er hatte sich bei mehreren Gelegenheiten offen mit Staatssekretär George Shultz* (Reagans Beauftragter für die Verhandlungen insbesondere zwischen Israel und Libanon) *getroffen".* („International Herald Tribune", 27.4.83).

„Die extremistische und annexionistische religiöse Kach-Bewegung des Rabbi Meir Kahane meint, daß das Attentat gegen die amerikanische Botschaft in Beirut ‚eine göttliche Strafe' für die Reagan-Regierung sei, ‚aufgrund der anti-israelischen Politik, die sie voranzutreiben versucht'.

In einem am 20. April in Jerusalem publizierten Komminique bezieht die Kach-Bewegung sich auf einen Vers im 1. Buch Mose, wo es heißt, daß der göttliche Schutz den Freunden Israels gewährt wird, während seine Feinde bestraft werden. ‚Die amerikanische Regierung hat ein Embargo über Waffen für Israel verhängt und hat versucht, Druck auszuüben, um einseitige Zugeständnisse zu erreichen (...) Die USA haben also erhalten, was sie verdienen', heißt es in dem Kommunique". („Le Monde", 22.4.83).

Diese Entwicklung brachte Syrien und die Palästinenser wieder näher zueinander. Heute wird Syrien, trotz aller einschränkenden Kritik, von der PLO und insbesondere von deren sich als radikaler verstehenden Teilorganisationen als wichtiger Rückhalt des palästinensischen Kampfes angesehen.

Einige weitere Faktoren kommen hinzu, um den Wirrwarr kontroverser und ständig in Bewegung und Wechsel befindlicher Interessen im Nahen Osten noch zu verstärken. So der Krieg zwischen Iran und Irak (13), in dem viele arabische Staaten Partei genommen haben (Syrien unterstützt den Iran), der anhaltende Konflikt zwischen den Regimes von Syrien und Irak, die niemals aufgeklärte Rolle des libyschen Regimes in den verschiedensten Turbulenzen, neuerdings auch terroristische Aktivitäten des iranischen Geheimdienstes bzw. von mit dem iranischen Modell sympathisierenden Gruppen (14), und manches andere mehr.

„Israels langer Arm"?

Seit von Abu Nidal gesprochen wird, ist der Vorwurf oder Verdacht in der Welt, Abu Nidal sei ein Produkt des israelischen Geheimdienstes Mossad oder werde zumindest von diesem „manipuliert", für dessen eigene Vorhaben funktionalisiert. Erst kürzlich, noch vor dem Mord an Sartawi, hatte die zum linken Flügel der PLO zählende PFLP behauptet, sie habe *„eindeutige Informationen"*, daß der Mossad die Anschläge auf die Synagogen in Paris (1980) und Wien (1981) sowie auf Goldenbergs Restaurant in Paris (1982) verübt habe. Ähnliches ist schon oft behauptet worden, aber keine palästinensische Organisation hat jemals den Versuche macht, der internationalen Öffentlichkeit Beweismittel oder handfeste Indizien für die Mossad-Hypothese vorzulegen. PLO-Chef Arafat, der es am besten wissen sollte, antwortete auf die Frage *„Wer ist eigentlich Abu Nidal?"* lediglich knapp und ungenau: *„Abu Nidal ist nur ein Regenschirm für verschiedene Elemente. Und das ist genug für Sie"* (15).

Daß der Verdacht einer Beteiligung Israels an der Firma Abu Nidal niemals verstummt ist, hat dennoch gute Gründe. Ein wesentliches Argument für diesen Verdacht ist die Tatsache, daß Israel (bzw. genauer gesagt, jene Kräfte Israels, die von der Regierung Begin repräsentiert werden) den Hauptnutzen der im Namen Abu Nidals betriebenen Strategie hat. Das ist oben schon begründet worden. Hinzu kommt, daß Abu Nidal zwar gern den radikalentschlossenen, furchtlosen Kampf gegen Israel im Wappen führt — aber daß von allen Anschlägen, die ihm zugeschrieben werden, nur e i n e r sich überhaupt gegen einen Funktionsträger oder eine Einrichtung Israels richtete. Das war das Attentat auf den Londoner Botschafter Argov — und dieses lieferte den erwünschten Vorwand, den seit langem geplanten und vorbereiteten Einmarsch in den Libanon zwecks Zerschlagung der PLO zu starten.

Israel ist dafür bekannt, daß es auf geheimdienstlichem Gebiet (ebenso wie auf militärischem) Leistungen erbringt, die zur Weltspitze gehören und die einem so kleinen Land und Volk alle Ehren machen würden — wenn es sich nur um etwas freundlichere Dinge handeln würde als ausgerechnet Zerstörung und Töten. Der Mossad hat seine Fähigkeiten unter Beweis gestellt, z. B. als er 1972 bis etwa 1974 eine konzentrierte Mordserie gegen führende PLO-Funktionäre in Europa und Beirut organisierte (16).

Anlaß der damaligen Morde war der Überfall des „Schwarzen September" auf die israelische Olympia-Mannschaft in München am 5.9.72. Kurz darauf hatte die damalige Regierungschefin Golda Meir verkündet, Israel werde seine Schläge überall hintragen, wo sich palästinensische Terroristen befinden, um ihnen zu zeigen, daß sie sich nirgendwo auf der Welt sicher fühlen können (17). Einige Monate später, im Mai 1974, wurde Begin, damals Oppositionsführer, noch deutlicher: Auf einer Kundgebung nach dem Massaker in Maalot (18) forderte Begin **„die Bildung einer Untergrundorganisation, die mit stillschweigender Unterstützung der Regierung in aller Welt arabische Terroristen jagen solle"** (19).

Während mittlerweile die PLO (und ihre Unterorganisationen) die Auslandsaktionen völlig eingestellt hat, wiederholen Israels Regierungspolitiker unbeirrt ihre Morddrohungen gegen die PLO. Der damalige Verteidigungsminister Sharon erklärte im August 1981: *„Ich bin dafür, jedes Mittel zur Bekämpfung der Terroristen einzusetzen — nicht nur zur Vergeltung, sondern sie auch schon zu schlagen, wo immer sie anzutreffen sind"* (20). Außenminister Shamir kündigte Anfang April 1982 an: **„Israels Streitkräfte würden ‚die Terrororganisationen, ihre Führer, ihre Zentren und ihre Stützpunkte ausmerzen'"**. Konkret gemeint war nicht (nur) der Libanon, sondern (auch) *„besonders die PLO-Vertretungen in Europa"* (21). Und gleichfalls Shamir: *„Die Quelle dieser Taten"* — der antisemitischen Aktivitäten in Europa — **„muß ohne Zögern zerschlagen werden: nämlich die arabisch-palästinensischen Organisationen, die in Europa agieren"** (nach „Le Monde", 9.10.80). Es ist daran zu erinnern, daß es für die herrschenden Kreise Israels keine Differenzierung zwischen der PLO und irgendwelchen suspekten Terrorgruppen wie Abu Nidal gibt: Die PLO ist und bleibt eine „Mörderbande", die „ausgemerzt" werden muß. Und daß Israels führende Politiker nicht nur wilde Reden aus dem Fenster halten, sondern womöglich Taten folgen lassen, muß wohl als ausreichend bewiesen angesehen werden.

Außer den offiziellen israelischen Formationen (Mossad u. a.) kommen auch „wilde" zionistische Terror-Einheiten für Anschläge in Betracht. Da gibt es zum einen legale oder halblegale Aktivitäten wie die des aus Europa nach Israel geflüchteten Wirtschaftsverbrechers (und Knesseth-Abgeordneten) Flatto-Sharon, der ein Killerkommando zur Jagd auf Idi Amin finanzierte (22), aber auch einen bewaffneten Wachdienst für jüdische Einrichtungen in Europa auf die Beine stellte (23). Es gibt spektakuläre Terrorgruppen wie die „Kach" des Rabbi Kahane und die „Gusch Emunim" (25), und aus der Anonymität operierende Einheiten wie die „Zionistische Aktionsgruppe", die im August 1982 in Lissabon sehr effektive Anschläge gegen die Büros von Lufthansa und Air France verübte. Daneben scheint es einen wenig organisierten ad-hoc-Terrorismus aus dem jüdischen Milieu in Europa zu geben, der möglicherweise mit den militanten „Selbstverteidigungsorganisationen" in Zusammenhang steht, die in Italien und Frankreich entstanden sind (24). Letzteren scheint es aber lediglich um Verteidigung gegen Bedrohungen und direkte Revanche-Aktionen zu gehen, nicht jedoch um Mordanschläge und Provokationen.

Daß dem offiziellen Zionismus Provokationsstrategien nicht fremd sind, ist aus der Geschichte bekannt. So stellt die Ermordung des Grafen Bernadotte in Palästina im September 1948 geradezu ein Vorbild für die Strategie Abu Nidals dar: Bernadotte war Verhandlungsvermittler zwischen den sich bekriegenden Juden und Arabern in Palästina. Seine Mörder gehörten der Terrorgruppe an, deren Chef Menachem Begin war. Versucht wurde zunächst, die Tat „arabischen Fanatikern" anzulasten. Getroffen werden sollten in der Person Bernadottes die Verhandlungsbemühungen, um den Weg freizumachen für die militärische Austragung des Konflikts.

Ein anderes Beispiel zionistischer Provokationsstrategie war die „Lavon-Affäre" vom Juli 1954: Israelische Agenten unternahmen damals Bombenanschläge auf britische und amerikanische Einrichtungen in Ägypten und lenkten den Verdacht auf die radikalreligiöse Moslembruderschaft. Der Zweck war eine Destabilisierung und Diskreditierung Ägyptens. Der Hintergrund wurde jedoch von den ägyptischen Behörden aufgedeckt und von Israel im wesentlichen schließlich eingestanden.

Alles das demonstriert, daß Abu Nidal von Israel her „manipuliert" sein k ö n n t e. Mehr aber auch nicht. Es gibt, das sei nochmals betont, für diese Hypothese nicht den geringsten praktischen Anhaltspunkt, geschweige denn Beweis. Im Gegenteil, alle bekannten Tatsachen deuten auf eine Beteiligung von arabischen Regimes und vielleicht auch Palästinensergruppen am Unternehmen Abu Nidal hin. F a l l s irgendein Geheimdienst sich das zunutze macht (auch der KGB ist selbstverständlich stets als Verdächtiger im Spiel), so liegt es in erster Linie an einer verfehlten, verhängnisvollen und verbrecherischen Politik, die von Teilen des „progressiven arabischen Lagers" betrieben wird. Das Wort haben nach dem Mord an Issam Sartawi die arabischen Gastgeber von Abu Nidal. Das Wort hat auch die PLO, die zur Aufklärung der Zusammenhänge sicher vieles beitragen könnte.

Projekt Abu Nidal

Und sie freuen sich auch noch . . .

Der erschossene PLO-Funktionär Sartawi gehörte zu den „gemäßigten" Palästinensern, heißt es. Was immer darunter zu verstehen ist: Er wurde von palästinensischen Scharfmachern ermordet, nur weil er Gespräche mit Israel suchte; mit „Freude" begrüßten seine Feinde gestern offiziell den Mord.

Welche Beweise braucht die Welt eigentlich noch dafür, daß die wahren Unruhestifter im Nahen Osten palästinensische Extremisten sind?

Aus: Bild, 11.4.83



Aus FAZ, 18.4.83

Anmerkungen

1. Im Gegensatz zur üblichen Version heißt es in einem dpa-Bericht, daß Abu Nidal erst 1967 der PLO beigetreten sei. Seit 1970 sei er Repräsentant der PLO in Bagdad gewesen (nach „Hamburger Abendblatt" — „HA", 12.4.83).
2. Philippe Boggio in „Le Monde" —„LM" — am 13.10.82 (weitere Teile des Artikels in „LM" am 12. und 14.10.). Der Verfasser scheint über reichlich geheimdienstliches Material verfügt zu haben. — Vergl. auch eine Anmerkung in der „Welt" vom 16.8.82: „Wo sich Nidal zur Zeit aufhält, ist unbekannt. Den letzten Geheimdienstinformationen zufolge verließ er die syrische Hauptstadt Damaskus Ende Frühjahr/Anfang Sommer dieses Jahres". Laut Boggio geschah das im März 1982.
3. Das größte Unternehmen, das von der PFLP organisiert wurde, war die Entführung von drei Flugzeugen nach Jordanien im September 1970, die zum Auslöser des jordanischen Bürgerkriegs wurde (der sogenannte schwarze September, nach dem dann die gleichnamige Terror-Gruppe benannt wurde). Die PFLP mit ihren angeblichen Querverbindungen zu deutschen, japanischen und türkischen Linksextremisten ist ein zentraler Faktor in sämtlichen einschlägigen Publikationen zum internationalen Terrorismus. Wieweit diese Darstellungen ungefähr zutreffend sind, kann hier nicht qualifiziert werden. Jedenfalls geht aus den Berichten hervor — was im übrigen durch die Praxis bestätigt wird —, daß sich die PFLP spätestens 1975/76 von Flugzeugentführungen und ähnlichen Auslandsaktionen als Mittel der Politik getrennt hat.
4. So die syrische Regierungszeitung „Al Baath", laut „Süddeutsche Zeitung" — „SZ", vom 19.12.73.
5. entfällt
6. Abu Mahmud war ein Deckname von Ahmed Abdul Ghafur, der mit Abu Nidal zusammen eine Gruppe „Arabische Nationale Jugendorganisation für die Befreiung Palästinas" gegründet hatte. Nach dem Massaker von Fiumicino wurde er aus Libyen ausgewiesen. Am 12.9.74 wurde er in Beirut von Unbekannten erschossen. — Darstellung nach einem verblüffend gut informierten Hintergrundartikel von Thankmar von Münchhausen in der „Frankfurter Allgemeinen" — „FAZ", vom 30.11.74. Dieser Artikel ist im übrigen ein schlagendes Argument gegen alle neueren Medien-Versionen, die den Eindruck erwecken, als sei Abu Nidal erst irgendwann Ende der 70er Jahre plötzlich aus dem Nebel aufgetaucht.
7. Nach „FAZ", 25.11.74. Weiter heißt es in dem PLO-Statement: „Wir kennen jetzt die Gruppe, die das Verbrechen beging, und die Kreise, die sie mit Mitteln, Geld und Publizität unterstützen, sind uns ebenfalls bekannt". Das kann man wohl glauben. Typisch ist aber — das gilt für viele ähnliche Vorfälle — daß von der PLO mit Enthüllungen immer nur g e d r o h t wurde. Das deutet schwer widerlegbar darauf hin, daß die gemeinten Vorgänge mit arabischen Regimes zu tun haben, mit denen die PLO keinen Bruch riskieren will.
8. Vergl. dazu den Artikel im AK 187, S. 8 bis 10, der sich ausführlich mit den Hintergründen des antijüdischen Terrors in Frankreich und in diesem Zusammenhang auch mit jüdischen und israelischen Reaktionen befaßt. Speziell zu „Renouveau juif" vgl. „taz", 8.10.80.
9. Nach „LM", 13.4.83
10. Die von Ahmed Jibril geführte PFLP-GC gilt als „prosyrisch". In ihrer in Damaskus verbreiteten Stellungnahme heißt es, Sartawi habe sterben müssen wie Sadat, denn das sei immer das Schicksal der Verräter, die gegen ihr Vaterland und ihre Nation konspirieren. Die Mörder Sartawis seien dieselben, die Sadat töteten (nach „LM", 13.4.).
11. Von a l l e n Organisationen der PLO wurde (und wird) eine Trennung zwischen Juden und Israeli gemacht. Ohne die Anschläge gegen israelische Zivilisten im geringsten beschönigen zu wollen, ist — gerade auch im Unterschied zu den Praktiken Abu Nidals — festzustellen, daß alle Organisationen der PLO Terror gegen Juden ablehnen und stets abgelehnt haben. Das wissen selbstverständlich auch jene offiziellen jüdischen und israelischen Stellen, die bei jedem antijüdischen Anschlag Schuldzuweisungen an die PLO produzieren.
12. Es ist bezeichnend für diese Variante des Terrorismus, daß bei vielen ihrer spektakulärsten Veranstaltungen (z. B. Geiselnahme bei der OPEC-Konferenz 1975, Ermordung Moros 1978) unmöglich gesagt werden kann, ob damit nicht einer geheimdienstlichen Operation zugearbeitet wurde, und falls ja, welcher.
13. Die „Welt" rieb sich schon wenige Wochen nach Beginn dieses Krieges schadenfroh die Hände: „Hätte man Niccolo Macchiavelli, den philosophischen Vater der nackten Gewalt, aus dem Grab geholt und gefragt, wie die arabisch-moslemische Welt am besten zu zerstören sei, wäre ihm bestimmt kein wirksameres Rezept eingefallen: Die wenigen Wochen des Krieges zwischen Irak und Iran haben die politische Einheit der arabischen und moslemischen Länder praktisch in Ruinen gelegt ... Israel und Ägypten, von Chaos umgeben, gelten nun plötzlich als Oasen des Friedens" („Welt", 12.11.80).
„Der irakisch-iranische Waffengang scheint vor allem ein Stellvertreterkrieg zugunsten Israels gewesen zu sein", kommentierte die „Zeit" (4.6.82). Israel habe Waffenteile und Munition im Wert von 60 Mio. DM an den Iran geliefert. — Der Irak erhielt für den Krieg vor allem französische Waffen und saudisches Geld.
14. Auf ihr Konto gehen nach eigenen Angaben die Bombenanschläge auf die Botschaften des Irak (Dezember 1981, über 30 Tote), Frankreichs (Mai 1982, 11 Tote) und der USA (18.4.83, etwa 60 Tote) in Beirut. Ferner eine Reihe kleinerer Angriffe auf Soldaten der internationalen Truppe im Libanon und Anschläge gegen irakische Einrichtungen in Europa.
15. „Spiegel"-Interview, 13.9.82
16. Ermordet wurden u. a. Wael Zuaiter, PLO-Vertreter in Rom (16.10.72); Mahmud Hamchari, PLO-Vertreter in Paris (8.12.72); Mohammed Boudia, Gründungsmitglied der algerischen FNL und Sympathisant der PLO, in Paris (28.6.73); Basil Kubaissi, Funktionär der PFLP, in Paris (5.4.73); Abul Kheir, PLO-Vertreter in Nicosia/Zypern (24.1.73). In Paris sind also drei PLO-Vertreter nacheinander ermordet worden: Hamchari 1972, Kalak 1978 und el-Dani 1982 — die beiden letzteren im Namen von Abu Nidal. Zu der Mordserie gehört ferner der 10.4.73, als israelische Killer-Kommandos in Beirut drei führende palästinensische Politiker (Kamal Nasser, Abu Jussef und Kamal Aduane) in ihren Wohnungen erschossen. In einem einzigen Fall — Ermordung eines marokkanischen Kellners in Norwegen, vermutlich ein Irrtum — wurden die israelischen Attentäter gestellt und verurteilt. Sie waren vorwiegend aus Paris angereist, das damit seinen Ruf als Mossad-Hochburg Nr. 1 in Europa festigen konnte. — Angaben nach der Broschüre „Les Crimes Israeliens en Europe", Paris 1974. Hrg. vom Collectif National pour le Palestine.
17. Zitiert nach der eben genannten Broschüre.
18. Palästinensische Terroristen hatten Schüler als Geiseln genommen. Beim israelischen Angriff auf die Schule kamen viele der Schüler ums Leben. Nach offizieller Darstellung wurden sie von den Palästinensern ermordet; tatsächlich jedoch starben vermutlich viele aufgrund der totalen Rücksichtslosigkeit, mit der die Armee ihren Sturm auf die Schule durchführte.
19. Zit. nach „SZ", 22.5.74
20. zit. nach „Welt", 15.8.81
21. zit. nach „Welt", 6.4.82
22. nach „Welt", 25.4.79. Anlaß war die angebliche Rolle Idi Amins bei der Flugzeugentführung von Entebbe.
23. nach „FR", 28.10.80. Eingesetzt wurden dafür „ehemalige Angehörige von Spezialeinheiten der israelischen Armee".
24. Vermutlich sind solchen Kreisen die Bombenanschläge vor der syrischen Botschaft und dem islamischen Kulturzentrum in Rom zuzuschreiben, die sich am Abend nach dem Überfall auf die Synagoge (9.10.82) ereigneten. Ebenfalls diesem Kreis angelastet wurde ein Bombenanschlag auf den autonomen Sender Onde Rossa in Rom, wenige Tage später (vergl. „taz", 14.10.82).
25. Mitglieder der radikalnationalistischen „Gusch Emunim" verübten z. B. im Juni 1980 Bombenanschläge auf drei palästinensische Bürgermeister in den besetzten Gebieten, bei denen diese zum Teil schwer verletzt wurden. Die „Gusch Emunim" erfreuen sich hochgradiger Toleranz der Regierung Begin.

Buchvorstellung:

Monetarismus am Beispiel der Türkei

Im März ist das Buch ',,Modell" Türkei - Ein Land wird kaputtsaniert' von Rainer Werle erschienen (Junius-Verlag Hamburg, 212 S., DM 18,--). Auf den ersten Blick ein Buch über die Türkei, ist es doch auch in anderer Hinsicht interessant, denn am Beispiel Türkei wird in dem Buch der Versuch unternommen, den Übergang vom Keynesianismus zum Monetarismus nachzuvollziehen.

Dazu schreibt der Autor in der Einleitung: *,,Sicherlich ist die Entwicklung des Monetarismus in der Türkei als einem abhängigen Entwicklungsland nicht direkt zu vergleichen mit der monetaristischen Politik in Industrieländern, aber zahlreiche der dargestllten Mechanismen und Schlußfolgerungen dieses Buches haben auch für andere Länder ihre Bedeutung. Die Sanierung der türkischen Wirtschaft mit monetaristischen Methoden wird gerade von ihren Verfechtern als ,Modell Türkei' bezeichnet. So gesehen versucht dieses Buch eine Kritik am Modell, um auch die zahlreichen monetaristischen Varianten in anderen Ländern einer Kritik zugänglich zu machen."* (S. 15).

Abhängigkeit und Unterentwicklung

Das Buch gliedert sich in drei Hauptkapitel. Das erste Kapitel ist ein Rückblick auf die Entwicklung der Türkei nach dem Zweiten Weltkrieg und dient dem Ziel, die Mechanismen der Abhängigkeit sowie ihre Folgen, Unterentwicklung und immer schärfere Wirtschaftskrisen, darzustellen.

Diese Entwicklung volzog sich im Zeichen der Wirtschaftstheorie des

Keynesianismus

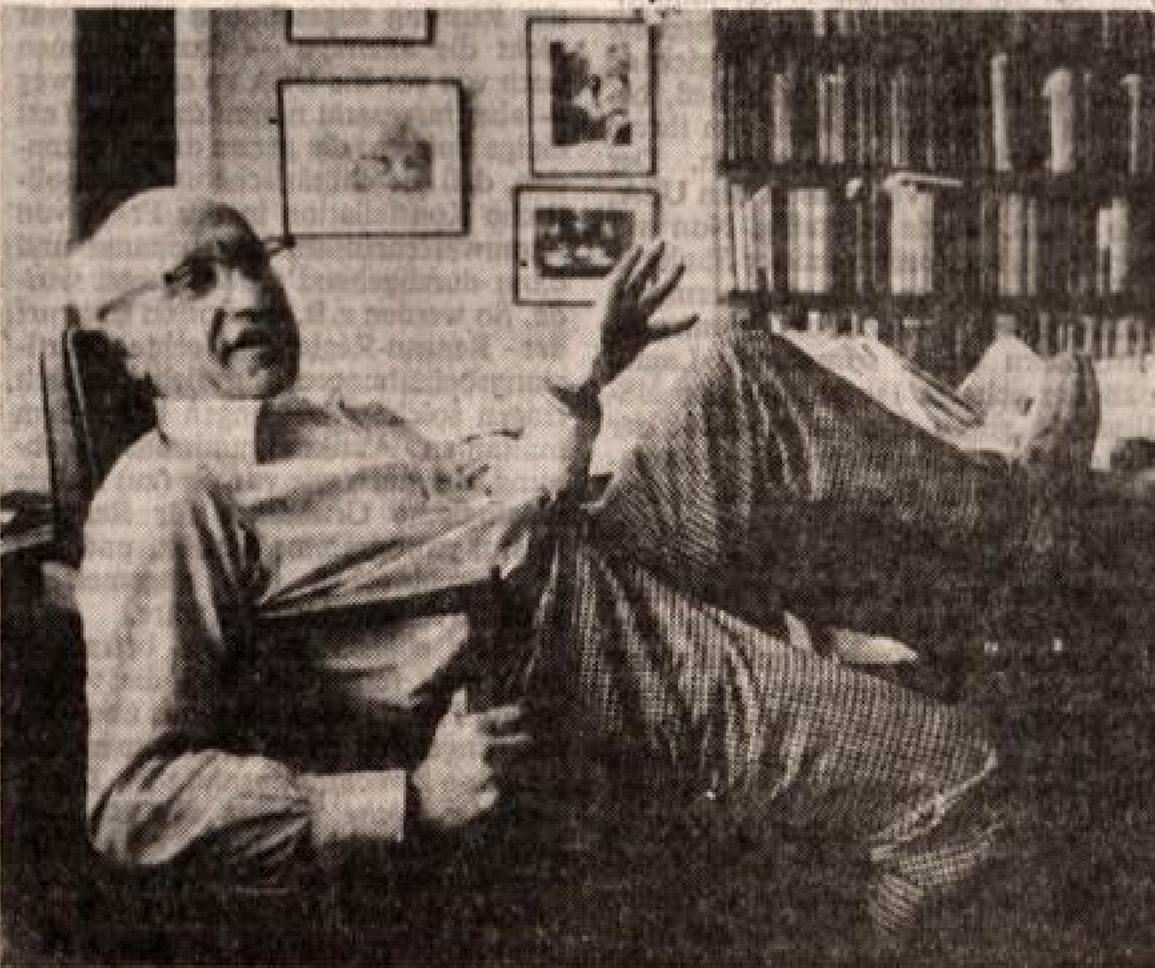
,,Der Keynesianismus war die Theorie und Ideologie des Wirtschaftsaufschwungs nach dem zweiten Weltkrieg. Seine Strategie war es, durch staatliche Maßnahmen ein möglichst hohes Wachstum zu erreichen." (S. 70)

Angesichts der abhängigen Entwicklung der Türkei seit dem zweiten Weltkrieg zeigt sich der Keynesianismus hier in Form des

Konzept der Importsubstitution

,,Allen Konzepten zur Überwindung der Importabhängigkeit war gemeinsam, daß sie die Lösung des Problems im Aufbau einer türkischen Industrie sahen, die jene Waren herstellen sollte, die bisher eingeführt werden mußten. Dieses Ziel wurde zusammengefaßt unter dem Begriff der Strategie der importsubstituierenden (= ersetzen, Anm.AK) *Investitionen. Das heißt, der türkische Staat solltegezielt Investitionen vornehmen, um Fabriken zu bauen, die ausländische Waren ersetzen konnten."* (S. 56)

Die Durchführung dieses Konzepts war paradoxerweise nur mithilfe eines hohenMaßes an ausländischem Kapital und Know-how möglich, führte also nur noch mehr zu Abhängigkeit, Auslandsverschuldung und einem wachsenden Zahlungsbilanzdefizit. *,,Doch gerade diese Politik führte Ende der siebziger Jahre in die große Wirtschaftskrise, denn mit zunehmender Importabhängigkeit wuchsen auch Zahlungsbilanzdefizit und Verschuldung der Türkei. (...) An neue Investitionen war bei solchem Devisenmangel kaum noch*



zu denken. (...) Der rasche Rückgang der Investitionstätigkeit markiert das Scheitern der Strategie der importsubstituierenden Investitionen. (...) Damit war der Boden bereitet für die Durchsetzung eines völlig neuen Wirtschaftskonzepts: des Monetarismus." (S. 60)

Monetarismus

Der zweite Teil des Buches ist sicherlich jener, der auch über das Thema Türkei hinaus besonders von Interesse ist. Er stellt zunächst eine knappe, aber im wesentlichen verständliche Zusammenfassung der Theorie und Ideologie des Monetarismus dar. Dabei beschränkt sich der Autor auf die monetaristische Variante, wie sie von Milton Friedman vertreten wird.

Daß diese Darstellung auch für das Verständnis des Monetarismus in Industrieländern von Bedeutung ist, liegt daran, daß Werle zunächst den Monetarismus allgemein charakterisiert, um dann zu zeigen, wie in die allgemeine Theorie die besonderen Probleme von Entwicklungsländern eingebaut werden. Allgemein leitet der Autor den Drang zum Monetarismus aus den Entwicklungstendenzen in den westlichen Industrieländern her: *,,Der Monetarismus ist dabei, den Keynesianismus abzulösen, weil er dieser Entwicklung in den Industrieländern Rechnung trägt. Das Funktionieren der Wirtschaft wird nicht mehr daran gemessen, ob eine allgemeine Wohlstandsmehrung stattfindet, sondern einzig daran, ob die Unternehmen durch die optimale Geldmenge die Freiheit der Profitmaximierung besitzen."* (S. 71) Von hier ausgehend wendet er sich dem Problem zu:

Monetarismus in Entwicklungländern

,,Auf Entwicklungsländer übertragen, muß der Monetarismus angepaßt werden an die besonderen Erfordernisse von Entwicklungsländern, die durch ihre Importabhängigkeit auf ausländische Devisen angewiesen sind. Im Falle der Türkei kommt als weiteres Problem hinzu, daß die monetaristische Politik auf eine Wirtschaft angewandt werden muß, die in eine tiefe Wirtschaftskrise geraten ist. Deshalb lassen sich die Forderungen einer monetaristischen Politik für die Türkei in drei Gruppen aufteilen:
1. Allgemeine monetaristische Forderungen: Steuerung des Geldumlaufs durch den Staat, Senkung der Staatsausgaben und der Steuern, Verzicht des Staates auf Subventionen und Hilfen;
2. Forderungen zum Ausgleich der Zahlungsbilanz: Abwertung der Landeswährung, Exportförderung, Öffnung des Landes für ausländisches Kapital;
3. Forderungen zur Krisenüberwindung: Bildung eines entwickelten Kapitalmarktes, Kontrolle von Löhnen und Gehältern, Anregen der Spartätigkeit durch Zinserhöhung." (S. 76)

Ebenfalls von grundsätzlichem Interesse in diesem zweiten Teil des Buches ist eine Darstellung der Mechanismen, wie die Industrieländer ihre Vorstellungen einem Entwicklungsland diktieren können. Eine besondere Rolle kommt dabei dem Internationalen Währungsfond, der Weltbank und der OECD zu. Den Schluß des zweiten Teils bildet ein Kapitel, das dem Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in der Türkei gewidmet ist.

Der Monetarismus an der Macht

Der dritte Teil des Buches befaßt sich mit den Auswirkungen und Perspektiven der monetaristischen Wirtschaftspolitik. *,,Die wirtschaftlichen Erfolgsmeldungen der türkischen Militärregierung werden mit der tatsächlichen Entwicklung verglichen. Dabei ergibt sich, daß die Erfolgsmeldungen sehr wohl einen realen Hintergrund haben, aber die Militärregierung nennt nicht den Preis, den ihre Erfolge kosten, sie verschweigt oder verharmlost, daß ganze Industriezweige unter der monetaristischen Politik vor dem Bankrott stehen und die Mehrzahl der Bevölkerung einer Verelendung unterliegt, die weitaus schlimmer ist als davor. Die Arbeitslosigkeit ist in die Höhe geschnellt, die Reallöhne sind drastisch gesunken."* (S. 15)

Bezeichnend für die Darstellungsweise Werles ist, daß er gerade diese Untersuchung anhand von Zahlen und Fakten offizieller Stellen durchführt. Er zitiert das türkische Statistische Amt, den türkischen Unternehmerverband (TÜSIAD), die Großbank Is Bankasi und andere Kapitalkreise. Er durchleuchtet das Material, inwiefern es wirklich aussagekräftig ist und zerpflückt Statistiken, wenn sie die Wirklichkeit vertuschen. Dabei kommen zum Teil geradezu groteske Zahlentricks ans Licht, etwa wenn er darauf hinweist, daß die Lebenshaltungskosten für Heizung und Beleuchtung in der Türkei anhand des Preises für Stearinkerzen ermittelt werden und in den gleichen Statistiken die sprunghaft gestiegenen Mietkosten als konstant betrachtet werden.

Nachdem auf diese Weise die Fakten auf dem Tisch liegen, geht es dem Autor um den **Nachweis, daß das monetaristische ,,Modell" auf Dauer zur erneuten und verschärften Krise führen muß.** Dabei werden die Parallelen zur Entwicklung in Chile gezogen und die Rolle der Türkei im Welthandel betrachtet. *,,Während Chile und andere Länder noch vor wenigen Jahren durch die monetaristische Schockpolitik ihre Wirtschaft auf den Export orientieren konnten, heute allerdings damit vor großen Problemen stehen, ist anzunehmen, daß in der Türkei die Entwicklung anders verläuft. Die Wirtschaftskrise Ende der siebziger Jahre war entstanden, weil die türkische Wirtschaft die zur Produktion nötigen Importe nicht mehr bezahlen konnte, während die Nachfrage hoch war. Die nächste Wirtschaftskrise wird aufgrund der monetaristischen Politik entstehen, weil durch die gesunkene Nachfrage zwar keine Importengpässe mehr bestehen, aber die Industrie auf ihren Waren sitzenbleibt. Die monetaristische Politik in der Türkei hat zwar die Vorzeichen umgedreht, aber das Ergebnis ist dasselbe geblieben."* (S. 178)

Monetarismus auf dem Prüfstand

Den Schluß des Buches bildet ein Kapitel, das sich über die Türkei hinaus mit ,Bilanz und Perspektiven des Monetarismus' beschäftigt. Damit zieht der Autor den Schlußstrich unter das Generalthema des Buches, den Monetarismus grundsätzlich und am ,,Modell" zu kritisieren. Ausgegangen war er von der Frage, warum der Monetarismus sich immer mehr durchsetzt. Kurz zusammengefaßt ist dies im Kapitel III.6.3: *,,Die Entwicklung des Weltmarktes nach dem zweiten Weltkrieg bis in die sechziger Jahre war gekennzeichnet von einer hohen Zuwachsrate des Welthandels. Neue Märkte wurden erschlossen, und die relative Zunahme der Reallöhne in den Industrieländern ließ auch die Binnenmärkte expandieren. In den siebziger Jahren stieß diese expansive Entwicklung an ihre Grenzen. Immer weniger bestand die Möglichkeit, neue Märkte zu erschließen, und um auf den vorhandenen Märkten konkurrenzfähig zu sein, sind die Unternehmen gezwungen, ihre Produktion zu rationalisieren. Dazu sind große Kapitalsummen notwendig, und gerade deshalb ist die monetaristische Theorie auf dem Vormarsch, weil sie im Kern die Senkung der Nachfrage und damit der Einkommen der Bevölkerung beinhaltet und dadurch Gelder auf dem Kapitalmarkt effektiver umverteilt werden können. Durch die Rationalisierung der Produktion werden die Waren einerseits billiger produziert, andererseits führt die dazu notwendige Nachfragesenkung zu Absatzstockungen, zu einer Einengung der Märkte."* (S. 173)

Ich denke, Rainer Werles Buch ist sowohl für die Türkei-Solidaritätsbewegung als auch für die grundsätzliche Auseinandersetzung mit dem Monetarismus von Bedeutung.

H., Tübingen

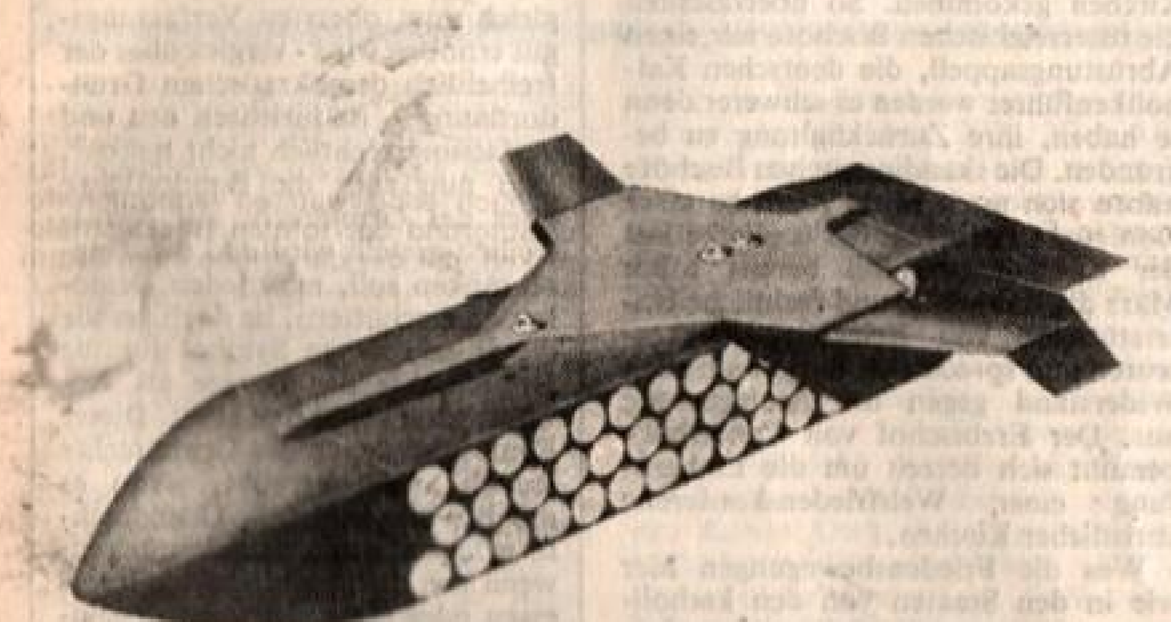
Zum Rogers-Plan: ein Nachtrag

Mit dem Rogers-Plan (s. AK 230, S.1/7 und AK 232, S.7) will die NATO eine konventionelle Kriegsfähigkeit in Europa erlangen, wobei allerdings die Drohung des Atomwaffeneinsatzes auf allen Ebenen bestehen bleiben soll. Die NATO will eine Option, um die Grenzen Europas auch wieder mit einem Krieg verändern zu können (s. Zitat von Gray). Hier sollen dazu einige Angaben nachgetragen werden (die im letzten AK vergessen worden waren).

Hochwertige Ziele in den 2. und 3. Staffeln der Streitkräfte des Warschauer Paktes

Art der Ziele	Entfernung hinter der Demarkationslinie 0-30 km	30-100 km	100-300 km	300-800 km	Gesamt
Festziele					
Flugplätze (Haupteinsatzbasen)		13	31	28	72
Engpässe (Brücken, Verladebahnhöfe, Autobahnen, Hindernisse)	12	10	91	78	191
Bunker (Kernwaffen, Befehlszentren, Kraftstofflager)	5	27	87	43	162
Gesamtzahl der Festziele	17	50	209	149	425
Bewegtziele					
Kampftruppen- und Artilleriebataillone in 76 Divisionen	832	132	426	294	1 684
Atom-FK- und Unterstützungsbataillone	256	129	104	87	576
Gesamtzahl der Bewegtziele	**1 088**	**261**	**530**	**381**	**2 260**
Gesamtzahl der Ziele	**1 105**	**320**	**739**	**530**	**2 685**

Innerhalb von Stunden sollen strategische Ziele des Warschauer Paktes in einer Tiefe von 800 km mit unbemannten Flugkörpern (insgesamt 1000 sollen angeschafft werden) ausgeschaltet und damit eine absolute Luftüberlegenheit der NATO erreicht werden (Counter Air). 425 Ziele verzeichnet die nebenstehende Zielliste für diesen Angriffsplan, wobei bereits der Großteil der Ziele, nämlich 191 "Engpässe", in einer 2. Welle angegriffen werden sollen, wenn sich dort die "Bewegtziele", d.h. entsprechende Kampftruppen aufhalten. Auch hier sind, nach Entfernung aufgeteilt, bereits jetzt die Truppen ins Abschußvisier genommen.



Eine entsprechende "konventionelle Atombombe" ist die MW-1 von Messerschmidt Bölckow-Blohm (MBB), die von einem Tornado aus über ein Ziel gleitet, wo aus 42 Ausstoßrohren bis zu 3 Tonnen "Submunition" verschossen wird, die je nach Ausführung ganze Kampfverbände oder Flugplätze vernichten kann.

Ein Flugzeugeinsatz mit entsprechender Submunition soll bereits die gleiche Wirkung wie eine "taktische"Atomwaffe (im unteren Kilotonnen-Bereich) erzielen. Von Rüstungsfirmen der USA, aber auch der BRD sind solche Waffen entwickelt worden.

Colin S. Gray, einer der Väter der NATO-Doktrin vom "Sieg im Atomkrieg", forderte schon 1979 (In "Military Review") "... *ein nicht-nukleares Truppenkontingent, das fähig ist, sich gegen den Fehlschlag der Hauptstrategie der Verteidigung abzuschotten und das vorbereitet in der Lage ist, in Osteuropa einzumarschieren. Den Sowjets müssen Optionen verwehrt werden, die ihnen ein geringes Risiko eintragen. Sollte es in Europa zu einem Krieg kommen, müssen sie wissen, daß es einen Status Quo nicht länger gibt. Die Frage der Struktur Osteuropas — dies ist das mindeste — ist wieder einmal offen ...".*

Der Streit um den Hirtenbrief amerikanischer Bischöfe

Seit knapp einem Jahr macht die katholische Kirche in den USA von sich reden: vom *„größten Zusammenprall zwischen Religion und Politik in der Geschichte der Vereinigten Staaten"* wird da gesprochen, Bilder von verhafteten Mönchen, Nonnen und Priestern gingen durch die Presse, der Papst wurde eingeschaltet ebenso wie der Führungsstab des Pentagon und der Reagan-Administration. Anlaß des Streits ist ein sog. „Hirtenbrief" mit dem Titel „Die Herausforderung des Friedens: Gottes Verheißung und unsere Antwort" (Ein Hirtenbrief ist eine Art Denkschrift, die in unregelmäßiger Folge zu jeweils aktuellen Themen von hoher Kirchenebene herausgegeben wird).

Ein Grund für die große Publicity, die den Hirtenbrief von Anfang an begleitet hat, liegt darin, daß erstmalig ein bischöflicher Text vor seiner endgültigen Herausgabe einem öffentlichen Disput ausgesetzt wurde. Einmal abgesehen davon, daß es demokratischen Vorstellungen zufolge ohnehin so gehen sollte, spielte bei dieser Entscheidung der Vorveröffentlichung sicher auch eine Rolle, daß der katholische Klerus sich durch eine Bestätigung durch das Kirchenvolk bessere Chancen gegenüber den erwarteten Angriffen Reagans ausrechnete. Der Text des ersten Entwurfs wurde im Juni 1982 verfaßt und veröffentlicht. Vorausgegangen waren zahlreiche Anhörungen von Spezialisten aus Militär, Kirche und Friedensbewegung. Die Aufforderung zur Diskussion stand im Raum, auf einer Bischofssynode vom 15. - 18.11.82 sollten die eingegangenen Kritiken zu einem zweiten Entwurf zusammengetragen werden.

Der Einfluß auf die freeze-Bewegung

Der Einfluß auf die freeze-Bewegung

Zwei Wochen vor diesem Termin hatten in den USA Zwischenwahlen stattgefunden, die auf Antrag von den „Demokraten" auch gleichzeitig zur Abstimmung eines freeze-Textes genutzt wurden. Das Ergebnis brachte empfindliche Schlappen für Reagans Kriegskurs: im Kongreß und bei der Verteilung der Gouverneursämter konnten die „Demokraten" gut zulegen und Mehrheiten für sich ausbauen. Woher die Stimmen kamen, war eindeutig: acht von neun Bundesstaaten votierten für die Annahme der freeze-Resolution, für das Einfrieren der Atomrüstung der USA und UdSSR auf dem jetzigen Stand. Ebenso deutlich war aber auch, daß an diesem Erfolg von freeze die katholische Kirche einen großen Anteil hatte: in dem veröffentlichten Entwurf des Hirtenbriefs übernahmen die Bischöfe fast wörtlich Forderungen der freeze-Resolution; in der Vorwahlzeit stellten die Katholiken der Friedensbewegung ihre Räume, Geld und — nicht zu unterschätzen — ihren jeweils persönlichen Einsatz in endlosen Nachbarschaftsgesprächen zur Verfügung. Vor allem aber verliehen sie der freeze-Bewegung moralische Respektabilität, gegen die sich selbst die in Demagogie und Lüge geschulten Organe wie z.B. „Readers Digest" schwer taten und tun. Gegen das Wort des Klerus — bislang ja selbst auf der Aufrüster-Seite — werden Angriffe wie z.B. der, die Kirche schwäche die Vereinigten Staaten zugunsten einer kommunistischen Tyrannei (so Readers Digest) unglaubwürdig und verfangen nicht in dem gewohnten Maße.

So empfand die Staatsmacht die Politik des katholischen Klerus als *„erstaunliche Herausforderung"* (nach „Spiegel" 45/82), der sie entschieden begegnen mußte, wollte sie nicht weitere Rückschläge bei der Durchsetzung ihres Kriegsprogramms in Kauf nehmen — die freeze-Resolution war zu diesem Zeitpunkt im Kongreß gerade knapp mit nur 202 gegen 204 gescheitert.

„Wir lassen uns nicht einschüchtern!"

Als am 15.11.82 die Synode der 350 Bischöfe begann, zeigte ein Meinungsbild über den vorliegenden Entwurf, daß gut 70% der anwesenden Bischöfe den Text grundsätzlich billigten. Von den verbliebenen 30% hatte ein Teil größere Bedenken, während nur relativ wenige den Text ganz ablehnten.

Das bedeutete explizit eine Unterstützung von freeze, den erklärten amerikanischen Verzicht auf Ersteinsatz von Atomwaffen sowie sofortige Vereinbarungen mit der SU über den Stopp der Produktion, Erprobung und Aufstellung. Die Bischöfe blieben damit auf deutlichem Konfliktkurs mit der Regierung, wie gesagt erstmalig und wohl auch zur Überraschung Reagans, dessen mittelweile gestarteten Versuche, über regierungstreue Katholiken Einfluß innerhalb des katholischen Klerus zu gewinnen, über Strohfeuer nicht hinausgekommen waren: Sondersitzungen konservativer Verbände beschlossen zwar die Notwendigkeit von Nuklearrüstung (Kardinal

schen Klerus zu gewinnen, über Strohfeuer nicht hinausgekommen waren: Sondersitzungen konservativer Verbände beschlossen zwar die Notwendigkeit von Nuklearrüstung (Kardinal

John Krol: „Ich bin kein sowjetischer Frontsoldat", ‚FR v. 23.11.82), zwar schickte die US-Regierung einen Sonderbotschafter, einen Ex-General mit Kalter-Krieger-Reputation, Vernon Walters, zum Papst; die amerikanischen Bischöfe hielten aber an ihrem Vorgehen fest.

So schickte Reagan kurzfristig seinen Sicherheitsberater Clark noch auf die laufende Synode, der dort allen Bischöfen einen vorab in der New-York-Times veröffentlichten Brief übergab. Dieser Brief enthielt im wesentlichen neben der Darstellung der von den Bischöfen angeblich *„fehlinterpretierten"* regierungsamtlichen Verteidigungspolitik politische und moralische Erwägungen zur Einschätzung der SU. Clark erntete auf der Synode jedoch überwiegend nur sarkastische und brüskierende Antworten; die Bischöfe wurden selbstbewußter und konterten vor gut besuchten Pressekonferenzen: *„Wir sind nicht einzuschüchtern!"* (Erzbischof J. Bernardin als Sprecher der Initiatoren des Ganzen). Hier rächten sich für die Nuklearplaner deren dumm-demagogischen Ausfälle gegen die katholische Kirche in den vorangegangenen Monaten; brillant formulierte moraltheologische Kontrapositionen gingen ins Leere: *„Ich bin sicher, daß die Bischöfe über die Politik der Vereinigten Staaten mehr verstehen als Mister Clark über Moraltheologie."* (so Bernardin).

Die katholische Hierarchie greift ein

Als sich die Stimmung in der katholischen Kirche immer weiter ausbreitete und der Klerus sich von der Regierung offenbar nicht zurückpfeifen ließ, bekamen die Bischöfe Druck von ihrem (noch) irdischen Vorgesetzten. Der Botschafter des Vatikans in den USA, Pio Laghi, wurde vorstellig. Nun war gerade vorher Außenminister Shultz in Rom gewesen, so daß sich vermuten läßt, wer wen geschickt hat. Wenn man verhindern wolle, so mahnte Laghi, daß der scharfe Hirtenbrief der US-Bischöfe gegen die Atompolitik der Reagan-Regierung auch in den europäischen Kirchen Unruhe stifte, müsse sich Rom nun direkt zu Wort melden (nach „Spiegel" 4/83). In aller Eile wurde für den 18. Januar 83 in Rom ein Gipfeltreffen organisiert, an dem 10 Vertreter der Kurie (Papst-Berater) und 20 Kirchenvertreter aus den NATO-Staaten USA, BRD, Belgien, Holland und England und zusätzlich aus Frankreich teilnahmen. Ziel dieses Treffens, so ein Geistlicher im Vatikan zum „Spiegel", war es, *„die heikle moralische Frage über den gerechten Krieg ... unter der Kontrolle der Mutterkirche (zu) diskutieren"* („Spiegel" 4/83). Die amerikanischen Bischöfe versicherten vor dem Treffen, daß sie sich in ihrer Haltung *„nicht wesentlich beeinflussen"* (ebd.) ließen. Nachher jedoch — so weiß ebenfalls der „Spiegel" zu berichten — seien die Amerikaner „weicher, dialogfreudiger" gewesen. Inhaltlich bedeutete das v.a. ein Zugeständnis an den militanten Anti-

jedoch — so weiß ebenfalls der „Spiegel" zu berichten — seien die Amerikaner „weicher, dialogfreudiger" gewesen. Inhaltlich bedeutete das v.a. ein Zugeständnis an den militanten Anti-

kommunismus in kirchlichen Kreisen: Bernardin räumte ein, daß *„zwei Supermächte das Wettrüsten verursachten und daß es die westlichen Atomarsenale zum großen Teil nur wegen der sowjetischen Politik"* gäbe (ebd.).

Ein zweiter Punkt wird der aktiv praktizierte Widerstand gewesen sein, wie z.B. Steuerboykott u.ä., zu dem die amerikanischen Bischöfe ermutigten. Jedenfalls nehmen zahlreiche vatikanische Stellungnahmen Bezug auf die feinen Unterschiede zwischen Appell und Handeln. Es ist auch deutlich herausgekommen, daß auf jener Sitzung in Rom v.a. die beiden westdeutschen Vertreter, Höffner und Ratzinger, sich nur *„für einen begrenzten Pazifismus"* einsetzten und in typisch klerikaler Scheinheiligkeit zu *„weiterem und tiefem Nachdenken ermahnten"* (ebd.).

Doch nicht nur aus Kreisen der Kirche wurden Versuche zur Beieinflussung gestartet. Rechtzeitig vor ihrer abschließenden Beratung erreichte die katholischen Bischöfe ein Brief zweier prominenter BRD-Katholiken: Ex-Verteidigungsminister Leber (SPD) und Staatsminister im Auswärtigen Amt Alois Mertes (CDU). Formuliert in dem Stil vorsichtiger Bedenken und „christlicher Bruderschaft" enthüllen sie in ihrem gemeinsamen Brief ihre eigene Militärstrategie, die sie dann in einer unangenehm und auffallend plumpen Weise mit dem Texzt des Hirtenbriefs konfrontierten. Jedoch schon zu Beginn ihrer Auslassungen (nachzulesen in der FR-Dokumentation vom 15.4.83) kommen sie zu ihrem Anliegen, nämlich die Bischöfe von der Verabschiedung des Hirtenbriefs abzuhalten, weil *„dessen Schlußfolgerungen Krieg und Unterwerfung wahrscheinlicher machen"*.

Die revidierte Fassung

Ergebnis all dessen ist der nun vorliegende 3. und endgültige Text, der Anfang Mai in allen katholischen Kirchen Amerikas verlesen wird.

Nüchtern betrachtet fehlen jetzt einige Schärfen der vorherigen Entwürfe: so werden z.B. einzelne Waffen(-systeme) nicht mehr explizit genannt. So fordert der Text nicht mehr „unmittelbare Beendigung" und ein „Aufhören" der Hochrüstung, sondern eine „Einschränkung" der Produktion, Stationierung und Abschreckung von/mit Atomwaffen. Offensichtlich auf Drängen westdeutscher Amtskollegen steht jetzt auch ein Satz drin, demzufolge speziell in Europa die Abschreckung eines russischen Nuklearangriffs eine Zeitlang Nuklearwaffen erfordern könne.

Meines Erachtens besteht die schwerwiegendste Änderung des Entwurfs darin, daß direkt der SU die Schuld an der Rüstung zugeschoben wird, zwar nicht die alleinige — dazu kommen nach wie vor die USA zu schlecht weg — aber insgesamt nimmt das dem Text einige Spitzen, die genau darin bestanden, daß die militärische und weltpolitische Konstellation in der Frage von Atomwaffeneinsatz klar benannt und dann durchgehend vorausgesetzt wurde. So werden z.B. im dritten Entwurf der Reagan-Regierung echte Abrüstungsbemühungen angedichtet. Auch tragen solche Änderungen leider dem militanten Antikommunismus Rechnung, der nach wie vor als (zu) stabile ideologische Grundlage für Reagans Rüstungsprogramme herhält, und den zu durchbrechen eine angemessene auch kirchliche Aufgabe wäre.

Doch ebenso nüchtern betrachtet muß man feststellen, daß die vorgespielte Freude des Pentagons über den nun angeblich erreichten Konsens lupenreine Zweckpropaganda ist. Denn: *„in der Sache bleiben die Bischöfe hart"* titelte die FR (am 8.4.) richtig: der Hirtenbrief fordert nach wie vor *„klaren öffentlichen Widerstand'*. gegen alle Spielarten der nuklearen Planer, sei es „Gewinnbarkeit" oder hinzuziehender begrenzter Nuklearkrieg. Der „victory is possible'.-Strategie weht der Wind kalt ins Gesicht, da ist nichts vertuscht worden. Und auch trotz der Übernahme der regierungsamtlichen Einschätzung der SU als Rüstungstreiber nehmen die Bischöfe das Argument, die USA müßten des-

trotz der Übernahme der regierungsamtlichen Einschätzung der SU als Rüstungstreiber nehmen die Bischöfe das Argument, die USA müßten des-

wegen nach- oder vorrüsten, nicht mehr hin.

Und entscheidender als manche Textstelle ist auch das Ergebnis des ganzen Prozesses, der ganzen Diskussion: die katholische Kirche der USA ist aufgestanden gegen entscheidende Wesenszüge der Kriegsplaner und steht im Lager der freeze-Bewegung: Die bürgerliche Friedensbewegung, die — wie auch immer man sie im einzelnen politisch beurteilen mag — z.Zt. in den Staaten die einzige Kraft ist, die in der Lage ist, den Atomkriegsplanern einen Knüppel zwischen die Beine zu werfen, geht enorm gestärkt aus dem Konflikt hervor. Schon überlegen sich evangelische Kirchenführer, auf Hirtenbriefebene das nachzuvollziehen, was in der Praxis eh schon kirchenübergreifend läuft. Zeitgleich mit den Katholen wollen sie in ihren Kirchen einen entsprechenden Text verlesen. *„Die amerikanischen Protestanten sind politischer geworden"* kommentiert die FAZ (21.2.83) diesen Prozeß. Und international scheint sich das zu bestätigen, was Monsignore Laghi befürchtet hat: Unruhe ist auch in die europäischen Kirchen gekommen. So überraschten die österreichischen Bischöfe mit einen Abrüstungsappell, die deutschen Katholikenführer werden es schwerer denn je haben, ihre Zurückhaltung zu begründen. Die skandinavischen Bischöfe haben sich noch Mitte April zu einer Konferenz getroffen, der englische Rat der Kirchen beschloß bereits Mitte März die finanzielle und rechtliche Unterstützung von Kriegssteuerboykotteuren und sprach sich für gewaltfreien Widerstand gegen die Atomrüstung aus. Der Erzbischof von Canterbury bemüht sich derzeit um die Einberufung einer Weltfriedenskonferenz christlicher Kirchen.

Was die Friedensbewegungen hier wie in den Staaten von den katholischen Christen an Selbstverständnis mindestens gebrauchen können, drückte ein langjähriger amerikanischer Anti—Atomwaffenaktivist — und Christ — so aus: *„Wir haben den Fachleuten 37 Jahre lang zugehört, und sie haben uns an den Abgrund geführt. Wir (die Kirchenvertreter) haben mindestens ebensoviel Fachkenntnisse wie viele Kongreßmitglieder. Das Wesentliche ist jedoch, daß Atomwaffen unser Leben bedrohen und niemals toleriert werden können."*

th.



Anti-Kriegs-Buch weiter unter Beschuß

Die Hamburger Justiz will das im Buntbuch-Verlag erschienene Buch „Laßt mich bloß in Frieden" offenbar mit allen Mitteln vom Markt haben. Die eben ergangene Begründung zur Aufrechterhaltung der bereits erfolgten Beschlagnahmung des Buches bis zur Hauptverhandlung läßt jedenfalls wenig Illusionen in die Absichten von Staatsanwaltschaft und Gericht zu. Die Anwälte des Verlages gaben dazu die folgende Presseerklärung ab:

Presseerklärung

Das Landgericht Hamburg hat in einer Entscheidung vom 24.03.1983 beschlossen, daß die Bundesflagge als Verfassungsgut höher zu bewerten ist als die Kunstfreiheitsgarantie. In der Entscheidung geht es um das Friedensbuch des Buntbuchverlages von H. Venske, S. Merian u.a., auf dessen Rückseite eine satirische Fotomontage abgebildet ist, bei der eine männliche Person bildlich in ein Fahneneidszeremoniell uriniert. Die Staatsanwaltschaft erhob deswegen Anklage wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole nach § 90 a StGB. Vom Amtsgericht Hamburg wurden die Angeklagten - Schöpfer der Fotomontage, Mitherausgeber und Verlagsangestellte - am 03.12.1982 freigesprochen, wobei zugleich die erfolgte Beschlagnahme der Bücher aufgehoben wurde. Hiergegen legte die Staatsanwaltschaft Beschwerde ein. Nachdem das Landgericht der Beschwerde noch am 03.12.1982 vorläufig stattgegeben hatte, legte es jetzt - also erst vier Monate später - seine endgültige Entscheidung vor.

Darin erklärt das Landgericht die Bundesflagge zum obersten Grundwert der Verfassung und hebt sie damit auf gleiche Stufe wie das Grundrecht auf Kunstfreiheit.

Bundesflagge zum obersten Grundwert der Verfassung und hebt sie damit auf gleiche Stufe wie das Grundrecht auf Kunstfreiheit.

Damit nicht genug:
Bei der verfassungsrechtlich gebotenen Abwägung zwischen beiden Verfassungsgütern hat das Landgericht - ohne mit einem Wort eine solche Abwägung darzulegen - entschieden, daß dringende Gründe dafür sprechen, daß im vorliegenden Fall der Bundesflagge der Vorzug vor der Kunstfreiheit gebührt.

50 Jahre nach der Bücherverbrennung werden damit wieder zwei Klassen von Kunst geschaffen, solche, die durch die Verfassung geschützt ist, und solche, der dieser Schutz zu versagen ist, da sie vermeintlich staatliche Interessen beeinträchtigt. Wie man sieht, genügt hierfür eine symbolische Beschmutzung der Bundesflagge, die noch nicht einmal bezweckt war, da sich die Fotomontage allein gegen den Fahneneid und gerade gegen die Verwendung der Bundesflagge hierbei gerichtet hat. Die Verunglimpfung des Fahneneidszeremoniells wäre jedoch nicht strafbar gewesen, also mußte die Bundesflagge herhalten. Daß sie dabei gleich zum obersten Verfassungsgut erhoben wird - vergleichbar der freiheitlich demokratischen Grundordnung -, ist juristisch neu und verfassungsrechtlich nicht haltbar. Daß nun aber die Bundesflagge über das Grundrecht auf Kunstfreiheit gestellt wird und diese einschränken soll, muß jeden Demokraten erschüttern, ist doch gerade die Bundesflagge Symbol für die Grundrechte der Bürger als Abwehrrechte gegen den Staat. Dieser Funktion werden die Grundrechte jedoch völlig beraubt, wenn es möglich sein sollte, die Grundrechte jedesmal dann einzuschränken, wenn sich der Staat in seinen Interessen oder seinem Ansehen beeinträchtigt sieht. Dabei haben die Grundrechte nur Sinn, wenn sie gerade in diesen Fällen ihre Schutzwirkung entfalten, denn unpolitische Kunst braucht verfassungsrechtlichen Schutz nicht.

Mit dieser Presseerklärung werden wir uns gegen die anliegende Entscheidung des Landgerichts Hamburg, deren Bedeutung für die demokratische Öffentlichkeit nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

Amerikas Katholiken auf Gegenkurs

Der zweite Entwurf des Hirtenbriefes wurde auf einer Konferenz der Katholischen Bischöfe der USA zu Krieg und Frieden im November 1982 verabschiedet. Wir dokumentieren im folgenden einige längere Passagen aus der Übersetzung aus dem Oekumenischen Informationsdienst:

Im folgenden einige Auszüge aus der Übersetzung:

"Wir sind in einer äußersten Krise, weil der Nuklearkrieg die Existenz unseres Planeten bedroht; es ist eine gefährlichere Drohung als alles, was die Welt bisher gesehen hat. Wir wollen nicht die Furcht der Menschen ausnutzen, sondern ein Wort der Hoffnung und Ermutigung inmitten von Krise und Angst sprechen. Als Amerikaner, als Bürger der ersten Nation, die Atomwaffen hergestellt hat, der einzigen, die sie eingesetzt hat, und einer der wenigen, die heute unmittelbar Einfluß auf den Ausgang dieser größten Krise nehmen können, haben wir die einmalige menschliche, moralische und politische Verantwortung, dafür zu sorgen, daß eine "bewußte Entscheidung" getroffen wird, um die Menschheit zu retten. Die Anerkennung der Verantwortung der Kirche, sich mit anderen zur Arbeit für den Frieden zu vereinen, ist die treibende Kraft hinter dem Ruf nach der Entwicklung einer Friedenstheologie heute.

Christen sind aufgerufen, in der Spannung zwischen der Vision des Reiches Gottes und seiner konkreten Verwirklichung in der Geschichte zu leben. Jede sündige Tat ist eine Konfrontation des Geschöpfes mit seinem Schöpfer. Das heutige Zerstörungspotential jedoch bedroht die Herrschaft Gottes über die Welt, die er geschaffen hat. Wir könnten sein Werk zerstören.

Heute sind die Möglichkeiten, einen Atomkrieg politisch und moralisch zu begrenzen, so unendlich gering, daß die moralische Aufgabe wie die medizinische lautet: Vorbeugen! Als Volk müssen wir uns weigern, den Gedanken eines Atomkrieges für legitim zu erklären. Es muß einen deutlichen öffentlichen Widerstand gegen das Gerede vom "gewinnbaren" Nuklearkrieg, vom "Überleben" eines nuklearen Schlagabtausches und von der Strategie eines "langdauernden Atomkrieges" geben.

Es ist klar, daß sich die Tradition der Gewaltlosigkeit in der Kirche gegen jeden Einsatz von Atomwaffen unter allen nur denkbaren Umständen wendet. Für die Tradition, die einen gewissen legitimen Einsatz von Gewalt anerkennt, dehnen die jetzigen Nuklearstrategien die moralischen Grenzen über das erlaubte Maß hinaus aus. Ein gerechtfertigter Einsatz von Gewalt muß sowohl zwischen Kombattanten und Nicht-Kombattanten unterscheiden als auch die Verhältnismäßigkeit der Mittel wahren. Gewisse Aspekte der Strategien der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion genügen diesen beiden Anforderungen nicht. Die Fachliteratur und die Aussagen von Regierungsvertretern, die mit der Nuklearstrategie der USA bestens vertraut sind, haben uns überzeugt, daß es höchst unwahrscheinlich ist, daß ein nuklearer Schlagabtausch sich begrenzen ließe.

Wir erkennen ausdrücklich an, daß in den Reihen unserer Bischöfe und unter den Katholiken der USA viele Stimmen laut werden, die bezweifeln, daß die Strategie der
Wir erkennen ausdrücklich an, daß in den Reihen unserer Bischöfe und unter den Katholiken der USA viele Stimmen laut werden, die bezweifeln, daß die Strategie der
Abschreckung eine geeignete Antwort auf den Rüstungswettlauf unserer Tage ist. Sie weisen auf die historische Tatsache hin, daß die Abschreckung nicht zu einem Abrüstungsprozeß geführt hat. Im Gegenteil, unter ihrem Einfluß hat eine fast unbegrenzte Beschleunigung der Aufrüstung stattgefunden. Fortschritte auf eine Welt hin, die von der Bedrohung durch Abschreckung befreit ist, müssen mit Umsicht durchgeführt werden. Aber sie dürfen nicht hinausgezögert werden.

— Wir sind gegen neue Waffen, die wahrscheinlich zum Angriff einladen und daher dem Gedanken Vorschub leisten, daß die USA eine Erstschlagskapazität zur Zerstörung verbunkerter gegnerischer Anlagen (hard target kill) anstreben; die MX-Raketen könnten unter diese Kategorie fallen.

— Wir sind gegen die Bereitschaft, strategische Planungen zu begünstigen, die einen Atomkrieg führbar machen wollen.

— Wir lehnen Pläne ab, die eine Senkung der atomaren Schwelle zur Folge haben und den Unterschied zwischen Atomwaffen und konventionellen Waffen verwischen.

Die Bischöfe fordern gezielte Schritte zur Verminderung der Kriegsgefahr.

Rüstungskontrolle, Rüstungsminderung und Abrüstung

— Abrüstung muß sich in einem Prozeß von kontrollierbaren Vereinbarungen zwischen den beiden Supermächten vollziehen. Die Vereinigten Staaten sollten bereit sein, einige unabhängige Initiativen zu ergreifen.

— Die Vereinigten Staaten sollten eine Politik intensiver politischer Kommunikation mit Regierungen potentieller Gegner betreiben, um immer wieder gründliche Diskussionen und Verhandlungen über Reibungspunkte sicherzustellen, politische Spannungen abzubauen.

— Die Vereinigten Staaten sollten zusammen mit anderen Spaltmaterial exportierenden Staaten ihre Maßnahmen und Programme ernstlich überprüfen und ihre Entschlossenheit deutlich machen, Geist und Buchstaben des Atomsperrvertrags von 1968 zu erfüllen.

Verminderung des Risikos eines nicht-nuklearen Krieges

— Wir empfehlen dringend Verhandlungen zur Begrenzung und Reduzierung konventioneller Streitkräfte und wirksame Ächtung chemischer und biologischer Waffen. Selbst bei einem Verzicht auf den Ersteinsatz von Kernwaffen ist ein konventioneller Konflikt der wahrscheinlichste Auslöser für einen Atomkrieg.

— Der Waffenhandel der Vereinigten Staaten hat sich in den letzten zehn Jahren noch ausgeweitet. Die Vereinigten Staaten sollten bereit sein, abgewogene unabhängige Initiativen zur Eindämmung des internationalen Waffenhandels zu ergreifen.

— Die Nationen müssen eine Beschränkung jener Interessen anerkennen, die militärische Gewalt rechtfertigen.

Gewaltfreie Methoden zur Konfliktlösung

— Die Kunst der Diplomatie, der Verhandlung und des Kompromisses muß weiter entwickelt und voll eingesetzt werden.

— Indem Vertreter der Gewaltlosigkeit an ihren Werten festhalten und entschlossen sind, diese zu verteidigen,
werden.

— Indem Vertreter der Gewaltlosigkeit an ihren Werten festhalten und entschlossen sind, diese zu verteidigen,
ohne anderen das Leben zu nehmen, setzten sie ein kraftvolles Beispiel.

— Wir brauchen einen Ausschuß von Wissenschaftlern, Ingenieuren und Waffenexperten, der den Wert und die Brauchbarkeit von Zivilschutzplänen realistisch prüft.

— Mit Johannes Paul II fordern wir pädagogische und Forschungseinrichtungen auf, sich führend an der Ausarbeitung von Friedensstudien zu beteiligen. Wir fordern dringend, daß ein festgelegter Prozentsatz (1/10%) des Militärbudgets bewußt in die Friedensforschung investiert wird.

— Wir empfehlen allen Bürgern dringend, die Einübung von Konfliktbewältigung und anderen Formen von "Frieden lernen" zu unterstützen.

Moralische Grundsätze können nur dann die Macht wirkungsvoll in Schranken halten, wenn sie in politisches Handeln umgesetzt werden und die einzelnen sich daran halten. Wir unterstützen deshalb auch die Möglichkeit der Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen und der selektiven Verweigerung aus Gewissensgründen in einem bestimmten Krieg.

Gestaltung einer friedlichen Welt

Die Vermeidung von Krieg ist kein hinreichendes Konzept für die internationalen Beziehungen heute. Sowohl die politischen Notwendigkeiten als auch die moralische Herausforderung unserer Zeit erfordern eine positive Konzeption von Frieden. Was der Weltordnung heute fehlt, ist eine legale politische Autorität, die imstande ist, unsere materielle Interdependenz in Richtung auf eine politische umzugestalten.

So wichtig die Wahrung des Friedens im Atomzeitalter auch ist — die anderen großen aktuellen Probleme sind damit noch nicht gelöst. Zu diesen Problemen gehört vorrangig die fortdauernde Kluft im Lebensstandard zwischen den Industrienationen (Ost und West) und der Dritten Welt.

Die Sicherheit und Stabilität einer interdependenten Welt wird nicht nur von Raketen und Bombern bedroht. Wenn der Rüstungswettlauf in all seinen Ausprägungen nicht umgekehrt wird, werden Ressourcen fehlen für die Dekkung dringender menschlicher Bedürfnisse in großen Teilen der Welt und auch in unserem eigenen Land. Wir wissen aber auch, daß es nur ein erster Schritt ist, solche Ressourcen bereitzustellen; es kommt auch darauf an, damit sorgfältig umzugehen.

Wir sagen, daß der politische Wille, Ressourcen stärker an menschlichen Bedürfnissen zu orientieren und industrielle, wissenschaftliche und technologische Kapazitäten umzuleiten, so daß sie diesen Bedürfnissen gerecht werden, ein Teil der Herausforderung des Atomzeitalters ist.

Wir sind bereit zuzugeben, daß wir in einer Welt leben, der die christlichen Werte zunehmend fremder werden. Um Christ zu bleiben, muß man entschlossen gegen die allgemein akzeptierten Grundsätze der Welt stehen. Gott macht die Menschheit zu Verwaltern der Erde; diese Verantwortung können wir nicht abschütteln.

Daher fordern wir jede Diözese und Pfarrei dringend auf, ausgewogene und sachkundige Fortbildungsprogramme durchzuführen, um Christen aller Altersstufen für die
se Verantwortung können wir nicht abschütteln.

Daher fordern wir jede Diözese und Pfarrei dringend auf, ausgewogene und sachkundige Fortbildungsprogramme durchzuführen, um Christen aller Altersstufen für die
Fragen von Krieg und Frieden zu sensibilisieren.

Die Tatsache, daß Fragen von Krieg und Frieden auch politisch sind, enthebt die Kirche nicht der Verpflichtung, ihren Gliedern die Hilfe zu geben, die diese brauchen, um ihr Gewissen zu schärfen. Wir weisen daher die Kritik zurück, die Kirche "mische sich in politische Angelegenheiten ein", wenn sie sich um diese Probleme kümmert.

Wir sind aufgerufen, von der Diskussion zum Zeugnis und zum Handeln überzugehen."

Der Text ist inhaltlich insofern wichtig, als er mit seinen Schlußfolgerungen gar nicht so sehr (m.E. noch nicht einmal in erster Linie) von einem radikalen christlichen Pazifismus her argumentiert, sondern eher im Sinne einer ethischen und materiellen Güterabwägung. Das beinhaltet u.a. auch den Vergleich zwischen den zu schützenden Werten (US-Freiheit), die von den Bischöfen kritisch betrachtet werden, und den dazu eingesetzten Mitteln (Androhung eines Nuklearkrieges). Die Ergebnisse dieser Güterabwägung fallen notgedrungen politisch präziser aus als ein christlicher Pazifismus an Argumentation zu leisten in der Lage ist. Das alles bedeutet zusammengefaßt, daß von Seiten des Katholischen Klerus eine den Pentagon-Konzepten in Absicht und Vokabular adäquate und diametral entgegengesetzte Kampagne entwickelt worden ist.

Der Hirtenbrief ist zweitens wichtig, indem er die Entwicklung der Katholischen Kirche von einer stets und immer regierungstreuen Position hin zu einer Säule der Friedensbewegung ausdrückt. Mit fast 51 Millionen Menschen (das sind rund 23% der Bevölkerung) ist die Katholische Kirche die größte Religionsgemeinschaft in den USA. In der Armee beträgt der Anteil jedoch schon über 30%. Der US-amerikanische Katholizismus zeichnete sich in diesem Jahrhundert bislang durch „200prozentigen Patriotismus" (so der Theologe G.Zahn) aus, dem Klerus ging es dabei um die Entgegnung des Vorwurfs, sie hätten als „Agenten des Papstes" eine gespaltene Loyalität zu Amerika: *„Katholiken schwenkten die Flagge besonders eifrig. Kardinal Francis Spellman, Freund von Konrad Adenauer, segnete den Kalten Krieg. In Vietnam trugen katholische GIs Abzeichen: ‚Kill a Commie for Christ' — ‚Töte einen Kommunisten für Christus'."*

Den „Victory is possible"-Strategen Grey und Payne konnten die „6 Richtlinien der katholischen Kirche für die Anwendung von Gewalt" ohne große inhaltliche Beugungen dafür herhalten, *„die derzeitige US-Strategie* (die der Aera vor Reagan, Anm. d. Verf.) *mit zumindest drei der sechs Richtlinien für den gerechten Krieg (als) nicht vereinbar"* zu erklären (nach „Z" Nr.2).

Und selbst als 1964 auf dem 2. Vatikanischen Konzil (nach dem Papst oberstes beschlußfassendes Gremium der Katholischen Kirche) zahlreiche Bischöfe ihre Amtsbrüder zum Zusammenschluß gegen „die schreckliche Drohung, daß die Menschheit zerstört wird" (aus dem Antrag) aufriefen, wandte sich der amerikanische Klerus nahezu geschlossen energisch dagegen. Gleichwohl bedeutete Vietnam auch für manche Katholiken eine Wegscheide. Hinzu kam die Erfahrung zahlreicher katholischer Ein- und Auswanderer aus Ländern Lateinamerikas, die jetzt in den Staaten Zeugnis der politischen Virulenz des christlichen Glaubens in den Befreiungskämpfen ihrer Heimatländer und gleichfalls der imperialistischen Politik US-Amerikas gaben: Amerikanische Nonnen starben in El Salvador unter den Kugeln rechter Nationalgardisten; US Bischöfe waren Zeugen des Blutbads, das Regierungstruppen bei der Beerdigung des gleichfalls ermordeten Erzbischofs Romero anrichteten.

In der sich aus dem Vietnam-Protest zaghaft entwickelnden Friedensbewegung spielten sodann einzelne katholische Persönlichkeiten tragende Rollen. Weltweit bekannt wurden die beiden Brüder Berrigan, die mit teils symbolischen (Blutbeutelwürfe aufs Weiße Haus), teils mit handfesteren (Demontage eines Atomsprengkopfs) Aktionen der Bewegung zu Öffentlichkeit und Ansehen verhalfen. Zu diesen beiden „einfachen" Jesuitenpatern gesellte sich in den letzten Jahren neben vielen Gleichrangigen auch kirchliche Prominenz: Bischof Matthiesen (Texas) forderte die Arbeiter einer heimischen Atomwaffenfabrik zur Kündigung auf, sein Amtsbruder Hunthausen aus Seattle propagiert den Kriegssteuerboykott. Allen Aktionen gemeinsam war die Grundlage des gewaltfreien Widerstands, der allerdings — besonders durch die Gestalt Martin Luther Kings — sich in den USA aus anderen Traditionen nährt als wie wir es manchmal hier in der BRD sehen. Sofern sich so etwas überhaupt verallgemeinern läßt, kann man ihn als eher aggressiv bezeichnen; er scheut auch weniger den Konflikt mit dem bürgerlichen Recht.

Eine weitere Wegmarke des katholischen Klerus zu ihrem Hirtenbrief ist der Streit um die Benennung eines Atom-U-Boots: es sollte „Corpus Christi" (= Leib Christi) heißen. Diese auch von gänzlich unpolitischen Christen so empfundene Geschmacklosigkeit führte zu einem weltweit bekanntgewordenen Hungerstreik, der dem Marineministerium im Pentagon eine Menge publizistischen Ärger einbrachte.

Natürlich geben diese bislang genannten Punkte nur einen kleinen Ausschnitt dessen wieder, was die Umkehr des Katholischen Klerus von einer Kalten-Krieger-Kirche zu einer Kirche von Friedensbewegten erklärt. Als wichtige gesellschaftliche Komponenten sind neben der Begegnung mit den lateinamerikanischen Katholiken noch zu nennen die Existenz der bürgerlichen Friedensbewegung „Freeze", die den Absprung von einer staatsloyalen Kirchenpolitik nicht zu teuer werden zu lassen versprach. Immerhin pflegten so ranghohe Freeze-Propagandisten wie der Katholik Kennedy ihre Kontakte zu dem Klerus. Dazu kommt auch noch der nötige Druck von unten, d.h. vor allem aus dem Unterbau der Kirche, wo seit Vietnam latent Widerstandsbereitschaft gegen Kriegspolitik schwelte. Zum letzten gehört auch, daß die katholische Kirche, die in noch weit höherem Maße als die protestantischen Kirchen im sozialen Bereich arbeiten, die Folgen der menschenverachtenden Sozialpolitik der Reagan-Regierung hautnah zu spüren bekamen.

th.

In einer kurzen Nachbetrachtung der Osterblockadeaktionen an 17 Standorten sei auf zwei Punkte hingewiesen:
— die von Teilen der Friedensbewegung erhoffte Verbreiterung ihres Konzeptes „direkter gewaltfreier Aktionen" — nach den Aktionen vom 12.12. letzten Jahres sollte es zu Ostern so richtig in die Vollen gehen — muß nach den Ostererfahrungen relativiert werden. Insgesamt 5.000 Menschen haben blockiert, davon allein rund 1.500 in Kellinghusen (nahe Hamburg). Schwierigkeiten gibt es auch bei dem Aufbau überregionaler Zusammenhänge, so kamen zu einem norddeutschen Auswertungstreffen nur 7 Teilnehmer.
— Tauchten in der Vorbereitungsphase Kontroversen über die Festlegung auf „gewaltfreie Aktionen" des Widerstands auf, so haben die Aktionen dann z.T. Differenzen gezeigt, ob solche „gewaltfreien Aktionen" Konfrontationen ü b e r h a u p t vermeiden sollen.

Der nachstehend abgedruckte Bericht über die Blockade in Meyn ist sicherlich ein extremes Beispiel für solche Auseinandersetzungen. Symptomatisch aber dürfte sein, daß

1. in der Regel die (teils panische) Diskussion um die Gewaltfreiheit der Aktion im Vordergrund stand, was z.B. in Opherdicke dazu führte, sich in einem „Blockade-Spiel", daß als wichtige Aktionsvorbereitung gedacht war, hauptsächlich mit Gegenmaßnahmen gegen „Gewalttätige Störer" zu beschäftigen. Als solche traten vermummte Gestalten (Kennzeichen „Krieg dem Krieg") auf. Diese wurden in der gängigen Terminologie von gewaltfreien Friedensfreunden als „Provokateure", „Störer", „Chaoten", „Militante" und „Autonome" bezeichnet und ganz spielerisch durch Ketten, aber durchaus auch mit massivem körperlichen Einsatz von der Aktion ferngehalten — g e w a l t f r e i e r W i d e r s t a n d ?
2. eine solche Auseinandersetzung muß natürlich auch für die Kräfte des „gewaltfreien Widerstands", die eine Konfrontation erreichen wollen, bzw. keineswegs rein symbolische Blockaden anstreben, zu einem starken Hindernis werden. Bisher sind solche Vorkommnisse allerdings allzuoft gänzlich der mangelnden Übung, bzw. der für viele neuartigen Situation zugeschrieben worden.

Osterblockaden 1983: Eine Nachbetrachtung

Blockade in Meyn

In der Vorbereitungsphase waren schon einige Auseinandersetzungspunkte mit Gewaltfreien aufgetaucht, die sich dann später noch auswirken sollten. Aber erst mal kurz zur Vorgeschichte. Gemäß einem Thesenpapier zur gewaltfreien Theorie ging es bei der Vorbereitung um das Training von „basisdemokratischem Verhalten". Ziel dieser formalen Herangehensweise ist *„1.das Ziel (= die herrschaftslose Gesellschaft) soll schon im Mittel enthalten sein. (...) 6. Ziel der gewaltfreien Aktion sind eher die Strukturen, die das Objekt ermöglichen, als die Objekte selber."*

Bei den Widersprüchen unter uns ging's um mehrere Dinge:
a. Die Gewaltfreien wollten, daß die Bezugsgruppen verbindlich sind und ab einem gewissen Zeitraum für geschlossen erklärt werden. Das ist von uns abgelehnt worden, während wir „Bezugsgruppen" als kleine, offene, vorbereitende Einheiten akzeptiert haben. Im Ergebnis wurde so in Flensburg und Schleswig gehandelt, während in Husum und Kappeln und bei den Flensburger „CFA-Christen für die Abrüstung" eine Woche vorher abgeschottet wurde.
b. Die Kompetenz des Sprecherrates sollte ausschließlich bei Koordinierungsaufgaben liegen, während wir darauf hinwiesen, daß es notwendig sein könnte, schnell Entscheidungen treffen zu müssen.
c. Sie wollten unbedingt einen Vermittlungs-Polizeisprecher, wir lehnten ab.
d. Und schließlich sollten die Behelmten hinten sitzen, weil die ja Angst hätten; sie hätten keine, würden daher vorne sitzen wollen.

Aber jetzt zur mit Spannung erwarteten Blockade. Gekommen waren ten; sie hätten keine, würden daher vorne sitzen wollen.
Aber jetzt zur mit Spannung erwarteten Blockade. Gekommen waren rund 200 Leute. Die Anfahrt und der Anmarsch klappten problemlos, dann Halt an einer Sperre (3 Bullen) etwa 150 - 200 m vor dem Haupttor. Wir diskutieren, ob wir über die Wiese zum Haupttor gehen sollten. Nach zweimaliger Diskussion in den Bezugsgruppen fand sich eine große Mehrheit für das Umgehen. Wir sitzen schließlich vor dem Haupttor. Zwischen uns und dem Tor sind noch einige wenige Zivilwachleute mit Hunden und ein paar Polizeioffiziere. Durch diese Lücke könnten sie bequem rein- und rausfahren. Also diskutieren wir, daß sich einige in ausreichender Entfernung an den Zaun setzen, um hinter den Wachleuten die Lücke zu schließen. Einige Bezugsgruppen wollen das nicht mitmachen, aber die Schleswiger blockieren dann dort. Zwar gibt das ein bißchen Gemurmel bei Gewaltfreien, erscheint aber unerheblich. Wenigstens ist das Lager jetzt komplett geschlossen. Das wiederum ruft die Bullerei auf den Plan, die nun in Herden auftritt. Der Einsatzleiter fordert die Schleswiger ultimativ auf: entweder ihr räumt binnen einer halben Stunde freiwillig, oder ihr werdet geräumt. Wir diskutieren hin und her. Bei den meisten Bezugsgruppen findet der Vorschlag Zustimmung, daß im Falle der Räumung der Schleswiger sie sich im letzten Moment freiwillig zurückziehen und eine Gruppe direkt neben dem Haupttor die Situation nutzt und unmittelbar am Haupttor das Lager endgültig abschließt. Der Vorschlag wird von den Flensburger CFA-Leuten unterstützt. Deren Sprecherin betont noch, daß sie unbedingt sitzen bleiben wollen. Die Situation spitzt sich zu, und die Zeit drängt. Einzig die Husumer sind nicht einverstanden. In diesem Moment ist der Sprecherrat gelähmt. Und gerade da wollen die Bullen die Schleswiger räumen. Diese weichen zurück und im selben Moment ziehen wir den Ring am Haupttor zu. Die Bullen sind etwas hektisch. Im Sprecherrat geht es nicht weiter. Die Husumer fordern eine erneute Diskussion in den Bezugsgruppen. Einige Ausfälle gegen „ die Linken, die das Konsensprinzip sprengen" und „die Auseinandersetzung mit den Bullen provozieren" begleiten die Szenerie. — Aber das hätte für die Praxis doch nur geheißen, daß die Blockierer/innen sich wieder zurückziehen, ihren Anspruch aufgeben, das Lager so vollständig wie möglich zu blockieren — oder?

Währenddessen fangen die Bullen am Haupttor an, die Lücke wieder freizuräumen, so daß das Haupttor nur noch teilweise blockiert ist. Die Bullerei räumt uns nicht im geringsten „gewaltfrei".

Nach dieser Räumung diskutieren die Bezugsgruppen und der Sprecherrat, wie wir wieder zu einer vollständigen Blockade kommen. Wir schlagen vor, rechts die Straße am Haupttor zu blockieren, während eine andere Gruppe links die Zufahrtstraße, aber in 150 m Entfernung, blockiert. Dann hätten wir wieder eine vollständige Blockade, allerdings in zwei Gruppen. Die Diskussionen im Sprecherrat kommen zu keinem Ergebnis. Wir werden als Scharfmacher angegriffen. Der Sprecherrat ist handlungsunfähig. Schließlich ziehen einige Gruppen los, um die Zufahrt links zu blockieren. Gerade als sie ihren Platz einnehmen wollen, fährt ein Bullenkonvoi hindurch. Einige Reibereien, und ein „Flensborg Avis"-Fotograf wird vorübergehend festgenommen. Außerdem wird ein vereinzelter, verirrter Blockierer festgenommen und seine Personalien festgestellt. Als sich einer darum bemüht, den Anwalt vor dem Haupttor zu informieren, wird der auch noch von einem bekannten Husumer Gewaltfreien dafür angepöbelt: *„Das hast Du ja gut hingekriegt, das hast Du wirklich fein hingekriegt!"* Der so Gescholtene weigert sich daraufhin auch namens der anderen Linken — den Sprecherrat weiterhin einzuberufen. Damit waren der Sprecherrat und der Versuch, von gert sich daraufhin auch namens der anderen Linken — den Sprecherrat weiterhin einzuberufen. Damit waren der Sprecherrat und der Versuch, von einem ganz unterschiedlichen Spektrum eine Blockade g e m e i n s a m zu organisieren, gestorben. Der Sprecherrat tagte auch bis zum Schluß am nächsten Tag nicht mehr.

Seit der 1. Räumung diskutieren Gewaltfreie ununterbrochen mit den Einsatzleitern. Schließlich wollen die Bullen die untere Blockade (am Haupttor) durchbrechen. Es kommt dort zur Räumung und die Husumer und Flensburger CFA'ler beteiligen sich nicht. Vielmehr werfen sie den Blockierern in heftigen Wortgefechten vor, zu provozieren. Wir hätten abgemacht, den militärischen Betrieb, nicht aber die Polizei zu blockieren, heißt es plötzlich. Die Polizei will ja nur mal durch, Schichtwechsel machen und außerdem nur rausfahren. Wer das blockiert, will eh nur Putz. Das Klima ist deutlich.

Die Bullen widerlegen diese Theorie augenblicklich, denn kurz nach der Räumung wollen sie wieder rein. Das führt zu erneuten Debatten. Wir sitzen und wollen uns nicht erweichen lassen. Das läßt den Einsatzleiter heftig werden. Und er bekommt (unerwartete) Unterstützung: Einer der Husumer Gewaltfreien tritt neben ihn und redet auf die Blockierer ein: *„Hört mich an, wir wollen es doch nicht eskalieren — gebt mir nur 3 Minuten für einen Sprecherrat. Nee? — Ihr habt selbst Schuld!"* (Wohlgemerkt, er sagt das zu den Sitzenden.)

Kurz bevor die Bullen räumen wollen, hört einer zwei Bullen im intimen Gespräch über die Blockierer (*„Die sind ja siffig." — „Ja, und nachher schlafen sie auch noch zusammen"*). Als er das den anderen Sitzenden erzählt, kreischen die Bullen und fangen an zu räumen, kurz danach wird er festgenommen und ihm soll 'Aufforderung zu einer Straftat', 'Beamtenbeleidigung' und 'Nötigung' angehängt werden. Auch ansonsten verläuft die Räumung herbe. Zwei in der 1. Reihe Sitzende fliegen in einen Dornenbusch, die Bullen tragen nicht, sie schlagen, treten, zerren und schmeißen die Leute zur Seite. Diese setzen sich aber großteils wieder hin. Und selbst in der Situation wieder ein Kommentar eines Husumer Gewaltfreien zu einem Linken: *„....was Du heute schon alles an Konfrontation geschaffen hast, das ist wahnsinnig".* Übrigens hat derselbe Mensch während der Räumung einen anderen Linken, der sich schützend vor einen anderen Blockierer gestellt hatte, ganz unfriedlich zur Seite gestoßen. Nachts gibt es noch mehrere kleinere Räumungen. Die Blockierer sind heftig zerstritten mit den Gewaltfreien. Die Gruppe, die sich an den Blockaden praktisch nicht mehr beteiligt, ist etwa 30 Leute stark. Sie wollen — gemäß einer neuen Einigung unter sich — jetzt nur noch „symbolisch" blockieren. Sie seien ja gegen das Militär, und nicht gegen den Staat, und die anderen wollten ja nur die Konfrontation mit der Polizei, heißt es aus dieser Ecke.

Am nächsten Morgen folgen weitere Räumungen, die immer weniger „gewaltfrei" von seiten der Polizei verlaufen. Einem Blockierer, der keinen Helm aufhatte, greifen sie in die Haare und zerren ihn fort. Bei einer der letzten Räumungen hetzt dann ein Bulle seinen Köter auf uns. Der geht auf die Leute los und verbeißt sich schließlich in einen unbeteiligt am Rande stehenden und schon oben einmal zitierten Gewaltfreien. Trotz einer häßlichen Wunde am Arm, hatte dieser hinterher nichts besseres zu sagen als: *„Der hatte halt die Kontrolle über den Hund verloren."* Manche mögens heiß, und manche mögen Maso...

Kommentar eines anderen Husumer Gewaltfreien: *„Du willst doch wohl nicht ernsthaft verlangen, daß in solch einer aufgeregten Atmosphäre der Hundeführer den Hund an der kurzen Leine führt?"* In der Tat! Das wäre doch bei einer gewaltfreien Aktion zuviel verlangt.

Es geht auf Mittag, und das Ende naht. Die CFA'ler aus Flensburg mer- doch bei einer gewaltfreien Aktion zuviel verlangt.
Es geht auf Mittag, und das Ende naht. Die CFA'ler aus Flensburg mer- ken, daß sie ja gar nicht mehr mitblockieren, und setzen sich zu zehnt vor das Haupttor. Alleine sitzen sie da an einer Stelle, wo gestern gerade 150 - 200 gereicht haben. Es sieht lächerlich aus. Einige empfinden es auch so und wollen zu den anderen Blockierern. Diese Differenz tragen sie bis zum Schluß aus. Schließlich kommt der Ostermarsch und holt die Blockierer ab.

Nach einem Bericht eines Genossen aus Flensburg

Blockade in Fürfeld

Ca. 50 Menschen haben 28 Stunden lang, bei zeitweise regnerischem Wetter, das Atomwaffen-Lager (Konkret 3. '83, SIPRI-Jahrbuch) bei Fürfeld blockiert. Es waren dort Bezugsgruppen aus Mainz, Wiesbaden und Bad-Kreuznach. Umrahmt wurde die Aktion mit einem Camp, wo wir uns schon am Freitagmittag einfanden.

Wir vermieden, den Beginn und das Ende bekannt zu machen, so daß Polizei und US-Army sich nicht darauf einstellen konnten. Das Lager wird von deutschen Wachmannschaften, bei der US-Army angestellt, im 8-Stunden Schichtwechsel bewacht. Weil wir diesen Rythmus erfuhren, blockierten wir auch noch den letzten Wachwechsel am Sonntag um 16.00 Uhr. Die Wachmannschaften hatten für die Zeit unserer Aktion kugelsichere Westen an.

Mit weißen Kreuzen und Transparenten am Straßenrand machten wir Vorbeifahrende auf die Blockade aufmerk-



Protest gegen Atomwaffen in Neu-Ulm. Ein Demonstrant liegt auf der Erde, ein Polizeihund beißt ihm ins rechte Handgelenk, ein Polizist (Mitte) spritzt Tränengas aus einer chemischen Keule in Richtung Fotografen.

sam. Zwei Leute haben das A-Lager eine Stunde vorher inspiziert. MP und Polizei stoppten ihr Auto, und überprüften gemeinsam Personalien, Fahrzeug- und Führerschein. Die erste Räumung war dann gegen 16.00 Uhr. Wir hatten uns vor Ort mit Konsens darauf geeinigt, nicht nur Fahrzeuge, sondern auch die Wachsoldaten zu behindern. So stellten wir uns unmittelbar vor das einzige Tor in Zweierreihen und hakten uns unter.

Die Polizei bekam zuerst drei von vier Wachen durch. Da die Räumung unruhig verlaufen war, entschlossen wir uns nun zu einer Sitzblockade, wobei es die Polizei dann einfacher hatte und der Wachmann einfach über die Leute stieg. Für die Nacht bauten wir aus Dachlatten und Folie einen Schutz gegen Regen und Kälte vor dem Tor auf. Ebenso wurden am Rande Lagerfeuer entfacht.

Um 24.00 Uhr war dann Wachwechsel und Räumung, d.h. wir wurden vom Tor weggeschleift. Um 8.00 Uhr war also wieder eine Räumung zu erwarten. Dieses Mal haben wir das Tor mit einer Kette und Schloß zusätzlich verriegelt, und setzten uns direkt davor. Die Polizei zerrte die untergehakten Leute vom Tor und sprengte die Kette, indem sie es aufriß.

und setzten uns direkt davor. Die Polizei zerrte die untergehakten Leute vom Tor und sprengte die Kette, indem sie es aufriß.

Zum letzten Wachwechsel am Sonntagnachmittag webten wir das Tor mit Wolle zu, verstärkten es mit Bindfäden und Draht und verzierten es symbolträchtig mit weißen Kreuzen.

Die Polizei hatte nun vor, die Räumung nach dem gleichen Zeitrhythmus abzuwickeln. Sie trat auf die Leute drauf, um das Gespinst zu entfernen. Einige wurden an den Haaren weggeschleift, es wurde ins Genick, in den Magen und vor die Brust getreten. Die Folgen waren ausgerissene Haarbüschel, Nasenbluten mit leichtem Schock, Schürfwunden, Zerrungen und Prellungen. Beobachter behinderten einen Ami in Zivil am Filmen durch Davorstehen und Tuchschwenken.

In Sprechchören gingen wir dann der Polizei nach, als sie zu ihren Wagen zurückkehrten, und versperrten ihnen stehend die Abfahrt, was wir aber nach kurzer Zeit aufgaben, da wir uns vorher nicht darüber unterhalten hatten und nicht alle mitmachten. Ihren Ärger und ihre Wut äußerten einige dann außerdem, indem sie mit Brettern und Stämmen eine Barrikade legten. Gegen Sonntagabend wurden dann Blumen unter uns verteilt, die eigentlich der Polizei gegolten hatten, die sie sich aber verscherzt hatte.

Ein paar Eindrücke, Einschätzungen von mir: Dadurch, daß wir die Polizei und die MP im Unklaren ließen über den Zeitpunkt, wann wir die Blockade beenden würden, mußten sie den Eindruck haben, daß wir aufgegeben haben, weil sie brutaler vorgegangen sind. Dieses soll keine Kritik an der Nicht-Zusammenarbeit sein.

Für alle, soweit ich das übersehen kann, war die Aktion eine Erweiterung der Erfahrungen, wie mensch den gewaltfreien Charakter der Blockade es- Für alle, soweit ich das übersehen kann, war die Aktion eine Erweiterung der Erfahrungen, wie mensch den gewaltfreien Charakter der Blockade es- kalieren und erweitern kann: daß es also nicht bei einer Sitzblockade allein bleiben muß und mensch sich überlegen muß, die Behinderung zu effektivieren.

Eine weitere Erfahrung war, daß wir gut vor den Wachwechseln neue Taktiken überlegen konnten und das Ganze vor Ort in relativ kurzer Zeit mit Konsens beschlossen werden konnte.

Ein Sympathisant aus Mainz

Lüneburg:
Öffentliche Rekrutenvereidigung am 17. Juni

Mit einer demonstrativ öffentlichen Rekrutenvereidigung auf dem historischen Lüneburger Marktplatz soll am Vorabend des 17. Juni ein hochbrisantes Gebräu von revanchistischer Aufhetzung und militaristischem Trommelfeuer über die Bühne gehen. Lüneburg ist bundesweit einer der größten Bundeswehrstandorte — von der Stadtbevölkerung trägt jeder Zehnte Uniform!! Dennoch provozierte der letzte Versuch einer öffentlichen Vereidigung am Stadtrand Lüneburgs im Herbst 1980 breite Proteste und eine Gegendemonstration mit 1.400 Teilnehmern (AK 188/189). Zum Schutze der Militaristenfeier wurden ganze umliegende Wohngebiete in einen Ausnahmezustand versetzt und u.a. mit Pepperfog-Kanonen ausgestattete Polizeiverbände aus ganz Niedersachsen zum Einsatz gebracht. Seitdem fanden auch in Lüneburg Vereidigungen nur hinter den Kasernenmauern statt. Mit ihrer geplanten Provokation am 16.Juni wollen die Rechten sich revanchieren für die Ereignisse von 1980 und ein Zeichen setzen für die aggressive „Wende in der Deutschlandpolitik".

Auf Initiative der (im Gesamtverband oppositionellen) Lüneburger Ortsgruppe der DFG/VK hat sich kurz nach Bekanntwerden dieser Pläne ein „Aktionskreis gegen Rekrutenvereidigung" gegründet. Vorgesehen sind u.a. massenhafte Aufrufe und auch eine Intervention grüner Ratsvertreter/innen mit dem Ziel, die Stadt Lüneburg zur ersatzlosen Streichung des geplanten Militärspektakels zu veranlassen.

Kontakt (auch für überregionale Unterstützer der Proteste):
Conny Habisch
Kirchgellenser Str. 7
2121 Südergellersen
Tel.: 04135/7500



1.Mai 1983 - kein Grund, sich einzumischen?

Den Vorbereitungen des DGB zum diesjährigen 1.Mai ist kaum Beachtung geschenkt worden. Für was sollen in diesem Jahr die Arbeiter und Angestellten auf die Straße gehen? Zur Feier einer Lohnrunde, die einen weiteren Reallohnverlust brachte und deren Ausgang nach der entsprechenden Verzichtseinstimmung in den Medien und den letzten Konjunkturdaten allgemein schon vor Forderungsaufstellung eine klare Sache war? Das alljährliche Tarifritual hat längst den Beigeschmack eines Ekels bekommen, führt von Jahr zu Jahr zur Demobilisierung und Demoralisierung der abhängig Beschäftigten. Die Warnstreiks im Rahmen der „neuen Beweglichkeit" sind zum Pflichtprogramm geworden, ohne daß einer der Beteiligten mehr an eine Wirkung glauben kann. Hoffnungen auf gewerkschaftliche Erfolge für die kommenden Monate sind an diesem 1. Mai nicht auszumachen. An die „Auseinandersetzung dieses Jahrzehnts" um die 35-Stundenwoche mag bei nüchterner Betrachtung der Sachlage schon jetzt ebenso kaum einer mehr glauben. Mit ihrem Durchstarten zur diesjährigen Tarifrunde wollte die IG-Chemieführung zeigen, daß eine Gewerkschaft für Arbeitszeitverkürzung auch im bescheidenstem Umfang schon bereit ist, schlichtweg jeden nur erdenklichen Preis zu zahlen. Zwar werden andere Gewerkschaften — und das dürften die meisten sein — dieser Vorgabe nicht folgen und die 35-Stundenwoche für 'n Appel und 'n Ei vier weitere Jahre verschieben wollen; aber worin liegt eigentlich die grundlegende Alternative etwa der IG Metall, die heute bereits in aller Öffentlichkeit ihre Einsicht bekundet, daß die Arbeitszeitverkürzung „ihren Preis" kostet? Für eine Arbeitszeitverkürzung, bei der es augenscheinlich nur noch darum gehen soll, wie tief die Lohnabhängigen auch hierfür wieder in die Tasche greifen sollen und in wieviel Stufen ihre Einführung erfolgen soll, läßt sich freilich schlecht mobilisieren, zumal auch der so häufig betonte arbeitsmarktpolitische Effekt in diesem Fall faktisch Null wäre. Vom politisch-emanzipatorischen Wert, den die Forderung nach Verkürzung des Arbeitstages in der Geschichte der Arbeiterbewegung ursprünglich einmal hatte, wird heute allenfalls in gewerkschaftlichen Stammkneipen geplaudert.

Die Enttäuschung über die lasche Gangart ihrer Führer in der Krise, über die Verstrickung der oberen DGB-Etagen in diverse Fälle von Korruption und Bestechung (Neue Heimat-Skandal) auf Kosten der Mitglieder, über die fremdbestimmte Statistenrolle, die sie einnehmen, wenn sie einmal in Aktion treten — all das ist gewiß weit verbreitet und wird sich mit Sicherheit wiederum in einer rückläufigen Mobilisierung zum diesjährigen 1. Mai niederschlagen. Nachlassendes Interesse an gewerkschaftlichen Aktivitäten überhaupt („es kommt ja sowieso nichts dabei heraus") bishin zur Aufkündigung der Mitgliedschaft ist eine aktuelle Tendenz. Insofern kommt der zunehmende Legitimitätsverlust der DGB-Führung heute in erster Linie den Herrschenden zugute, denen eine längerfristige Schwächung der Gewerkschaften nur recht sein kann.

Allerdings können wir am diesjährigen 1. Mai auch auf einige erfreuliche Gegentendenzen blicken, namentlich aus Betrieben und Branchen, die am härtesten von der Krise betroffen sind. Unsicherheit und Existenznot fördern eben nicht nur und zwangsläufig reaktionäre Verdummung und Resignation. Selbst in einem Land wie der BRD bleibt auch die andere Seite der Dialektik historischer Abläufe nicht für immer und ewig verborgen, wenn auch vor dem Hintergrund der Gesamtentwicklung bei der Bewertung dieser Vorgänge Zurückhaltung geboten erscheint.

— So haben in den letzten Monaten einige Betriebsbesetzungen stattgefunden, unterschiedlich von ihrer Radikalität und ihrem Erfolg. Meist konnte eine zeitliche Streckung der Kapitallistenkonzepte und bessere Sozialpläne erreicht werden. Ob die betreffenden Belegschaften unter anderen Umständen, wie im Falle Arbed-Saarstahl (Beispiele dieser Art „amerikanischer Verhältnisse" häufen sich), auch zum Lohnverzicht und zur Aufgabe tariflicher Vereinbarungen als Gegenleistung für Versprechungen auf Arbeitsplatzerhalt bereit gewesen wären, darüber soll hier nicht spekuliert werden. Die Radikalität der Krise selbst diktiert hier die Bedingungen. Eines haben die Besetzungsaktionen jedenfalls bewirkt: Betriebsbesetzungen werden in fortschrittlichen Gewerkschaftskreisen wieder als eine der Möglichkeiten im Kampf gegen Arbeitsplatzvernichtung und Betriebsstillegung konkret diskutiert.

— Hervorgehoben werden soll auch die in der Stahlindustrie in Gang gekommene Diskussion über Verstaatlichung. Die miserable Situation auch in den staatlichen Betrieben (allein bei der Bundesbahn werden bis zum Ende dieses Jahrzehnts 100.000 Arbeitsplätze wegrationalisiert) und die abweisende Haltung der IGM-Führung sind sicherlich zwei Momente, die eine weitere Verankerung dieser Forderung auf Massenebene erschweren. Dabei hat das „Dortmunder Konzept" herzlich wenig mit der karrikierten Form von Verstaatlichung zu tun. Heute wird die Verstaatlichungsforderung an ganz bestimmte Bedingungen geknüpft (Erhalt der Arbeitsplätze und Stahlstandorte; Schaffung alternativer Arbeitsplätze durch Diversifikation der Produktion u.a.). Die schroff ablehnende Haltung von Staat und Regierung in dieser wirtschaftlichen Situation wird wohl kaum dazu beitragen, Illusionen in den Belegschaften in staatliches Handeln zu fördern, eher im Gegenteil.

Eine interessante Auseinandersetzung um die Verstaatlichungsforderung könnte sich auch innerhalb der IG Metall fortsetzen. Die Meinung praktisch aller Vertrauensleutekörper der relevanten Stahlbetriebe in NRW (plus in Bremen der Klöckner-Betriebsrat) finden hier ihren Widerstand zur offiziellen Vorstandspolitik, auch wenn mit der letzten IGM-Stahlkonferenz die Wogen vorübergehend etwas geglättet zu sein scheinen.

Aus Anlaß dieser neuen Diskussion sollte daran erinnert werden, daß an ähnlicher Stelle nicht viele Jahre her betriebsbornierte Konkurrenzprojekte und auch der Ruf nach Protektionismus die Runde machten.

— Diesbezüglich hat auch in Teilen der Belegschaften in norddeutschen Werftbetrieben ein Entwicklungsprozeß stattgefunden. Insbesondere die Tatsache, daß Betriebsräte und Vertrauensleute namhafter Schiffbaugroßbetriebe der Verlockung mit Arbeitsplätzen über die Ankurbelung des Kriegsschiffbaus bislang erfolgreich widerstehen und sich Boden für eigene alternative Forderungen nach dem Erhalt von Arbeitsplätzen (alternative Produktion, Rüstungskonversion u.a.) schaffen konnten, verdient größte Wertschätzung. Auch in diesem Zusammenhang sei darauf verwiesen, daß nicht wenige Monate her Belegschaftsteile der Kieler HDW für den Bau von U-Booten für Chile demonstrierten (was freilich nicht heißen soll, daß sich ähnliches in Zukunft nicht wiederholen kann): Speziell für die Diskussion in der Norddeutschen Werftindustrie sind zwei neue Elemente hinzugekommen, die den Wert der Existenz alternativer Wahlbündnisse bei der Unterstützung von Betriebskämpfen unter Beweis stellen könnte. Die GAL Hamburg, die die Forderungen und Aktionen der HDW-Kollegenschaft aufgegriffen hat und aktiv mitträgt (und auch parlamentarisch vertritt), beteiligt sich aktuell an der Vorbereitung zu einer alternativen norddeutschen Werftkonferenz, nachdem auf der von Dohnanyi zustandegebrachten das HDW-Sanierungskonzept der Geschäftsleitung sowie einschneidende „Strukturveränderungen" für die Großwerften abgesegnet wurden.

In Bremen haben sich in einem Betrieblichen Alternativen Bündnis (BAB) Betriebsräte, Personalräte und Vertrauensleute namhafter Betriebe auf einer ersten gemeinsamen politischen Plattform zusammengefunden. Zum ersten Mal aus den Betrieben heraus entwickelt sich ein Bündnis, daß mit dieser Zusammenarbeit und einer angestrebten parlamentarischen Vertretung heraus eine Erweiterung seiner Kampfesmöglichkeiten entwickeln will.

Auch das ist der 1. Mai 1983. Kein Grund, sich einzumischen?

Ein Genosse der Kommission Betrieb und Gewerkschaft

„Lieber nützliche Dinge produzieren — als gar nichts"

In der Frankfurter Zentralverwaltung der AEG existiert seit einiger Zeit der Arbeitskreis von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten, Technikern, Ingenieuren, Physikern und Designern einer AEG-Entwicklungsabteilung. Dieser Arbeitskreis stellt sich die Aufgabe, die Forderung nach Erhaltung aller Arbeitsplätze bei der AEG durch die Erarbeitung von Produkt-Alternativen zu unterstützen.

Begonnen hat alles damit, daß einige aktive Vertrauensleute neben Aktionen in der Öffentlichkeit auch Befragungen im Betrieb durchführten, um herauszufinden, wie Kollegen zu der Möglichkeit von Produkt-Alternativen stehen. Aufgrund der guten Resonanz, gerade unter Fachleuten, entstand dann der Arbeitskreis *„arbeitsplatzsichernde Zukunftsprodukte"*. Die Gruppe formuliert Produkt-Ideen, die sie an die IGM-Vertrauensleute weitergibt. Sie erwartet, daß von dort ihre Vorschläge an den Betriebsrat, die IG-Metall und die jeweils zuständigen Politiker weitergeleitet werden. Bemerkenswert ist das methodische Konzept des Arbeitskreises: am Anfang der Diskussion steht jeweils ein gesellschaftliches Problem. Erst bei der Diskussion von Lösungsvorschlägen kommen die Teilnehmer auf Produkte zu sprechen, die sie später konkreter definieren wollen. Ein Ausgangspunkt für Produktideen war z.B. das Problem der beruflichen Integration Schwerbehinderter. Der Arbeitskreis schlägt gesetzliche Maßnahmen vor, unter anderem eine erhebliche Ausgleichsabgabe, die ein Unternehmen bei unzureichender Beschäftigungsquote von Schwerbehinderten zu zahlen hätte. Die dadurch erzielten Mehreinnahmen sollen teilweise für die Entwicklung von Geräten verwendet werden, die eine berufliche Integration von Schwerbehinderten ermöglichen. Davon verspricht sich der Arbeitskreis auch einen Beschäftigungseffekt für Nichtbehinderte. Andere Vorschläge beziehen sich auf Maßnahmen, die man im Unternehmen selbst durchführen könnte. Die AEG soll in allen Bereichen durch bevorzugte Einstellung von Schwerbehinderten die vorgeschriebene Beschäftigungsquote erfüllen. Die dazu benötigten Geräte sollen von AEG-Betrieben entwickelt und gefertigt werden. Die derzeit bestehenden Möglichkeiten einer Unterstützung durch die öffentliche Hand bei der Eingliederung von Schwerbehinderten sollen genutzt, auf eine Ausweitung dieser Mittel soll hingewirkt werden. Eine Ausweitung der Entwicklung behindertengerechter Produkte, allein für den Eigenbedarf der AEG, könnte wenigstens einen Teil der geplanten Entlassungen verhindern. Dabei denkt der Arbeitskreis zunächst an herkömmliche Geräte, z.B. Lesegeräte für Blinde. Zusätzliche Märkte könnten erschlossen werden, wenn man solche Produkte unter Einsatz moderner Mikroelektronik weiterentwickelt, und zwar in Richtung auf geringere Kosten und größere Handlichkeit. Dadurch könnte man z.B. Blinden ein tragbares Lesegerät für ihren privaten Bereich anbieten.

Die Qualität der Produkte soll durch das Prinzip der „Interaktion" verbessert werden. Die Gruppe versteht darunter eine Übertragung von mehr Kompetenz an den Behinderten bei der Benutzung eines Gerätes. So könnte z.B. ein Lesegerät durch einen Blinden selbst, in Zusammenarbeit mit einer Hilfsperson, auf seine Bedürfnisse und eventuell auch auf schwierige Schrifttypen eingestellt werden. Dadurch würde die technische Leistung verbessert und zugleich das Selbstvertrauen des Behinderten gestärkt.

Ein weiterer Ansatzpunkt für Produkt-Ideen ist der Vorschlag, den Stromverbrauch von Privathaushalten zu weit zu senken, daß die Einführung von Solarenergie und anderen „sanften" Technologien erleichtert wird. Ausserdem diskutiert der Arbeitskreis über die Bereiche „Entwicklungshilfe", Umweltschutz, Verkehr, Kommunikation und Arbeitsplatzgestaltung.

Die ersten Vorschläge des Arbeitskreises sind in einer Abteilungsversammlung, von den Vertrauensleuten und im Betriebsrat diskutiert worden und haben dabei uneingeschränkte Zustimmung gefunden.

(Informationen nach „Frankfurter Metallbote", März 83)

Ein Gen. des KB/Gruppe Frankfurt

Bremen : Grüne wollen kein Wahlbündnis

Zu den Bremer Bürgerschaftswahlen im September wollen die Grünen im Alleingang antreten. Eine hermetisch gegen die böse „Altlinke" und andere „intellekutelle Bubis verschiedener linker Couleur" (O-Ton des Grünen-Chefs Willers) abgeschottete Liste soll allerdings „offen" sein für interessante Leute von der Basis, die den Grünen genehm sind und die den strengen Sekten-Mief der grünen Solo-Liste ein mißchen mildern sollen.

Verwunderlich ist der Vorgang überhaupt nicht. Der Bremer Landesverband sticht auch innerhalb der grünen Bundespartei durch seine speziell arbeiterfeindlichen Theorien und Eskapaden unangenehm hervor. In Bremen ist man am eifrigsten, wenn es darum geht, der Mehrheit der Beschäftigten eine Arbeitszeitverkürzung o h n e Lohnausgleich (also Lohnabbau!) zu verordnen. Das macht den Arbeitern gar nichts aus, denn sie haben sowieso zuviel Geld und kaufen davon doch bloß schädliche Produkte. Und überhaupt, sagt Willers, „Wir sind aus gutem Grund keine Klassenkampfpartei" (jedenfalls nicht für die Arbeiter!), denn die Arbeiter seien ohnehin nur „30 % der Gesamtbevölkerung und es werden immer weniger" (die anderen 70 % arbeiten n i c h t oder wie?!). Und diese 30 % sind sowieso verblödet, sagt Willers, wofür sie aber nichts können, weil es an der „stumpfsinnigen Arbeit" und am „geisttötenden Freizeitkonsum" liegt.

Die Bremer Grünen scheinen entschlossen, die Nachfolge der alten BGL (Bremer Grüne Liste) anzutreten: Die BGL (derzeit drei Abgeordnete in der Bürgerschaft) hat sich mittlerweile zur astreinen Spießbürgerpartei gemausert, die mitunter auch vor dem Appell an niedrigste (um nicht zu sagen: faschistoide) Instinkte bei ihrer Klientel nicht zurückschreckt, beispielsweise bei der Stimmungsmache gegen unangepaßte Jugendliche und gegen radikale Linke.

Linke bieten Bündnis an

Um das Gegeneinander mehrerer konkurrierender Listen zu vermeiden — auch die BGL wird wieder kandidieren — ist von Seiten der Bremer Linken (bisher vergeblich) um ein Wahlbündnis mit den Grünen geworben worden. Hauptkraft ist dabei das Betrieblich-Alternative Bündnis (BAB), das in der bundesdeutschen Alternativszene eine sehr beachtliche Besonderheit darstellt: Hier haben sich „gestandene" Aktivisten aus Betrieb und Gewerkschaft zu einer politischen Gemeinschaft links von der SPD zusammengeschlossen. In diesem Zusammenschluß spielt, auch das ist wohl einmalig im Land, die DKP aufgrund ihrer besondern betrieblichen Verankerung in Bremen eine wichtige Rolle, ohne daraus bisher eine penetrante Dominanz im Sinne üblicher DKP-„Bündnispolitik" gemacht zu haben. Gemeinsam mit der seit den letzten Wahlen (1979) bestehenden Alternativen Liste/AL und vielen anderen Interessierten organisierte

Um das Gegeneinander mehrerer konkurrierender Listen zu vermeiden — auch die BGL wird wieder kandidieren — ist von Seiten der Bremer Linken (bisher vergeblich) um ein Wahlbündnis mit den Grünen geworben worden. Hauptkraft ist dabei das Betrieblich-Alternative Bündnis (BAB), das in der bundesdeutschen Alternativszene eine sehr beachtliche Besonderheit darstellt: Hier haben sich „gestandene" Aktivi-

von der SPD zusammengeschlossen. In diesem Zusammenschluß spielt, auch das ist wohl einmalig im Land, die DKP aufgrund ihrer besondern betrieblichen Verankerung in Bremen eine wichtige Rolle, ohne daraus bisher eine penetrante Dominanz im Sinne üblicher DKP-„Bündnispolitik" gemacht zu haben. Gemeinsam mit der seit den letzten Wahlen (1979) bestehenden Alternativen Liste/AL und vielen anderen Interessierten organisierte

das BAB im März einen ersten Kommunalpolitischen Kongreß, zu dem auch die Grünen zur gleichberechtigten Teilnahme eingeladen waren. Nach manchem Hin und Her beschränkten sich die Grünen jedoch auf eine nicht sehr konstruktive Gastrolle am Rande.

Am 13. April fand, gewissermaßen als Fortführung des Kommunalpolitischen Kongresses, ein erstes „Wahlplenum" statt, auf dem die Frage einer eventuellen eigenständigen Listenbildung — bei Scheitern aller Angebote an die Grünen — beraten werden sollte. Das BAB legte dazu eine Stellungnahme vor, in der alle interessierten Kräfte, insbesondere die Grünen, aufgefordert wurden, sich *„auf der Grundlage eines gemeinsam zu erarbeitenden kommunalpolitischen Programms"* zusammenzuschließen zur Bildung einer gemeinsamen Liste. *„In Fragen, die durch das kommunalpolitische Programm nicht erfaßt werden, ist für die Kandidaten des Betrieblich Alternativen Bündnisses — BAB — die politische Position des BAB maßgebend. Das gilt für alle anderen Gruppen entsprechend".* —

Das BAB fordert also keine Einigung auf den kleinsten gemeinsamen Nenner (Minimalkonsens) und Ausklammerung aller strittigen Punkte, sondern der BAB-Vorschlag würde es allen beteiligten Gruppen ermöglichen, im Einzelfall voneinander abweichende Positionen im Parlament zu vertreten.

Da die Grünen bereits zuvor kategorisch und ultimativ jede Zusammenarbeit mit der DKP ausgeschlossen hatten, war das Verhältnis zur DKP Diskussionsthema im Wahlplenum: Obgleich, so mehrere Redner aus dem alternativen Spektrum, sie von der DKP in Fragen der gesellschaftlichen Utopie wie auch in manchen Tagesfragen tiefe Gräben trennen, sei die Mitarbeit von DKPlern in einer gemeinsamen Liste kein Punkt, an dem man sich grünem Diktat zu beugen bereit wäre. Zwar gibt es starke Vorbehalte gegen die DKP, aber gerade der unverschämte

ten, war das Verhältnis zur DKP Diskussionsthema im Wahlplenum: Obgleich, so mehrere Redner aus dem alternativen Spektrum, sie von der DKP in Fragen der gesellschaftlichen Utopie wie auch in manchen Tagesfragen tiefe Gräben trennen, sei die Mitarbeit von DKPlern in einer gemeinsamen Liste kein Punkt, an dem man sich grünem Diktat zu beugen bereit wäre. Zwar gibt es starke Vorbehalte gegen die DKP, aber gerade der unverschämte

Ausgrenzungsversuch der Grünen gegen die DKP (und tendenziell auch gegen andere „Altlinke") produziert eher die Haltung, daß man sich d a s bestimmt nicht gefallen lassen will.

Zur Fortsetzung der Diskussion soll ein zweites Wahlplenum am 15. Mai stattfinden. Dort sollen die *„Grundzüge eines kommunalpolitischen Programms für Bremen beraten werden können".* Darüber hinaus soll geprüft werden, ob die Notwendigkeit und ob ausreichende Grundlagen für eine eigenständige Listenbildung bestehen, falls die Grünen an ihrer sturen Verweigerungslinie festhalten. Im Vorfeld dieses Wahlplenums sind auf allen Sachgebieten Gespräche mit grünen AG's geplant, um eine inhaltliche Abstimmung nach Möglichkeit zu erreichen.

„Wir sind die einzige wirkliche Opposition im Lande ..."

... prahlt Grünen-Chef Willers in einem Papier, in dem er dafür plädiert, sich endlich nicht mehr mit den Linken und mit den *„linken Arbeiterführern"* abzugeben (mit denen habe man sowieso schon viel zu viel Geduld gehabt!), sondern konsequent die Schritte zur Alleinkandidatur einzuleiten. Andere Diskussionspapiere aus dem grünen Landesverband zeigen ein ähnliches Selbstverständnis: in erster Linie Anbetung der eigenen Einzigartigkeit, die sich nicht nur darin ausdrückt, daß man die korrekteste aller Linien hat, sondern daß man auch (als einzige) über völlig neue „politische Umgangsformen", wahre Menschlichkeit, völlig neues „Demokratieverständnis" usw. usf. verfügt. Eine Orgie von wohltuender Bescheidenheit und maßvoller Selbsteinschätzung!

So vorbereitet verabschiedeten die Grünen auf ihrer Mitgliederversammlung am 23.4. zunächst die „Grünen Grundpositionen zur Bürgerschaftswahl 1983". Darin sollen **„unverzichtbare Grundpositionen einer Listenbildung zur Bürgerschaft"** festgehalten sein, **„die nicht Gegenstand von Kompromissen sein können".** Das Papier enthält im wesentlichen die bekannten grünen bzw. Bremen-grünen Positionen zur Ökologie und Wirtschaftspolitik. Festgehalten ist außerdem der Schwur auf die „Gewaltfreiheit" und — zwecks Fernhaltung von DKPlern — die Solidarität mit der „autonomen Friedensbewegung der DDR" und der polnischen Solidarnosc. Insgesamt betrachtet, handelt es sich aber, verglichen etwa mit den Theorien von Rudolf Bahro, um eine relativ maßvolle Plattform.

In der Diskussion auf der Grünen-MV strebten zwei erkennbare Strömungen auf unterschiedlichem Weg dem gleichen Ziel zu, Alleinkandidatur im Gewand einer „offenen Liste": Während der wirklich uraltlinke Routinier Ralf Fücks (Ex-KBW, Ex-ISP, derzeit einer der grünen Chefideologen in Bremen) mit wechselndem Erfolg versuchte, die Grünen vor den gröbsten taktischen Dummheiten und Eigentoren zu bewahren, brannten Jo Müller und Peter Willers darauf, den „Verhandlungszirkus" mit den Linken vom Wahlplenum endlich abzubrechen und hocherhobenen Hauptes den Durchmarsch zur Solo-Kandidatur zu beschließen. Weitere Redner übertrafen sich in Denunziationen des BAB als Hilfstruppe der DKP und Angriffen auf die in Bremen relevante Gruppe Arbeiterpolitik, die sich als eine von abartigen *„Organisationsinteressen geprägte Funktionärsschicht"* zwischen die Grünen und die anständigen Arbeiter „an der Basis" schiebe. Weitere Diskussionen mit dem Kreis ums Wahlplenum seien reinste Zeitverschwendung.

Problematisch ist der Kurs auf Durchmarsch aber doch, weil unter denjenigen, die bisher die Grünen unterstütz(t)en, manche sind, denen bei einer derart unverblümten und schroffen Absage an ein Bündnis mit der sozialistischen und Arbeiter-Linken nicht ganz wohl ist.

Letztlich verabschiedet wurde eine etwas veränderte Vorlage von Willers, die de facto die Ablehnung einer Zusammenarbeit zur Bürgerschaftswahl mit den Kräften ums Wahlplenum enthält: **„Wir wollen kein taktisch begründetes Wahlbündnis mit denen, die dies Bündnis nur aus gruppenegoistischen Gründen suchen"** — und wer damit gemeint ist, ist nach allen Äußerungen im grünen Landesverband 100%ig klar. Zugleich wurde von der Grünen-MV ein Wahlausschuß gewählt, **„der die notwendigen Arbeiten der Wahlvorbereitung in Angriff nimmt".**

Daß die Grünen von diesem Kurs noch abzubringen sind, ist unwahrscheinlich. Falls dafür noch eine minimale Chance besteht, so liegt sie ganz bestimmt nicht im weiteren Abwarten und im Hoffen auf ein Wunder, sondern im Setzen eindeutiger Fakten, die den Grünen einen Strich durchs Kalkül machen. Das kann nach Lage der Dinge nur bedeuten: Einleitung aller Schritte für eine eigenständige Kandidatur aus dem Kreis ums Wahlplenum. Möglich, daß die Grünen dann über die Frage eines Wahlbündnisses doch noch einmal neu nachdenken müssen. Bisher verlassen sie sich ja einfach darauf, daß die Entschluß- und Tatkraft beim Wahlplenum für eine eigene Liste nicht reichen wird. Ob sie damit recht behalten werden?

„Wir sind doch keine Masochisten ..."

„Wir sind doch keine Masochisten ..."

Peter Willers (Ex-SPD und ehemaliges Mitglied der Bremer Grünen Liste/BGL) hat sich „Einige ketzerische Gedanken zu Zustand und Selbstverständnis der GRÜNEN nach den letzten Erfahrungen" gemacht und den Mitarbeiter/inne/n von „Grün '83" mitgeteilt. Wir dokumentieren den vollen Wortlaut von Willers' „ketzerischen Gedanken". Wobei das schöne Wort „ketzerisch" wieder einmal für den Versuch herhalten muß, abgestandenste antilinke Plattheiten und Klischees möglichst interessant und attraktiv darzustellen. Willers, 1979 Partner des BGL-Chefs Dinné bei der Ausgrenzung sozialistischer Linker, hat seither offenbar nichts dazugelernt. Jedenfalls nichts, was für die Herstellung eines breiten demokratischen Bündnisses fruchtbar sein könnte.

„Das kann ja wohl nicht alles gewesen sein an GRÜNER Politik:
— eine Informationsbörse und zähflüssige entmotivierende Diskussionen am Grün-Montag. Stimmung, die inzwischen hunderte Interessierter wieder nach Hause getrieben hat;
— Plenarsitzungen von ‚Grün '83', auf denen sich alles aus der Szene produziert, was sich für wichtig hält. Reden und Mackertum wie vor 10-15 Jahren, als sei inzwischen nichts passiert. Das Ganze in einer gespenstisch irrealen Atmosphäre, in der viel von ‚Bewegungen' (eine tut's nicht mehr!) und Arbeiterklasse (wo ist die?) die Rede ist. Das selektive Wahrnehmungsvermögen feiert Triumphe. Auch hier können die Umgangsformen ganze Säle leeren;
— Programm-Arbeitsgruppen sehr unterschiedlicher Qualität und ohne Koordination, die sich schwertun;
— ein durch nichts und niemanden ernsthaft kontrollierter einsamer Abgeordneter;
— grüne Einzelkämpfer in Stadtteilen und Beiräten, die sich mit der notwendigen Kleinarbeit abrackern.

Ich glaube, wir sollten mal einen Moment innehalten und uns besinnen. Und ich glaube, dabei könnte folgendes herauskommen:

1) Bei aller Ungenauigkeit in der bisherigen Definition unserer politischen Ziele sind wir GRÜNEN die Einzigen, die im politisch-parlamentarischen Sektor für den Anspruch stehen, anders zu leben als bisher und Entwicklungen zu verhindern, die unser Leben immer hoffnungsloser, abhängiger und gefährlicher machen. Wir sind die einzige wirkliche Opposition im Lande und deshalb werden wir auch gewählt.
2) Diese Tatsache kann uns ruhig Selbstbewußtsein geben, ohne daß wir uns schon zurücklehnen dürften, denn
3) verwirklichen können wir diesen Anspruch nur mit viel Arbeit und Engagement.

Wir haben eine politische Identität, die mit unseren vier Grundsätzen ökologisch, basisdemokratisch, sozial und gewaltfrei allgemein, aber zutreffend beschrieben ist. In einigen Bereichen haben wir noch Nachholbedarf, diese Grundsätze zu konkretisieren, in anderen ist es gelungen. Diese vier grundsätzlichen Anliegen gemeinsam vertritt k e i n e andere Partei oder Gruppierung.

Diese Identität können wir verlieren oder verteidigen und ausbauen.

Wenn wir in Bremen (Stadt) so weitermachen wie in der letzten Zeit, werden wir sie verlieren. Und das ist in erster Linie als eine Kritik an uns selbst zu verstehen.

Unsre organisatorischen und inhaltlichen Vorstellungen liegen quer zum traditionellen Verständnis von Politik. Darum sind wir auch keine linke Partei nach bisherigem Strickmuster. Unsere Ziele:
— Priorität der Ökologie,
— Abbau staatlicher Macht — darum u.a. auch keine ‚Verstaatlichung' der Wirtschaft,
— Dezentralisierung in allen gesellschaftlichen Bereichen,
— Infragestellen des technischen Fortschritts als Vorbedingung für sozialen Fortschritt,
— Friedenspolitik durch Blockfreiheit,
— Abbau von Hierarchien auch in der politischen Organisation

finden sich in keinem altlinken Konzept. Darum unterscheiden wir uns grundlegend von ihnen, am meisten sicher von der DKP.

Oberflächliche Übereinstimmungen, mit Fleiß beschworen, daß wir doch alle den Frieden wollten z.B., dürfen über diesen Dissens nicht hinwegtäuschen. Minimalkonsens ist zudem kein parlamentarisch handbares Prinzip.

Wir sind aus gutem Grund keine Klassenkampfpartei. 30 Prozent der Gesamtbevölkerung (und es werden immer weniger) sind noch Arbeiter. Gerade diesem Teil der Bevölkerung ist das Klassenbewußtsein durch stumpfsinnige, entfremdete Arbeit und geisttötenden Freizeitkonsum nachhaltig ausgetrieben worden (warum sonst würden sie solche Gewerkschaften als ihre Interessensvertretung dulden). Wir können und wollen da keine Stellvertreterpolitik machen.

Fortsetzung nächste Seite

Bremens "grüner Stahlexperte" macht in Nationalismus

Einen Tag vor der Mitgliederversammlung der Grünen fand am 22.4. die BAB-Veranstaltung „Konzerne zerstören eine Region" statt. 700 Teilnehmer/innen stellten die Anziehungskraft des BAB unter Beweis. Das BAB nutzte die Veranstaltung, die eigene Position zu betrieblichen Problemen (35-Stunden-Woche, Verstaatlichung, alternative Produktion) und zur selbständigen politischen Vertretung darzustellen. Aus dem Rahmen der konkreten und an den Kollegeninteressen orientierten Beiträge aus dem Publikum fielen allein die Ausführungen der MG (Marxistische Gruppe) und von Ralf Fücks, der insbesondere das Steckenpferd der Bremer Grünen, die Beschränkung des Lohnausgleichs auf untere Einkommen bei Arbeitszeitverkürzung, verteidigte, und der diese Spaltung der Beschäftigten als Solidarität mit den Arbeitslosen verkaufen wollte.

Der westdeutsche Stahlkonzern Klöckner hat von der europäischen Kommission eine Bußgeldforderung über 110 Millionen Mark wegen Überschreitung der Stahlquoten erhalten. Dazu erklärte **„der Stahlexperte der Bonner Fraktion, Jo Müller, Bremen":** *„Bonn müsse bei der EG-Kommission vorstellig werden. Die durch maßlose Subventionierung veralteter französischer, britischer und belgischer Stahlwerke entstandene Krisenlast dürfe jetzt nicht auf die deutschen Stahlwerke abgeschoben werden ... Müller sprach den Verdacht aus, daß durch die Ausschaltung der Klöckner-Werke das entscheidende Kapazitätsproblem der europäischen Stahlindustrie gelöst werden solle. Dahinter ständen die Interessen französischer, britischer und Benelux-Unternehmen."*

Klöckner-Betriebsrat Peter Sörgel machte deutlich, daß die gesamte Quotenregelung allein ein Mittel der Konzerne sei, die Belegschaften gegeneinander aufzuhetzen und für die Subventionierung des „eigenen" Konzerns und das Zusammenbrechen der anderen zu mobilisieren. Zugleich solle das Schüren von Chauvinismus („gegen die Franzosen" usw.) erleichtert werden. Der Klöckner-Betriebsrat und die Belegschaft hätten sich bisher gegen diese Politik der Spaltung gewandt und die Schwächung der Kampfkraft nicht mitgemacht. Es sei umso erschütternder, daß nun ohne jede Rücksprache mit dem Betriebsrat gerade ein Grüner in das gleiche Horn wie der Konzern-Vorstand blase.

KB/Gruppe Bremen.



Hessische DS gegen Alleinkandidatur

Der Landesverband Hessen der „Demokratischen Sozialisten" (DS) beschloß auf seinem Parteitag am 17. April, zu eventuell noch in diesem Jahr stattfindenden Neuwahlen des Landtags nicht mit einer eigenen Liste anzutreten. Am selben Tag hatte der Landeshauptausschuß der Grünen beschlossen, keinem Auflösungsantrag für den Landtag zuzustimmen. Neuwahlen dürften daher frühestens zu dem von der SPD vorgeschlagenen Termin im September stattfinden.

Nach Bekanntwerden der Neuwahlpläne der vereinigten etablierten Parteien im Landtag war in den Orts- und Kreisgruppen der DS erneut die eigene Wahlbeteiligung heftig umstritten. Es war von vornherein klar, daß ein von allen als erstrebenswert angesehenes breites Wahlbündnis einmal mehr am Widerstand der Grünen scheitern würde. Dies war spätestens auf einem landesweiten Sondierungsgespräch von einem (allerdings nicht autorisierten) Vertreter der Grünen ebenso deutlich zum Ausdruck gebracht worden wie von anderen Grünen bei örtlichen Gesprächen.

Für die Befürworter einer Wahlbeteiligung um Manfred Coppik — vor allem aus der Ortsgruppe Darmstadt und Teilen der Offenbacher, Frankfurter und Kasseler Gruppen — war damit die Situation klar: eine eigene Liste der DS sollte aufgestellt werden, wie es vorher auch schon die von der FDP abgespaltenen „Liberalen Demokraten" (LD) beschlossen hatten.

Wer weder die Grüne Partei noch die SPD als d i e Alternative fortschrittlicher Kräfte gegen die Rechtskoalition akzeptieren könne, müsse für eine DS-Liste auch dann eintreten, wenn diese keine Chance habe, in den Landtag zu kommen, oder wenn den Grünen dadurch Stimmen verloren gehen würden. Die Grünen — so Coppik — hätten 1980 unter der gleichen Voraussetzung zum Bundestag kandidiert und damit bewußt das Risiko einer Kanzlerschaft von Strauß in Kauf genommen. Wenn man eine neue Partei bekanntmachen und als politische Kraft entwickeln wolle, so käme man um eine eigene Wahlbeteiligung nicht umhin. Eine Reihe von DS-Mitgliedern wußten zu berichten, daß die Leute „draußen im Lande und in den Betrieben" die DS ohne eine Wahlbeteiligung nicht ernstnehmen würden.

Gerade in der gegenwärtigen Stagnationsphase der DS in Hessen sei eine Kandidatur notwendig, um die Partei auch nach innen zu konsolidieren. Auch eine kleine Partei wie die DS sei bei geschlossenem Handeln aller Mit-
tionsphase der DS in Hessen sei eine Kandidatur notwendig, um die Partei auch nach innen zu konsolidieren. Auch eine kleine Partei wie die DS sei bei geschlossenem Handeln aller Mit-
glieder in der Lage, einen originellen und effektiven Wahlkampf zu organisieren. Die Wahlbeteiligungs-Gegner — die Mehrheit der Frankfurter, Offenbacher und Kasseler Gruppe, die gesamte Marburger Gruppe und einige kleinere Orte — wandten demgegenüber ein, daß auch jetzt noch nicht, ebenso wie vor einem halben Jahr bei der letzten Landtagswahl, die politischen Voraussetzungen für eine DS-Kandidatur gegeben seien. Es komme vielmehr darauf an, die Arbeit in Initiativen vor Ort zu entwickeln und eigene politische Aktivitäten zu unternehmen. Bei der geringen Mitgliederzahl könne niemand für einen noch dazu aussichtslosen Wahlkampf mobilisiert werden. Hinzu komme, daß mit den Grünen eine Partei zur Wahl antrete, die durchaus unterstützenswert sei, bei aller Kritik im einzelnen. Wenn man die Absicht habe, eine Soizialistische Partei aufzubauen, könne dies sicher nicht schwerpunktmäßig über eine Wahlbeteiligung laufen. Von Seiten der DS solle weiterhin angestrebt werden, Wahlbündnisse zu organisieren; aber dazu gehöre auch, daß man in dieser Richtung in den Orten und Kreisen initiativ wird, um mit den Grünen und sonstigen Leuten ins Gespräch und in eine gemeinsame Arbeit zu kommen. Nur vor Wahlterminen sich hinstellen und rufen „wir wollen ein Bündnis" zeuge von politischem Dilettantismus.

Die Marburger Gruppe berichtete von ersten Versuchen in diese Richtung. Auf Einladung der DS-Gruppe trafen sich dort Vertreter der Grünen, der DKP, der Jusos, des SHB und der DFU zu einem Gespräch über Möglichkeiten gemeinsamer Wahlbeteiligung. Wie zu erwarten, zeigten die Grünen wenig Bereitschaft. Im Verlauf des Gesprächs wurde aber auch deutlich, daß allgemeines Interesse an weiterer Zusammenarbeit besteht. So ist geplant, im Wahlkampf eine gemeinsame Veranstaltung der Grünen, DS und DKP (ggf. erweitert um andere Gruppen) durchzuführen, in der der Kampf gegen Hochrüstung und Sozialabbau im Vordergrund stehen soll. Außerdem soll in weiteren Gesprächen über Gemeinsamkeiten und Differenzen im Einzelnen gesprochen werden, weil bisher bei Gesprächen über Wahlbündnisse diese Fragen meist hinter taktischem Geplänkel versteckt wurden. Der hessische DKP-Vorstand hatte in einem Brief an den Landesparteitag den Vorschlag gemacht, DS und DKP sollten gemeinsam an die Grünen herantreten, um eine Beteiligung an einer dann wirklich „offenen" Liste zu erreichen. Offenbar nach Bremer Vorbild sollten bevorzugt Leute aus dem betrieblichen Bereich hierzu benannt werden.

Dieser Vorschlag wurde von der DS kaum weiter diskutiert. Es wurde ein weiteres Mal als Konsens festgehalten, daß die DS sich jederzeit an Wahlbündnisssen beteiligen würden, ohne allerdings konkrete inhaltliche und taktische Schritte zu beschließen. Ein weiteres Mal wurde damit die taktische Unbeweglichkeit weiter Teile der DS deutlich, die nur in Extrem-Alternativen denken kann: wenn kein gleichberechtigtes Bündnis mit den Grünen zustande kommt, dann ist eine Alleinkandidatur das einzige Gegen-
Alternativen denken kann: wenn kein gleichberechtigtes Bündnis mit den Grünen zustande kommt, dann ist eine Alleinkandidatur das einzige Gegen-
mittel. Beteiligung an einer offenen Liste — diesmal im Gegensatz zur letzten Wahl sogar von der DKP als Möglichkeit gesehen — wurde gar nicht erst diskutiert, obwohl mehrere Hinweise aus der Grünen Partei darauf hindeuten, daß eine „wirklich offene" Liste heute auf Sympathie bei mehr Grünen trifft als noch vor einem halben Jahr.

Es ist jedenfalls zu begrüßen, daß sich innerhalb der DS die realistische „Fraktion" in Bezug auf eine Wahlbeteiligung durchgesetzt hat. Eine Alleinkandidatur der DS wäre sicher sehr hinderlich beim Aufbau linker (Wahl-)Bündnisse gewesen.

KB-Gruppe Marburg

Forts. von vorheriger Seite

Auch die ‚linken Arbeiterführer' täuschen über diese Situation nicht hinweg. Einige von ihnen benutzen das ihnen für ihre betriebliche Arbeit gegebene Mandat für allgemeinpolitische und parteigebundene Aktivitäten, die von der Bewußtseinslage der Arbeiter Meilen entfernt ist.

Noch weniger glaubhaft als beauftragte — oder sich selbst beauftragende — Interessensvertreter der Bevölkerung oder eines Teils davon sind jene intellektuellen Bubis verschiedener linker Couleur, an deren Traktätchen mit belehrenden Einschätzungen zur Lage man so schwer vorbeikommt, wenn man irgendwo mit mehr als zehn Leuten zusammenkommt.

Ich meine, wir haben lange, fast bis zur Selbstaufgabe mit denen Geduld gehabt, die uns in ein Bündnis linker Kaderorganisationen pressen und unsere Erfolge für sich nutzen wollen. Wir sind doch keine Masochisten, die sich oben umarmen und unten in den Bauch treten lassen.

Wie gesagt, ich denke, wir haben etwas zu verlieren.

Und darum, meine ich, müssen wir folgendes tun:

- unsere eigenen GRÜNEN Ziele genauer als bisher bestimmen, diskutieren, so daß möglichst alle Grünen sicher und selbstbewußt unsere Politik vertreten können.
- GRÜNE Politik o f f e n s i v vor- und zur Diskussion stellen: im BAB, in Friedensinitiativen, in eigenen Veranstaltungen zu Sachthemen und durch den lange geplanten Kongress zu Arbeit und Wirtschaft in Bremen.
- In ‚GRÜN 83' schnellstmöglich zu einem Abschluß der inhaltlichen Programmdiskussion (und nur noch der) kommen.
- Unsere Arbeit so weit wie möglich mit Stadtteilgruppen dezentralisieren, also Probleme — auch die kleinen — unten und vor Ort aufgreifen. Das ist unsere Stärke und macht Spaß, weil es menschliche Kontakte ermöglicht.
- Mit diesen Aktivitäten inhaltlich begründet klarmachen — und es dann aber auch klar und unmißverständlich sagen — daß DIE GRÜNEN aus diesen inhaltlichen Gründen für die parlamentarische Arbeit (nicht für punktuelle außerparlamentarische) keine anderen Organisationen als Huckepackreisende wünschen."



Warnstreik bei Philips gegen die Schließung der Fabrik — Foto: C. Ariens

„An Grenzen rütteln ..."

... lautet der Titel eines Textes über Probleme von Frauen in den Gewerkschaften. Er ist erschienen in dem Buch der Niederländerin Anja Meulenbelt „*Feminismus — Aufsätze zur Frauenbefreiung*". Der Titel könnte auch das Leitmotiv für das gesamte Buch sein. Es ist — zumindest auf den ersten Blick — ein buntes Sammelsurium von Artikeln, die Anja Meulenbelt (sprich: Mölenbelt) in den Jahren 1975-1980 geschrieben hat. Die elf Aufsätze lassen sich grob in drei Bereiche gliedern, die aber nicht so abgegrenzt oder gar in dieser Reihenfolge abgedruckt sind. Neben Artikeln zur ökonomischen Frage (Hausarbeit, Gewerkschaften, Arbeitsbedingungen) steht eine Kollage zur Sexualität und ein kürzerer Artikel zur Pornographie; die übrigen Texte sind weitestgehend Auseinandersetzungen mit Positionen der Frauenbewegung, der Linken, der „Männerfrage". Den Abschluß bilden „*Anmerkungen zu einem nie geschriebenen Artikel über Frauenkultur*". Diese Vielfalt zeigt sich nicht nur in der reichen Themenauswahl, sondern auch in der Herangehensweise:

Neben Analysen und Darstellungen finden sich mehr oder weniger provokative Aneinanderreihungen von Fakten, Geschichten, Erfahrungen und Assoziationen; der Schluß ist rein notizen-
finden sich mehr oder weniger provokative Aneinanderreihungen von Fakten, Geschichten, Erfahrungen und Assoziationen; der Schluß ist rein notizen-
haft. Die scheinbare Willkürlichkeit ist durchaus gewollt von A. Meulenbelt, die mit ihrer Veröffentlichung einen Teil der Totalität des Frauenkampfes, das Ineinandergreifen des Persönlichen und des Politischen zeigen wollte.

"... *Infolge der Krise drohen innerhalb der Frauenbewegung neue Spaltungen zu entstehen. Frauen auf der einen Seite erkennen, in welchem Maße es mit der Wirtschaft bergab geht und greifen von neuem auf die alten Analysen der Linken zurück: Es gehe um die Wirtschaft, um Arbeitsplätze, um soziale Errungenschaften. Sich mit Privatangelegenheiten wie Beziehungen oder Heterosexualität oder Lesbianismus zu beschäftigen, sei Luxus und lenke vom eigentlichen Kampf ab. Frauen auf der anderen Seite ziehen es vor — weil sie mit dem Ergebnis des ganzen feministischen Kampfes unzufrieden sind, da sich nicht schnell genug die gewünschten Erfolgserlebnisse abzeichnen —, all diese Energie lieber in eine feministische Subkultur zu investieren, in das schöne, warme, schwesterliche Nest. So droht die Verbindung zwischen dem Persönlichen und dem Politischen wieder verloren zu gehen. Mit einigen Artikeln dieses Bandes möchte ich begreiflich machen, daß die Verbindung nicht verlorengehen darf, wollen wir uns nicht selbst entmachten.*" (Vorwort, S. 11/12).

„Menschen oder Frauen"

In dem 1980 geschriebenen Artikel zu Problemen von Frauen in den Gewerkschaften werden einige der Widersprüche deutlich, in denen wir Frauen stecken, die sich keiner der beiden von A. Meulenbelt dargestellten Extrempositionen zurechnen (bei d e r Überspitzung wird das allerdings auch kaum eine Frau tun).

Sie schildert das Dilemma der Frauen, die in der Gewerkschaft arbeiten und dort Frauenarbeit machen wollen; angefangen bei den Differenzen mit „alten" Gewerkschaftsfrauen, die jahrelang für ihre Gleichstellung und -behandlung gekämpft haben, für ihre Integration, und die deshalb die Gründung von autonomen Frauengruppen in der Gewerkschaft als Rückschritt ansehen. Autonome Frauengruppen werden außerdem mit dem bekannten Spruch: „Nur gemeinsam sind wir stark" angegriffen, der tatsächlich meist nur die Unterstützung der Männer durch die Frauen, aber sehr selten das Gegenstück beinhaltet.

Der niedrige Organisierungsgrad von Frauen sei zwar mittlerweile durchaus Thema, aber die Ursachen werden vorwiegend bei den Frauen selbst gesucht, während gleichzeitig so „einfache" Fragen wie Kinderbetreuung auf Seminaren Streitpunkte sind oder einfach „vergessen" werden.

„*Solange Frauenprobleme als Frauenprobleme und nicht als Gewerkschaftsprobleme betrachtet werden, wird der Blick weiterhin auf die Frauen gerichtet und nicht auf die Strukturen der Gewerkschaften und die Männer darin als Teil des Problems.*" (S. 113).
wird der Blick weiterhin auf die Frauen gerichtet und nicht auf die Strukturen der Gewerkschaften und die Männer darin als Teil des Problems." (S. 113).
Solange sich die Gewerkschaften nur auf den Produktionsbereich beziehen und das Privatleben übergangen wird, ist nicht nur die Mitarbeit von Frauen in den Gewerkschaften durch ihre Doppelbelastung erschwert, sondern es wird auch die Wechselwirkung von Unterdrückung in den Betrieben und Festschreibung der Hausarbeit auf die Frauen unterschätzt. Daraus ergibt sich die Frage: „*Betrachten wir Frauen als Menschen, die im Prinzip dieselben Interessen auf dem Arbeitsmarkt haben, wie die Männer sie haben? Oder sind wir der Meinung, daß Frauen im Prinzip andere Interessen haben als die Männer, daß sie ihre Arbeit unter anderen Bedingungen leisten, und müssen wir deshalb in den Gewerkschaften an anderen Regeln für Frauen arbeiten?!!*" (S. 115).

Ersteres ändert nichts an der enormen Arbeitsbelastung, letzteres schwächt die Position auf dem Arbeitsmarkt. An zwei Beispielen zeigt A. Meulenbelt mögliche Lösungen: „*Wenn wir Teilzeitarbeitsplätze fordern, weil wir sonst überlastet sind, während die Männer weiterhin ganztags arbeiten und daher immer einen Grund haben, ihren Anteil an der Hausarbeit und der Kinderversorgung auf uns abzuwälzen, werden wir die Verlierer bleiben. Deshalb müssen wir darauf hinarbeiten, daß M ä n n e r Teilzeitarbeitsplätze fordern... wir müssen nicht unseren ‚Schutz' gegen Nachtarbeit im Namen von Emanzipation und Gleichheit aufgeben, sondern die Männer müssen fordern, daß sie den gleichen Schutz gegen unmenschliche Arbeitsbedingungen erhalten wie wir.*" (S. 116).

Desweiteren beschreibt A. Meulenbelt die Schwierigkeit, „feministische Organisationsformen" (Gesprächsgruppen, kleine Arbeitsgruppen) in den Gewerkschaften anzubringen, Forderungen, die über die rein ökonomische Ebene hinausgehen, einigermaßen unbeschadet durch die Antragsmaschinerie zu retten, gleichzeitig Frauen- und Fachgruppenarbeit machen zu müssen, um nicht ins Abseits gedrängt zu werden. Als letzten Punkt setzt sie sich mit der mehr oder weniger offenen Frauenfeindlichkeit auseinander, die auch in der Gewerkschaft noch lange nicht ausgerottet ist und unterstützt werde von einer Arbeiterkultur, die als Ideal immer noch den starken, markigen Muskelmann verherrlicht.

Ihre Schlußfolgerungen aus den Darlegungen lauten: „*Dieselben Gründe, die es uns so schwer machen, in den Gewerkschaften zu arbeiten, sind genau die Gründe, zu bleiben. Wir können nicht weiterhin akzeptieren, daß Kindererziehung als ein Frauenproblem definiert wird. Wir können nicht zulassen, daß Männer für wöchentliche Arbeitszeitverkürzung kämpfen, während wir für tägliche Arbeitszeitverkürzung kämpfen... Wenn wir etwas an unserer Stellung verändern wollen, dann werden wir einen Fuß zwischen die Tür setzen müssen.*" (S. 130).

Diese kurze Darstellung eines Aufsatzes sollte ein wenig verdeutlichen, warum ich diesen Band für sehr disku-
Diese kurze Darstellung eines Aufsatzes sollte ein wenig verdeutlichen, warum ich diesen Band für sehr disku-
tierenswert halte. An vielen Stellen habe ich mich über A. Meulenbelts Positionen, Verallgemeinerungen, verkürzte Geschichtsauffassung geärgert, aber auf keiner Seite habe ich mich gelangweilt. Besonders interessant ist auch der 1975 verfaßte Artikel zur „Ökonomie der Reproduktionsarbeit", in dem verschiedene Ansätze der Erklärung der Hausarbeit sowie A. Meulenbelts eigene Ableitungen sehr übersichtlich und einleuchtend dargelegt werden... Abgesehen davon, daß — was bei A. Meulenbelt aber schlicht unvermeidlich ist — sie sich ein sehr vereinfachtes Weltbild von der Linken geschaffen hat: „*Soweit in linken Gruppen überhaupt über Frauen nachgedacht wird, gilt immer noch: Nur Frauen in Lohnabhängigkeit besitzen ein revolutionäres Potential, und die Ungleichheit von Männern und Frauen wird erst in der sozialistischen Gesellschaft vollständig aufgehoben werden können. Die Strategie für die Frauenemanzipation, sofern davon überhaupt die Rede ist, lautet dann auch meistens: Aufnahme von Frauen in die Produktion; Organisierung von Frauen in Zusammenhang mit ihrer Lohnabhängigkeit; nicht lohnabhängig arbeitende Frauen müssen weiterhin dem Klassenkampf auf andere Weise dienen, indem sie Streiks unterstützen usw.*" (S. 41).

Zur Auseinandersetzung reizt auch ein Text von 1978 zum Stand der Frauenbewegung. Im Titel klingt schon an, wo die Differenzen liegen: „*Die Insel der Separatistinnen oder der sichere Hafen der Linken: eine Navigationsfrage.*"

Falls ihr neugierig geworden seid: **Anja Meulenbelt, „Feminismus — Aufsätze zur Frauenbefreiung", Verlag Frauenoffensive, München 1982, 22,- DM.**

Do., Niederlande-Kommission

Neuer Personalausweis — Schlüssel zum Computerstaat?

Die Volkszählung ist vorläufig gekippt. Das ist ein schöner Erfolg der Boykottbewegung und eines gewachsenen öffentlichen Problembewußtseins in Sachen Datenschutz. Die Verdatung der Republik und der Ausbau eines auf Totalität ausgerichteten staatlichen Kontrollapparats sind davon allerdings noch nicht berührt. Ausgerechnet im Schatten der Proteste gegen die Volkszählung verabschiedete der Bundestag am 15.3.83 das neue Personalausweisgesetz, wonach ab 1.11.84 die maschinenlesbare Personalkarte bundesweit eingeführt werden soll. Die neue Personalkarte soll nun offenbar — ersatzweise für die von der öffentlichen Kritik abgelehnte Personenkennziffer (PKZ) — die Numerierung der West-Deutschen übernehmen: Als Universalschlüssel soll sie in Zukunft jederzeit und überall in der BRD in Sekundenschnelle den gesamten Datenbestand des inzwischen aufgebauten staatlichen Datenverbundnetzes aktivieren — von den kommunalen Einwohnerdatenbänken bis hin zu den Datensystemen der „Sicherheits- und Ordnungsbehörden". Diesen wird im neuen Personalausweisgesetz überdies ausdrücklich die Ermächtigung ausgesprochen, die Personalkarte zur automatischen Erschließung und Einrichtung von Dateien zu verwenden! Künftige Personalkarten-Kontrollen sollen ihrerseits zur Kontrolle automatisch gespeichert werden. Auf diese Weise können umfassende Bewegungsprofile von einzelnen und von Gruppen aufgezeichnet werden. Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte bedeutet also Einführung eines in der bisherigen Geschichte staatlicher Überwachung einzigartigen automatisierten und tendenziell totalen Massenkontrollmittels. Nicht umsonst frohlockte schon der ehemalige BKA-Präsident Horst Herold: „*Der neue Ausweis wird sich als Sesam-öffne-dich erweisen.*" Der Bevölkerung wird die neue Personalkarte als „Verwaltungsvereinfachung", „Entbürokratisierung", „bürgernahe Verwaltung" u.ä. und als „fälschungssicherer Personalausweis" angedient. Tatsächlich wird die neue Personalkarte für die Bevölkerung Erleichterungen im Umgang mit ‚den Behörden' bringen. Bei nicht wenigen wird auch das Argument verfangen, zukünftig vor Paßklau durch Terroristen sicher zu sein. Insofern kann die Einführung der Personalkarte durchaus mit breiterer Sympathie rechnen.

Umsomehr kommt es darauf an, das neu entstandene Datenschutzbewußtsein und den Schub der Volkszählungsboykottbewegung für eine Kampagne gegen die Einführung der Personalkarte und die weitere Einrichtung der Einwohnerbanken zu nutzen. In Frankreich wurde im Herbst '81 die Einführung einer maschinenlesbaren Personalkarte von der Nationalversammlung mit Hinweis auf die Erfahrungen mit dem Faschismus und denkbare ähnliche zukünftige Entwicklungen abgelehnt. Diese Argumentation gilt ja wohl nicht weniger für die BRD. Auch wenn das neue Personalausweisgesetz schon beschlossen ist, muß doch alle Kraft darauf verwendet werden, sein Inkrafttreten am 1.11.84 zu verhindern.

Im einzelnen heißt das:

— Weg mit dem Personalausweisgesetz; keine Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte
— Weg mit den Einwohnerdatenbanken; Datenschutzgesetze statt Meldegesetze
— Unterbindung des direkten Daten-Verbunds zwischen Polizei- und anderen Behörden, insbesondere im kommunalen Bereich

* * *

* * *

Im Folgenden dokumentieren wir ein — jetzt in einem internen Volkszählungsboykottinfo bekanntgewordenes — Papier eines Mitarbeiters (Name ist der Redaktion bekannt) aus dem behördlichen Projektvorbereitungskreis zur Personalkarte, mit dem dieser bereits im Dezember 1979 an die DVD (Deutsche Vereinigung zum Datenschutz) appellierte, sich beim DGB und bei den Parteien für eine Öffentlichkeitskampagne gegen die neue Personalkarte einzusetzen. Das hat derzeit offenbar wenig Gehör gefunden. Die Vorbereitungen der Behörden konnten bis zur Verabschiedung des neuen Personalausweisgesetzes weitgehend unbeachtet von der Öffentlichkeit durchgeführt werden. Nichtsdestoweniger ist das Papier auch für die jetzt anstehenden Aktivitäten (leider) noch aktuell, manches hat sich noch verschärft. Siehe dazu die Anmerkungen im Anschluß an das Papier.

0. Vorbemerkung

0.1 Zur Funktion der Sprache

(1) Ich vermeide den unpersönlichen Behördenjargon, der mit seinem subjektlosen Passiv-Stil die Sach-Autorität des Sachzwangs vortäuscht: „Die mit der maschinellen Lesbarkeit verbundenen Gefahren für die Privatspäre des Bürgers (werden durch) strenge datenschutzrechtliche Bestimmungen ... zumindest in Grenzen gehalten" (Bericht der Abgeordneten .. BT-Drs. 8/3498).

Stattdessen verwende ich für unsere Behauptungen die Wir-Form. Damit schaffe ich bewußt ein Gegengewicht zu der betulichen Ich-Form der Bundes- und Länderdatenschutzbeauftragten. Vor allem drücke ich damit aus, daß wir, die NET GmbH, die Verantwortung für diesen Text und seine Argumente übernehmen.

(2) Auch sonst vermeide ich die Passiv-Form und zwinge mich dazu, auch sprachlich das handelnde und dafür verantwortliche Subjekt zu benennen: Statt „Der Personalausweis wird eingeführt" „Der Bundesminister des Innern führt ein".

(3)Im übrigen verschmähe ich nicht unterschwellige Denunziationen; statt „PA" (Personalausweis) spreche ich von der assoziationshaltigen „PK" (Personalkarte); üblicherweise Abkürzung für Personalkennzeichen; hier „PKZ").

Wir können überlegen, ob wir diese entlarvende Sprachverwendung nicht explizit machen sollten.

0.2 Gliederung

1. Das PK-Problem
2. Ist-Zustand
2.1 Plastikkarte
2.2 Ausweisleser
2.3 POLIS
2.4 Melderegister
3. Würdigung
3.1 für den Sicherheitsbereich
3.2 für Staat und Wirtschaft und sonstige
4. Vorkehrungen gegen die Gefahren
4.1 Die einzelnen gesetzlichen Maßnahmen
4.2 Deren Vergeblichkeit
4.3 Resultat
5. Auswege und Alternativen

These

Die bereits für Herbst 1981 vorgesehene Einführung eines „fälschungssicheren und maschinell lesbaren Personalausweises" (PA; im folgenden kurz Personalkarte (PK) genannt) wird ihr angebliches Ziel nicht erreichen, die PK fälschungssicher zu machen.

Stattdessen entsteht in der BRD als dem ersten/zuletzt zivilisierten Staat der Welt ***das erste technische Massenkontrollmittel der Neuzeit.*** *Es ist allenfalls vergleichbar den Kastenzeichen des alten Indien oder dem deutlich sichtbar zu tragenden Judenstern, um zwei vortechnische Gruppenkennzeichen zu erwähnen.*

1.2 Erläuterung:

Für sich betrachtet ist die PK sozial unschädlich, da für den Bürger bequemer und für die Sicherheitsbehörden vorteilhafter als der bisherige PA in Heftform: die PK ist klein und handlich, darum leicht mitzuführen und obendrein schwieriger zu fälschen oder zu verfälschen.

Aber die Bürger dürfen die PK ebenso wenig isoliert sehen, wie dies die einführenden Polizeibehörden tun: Für sie ist die PK nur ein unselbständiger Bestandteil eines komplizierten Überwachungsapparats, bei dem erst das Zusammenwirken seiner Teile die gewünschte Voraussetzungen für das Handeln von Sicherheitsorganen hervorbringen.

Darum muß auch jeder, der sich eine Meinung über die möglichen Gefahren einer PK bilden will, auch die anderen zugehörigen Teile des Sicherheitsapparates kennen.

Er muß also fünferlei kennen:
1. die Personalkarte
2. den PK-Leser
3. die zugehörigen anderen Teile des polizeilichen Systems
4. die Wechselwirkung zwischen 1., 2. und 3.
5. die Auswirkungen auf den Menschen in seinem sozialen und privaten Verhalten.



HR-Zeichnung: Dieter Klama

Ist-Zustand

2.1 Die Personalkarte

Die PK besteht aus dreierlei:
1. eine sichtbare Plastikkarte, also derjenige Teil, den man sehen und greifen kann;
2. dazu aber auch die rechtlichen Regeln, die seine Verwendung normieren: sie sind im Personalausweisgesetz und in anderen juristischen Bestimmungen enthalten;
3. der unsichtbare Inhalt der Personalkarte.

(1) Die Plastikkarte, also der sichtbare Teil, enthält folgende Informationen:

1. Name/Geburtsname,
2. Vornamen,
3. Ordens- / Künstlername,
4. Geburtsdatum,
5. Geburtsort,
6. Geschlecht,
7. Größe und Farbe der Augen, unveränderliche Kennzeichen,
8. Wohnort und Wohnung,
9. Staatsangehörigkeit; ferner
10. die Seriennummer,
11. das Lichtbild,
12. die Unterschrift.

Verschlüsselte, d.h. für den Inhaber unleserliche oder unsichtbare Informationen über den Inhaber enthält die PK ebenso wenig wie „Säuferbalken", Fingerabdrücke u.ä..

Gegen Fälschung und (Teil-)Verfälschung sollen Wasserzeichenpapier und ein spezielles Herstellungsverfahren schützen: Allein die Bundesdruckerei (die auch die Banknoten herstellt) darf den ausgefüllten Ausweis in eine spezielle Plastikfolie einschweißen, die bei jedem Änderungsversuch irreparabel zerbricht.

(2) Im ... (unleserlich im Original — Anm. AK) ***Personalausweisgesetz*** *von*
zerbricht.

(2) Im ... (unleserlich im Original — Anm. AK) ***Personalausweisgesetz*** *von 1980 und seiner kommenden Neufassung muß jeder entweder den (unhandlichen) Pass oder die PK mit sich führen, um sich bei Polizei- und Grenzkontrollen ausweisen zu können; sonst drohen Bußgeld und/oder Feststellung der Personalien auf dem Revier, gelegentlich nach Ortssitte sogar „erkennungsdienstliche Behandlung" (Abnahme von Fingerabdrücken, Schrift- oder Stimmproben, Eingabe dieser Daten in einen Polizeicomputer).*

Auch andere Behörden können das Vorzeigen der PK verlangen. Auch selbst im kommerziellen Bereich sieht das Personalausweisgesetz die Verwendung als Ausweispapier und zur Legitimation ausdrücklich vor, also z.B. bei Banken, Versicherungen oder beim Arbeitgeber.

(3) Unsichtbare Eintragungen: Ursprünglich sollte die neue PK bei bestimmten Personen auch einen Grenzsperrvermerk enthalten, der die Grenzbehörden darauf hinwies, daß der PK-Inhaber das Gebiet der BRD nicht verlassen dürfe. — Da die PK aber im gesamten staatlichen und wirtschaftlichen Bereich verwendet werden sollte, wäre ein solcher Vermerk für den Inhaber fatal, da sie ihn für weite Kreise diffamiert hätte. Darum fand man folgende „datenschutzfreundliche" Regelung: der Sperrvermerk wird dem Betroffenen förmlich mitgeteilt, er kann ihn im verwaltungsgerichtlichen Verfahren anfechten und er wird nur den Grenzbehörden zur Kenntnis gegeben. (Da der Ausweis maschinenlesbar bleiben soll, werden die Grenzbehörden nicht in Handbüchern nachschlagen wie bisher, sondern beim maschinellen Ablesen des Ausweises einen elektronischen Hinweis auf die Sperre erhalten, was voraussetzt, daß alle grenzgesperrten Personen in einer Fahndungsdatei zusammengeführt sind, die bei jedem Kontrollierten abgefragt wird).

Der Dateiinhalt wird also insoweit „unsichtbarer Inhalt" der PK — er wirkt genauso, wie wenn die Grenzbehörden ihn maschinell vom Ausweis abläsen.

2.2 Der Ausweisleser

Kernstück ist also der „Ausweisleser" (= AL). Das ist ein kleines Kästchen mit Übertragungsvorrichtung (eine Art „Wanze"), das die PK-Daten des Inhabers vom Ausweis in Sekundenbruchteilen abliest, speichert und per Funk oder Draht überträgt.

Wohin der AL die Daten überträgt, kann der Bürger nicht sehen; selbst der kontrollierende Polizist braucht es nicht zu wissen: Dieser erhält nur eine verschlüsselte Antwort vom Empfänger, die etwa heißen kann:
„Festnehmen!"
„Unauffällig genau kontrollieren und die Daten durchgeben"
„Bei der nächsten Polizeidatenbank Genaueres nachfragen"
„Über den Inhaber sind keine besonderen Daten gespeichert; passieren lassen!"

Diese Antworten können im ganzen Bundesgebiet binnen ca. 3 Sekunden empfangen werden.

Der AL verbindet also den in der PK verdateten Bürger auf maschinellem Wege (d.h. praktisch fehler- und verzögerungsfrei) mit den Computern der polizeilichen Informationssysteme, die
1. diese Anfragen aufbewahren („speichern")
2. und mit Anweisungen an den Kontrolleur beantworten, wie dieser sich zu verhalten habe, ohne daß dieser die Richtigkeit der Angaben überprüfen kann.

Wichtig ist besonders die „Negativabfrage": Aus „Sicherungsgründen" wird auch Anlaß, Ort und Zeit der Anfrage abgespeichert, wenn der Polizeicomputer „Keine besonderen Angaben" antwortet.

BILD-Kommentar

Ein Stück Demokratie

Das Karlsruher Urteil ist keine Blamage für die neue Regierung. Sie hat sich zwar für die Volkszählung eingesetzt, aber verfassungsrechtlich haben die früheren SPD-Justizminister Vogel und Schmude ihren Segen gegeben.

Der ganze Vorgang ist ein Musterbeispiel für angewandte Demokratie: Bürger, die Bedenken gegen eine staatliche Entscheidung hatten, riefen nicht zum „Widerstand" auf, sondern gingen vor Gericht. Das ist rechtsstaatlich.

Sollte das Verfassungsgericht im Herbst der Volkszählung zustimmen, werden alle Bürger wissen, daß die Zählung verfassungsgemäß ist. Sabotage wäre unrecht.

aus: Bild, 14.4.83

2.3 POLIS

Da die PK durch AL mit den Polizeicomputern verbunden ist, muß der Kontrollierte auch über diese einiges wissen, um die Lage einigermaßen beurteilen zu können.

Hier nur soviel (für näheres vgl. NET xy): Der AL kann mit drei Polizeicomputern verbunden sein (wobei „Polizeicomputer" eine ungenaue Bezeichnung ist; richtiger muß es heißen „Polizeiliches Informationssystem" = POLIS):
1. mit dem des BKA (= Bundeskriminalamt) in Wiesbaden (davon berichtete der berühmte Dateienbericht des Bundesinnenministeriums)
2. mit den elf der LKÄ (= Landeskriminalämter) der elf Bundesländer (sie führen verschiedene Bezeichnungen, z.B. HE(ssisches) POLIS)
3. mit dem gemeinsamen Verbundsystem von BKA/LKÄ namens INPOL (= Informationssystem der Polizei).

Jedes dieser dreizehn POLIS' ist in Wirklichkeit ein kompliziertes Computersystem, das auf verschiedenen Wegen mit anderen Computersystemen in Verbindung steht; jedes ist außerdem — in verschiedenem Umfang — ausgestattet mit zahlreichen Übertragungseinrichtungen für Daten, Bilder, Ton — entspricht also in etwa einem kombinierten Telefon-, Fernseh- und Computernetz; dazu kommen zahlreiche weitere Zusatzgeräte, die die gesammelten Informationen erfassen, ins System eingeben, dort aufbewahren und wieder an Polizisten usw. ausgeben; z.B. angeschlossene Fernschreiber, Bildschirme, neuerdings auch tragbare Endgeräte für Funkstreifen und für Beamte zu Fuß.
(siehe Anmerkung 1)

Der Ausweisleser ist so in Verbindung mit den dreizehn POLIS ein ***praktisch fehlerloses Mittel für relativ unauffällige Massenkontrolle,*** *wobei obendrein für den kontrollierten Bürger unsichtbar ist:*
— w a s in den dreizehn POLIS über ihn enthalten ist
— (und w i e der Beamte mit diesem Wissen ihn behandeln wird)
— was durch diese Kontrolle gerade ü b e r i h n gespeichert wird
— (denn auch Tatsache, Ort und Zeit einer solchen Kontrolle werden zur Kontrolle der Kontrolle gespeichert, was in Verbindung mit anderen derartigen Speicherungen ein „Bild" über die aufeinanderfolgenden Grenzkontrollen, Flüge, demnächst

Kampf dem Faschismus

Bahnreisen usw. ergibt; und zwar auch dann, wenn über den Bürger nichts nachteiliges gespeichert war: „Negativauskunft").

2.4 Meldewesen

Zwar ist in den POLIS (nach einer Schätzung des „Spiegel") nur jeder fünfte erwachsene Bundesbürger enthalten; das reicht jedoch nach Meinung unserer Sicherheitsbehörden nicht aus, obwohl zusätzlich eingefahrene Computerverbindungen mit dem Informationssystem des Kraftfahrzeugbundesamts und (bisher) mit NADIS, dem riesigen gemeinsamen Informationssystem der drei BRD-Geheimdienste, bestehen, daneben zahlreiche andere Datenlieferungen aus öffentlichen und privaten Quellen.

Darum haben die meisten Länderpolizeien seit geraumer Zeit eine gut funktionierende Querverbindung zu den **„Melderegistern"** *der Meldebehörden hergestellt. Sie ist deswegen für Sicherheitszwecke so wertvoll, weil sie Daten über alle Einwohner und Gäste der Bundesrepublik, also über 100% aller Bundesbürger, mit dem jeweiligen Aufenthaltsort enthalten.*

Dazu muß man wissen, daß die Innenministerien einiger Länder die Melderegister zu regelrechten **Einwohnerdatenbanken** *erweitert haben; etwa im EWOIS (=Einwohnerinformationssystem) von Rheinland-Pfalz, oder in Bayern, wo der sogenannte „Einwohnerdatensatz" (=die pro Einwohner vorrätigen Daten) mehr als tausend Felder (=Eintragungsmöglichkeiten) umfassen, die über — ebenfalls gespeicherte — Aktenzeichen u.ä. weitere Datenbestände anderer Behörden erschließen.*

Außerdem haben zahlreiche Bundesländer die **Meldestellen** *gleich bei der Polizei eingerichtet, die auf diesem Wege mehr oder minder legal über die gesamten Einwohnerdatenbestände verfügt.*

Künftig sollen sogar diese „Melderegister' samt den Erweiterungen der Länder **bundeseinheitlich** *und rund um die Uhr so abgespeichert werden, daß die Sicherheitsbehörden (Polizei und Nachrichtendienste) ohne weitere Prüfung von jeder Stelle des Bundesgebietes aus einzelne oder alle Daten (einschließlich Aktenzeichen) dieser* **„verteilten Einwohnerdatenbank"** *abrufen können. — Diese interessanten neuen Möglichkeiten ergeben sich aus dem Bundesmelderechtsrahmengesetzentwurf des Bundesinnenministers, der in der nächsten Legislaturperiode den Bundestag passieren soll.*
(siehe Anmerkung 2)

3. Würdigung

3. Würdigung

(1) Positive Auswirkung der Fälschungssicherheit:
Kein Zweifel — zwar ist die neue PK nicht so fälschungssicher wie sie ausgegeben wird (man muß sich nur das Wasserzeichenpapier besorgen; Schweißautomaten für echtaussehende Falsifikate gibt es voraussichtlich genug); aber man wird mit Sicherheit die „Kontrolldichte" an den Grenzübergangsstellen oder bei Autokontrollen im Lande auf hundert Prozent steigern können, zahlreiche Klein- und einige mittlere Kriminalität aufdecken und besonders PKW-Diebstähle riskanter werden lassen.

Zur unmittelbaren Terrorismusbekämpfung dürfte das neue Instrumentarium ebenso wenig geeignet sein wie die Ausweiskontrollen bisher — da unsere Sicherheitsbehörden auf diesem Wege unseres Wissens erfolglos waren, werden sie auch künftig nur feststellen, daß der Kontrollierte k e i n Terrorist ist; sie werden dies nur wesentlich schneller und mit maschineller Präzision wissen (falls die POLIS-Dateien stimmen).

(2) Gruppenüberwachung durch Maschinenlesbarkeit:
Wichtiger sind andere unmittelbare Auswirkungen im Sicherheitsbereich. Nicht nur wird die „beobachtende Fahndung" (das ist die berüchtigte „Befa") sozusagen narren-, d.h. maschinensicher und mit wesentlich geringerem Aufwand auch massenweise durchführbar:

Der mögliche Umfang von zu beobachtenden Personengruppen wird bei gleichem Personal- und sinkendem Finanzbedarf erheblich größer, da die funktionelle Kontrolleinheit aus PK, AL und INPOL/POLIS-Inhalten es gestattet, ohne Zeitverlust Personengruppen beliebiger Zusammensetzung und Größe a l s s o l c h e zu überwachen: Zusammensetzung und Größe der kontrollierten Gruppe steuert die Polizei selbst, durch Aufbau entsprechender INPOL-Dateien; die Kontrollintensität ergibt sich aus der personellen und technischen Ausstattung (9000 AL sollen an die Polizei und andere berechtigte Dienststellen gehen!) im Verein mit den geschaffenen oder noch zu schaffenden juristischen Kompetenzen (nunmehr bundesweit führend: Bayern mit seinem neuen Meldegesetz).

(3) Mobilitätsüberwachung nach Ort und Zeit:
Der Haupteffekt dürfte aber in einem anderen Umstand bestehen: Der AL (dessen Einführung nach herrschender Rechtsauffassung keiner gesetzlichen Grundlage bedarf; lediglich im betrieblichen Bereich ist er — nach bestrittener Auffassung — mitbestimmungspflichtig, während die „normale" Bevölkerung (wie auch das Parlament) kein Mitbestimmungsrecht hat) ist die erste Massenkontrolltechnologie, die ein zivilisiertes Land in West oder Ost einführt.

Sie erst macht die PK — im Verein mit den unsichtbaren Daten aus den POLIS' — zu einem gefährlichen, weil unauffällig und massenhaft verwendbaren, Instrument in der Hand der Sicherheitsbehörden.

Fortan wird die Kontrolle an den Grenzen und im Inland bequemer und ebenso dicht sein wie bei den Oststaaten; Versammlungen und Demonstrationen können ebenso zu 100% kon-
ten; Versammlungen und Demonstrationen können ebenso zu 100% kon-
trolliert werden wie Stadtteile oder Straßenverbindungen; desgleichen Teilnahme an „polizeilichen Großlagen" (offizieller INPOL-Sprachgebrauch) wie etwa der Brokdorf-„Entsorgung", oder ähnliches.

All das wäre nicht so schlimm, selbst der Einschüchterungseffekt durch Aufklärung der Bürger überwindbar; aber all diese Kontrollen werden normalerweise ihrerseits gespeichert, mit Ort, Zeit und Anlaß und können gegebenenfalls später, unter Umständen nach Jahrzehnten, dem vergeßlichen Bürger — etwa bei „Anhörungen" — entgegengehalten werden.

Mit anderen Worten, es entstehen

Erklärung der Hamburger Boykott-Initiativen

Personalausweis und Personalinformationssysteme

Die Durchführung der Volkszählung ist vorläufig verhindert!
Das Bundesverfassungsgericht mußte dem Druck der Öffentlichkeit nachgeben. Diese Entscheidung ist für die Regierenden dieses Landes die einzige Möglichkeit, das Gesicht zu wahren. Hätte die Entscheidung anders ausgesehen, wäre der Griff nach unseren Daten ein finanzielles und politisches Desaster des Staates geworden.

Längst sehen wir die Volkszählung im Zusammenhang mit der Einführung des computerlesbaren Personalausweises, der Verkabelung der Bundesrepublik und von Personalinformationssystemen in den Betrieben.

WIR WEHREN UNS GEGEN
- einen Personalausweis, der es dem Staat ermöglicht, uns ständig zu überwachen und zu kontrollieren;
- eine Verkabelung, mit der wir bis ins Wohnzimmer hinein überwacht werden;
- Personalinformationssysteme, die Arbeitsplätze wegrationalisieren und die Arbeit immer unmenschlicher machen.

In diesem Sinne begreifen wir, die Initiativen gegen die Volkszählung, uns auch als
INITIATIVEN GEGEN ÜBERWACHUNG UND COMPUTERSTAAT
und werden unsere Arbeit fortsetzen!
Dank des höchstrichterlichen Urteilsspruchs brauchen wir dringend Spenden für Mottenkugeln, um unsere nicht verkauften Materialien einzulagern: Spendenkonto Hamburger Sparkasse, R. Schulz, Kto. 1105/778813, Verwendungszweck: Volkszählung.

aus: taz, 25.4.83

Mobilitäts- und Verhaltensprofile, die weitgehende Rückschlüsse auf die Person, ihrer sozialen und politischen Verhaltensweisen, ihr örtliches und zeitliches Verhalten etc. gestatten und zwar ohne Möglichkeit der Gegenwehr des Bürgers (vgl. NET Nr. fg zu den Bürgerrechten im Datenbereich).

Die letzte Konsequenz ist die weiter abnehmende Bereitschaft des Bürgers zur Wahrnehmung seiner verfassungsmäßigen Rechte.

(4) Die PK als PKZ:
Eine weittragende Nebenwirkung ergibt sich aus dem Inhalt der PK: Da er maschinenlesbar ist und „zufällig" mit den Suchkriterien übereinstimmt, mit denen 'Informationssysteme anderer Verwaltungsbehörden arbeiten, können die Sicherheitsbehörden mit den Angaben auf der PK leichter die Datenbestände anderer Behörden erschließen oder neue Dateien aufbauen, da dies mit maschineller Genauigkeit geschieht — wo die technischen Vorkehrungen hierzu getroffen sind. „Mit Hand" wäre dies nicht möglich, da wegen der menschlichen Fehler binnen kurzem das System zusammenbrechen würde.

Das gleiche geht übrigens noch einfacher mit den Daten der Einwohnerdatenbank „Melderegister".

Mit anderen Worten: Die PK wird zum berüchtigten PKZ (=Personenkennzeichen).

PK als PKZ für sonstige Behörden und für Wirtschaftsunternehmen

Bisher war es so, daß der Aufwand zur Durchnummerierung aller Personen der BRD von keiner Einzelbehörde und erst recht keinem Einzelunternehmen allein erbracht werden konnte: Nur wenn bundesweit durch eine aufwendige Organisation garantiert war, daß keine zwei Personen das gleiche Kennzeichen erhielten, war der Genauigkeitsgrad erreicht, den Computersysteme benötigen.

Diese immense Mühe und diese gewaltige Investition nimmt nunmehr das Bundesinnenministerium im Verein mit den seit 1969 laufenden Planungen der Länderinnenministerien durch Einführung der PK den Technikern und Unternehmern ab.

Damit wird die PK auch sonst in Staat und Wirtschaft zum „Schlüssel zum Computer".

Sie wirkt also nicht nur als persönlicher Ausweis und, weil (ziemlich) fälschungssicher, als „Identifikator", sondern, weil maschinenlesbar, als PKZ mit all seinen Möglichkeiten:
— das PKZ hilft den Verwaltungen von Behörden und Unternehmen,
PKZ mit all seinen Möglichkeiten:
— das PKZ hilft den Verwaltungen von Behörden und Unternehmen,
ihre vorhandenen Dateien einheitlich so zu kennzeichnen, daß stets erkennbar ist, auf welche Person im Bundesgebiet sie sich beziehen;
— das PKZ erlaubt es, getrennte Dateien und Datenbanken unter einer „Adresse" zusammenzuführen, nämlich eben diesem PKZ;
— das PKZ ermöglicht es, neue Dateien aus dem PK-Inhalt aufzubauen und diese ganz oder in Teilen mit anderen Dateien zu verbinden;
— das PKZ hilft sogar (Passage im Original nicht leserlich — Anm. AK) *im Datenbereich aufzuheben: Mit seiner Hilfe kann nun jedes personenbezogene Datum, gleich ob im staatlichen oder wirtschaftlichen Bereich, daraufhin befragt werden, auf welche Personen es sich bezieht, wenn es nur mit den PK-Inhalten verbunden ist und im Wege des Datenaustausches zwischen Staat und Wirtschaft (oder umgekehrt) transferiert werden.*

Mit anderen Worten: Behörden, Banken, Versicherungen, Wirtschaftsunternehmen werden in Zukunft die Vorlage der Personalkarte verlangen und per Ausweisleser die Inhalte abspeichern: Nach Angabe des AL-Herstellers sollen 80.000 Stück verkauft werden. Staatliche Behörden und Wirtschaftsunternehmen können dann den maschinell gelesenen Ausweisinhalt mit anderen Dateien zusammenführen, ihre Akten durchnumerieren, die Konten irrtumsfrei kennzeichnen (die Scheckkarte und Clubkarten können entfallen); in gewissem Sinn entsteht damit aus allen Datenbanken und Dateien, Karteien und Aktenbeständen des Bundesgebietes eine einzige für den Zugriff vereinheitlichte und vereinfachte Datenbank quer durch Staat und Wirtschaft.

(es folgt im Original handschriftlich:)
4. Vorkehrungen gegen Gefahren —vgl. anliegendes Papier—

5. Alternativen und Auswege — oder Begründung warum in diesem Kontext keine möglich sind.
— weiß ich keine, außer die Maschinenlesbarkeit = den AL zu verbieten. Aber es gibt keine Lobby zur Durchsetzung.

(es folgt die Unterschrift)

Anmerkung 1: DISPOL und CEBI

Die Übertragungs-, Datenverkehrs- und Anwendungssysteme wurden seit 1979 erheblich weiter ausgebaut: So verfügt die Polizei seit Mitte '82 über DISPOL (digitales Sondernetz für die polizeiliche Datenübertragung), das die automatische und computergesteuerte Direktverbindung zwischen den polizeilichen Informationssystemen einerseits und dem öffentlichen Kommunikationsnetz andererseits herstellt (über Leitungen der Post neben eigenen Direktleitungen). Neben anderen Verbindungen ist über DISPOL vor allem auch die Direkt-Koppelung zu den Gemeindeverwaltungen dabei als Dauereinrichtung installiert worden, bzw. als jederzeit aktivierbare automatische Leitung (siehe dazu: ÖDV/online, 7/82, Fernschreib- und Datenverkehr im integrierten Sondernetz).

Weiter wurde das System CEBI entwickelt (Computerunterstützung in Einsatzzentralen der Polizei), ein Einsatzbezogenes automatisches Auswertungs-, Observations- und Einsatzsteuerungsprogramm, das insbesondere auf die konkrete Verarbeitung allgemein verfügbarer Daten auf den bestimmten Einsatzpunkt hin konstruiert ist. Seine Erfinder loben vor allem die Zugriffsmöglichkeiten auf die örtlichen und überörtlichen Dateien. *„Im Rahmen des CEBI-Systems können sich Einsatzbearbeiter jederzeit zusätzliche Informationen aus internen und externen Datenbeständen auf dem Auskunftsschirm ihres Leitstands anzeigen lassen..."* (ÖDV/online, 11/80, Computerunterstützung in Einsatzzentralen der Polizei).



In der Praxis bedeutet das: Zwischen
In der Praxis bedeutet das: Zwischen kommunalen Datenzentren und den Informationssystemen der „Ordnungsbehörden" — Polizei und andere — besteht über DISPOL und CEBI neben den schon lange ausgebauten vertikalen Kanal über LKÄs und BKA etc. in zunehmendem Maße auch eine unmittelbare horizontale Direkt-Schaltung, computerisch gesprochen: „online", die alle vor Ort relevanten Informationssysteme nach oben und zur Seite kurz schließt.

Anmerkung 2: Datenstammsätze, AIDA, „online" zwischen Verwaltung und Polizei

Das Melderechtsrahmengesetz (MRRG) ist seit 1980 verabschiedet, ebenso bis auf West-Berlin, Niedersachsen und Bayern die entsprechenden Meldegesetze der Länder. Darin bestätigen sich die befürchteten Entwicklungen, vor allem bezüglich der entsprechenden Länderverfassungen der neuen Meldegesetze. Ich beschränke mich auf die zwei wichtigsten Punkte:

1. Zwar werden die Einrichtungen von Einwohnerdatenbanken im MRRG und den meisten Ländergesetzen nicht ausdrücklich gesetzlich verankert, aber sie werden auch nicht ausdrücklich ausgeschlossen. Sie werden vielmehr in der Regel nicht erwähnt — derweil aber in der Praxis der Länder betrieben. Schon seit Ende 82 ist ein entsprechendes Gemeinschaftsprojekt der Länder-Innenminister „Forschung- und Entwicklungsgemeinschaft im Einwohnerwesen" für seine Betreiber positiv abgeschlossen worden. Danach gelten die informationstechnologischen und strukturellen Probleme für den Betrieb eines länderübergreifenden Informations-Verbund-Systems aller staatlichen Behörden einschließlich der „Ordnungs-" und „Sicherheitsbehörden" als gelöst und geht es nunmehr um dessen praktische Durchsetzung. In Zukunft soll das Ergebnis dieses — auch bereits praktisch erprobten — Projekts die zentrale Verfügbarkeit der vom Staat begehrten Daten nicht mehr — wie in der ersten Phase der Automatisierung des Verwaltungswesens seit ca. 67/68 bis 79 — aus der bloßen Zentralisierung in über 70 kommunalen Datenzentren oder der Mammut-Speicherung in überdimensionalen Groß-Computeranlagen erfolgen, sondern aus der Zentralisierung einfacher Leit-Daten auf der einen bei gleichzeitiger Dezentralisierung von Teil-, Sonder-, Kommunal- und Archiv-Datensystemen auf der andern. Das bedeutet: Höchste Vereinfachung des zentralen Zugriffs auf der einen bei gleichzeitiger Differenzierungsmöglichkeit, d.h. auch wachsender Realitätsnähe auf der anderen.

Folgerichtig wird die bisher beklagte notwendige „Stapelverarbeitung" bei Erfassung und Auswertung, d.h. nachträgliche Bearbeitung bereits gesammelter Daten, zunehmend abgelöst durch sog. „Echtzeit-Verarbeitung", d.h. den unmittelbaren „Dialog" zwischen Informationserfassung „vor Ort" und Informationsausgabe aus dem Gesamtsystem, sei es ebenfalls wieder vor Ort oder zentral. Über die Organisation des Verbund-Netzes mittels der allgemeinen Ordnungsmerkmale der Stammsatzdateien und dem AIDA-System seien die verschiedensten angeschlossenen Informations-Systeme außerdem nicht nur vertikal, sondern auch horizontal kommunikationsfähig — womit das aus Überzentralisierung resultierende Problem der Schwerfälligkeit, Überlastung usw. von Super-Dateien-Systemen nach Ansicht der Projektbetreiber vom Ansatz her als bewältigt angesehen werden könne. Über die AIDA sei außerdem eine Kompatibilität der Systeme und Computer-Generationen ohne Schwierigkeit möglich.

Die beabsichtigte Einführung der maschinenlesbaren Personalkarte beweist, daß Innenminister und Regierung den informationstechnologischen Stand des staatlichen Daten-Verbundsystems für ausreichend entwickelt halten und daß die Einwohnerdatenbänke und das ihnen angeschlossene System inzwischen ausreichend weit eingerichtet sein müssen — anderenfalls hätte die neue Personalkarte keinen Sinn. Vor dem angegebenen Hintergrund alldings kann sie die „Lücke" zwischen zentraler Informationsspeicherung und konkreter Erfassung gegen Null in Richtung absoluter Kontrollierbarkeit drücken — soweit es die legale und kontrollierbare Existenz von Menschen betrifft (ÖDV/online 8/82 und 9/82, Gemeinschaftsentwicklung im Einwohnerwesen — ein gelungener Versuch?; ÖDV/online 12/80, Datenverarbeitung auf der Ebene der Gemeinden, Kreise und Regionen).

und Regionen).

2. Das Melderechtsrahmengesetz sowie die entsprechenden Länderverfassungen schreiben darüberhinaus direkte Schaltungen, online-Verbindungen, zwischen dem allgemeinen Verwaltungs-Informations-System und dem Informations-System der „Ordnungs- und Sicherheitskräfte" ausdrücklich gesetzlich fest. So heißt es im MRRG § 18, Absatz 3: *„Wird die Meldebehörde von dem Bundesamt für Verfassungsschutz, dem Bundesnachrichtendienst, dem Militärischen Abschirmdienst, dem Bundeskriminalamt oder dem Generalbundesanwalt um Übermittlung von Daten oder Hinweisen nach Absatz 2 zur rechtmäßigen Erfüllung der in der Zuständigkeit dieser Behörden liegenden Aufgaben ersucht, so entfällt die Prüfung durch die Meldebehörde, ob die Voraussetzungen nach Absatz 2 und § 6* („Schutzwürdige Belange' — Anm. AK) *vorliegen".* Diese Bestimmungen *„gelten für die in den Ländern für Sicherheitsaufgaben, die Strafverfolgung, die Strafvollstreckung und den Strafvollzug zuständigen Behörden entsprechend"* (Bundesgesetzblatt Nr. 50).

Im niedersächsischen Entwurf werden die besonderen Einsichtsrechte der Polizei mit der Förderung begründet, daß die *„Verwaltungsbehörden der Gefahrenabwehr, zu denen die Meldebehörde zählt, sicherzustellen haben, daß die Aufgaben der Gefahrenabwehr auch außerhalb der Dienstzeit wahrgenommen werden können. Dies kann auch durch die Gewährung von online-Anschlüssen erfolgen"* (Entwurf Nieders.Meldegesetz, Landtagsdrucksache 10/140, S.53). Diese Forderung steht nur exemplarisch für die übrigen Ländermeldegesetze, die nur geringfügig davon abweichen. Kurzum: über kommunale Melderegister und maschinenlesbare Personalkarte ist die sicherheitspolizeiliche Erfassung jeder/s Einzelnen total.

Interessent/inn/en für diesen Themenbereich dringend gesucht! Chiffre: 1984 — F. — Antifa

Bullen prügeln für Kühnen

Fortsetzung von S. 1

Schon am Freitagabend waren an den vorher bekanntgegebenen Treffpunkten Hildesheim und Baden- Baden insgesamt drei Reisebusse uniformierter (!) Nazis und eine Reihe weiterer Privatwagen gesehen worden. Als Stützpunkt der Nazis wurde in Bad Bergzabern ein privater Campingplatz gewählt, der offenbar in der Vergangenheit auch schon dem Stahlhelm und der Wiking- Jugend als Übungsplatz gedient hatte. Von antifaschistischer Seite hattten VVN, DGB und 17 weitere Organisationen für Samstag, 12 Uhr nach Karlsruhe zu einer Demonstration aufgerufen, zu der gut 1500 Menschen erschienen. Die linkeren Kräfte hatten sich nach dieser Demonstration am Karlruher Bahnhof (ein von den Nazis angegebener Treffpunkt) versammelt, um über ihr weiteres Vorgehen zu beraten und schließlich mit etwa 200 Menschen an den Ort des Geschehens zu fahren.

(Stand 30.4.1983, 21 Uhr)

* * * *

Kühnens „Brauner Mai"

Ausgerechnet zum 1.Mai hatte Kühnen eine erste große öffentliche Aktion seines Vereins „Aktionsfront Nationaler Sozialisten/ Nationale Aktivisten" angekündigt. Mit dieser Aktion soll - so Kühnen - nach einer Phase der Sammlung zur Massenpolitik übergegangen werden. Mitte April waren die näheren Planungen bekannt geworden. Unter dem Deckmantel eines „Freundeskreises Deutsche Politik" lud ANS/NA zu einer Kundgebung am 30.4.1983 ein, die unter dem Titel „1.Mai 33- 1.Mai 83: 50 Jahre Sozialismus der Tat" angekündigt wurde und auf der u.a. eine „ANS- Betriebsorganisation" vorgestellt werden sollte. In bekannt konspirativer Art wurden für diese Kundgebung nur Anreise- Treffpunkte bekanntgegeben, sodaß erst wenige Tage vor dem 30.4. der genaue Treffpunkt bekannt wurde. Dennoch hatten verschiedene antifaschistische Initiativen und Gruppen teils zu einer Demonstration aufgerufen (VVN, DGB u.a.), teils mobilisierten sie zu flexiblen Aktionen gegen die Nazis.

Nach außen wurde die Veranstaltung der Nazis von einem bis dahin unbekannten „Freundeskreis Deutsche Politik" verantwortet. Die gesamte Mobilisierung der Nazis allerdings lief allein über die ANS und ihr Führungstriumvirat Kühnen, Marx und Brehl. Daß der „Freundskreis" lediglich ein en der vielen Tarnmäntel dieser Nazi- Bande darstellt, wird u.a. deutlich an dessen erstem Vorsitzenden , dem Altnazi und Ritterkreuzträger Otto Franz Riehs. Dieser kandidierte nicht nur schon 1968 bei den Frankfurter Kommunalwahlen für die NPD, sondern war in jüngster Vergangenheit auch Kontaktperson für Schönborns „NSDAP" („Nationalsozialistische Demokratische (!) Arbeiterpartei") sowie Mitglied der „Hilfsgemeinschaft Nationaler Gefangener" (HNG), der u.a. auch die Kühnen- Aktivisten Beyer und Koch angehören (gegen letzteren wird z.Zt. wegen des Verdachts auf Anstiftung zum Bankraub ermittelt). Riehs scheint geradezu ein Musterexemplar der Gattung „älterer Kameraden" zu sein, deren finanzieller Förderung Kühnen sich rühmt: Als selbständige Taxiunternehmer in Frankfurt (Frankenallee 40; geb.: 12.8.1921) könnte ja die eine oder andere Mark als Spende ihm nicht allzu schwer fallen...

Sind Kühnens Umtriebe nicht strafbar?

Der Polizeieinsatz gegen antifaschistische Demonstranten am30.4. steht in einer Linie mit dem bisherigen Vorgehen der zuständigen Behörden gegen Kühnens neue Bande. So ist z.B. nach Ansicht der Frankfurter Staatsanwaltschaft die zentrale Forderung der ANS/NA - die Aufhebung des NSDAP-Verbots - nicht strafbar. Ein entsprechendes Ermittlungsverfahren wurde eingestellt, ohne daß auch nur ein Gericht darüber entschieden hätte. Mit anderen Worten: Nach Ansicht der Frankfurter Staatsanwaltschaft ist es durch die freiheitlich- demokratische Grundordnung abgedeckt, für die Wiedereinführung des Faschismus zu werben. Ebenfalls eingestellt wurde in Hessen ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdacht der Bildung einer kriminellen Vereinigung". Angeblich - so die Staatsanwaltschaft - handele es sich bei der ANS „*nur um einen lockeren Zusammenschluß von Nationalsozialisten, die keinen Organiastionsplan haben und auch nicht arbeitsteilig arbeiten*". Es wird das Geheimnis des ermittelnden Staatsanwaltes bleiben, was er damit aussagen wollte. Immerhin gibt es mindestens fünf sogenannte „Kameradschaften", gibt es „Stützpunkte", ANS- Kader, ein „Korps der politischen Leiter" und eine Organisationsleitung. Die einzige Äußerung eines ANS/NA- Führers, die diesen „lockeren Zusammenhang" herausstellt, stammt von Thomas Brehl und datiert vom November 82; seitdem wird von der ANS/NA n i c h t s a n d e r e s propagiert als der Aufbau einer festen Organisation.

Überhaupt keinen Anlaß, ein Ermittlungsverfahren auch nur einzuleiten, sah die Staatsanwaltschaft in Köln, die für die Verfolgung den von der ANS/NA- Führern im Fernsehen geäußerten Propaganda zuständig wäre. Von staatlicher Seite ist unseres Wissens nur noch ein Verfahren gegen Kühnen beim Landgericht Braunschweig anhängig. Angesicht dieser Nicht- Verfolgungen, Einstellungsbescheiden und Persilscheinen für die Nazis ist es nichts als Hohn, wenn der zuständige hessische Innenminister Herbert Günther ankündigt, er werde „*alle Möglichkeiten zum Verbot der rechtsradikalen Aktionsfront Nationaler Sozialisten (ANS) im Rhein- Main- Gebiet prüfen*".

Antifa- Kommission Hamburg

Zur Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung

Im folgenden dokumentieren wir Teile der Presseerklärungen und Resolutionen, die zu den am 8.4.83 erfolgten bundesweiten Zellendurchsuchungen und Hausdurchsuchungen, erschienen sind.

Die in letzter Zeit stattfindenden Diskussionen über Zusammenlegungsforderungen waren offensichtlich Anlaß, nicht nur bei über 30 Gefangenen Zellenrazzien durchzuführen, sondern auch die Angehörigen und Freunde draußen, die oft der einzige Kontakt für die Gefangenen sind, massiv durch Hausdurchsuchungen und Ermittlungverfahren nach § 129a zu bedrohen.
anti rep g.

Presseerklärung — **Karlsruhe 22.4.83**

Seit dem 18.4.83 kämpft mein Mandant Bernd Rössner, Gefangener aus der Raf, mit einem Schmutzstreik für seine Verlegung in die bestehende Gruppe von Gefangenen aus der Raf in Celle.

Aus der Streikerklärung meines Mandanten:

Presseerklärung — **Karlsruhe 22.4.83**

Seit dem 18.4.83 kämpft mein Mandant Bernd Rössner, Gefangener aus der Raf, mit einem Schmutzstreik für seine Verlegung in die bestehende Gruppe von Gefangenen aus der Raf in Celle.

Aus der Streikerklärung meines Mandanten:

„ ... mein Schmutzstreik ist konkret so, daß ich:
- meine tägliche Notdurft nicht mehr in das Klosettbecken verrichte, sondern auf den Fußboden der Zelle;
- das wöchentliche zweimalige Duschen verweigere;
- ab sofort alle gerührten Speisen und alle Getränke aus dem Boiler des Essenswagens verweigere, zur Vermeidung von evt. beigemischter manipulativen Medikamenten;
- die Scheibe meines Zellenfensters rausschlagen werde, falls das Sicherheitsschloss im Fenster abgesperrt würde, die letzte Frischluft mit entzogen würde ..."

Bernd Rössner ist seit 8 Jahren isoliert.
Im Rahmen einer neuen Initiative für die Zusammenlegung der Gefangenen aus der Raf und dem Widerstand beantragte er als erster Gefangener am 8.2.83 beim Justizministerium Rheinland-Pfalz seine Verlegung in eine Gruppe von politischen Gefangenen.

Am 8.4.83 führte das BKA bundesweit eine Zellenrazzia bei über dreißig politischen Gefangenen durch, bei der Briefe zur Zusammenlegungsforderung beschlagnahmt wurden. Ziel der Razzien war, Initiativen, die die Veränderung der Isolationshaftbedingungen zum Inhalt haben, zu verhindern und schon die Auseinandersetzung darüber zu kriminalisieren.

Bereits am 21.2.83 wurde Bernd Rössner der Hofgang gestrichen; d.h. er ist seither 24 Stunden täglich isoliert auf der Zelle, ohne Bewegungsmöglichkeit und ohne frische Luft.

Am 29.3.83 wurde er — wie schon in der Presseerklärung vom 31.3.83 mitgeteilt — unter dem Vorwand, er habe gegen die Anstaltsordnung verstoßen, in der JVA Frankenthal von einem Rollkommando von 10 Beamten überwältigt, gefesselt und mit systematischen Schlägen schwer mißhandelt.

Die verantwortlichen Behörden erreichten ihr Ziel nicht:
Bernd Rössner brachte weiterhin seine Entschlossenheit zum Ausdruck, für seine Verlegung nach Celle zu kämpfen.

In einem Gespräch mit den Verteidigern von Bernd Rössner am 15.4.83 kündigte ein Vertreter des Justizministeriums Rheinland-Pfalz die Rückverlegung von Bernd Rössner in die JVA Straubing (Bayern) innerhalb der nächsten Wochen an, sobald Christian Klar von Straubing wegverlegt werde. Dies sei von Anfang an so geplant gewesen.

In Straubing war Bernd Rössner in den letzten 5 Jahren seiner bisher 8-jährigen Gefangenschaft — bis zu seiner Verlegung in die JVA Frankenthal im Dezember 82 — isoliert.

Alle entsprechenden Anträge wurden vom bayrischen Justizministerium abgelehnt.

Seit Beginn seines Schmutzstreiks ist Bernd Rössner in der Bunkrzelle eingesperrt. In dieser Zelle — gänzlich weiß gekachelt, grell neonbeleuchtet, völlig leer — wird durch Heißluftumwälzung aus vergitterten Schächten einer Wand heraus sehr trockene Luft erzeugt, die Atemnot bereitet.

Besuch wird ihm verweigert. Außer Verteidigerpost darf er keine Post abschicken noch erhalten.

Bernd Rössner hat erklärt, daß er den Schmutzstreik unter allen Umständen, gegen jeden weiteren Versuch, seinen Kampf zu brechen und an jedem Ort solange fortsetzen wird, bis er nach Celle verlegt ist.

Matthies
Rechtsanwalt

Aus der P r e s s e e r k l ä r u n g von den Angehörigen

"Am Freitag, dem 8. April 1983, hat das BKA Zellenrazzien bei 31 politischen Gefangenen und Hausdurchsuchungen in mehreren Städten der BRD durchgeführt. Betroffen sind auch wir als Angehörige von politischen Gefangenen: die Verlobte von Christof Wackernagel und die Schwester von Christa Eckes. Sie haben unsere Wohnunggen und Arbeitsplätze durchsucht, die Schwester von Christa Eckes wurde erkennungsdienstlich behandelt. Uns beiden wird vorgeworfen, daß wir die Raf mit einem „illegalen Informationssystem" unterstützen, deshalb wird gegen uns ein Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB geführt."....

Informationen über Kontaktadresse:
Renate Eisel,
Sonnenleite 20, 4630 Bochum 7, Tel. 02434/29 47 00 oder 6 06 96

beitsplätze durchsucht, die Schwester von Christa Eckes wurde erkennungsdienstlich behandelt. Uns beiden wird vorgeworfen, daß wir die Raf mit einem „illegalen Informationssystem" unterstützen, deshalb wird gegen uns ein Ermittlungsverfahren nach § 129a StGB geführt."....

Informationen über Kontaktadresse:
Renate Eisel,
Sonnenleite 20, 4630 Bochum 7, Tel. 02434/29 47 00 oder 6 06 96

R E S O L U T I O N

Auf den beiden letzten Strafverteidigertagen 1981 in Berlin und 1982 in Hamburg wurden jeweils Resolutionen verabschiedet, die die Zusammelegung von polititschen Gefangenen in interaktionsfähigen Gruppen forderten.

Mittlerweile sind zwei Jahre vergangen, ohne daß wesentliche Veränderungen in den Haftbedingungen eingetreten sind.

Noch immer befinden sich die Mehrzahl der Gefangenen in Einzel- oder Zweier - Isolation, ohne daß sie in die zugesagten Gruppen zusammengelegt worden sind.

Im Gegenteil, inzwischen ist eine weitere Verschärfung der Situation dadurch eingetreten, daß bereits die Forderung nach Zusammenlegung und die Diskussion hierüber krim inalisiert wird.
So fanden am 8.4.1983 Durchsuchungen bei mindestens 32 Gefangenen, sieben Wohnungen und Büros von Verwandten, Freunden und Rechtsanwälten in verschiedenen Städten der BRD - unter Einsatz von mindestens 25o Beamten - statt, mit der Begründung, daß "die Forderung nach Zusammenlegung der inhaftierten Unterstützer und Mitglieder der 'RAF' zur Aufrechterhaltung des organisatorischen Zusammenhalts und der Fortsetzung des gewaltsamen Kampfes" diene.

Hierbei wurde auch der Gedankenaustausch über die Forderung nach Zusammenlegung illegalisiert, obwohl es sich durchweg um Briefe handelte, die die Kontrolle und Zensur von Gerichten und Gefängnisdirektoren unbeanstandet passiert hatten, sowie um überwachte Gespräche bei Besuchen. Sichergestellt wurde auch eine Vielzahl von Verteidigerpost, die bereits von dem Kontrollrichter zensiert worden war.
Diese Reaktion der Bundesanwaltschaft ist im Zusammenhang damit zu sehen, daß mittlerweile auch Gefangene aus autonomen und anti - imperialistischen Gruppen ihre Zusammenlegung mit Gefangenen aus der RAF fordern.

Wir wehren uns auf das schärfste gegen diese Kriminalisierung der Forderung nach Zusammenlegung und der Diskussion hierüber - eine Forderung, die bereits seit Jahren von namhaften Persönlichkeiten und Organisationen wie z.B. amnesty - international und auch vom Strafverteidigertag erhoben wird, eine Forderung, die notwendig und legitim ist, um die Isolation aufzuheben, deren Ziel und Zweck es ist, die politische Identität der Gefangenen zu zerstören.
Der 7. Strafverteidigertag fordert daher die hierfür Verantwortlichen auf, die Zusammenlegung in interaktionsfähigen Gruppen endlich zu verwirklichen.

Antifa- Kommission Hamburg

Kampf dem Faschismus

Antifaschistische Aktion gegen ANS in Hamburg

Gegen Kühnens Hamburger ANS-Bande — nach Kühnens Angaben etwa 50 Personen stark, wenn auch als ANS bislang nicht organisiert aufgetreten — unternahm die ,,Antifaschistische Aktion'' Hamburg am Freitag, 22.4.83 eine Aktion. Nachdem Beobachtungen ergeben hatten, daß die Wienerwaldkneipe in der Langen Reihe/ St. Georg Treffpunkt der Nazis ist, versammelte sich eine erkleckliche Anzahl von Antifaschisten, um in der Kneipe eine der weltberühmten Hähnchen zu essen. Den Nazis muß diese Aussicht nicht so geschmeckt haben, denn sie waren schon beim Eintreffen der Antifaschisten über alle Berge und nur ein paar mußten noch ihre Beine in die Hände nehmen, um nicht noch mehr Prügel einzustecken. Völlig präsent war stattdessen die Polizei, die offenbar ihre ganzen Innenstadtstreifenwagen in die Lange Reihe beorderte, wo über 2 Dutzend (!!) rotierende Blaulichter die passende Kulisse für das Verteilen der mitgebrachten Flugblätter abgaben. Leider wurde offenbar ein Antifaschist festgenommen. Hartnäckig halten sich Vermutungen, daß die Polizei den Nazis einen Fluchtweg aus der Kneipe offengehalten habe und auch sonst sehr gut Bescheid wußte. Zumindest ein Kneipengast (vermutlich ein Spitzel) entzog sich der Rangelei durch Flucht in einem Streifenwagen, wo er offenbar bekannt war.

Dokumentation über Kühnens neue Umtriebe erschienen

Antifaschistische Arbeitskreise aus Hamburg, Flensburg, Lübeck, Göttingen, Initiativen aus Hannover und Emden sowie die Antifa-Kommission des KB Hamburg haben eine Dokumentation erstellt über die ,,Reorganisation der Neonazis seit der Haftentlassung von Michael Kühnen''. Die Dokumentation umfaßt die Chronologie der bisherigen Provokationen, stellt die wichtigsten beteiligten Gruppen und Personen vor, dokumentiert die staatlichen (Nicht-)Reaktionen. Die Dokumentation kann bezogen werden gegen die Voreinsendung von 5 DM plus Porto (bitte in Briefmarken) über:
Antifaschistische Initiative Hannover
Lister Meile 4/ Pavillon
3000 Hannover 1

NPD-Parteitag soll verhindert werden

Die NPD plant für den 12.5. ihren Landesparteitag NRW in Bochum-Wattenscheid. Die Stadt Bochum hat mit der NPD bereits Mietverträge über die kommunale Stadthalle abgeschlossen. Auf Nachfrage erklärte die Stadt Bochum, daß sie nicht daran denke, die Verträge rückgängig zu machen und auch in Zukunft der NPD Räume zur Verfügung stellen werde.

Dagegen hat sich ein Aktionsbündnis (Falken, VVN, Volksfront, Jusos, u.a.) gebildet, das zur Verhinderung des Parteitags aufruft. Der Asta der FH Bochum und die örtliche ÖTV haben sich dem Protest bereits angeschlossen, und weitere Erklärungen von örtlichen Gewerkschaften sind in Vorbereitung.

Das Aktionsbündnis ruft alle Antifaschisten auf, sich an den Aktionen am 11.5. und 12.5. zu beteiligen:

11.5.
18 Uhr **Demonstration ab Wattenscheid-Günningfeld**
20 Uhr **Abschlußkundgebung**

Im Anschluß daran wird die Nacht über eine Mahnwache vor der Stadthalle stattfinden.

12.5.
8 Uhr **Treffen vor Stadthalle zur Blockade des NPD-Parteitages**



—— Karry: Rote Spur? ——

Zwei Jahre nach dem Tod des hessischen Wirtschaftsministers Karry (FDP) gibt es keine einzige neue kriminalistische Erkenntnis über das mysteriöse Attentat im Frankfurter Stadtteil Seckbach. So gesehen ist das Ergebnis der seinerzeit mit viel Klamauk eingerichteten ,,Sonderkommission Karry'' beim hessischen Landeskriminalamt vernichtend — vorausgesetzt, die ,,Sonderkommission'' hatte wirklich die Aufgabe, den Mordfall aufzuklären.

Allerdings hat sich die politische Diskussion um den Tod des Ministers ein Stückchen weiterbewegt — freilich eher in falscher Richtung. Seit sich herausgestellt hat, daß Neonazis verantwortlich sind für Anschläge auf US-Einrichtungen in Hessen, von denen man anfangs angenommen hatte, es seien die ,,eigenen Leute'' gewesen, findet in der militanten Szene der BRD und Westberlins eine Debatte über Desorientierung und Verunsicherung statt. In dieser Auseinandersetzung spielt auch die Bewertung des Karry-Attentats eine Rolle, was die im ARBEITERKAMPF mehrfach vertretene These untermauert, daß die damaligen Ereignisse ganz entscheidend zur Verunsicherung darüber, was sich mitunter hinter dem Markenzeichen RZ verbirgt, beigetragen haben.

Lange Zeit galt es sowohl im bürgerlichen Lager als auch bei den Linken überhaupt nicht als ausgemacht, wo die Urheber des Karry-Attentats zu suchen wären. An dieser offenen Situation änderte auch ein in mit ,,RZ'' (Revolutionäre Zelle) unterzeichnetes ''Bekennerschreiben'', das mit dreiwöchiger Verspätuing auftauchte, kaum etwas. Denn dieses Schreiben enthielt zum Tathergang derart Ungereimtes und Widersprüchliches, daß — Fälschung hin, Fälschung her — jedenfalls so viel sicher ist: Der (die) ,,Bekenner'' hat (haben) mit der Tat selbst nichts zu tun gehabt. Diese Auffassung wurde nicht nur von der liberalen Presse geteilt (FR), sondern zeitweise sogar vom LKA Hessen vertreten (s. dazu AK 221, S.48). In der Folge legte der Staatsschutz größten Wert auf die (übrigens durch nichts bewiesene) Behauptung, das Bekennerschreiben zum Karry-Attentat sei ungeachtet der einzelnen Widersprüche jedenfalls ,,authentisch'', d.h. es stamme ,,nach Stil und Diktion'' zweifelsfrei aus Kreisen der Revolutionären Zellen. War

Widersprüche jedenfalls ,,authentisch'', d.h. es stamme ,,nach Stil und Diktion'' zweifelsfrei aus Krei-

sen der Revolutionären Zellen. War diese These erst einmal durchgesetzt, so könnte auch — ohne ein einziges neues Indiz vorzulegen — die Tat selbst den RZ zugerechnet werden.

Dieses rein politische Manöver scheint jetzt abgeschlossen zu sein. Ohne die Spur eines Beweises, ja ohne jeden Bezug auf polizeiliche Ermittlungen verzeichnet der letzte, bereits von Zimmermann herausgegebene Verfassungsschutzbericht lapidar, die RZ hätten das Attentat begangen, was ihre neue Qualität als ,,gefährlichste Terrorgruppe''. begründe.

Die gleiche Auffassung scheint inzwischen auch bei Teilen der militanten Szene zu greifen — auch hier erstaunlicherweise ohne jede Begründung. So sind in der Zeitung ,,radikal'' vom März 83 (Nr. 114) zwei Papiere abgedruckt, die bei ansonsten unterschiedlicher Intention beide von einer Urheberschaft der RZ im Fall Karry ausgehen. Zum einen handelt es sich um eine RZ-Erklärung (1) ,,*zu den counteranschlägen in butzbach und darmstadt*''; das andere (2) ist ein Diskussionsbeitrag von einem Teil der Autonomen aus der Anti-Startbahn-Bewegung mit dem Titel ,,*Thesen zur Anti-Startbahnpolitik der Revolutionären Zellen*''. Bemerkenswerterweise wird bezüglich der RZ-Erklärung (1) in einem anderen Text (3) Revolutionärer Zellen (,,taz'' vom 6.4.83) von ,,*jener angeblichen ,RZ'* '' gesprochen, deren Bewertung der Nazi-Anschläge scharf angegriffen wird (,,*barer Unsinn*''). Papier (3) geht auf die Karry-Affaire nicht ein, vermerkt aber allgemein ,,*verstärkte Anstrengungen*'' des Staatsschutzes, ,,*polizeikontrollierte terroristische Gruppen aufzubauen, die in unserem oder anderem Namen operieren bzw. jegliche Verantwortung ablehnen*''.

,,Fehler''?

Das Papier der Autonomen (2) bewertet den Anschlag auf Karry als ,,*Fehler*'' der RZ. Die Aktion und ihre Begründung stünden im Widerspruch zu den ,,*formulierten Prinzipien*'' der RZ. Positiv an den RZ finden die Autonomen, daß sie sich in Abgrenzung zur RAF stärker auf reale Protestbewegungen beziehen würden. Zustimmend wird aus der RZ-Zeitung ,,Revolutionärer Zorn'' Nr. 6 (Jan. 81) zitiert: ,,*Angriffe gegen zentrale staatliche Institionen halten wir zur Zeit für politisch unmöglich: wir können die Machtfrage nicht stellen! Wir führen keinen Krieg! Wir stehen vielmehr immer noch am Anfang eines langwierigen mühseligen Kampfes um die Köpfe der Menschen — nicht in irgendeiner Etappe um einen militärischen Sieg!*''

Das Karry-Attentat sei demgegenüber, so meinen die Autonomen, eine Art Rückfall in die RAF-Politik. ,,*Der praktische Ausgang des Anschlags auf Karry jedoch rückt ihn von der Qualität (Tod einer zentralen Figur des politischen Machtflügels) auf die RAF-Ebene; dies jedoch nicht aufgrund einer Theorie*''.

,,im gegensatz zur studentenbewegung ist unsere stärke nicht die analyse sondern eher unser gefühl''
rhein-main-autonome (,,radikal'', Febr. 83)

Ähnlich kritisch werden von den Autonomen zwei weitere RZ-Aktionen des Jahres 1981 im Rhein-Main-Gebiet beurteilt:

— die Zerstörung eines Funkfeuers am
tonomen zwei weitere RZ-Aktionen des Jahres 1981 im Rhein-Main-Gebiet beurteilt:

— die Zerstörung eines Funkfeuers am Landesystem des Frankfurter Flughafens in der Nacht vom 2./3.11.81 als Reaktion auf die polizeiliche Räumung des Hüttendorfes gegen die Startbahn West (,,*die Aktion hat gegen den Konsens verstoßen, die Flugsicherung nicht anzugreifen*'')

— und eine (nicht zündende) Sprengladung vor dem hessischen Wirtschaftsministerium im Dezember 81 (,,*Stimmen die Zeitungsmeldungen. so war der Fundplatz der Bombe geeignet, eher und völlig unpräzise Menschen zu treffen und zu verletzen und nicht das Objekts bzw. politische Repräsentanten*'').

Dieser poltischen Kritik aus dem autonomen Lager wäre, vorausgesetzt die Prämisse — jeweilige Urheberschaft der RZ — stimmt, einiges hinzufügen. Nach vergleichsweise vernünftigen Aussagen im ,,Revolutionären Zorn'' Nr. 6 wurde unter dem Signum RZ denn das ganze Jahr 1981 hindurch praktisch nur Mist gebaut. Zumindest wäre noch jener sagenhafte ,,Beitrag'' der RZ zum Hungerstreik der RAF-Gefangenen zu nennen, als nach dem Motto verfahren wurde: Der Hungerstreik ist Scheiße, die Unterstützungsarbeit ebenso, aber um zu zeigen, daß wir auch noch da sind, haben wir in Frankfurter Kaufhäusern gezündelt, wobei die Zünder teilweise zu früh losgingen, aber das macht auch nix ... Dazu schrieben antiimperialistische Gruppen damals durchaus treffend:

,,*der eindruck, daß es sich bei diesen aktionen um gezielte counteraktionen gehandelt hatte mit dem ziel, die solidaritätsarbeit und die sie flankierenden praktischen aktionen zum hungerstreik der gefangenen aus der RAF zu destabilisieren, diskreditieren und ihnen durch den volksfeindlichen charakter die richtung zu nehmen, war aufgrund vieler tatsachen zwingend*'' (aus einer Dokumentation zum Hungerstreik vom 2.2. - 16.4.81).

Das Grundmuster der Kritik der Autonomen an den RZ — ansprechende Theorie, aber in der Praxis wie die RAF — läßt sich bei genauerer Betrachtung nicht aufrechterhalten. Es wäre mehr als ungerecht gegenüber der damaligen RAF, etwa das Karry-Attentat auf eine Stufe mit der Schleyer-Entführung zu stellen. Immerhin war Schleyer die Symbolfigur für ungebrochene faschistische Tradition des deutschen Kapitals, während Karry als Mitglied einer z.T. jüdischen Familie unter den Nazis jedenfalls nichts zu lachen hatte und von seiner Vergangenheit her eher eine Ausnahmeerscheinung in der bundesdeutschen Politikerriege war. Es kann auch nicht unter den Tisch fallen, in welcher politischen Situation das Attentat stattfand. Damals stand die Einleitung eines Volksbegehrens gegen die Startbahn West unmittelbar bevor, und der Protest machte erste Anstalten, sich grob gesagt von einer lokalen ,,Kuriosität'' (,,Kirchturmpolitik von Mörfelden-Walldorf'') zur landesweiten Bewegung mit einzigartiger Massenhaftigkeit zu entwickeln. Die Ermordung Karrys, der wie kein anderer Politiker das Startbahnprojekt vorangetrieben hatte, war durchaus geeignet, diese Perspektive schon im Ansatz zu zerstören.

Nun ist zwar bekannt, daß die RZ erbitterte Gegner einer solchen Massenpolitik sind. Dies kann aber kein Attentat rechtfertigen, das in dieser Situation objektiv voll gegen das Volksbegehren ausschlagen mußte und sich damit auch gegen die Bürgerbewegung wandte, die diesen Weg nun einmal beschlossen hatte. **Wer es auch immer gewesen ist — die Erschiessung Karrys kann, wenn man diesen politischen Zusammenhang berücksichtigt, nur als klassische Provokation bezeichnet werden.**

Interessanterweise schreiben die Autonomen, die Umstände und die Durchführung der Aktion ,,*ließen uns*

vokation bezeichnet werden.
Interessanterweise schreiben die Autonomen, die Umstände und die

Durchführung der Aktion ,,*ließen uns zuerst auf einen Anschlag entweder aus der Profiunterwelt oder auf Faschos schließen*''. Diesen Eindruck haben sie offenbar nur deswegen korrigiert, weil es auf das Bekennerschreiben kein Dementi der RZ gab.

,,Vollwertig''?

In der eingangs erwähnten RZ-Erklärung (1) findet sich zu Karry die irrsinnige Passage: ,,*viele kleine herzinfarkte haben schon bewiesen, daß wir es ernst meinen und bis zum letzten atemzug kämpfen, auch wenn sie uns zur öffentlichkeit hin noch immer nicht so richtig als vollwertig akzeptieren, weil außer dem karryschwein noch niemand umgelegt worden ist, doch revolutionäre gewalt sollte sich vorerst auf einrichtungen richten, die dem faschismus dienen und ihn mitten drin beherbergen. erst später können wir dann unsere kampfmaßnahmen gegen einzelne schwere volksverbrecher richten*''. Irrsinnig ist daran zunächst die Terminologie, die jedem Brutalo-Western Ehre machen würde, in der aber revolutionäre Überzeugungen nicht einmal spurenweise mehr zu erkennen sind. Inhaltlich wird indirekt zugegeben, daß Karry kein Faschist war (nebenbei bemerkt: die Aussage, revolutionäre Gewalt müsse sich gegen den Faschismus richten, ist nicht mehr als eine hohle Phrase; bisher gibt es keine RZ-Praxis, die dem auch nur annähernd gerecht würde). Als ,,schwerer Volksverbrecher'' — die Erläuterungen dieser feinen Differnzierung zu Faschismus überlassen wir einstweilen den Erfindern — sei er eigentlich erst später drangewesen. Hier wird also eine sicher nicht unerhebliche Zahl von nicht näher beschriebenen ,,schweren Volksverbrechern'' zum Abschuß in einer unbestimmt bleibenden zukünftigen Situation pauschal freigegeben, wobei es möglicherweise angebracht sein kann, sich den einen oder anderen zwecks eigener ,,Aufwertung'' schon früher vorzunehmen: bar aller politischen Kriterien! Das ist sicher vortrefflich geeignet, um ,,die Köpfe und Herzen der Menschen zu gewinnen'' ...

Noch verrückter wird es, wenn man bedenkt, daß gemäß Bekennerschreiben vom Mai 81 der Tod Karrys nicht beabsichtigt gewesen sein, sondern ein ,,Unfall''. Angeblich sollte der Minister nur verletzt werden, damit er ,,länger, als ihm lieb ist, im Rollstuhl sitzt''. Was soll man nun davon halten? Wäre es ,,korrekt'' gewesen, Karry erstmal in die Beine zu schiessen, um ihn ,,später'' dann ,,umzulegen''? Oder war die Aktion insgesamt falsch (,,zu früh''), hatte aber, wie der Zufall so spielt, den positiven Effekt einer Aufwertung der RZ?

Wann gehen denn Revolutionäre aus Fehlern gestärkt hervor? Bestenfalls, wenn sie es verstehen, diese selbstkritisch aufzuarbeiten, und wenn sie daraus lernen. Mit der Art, in der RZ-Kreise diesen angeblichen ,,Fehler'' behandeln, entziehen sie sich selbst jede Glaubwürdigkeit. **Denn in Wirklichkeit wird in jeder dazu vorliegenden RZ-Äußerung herumgemogelt und versucht, den ,,Fehler'' irgendwie doch in einen ,,Erfolg'. umzumünzen.**

Der Schlamassel wird immer größer

Man könnte sagen: Es gibt mehrere Äußerungen aus RZ-Kreisen, in denen direkt oder indirekt eine Verantwortung für das Karry-Attentat übernommen wird. Gegenteilige Äußerungen gibt es nicht. Folglich war es eine ,,RZ'', die damit einen schweren Fehler begangen hat. Die RZ sind insgesamt nicht in der Lage, diesen Fehler in seiner Tragweite zu begreifen und selbstkritisch aufzuarbeiten, was nicht gerade für diese Gruppe(n) spricht .. und damit fertig. Warum überhaupt noch die Täterschaft der RZ infrage stellen?

Doch das Karry-Attentat weist zu viele Merkwürdigkeiten und Kompliziertheiten auf, um sich damit zufrieden zu geben.

1. Karry stand — neben Namen von Antifaschisten wie Kogon oder Carlebach — auf einer ,,schwarzen Liste'' von hessischen Faschisten. Dies war lange vor seinem Tod bekannt und wurde nicht nur in der ,,FR'' sondern auch in antifaschistischen Broschüren (u.a. unserer Firma) publiziert. Wären die RZ an dem Phänomen Faschismus/Neofaschismus wirklich so interessiert, wie es neueren Papieren zu entnehmen ist, so hätte diese Tatsache

interessiert, wie es neueren Papieren zu entnehmen ist, so hätte diese Tatsache

---

,,Es ist beruhigend, zu lesen, wie dumm Bullen sein können. Nichtsdestotrotz können wir auch verdammt dumm sein. Gerade darin liegt ja gerade so bestürzende Aktualität. Also Leute, benehnt euch noch schlauer in Zukunft, dann fallen die pigs unter uns noch mehr auf''
Kommando Heinrich Lübke, Rote Armee Fiktion (,,radikal'', Febr. 83)

---

in Überlegungen, diesen Mann anzugreifen, eine Rolle spielen müssen. Ist dieses Interesse seitens der RZ jedoch ganz neu entdeckt worden, so wäre es angesichts der ,,Desorientierung der Szene'' eine Auseinandersetzung wert, warum in diesem Fall tatsächlich dasselbe Ziel ins Visier genommen wurde wie von den Neonazis.

2. Das Attentat soll dem Minister vorher in Drohbriefen angekündigt worden sein — und zwar exakt in der Weise, wie es angeblich von der RZ geplant war. Karry, Börner und Wallmann sollen gleichlautende anonyme Briefe erhalten haben, in denen damit gedroht wurde, sie würden ,,die Einweihung der Startbahn im Rollstuhl erleben'.. Das wurde von der Presse nach Karrys Tod berichtet. Prompt bestätigte einige Zeit später das RZ-Bekennerschreiben, dies sei tatsächlich das ursprüngliche Ziel gewesen. Für die Aktion einer ,,linken Guerilla'' ein außergewöhnlicher, ja einzigartiger Umstand ...

3. Die Unfallversion und die mehr als kläglichen Begründungen dafür, warum der Minister dann doch tödlich getroffen wurde, stehen im Widerspruch zu der profimäßig coolen Ausführung der Tat — nach allem, was man darüber erfahren konnte. Sie stehen auch im Widerspruch zu der Aussage von Frau Karry, die neben ihrem erschossenen Mann im Bett lag (vgl. AK 221). Schließlich steht die Unfallversion auch noch im Widerspruch zu den späteren RZ-Äußerungen in Sachen Karry. War der Tod Karrys wirklich in unbeabsichtigtes Versehen, dann hätte

Fortsetzung nächste Seite

Unter Freunden

Karry war als Bundesschatzmeister der FDP in Spendenaffairen der unterschiedlichsten Art verwickelt. Das weitverzweigte System sog. ,,staatsbürgerlicher Vereinigungen'', im Volksmund Geldwasch-Institute genannt, geht nicht zuletzt auf seine unglaubliche Kreativität zurück. Nun kann Karry leider nichts mehr zu seiner Rechtfertigung vorbringen. Dafür hängt Lambsdorff als Wirtschaftsminister einer ehrbaren Bundesregierung dick in der Flick-Affaire. Karry schweigt. Lambsdorff kann nicht auf Dauer schweigen. Lambsdorff spricht. Karry habe die Gelder in Empfang genommen, die ein bürokratischer Flick-Buchhalter unglücklicherweise unter dem Namen Lambsdorff verzeichnet habe. Eine prima Idee. Über Tote soll man, so schreibt es die bürgerlich-humoristische Bildung vor, bekanntlich nur Schlechtes sagen ...

Lambsdorff würde bestimmt an jeder Trauerfeierlichkeit für seinen toten Freund Heinz-Herbert teilnehmen. Und er würde bestimmt die besten Worte über und für ihn finden. Zweifellos auch einen schwarzen Anzug tragen, wie es die Kleiderordnung vorschreibt ...

Forts. von vorheriger Seite

die Aktion logischerweise besser gar nicht stattgefunden, und diese Argumentation müßte auch durchgehalten werden. Alle späteren RZ-Äußerungen besagen aber, daß es doch ganz gut war, „das Karryschwein umzulegen".
4. Es bleibt nun einmal eine unverrückbare Tatsache, daß das Bekennerschreiben nicht vom Täter/aus der Tätergruppe stammt. Damit wäre also der für spontaneistisch-autonome Kreise so wohlklingende Anspruch „unabhängig voneinander operierender Kleingruppen" im Eimer. Es gäbe in der Tat eine Art „ZK der RZ" oder wenigstens einen „Pressereferenten", zuständig für Bekennerschreiben der etwas heiklen Art. In diesem Fall hätte demnach der „Pressereferent" den Auftrag übernommen, die fabrizierte Scheiße durch ein wohldosiertes Bekennerschreiben in Grenzen zu halten, wobei er in allen Details, die den Tathergang betreffen, patzte. Dies würde in vollständigem Widerspruch zu den politischen Grundsätzen der RZ bedeuten:
— Derjenige, der eine Aktion durchführt, braucht diese nicht selbst zu verantworten und
— derjenige, der die Aktion begründet, bewertet und politisch einordnet, kann umgekehrt nicht kontrollieren, was eigenlich gespielt wird.

Und das unter Bedingungen illegaler Arbeit. Wenn die Praxis s o aussehen sollte, würde ich persönlich eine Revolution a la RZ lieber vermeiden wollen.

Mensch sieht, daß die Annahme, die RZ hätten Karry erschossen zu katastrophalen Schlußfolgerungen führt (freilich kann niemand total ausschliessen, daß diese Annahme trotzdem zutrifft). D.h. diese These v e r m e h r t die Widersprüchlichkeiten des Falles, anstatt etwas zu klären. Es mag ja sein, daß einige verwirrten Gemüter der militanten Szene aus revolutionärem Zorn oder falsch verstandener Solidarität heraus sich bemüßigt fühlen, das Karry-Attentat zu rechtfertigen (wobei vielleicht etwas coolere Leute die falschen Stichworte geben...). Dies führt dann zu so klassischen Fehlleitungen wie jener Parole, die immer noch als abschreckendes Do-

geben...). Dies führt dann zu so klassischen Fehlleitungen wie jener Parole, die immer noch als abschreckendes Do-

kument an der Flughafenmaauer in Frankfurt zu sehen ist (und die FAG wird die letzte sein, die das wegmachen läßt!): „*Erst Karry-Wurst, dann Griesbrei*". Diese Parole dokumentiert ja nicht nur eine beachtliche Geschmacklosigkeit, sondern auch ein kaum zu überbietendes Maß an Dummheit und Fehleinschätzung. Von Gries spricht heute niemand mehr, da er mit seiner FDP (und sogar noch innerhalb derselben!) dermaßen abgeschifft ist, daß man sich ein unrühmlicheres Ende für eine Politiker-Karriere kaum vorstellen kann — und ebenso wäre es natürlich auch Karry ergangen, hätte man ihn nur gelassen.

Aber all dies bringt zwar für die Staatsschutzpropaganda gegen die RZ (und natürlich auch gegen die Linken insgesamt) eine Menge Munition, für die Aufklärung des Karry-Mordes dagegen so gut wie nichts. Denn dazu müßten Fakten und nicht Meinungen erörtert werden. Um diese Seite der Angelegenheit ein bißchen zu beleben, soll noch ein Thema angeschnitten werden, das bei allem konjunkturellen „Interesse" am Neofaschismus doch so gut wie tabu zu sein scheint.

Schwarze Spur

In der Zeit nach dem Attentat gab es eine Reihe von Hinweisen, die auf eine „schwarze Spur" (Faschisten) hindeutet und die damals — im Unterschied zu heute - von der Presse auch ernst genommen wurden.
— Die Erwähnung Karrys auf einer schwarzen Liste von zu ermordenden Personen (s.o.), die in Hanauer Faschistenkreisen kursierte.
— Ein Telefonanruf bei der „Bild-Zeitung" am Tag nach der Tat, in dem sich eine „Bewegung Drittes Reich" dazu bekannte.
— Drohungen aus Faschistenkreisen, man werde die Bestattungsfeierlichkeiten für den Minister durch Aktionen stören.
— Der eigenartige Umstand, daß am Tatort zwar die Waffe, nicht aber das dazugehörende Magazin gefunden wurde (es handelte sich um eine wenig gebräuchliche amerikanische Kleinkaliberpistole). Ein passendes Magazin soll angeblich einige Zeit später direkt vor der Bundesanwaltschaft in Karlsruhe gefunden worden sein, als ob jemand auf diese Weise beweisen wollte, die Tat begangen zu haben, was auch nicht gerade den Gepflogenheiten linken Guerillagruppen entspräche.
— Der verschiedentlich nachzuweisende Versuch von Faschisten, auf der Anti-Startbahnbewegung ihr Süppchen zu kochen. In eine nicht unterzeichneten Flugblatt, dessen Fascho-Machart unschwer zu identifizieren ist, wurde übrigens ausdrücklich zu Angriffen auf die Flugsicherung aufgerufen — eine Sache, die sich originellerweise später eine angebliche RZ (s.o.) zu eigen machte (jaja, unseren peniblen Untersuchungsarbeit entgeht halt nix, das ist bekannt. Auch nicht, daß in Teilen der legendären Hüttendorf-Crew mit der Parole „*Keine Besatzer in Westdeutschland*" operiert wurde, was — wie inzwischen auch andere gemerkt haben — eine ganz spezifische Wortwahl von rechts ist. Aber aus dem Hüttendorf durfte ja nie jemand kritisiert werden ...).

Bislang nicht wahrgenommen wurde, daß ausgerechnet die ganze Geschichte, die sich um die Tatwaffe rankt — neben dem Bekennerschreiben zentrales Argument des Staatsschutzes gegen die RZ — eher zum Indiz g e g e n die RZ-Hypothese geworden ist. Die Fahnder hatten behauptet, die Tatwaffe stamme aus einem Diebstahl Anfang der 7oiger Jahre in einer Butzbacher US-Kaserne; sämtliche Waffen aus diesem Coup seien über verschiedene Kanäle in „limksextremistische Terrorkreise", vor allem RZ, gelandet. Das war schon reichlich schräge; so wurde mit Rainer Hochstein ein „Kanal" angegeben, der beim Staatsschutz endet. Den Verbleib der entsprechenden Waffe zu erkunden, dürfe also sehr einfach sein. Abgesehen davon führten die Erkundungen der anderen „Kanäle" offenbar zu keinerlei Ergebnis. Es gab Hausdurchsuchungen — in Frankfurt angeblich aufgrund eines Hinweises von Bommi Baumann, was ebenfalls nicht unbedingt stimmen muß — und gewiß Nachforschungen aller Art: Fehlanzeige!

Etwas später wußte jedoch die „FR" zu berichten, eine der in Butzbach entwendeten Pistolen sei über einen Hanauer Waffenhändler weiterverkauft worden. Frage der Polizei an die Bevölkerung (!): Sind noch weitere Waffen der beschriebenen Art dort gekauft worden (der Händler „kann sich nicht erinnern")? Der aufmerksame „FR"-Leser schließt also Waffenhändler gleich Faschist und: schon wieder Hanau. Freilich gibt es in dem von der

ler gleich Faschist und: schon wieder Hanau. Freilich gibt es in dem von der

„FR" angegebenen Hanauer Stadtteil gar kein Waffengeschäft, und so wäre die ganze Angelegenheit heute vollständig in Vergessenheit geraten, wenn die Volksmassen nicht so findig wären, wie sie es nun einmal sind. Es gibt dort nämlich eine „Antiquitätenhandlung", die a u c h Waffen verhökert **und ansonsten z.B. Kostbarkeiten aus dem „Dritten Rech" feilbietet.** Womit sich der Eindruck verfestigt, daß es sich hierbei um einen schwarzen, präziser: braunen Kanal handelt ... Ach so: Hanau gilt in Hessen aktuell als Zentrum der neuen faschistisch-terroristischen Sammlungsbewegung um Kühnen und Co. — Arndt Marx (Wehrsportgruppe Hoffmann) hat seinen Standot dorthin verlegt, bestimmt weil er dort keine Freunde hat und überhaupt niemanden kennt.

Problem Nr. 1 bei der Geschichte ist, daß Polizei und Staatsschutz diese schwarze Spur natürlich längst kennen, daß sie nicht wie wir zufällig darauf gestoßen sind und daß sie sicher weit mehr darüber wissen. Doch die unsägliche „Sonderkommission Karry" hat in zwei vollen Jahren nicht ein Sterbenswörtchen darüber verloren, sondern ausschließlich über die RZ spekuliert. Da sieht man, mit welchen Leuten man es dort zu tun hat. Vielleicht könnten die Grünen im Landtag einmal versuchen, diese Tatsache und ihre Implikationen der Öffentlichkeit bewußt machen. Auch dazu ein interessantes Detail: Nach der letzten Hessenwahl, aber noch vor der Konstituierung des neuen Landtags wurde das Thema Karry nochmal schnell im zuständigen Ausschuß abgehakt, damit die Grünen keinerlei Einblick erhalten.

Problem Nr. 2 ist, daß man solche Informationen eigentlich mit gemischten Gefühlen publiziert. Weiß man doch, daß die einzige Wirkung einer Veröffentlichung darin besteht, daß der Staatsschutz noch einmal alles durchcheckt, um jeden noch so winzigen Hinweis auf die schwarze Spur zu eleminieren. Anfragen, die etwa die Grünen mal ganz harmlos stellen könnten, werden nun total glatte, stromlinienförmige Antworten produzieren, mit denen man nichts anfangen kann. Doch es wird zur Zeit wieder einmal ein Volksentscheid diskutiert, diesmal zur Frage der Raketenstationierung, und da scheint ja nicht ausgeschlossen, daß versehentlich „Unfälle" passieren, die dann unter dem Signum RZ verkauft werden. Nachher glauben die Leute noch daran ...Es hilft also nichts, als weiter auf die Findigkeit der Volksmassen zu vertrauen.

Komitee für Katastrophenschutz (in Zusammenarbeit mit Komitee für Denkmalschutz)

Ausländerpolitik und Menschenrechtsverletzung

Öffentliche Anklage 3.-5. Juni in Frankfurt

Von der „taz" lanciert, aufgegriffen u.a. von der GEW-Hessen, wird anläßlich der Zimmermann-Pläne vom 3. bis zum 5. Juni eine Protestveranstaltung gegen Ausländerpolitik, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus in Frankfurt stattfinden.

Ursprünglich wurde ein regelrechtes Tribunal ins Auge gefaßt, mit ausländischer Beteiligung und der Hoffnung auf eine entsprechende Publizität auch außerhalb der BRD-Grenzen. Das in dieser Form noch für den Juni zu organisieren, wurde aufgrund der knappen zur Verfügung stehenden Zeit als unrealistisch erachtet. Die jetzt geplante 3-tägige Veranstaltung soll aber dennoch den Charakter einer öffentlichen Anklage beibehalten. Bevor das (vorläufige) Programm geschildert wird, die bisherige Unterstützerliste:

Initiativausschuß ausländischer Mitbürger in Hessen, IAF-Bundesverband, Arbeitskreise der KSG-Frankfurt, GEW-Landesverband Hessen, Die Grünen im Hessischen Landtag, Asta Uni Frankfurt, „taz", VIA (Bundesverband der Initiativgruppen Ausländerarbeit), Casa di Cultura/Ffm, Pasolini-Sprachschule, Ffm., Demokratische Sozialisten (Bundesverband), Sazrock (Verein für Jungendliche aus der Türkei und aus der BRD), Afrikanischer Kulturverein (AKV), Frankfurter Initiative gegen Ausländerfeindlichkeit, Progressive Volkseinheit aus der Türkei (FHDB), Iran-Komitee/Ffm, Türkei-Komitee/Ffm, GIM, KB, Deutschausländische Fraueninitiative „Gemeinsam sind wir stark", Pflasterstrand/Ffm.

PROGRAMM

Freitag, 3. Juni, 19Uhr (Universität Frankfurt):
ERÖFFNUNGSVERANSTALTUNG.
Beiträge:
— Anlaß und Zielvorstellung der Veranstaltung, die Absichten der ‚neuen' Ausländerpolitik betreffen auch die Deutschen;
— Ausländerpolitik, Ausländerfeindlichkeit und Rassismus;
— Cabaret;
— **ANGEKLAGT: AUSWEISUNGSPRAXIS**
(Beitrag zur Ausweisung wegen: zu kleiner Wohnung, Bezug von Sozial- oder Arbeitslosenhilfe, Drogenabhängigkeit, Ordnungswidrigkeiten, politischer Betätigung);
— Falldarstellung und Beiträge zu psycho-sozialen Folgen und Rückkehrideologie;
— Offene Diskussion, betroffene Ausländer berichten.

Samstag, 4. Juni, 10—12 Uhr und 13—15 Uhr (Universität Frankfurt):
Arbeitsgruppen
Themen:
— Betrieb, Gewerkschaft, Arbeitslosigkeit,
— Besondere Lage der ausländischen Frauen
— Türkei/BRD, Ursachen der Emigration und Bedeutung für beide Länder,
— Ausländerfeindlichkeit und Rassismus,
— Ausländische Jugendliche,
— Ausländische Studenten,
— Ausländer im Exil,
— Kulturelle und nationale Identität,
— Erfahrungsaustausch von Ausländerinitiativen und Strategiediskussion,
— Politische Betätigung von Ausländern/innen in der BRD,
— Multikulturelle Gesellschaft als politische Zielvorstellung u.a.

Samstag, 4. Juni, 16 — 17.30 Uhr (Universität Frankfurt),
ANGEKLAGT: FAMILIENZERRÜTTUNGSPOLITIK,
— Falldarstellung
— Beiträge von Psychologen, Bildungsexperten, Kirchen-Vertretern, Schriftstellern.
18.00 bis 19.30 Uhr:
ANGEKLAGT: ASYLPRAXIS,
— Falldarstellung,
— Beiträge von Faschismusexperten, Emigranten, Psychologen, Schriftstellern.
ab 20.00 Uhr:
„FEST 1001 Nacht"
(Uni Ffm).
Sonntag, 5. Juni, 11.00 Uhr:
ABSCHLUẞVERANSTALTUNG
(Auswertung der AGs, Perspektiven, etc.).

Kontaktadresse

Initiative Ausländerpolitik und Menschenrechte
Mainzer Landstraße 239—241,
6000 Frankfurt/Main
Tel. täglich Mo — Fr, von 17 bis 20 Uhr: 0611/73 78 98

KB—Gruppe Frankfurt

Beschluß der Landesvertreterversammlung der GEW Hessen vom 27.3.83 und des bundesweiten Vorbereitungstreffens vom 9.4.83

Bundeskanzler Helmut Kohl hat behauptet, daß seine „Politik der Ausländerbegrenzung und -rückführung" auf eine „menschlich anständige Weise" durchgeführt werden soll.

Für „menschlich anständig" hält die Bundesregierung, daß den über 6 Jahre alten ausländischen Kindern der Nachzug zu ihren Familien in der Bundesrepublik verboten werden soll, und daß sogar Trennungszeiten für Ehepaare bis auf 6 Jahre ausgeweitet werden sollen; Tausende ausländischer Familien würden getrennt und zerstört.

Für „menschlich anständig" hält Minister Zimmermann die Idee, bis 1990 die Hälfte, zwei Millionen Ausländer, aus der Bundesrepublik zu vertreiben; nachrechenbar wird dies nicht nur Türken, sondern zunächst einmal Arbeitslose, Arbeitsunfähige und Kranke; im weiteren solche Ausländer, die sich in demokratischen Organisationen gegen ihre Diskriminierung wehren.

Als „menschlich anständig" beurteilt die Bundesregierung auch die sogenannten „Rückkehrprämien", mit denen die fortgewünschten Ausländer um bis zu 50 Prozent der ihnen zustehenden Leistungen aus der Arbeitslosen- wie der Rentenversicherung betrogen werden.

Mit „menschlichem Anstand" werden den Ausländern auch die politischen Teilhaberechte verwehrt, die im übrigen Europa immer selbstverständlicher werden.

„Menschlich anständig" werden die Asylgesetze verschärft. Zu Zeiten des „Dritten Reiches" hatten 1,5 Millionen Deutsche das Land verlassen und in anderen Staaten um Asyl nachsuchen müssen. Vor diesem Hintergrund ist das einstmals liberale Asylrecht der Bundesrepublik entstanden.

Dieses Asylrecht ist nur noch Makulatur. Für Flüchtlinge aus der Dritten Welt sind die Grenzen dicht; für ein Visum in die Bundesrepublik müssen sie vor den Augen ihrer Verfolger Schlange stehen.

In der Bundesrepublik werden Asylbewerber unter menschenunwürdigen Bedingungen in „Sammellagern" zusammengepfercht. Durch die Weitergabe der Asyl-Akten an die Verfolgerländer ermöglichen deutsche Geheimdienste dort die weitere Verfolgung von Flüchtlingen

Mit all diesen Maßnahmen verstößt die Bundesregierung gegen die von der Bundesrepublik unterzeichnete Schlußakte von Helsinki und setzt sich in krasser Weise über das Grundgesetz hinweg. Vor allem mißachtet sie rücksichtslos die Menschenrechte.

Es ist bestürzend, daß nach den schrecklichen Demütigungen und Verfolgungen, die ethnische Minderheiten während der Nazi-Zeit erleben mußten, heute in diesem Land – 50 Jahre „danach" – wieder gegen Menschen anderer Volks- und Kulturzugehörigkeit Existenzvernichtung mit Verordnungen und Gesetzen betrieben werden soll.

„Integrationsfähig" und „integrationswillig" waren z. B. Türken jahrelang als Arbeiter – „allzufremd" und „integrationsunfähig" sollen sie jetzt die „nationale Identität unterwandert" haben. Sie sind „unerwünschte Minderheiten". Das ist Rassismus.

Auch für die deutschen Arbeitnehmer, Arbeitslosen und sozial Benachteiligten ist eine solche Politik nichts anderes als eine Drohung. Die ausländischen Kollegen werden zu Sündenböcken der Arbeitslosigkeit erklärt, deren Ursachen doch „zu magere Gewinne", profitablere Geldanlagen im Ausland und vor allem arbeitsplatzvernichtende Rationalisierungen sind. Mit dem Schlagwort: „Die Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg!" wird die Konkurrenz zwischen den Arbeitnehmern insgesamt geschürt. Eine gemeinsam solidarische Bewältigung der ökonomischen Probleme wird unmöglich.

Mit dem Argument: „Es sind zu viele" (Ausländer)! wird auf ein Krisenmanagement eingestimmt, bei dem auch einige Deutsche schon „zu viele" sind und immer mehr sein werden: insbesondere Jugendliche, Frauen, Frührentner. Die Masse der Arbeitnehmer wird in immer schlechtere Lohn- und Arbeitsbedingungen genötigt; für einige sind die Löcher im „sozialen Netz" schon jetzt existenzbedrohend . . .

Ein Test, wieweit im Bedarfsfall gegen wachsenden Protest, gegen demokratische Opposition und die Gewerkschaftsbewegung, vorgegangen werden kann, sind die zahllosen Erlasse und Verordnungen gegen Ausländer. Haben die Innenminister schon bisher eine unmenschliche Praxis von Polizei- und Ordnungsämtern ermutigt, oft am Rande der Legalität, soll diese Praxis nun gesetzlich festgeschrieben, verschärft und erweitert werden:
– der Datenaustausch zwischen Behörden in „gegenseitiger Amtshilfe" (Sozialamt/Arbeitsamt/Ausländerbehörde)
– die Pflicht, immer seinen Paß bei sich zu tragen, andernfalls dies als „Ordnungswidrigkeit" verfolgt werden kann (für Ausländer ein gesetzlicher Ausweisungsgrund)
– gravierende Einschränkungen der politischen Betätigung
– die beabsichtigte Leibesvisitation „ohne begründeten Verdacht" durch den Bundesgrenzschutz
– . . .

All diese und noch andere Absichten führen zu einer immer umfassenderen Überwachung.

Diese Vertreibungsprogramme und diese Überwachungs- und Einschüchterungsprogramme bezeichnen den Punkt, an dem Zusehen und Nichtstun zum Mittun wird.

Gewerkschafter gegen Aschu-Urteil

Am 9.4. fand in Frankfurt eine Veranstaltung unter dem Motto: **„Das Schubart-Urteil und seine Bedeutung für die Gewerkschaften"** statt. Dazu aufgerufen hatten die Ortsverwaltung der DPG und die Bezirksverwaltung des GEW. Das Ganze lief in Form einer eintägigen Schulungsveranstaltung ab und richtete sich vorwiegend an aktive Mitglieder und Funktionäre von DPG, GEW und andere Einzelgewerkschaften.

In seinem einleitenden Referat ging Sebastian C o b l e r, einer von Aschus Anwälten, auf die Bedeutung des Urteils ein. Die Aschu unterstellte Nötigung der hesssischen Landesregierung habe darin bestanden, daß er ein Moratorium (Baustopp an der Startbahn West) bis zur Entscheidung über die Rechtmäßigkeit des Volksbegehrens durch den hessischen Staatsgerichtshof forderte. Nur in diesem Zusammenhang habe Aschu dazu aufgerufen, am 15.11.81 dem Flughafen einen Besuch abzustatten. Die Forderung nach einem Moratorium sei aber vollkommen berechtigt gewesen und die Landesregierung hätte, wenn sie sich an die Verfassung gehalten hätte, darauf eingehen müssen. (Wolfgang Abendroth in einem späteren Beitrag: Wenn überhaupt, habe Aschu die Landesregierung zu einem rechtmäßigen Vorgehen „genötigt").

Cobler meinte, das Gericht habe in seiner Urteilsbegründung eine bürgerkriegsähnliche Situation, schwere Ausschreitungen usw. auf der Demonstration am 15.11. unterstellt. Demgegenüber stehe eine Schadenshöhe von lediglich 80.000 DM. Also ein ziemlich kostengünstiger „Aufstand"... Cobler zog einen Vergleich zum Fluglotsenstreik, wo die Bundesregierung vom Fluglotsenverband 230 Millionen DM Schadensersatz forderte. Eine Kriminalisierung durch Anklage wegen Nötigung von Verfassungsorganen erfolgte damals aber nicht, obwohl die Aktionen der Lotsen häufig als Nötigung dargestellt wurden.

Frank D e p p e und Wolfgang A b e n d r o t h gingen auf grundsätzliche Aspekte von Klassenjustiz ein. Deppe beschäftigte sich dabei mit dem KPD-Verbot und der Repressionswelle gegen zehntausende von tatsächlichen oder vermeintlichen Kommunisten. Abendroths Beitrag behandelte die Tradition der Klassenjustiz gegen die Arbeiterbewegung seit Anfang dieses Jahrhunderts. Beide Beiträge waren recht allgemein und gaben wenig zum Thema der Veranstaltung her.

Uli M ü c k e n b e r g e r, Prof. für Arbeitsrecht in Bremen, sprach zur Entwicklung des Arbeitskampfrechts seit 1945. Sein hochinteressanter Beitrag streifte alle wesentlichen Arbeitskämpfe seit 45 sowie einschneidende höchstrichterliche Urteile. Zusammenfassend kann man sagen, daß Streiks ausschließlich im Zusammenhang mit Tariffragen erlaubt sind. Insbesondere über allen politischen Streiks schwebt das Damoklesschwert des Verbots wegen Nötigung von Verfassungsorganen. Unter dem Beifall der Teilnehmer meinte Mückenberger, daß die üblichen Streiks heute ein staatlich inszeniertes Ritual seien. Die Gewerkschaften sind seit dem zweitägigen Zeitungsstreik von 1952, der sich gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz von Adenauer richtete, jedem weiteren politischen Streik aus dem Wege gegangen. Ein sehr markantes Beispiel dafür ist der Versuch der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU), 1980 einen Streik gegen die Pläne zur Zerschlagung des NDR zu führen. Die Gewerkschaftsspitze argumentierte: 1. sei dies kein politischer Streik sondern gehe um Arbeitsplatzvernichtung infolge einer NDR-Auflösung, und 2. werde sie jedes Urteil zum Streik akzeptieren. Das prompte Ergebnis war das Verbot des Streiks mit der wesentlichen Begründung, daß ein Streik gegen die öffentlich-rechtlichen Anstalten praktisch ein Streik gegen die Parlamente sei.

Ein politischer Konflikt, wie er dem Aschu-Urteil zugrunde liegt, etwa der Kampf um das demokratische Recht eines Volksbegehrens (das zudem noch in der hessischen Verfassung verankert ist) gegen die Startbahn-West, ist den Gewerkschaften zumindest als Gegenstand von Kampfmaßnahmen völlig fremd. Der Verzicht auf politische Streiks und Kampfmaßnahmen (siehe auch Notstandsgesetze) hat eine reaktionäre Rechtsprechung begünstigt, in der die Grenzen immer enger gezogen wurden. Es gab keinen einzigen Fall, wo der Beisitzer des DGB beim Bundesgerichtshof sein Amt niedergelegt oder protestiert hätte. Die reaktionäre Rechtsprechung zum Arbeitskampfrecht kommt den DGB-Offiziellen insofern entgegen, als es dabei oft um kleine Berufsgruppen wie Netzmacher, Estrichleger, Croupiers, Fluglotsen u.a. ging.

Mückenberger ging in seinem Beitrag so weit, den Begriff Klassenjustiz abzulehnen oder zumindest zu hinterfragen, weil seiner Ansicht nach die Gewerkschaften selbst ein großes Maß von Mitschuld an dieser Misere tragen.

In weiteren vorbereiteten Kurzbeiträgen wurde anschließend über einige z.T. aktuelle Konflikte informiert:

— Ein Kollege der IG Druck und Papier informierte über den „Times"-Konflikt: 1979, auf dem Höhepunkt des Streiks bei der englischen „Times", war eine türkische Druckerei in Zeppelinheim bei Frankfurt dazu ausersehen, eine Streikbrecherausgabe der „Times'. zu drucken. Die Frankfurter Ortsverwaltung der IG Drupa rief zu einer Demonstration vor der Druckerei auf. Sie verlief vollkommen friedlich, hatte allerdings zur Folge, daß das „Times"-Management einen Rückzieher machte: der Streikbruch gegen die englischen Kollegen war verhindert. Seitdem läuft ein Strafverfahren u.a. wegen Nötigung gegen drei Frankfurter Drupa-Funktionäre. (Eine Entscheidung steht noch aus).

— Jeweils ein Kollege der Postgewerkschaft und der GEW informierten über Arbeitskämpfe. Zum einen geht es darum, daß jeder Streik im öffentlichen Dienst von Kampagnen mit dem Vorwurf der Nötigung begleitet wird. Andererseits geht es im öffentlichen Dienst um die Einbeziehung von Beamten in Streiks. Gegen dieses Ansinnen haben entsprechende Stellen bereits mit strafrechtlicher Verfolgung gedroht. Während die DPG auf die Einbeziehung von Beamten in Streiks bislang verzichtet hat (im Unterschied zur GEW), ordnete das Postministerium seinerseits beim Poststreik 1980 den Einsatz von Beamten zu Streikbrecher-Diensten an.

— Ein Kollege der RFFU berichtete über den Versuch eines Streiks 1980 (siehe oben),

— und ein Fluglotse berichtete nochmals ausführlich über ihre go-slow-Aktionen und das Urteil gegen den Fluglotsenverband von 1978.

Jacob Moneta von der IGM wandte sich in seinem Beitrag dagegen, alles schwarz zu sehen. Er habe in betrieblichen Aktionen erlebt, wie Kollegen mit viel Phantasie rechtliche Hürden umgehen würden. Vielfach stehe nicht die Frage im Vordergrund, ob etwas legal sei, sondern ob es legitim sei. Moneta müßte aber eigentlich wissen, daß zahlreiche Belegschaften, auf die er sich bezog, von ihren Gewerkschaften weitgehend im Stich gelassen wurden.

Die etwa 100 Teilnehmer der Veranstaltung haben reichlich Informationen mit nach Hause genommen. Gedacht war das Treffen als ein Auftakt zur Diskussion der Fragen, die das Aschu-Urteil für die Gewerkschaften stellt. Das Treffen hat gezeigt, daß in diesem Sinnne noch viel zu tun ist, aber auch viel getan werden kann.

Ein Genosse des KB/Gruppe Frankfurt

7. Strafverteidigertag:

Anwälte lehnen geplanten „kurzen Prozeß" einhellig ab

Die geplanten Veränderungen sollen angeblich dem Ziel dienen, die Kosten des Strafjustiz-Apparates zu senken und v.a. die Verfahren zu beschleunigen. Vorgesehen sind im Wesentlichen folgende Maßnahmen (Einzelheiten vgl. AK 226):

- das Recht, als Angeklagter selbst Beweisanträge zu stellen, soll im Verfahren vor dem Amtsgericht abgeschafft werden;
- die Sprungrevision, d.h. die Möglichkeit, Urteile des Amtsgerichts unter rechtlichen Gesichtspunkten, v.a. auf die Einhaltung formeller Vorschriften hin überprüfen zu lassen, soll abgeschafft werden;.
- die Möglichkeit, nach einer 2. Berufungsinstanz auch noch die 3. Instanz anzurufen, soll nur noch bei ausdrücklicher Zulassung durch das Gericht bestehen;

- die Möglichkeit, nach einer 2. Berufungsinstanz auch noch die 3. In-

- die Ablehnung eines Richters wegen Befangenheit soll für bestimmte Verfahrensstadien aus der öffentlichen Hauptverahndlung verbannt werden in ein schriftliches Antragsverfahren;
- das Recht, Anträge zu begründen, selbst Fragen an Zeugen und Sachverständige zu stellen und Erklärungen abzugeben, soll eingeschränkt werden: der Richter soll die Befugnis bekommen, dem Verteidiger das Wort zu entziehen;
- statt Zeugen unmittelbar zu hören, soll es in Zukunft zulässig sein, frühere Vernehmungsprotokolle zu verlesen; beweiserhebliche Urkunden brauchen u.U. noch nicht einmal mehr verlesen zu werden;
- für die Überprüfung von Haftbefehlen durch die Oberlandesgerichte, die nach einer bestimmten Dauer der Untersuchungshaft obligatorisch vorgeschrieben ist, sollen künftig längere Fristen gelten.

Während die Beschneidungen von Verteidigerrechten, wie sie in den 70er Jahren von der SPD-FDP-Regierung im Zuge der sogenannten Terrorismusbekämpfung vorgenommen worden sind, noch weitgehend widerspruchs- und wiederstandslos von der Mehrheit der Anwaltschaft hingenommen worden sind, sieht sich der Gesetzgeber mit diesen Plänen der einhelligen Ablehnung durch die gesamte Anwaltschaft gegenüber. Wie läßt sich dieser „Sinneswandel" erklären?

Einen wenig erfreulichen Kommentar hatte Felix Kurz in der „taz" parat (19.4.83): Man habe sich eben darauf beschränkt, „brav defensiv" zu argumentieren, habe sogar die Vokabel vom „Mißbrauch von Verteidigerrechten" bereitwillig von der Gegenseite übernommen und „sich in Verständnis füreinander" geübt. Ist die Einhelligkeit der Ablehnung also durch eine Verwässerung der Positionen, durch Anbiederung erkauft?

Meines Erachtens hat diese Entwicklung ihre Ursache weniger in einem Bewußtseinswandel der Strafverteidiger zum Schlechten, als in dem veränderten politischen Charakter des jetzigen Gesetzesvorhabens selbst gegenüber den Strafrechtsänderungen der letzten Jahre. Diese zielten vorwiegend auf die politisch brisanten und spektakulären, in ihrer Zahl aber verschwindend geringen „Terroristenprozesse", bzw. wurden jedenfalls mit Blick auf diese Mammutverfahren legitimiert. Dagegen treffen die jetzt angestrebten Änderungen in erster Linie das amtsgerichtliche Strafverfahren, wo 97-99% aller Prozesse durchgeführt werden. Die Pläne werden auch ausdrücklich damit begründet, daß die Justiz von der Masse der „normalen", kleinen Strafverfahren überlastet sei. Mit dem

der Masse der „normalen", kleinen Strafverfahren überlastet sei. Mit dem

neuen Gesetz soll also das Instrumentarium geschaffen werden, mit dem — bei gegebenen Kapazitäten — die zunehmende Zahl kleinerer Delikte „bewältigt", sprich abgeurteilt werden kann.

Entscheidend für die jetzige Gesetzesinitiative dürfte aber nicht nur die in den letzten Jahren stetig steigende Kriminalitätsstatistik sein, sondern auch die erst noch auf uns zukommende Welle der Kriminalisierung im Bereich des Demonstrationsrechts. Neben der von der CDU-FDP-Regierung geplanten Verschärfung des Demonstrationsrechts sollen also auch gleich die verfahrensrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß der erweitere „Strafanspruch des Staates" nicht nur auf dem Papier — oder besser: im Gesetzbuch — steht, sondern auch die entsprechenden Verurteilungen folgen werden. Diesen Zusammenhang erahnte beispielsweise sogar der bereits erwähnte DAV, indem er in einer Stellungnahme zu den rechtspolitischen Plänen der neuen Regierung kürzlich meinte, die Änderung des Demonstrationsrechts könne zu einer „Überschwemmung von Gerichten" führen („FR", 5.4.83).

Zu einer Einordnung der geplanten Strafverfahrensänderungen vor diesem politischen Hintergrund ist es bei den Diskussionen auf dem Strafverteidigertag allerdings nicht gekommen. Die Ablehnung der Anwälte rührt vielmehr tatsächlich erstmal aus einem „Standesinteresse". Denn die Vorschläge — sollten sie Gesetz werden — würden die Verteidigungsrechte in weiten Bereichen so weit aushöhlen, daß die Verteidigung als Institut des Strafprozesses tendenziell überflüssig wird. Niemand wird sich mit Anwaltskosten belasten, wenn der Verteidiger mangels effektiver Verteidigungsrechte sowieso nichts erreichen kann. Weil die Änderungsvorhaben nicht nur wenige außergewöhnliche Prozesse, sondern die Masse der „normalen" Verfahren betreffen, zieht auch das Argument vom angeblichen „Mißbrauch von Verteidigerrechten", mit dem es bei den Strafprozeßrechts-Änderungen der letzten Jahre gelungen ist, die Anwaltschaft zu spalten, diesmal nicht mehr.

Daß die Anwälte in ihrer Gesamtheit durch ihre Gegnerschaft zur offiziellen Regierungspolitik im Handumdrehen gleich zu linken Systemkritikern werden, hatte allerdings — außer offenbar Felix Kurz — niemand erwartet. Die Auseinandersetzungen auf dem Strafverteidigertag waren eher durch Illusionen gekennzeichnet.

So wurde beispielsweise die Ansicht geäußert, über den einschneidendsten Punkt, die Abschaffung des Beweisantragsrechts, brauche man nicht zu diskutieren, weil das sowieso kein Gesetzgeber umsetzen würde. Ebensowenig wurde auch nur erwogen, was zu tun sei, wenn der vorliegende Referentenentwurf doch Gesetz wird. Erst bei der Verabschiedung der Abschlußerklä-

entwurf doch Gesetz wird. Erst bei der Verabschiedung der Abschlußerklä-

rung fiel dies einem Anwalt auf, so daß wenigstens der Beschluß gefaßt wurde, in diesem Falle einen außerordentlichen Strafverteidigertag einzuberufen, um das weitere Vorgehen zu beraten.

Stattdessen wurde sich lebhaft darüber gestritten, wer nun eigentlich der „geborene Gegner" eines liberalen Strafverfahrens sei — die Ministerialbürokratie oder die Richterschaft. Dabei wurde überwiegend die Ansicht vertreten, daß man die Richterschaft als Bündnispartner im Kampf gegen den Abbau von Verteidigerrechten gewinnen sollte, weil doch auch sie ein Interesse am Erhalt eines rechtsstaatlichen Verfahrens haben müsse. Abgesehen davon, daß diese Sichtweise die Interessenlage und das Bewußtsein der Richterschaft — von Ausnahmen abgesehen — verkennt (denn sie ist ja immerhin als sogenannte „Dritte Gewalt" unmittelbar Trägerin staatlicher Herrschaft und hat in dieser Funktion ihrerseits bereits einiges zum Abbau von Verteidigerrechten beigetragen), kommt hier speziell hinzu, daß die abgelehnten Vorschläge der Justizministerkonferenz wie des Referentenentwurfs auf „Anregungen von der Praxis", d.h. Forderungen der Richterschaft beruhen.

In welche Richtung die Reise (weiter)geht, machte denn auch der Vorschlag eines Podiumsredners der Abschlußveranstaltung deutlich. Er propagierte — praktisch parallel zur Durchbrechung des Legalitätsprinzips im Bereich polizeilicher Strafverfolgungstätigkeit — eine punktuelle Durchbrechung des Schuldprinzips im Bereich gerichtlicher Strafverfolgung: Man solle doch einmal überlegen, ob nicht für Bußgelder im Straßenverkehr bis zu 100 DM die Verschuldenshaftung aufgehoben werden sollte, so daß diese Bußen bezahlt werden müssen, gleichgültig ob sie den Richtigen treffen oder nicht. Das würde die Gericht enorm entlasten . . .

Diesen Vorschlag machte ein Richter, Vorsitzender beim Bundesgerichtshof.

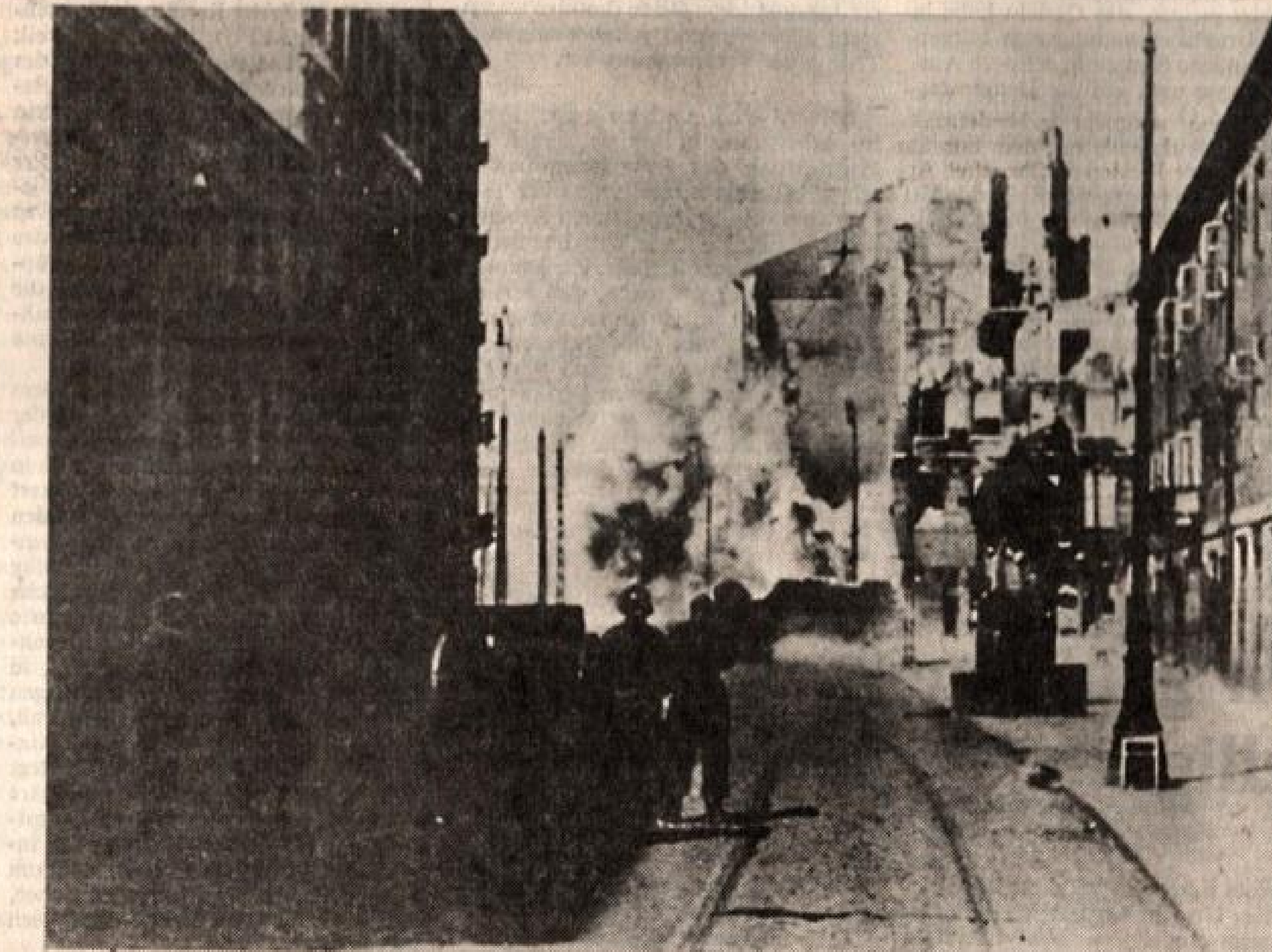
E., Anti-Rep.-Kommission Hamburg

Arie Goral:

Der Aufstand im Warschauer Ghetto

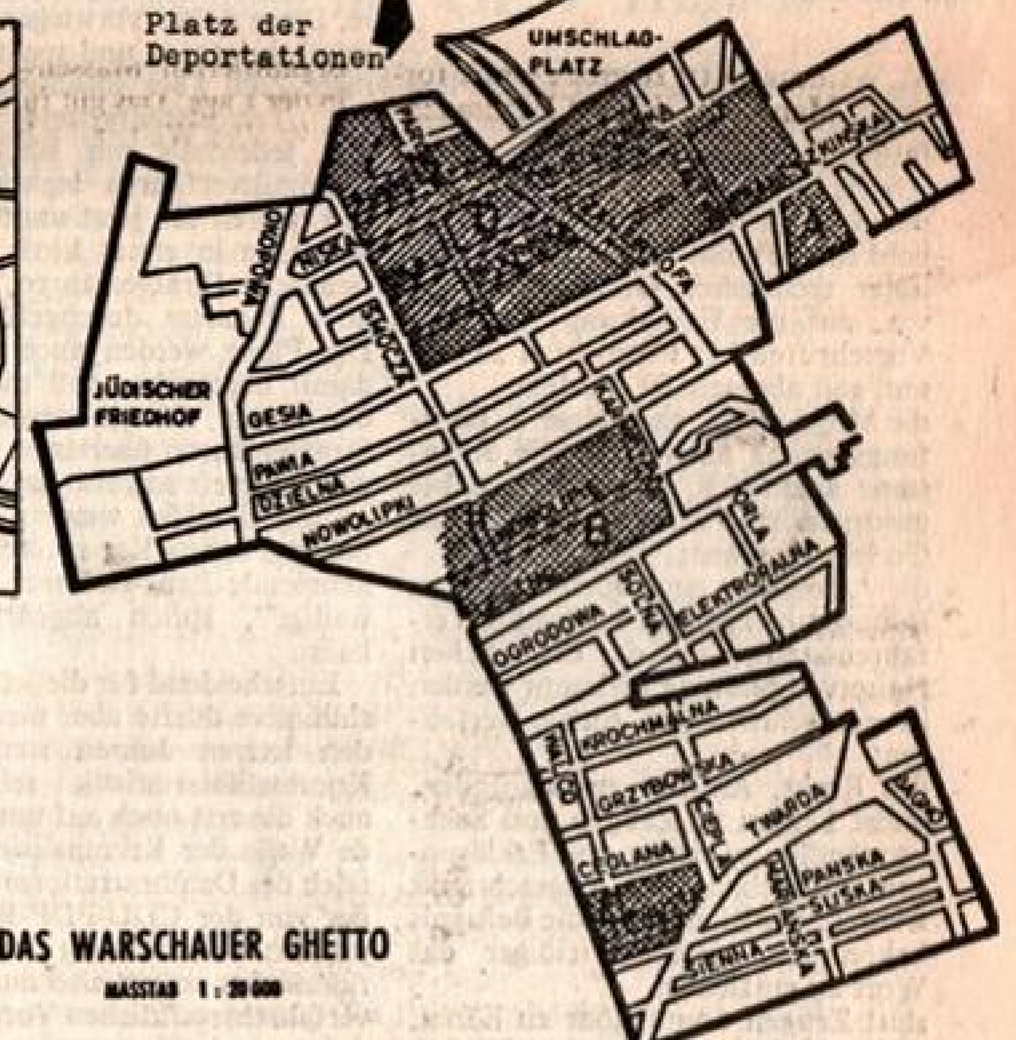
Zunächst stellt sich die Frage, warum so wenig über den Aufstand im Warschauer Ghetto bekannt ist und aus welchen Gründen er niemals so recht ins Zentrum des antinazistischen und antifaschistischen Bewußtseins jener Öffentlichkeit gelangte, die zu so vielen anderen Gelegenheiten doch so emphatisch ihre Solidarität und ihr Engagement unter Beweis stellt. Es ist darum so verwunderlich, weil doch dieser jüdische Aufstand im Bereich und in der Zeit des NS-Gewaltregimes eine Ruhmestat in der Geschichte des aktiven Widerstands gegen NS-Unterdrückung — ohne jede Aussicht auf Erfolg! — darstellt. Schon diejenigen Juden — und es waren zumeist junge — die damals den Aufstand wagten, wurden mit der Tatsache konfrontiert, daß die nichtjüdische antinazistische Umwelt außerhalb des Ghettos, die zwar auch unter großen Bedrängnissen und teilweise im Untergrund lebte, ihnen materiell — beispielsweise durch Lieferung von Waffen oder durch Entlastungsaktionen — nur wenig half. Es ist eine ebenso bekannte wie beschämende Tatsache, daß die Masse der polnischen Bevölkerung Warschaus dem mörderischen Geschehen gleichgültig, wenn nicht gar zustimmend zusah. Vielleicht spielt das „schlechte Gewissen vor der Geschichtserinnerung" bei der zumeist nur peripheren Behandlung des Themas eine Rolle. Anläßlich der jetzt vierzigjährigen Wiederkehr der Tage des Ghettoaufstands mag sich da manchens ändern und nachgeholt werden.

Bei dieser Gelegenheit sollte überhaupt einiges gesagt werden über die [illegible] haupt einiges gesagt werden über die Betrachtungs- und Bewertungsweisen auch auf Seiten der Linken, wenn es um die geschichtliche Einordnung des sogenannten Holocaust, nämlich des millionenfachen Mordes an Juden geht. Es wird da oft kritisierend gefragt, warum sich die Juden nicht wehrten, warum sie sich „wie Schafe zur Schlachtbank führen ließen"? Abgesehen davon, daß es genügend Beweise dafür gibt, daß sich Juden in Wort und Tat und durch Einreihung in den aktiven antinazistischen Kampf wehrten — und das gilt auch für bürgerlich jüdische Kreise — sollten doch diejenigen, die nach dem Widerstand der Juden fragen, also nach dem Widerstand einer Minderheit in einer nichtjüdischen Umwelt, zunächst einmal erfragen, was denn Proletariat und demokratisches Bürgertum zur Zeit, vor und mit Beginn der Verfolgung der Juden, also kurz vor 1933 und danach taten, um diese Verfolgung zu verhindern?! Noch direkter gefragt: Was taten die demokratischen und linken Organisationen gegen eine in den zwanziger Jahren von völkischen und rassistischen Kreisen betriebene und zu Verfolgung und Mord aufhetzende antisemitische Propaganda? Auch damals schon ließen sie doch die Juden im Stich! Was tat die Öffentlichkeit am Judenboykott-Tag 1933 (1. April 1933)? Sie schwieg — und ließ ihn geschehen. Was tat sie in der sogenannten Reichskristallnacht im November 1938? Sie schwieg — und ließ sie und alles danach geschehen! Wie sollte sich da eine Minderheit wehren können, zumal eine in den Osten in eine völlig fremde Umwelt deportierte, in eine Umwelt, die ohnehin berüchtigt für ihren Antisemitismus war?! Die terrorisierten und erschöpften, in die Vernichtungslager verschleppten Juden konnten sich nicht wehren! Das Warschauer Ghetto war letztlich eine der Endstationen einer Vernichtungsindustrie, aus der es — mit normalen Maßstäben gemessen — kein Entrinnen gab. Daß nun trotzdem in diesem Inferno zumeist junge Juden Widerstand organisierten — insgesamt mögen es vielleicht achthundert gewesen sein — darin besteht die beispielgebende Tat. Mit internationaler Hilfe konnten sie nicht rechnen, auch von polnischer Seite war die echte Solidarität gering. Wer die Geschichte des internationalen Kampfes gegen Faschismus und Nazismus kennt, der weiß, wie groß aber die Zahl der am Widerstand beteiligten Juden ist.



Beschießung des Ghettos — **Foto: Arie Goral**





GRENZEN DES GHETTOS LT. VERORDNUNG VOM 18.10.40
TORE ZUM GHETTO
GRENZEN DES GHETTOS NACH DER „AUSSIEDLUNG" JULI - SEPTEMBER 1942
A BÜRSTENMACHER-WERKSTÄTTEN
B TÖBBENS-SCHULZ FABRIKEN
C DAS SOGENANNTE „KLEINE GHETTO"
D DAS ZENTRALE GHETTO

DAS WARSCHAUER GHETTO
MASSTAB 1:20000



SS-General Jürgen Stroop mit seinem Stab

Foto: Arie Goral

***

Was war das „Warschauer Ghetto"? Am 13. September 1940 bereits wurde im Verordnungsblatt des sogenannten Generalgouvernements Polen angekündigt, „daß in Warschau ein Wohnbezirk zu bilden sei, in dem die in Warschau lebenden und nach Warschau zuziehenden Juden Wohnung zu beziehen hätten". Bei den „zuziehenden Juden" handelte es sich selbstverständlich nicht um freiwillig aus eigenem Entschluß „umziehende" Juden, sondern um solche, die aus anderen polnischen Städten zwangsevakuiert worden waren und nun in die Hauptstadt getrieben wurden oder dort Zuflucht suchten, natürlich unter völlig desorganisierten Verhältnissen und unter Zurücklassung ihrer Habe. Im weiteren Verlauf der Aktionen der NS-Okkupanten wurden in das Ghetto auch Juden aus anderen osteuropäischen okkupierten Ländern, Städten und Gemeinden zwangsweise eingewiesen, aber u.a. auch Juden aus Österreich, Deutschland und Danzig.

Allein schon diese kulturell und sozial heterogene Ballung einer Zwangsgemeinschaft, die auf keinerlei gemeinsamer Gesellschaftsentwicklung basierte, bedingte elementare soziale Spannungen und materielle Interessenantagonismen. In keiner Zwangsgemeinschaft, die aufgrund ähnlicher Verhältnisse eine auch nur vergleichsweise bedrohliche Notexistenz führen müßte, käme es zu einem gesellschaftlich und sozial normalen und „gerechten" Zusammenleben. Auch im Warschauer Ghetto — wie in anderen Ghettos — gab es krasse soziale Gegensätze und Mißstände. Es gab eine Hierarchie von Juden, die nicht zuletzt aufgrund ihrer tradierten ökonomischen und finanziellen Privilegien und ihrer „Ämter und Funktionen" im Überfluß lebten; die Masse des Ghettovolkes aber lebte im tiefsten Elend. Es kann hier nicht näher davon berichtet werden, wie der gesellschaftlich und politisch sich seiner Verantwortung bewußte Teil der Ghettobevölkerung das Chaos zu verhindern und das Elend zu mindern suchte.

Aber unvermeidlich ist, daß in aller Offenheit kritisch über zwei Einrichtungen des Ghettos gesprochen wird: Über den „Judenrat" und über den „Ordnungsdienst", die jüdische Ghettopolizei. Aber jedes Pauschalurteil wäre unangebracht. Weder der ‚Judenrat' noch die jüdische Polizei — und keines von beiden konnte sich auf eine uneingeschränkte Autonomie und ungehinderte Entscheidungsfreiheit berufen — sind als Ganzes in ihren Funktionen zu verurteilen. Was den ‚Judenrat' anbetrifft, so trug er eine ungeheure und letztlich nicht zu bewältigende Verantwortung, nämlich über die notdürftige Aufrechterhaltung der Zwangsordnungen einer Masse von über 500.000 Juden, deren Leben bzw. Vegetieren sich außerhalb aller Rechtsnormen abspielte. Diese halbe Million „lebte" auf einer Fläche von etwas über 40 Hektar, auf der sich etwa 25.000 Wohnungen befanden mit einem Zimmerdurchschnitt von zwei bis zweieinhalb Zimmern. Diese Behausungen waren im Schnitt mit je 15 Personen und pro Zimmer zwischen 6 bis 8 Menschen belegt. Von den anfänglichen 500.000 Juden waren zu Beginn des Jahres 1943 nur noch etwa 50.000 verblieben. Nahezu 450.000 waren über den sogenannten „Umschlagplatz" in das Vernichtungslager Treblinka deportiert worden oder waren vor Hunger, Erschöpfung und durch Epidemien gestorben. Von auch nur einigermaßen intakten hygienischen Einrichtungen konnte nicht die Rede sein. (Um bei dieser Gelegenheit einer infamen Lüge und Faktenfälschung zu begegnen: kein Ghetto wurde angelegt, um Seuchen, Typhus usw. zu verhindern oder

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

einzuschränken — wie es der notorische Neonazi Rechtsanwalt Jürgen Rieger als Verteidiger eines wegen NS-Verbrechen Angeklagten unlängst in einem Hamburger Prozess behauptete — sondern diese Menschenmassen ohne jede hygienische Betreuung sollten durch Seuchen dezimiert und liquidiert werden!)

Am 22. Juli 1942 fand eine für das weitere Schicksal der Juden im Ghetto entscheidende Sitzung des SS-Oberkommandos statt. Dem Judenrat wurde angekündigt, daß mit diesem Tag die Aussiedlung der Juden aus dem Ghetto stattfände. Dem Judenrat wurde anbefohlen, diese „Aussiedlung", die faktisch die Deportation in das Vernichtungslager Treblinka bedeutete, zu organisieren und durchzuführen, andernfalls der Judenrat selbst deportiert werden würde. Zwei Tage später beging der Vorsitzende des Judenrats, Adam Czerniakow, Selbstmord. Im März 1942 hatte schon die Dachorganisation der sozialistisch-zionistischen Jugend, der „Hechaluz" (der Pionier) eine Konferenz einberufen, an der verschiedene sozialistisch-zionistische, kommunistische und sozialdemokratisch-jüdische Gruppen teilnahmen. Es wurde die Schaffung einer Kampforganisation beschlossen, die alle politischen Gruppen umfassen sollte. Am 18. Juli 1942 wurde beschlossen, eine Kampfgruppe zu bilden, die den Nazis gegenüber offenen Widerstand leisten, zum allgemeinen Widerstand aufrufen und diejenigen ausschalten bzw. liquidieren sollte, die den Widerstand verhindern wollten. Es wurden Aufrufe in polnischer Sprache verfaßt, die von der „Zydowska Organizacja Bojowa" ZOB (Jüdische Kampforganisation) unterzeichnet waren. Diese Organisation begann also schon im Sommer 1942 mit den Vorbereitungen zum Widerstand. Zahlenmäßig war es zunächst eine kleine Gruppe, vielleicht zweihundert Kämpfer und Kämpferinnen. Es fehlte total an Waffen. Am 18. Januar 1943 wurde das Ghetto von der SS völlig abgeriegelt. Bei dieser Gelegenheit leistete die Kampforganisation den ersten aktiven Widerstand. Fast alle jüdischen Kämpfer kamen ums Leben. Die Organisation zog daraus die Konsequenz, daß Straßenkämpfe gegen SS und Wehrmacht (!) zu große Opfer forderten. Man stellte sich auf Partisanentaktik um.

Der offene Kampf brach am 19. April 1943 aus, in der Nacht um 2 Uhr. Deutsche, lettische und ukrainische Posten umstellten das Ghetto. Etwas später erkundeten Spähtrupps der ZOB Konzentrationen größerer SS-Einheiten im Ghetto. Zwischen vier und fünf Uhr waren alle jüdischen Kampftruppen in die vorbereiteten Stellungen gegangen. Etwa zwei Stunden später rückten 2.000 SS-Männer mit Panzern, Schnellfeuergeschützen und Maschinengewehren nach. Die „Umsiedlung" sollte beginnen, d.h. diese militärische Übermacht sollte die Deportation erzwingen. So fanden sich auch alle SS- und Polizeikommandeure ein, die, ebenso wie die Gestapo, diese Deportation leiten sollten. Vom einsetzenden militärischen Widerstand der Juden völlig überrascht, zogen sich die SS-Panzer und SS-Truppen zunächst zurück. Ein Panzer wurde außer Gefecht gesetzt, auch Tote und Verwundete waren zu verzeichnen.

Zwei Tage vor Beginn der Kämpfe, also am 17. April, war der neue Chef der SS und Polizei im Distrikt Warschau, General Jürgen Stroop, eingetroffen, der die Liquidierung der Juden und die Niederreißung des Ghettos leiten sollte. Da aber die Aktion nicht nach vorgefaßtem Plan verlief, übernahm Stroop nunmehr die Niederschlagung des Aufstands mit dem ihm zur Verfügung stehenden militärischen Apparat, gegen den das Häuflein der Aufständischen letztlich machtlos war.

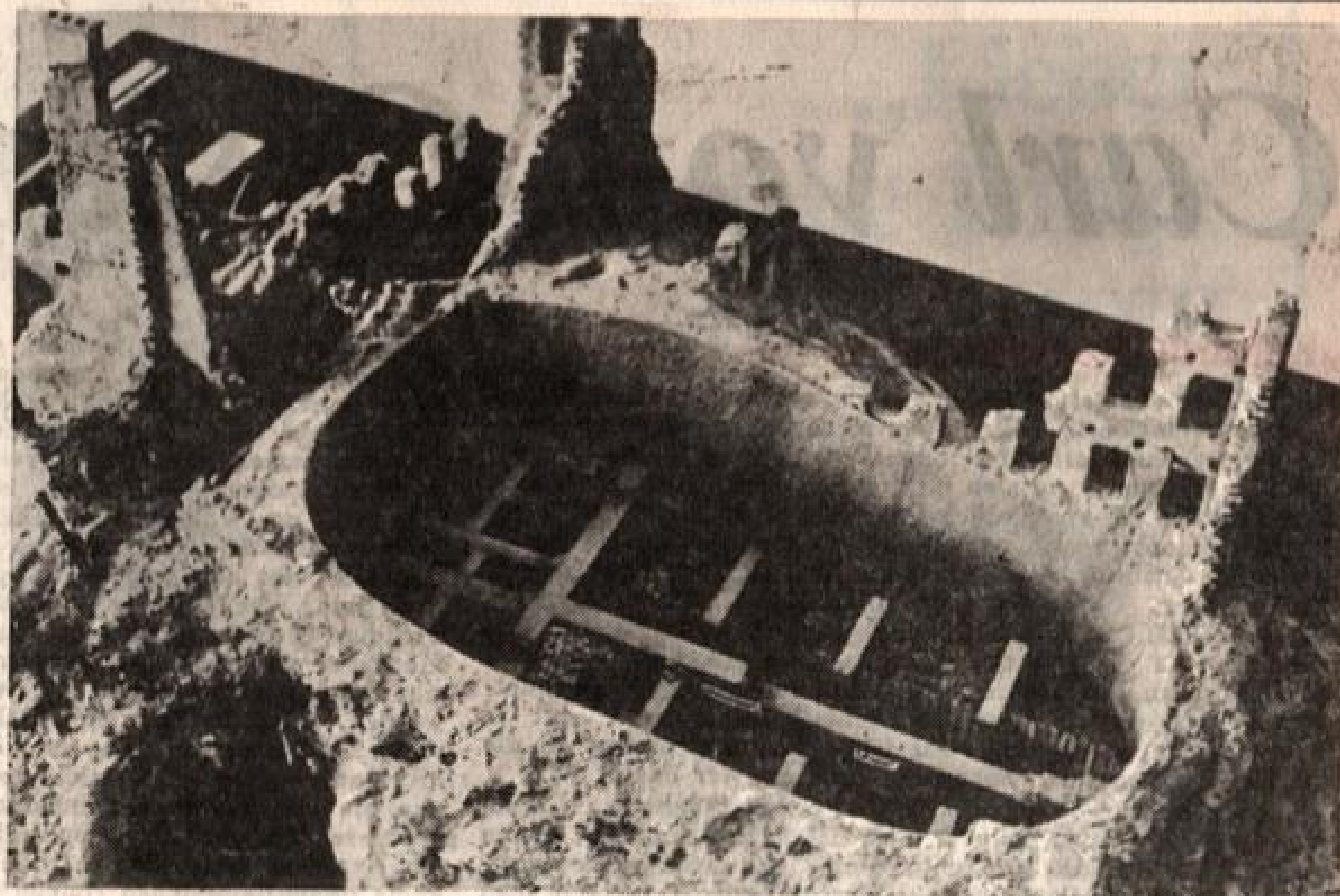


Foto: Arie Goral

Nachgebildetes Modell vom Führerbunker

Es erbrächte wenig an Informationen, wollte man nun einzelne Phasen des wahrhaft heroischen Kampfes schildern. Eine durch Hunger, Epidemien und Terror, durch stete Furcht vor Deportation und durch die tatsächlich stattfindenden Deportationen demoralisierte, physisch und psychisch total erschöpfte Masse war zu einem organisierten Massenwiderstand nicht in der Lage. Das gilt für Warschau, wie es in aller Welt so ist bzw. sein würde. Alle Voraussetzungen fehlten, um mit Aussicht auf Erfolg Appelle zum Widerstand an die Massen — Alte, Kranke, Ausgehungerte, verwahrloste Kinder — richten zu können, zumal keinerlei Aussicht auf Hilfe war. Ein Schandmal der europäischen und polnischen Geschichte, die ohnehin gegenüber den Juden von dunklen Flecken bedeckt ist, bleibt — und da helfen auch keine Retuschen! — darin bestehen, daß selbst der polnische und europäische Widerstand gegen die Nazis es an einem quantitativ und qualitativ relevanten Beistand fehlen ließen. Die wenigen Ausnahmen zählen höchstens moralisch, aber nicht militärisch. Man unternahm keine Entlastungsoperationen; man half nicht mit relevanten Waffenlieferungen. Die Aussichtslosigkeit des Aufstands bestand nicht zuletzt in seiner Isoliertheit, in seiner Resonanzlosigkeit in der nichtjüdischen Umwelt!

Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk – in Warschau mehr!

Titelblatt vom Stroop-Bericht

Einer der führenden Köpfe, Mordechai Anielewicz, führendes Mitglied der zionistisch-linkssozialistischen Jugend-Organisation „Hashomer hazair" (Wächter der Jugend), Kommandant der Kampf-Organisation, kam Anfang Mai mit seinem Führungsstab ums Leben, als die SS den Kommandobunker entdeckte und Gas in ihn einleitete. Anielewicz und viele seiner Genossen endeten durch Selbstmord. Der Henker Jürgen Stroop führte in dem nach ihm benannten „Stroop-Bericht", in seinen Ereignismeldungen, vom 20. April bis zum 24. Mai 1943, genau Buch über das mörderische Geschehen. So heißt es im Fazit, daß außer den 56.065 (sechsundfünfzigtausendfünfundsechzig) *„vernichteten Juden"* 5 - 600 *„schätzungsweise bei Sprengungen und durch Feuer vernichtet wurden"*. Aber Stroop ist gezwungen, vom nicht nachlassenden Widerstand *„der Banditen und Untermenschen"* zu berichten. So auch am 10. Mai, als sich Angehörige der jüdischen Hauptkampftruppen in die Ruinen zurückzogen, *„um von dort feuernd, den eingesetzten Kommandos Verluste beizubringen."* Am gleichen Tag berichtet Stroop auch *„vom guten Einvernehmen mit der Wehrmacht"*, die auch *„eine größere Menge Sprengmunition zur Verfügung stellte."* Erst am 16. Mai, also nach fast vierwöchigem Kampf, nach heldenhaftem Widerstand der jüdischen Kämpfer konnte Stroop berichten: *„Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschau besteht nicht mehr. Mit der Sprengung der Warschauer Synagoge wurde die Großaktion um 20.15 Uhr beendet!"* Auch in diesem Fall bezeugt das *„gute Einvernehmen mit der Wehrmacht"*, wie diese auch hier — wie in so vielen anderen Fällen — an den Mordverbrechen des NS-Regimes beteiligt war! (Stroop wurde nach 1945 an Polen ausgeliefert, dort zweimal zum Tode verurteilt und 1952 gehängt.)

Der Untergang des Warschauer Ghettos ist Teil der Vernichtung der jüdischen Kultur Polens. Aber der Widerstand war ein Signal. Der Aufstand scheiterte an der Übermacht, an der systematischen Ausräucherung und Vernichtung des Ghettos. Die Tagebücher des Emanuel Ringelblum, Widerstandskämpfer, der selbst im Ghetto umkam, sind ein unvergängliches Zeugnis für den heroischen Kampf derer, die das Chaos und die Deportationen zwar nicht aufhalten konnten, die aber den Nazimördern und der Welt zeigten, daß Widerstand selbst in der Aussichtslosigkeit als „Ethik des Widerstands" Sinn hat. Volksdichter sangen Lieder des Kampfes im Ghetto. Janusz Korczak betreute die verwaisten Kinder und ging mit ihnen dann in den Tod in Treblinka. Chaim A. Kaplan beschrieb in seinem Tagebuch die Agonie des Ghettos. Der Dichter Jizchak Katzenelson schrieb in yiddischer Sprache sein Gedichtepos „Das Lied vom letzten Juden", in dem es heißt: „Sing fun die lezte Yidn in eyropas erd!"

Der Chronist, der hier berichtete, gab Nachricht vom Leben und Tod einer kämpfenden jüdischen Jugendbewegung, die ihm einst nahestand. Er versuchte damit, einen Teil der Unkenntnis abzubauen, der zumeist unter nichtjüdischen Kameraden und Genossen vorherrscht. Diese Ignoranz kommt oft einer Diskriminierung gleich. Denn der Widerstand jener zumeist jungen Juden und Jüdinnen ist eins der wenigen Lichtzeichen aus dunkler Zeit. Ich widme diesen Bericht dem Andenken von Josef Wulf, geb. 1912, 1941 — 1943 Mitglied jüdischer Kampforganisationen in Ghettos, 1943 — 1945 Häftling in Auschwitz, Autor vieler Bücher über das Dritte Reich und seine Verbrechen, so auch des Buches „Das Dritte Reich und seine Vollstrecker" — Die Liquidation von 500.000 Juden im Ghetto Warschau — Josef Wulf, Ratgeber und Mahner, der aus Verzweiflung über Unverständnis und abweisende Kälte seiner Umwelt 1974 in West-Berlin Selbstmord beging. Seine Bücher sind neuerdings in Taschenbuchformat (Ullstein-Verlag) wieder erhältlich.

Der offene Kampf brach am 19. April 1943 aus, in der Nacht um 2 Uhr. Deutsche, lettische und ukrainische Posten umstellten das Ghetto. Etwas später erkundeten Spähtrupps der ZOB Konzentrationen größerer SS-Einheiten im Ghetto. Zwischen vier und fünf Uhr waren alle jüdischen Kampftruppen in die vorbereiteten Stellungen gegangen. Etwa zwei Stunden später rückten 2.000 SS-Männer mit Panzern, Schnellfeuergeschützen und Maschi-

Alle Voraussetzungen fehlten, um mit Aussicht auf Erfolg Appelle zum Widerstand an die Massen — Alte, Kranke, Ausgehungerte, verwahrloste Kinder — richten zu können, zumal keinerlei Aussicht auf Hilfe war. Ein Schandmal der europäischen und polnischen Geschichte, die ohnehin gegenüber den Juden von dunklen Flecken bedeckt ist, bleibt — und da helfen auch keine Retuschen! — darin bestehen, daß selbst der polnische und euro-

moralisch, aber nicht militärisch. Man unternahm keine Entlastungsoperationen; man half nicht mit relevanten Waffenlieferungen. Die Aussichtslosigkeit des Aufstands bestand nicht zuletzt in seiner Isoliertheit, in seiner Resonanzlosigkeit in der nichtjüdischen Umwelt!

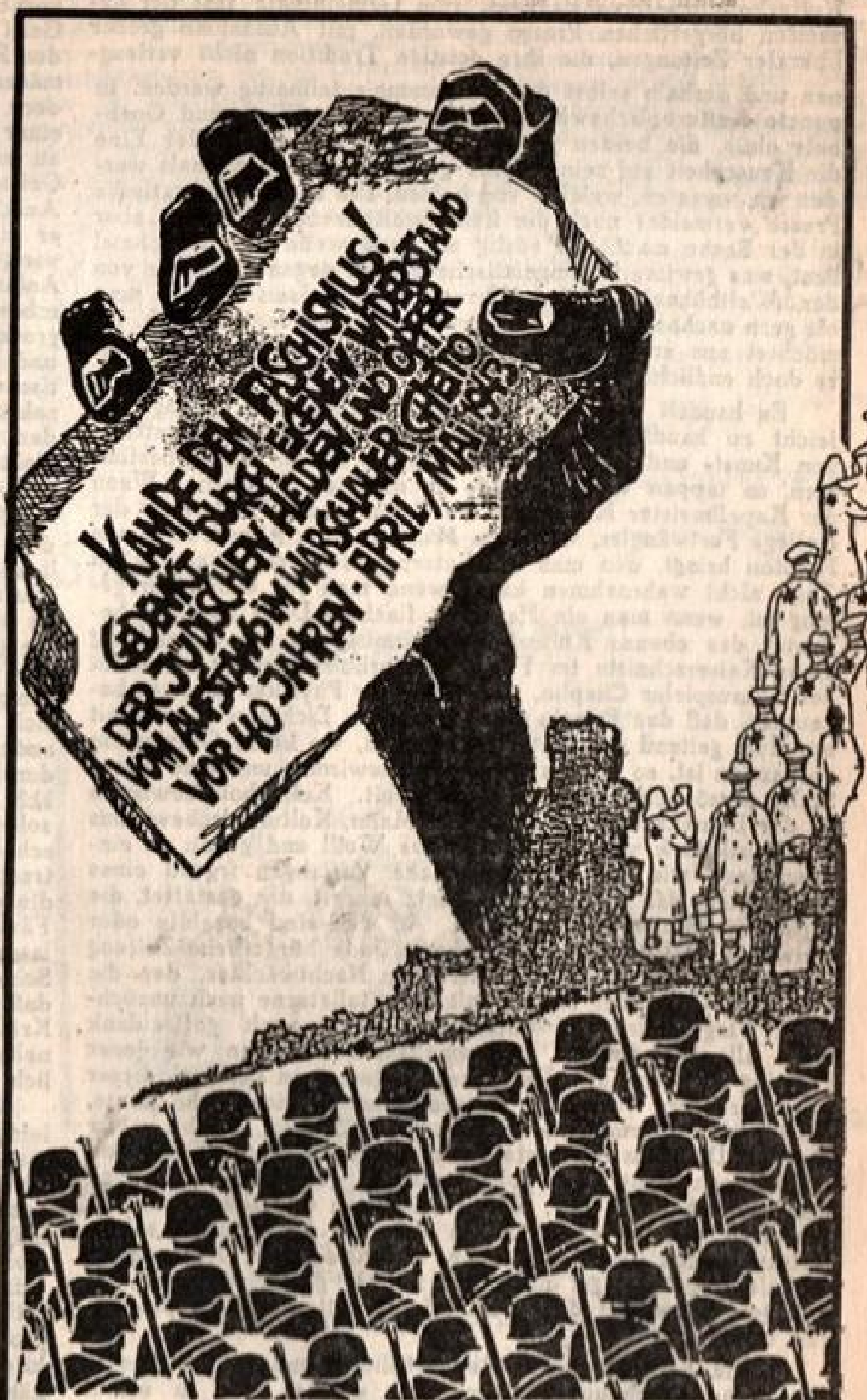
Einer der führenden Köpfe, Mordechai Anielewicz, führendes Mitglied der zionistisch-linkssozialistischen Jugend-Organisation „Hashomer hazair" (Wächter der Jugend), Kommandant der Kampf-Organisation, kam



Jüdischer Partisan

Foto: Arie Goral





Carl von Ossietzky

„Kulturbolschewismus" von Carl v. Ossietzky

Jede Phase der gesellschaftlichen Entwicklung hat ihre besondern Schlagworte. Wenn der menschliche Verstand inmitten eines schnell fortschreitenden Prozesses zu fühlen beginnt, daß die anonymen sozialen Kräfte sich nicht bremsen lassen, dann flüchtet der empfindlich Organisierte in Mystik, während der Grobknochige sich nach Zeitgenossen umsieht, die er als greifbare Anstifter abscheulicher dunkler Vorgänge haftbar machen kann. So entstand im Mittelalter, das unter schrecklichen Epidemien von weiblicher Hysterie litt, der Hexenwahn. Weil man an die Ursache nicht herankonnte, hielt man sich wenigstens an den Opfern der Krankheit schadlos. „Meinetwegen, ihr werdet deswegen nicht heller sehen", ruft in Georg Büchners „Danton" der junge Mann, den man an die Laterne knüpfen will. Hier liegt der Kern der Sache.

Auch in der heutigen krisenhaften Zeit geht die Razzia nach dem Feind, den man für alles belangen kann. Mit einem neuen Schlagwort sucht man den Feind, der das alles angerichtet hat, zu kennzeichnen, zu erfassen; deshalb verfemt man ganze Menschenklassen. Wir kennen diese großmäuligen, kurzbeinigen Schlagworte, deren Lebensdauer so eng an bestimmte Verhältnisse geknüpft ist. Im Krieg war der Feind das perfide Albion, die habgierige Britannia, unter deren Unterröcke sich seitdem unsre Diplomaten und Militärs bei jedem Unwetter verkrochen haben. Die Liberalen der Bismarckzeit sahen alle Tücke der Erde bei den Ultramontanen verkörpert, den „Römlingen", und der große Kanzler hatte sich als Promotor aller Hindernisse den „Reichsfeind" konstruiert, ein Wesen in königlich hannoverschen Junkerstiefeln und mit der Ballonmütze auf dem Kopf, über dem roten Hemd eine schwarze Soutane, in deren Innentasche eine freimaurerische Satzung und ein noch druckfeuchtes Exemplar der ‚Vossischen Zeitung' stak. Die Jagd nach diesem komischen Phantom hat tausenden von Deutschen Kerker und Verbannung eingetragen. Das herrschende Schlagwort von heute heißt: „Kulturbolschewismus" und wird in ein paar Jahren schon ebenso absurd und unverständlich erscheinen wie das Schnüffeln nach den „Reichsfeinden" und andern willkürlich gewählten Trägern des bösen Prinzips.

Das Komplement zum Kulturbolschewismus ist der „Marxismus", eine vor etwa sieben Jahren im Dunkel von Miesbach oder München geborne Albernheit. Wer für den Kulturbolschewismus Autorenehren in Anspruch zu nehmen hat, wissen wir nicht, wahrscheinlich kommt auch diese nichtssagende aber einprägsame Formulierung aus dem Dunstkreis der Journale des Herrn Coßmann. Während der Marxismus sich auf die prononzierten Rechtsblätter beschränkt, ist der Kulturbolschewismus dagegen zum Gemeinplatz fast der gesamten bürgerlichen Presse geworden, mit Ausnahme großer liberaler Zeitungen, die ihre geistige Tradition nicht verleugnen und deshalb selbst der Verdammnis teilhaftig werden. In puncto Kulturbolschewismus sind sich auch Wirth und Goebbels einig, die beiden großen Josephe, von denen der Eine die Keuschheit auf sein Banner geschrieben hat; niemals werden wir verraten, welcher von beiden. Die sozialdemokratische Presse vermeidet noch die kompromittierende Vokabel, aber in der Sache macht sie rüstig mit, und wenn man manchmal liest, was gewisse kommunistische Blätter gegen die Leute von der ‚Weltbühne' auf dem Herzen haben, dann möchte man oft gern nachhelfen und gut zureden: Kinder, sagt es doch, ihr möchtet uns am liebsten Kulturbolschewisten nennen! Sagt es doch endlich!

Es handelt sich also um ein devastierendes Schlagwort, leicht zu handhaben von Demagogen und Ordnungsrettern,

es doch endlich!

Es handelt sich also um ein devastierendes Schlagwort, leicht zu handhaben von Demagogen und Ordnungsrettern,

von Kunst- und Strafrichtern. Wollen wir es näher bestimmen, so tappen wir allerdings im dicksten Finstern. Wenn der Kapellmeister Klemperer die Tempi anders nimmt als der Kollege Furtwängler, wenn ein Maler in eine Abendröte einen Farbton bringt, den man in Hinterpommern selbst am hellen Tage nicht wahrnehmen kann, wenn man für Geburtenregelung ist, wenn man ein Haus mit flachem Dach baut, so bedeutet das ebenso Kulturbolschewismus wie die Darstellung eines Kaiserschnitts im Film. Kulturbolschewismus betreibt der Schauspieler Chaplin, und wenn der Physiker Einstein behauptet, daß das Prinzip der konstanten Lichtgeschwindigkeit nur dort geltend gemacht werden kann, wo keine Gravitation vorhanden ist, so ist das Kulturbolschewismus und eine Herrn Stalin persönlich erwiesene Gefälligkeit. Kulturbolschewismus ist der Demokratismus der Brüder Mann, Kulturbolschewismus ein Musikstück von Hindemith oder Weill und genau so einzuschätzen wie das umstürzlerische Verlangen irgend eines Verrückten, der nach einem Gesetz schreit, das gestattet, die eigne Großmutter zu heiraten. All das sind bezahlte oder freiwillige Hilfsdienste für Moskau. Jede bürgerliche Zeitung beinahe hat ihren kulturschützenden Nachtwächter, der die heiligsten Güter der Nation mit der Stallaterne nach unzüchtigen Fingerabdrücken ableuchtet, wenn auch gottseidank nicht alle ihr Amt so torquemadahaft auffassen wie jener Fighting Paul von der ‚Deutschen Allgemeinen Zeitung', dieser alten Heuhure von einer ausgedienten Offiziosin, die heute, fascistisch aufgemöbelt, eine zweite Jugend erlebt. Nur Marlene Dietrichs berühmte Spitzenhosen im Blauen Engel sind bisher noch nicht kulturbolschewistisch genannt worden, und das wahrscheinlich nur, weil sie ihr von der Ufa selbst angemessen worden sind. Hätte sich die Konkurrenz solche Extravaganzen herausgenommen, so würde Herr Hussong im ‚Lokalanzeiger' längst nach der Polizei geschrieen und den baldigen Untergang der Welt infolge Sittenlosigkeit prophezeit haben.

Wenn heute von der Rednertribüne und in der Presse moralische Anschauungen verbreitet werden, die in einem schroffen Gegensatz zu denen der letzten hundert Jahre stehen, so hat das nichts mit einem sogenannten Sittenverfall zu tun; wenn einige Millionen Menschen den § 218 beseitigt wissen wollen, so heißt das nicht, daß Deutschland bis zum Ende seiner Tage in Lasterhaftigkeit verharren will. Das Laster hat sich noch niemals aufs Rednerpult gestellt und für sich Propaganda gemacht, sondern immer das nächtliche Dunkel gesucht. Der heimliche Excedent wird öffentlich immer nur sich selbst verteidigen und niemals sein Privatvergnügen mit der Gloriole der Moral zu umgeben versuchen. Wenn aber in Massenversammlungen eine Parole ausgegeben wird, wie „Dein Körper gehört dir!" oder wenn für die Legalisierung der sogenannten Kameradschaftsehe geworben wird oder für die Erleichterung der Ehescheidung, so hat sich die sittliche Anschauung der Volksmassen eben geändert. Neue Maximen suchen nach Anerkennung, ein Wendepunkt ist wieder da. Heute scheint alles auf dem Kopf zu stehen, morgen wird das eben noch Verpönte selbstverständlich sein. Faktisch aber tritt nur das ans Licht, was schon längst besteht, nicht die Menschen sind schlechter geworden, sondern die Gesetze. Sie sind zurückgeblieben und müssen neu geformt, neu gefällt werden. Was hat das mit Bolschewismus, mit kommunistischen Lehren zu tun? Die dezidierten Antibolschewisten leben nicht anders, treiben es nicht anders. Der Bolschewismus ist nur die besondere zeitgebundene Pointierung eines ewigen Prozesses, der auch dann nicht aufhört, wenn die Kultursbirren der Reaktion ihn nicht beachten und einmal eine Epoche lang keine denunziatorischen Namen für ihn zur Verfügung haben.

Heute ist dieser Prozeß wieder sehr offensichtlich, es ist Termin anberaumt, und wir alle sind in den verschiedensten Eigenschaften geladen. Die katholische Kirche aber hat sich den scheinbar sichersten, in Wahrheit aber gefährlichsten Platz ausgesucht: den des Staatsanwalts. Denn die Kirche hat im Laufe der letzten hundert Jahre wiederholt in den Prozeß eingegriffen und immer wieder ist sie vom Tribunal der Zeit desavouiert worden. Wie der heutige Papst für die Aufrechterhaltung dessen kämpft, was er die christliche Ehe nennt, so haben seine Vorgänger gegen die Zivilehe und gegen die weltliche Schule protestiert. Sie haben mit ihren feierlichen und oft haßvollen Verwahrungen die Tatsache der fortschreitenden Säkulasierung des bürgerlichen Lebens nicht fortwischen können, sie haben nicht verhindern können, daß sich ein Staat nach dem andern von der Kirche getrennt hat. Die organisierte Religion ist nicht mehr stark genug, um eine Entwicklung von anonymen Triebkräften, die in sehr verschiedenartigen und sehr bunten Einzelheiten sichtbar werden, an ihren äußern Erscheinungen zu packen und aufzuhalten. Wer könnte einem auseinanderwimmelnden Ameisenhaufen Einhalt gebieten? Die Kirche müßte wie so oft Macht durch Geschmeidigkeit ersetzen, um mit vermindertem Prestige aber doch noch lebend durch die Quarantäne des Jahrhunderts zu kommen. Die augenblicklich geübte Methode, sich auf die Polizei zu stützen, ändert nichts Wichtiges, vermehrt nur die Zahl und die Entschlossenheit der offenen Gegner.

Nicht immer hat die Kirche sich gegen progressive Strömungen so feindlich, so ablehnend verhalten. Mindestens ihre vornehmsten Träger haben sich zu Zeiten offen mit dem neuen Geist verbündet. Wir brauchen nur der gewaltigen Päpste der Renaissance Erwähnung zu tun, die nicht nur als Kunstmäcene einem radikalen Zeitwandel Ausdruck gegeben, sondern auch als Politiker dazu beigetragen haben, die Gestalt einer werdenden Gesellschaft zu formen und das Mittelalter zu erschlagen. Clemens XIV. Ganganelli, war es, der als Geistesgenosse Voltaires die Forderung des Jahrhunderts der Aufklärung vollstreckte, den Jesuitenorden aufzuheben, wofür er eines dunklen Todes starb. Der bedeutendste Papst des vorigen Jahrhunderts, der Pio nono, hat wenigstens in seinen Anfängen mit den Liberalen und den Carbonariten, den Bolschewisten von damals, paktiert. Und Benedikt XV., der große Papst des Weltkrieges, ging mit Demokraten, Pazifisten und Freimaurern zusammen und schuf damit jenes hohe politische Ansehen der päpstlichen Kurie, wovon sie bis jetzt gezehrt hat. Wieviel von dem Kapital verwirtschaftet ist, wer-

tische Ansehen der päpstlichen Kurie, wovon sie bis jetzt gezehrt hat. Wieviel von dem Kapital verwirtschaftet ist, wer-

den wir bald wissen. Jedenfalls ist die katholische Kirche nicht zu allen Zeiten so zimperlich, so altjungferlich, so sauer und — Verzeihung! — so protestantisch gewesen wie heute.

Es ist herzlich primitiv, für unsre gegenwärtigen Wirrnisse den „Bolschewismus" verantwortlich zu machen. Die tödlichen Verlegenheiten des Weltkapitalismus auf ein von Moskau und seinen Sektionen ausgehecktes Komplott zurückführen zu wollen, zeigt nur, daß bei den Klagenden mit der Not nicht die geistigen Kräfte wachsen. Überall wird heute der Vorrang der Ökonomie diskussionslos zugestanden, das ist die überrumpelnde Tatsache für alle Köpfe von gestern. Es handelt sich bei solchen Thesen nicht um die ewige Richtigkeit. Unter andern Verhältnissen werden die Menschen auch wieder anders denken. Heute jedoch, wo Millionen, die eben noch auskömmlich lebten, nicht wissen, wo sie morgen das Brot hernehmen sollen, muß jedes übernommene geistige und sittliche Wertmaß schwanken und das, was gestern als unentbehrliche Kultur betrachtet wurde, dahinschmelzen wie Schnee. Die Zeterbolde, die den Zusammenbruch des Bürgertums mit Geschrei über Fäulnis und Zersetzung verfolgen, sollten nicht außer Acht lassen, daß Unzählige aus dieser wirtschaftlich degradierten Schicht einen wahrhaft heroischen Existenzkampf führen und daß sie in der schrecklichen Guerilla um ein Existenzminimum Kräfte entwickeln, die viel sympathischer sind als das traditionelle Bürgerbewußtsein, das seine Stellung als selbstverständlich nimmt und Privilegien fordert.

Die unberufenen Moralisten und Sittlichkeitsretter sind leider Gottes dort am stärksten vertreten, wo sie am wenigsten hingehören, nämlich an den Stellen, wo der geistige Niederschlag dieser Zeit begutachtet und zensiert wird. Dort tummeln sich vornehmlich Schwachköpfe, die nicht darüber hinwegkommen können, daß die Deutschen unter Hindenburg nicht mehr so züchtig leben — wie damals, als Tacitus sie seinen Landsleuten unter die verwöhnten Nasen rieb. Wo tätige Hilfe am Platze wäre, kommen sie mit Untergangsprophezeiungen und künden das Ende des Vaterlandes an. In der Stunde der Gefahr desertieren sie aus den Bereichen des kämpfenden Geistes in das platte aber sichere Land einer weinerlichen und verlogenen Moralität. Kein abgestempelter Patriot, der rheinische Franzosenfreund und fatale jüdische Kulturbolschewik Heinrich Heine ist es gewesen, der für den Glauben an Deutschland den stärksten dichterischen Ausdruck gefunden hat:

Deutschland hat ewigen Bestand!
— Es ist ein kerngesundes Land!

(aus: „Die Weltbühne", 21.April 1931)

„Die Flagge, zu der ich mich bekenne, ist nicht mehr die schwarzrotgoldne Flagge dieser entarteten Republik, sondern das Banner der geeinten antifaschistischen Bewegung"
(Carl von Ossietzky, 17.2.1933)

Carl von Ossietzky: Unbedingter Pazifist, scharfsinniger Kritiker preußisch-militaristischen Geistes und Handelns, glühender Streiter für die Einigung der Arbeiterbewegung. An den Rand des Todes geschunden im KZ. Träger des Friedensnobel-Preises. Auf dem Todeslager noch scharf bewacht von der GeStaPo, gestorben am 4. Mai 1938.

Als konsequenter Antifaschist und Feind jegweden Obrigkeitsstaates selbstverständlich auch verfemt im Adenauer- wie im Schmidt-Deutschland. Der seinerzeitige Hamburger CDU-Vorsitzende Rollmann war durchaus auf der Höhe seiner Zeit, als er 1963 die Teilnahme an einer Ossietzky-Gedenkfeier (welcher Schwachkopf hatte ihn nur eingeladen?) mit dem Bemerken ablehnte: *„In unserem Volk den Willen zur Verteidigung mit der Waffe zu stärken, das ist das Gebot der Stunde. Darum meine ich, daß der Pazifist Carl von Ossietzky uns heute nichts mehr zu sagen hat."* Nicht weniger dem Zeitgeist entsprechend handelte die sozialliberale Landesregierung Niedersachsens, als sie 1975 den von Studenten und Professoren der Universität Oldenburg gefaßten Beschluß, diese Stätte in „Carl-von-Ossietzky"-Universität umzubenennen, ablehnte und die Entfernung des dennoch angebrachten neuen Namens mit Polizeigewalt durchsetzte. Der niederländische Journalist formulierte angesichts dieses Vorgangs die Annahme, *„daß für manchen Bundesrepublikaner der vor einer Generation verschiedene von Ossietzky noch lange nicht tot genug ist"* („Vrij Nederland", 24.5.75). Nur eine der berühmten Ausnahmen, die die Regel bestätigen, ist es, daß nach langjährigem und engagiertem Einsatz von Hamburger Demokraten und Antifaschisten die Staats- und Universitätsbibliothek an seinem 45. Todestag, dem 4. Mai 1983, den Namen Carl von Ossietzkys erhält.

Die Lektüre von Ossietzkys Artikeln, insbesondere aus seiner Zeit als Herausgeber der „Weltbühne" in den Jahren 1925 bis 1933 machen deutlich, weshalb er auch vom „Rechtsnachfolger des Deutschen Reiches" (wie der BRD-Staat sich aufzufassen für angemessen hält) bestenfalls abgefeiert, um keinen Preis aber gewürdigt, also: ernst und beim Wort genommen, wird.

Eine nach Inhalt und Ausstattung vorzügliche Auswahl von Ossietzkys Artikeln bringt sein Biograph Bruno Frei in dem Band **„Rechenschaft — Publizistik aus den Jahren 1913 - 1933"**, der jetzt vom Aufbau-Verlag, Berlin und Weimar, neu aufgelegt worden ist. Die Auswahl enthält auf 300 Seiten über 60 (ungekürzte) Artikel, darunter 40 aus der „Weltbühne". Diese Arbeiten, wenn auch stets von einem aktuellen Anlaß ausgehend, sind heute noch und zum nicht geringen Teile heute erst recht höchst lesenwert, da Ossietzky sich stets, über den Anlaß hinausgehend, in prinzipieller Weise zu Fragen des Pazifismus, Militarismus, des antifaschistischen Kampfes, der Einheit der Arbeiterbewegung, der Kritik an SPD und KPD äußert. Der Auswahl beigegeben ist ein rund hundertseitiger Anhang, der es in sich hat: Nebst einer biografischen Skizze von Bruno Frei (nicht ganz frei von „Vereinnahmungsversuchen" und einer manchmal etwas peinlichen Arroganz gegenüber einem Autor, dem *„die komplizierten Probleme der Strategie und Taktik des Klassenkampfes ... fremd"* waren), einer Zeittafel und einem Verzeichnis der erwähnten Zeitungen und Zeitschriften, das die politische Zuordnung der erwähnten Presseorgane ermöglicht, finden sich unter der schlichten Überschrift „Anmerkungen" zu jedem der Aufsätze Erläuterungen von Vorgängen, Namen und Anspielungen, die heute nicht mehr (so ohne

dem der Aufsätze Erläuterungen von Vorgängen, Namen und Anspielungen, die heute nicht mehr (so ohne

weiteres) verständlich sind. Das ganze, im vergleichsweise stabilen Pappband, für 12 (zwölf!) Westmark!

Eine der brillantesten Arbeiten von Ossietzky, seinen Aufsatz „Kulturbolschewismus", eine prinzipielle Auseinandersetzung mit den Mechanismen des Antikommunismus, geben wir hier im Faksimile nach der „Weltbühne" vom 21. April 1931 wieder. Wer hierin streckenweise eine Kritik der „geistigen Wende" sieht, liegt nicht so falsch ...

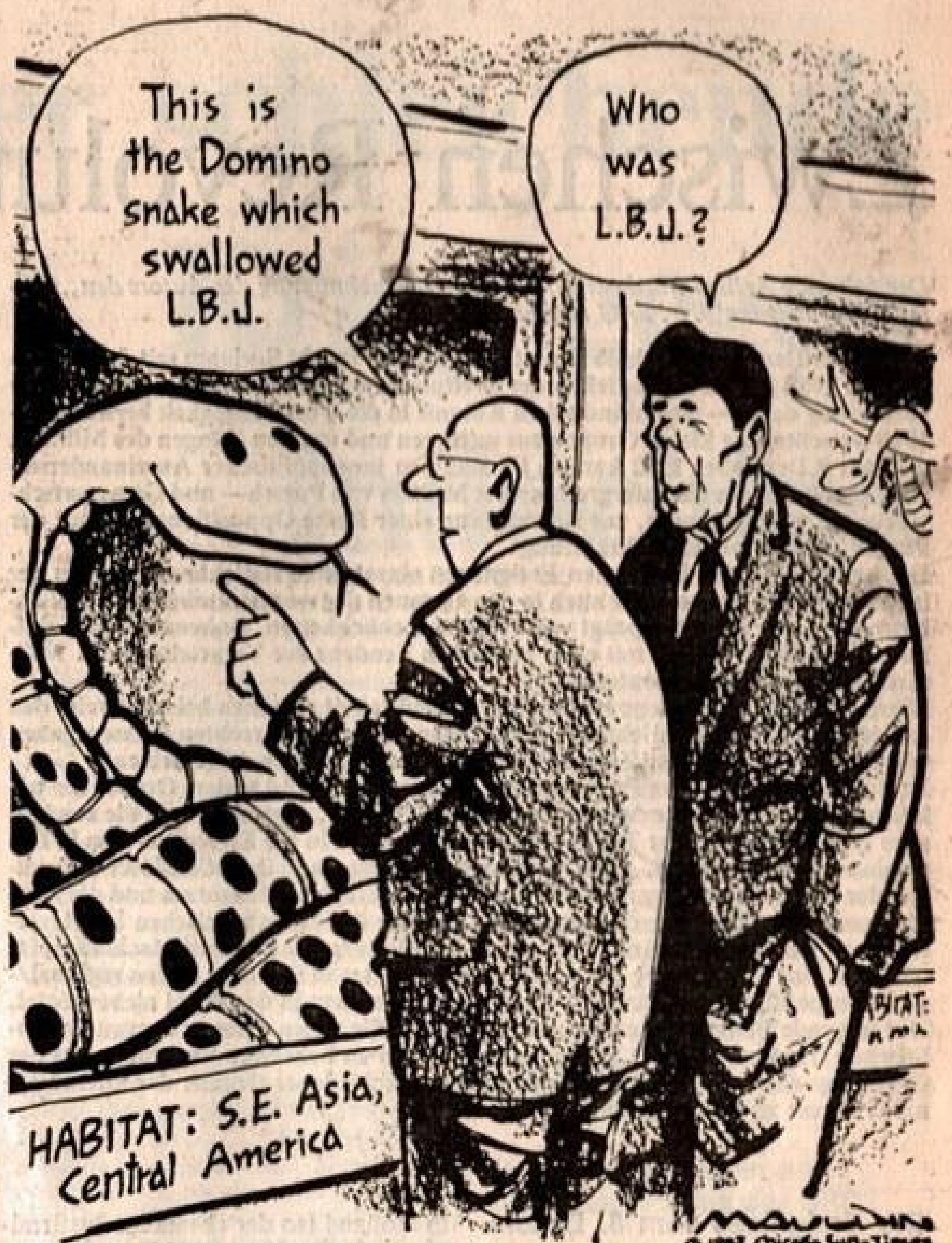
K., Hamburg

Anmerkungen:

Ultramontane — Vertreter einer streng päpstlichen Gesinnung, die auch auf das politische Denken einwirkte.
Wesen in königlich hannoverschen Junkerstiefeln — Anspielung auf den Anhänger des selbständigen Königreichs Hannover, das von Preußen unter Führung Bismarcks 1866 liquidiert worden war.
Coßmann — Paul Nikolas Coßmann (1869 - 1941), nationalistischer Schriftsteller und Publizist.
Wirth — Joseph Wirth, in der Weimarer Republik u. a. Finanzminister, Reichskanzler, Innenminister.
devastierend — verheerend, verwüsten
torquemadahaft — Torquemada, Großinquisitor, der die spanischen Juden — getaufte wie ungetaufte — zu Tausenden zum Scheiterhaufen verurteilte
Fighting Paul — Paul Fechter (1880 - 1958), reaktionärer Literaturkritiker und Mitarbeiter mehrerer großbürgerlicher Zeitungen, Herr Hussong im „Lokalanzeiger" — der im Scherl-Verlag, Berlin, erscheinende „Berliner Lokalanzeiger" begründete die nationalistische Generalanzeigerpresse.
Kultursbirren — Sbirren, Polizeidiener in Italien.
den Jesuitenorden aufzuheben — unter dem Pontifikat Clemens XIV. (1769 - 1774) wurde 1773 der Jesuitenorden aufgehoben, 1814 erfolgte seine Neugründung.
Pio Nono — Pius IX. (1846 - 1878) hatte nach seinem Amtsantritt geglaubt, Verbindungen mit Anhängern der nationalen Einigung Italiens im Interesse der Stärkung der Macht des Vatikans ausnützen zu können.
Benedikt XV. — Pontifiklat: 1914 - 1922. Der Papst wandte sich am 1. August 1917 mit einer Friedensnote an die kriegführenden Mächte. Ungeachtet dessen unterstützten die Episkopate der katholischen Kirche in den einzelnen Ländern die Kriegführung der jeweiligen imperialistischen Regierungen.
(Diesen Anmerkungen liegt zum Teil zugrunde der Apparat in „Carl von Ossietzky — Rechenschaft ...", S. 372)

US-Offensive gegen Nicaragua

Was zählt sind die Absichten der USA



„Das ist die Domino-Schlange, von der L.B.J. verschlungen wurde". — „Wer war denn L.B.J.?" (aus „Intern. Herald Tribune", 27.4.83). Die US-Presse zeigt wenig Sympathie für Reagans mittelamerikanische Abenteuer.

Die Gefechte im Nordwesten Nicaraguas zwischen den von Honduras aus eingedrungenen Konterrevolutionären und dem sandinistischen Volksheer dauern an. Die Verluste auf Seiten der Konterrevolutionäre scheinen so hoch zu sein (allein in den letzten beiden Wochen 197 Gefallene, 40 Verwundete und 50 Gefangene (1)), daß sie sich kaum auf längere Gefechte mit den Milizen oder dem sandinistischen Volksheer (EPS) einlassen, geschweige denn größere Ortschaften oder Gebiete besetzt halten können. Insofern kann von einem regulären Krieg nicht die Rede sein, wie es die Propaganda der konterrevolutionären FDN (Demokratische Streitkräfte Nicaraguas) glauben machen will: Über ihren Radio-Sender „15. September" prophezeien sie das nahe Ende der „sandinistisch-kommunistischen" Herrschaft.

Bundesdeutsche Medien — wie z.B. DIE ZEIT — greifen dankbar auf die „objektive Berichterstattung der Rebellen" zurück und informieren über 10.000 Mann, die die FDN angeblich unter Waffen haben, *„die Mehrzahl von ihnen bereits im Lande, auf die Stunde Null ‚Gewehr bei Fuß' wartend. Der Zulauf halte unvermindert an."* (2). DIE ZEIT behauptet auch *„daß die Kampfmoral der neuen Gue-*

Anzeige

12 Jugendliche aus der Nicaragua-Gruppe Offenbach waren in Nicaragua und haben in Zusammenarbeit mit Kinder- und Jugendorganisationen in Masaya einen Spielplatz gebaut.

Darüber gibt es eine Broschüre mit Informationen, Bildern, Karikaturen und Interviews.

Die Broschüre (87 Seiten) kostet 6,- DM und ist zu beziehen über: Ev. Kreditgenossenschaft in Frankfurt, BLZ 520 604 10, Konto: 010 410 6415

rilla höher einzuschätzen ist als die der regulären Streitkräfte." Die hiesige Presse braucht noch nicht einmal auf Informationen aus zweiter Hand zurückzugreifen, denn im Rahmen ihrer propagandistisch-diplomatischen Offensive und auf Einladung der CSU-nahen „AG Freiheit und Demokratie" hielten sich zwei FDN-Vertreter am 23.3. in Bonn auf (3). Sie kamen in der Mission, die Weltöffentlichkeit auf den „notwendigen Regierungswechsel" in Managua einzustimmen und das ideologische Klima dafür vorzubereiten. So dementierten sie jede Beziehung zu den USA und behaupteten u.a., daß die FDN nichts mit den Somozisten zu tun habe. Ihre Mitglieder bestünden zu 80% aus Kleinbauern, zu 17% aus ehemaligen Mitkämpfern der Sandinisten und zu 3% aus „ehrlichen" Soldaten der Nationalgarde Somozas. 90% der Bevölkerung Nicaraguas seien gegen die Sandinisten, erklärten sie (4). DIE ZEIT kommt zu dem Schluß: *„Der Kampf im Norden Nicaraguas hat nichts mit dem ‚Unternehmen Schweinebucht' gemein. Hier kämpfen Nicaraguenser, keine gedungenen Söldner, für demokratische Ideale, die das Regime der Bevölkerung vorenthält."* (5)

Natürlich weiß die Reagan-Administration, daß die Verbrechen der Somoza-Nationalgarde noch allzugut im Gedächtnis der Nicaraguenser und der Weltöffentlichkeit präsent sind. Deswegen versucht sie durch das Lancieren bürgerlicher Oppositioneller in die politische Führungsspitze der FDN dieser ein „demokratisches" Image zu verschaffen (6). Ein weiteres Zeichen für die militärische Schwäche der Konterrevolutionäre — trotz bester Ausrüstung, Unterstützung durch ungefähr 100 nordamerikansiche CIA-Agenten, die von Honduras aus auf nicaraguanischem Gebiet Operationen ausführen, und dazu noch einmal mehrerer hundert Agenten nicaraguanischer Nationalität, die ebenfalls von der CIA finanziert werden (7), und der von der US-Luftwaffe gelieferten Logistik, die ihre Informationen bei regelmäßigen Aufklärungsflügen entlang der Grenze zwischen Nicaragua und Honduras gewinnen (8) — ist trotz alledem die Tatsache, daß sich die FDN immer noch hauptsächlich auf die gezielte Ermordung von Mitgliedern sandinistischer Organisationen, Funktionären der Agrarreform oder Organisatoren des Erwachsenenbildungsprogramms konzentrieren.

Die Verstärkung der Überfälle von Costa Rica aus in den letzten Wochen, vor allem getragen von der UDN/FARN (9), soll die sandinistischen Streitkräfte auch an eine Südfront binden. Jedoch führte Uneinigkeit über das Vorgehen innerhalb der ARDE (Revolutionäre Demokratische Allianz) zu einer Abspaltung der militanteren Organisation UDN/FARN und zu deren Zusammengehen mit der FDN in Honduras. Alfonso Robelo und Eden Pastora vertreten eine ‚vorsichtigere' Position, was die US-Regierung mit weniger finanzieller Zu-

dinistischer Organisationen, Funktionären der Agrarreform oder Organisatoren des Erwachsenenbildungsprogramms konzentrieren.

Die Verstärkung der Überfälle von Costa Rica aus in den letzten Wochen, vor allem getragen von der UDN/FARN (9), soll die sandinistischen Streitkräfte auch an eine Südfront binden. Jedoch führte Uneinigkeit über das Vorgehen innerhalb der ARDE (Revolutionäre Demokratische Allianz) zu einer Abspaltung der militanteren Organisation UDN/FARN und zu deren Zusammengehen mit der FDN in Honduras. Alfonso Robelo und Eden Pastora vertreten eine ‚vorsichtigere' Position, was die US-Regierung mit weniger finanzieller Zu-

wendung quittierte, als die FDN in Honduras erhält (10). Robelo erklärte, daß für die „Befreiung" Nicaraguas die Voraussetzungen noch nicht geschaffen seien, und daß der Kampf als Grundlage einen Volksaufstand haben müsse und nicht eine Invasion von außen (11). Trotzdem kündigte Eden Pastora nun an, daß der Aufbau einer zweiten Front von Costa Rica aus abgeschlossen sei und er ab 15. April endgültig den bewaffneten Kampf aufnehmen wolle. Daraufhin verwies ihn die Regierung Costa Ricas des Landes, was als Zeichen für die verbesserten Beziehungen Costa Ricas zu Nicaragua zu werten ist (12).

Verhandlungslösung?

Die von Nicaragua beantragte Debatte im UN-Sicherheitsrat ging am 29.3. ohne Beschlußfassung zu Ende. In der Gewißheit, daß die USA jede mißliebige Resolution durch ihr Veto blockieren würden, hatte Nicaragua sich eher darauf konzentriert, den Weltsicherheitsrat als Forum der Anklage gegen die US-Intervention zu nützen. Da dies zu einer internationalen Isolierung der USA führte, kann die sandinistische Regierung die Debatte als einen Erfolg für sich verzeichnen. Die UNO-Delegierte der USA, Kirkpatrick, fand noch nicht einmal Unterstützung bei ihren europäischen Verbündeten. Lediglich das Verhalten des BRD-Botschafters Van Well zeigte, daß diese angekündigte „Abstimmung" der neuen bundesdeutschen Mittelamerika-Politik mit den „westlichen Sicherheitsinteressen", wie sie von den USA definiert werden, bereits gut funktioniert: er kritisierte die „Mißachtung der Menschenrechte" in Nicaragua und forderte die sandinististische Regierung auf, *„durch eine Politik der guten Nachbarschaft an Glaubwürdigkeit zu gewinnen"*(13).

Zum Schluß der Debatte wurde angeregt, eine Konferenz der am Konfliktbeteiligten Länder unter der Vermittlung des UN-Generalsekretärs Pérez de Cuéllar durchzuführen.

Die von Nicaragua geforderten direkten Verhandlungen mit Honduras und den USA unter Beteiligung der Contadora-Staaten (14) wurden von beiden Ländern abgelehnt. Kommentar von **Kirkpatrick: Die USA haben mit Nicaragua keine Fragen zu besprechen, die in einem zweiseitigen Treffen angemessen behandelt werden könnten** (FAZ 30.3.83). Honduras bestand zuerst auf einer Vermittlung durch die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), was für Nicaragua nicht akzeptabel war, da die OAS von jeher durch die USA manipuliert wird. Daraufhin bekam Honduras von seinem Führungsstab (US-Botschaft in Tegucigalpa) die Direktive, eine Regionalkonferenz unter Beteiligung von El Salvador, Guatemala und Costa Rica zu fordern.

Unter dem Druck der Contadora-Gruppe, hinter deren Initiative sich inzwischen auch Kuba, Grenada, Jamai-

Ländern abgelehnt. Kommentar von **Kirkpatrick: Die USA haben mit Nicaragua keine Fragen zu besprechen, die in einem zweiseitigen Treffen angemessen behandelt werden könnten** (FAZ 30.3.83). Honduras bestand zuerst auf einer Vermittlung durch die OAS (Organisation Amerikanischer Staaten), was für Nicaragua nicht akzeptabel war, da die OAS von jeher durch die USA manipuliert wird. Daraufhin bekam Honduras von seinem Führungsstab (US-Botschaft in Tegucigalpa) die Direktive, eine Regionalkonferenz unter Beteiligung von El Salvador, Guatemala und Costa Rica zu fordern.

Unter dem Druck der Contadora-Gruppe, hinter deren Initiative sich inzwischen auch Kuba, Grenada, Jamai-

ka, Bolivien, Costa Rica und die Dominikanische Republik gestellt haben, mußte die honduranische Regierung ihren Vorschlag am 11.4. vor der OAS zurückziehen.

Zwei Tage später sprach sich US-Außenminister Shultz noch einmal gegen Verhandlungen zwischen Honduras und Nicaragua aus und betonte die Notwendigkeit der Fortführung der militärischen Aktivitäten der USA in Mittelamerika. (15)

Die Außenminister Mexikos, Venezuelas, Kolumbiens und Panamas bereiten nun eine regionale Friedenskonferenz vor. Ob sie aber angesichts der Haltung der US-Regierung, die Hauptdrahtzieherin des Konflikts, die Invasion stoppen können, ist sehr fraglich: Reagan und seine Falken setzen auf die militärische Karte!

Die „Stunde der Wahrheit" im US-Kongreß

Spätestens der Bericht zweier US-Journalisten von der „Washington Post" und vom Nachrichtenmagazin „Newsweek" über ihre Abenteuer bei einem Ausflug mit den Konterrevolutionären nach Nicaragua versetzte den US-Kongreß letzte Woche in Aufruhr: Nun liegen allen Dementis und Geheimhaltungen zum Trotz die konkreten Beweise vor, daß die Reagan-Administration entgegen den Weisungen des Kongresses auf den Sturz der sandinistischen Regierung mit Hilfe der CIA und einer offenen Intervention hinarbeitet.(16)

Der „Time"(17) zufolge schien die Regierung durch die Enthüllungen überrumpelt worden zu sein, ohne eine Strategie bereit zu haben, um ihre schmutzigen Aktivitäten vor dem Kongreß zu rechtfertigen. Die Strategen tischten der Öffenlichkeit und dem Kongreß wieder die Story von der kommunistischen Gefahr auf, die von Nicaragua ausgehe, und daß der (nie bewiesene) Waffenstrom von Managua für die salvadoreanischen Guerrilleros nach wie vor anhalten würde. Diese **Karte** (Ost-West-Konflikt) spielt Reagan an allen Fronten aus, und er hat auch immer wieder Erfolg damit (so dumm und platt sie auch erscheint). Kaum ein Kongreßabgeordneter möchte sich auf die Seite der Sandinisten gestellt sehen, niemand möchte sich dem Verdacht aussetzen, gegen die Kommunisten zu wenig Härte walten lassen zu wollen.(18)

So stand also nur noch zur Diskussion, ob die CIA-Geheimoperationen gegen die Sandinisten gegen zwei vom Kongreß verabschiedete „Gesetze" verstoßen. Es handelt sich zum einen um den **Hughes-Ryan-Akt von 1974**, der der CIA untersagt, die Regierung eines Landes zu stürzen, ohne (!) vor-

nach wie vor anhalten würde. Diese **Karte** (Ost-West-Konflikt) spielt Reagan an allen Fronten aus, und er hat auch immer wieder Erfolg damit (so dumm und platt sie auch erscheint). Kaum ein Kongreßabgeordneter möchte sich auf die Seite der Sandinisten gestellt sehen, niemand möchte sich dem Verdacht aussetzen, gegen die Kommunisten zu wenig Härte walten lassen zu wollen.(18)

So stand also nur noch zur Diskussion, ob die CIA-Geheimoperationen gegen die Sandinisten gegen zwei vom Kongreß verabschiedete „Gesetze" verstoßen. Es handelt sich zum einen um den **Hughes-Ryan-Akt von 1974**, der der CIA untersagt, die Regierung eines Landes zu stürzen, ohne (!) vor-

her die Zustimmung der nachrichtendienstlichen Ausschüsse im Kongreß erlangt zu haben. Zum anderen hatte der Kongreß angesichts immer neuer Gerüchte über das Treiben der CIA in Honduras vor wenigen Wochen den sogenannten **Boland-Zusatz** verabschiedet, wonach der CIA gegenüber Nicaragua nur soweit tätig werden darf, wie es für die Unterbindung des (angeblichen) Waffenflusses zwischen Sandinisten und salvadoreanischen Guerrilleros notwendig ist.(19)

Der Senator Goldwater und der rechte Flügel der Republikaner entschuldigten das Vorgehen der CIA damit, **daß das Boland-Gesetz sehr wohl für die amerikanische Regierung gelte, nicht aber für die Empfänger dieser Dollars** (20)! Jedoch um zu beweisen, daß sie nicht den Boland-Zusatz verletzt, wird die Reagan-Administration gezwungen sein, mehr Einzelheiten der Geheimoperationen preiszugeben, und gleichzeitig im Public-Relation-Bereich den besorgen US-Bürgern erklären, warum die USA das *„moralische Recht haben, die nicaraguanischen Regimegegner zu unterstützen"* (Kirkpatrick, nach TAZ 15.4.83). Eine reale Einschränkung der CIA-Operationen gegen Nicaragua durch den Kongreß ist jedenfalls kaum zu erwarten.

In jedem Fall verspricht die Fortführung der derzeitigen Politik gegenüber Nicaragua viel Gewinn bei einem vergleichsweise bescheidenen Risiko. Die US-Regierung hofft, entweder das Ende der nicaraguanischen Revolution direkt über die jetzigen Intervention und alle begleitenden Destabilisierungsmaßnahmen (21) herbeiführen zu können, oder die Sandinisten durch diese Intervention dazu zu provozieren, Honduras anzugreifen, von dessen Territorium aus die Angriffe erfolgen, oder sich gar mit der Bitte um Militärhilfe an Kuba zu wenden. In beiden Fällen hätte die Reagan-Administration den dringend benötigten Vorwand, um massiv und direkt eingreifen zu können.

Internationalismus-Kommission KB Göttingen



aus: „International Herald Tribune", 27.4.83

Anmerkungen

1. *ides Nr. 132 vom 16.4.83*
2. *Die Zeit vom 8.4.83*
3. *Die „Repräsentanten der FDN waren der Jesuit Dr. Indalecio Rodriguez und der ehemalige Coca-Cola-Manager in Nicaragua, Adolfo Calero. Sie wurden u.a. auch in Portugal empfangen.*
4. *TAZ vom 28.3.83*
5. *Die Zeit vom 8.4.83*
6. *In der Heritage-Studie von 1980 überlegen die zukünftigen Strategen der Reagan-Administration, wie die ehemaligen Nationalgardisten am geschicktesten für ihre Ziele eingesetzt werden könnten:* **„Aber diese Militärs werden von den Menschen in Verbindung gebracht mit dem ehemaligen Staatschef Somoza,**

KB Göttingen

Anmerkungen

1. *ides Nr. 132 vom 16.4.83*
2. *Die Zeit vom 8.4.83*
3. *Die „Repräsentanten der FDN waren der Jesuit Dr. Indalecio Rodriguez und der ehemalige Coca-Cola-Manager in Nicaragua, Adolfo Calero. Sie wurden u.a. auch in Portugal empfangen.*
4. *TAZ vom 28.3.83*
5. *Die Zeit vom 8.4.83*
6. *In der Heritage-Studie von 1980 überlegen die zukünftigen Strategen der Reagan-Administration, wie die ehemaligen Nationalgardisten am geschicktesten für ihre Ziele eingesetzt werden könnten:* **„Aber diese Militärs werden von den Menschen in Verbindung gebracht mit dem ehemaligen Staatschef Somoza,**

der in einem breiten Teil der nicaraguanischen Bevölkerung unpopulär war. Welche Auswirkungen der Tod Somozas auf die Akzeptierung einiger dieser Gardisten durch die Nicaraguenser haben wird, wird davon abhängen, wie weit diese Gardisten in der Lage sind, ihren Ruf der Korruption und Brutalität zu überwinden." *aus: „Lateinamerika-Nachrichten" Nr. 93, Mai 81, S.37*

8. *ides Nr. 131 vom 8.4.83*
9. *vgl. AK 232, S.17*
10. *Zu den 19 Mio. Dollar für CIA-Geheimaktionen gegen Nicaragua hat Reagan in den letzten Tagen nochmals 11 Mio. aus einem Geheimfond in das Unternehmen hineingepumpt. ides Nr 131 vom 8.4.83*
11. *vgl. TAZ vom 31.3.83*
12. *Am 4.4. fand in dem nicaraguanischen Ort San Juan del Sur ein Treffen mehrerer Minister Nicaraguas und Costa Ricas statt, auf dem die bestehenden Spannungen etwas abgebaut werden konnten. Offenbar hatte sich eine Mehrheit in der Regierung Costa Ricas durchgesetzt, die auf eine Kursänderung der von USA gewünschten aggressiven Politik gegenüber Nicaragua drängt.*
13. *FAZ vom 31.3.83*
14. *Die Unterzeichnerstaaten des im Januar geschlossenen Abkommens von Contadora (Panama) — Mexiko, Venezuela, Kolumbien und Panama — versuchten, eine eigene Friedens-Initiative für Mittelamerika in Gang zu bringen. vgl. FAZ vom 13.4.83*
15. *FR vom 14.4.83*
16. *Der demokratische Kongreßabgeordnete Torrecelli, der sich vor Ort über die Machenschaften seiner Regierung informiert hatte, erklärte, im Vergleich zu dem, was die Vereinigten Staaten gegen die Sandinisten unternähmen, sei die Invasion in der Schweinebucht „eine Strandparty" gewesen. (TAZ vom 15.4.83)*
17. *Time vom 18.4.83*
18. *ebda. S. 19. Ein Kongreßmitglied formuliert es so: „No member of Congress wants to be looked on as soft on Commies."*
19. *ides Nr. 131 vom 8.4.83*
20. *„Was zählt, sind nicht die Absichten der 'contras', sondern die der USA. (Übersetzt aus „Time" vom 18.4.83, S. 19)*
21. *Nach letzten Berichten amerikanischer Medien will die USA keinen Zucker mehr aus Nicaragua importieren; das bisher Nicaragua zustehende Quantum soll an Honduras übergehen. (ides Nr. 131 vom 8.4.83)*

Surinam:

Zwischen Revolution und Konterrevolution

Der folgende Artikel wurde mit freundlicher Genehmigung des Autors den „Grenada Nachrichten" Nr. 2/83 entnommen.

Zum dritten Mal innerhalb der letzten 10 Jahre taucht Surinam seit dem 8. Dezember 1982 in den Schlagzeilen der Weltpresse auf. 1975 wurde noch über die Entlassung der ex—niederländischen Kolonie in die Unabhängigkeit berichtet, — 1980 putschte eine kleine Gruppe aus mittleren und unteren Rängen des Militärs, und am 8.Dezember 1982 kam es im Rahmen innenpolitischer Auseinandersetzungen, die seit der Machtergreifung des Militärs von Putsch— und Gegenputschversuchen geprägt waren, zur Erschießung einer Reihe Oppositioneller „auf der Flucht", so die offizielle Erklärung.
Die besonders nach den letzten Ereignissen einsetzende Berichterstattung in der internationalen Presse, aber auch in den Organen der westdeutschen Solidaritätsbewegung, war und ist geprägt von Widersprüchlichkeiten, Unkenntnis und antikommunistischer Hetze, mit einer generellen Tendenz der Verurteilung des Militärregimes unter Desi Bouterse.
Hierbei besteht eine seltene tendenzielle Einmütigkeit zwischen beispielsweise den „Lateinamerika—Nachrichten", der „Tageszeitung" und rechten Presseorganen wie der „Neuen Zürcher Zeitung" oder der „Frankfurter Allgemeinen".
Lediglich die kubanische Presseagentur Prensa Latina und andere Organe die wie Zeitschrift „Behemia" oder das Organ der KPC, die „Granma" und die sowjetische Nachrichtenagentur TASS versuchten Positives in die Ereignisse vom 8. Dezember zu interpretieren. Allen Meldungen gemeinsam ist ihr tedenziöser Charakter, der Mangel an tiefergehen den analytischen Erklärungsansätzen und die Ausklammerung „schwieriger" Fragen wie z.B. die der innenpolitischen Kräfteverhältnisse, des revolutionären Charakters des Militärs, die internen Machtkämpfe; wie auch eine Einordnung des politischen Prozesses in Surinam in den regional/-globalen politisch—militärisch—strategischen Kontext in der Regel nicht erfolgt.
Der folgende Beitrag versucht zunächst einmal, die vielen offenen Fragen des politischen (revolutionären?) Prozesses in Surinam zu benennen und dann, auf der Grundlage der systematischen Auswertung verschiedener Organe der internationalen Presse zu beantworten.

Die Ereignisse vom 8. Dezember 1982

Nach den vorliegenden und mittlerweile offiziell bestätigten Meldungen versuchte das surinamesische Militär durch einen präventiv geführten Schlag, die sich in den vorhergehenden Monaten herausbildende Oppositionsbewegung auszuschalten und damit einem Putsch zuvorzukommen.
Das Militär zerstörte dabei die Gebäude der größten Gewerkschaftszentrale des Landes 'Moederbond' (Mütterbund), die Radiostationen ABC und RADIKA, sowie das Gebäude der Zeitung VRIJE STEM.
de der größten Gewerkschaftszentrale des Landes 'Moederbond' (Mütterbund), die Radiostationen ABC und RADIKA, sowie das Gebäude der Zeitung VRIJE STEM.
Nach Verhaftungen, Verhören und Folterungen wurden mindestens 15 führende Persönlichkeiten der Opposition auf bisher nicht eindeutig geklärte Weise (standrechtlich oder „auf der Flucht" erschossen) getötet.
Die Liste der Toten gibt erste Hinweise auf das Spektrum und die Verankerung der Opposition in den verschiedenen gesellschaftlichen Sektoren.
KENNETH GONSALVES war Vorsitzender der Nationalen Vereinigung der Barbesitzer, GERARD LECKIE Präsident der Universität, ANDRE KAMPERVEEN früherer Kulturminister und Mitglied des Exekutivausschusses der FIFA (Dachverband der nationalen Fußballverbände auf internationaler Ebene). EDDIE HOOST war früherer Justizminister, CYRIL DAAL Vorsitzender der Gewerkschaft Moederbond, JOSEF SLAGVEER leitete die Zeitung VRIJE STEM. SURENDRE RAMBOCUS war erst wenige Tasge vor seiner Erschießung wegen eines gescheiterten Putschversuches von März 82 zu 12 Jahren Haft verurteilt worden und hatte besonderen Rückhalt in der indischen Bevölkerung des multirassischen Landes. BRAM BEHR war Vorsitzender der pro—albanischen kommunistischen Partei Surinams; weiter auf der Totenliste auch der Vorsitzende der Javanerpartei SOEMOHARDJO.
Wie sich in den letzten Monaten zeigte, saßen die Drahtzieher einer breitangelegten Destabilisierungskampagne gegen die Militärregierung offensichtlich in Holland (so der ehemalige Justizminister Andre HAAKMAT und Ex—Präsident Henk CHIN A SEN), wie auch in der US—Botschaft in Paramaribo, der Hauptstadt Surinams.
Seit Beginn des Jahres 1982 war es ihnen gelungen, die Widersprüche des Reformprojekts der Militärregierung auszunutzen und die Unzufriedenheit mit der allgemeinen sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung gemäß ihren Interessen zu kanalisieren.

Hintergründe

Hintergründe

Nach fünf Jahren Unabhängigkeit hatte die damalige Führung des Landes weite Teile der Bevölkerung durch Cliquenwirtschaft, Korruption und Machtmißbrauch soweit gegen sich aufgebracht, daß ihre Beseitigung nur noch eine Frage der Zeit schien.

Der „Putsch der Unteroffiziere" unter Führung von Bouterse wurde bisher damit erklärt, daß es den Putschisten im Wesentlichen um das Recht ging, sich gewerkschaftlich organisieren zu dürfen, und daß ihnen die Macht quasi zufällig in die Hände fiel.

Jüngste Enthüllungen in den Niederlanden brachten allerdings an den Tag, daß vor allem die frühere niederländische Militärmission in Paramaribo mit dem Militärattaché Oberst VALK und den Hauptleuten CLEMENTS und BRIAIRE die eigentlichen Drahtzieher des Coups waren, die Bouterse und die anderen Unteroffiziere lediglich für die Durchführung ausgewählt hatten.

Dahinter stand die Befürchtung, daß ein unkontrollierter Putsch zur Schwächung der niederländischen Präsenz und Wirtschaftsinteressen (die vor allem von dem Bauxit-Multi BILLITON/Tochter der SHELL vertreten werden) führen würde.

Ohne Billigung, aber mit Wissen der Regierung in Den Haag hatte die Militärmission die Realisierung des Coups eingeleitet; der Plan dafür war für den Fall anti-niederländischer Aufstände schon kurz nach der Unabhängigkeit ausgearbeitet worden.

Nach dem Putsch verloren die niederländischen Behörden jedoch nach und nach die Kontrolle über ihre Zöglinge. Anders als beabsichtigt entwickelten die Unteroffiziere ein eigenes nationalrevolutionäres Reformprogramm. Sie sagten der sozialen Ungerechtigkeit den Kampf an und verkündeten die soziale, moralische und wirtschaftliche Umorientierung zugunsten breiterer Bevölkerungsschichten. Vorbilder waren dabei besonders Grenada, Nicaragua und Kuba, mit denen die neuen Machthaber schon bald Verbindung aufnahmen.

Langfristig angestrebt wurde die Verteidigung der nationalen Ressourcen gegenüber ausländischen Konzernen, eine Agrar- und Bildunsreform und außenpolitisch die Integration in das Lager der nicht-paktgebundenen Staaten.

Ähnlich wie auf Grenada sollte eine stärkere Partizipation der Bevölkerung an den wirtschaftlichen und politischen Entscheidungsprozessen erreicht werden — ein Ziel, zu dessen Verwirklichung das traditionelle parlamentarische System westeuropäischen Musters vor dem Hintergrund jahrhundertelanger kolonialer Ausbeutung und der spezifischen Gegebenheiten des Landes, als ungeeignet angesehen wurde.

Stattdessen soll über den Aufbau von Volkskomitees und Massenorganisationen und über einen landesweiten und intensiven Diskussionsprozeß eine „neue Demokratie" mit basisrätedemokratischen Strukturen aufgebaut werden.

Da diese Ziele in direktem Gegensatz zu den Interessen der ausländischen multinationalen Unternehmen SURALCO (Tochter der ALCOA) und BILLITON standen, im Gegensatz aber auch zu den Interessen der einheimischen Eliten, der ex-Kolonialmacht Holland und den strategisch-militärischen Interessen der USA (die in Surinam nach Kuba, Nicaragua und Grenada die „Vierte Front" und den ersten kommunistischen Brückenkopf
Holland und den strategisch-militärischen Interessen der USA (die in Surinam nach Kuba, Nicaragua und Grenada die „Vierte Front" und den ersten kommunistischen Brückenkopf
auf dem Subkontinent befürchten), wurde von diesen Kreisen mit allen Mitteln die Destabilisierung der Militärregierung betrieben.

Das große Manko der Militärregierung bestand von vornherein darin, daß sie sich, im Gegensatz beispielsweise zu Grenada, nicht auf eine Massenorganisation wie etwa der NJM stützen konnte, noch sonstwo in irgendeiner gewichtigen gesellschaftlichen Organisation verankert war.

Der Rückhalt Bouterses besteht vor allem durch die seit Anfang 1982 organisierten Volksausschüsse und zwei kleinere politische Gruppierungen, der castristisch orientierten Revolutionären Volkspartei/RVP, die von den ehemaligen Dissidenten und 1980 noch als Verschwörer bezeichneten Brüder Naarendorp geführt wird, sowie der Progressiven Arbeiter- und Bauernunion/PALU.

Beide Parteien bekennen sich zum Prinzip zentralisierter Organisation bei Erhaltung einer unabhängigen Außenpolitik und der Entwicklung eines eigenen, den nationalen Gegebenheiten angepaßten Konzepts zur Überwindung der Unterentwicklung.

Im militärischen Bereich sind es die Volksmilizen und das Gros der mittlerweile auf 2.000 Mann geschätzten Armee, die Bouterse absichern.

Zusammenfassend resultieren die aktuellen Probleme und innenpolitischen Auseinandersetzungen aus der Tatsache, daß:

a) der Einfluß von Kolonialismus und Neokolonialismus und deren nationaler Handlanger institutionell soweit verankert ist, daß ein großer, unleugbarer Einfluß auf das politische Bewußtsein der Bevölkerung besteht,

b) die Binsenwahrheit sich bestätigt, daß eine Revolution von oben ohne Verankerung und breite Zustimmung der Bevölkerung und ohne Einbeziehung, Organisierung und Erziehung der Massen, kaum durchsetzbar ist.

Reaktionen

Die Erschießung der Oppositionellen am 8. Dezember führte zu einer politischen und wirtschaftlichen Wende, deren Ausgang momentan nur schwer voraussehbar ist.

Es war der willkommene Anlaß für die Niederlande, die USA und die Opposition im Exil, nun noch offener und mit allen Mitteln gegen die Militärregierung vorzugehen.

Die Niederlande suspendierten die nach der Unabhängigkeit vertraglich vereinbarten Leistungen im Rahmen der Entwicklungshilfe, was für das Jahr 1983 die Summe von 250 Millionen Gulden bedeutet. Das bedeutet konkret, daß Entwicklungsprojekte stillgelegt werden und 6.000-7.000 bei diesen Projekten Beschäftigte arbeitslos werden. Es bedeutet ferner, daß die Gehälter der rund 40.000 Beamten (von 100.000 Arbeitnehmern insgesamt) nicht mehr gezahlt werden können, daß die Devisen für viele notwendige Importe fehlen werden.

Die USA strichen ebenfalls alle Zahlungen, wodurch verschiedene Projekte der technisch-finanziellen Hilfe vorerst paralysiert sind.

In Surinam kam es bei der Beisetzung der Toten zu einer größeren Demonstration von rund 3.000 Menschen. Gegenüber dem Regierungsgebäude wurde eine kubanische Fahne heruntergeholt und verbrannt; dies obwohl selbst die holländische Regierung mittlerweile zugibt, daß es keinerlei Anzeichen für eine kubanische Beteiligung an der „Säuberungsaktion" vom 8.12.82 gibt.

Eine internationale Pressekampagne setzte gegen Surinams Militärregierung und in diesem Zusammenhang auch gegen Kuba ein. Selbst die in Berlin erscheinende linksalternative „Tageszeitung" druckte die völlig spekulativen Behauptungen eines Tom Ordelmann über eine massive militärische Präsenz Kubas in Surinam ab und berichtete in einer Art und Weise über das Geschehen, die nur noch von dem Lateinamerika-Korrespondenten der „Neuen Zürcher", R.F. Lambert übertroffen wird. Für letzteren handelt es sich in Surinam um einen *„mit Brachialgewalt geführten Konkurrenzkampf zwischen kaum alphabetisierten Landsknechten"*, wobei eine Fraktion eng mit dem *„repressionsfreudigen*
sich in Surinam um einen „mit Brachialgewalt geführten Konkurrenzkampf zwischen kaum alphabetisierten Landsknechten", wobei eine Fraktion eng mit dem „repressionsfreudigen
Diktator Maurice Bishop von der sozialistischen Inselrepublik Grenada" verbunden sein soll.

Als direkt bedrohlich für die jetzigen Machthaber müssen vor allem die Invasionsvorbereitungen mehrerer, im holländischen Exil befindlicher Organisationen angesehen werden.

Laut Meldungen der niederländischen Nachrichtenagentur ANP fanden Ende Dezember 82 und Anfang Januar 83 Gespräche zwischen exilierten Surinamern und in Miami ansässigen Söldnertruppen statt, als deren Ergebnis es zu konkreten Abmachungen gekommen sein soll.

Die Organisation „Wiederherstellung der Demokratie in Surinam" arbeitet mit anderen Gruppen in einem sogenannten „Befreiungsrat" mit, der von dem ehemaligen Präsidenten Chin A Sen geleitet wird. Das Koordinierungsorgan erklärte zwar, ausschließlich gewaltlos vorgehen zu wollen (was auch notwendig ist, um nicht mit holländischen Gesetzen in Konflikt zu kommen), ist im übrigen aber der Meinung, daß Bouterse mit diplomatischen oder politischen Mitteln nicht zu stürzen ist.

Aus diesem Grund die Kontakte zu Söldnergruppen in den USA. Gelder für ein geplantes Kommandounternehmen kommen von „nicht identifizierten US-Unternehmen mit Interessen in Surinam" — es wurden in holländischen Zeitungen Summen von 10 - 12 Mio. US-Dollar genannt. Die holländische Tageszeitung „Volkskrant" meldete, daß ein nicht näher genannter Vietnam-Veteran die Leitung der Invasionsvorbereitungen übernommen habe.

Perspektiven

Unter dem äußeren und inneren Druck versucht Bouterse, seine Machtbasis durch Gespräche mit gesellschaftlich relevanten Gruppen (Kirchen, Gewerkschaften) zu verbreitern.

Eine neue Regierung wurde aus 7 Militärs und 5 Zivilisten unter Leitung von ERROL ALTBUX eingesetzt. Die meisten Mitglieder kommen aus den beiden schon erwähnten Parteien RVP und PALU.

Außenminister NAARENDORP suchte auf einer Goodwill-Tour nach Panama, Kolumbien und Brasilien nach neuen Verbündeten und Geldgebern. Dabei sprach er eine Einladung an das Internationale Rote Kreuz, die interamerikanische Kommission für Menschenrechte und die Organisation Amerikanischer Staaten aus, Delegationen zu entsenden, um die jüngsten Vorkommnisse in Surinam vorbehaltlos zu untersuchen. Interessant war während seines Aufenthaltes in Panama sein Vergleich der gegenwärtigen Situation Surinams und der panamesischen Revolution von 1968 unter Omar Torrijos, wo das Militär zunächst nicht auf die Unterstützung der Massen aufbauen konnte, es aber gelang, diese durch politisch-institutionelle Veränderungen in das Reformprogramm einzubinden.

Eine weitere Verhaftungswelle stoppte zunächst den innenpolitischen Dialog. Mit 14 anderen wurde der Garnisionskommandant von Paramaribo ROY HORB verhaftet, der bislang als zweiter Mann nach Bouterse galt. Grund für die Verhaftungen (so die offizielle Version) war ein gescheiterter Mordversuch an Bouterse. Wenige Tage später kam Anfang Februar die Meldung, daß Horb erhängt in seiner Zelle aufgefunden worden sei und offensichtlich Selbstmord begangen habe.

Mittlerweile wurde der Ausnahmezustand allerdings etwas aufgelockert, und die Militärs scheinen die Lage zu beherrschen.

Bouterse kündigte in einer Rundfunkansprache die Wiederöffnung der Universität an; das vorübergehende Versammlungsverbot wurde aufgehoben. Angekündigt wurde weiterhih die Bildung von „Anti-Söldner-Komitees" gegen die angedrohte Invasion.

Die Beziehungen zu den USA sind nach der Ausweisung des US-Botschafters RICHARD LAROCHE (der unter Allende in Chile seiner schmutzigen Beschäftigung nachgegangen war) und eines weiteren Botschaftsangehörigen, auf dem Nullpunkt angelangt.

Beiden konnte nachgewiesen werden, „konterrevolutionäre Aktivitäten" über rechte Gewerkschaf-
angehörigen, auf dem Nullpunkt angelangt.
Beiden konnte nachgewiesen werden, „konterrevolutionäre Aktivitäten" über rechte Gewerkschaf-
ten und Einzelpersonen unter Ausnutzung ihres diplomatischen Status ein- und angeleitet zu haben.

Die USA antworteten mit der Ausweisung des surinamesischen Botschafters, dem man allerdings nichts derartiges vorwerfen konnte.

Surinam befindet sich weiterhin auf der Gratwanderung zwischen Revolution und Konterrevolution. Auch die weitere Entwicklung wird widersprüchlich und nur schwer verständlich für uns sein. Es bleibt zu hoffen, daß es den Surinamesen gelingt, ihren eigenen Weg zu finden. Der Spielraum dafür ist aber mehr als gering angesichts der massiven äußeren Einmischungsversuche und Interessen.

Die theoretischen Vorstellungen für die Entwicklung eines eigenen Demokratie- und Entwicklungsmodells, wie sie ansatzweise von der Militärregierung entwickelt wurden, sind sicherlich begrüßens- und unterstützenswert; die Umgangsformen mit der Opposition sind dagegen für unser Verständnis nur schwer akzeptabel.

Zu fragen ist allerdings auch, ob mit den in den westlichen Metropolen entwickelten Wertmaßstäben über Menschenrechte und der ungeheueren Heuchelei, die dahintersteht (Guatemala, Libanon, Südafrika), eine angemessene Behandlung der Problematik möglich ist.

Wir hoffen, daß dieser Beitrag eine vielleicht breitere Diskussion über Surinam mit in Gang setzt und daß er mit zu einer künftig differenzierteren Betrachtungsweise der vielschichtigen Probleme Surinams führen kann.

Manfred Ernst
Informationszentrum für Guyana und die Karibik und Hamburger Grenada Initiative

Quellen
Folgende Zeitungen und Informationsdienste wurden von Dezember 82 bis März 83 ausgewertet:
Latin America Weekly Report (London)
Latin America Political Report (London)
Caribbean Contact (Bridgetown)
Neue Zürcher Zeitung (Zürich)
Frankfurter Allgemeine Zeitung (Frankfurt)
Die Tageszeitung (Berlin/Frankfurt)
El Dia (Mexico)
uno mas uno (Mexico)
Bohemia (La Habana)
Granma (La Habana)
Le Monde Diplomatique (Mexico)
El Pais (Madrid)
Latin America Regional Report (London)

Kommandantin "Anna Maria" ermordet

Am 6.4. wurde die salvadorianische FMLN- Kommandantin Melida Anaya Montes in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua feige und auf grausame Art ermordet. „Kommandantin Ana Maria" war neben Cayetano Carpio die zweitwichtigste Führungspersönlichkeit der FPL (Volksbefreiungskräfte), einer der fünf Guerillaorganisationen in der FMLN.

Bekannt wurde sie durch ihre langjährige Arbeit als Generalsekretärin der salvadorianischen Lehrergewerkschaft ANDES welche in den 70er Jahren unter ihrer Führung zu einer der stärksten Organisationen der revolutionären Volksbewegung geworden war. Deswegen waren besonders die Mitglieder von ANDES dem Terror von Militär und paramilitärischen Organisationen ausgesetzt. Allein in den letzten drei Jahren wurden 309 Lehrer ermordet, 27 entführt und 24 sitzen im Gefängnis.

Nach Verhaftung und Folter ging Melida Anaya Montes 1980 in den Untergrund und wurde zur populären „Kommandantin Ana Maria". In Managua nahm sie seit einiger Zeit internationale diplomatische Kontakte für die FMLN wahr. Da sie ein „öffentliches Leben" führte, war es für ihre Mörder einfach, ihre Wege und Gewohnheiten zu beobachten und den Mord mit Präzision zu planen. Am Mittwochmorgen gegen 3.30h drang ein bewaffnetes Kommando — mit Kapuzen, Handschuhen und geräuschlosen Schuhen ausgestattet — in das Schlafzimmer von „Kommandantin Ana Maria" ein und knebelten sie mit einem Bettuch. Bevor die Verbrecher sie mit einem Messerstich durch Kehle und Halsschlagader endgültig ermordeten — dem nicaraguanischen Innenminister zufolge „die Tat eines Experten" — unterzogen sie sie einer grausamen Folter: Sie brachen ihr den Arm und brachten ihr mit einem Eispickel 82 Stichwunden bei.

Als Verantwortlichen für dieses Blutbad benennt eine nicaraguanische Er-

nister zufolge „die Tat eines Experten" — unterzogen sie sie einer grausamen Folter: Sie brachen ihr den Arm und brachten ihr mit einem Eispickel 82 Stichwunden bei.
Als Verantwortlichen für dieses Blutbad benennt eine nicaraguanische Er-

klärung Rogelio Bazzaglia Recinos, die drittwichtigste Führungspersönlichkeit der FPL. Nach Bekanntwerden dieser Täterschaft hat der Gründer der FPL, „Marcial" Salvador Cayetano Carpio, Selbstmord begangen. Der Mord und der Selbstmord haben in Stellungnahmen und Kommentaren der »TAZ« zur Hinterfragung der Sinnhaftigkeit der Spendenkampagne „Waffen für El Salvador" geführt. Beispielhaft sei dafür folgende Passage zitiert:

„Die Glaubwürdigkeit der FPL und der salvadorianischen Befreiungsbewegung insgesamt steht zur Debatte, ebenso wie die der westdeutschen Solidaritätsbewegung. Haben wir es uns zu leicht gemacht bei der Auseinandersetzung mit der Problematik von Revolution und Krieg in El Salvador? Viele, die die salvadorianische Revolution auf die eine oder andre Weise unterstützt haben, stehen jedenfalls vor den Trümmern ihrer bisherigen Motivationen und Identifikationen und müssen sich unbequeme(n) Fragen stellen" (taz, 29.04.). Frei nach dem Motto: Für unsere rd. 3,3 Mio. DM Spendengelder könnten wir ruhig etwas mehr erwarten ...?

Zu den Vorgängen und den darauffolgenden Reaktionen der »TAZ« drucken wir im folgenden eine Erklärung des Bundestreffens der El Salvador- Gruppen vom 23./24.April ab.

„ Die Vertreter der salvadorianischen Befreiungsorganisationen haben die Öffentlichkeit über die Umstände des Todes von Melida Anaya Montes und Carpio unterrichtet. Sie haben den Mord an Melida Anaya Montes scharf verurteilt und ihr ausdrückliches Interesse an der Aufklärung der Ereignissse erklärt.

Angesichts dieser Vorgänge in der Führungsspitze der FPL sowie der Reaktion der taz zu diesen Vorgängen kommen wir auf Grundlage der uns bisher bekannten Informationen zu folgender ersten Stellungsnahme:

Der Mord an der Kommandantin Ana Maria, der den Selbstmord des Kommandanten Marcial zur Folge hatte, trifft uns als Solidaritätsbewegung schwer. Der Mord wurde durch das ehemalige Mitglied und bis zur Tat dritthöchsten Kommandanten der FPL, „Marcelo", veranlaßt. Er ist heute in Nicaragua inhaftiert und wird dort vor Gericht gestellt werden.

Wir sind bestürzt über den Tod zweier Genossen. Wir empfinden Wut, aber auch Enttäuschung über die Tatsache, daß die Mörder Ana Marias aus den Reihen der FPL selbst kommen. Wir wissen, daß diese Ereignisse auch bei den Genossen der salvadorainischen Befreiungsbewegung große Betroffenheit auslösen.

Uns ist bewußt, daß daraus die Gefahr eines Rückschlages in der jetzigen Phase des Kampfes erwachsen ist. Für die Genossen der FDR/ FMLN und auch für uns ergeben sich Fragen, deren Klärung notwendig ist. Wir fordern die Offenlegung und Untersuchung der genauen Umstände der Ereignisse. Dieser Mord bringt nur den Feinden der Revolution Nutzen. Um so dringender fragen wir nach den Ursachen dafür, daß die Auseinandersetzung innerhalb einer Befreiungsorganisation in einer solchen Tat zum Ausdruck kommen kann.

nauen Umstände der Ereignisse. Dieser Mord bringt nur den Feinden der Revolution Nutzen. Um so dringender fragen wir nach den Ursachen dafür, daß die Auseinandersetzung innerhalb einer Befreiungsorganisation in einer solchen Tat zum Ausdruck kommen kann.

Dies stellt auch den Aufbau politischer Entscheidungsfindung zur Diskussion. Was hingegen nicht zur Diskusson steht, ist die Glaubwürdigkeit und Legitimation des Kampfes des salvadorianischen Volkes gegen wirtschaftliche, soziale, kulturelle, politische und militärische Unterdrückung. Dieser verdient und fordert unsere umfassende Solidarität in den Stadtteilen, Gewerkschaftsgruppen, Parteien und kirchlichen Organisation bis hin zur Unterstützung des bewaffneten Kampfes durch die Aktion „Waffen für El Salvador".

Die taz kann die Diskussion über die Fortsetzung dieser Spendenkampagne aufwerfen, wir meinen aber, daß die taz- Redaktion als Inhaberin des Kontos „Waffen für El Salvador" nicht das Recht hat, über die Fortsetzung der Kampagne zu entscheiden, sondern daß dies die Sache der gesamten Solidariätsbewegung mit El Salvador und aller derjenigen ist, die bisher ihr Geld auf dieses Konto überwiesen haben.

Wir haben ein Interesse am Sieg der salvadorianischen Revolution, da dieser Sieg auch unserem Kampf gegen Imperialismus und Krieg hilft."

Imperialismus- Kommission, Göttingen

Der schleichende Krieg gegen Indochina

Anfang April gingen durch die Nachrichtensendungen wieder Filme, die Flüchtlingsströme aus Kampuchea nach Thailand zeigten. Offensichtlich gab es an der Grenze zwischen den beiden Ländern heftige militärische Auseinandersetzungen. Die Gründe dafür wurden auch genannt: Vietnamesische Truppen, die in Kampuchea stationiert sind, seien zu ihrer „Frühjahrsoffensive" gegen die entlang der Grenze operierenden Überreste der Pol-Pot-Armee („Rote Khmer") und ihrer Verbündeten angetreten. Das wäre nichts Neues, da solche Operationen regelmäßig stattfinden. Neu war aber das massive Eingreifen der thailändischen Streitkräfte, insbesondere auch der Luftwaffe, in diese Kämpfe. Knapp zwei Wochen später wurden auch wieder heftige Auseinandersetzungen von der chinesischen Grenze gemeldet, die offensichtlich von chinesischer Seite gestartet wurden, um ihren Verbündeten, den „Roten Khmer", Entlastung zu bringen.

Erinnerungen an 1979 werden wach: Damals hatten Aufständische in Kampuchea mit Hilfe vietnamesischer Truppen im Januar das mörderische Regime Pol Pots vertrieben. Mitte Februar waren daraufhin Hunderttausende chinesischser Soldaten zu einer „Strafaktion" in Vietnam eingefallen. Anfang März mußten sie sich nach großen Verwüstungen, die sie unter der Bevölkerung angerichtet hatten, wieder zurückziehen, ohne ihr Ziel — den Abzug der vietnamesischen Soldaten aus Kampuchea — erreicht zu haben.

Seit dieser Zeit wird die Auseinandersetzung in und um Kampuchea auf verschiedenen Ebenen geführt. International ist die Regierung der Volksrepublik Kampuchea immer noch weitgehend isoliert. Außer den Ländern des

Seit dieser Zeit wird die Auseinandersetzung in und um Kampuchea auf verschiedenen Ebenen geführt. International ist die Regierung der Volksrepublik Kampuchea immer noch weitgehend isoliert. Außer den Ländern des

„realsozialistischen" Lagers sowie Indien und einigen progressiven Staaten der „Dritten Welt" erkennen fast alle Länder nach wir vor das gestürzte Regime der „Roten Khmer" an. Im Fahrwasser der wieder stärker akzentuierten antikommunistischen Außenpolitik der USA ist diese Tendenz sogar noch steigend. So stimmten auf der letzten UN-Debatte über Kampuchea im Herbst 1982 90 Staaten für den Verbleib des Pol-Pot-Regimes in den Vereinten Nationen — 13 mehr als noch ein Jahr zuvor. Auf der im März in Delhi abgehaltenen Konferenz der „Blockfreien" kam es zu heftigen Auseinandersetzungen über die Frage der Vertretung Kampucheas. Nur mit Mühe konnte erreicht werden, daß dessen Sitz nicht von den „Roten Khmer" eingenommen wurde, sondern frei blieb.

Seit Jahren versuchen die Staaten Indochinas, zumindest mit ihren unmittelbaren Nachbarn zu einem friedlichen Zusammenleben zu kommen, da durch die ständige Unsicherheit der Wiederaufbau ihrer Länder erheblich behindert wird. Doch die Staaten der pro-imperialistischen ASEAN (Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien und die Philippinen) weigern sich strikt, mit der Regierung der Volksrepublik Kampuchea auch nur an einem Tisch zu sitzen. Um diese Schwierigkeiten auszuräumen, haben jetzt Vietnam und Laos den ASEAN-Staaten separate Verhandlungen (ohne Teilnahme der VR Kampuchea) angeboten. Unter den ASEAN-Staaten gibt es verschiedene Reaktionen auf dieses Angebot. Während der philippinische Außenminister es als Trick Vietnams abqualifizierte, wurde es von Vertretern Malaysias, Singapurs und Indonesiens als ein „Durchbruch" bezeichnet („Süddeutsche Zeitung", 18.3.83).

Thailand, wichtigstes Hinterland der diversen reaktionären Widerstandsgruppen, lehnte das Angebot ebenfalls ab.

Inhaltlich hatten die Staaten Indochinas folgende Vorschläge gemacht:

„Die drei indochinesischen Länder vertreten die Auffassung, daß es dringend erforderlich ist, die militärischen Aktionen an der kampucheanisch-thailändischen Grenze einzustellen, eine Lösung für das Problem der kampucheanischen Opfer zu finden und Frieden und Sicherheit in dieser Grenzregion wiederherzustellen. Sie erneuern den am 7.Juli 1982 von der Konferenz der Außenminister von Laos, Kampuchea und Vietnam in Ho-Chi-Minh-Stadt unterbreiteten Vorschlag hinsichtlich der Bildung einer Sicherheitszone an der Grenze zwischen Kampuchea und Thailand, und sie fordern Thailand eindringlich auf, um der Gewährleistung von Sicherheit und Stabilität in dieser Grenzregion willen, darauf positiv zu reagieren. (...) Die drei indochinesischen Länder sind bereit, jeden Vorschlag zu prüfen, um Frieden und Sicherheit in der Grenzregion zwischen Kampuchea und Thailand wiederherzustellen, sowie auch jegliche Art einer internationalen Garantie, die für alle Parteien gleichermaßen annehmbar wäre. Die Volksrepublik Kampuchea begrüßt alle Bemühungen jeglicher Länder oder internationalen Organisationen, die aufgrund von freundschaftlichen Beziehungen zur VRK und zu Thailand diese beiden bei der Wiederherstellung von Frieden und Stabilität an ihrer gemeinsamen Grenze unterstützen wollen" (Radio Hanoi, 13.4.83, nach „Monitor-Dienst" vom 14.4.83). Gleichzeitig wurde ein Teilabzug vietnamesischer Truppen aus Kampuchea für Mai dieses Jahres angekündigt.

„Flüchtlingslager" — Rekrutierungszentren des reaktionären Widerstands

„Flüchtlingslager" — Rekrutierungszentren des reaktionären Widerstands

Die hier im Fernsehen gezeigten Bilder kampucheanischer Flüchtlinge sollen den Eindruck vermitteln, die vietnamesischen Truppen griffen die mit harmlosen Zivilisten belegten Flüchtlingslager, die sich zu beiden Seiten der Grenze befinden an. Es ist aber bekannt, daß diese Lager von den diversen antikommunistischen Fraktionen Kampucheas kontrolliert werden.

Dabei handelt es sich einmal um die „Roten Khmer" Pol Pots, die nach Angaben der bürgerlichen Presse 30.000 Kämpfer unter Waffen haben sollen und damit die dominierende Kraft des reaktionären Widerstands darstellen. Daneben fallen die ca. 7000 Mann der FNLPK unter Sonn Sann und Sihanouks 5000 Kämpfer der „Moulinaka" kaum ins Gewicht. Sie sind allerdings aus kosmetischen Gründen sehr wichtig, da eine offene und alleinige Unterstützung der Massenmörder Pol Pots sich in den Ländern des Freien Westens nicht gut machen würde.

„Flüchtlings- und Partisanenlager sind nicht voneinander getrennt und niemand weiß genau zu sagen, wie viele von den 200.000 Khmer, die in provisorischen Siedlungen entlang der Grenze leben, ‚Zivilisten' sind, wie viele einer der drei Widerstandsfraktionen angehören und wie viele bewaffnete Guerilleros sind. Letztere haben wenig Interesse daran, diesen Zustand aufzuhellen — verhilft er ihnen doch zu internationaler humanitärer Hilfe (oft zu Lasten von Frauen und Kindern), und unterstützt er überdies ihren Anspruch, nicht nur vom Exil aus zu kämpfen, sondern Teile der Bevölkerung und des Territoriums von Kambodscha zu kontrollieren" („FAZ", 8.2.83). Unverblümt berichtete ein thailändischer Offizier, daß *„rund 3000 Leute das thailändische Flüchtlingslager Nong Samet"* verließen, *„um sich im ‚befreiten' Kambodscha den Partisanen Sihanouks anzuschließen. Die Männer waren zuvor 15 Tage lang militärisch geschult und mit chinesischen Waffen ausgerüstet worden"* („SZ", 23.2.83).

Das rückt auch die thailändischen Vorwürfe einer vietnamesischen „Invasion" ins rechte Licht. Sollten vietnamesische Soldaten tatsächlich die (im übrigen kaum markierte) Grenze zu Thailand überschritten haben, als sie zurückweichende Widerständler verfolgten, rechtfertigt das keineswegs einen derart massiven Einsatz thailändischer Truppen, die laut eigenen Angaben sogar Napalm eingesetzt haben sollen.

Die USA haben inzwischen eine Luftbrücke eingerichtet, um Thailand verstärkt mit Militärmaterial zu versorgen. Diverse Raketen und Haubitzen sind bereits eingetroffen.

Vor einer Wende in der Indochina-Politik der BRD?

Die Bundesregierung hat natürlich *„die Militäraktionen Vietnams im kambodschanischen Grenzgebiet und die Übergriffe auf Thailands verurteilt und die Regierung in Hanoi aufgefordert, die Kampfhandlungen einzustellen"* („SZ", 8.4.83). Das war nicht anders zu erwarten. Schließlich anerkennt die Kohl-Regierung ebenso wie ihre Vorgängerin das Pol-Pot-Regime als legitime Vertretung Kampucheas. Interessant sind dagegen Stimmen aus der Regierung nahestehenden Kreisen. So zitierte die „FAZ" im Herbst letzten Jahres nach der erneuten Niederlage der kampucheanischen Regierung vor der UNO durchaus zustimmend den vietnamesischen Außenminister, der *„bei einem Besuch in Djakarta gelassen auf die Abstimmung in New York reagiert hat. Die Vertreter Taiwans seien 20 Jahre lang mit solch günstigen Ergebnissen nach Hause gefahren, sagte er, aber an der Situation Chinas habe das kein Jota geändert, im Gegenteil.*

sen auf die Abstimmung in New York reagiert hat. Die Vertreter Taiwans seien 20 Jahre lang mit solch günstigen Ergebnissen nach Hause gefahren, sagte er, aber an der Situation Chinas habe das kein Jota geändert, im Gegenteil.

Und genauso wenig könnten UN-Voten für Pol Pot etwas in Kambodscha bewirken" („FAZ", 9.11.82).

Und während in den bundesdeutschen Medien die Lage der kampucheanischen Bevölkerung unter dem vietnamesischen Joch recht düster geschildert wird, sind im Hausblatt des Kapitals erstaunliche Erkenntnisse zu lesen: *„Zum erstenmal in mehr als zehn Jahren, auch das wird im Ausland oft vergessen, herrscht in Kambodscha Frieden, dürfen Männer und Frauen miteinander schlafen und essen, gehen Kinder zur Schule und in den buddhistischen Tempel, gibt es weder amerikanische Bomber noch die Henkersknechte Pol Pots"* (ebenda).

Parallel dazu wird auch das Bild Vietnams als Vasall der Sowjetunion korrigiert. Anhand der wiederaufgenommenen sowjetisch-chinesischen Gespräche werden Interessengegensätze in bezug auf eine Regelung des Indochinaproblems zwischen der UdSSR und Vietnam vermutet. Anstatt wie bisher undifferenziert auf Vietnam einzuschlagen, empfiehlt die „FAZ" ein taktisches Vorgehen in dieser Frage. *„Selbstverständlich darf Vietnam für seine hegemonialen Missetaten nicht auch noch belohnt werden. Aber muß man deshalb auch die deutlichen Signale, die seit einigen Monaten aus Hanoi kommen, geflissentlich überhören? Kann man nicht mit einem Dialog unterhalb der in den Vereinten Nationen beschlossenen Maximalforderungen beginnen — zumal ein totaler Abzug der Truppen Hanois und die dann unvermeidliche Rückkehr Pol Pots und seiner Barbaren nicht nur die Kambodschaner schreckt? ... Die Ernsthaftigkeit gewisser Offerten aus Hanoi könnten die Außenminister von ASEAN, der Europäischen Gemeinschaft, Amerikas, Japans, Australiens und Neuseelands auszuloten versuchen, wenn sie im Juni zu ihrem jährlichen Dialog in Bangkok zusammenkommen"* („FAZ", 8.4.83).

Warten wir's ab.

Asien-Kommission

OPEC:
Von der Ölmacht zur Ohnmacht

„Es liegt im Interesse der Industrieländer..., daß die Bedingungen geschaffen werden, damit die OPEC ihre Macht zur Festlegung der Ölpreise auf einem künstlich hohen Nieveau verliert und niemals wiedergewinnt" (1).

Das schrieb bereits 1975 — nach der 1. „Ölkrise" - der damalige US-Energieberater Thomas Enders.

Nachdem 1979, bei der 2. sog. Ölkrise, nach dem Sturz des Schah-Regimes der Ölpreis erst recht in die Höhe geschnellt war, haben die Imperialisten inzwischen — 4 Jahre später — die Möglichkeit zum Ölpreisdiktat und zur Erpressung der OPEC-Staaten wiedergewonnen.

Der OPEC-Öl-Markt sei so „zusammenzudrücken", formulierte seinerzeit Thomas Enders, daß der Mechanismus der OPEC zur Aufteilung der Produktionsquoten nicht mehr funktionieren könne. Durch brachliegende Förderkapazitäten in Saudi-Arabien sollte eine Reihe von OPEC-Ländern in Zahlungsschwierigkeiten gebracht werden; ihre Kredite sollten durch transnationale Banken beschnitten werden, sodaß kleine Ölpreiserhöhungen für sie keine finanzielle Erleichterung mehr bewirkten. Spätestens mit der letzten OPEC-Konferenz ist dieses Ziel erreicht worden: *„Jetzt kehrt die Macht auf den Märkten zu den Industrienationen zurück"*, schrieb der „Spiegel" (am 5.4.82).

Da wundert es nicht, daß die westliche Presse mit einem „Gottseidank" reagierte, nachdem sich Mitte März die OPEC-Länder vorläufig noch über einen Ölpreis und Förderquoten hatten einigen können. Ein drastisches Absinken der Preise könnte das Erpressungsinstrumentarium der Imperialisten schnell zerstören, die Förderung von Nordseeöl und anderen neuen Quellen wäre dann nicht mehr rentabel. Zudem könnten allzu drastische Maßnahmen sehr schnell wie eine Lunte am Pulverfaß des Nahen Ostens wirken. Eigens für solche Zwecke ist ja inzwischen die „Schnelle Eingreiftruppe" aufgebaut worden, die nach vollständigem Ausbau 400.000 Mann erreichen soll. Ebenso wie beim Öl sind hier hauptsächlich vorgesehene Stationierungsorte und Unterstützer des Imperialismus die Scheichtümer am Golf.

In diesem Artikel soll das Abbröckeln des Einflusses des Ölkartells OPEC dargestellt werden.

Die Entwicklung der Ölpreise

Lagen die Rohölpreise bis Mitte der 70er Jahre noch in der Größenordnung von 10 Dollar pro Barrel (= 159 l), so waren vor allem die Jahre 79-81 durch einen starken Preisanstieg geprägt (hier sollen nur die Rohölpreise betrachtet werden; was staatliche Steuern und die Ölmultis durch immense Aufschläge noch zusätzlich daraus machten, um die bekannten Horrorpreise für Benzin etc. zu erzielen, ist ein Kapitel für sich). Anfang 1979 nahmen die OPEC-Staaten eine Preiserhöhung von 12,7 auf 14,5 Dollar/Barrel vor. Richtig in die Höhe schnellten die Preise nach dem Sturz des Schah; sie stiegen um bis zu 20 Dollar/b. auf einen Durchschnittpreis von etwa 30 Dollar/b. Durch den zeitweisen Ausfall der gesamten iranischen Förderung war diese Preiserhöhung aufgrund der gleichgebliebenen Nachfrage bei gesunkenem Angebot durchsetzbar. Die OPEC besaß 1979 noch einen Anteil an der Gesamtrohölförderung von 47,8 % (NZZ, 20.1.83). Die Tagesproduktion der OPEC-Länder, die auf dem Markt auch abgesetzt werden konnte, lag b ei ca. 30,5 Mio. Barrel. Bereits damals zeigten sich Differenzen innerhalb der OPEC: Saudi-Arabien versuchte, den Preis auf einem nicht allzu hohen Niveau zu stabilisieren, während Libyen, Algerien, Nigeria u.a. auf weitere Preissteigerungen drängten, um die wirtschaftliche Entwicklung ihrer Länder über die Öleinnahmen zu finanzieren. (Teilweise wurden die Preiserhöhungen auch schlicht durch den Verfall des Dollar, mit dem Ölrechnungen bezahlt werden, aufgefressen). Die Preise bewegten sich als Ausdruck der verschiedenen Interessen und Strategien zwischen 32 Dollar/b. (Saudi-A.) und bis zu 41 Dollar/b. (Libyen, Algerien, Nigeria). Dabei spielen allerdings auch unterschiedliche Ölqualitäten eine Rolle.



Die Wende

Bereits ein Jahr später setzte die Wende ein: es existierte jetzt ein Ü b e r a n g e b o t an Öl auf den Märkten, das etwa 2-3 Mio. Barrel/Tag betrug. Für dieses Überangebot gibt es mehrere Gründe:

Die Wende

Bereits ein Jahr später setzte die Wende ein: es existierte jetzt ein Ü b e r a n g e b o t an Öl auf den Märkten, das etwa 2-3 Mio. Barrel/Tag betrug. Für dieses Überangebot gibt es mehrere Gründe:

1. Unter dem Stichwort „Weg vom OPEC-Öl" hatten die Industrieländer sich seit 1973 verstärkt um die Erschließung anderer Ölquellen bemüht *„Die multinationalen Konzerne des Öls, Exxon an der Spitze, investierten kein Geld mehr in jenen Ländern der OPEC, die sie für politisch unzuverläs-*

1. Unter dem Stichwort „Weg vom OPEC-Öl" hatten die Industrieländer sich seit 1973 verstärkt um die Erschließung anderer Ölquellen bemüht „Die multinationalen Konzerne des Öls, Exxon an der Spitze, investierten kein Geld mehr in jenen Ländern der OPEC, die sie für politisch unzuverläs-

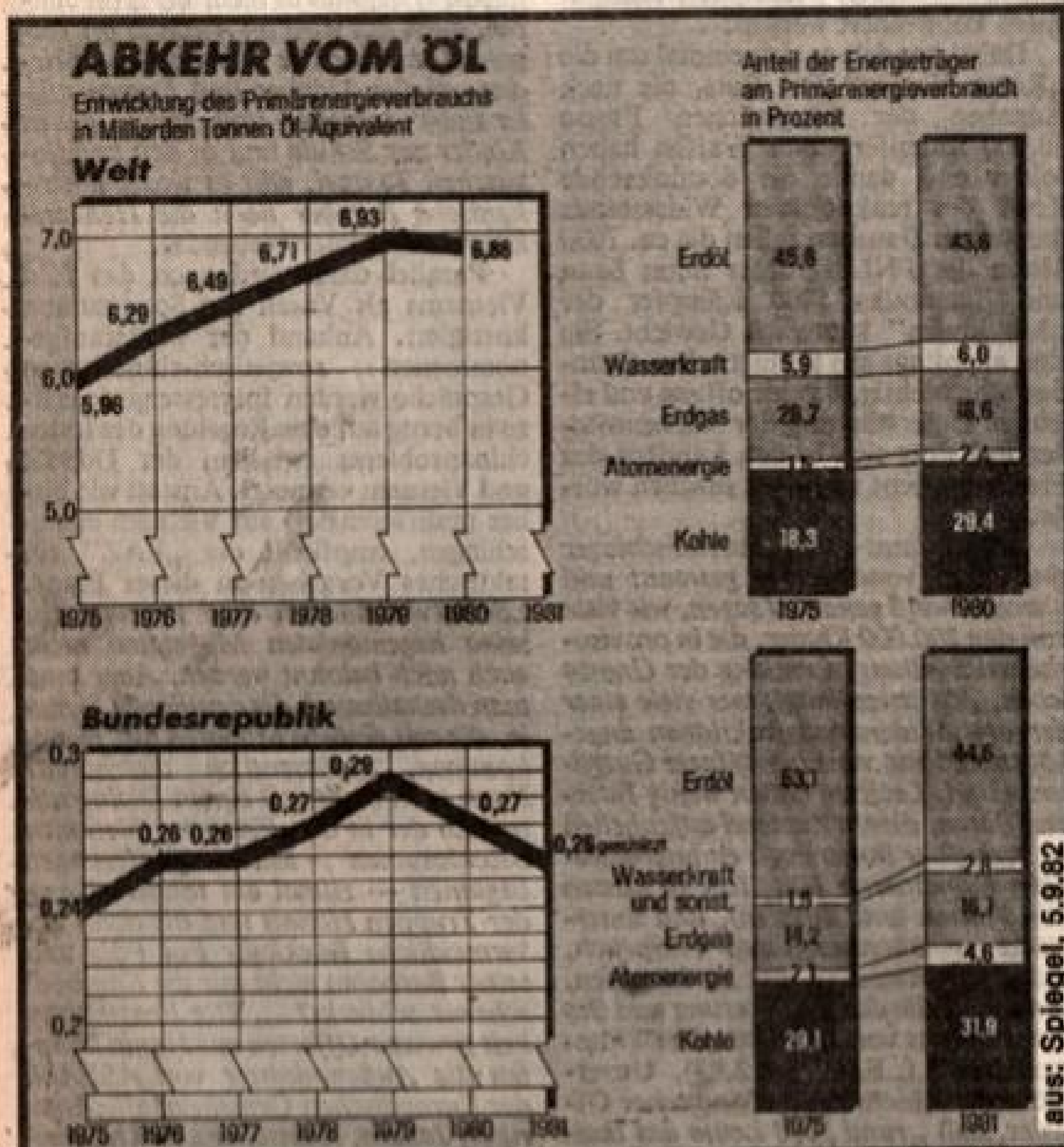
sig hielten oder die ihnen die Anlagen enteignet hatten. Stattdessen investierten die Konzerne in die Öl- und Gasförderung aus der Nordsee, und stattdessen gab Präsident Reagan den Preis für US-Rohöl frei und animierte Big Oil zu hohen Investitionen im eigenen Land. Stattdessen begann Marktführer Exxon die Ölausbeute aus dem Schiefergestein

sig hielten oder die ihnen die Anlagen enteignet hatten. Stattdessen investierten die Konzerne in die Öl- und Gasförderung aus der Nordsee, und stattdessen gab Präsident Reagan den Preis für US-Rohöl frei und animierte Big Oil zu hohen Investitionen im eigenen Land. Stattdessen begann Marktführer Exxon die Ölausbeute aus dem Schiefergestein
der Rocky Mountains." („Spiegel", 5.4.82).

Die Förderung von Nordseeöl stieg um 10 % an. Von etwa 90 % des gesamten Rohölverbrauchs in der BRD in den 70er Jahren sank der OPEC-Anteil auf 64 % (1982) ab. Bereits 24 % des BRD-Öl-Imports stammen aus der Nordsee. (2)

2. Massiver Ausbau anderer Energieträger wie Kohle, Erdgas, Atomenergie: der Anteil des Öls am Primärenergieverbrauch in der BRD sank von 47 % auf 44 % im Jahr 1981.

3. Die in den Industriestaaten propagierte Energiesparkampagne zeigte, unterstützt durch die wirtschaftliche Rezession (geringere Industrieproduktion und damit gesunkener Energieverbrauch) erste größere Erfolge: *„Um 14 % ist seit 1979 der Öldurst in den westlichen Industriestaaten gesunken. Um 20 % ist er in der wie immer vorbildlichen Bundesrepublik Deutschland zurückgegangen... In der EG sackte der Mineralölverbrauch vergangenes Jahr um 8,5 % auf 418,2 Mio. Tonnen, der Import sogar um 15 %. Wegen des Verbrauchsrückgangs, aber auch wegen des Ausbaus der britischen Ölfelder, hat sich die Abhängigkeit der EG-Staaten von importierter Energie seit 1971 von 64 % auf 49 % ermäßigt."* („Spiegel", 5.4.82). 1982 soll er gar bei 44-45 % liegen. Die USA importieren inzwischen nur noch 6 Mio. Barrel/Tag, vorher waren es 9 Mio.; gesunken ist zudem der prozentuale OPEC-Anteil an den Importen. (3)



Die 1. sogenannte Ölkrise wurde mit Kriegsgeschrei gegen die „Ölscheichs" seitens der imperialistischen Propaganda geführt. Der Energieverbrauch, der bis dahin alle 10 Jahre sich verdoppelt hatte, stieg erheblich langsamer an. Durchschlagende Erfolge beim Energiesparen in den imperilistischen Ländern (Hauptverbraucher des Öls) wurde dann infolge der 2. „Ölkrise" (1979) erziehlt, obwohl die Propaganda seither auf niedrigeren Touren läuft. Vornean liegt die BRD beim Energiesparen.

4. Das verstärkte Auftreten von Ölförderländern, die nicht der OPEC angehören, insbesondere Norwegen, Großbritannien und Mexiko: Der Weltmarktanteil der OPEC-Länder sank von 70 % auf inzwischen ca. 40 %. Nicht-OPEC-Länder fördern inzwischen 19,7 Mio. Barrel/Tag, alleine Mexiko, Norwegen und Großbritannien zusammen über 5 Mio. Barrel/Tag (NZZ, 18.12.82). Das sind

hören, insbesondere Norwegen, Großbritannien und Mexiko: Der Weltmarktanteil der OPEC-Länder sank von 70 % auf inzwischen ca. 40 %. Nicht-OPEC-Länder fördern inzwischen 19,7 Mio. Barrel/Tag, alleine Mexiko, Norwegen und Großbritannien zusammen über 5 Mio. Barrel/Tag (NZZ, 18.12.82). Das sind
immerhin 2 Mio. Barrel/Tag mehr, als die letzte von der OPEC vereinbarte Fördermenge von 17,5 Mio. Barrel/Tag.

Um zu verhindern, daß sich das Überangebot an Öl voll auf die Preise niederschlug, reduzierten die OPEC-Länder schrittweise die Fördermenge. Diese lag 1981 bei 23,5 Mio. Barrel/Tag, also bereits 7,5 Mio. Barrel/Tag unter dem Stand von 1979, war damit aber immer noch 2-3 Mio. Barrel/Tag zu hoch. Die OPEC-Konferenz im Juni 81 beschloß eine weitere Senkung der Fördermengen um 10 % bei Richtpreisen von 36 Dollar/Barrel. Nur Saudi-Arabien lehnte diesen Beschluß rundweg ab und erhöhte gar seine Produktion um 800.000 Barrel/Tag, angeblich um die Ausfälle durch den iranisch-irakischen Krieg zu ersetzen, und dies zu einem Preis von 32 Dollar/b. („Spiegel", 1.6.81). Dieser Alleingang der Saudis war insofern entscheidend, als Saudi-Arabien mit 10,3 Mio. Barrel/Tag mehr als 40 % des gesamten OPEC-Öls förderte und aufgrund dieser starken Stellung als einziges OPEC-Land zu umfassenden Marktmanipulationen in der Lage ist.

„US-Präsident Ronald Reagan kann es sich inzwischen leisten, den Ölimport aus Libyen schlicht zu verbieten. Im Nachbarland Mexiko, das den Erdölpreis Ende Februar (82) um bis zu 2,5 Dollar senkte, ist leicht Ersatz zu holen. Shell, Gulf, Mobil, Texaco und Socal, Hauptkunden des Öllandes Nigeria, haben ihre Rohölbezüge aus dem afrikanischen Staat erheblich gedrosselt. Das eigene Öl, etwa das aus der Nordsee, ist billiger zu haben und bringt Devisen in die Kasse des Königreiches Großbritannien. Das einstige Kaiserreich Iran bietet Rohöl angeblich sieben Dollar unter dem OPEC-Preis von 34 Dollar/Barrel an." („Spiegel", 5.4.82). Kurz, trotz sich jagender Konferenzen der Erdölstaaten waren Preisverfall und Konkurrenz der OPEC-Länder untereinander nicht zu bremsen.

Anfang 1983 lagen die Preise für libysches und nigerianisches Öl bereits bei 31 Dollar/b., auf dem freien Markt in Rotterdam sogar noch einige Dollar niedriger. Eine Reihe von Ländern, u.a. Iran und Venezuela, produzierten erheblich über der ihnen zugewiesenen Menge: der Iran, um seinen Krieg finanzieren zu können, Venezuela, um den drohenden Staatsbankrott abzuwenden. Im Oktober 82 lag die Gesamtförderung der OPEC mit 19,5 Mio. Barrel/Tag um 2 Mio. Barrel über der vereinbarten Gesamtfördermenge (NZZ, 18.12.82), was aber trotzdem der niedrigste Förderstand seit 1975 war.

Differenzen in der OPEC

Immer offensichtlicher wurde unter diesem Druck, daß die OPEC eben kein Zusammenschluß von Ländern mit gleichen Interessen ist, der Ausbruch des Preiskrieges vielmehr erst auf dem Hintergrund der unterschiedlichen ökonomischen und politischen Interessen richtig verständlich wird.

Grob lassen sich innerhalb der OPEC zwei Lager ausmachen. Auf der einen Seite stehen Länder, die eine möglichst hohe Ölproduktion bei hohen Preisen anstreben, um über die so erzielten Einnahmen v.a. Ausgaben in den eigenen Ländern finanzieren zu können, die sog. „high absorbers".

Zu dieser Gruppe gehören Nigeria, Libyen, Vnezuela, Indonesien, Irak. Die Lage dieser Länder wurde durch den Preisverfall enorm verschärft: **Nigeria:** die maximale Förderkapazität beträgt 2,4 Mio. Barrel/Tag; 1980 lag die Tagesproduktion noch bei 2 Mio. (NZZ, 22.2.83), mittlerweile ist sie auf 460.000 Barrel/Tag gesunken. Die fehlenden Einnahmen führten innerhalb kürzester Zeit zu einem so rapiden Abbau der Währungsreserven, daß das Land seine Importe auf die Hälfte drosseln mußte. Bei Öleinnahmen von 1 Mrd. Dollar/Monat wurden zuletzt Waren im Wert von 1,35 Mrd. Dollar importiert (taz, 24.2.83). Da teilweise die Importrechnungen nicht mehr be-

lenden Einnahmen führten innerhalb kürzester Zeit zu einem so rapiden Abbau der Währungsreserven, daß das Land seine Importe auf die Hälfte drosseln mußte. Bei Öleinnahmen von 1 Mrd. Dollar/Monat wurden zuletzt Waren im Wert von 1,35 Mrd. Dollar importiert (taz, 24.2.83). Da teilweise die Importrechnungen nicht mehr be-
zahlt werden können, weigern sich die westlichen, vor allem bundesdeutsche Firmen, zu liefern, was sich wiederum erheblich auf die Situation des Landes niederschlägt.

Libyen: hat inzwischen ebenfalls erhebliche Probleme bei der Begleichung seiner Importrechnungen in Milliardenhöhe („Spiegel", 9/83). Allein der BRD-Export nach Libyen sank 1982 um eine halbe Mrd. DM (taz, 24.2.).

Venezuela: mußte Devisenkontrollen einführen, um den Abfluß von Währungsreserven und damit die drohende Zahlungsunfähigkeit zu verhindern („Spiegel" 9/83). Immerhin 78,5 % des gesamten Staatshaushaltes stammen aus Ölexporten (NZZ, 18.2.). Das Land muß rund 1,9 Mio. Barrel/Tag fördern, um alleine die fälligen Zinsen für Kredite bezahlen zu können („FR", 25.1.). Die alte OPEC-Quote lag bei 1,5 Mio. Barrel/Tag.

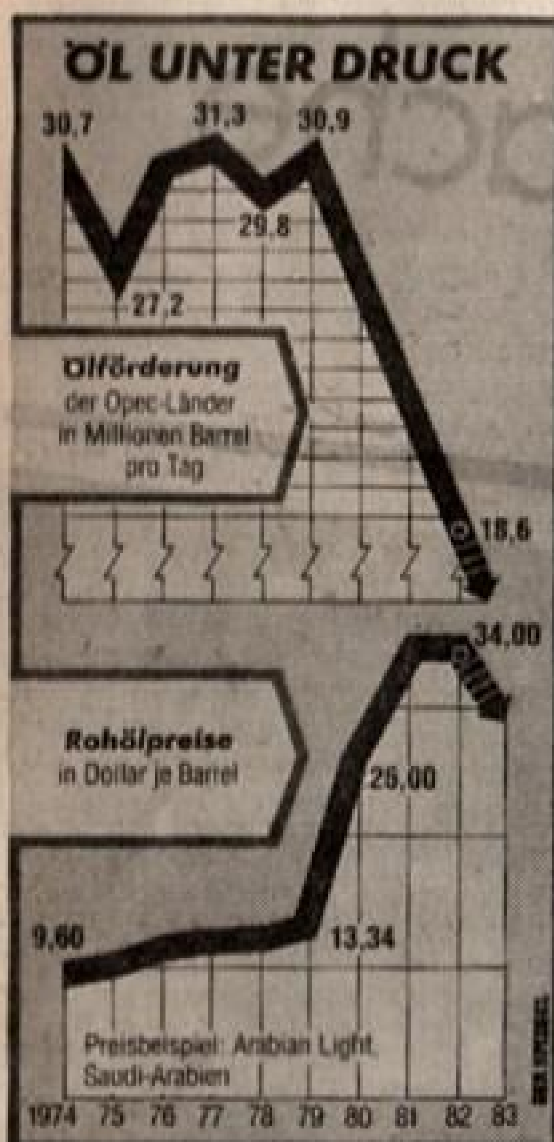
Indonesien: Die staatliche Erdölfirma Pertamina befindet sich in erheblichen finanziellen Schwierigkeiten („Spiegel" 9/83).

Demgegenüber stehen Länder, die nur einen geringen Teil der Erdöleinnahmen benötigen, um die finanzielle Abdeckung ihres eigenen wirtschaftlichen Verbrauches zu sichern. Zu diesen Ländern, mit zumeist geringer Bevölkerung und erheblichen finanziellen Ressourcen gehören Saudi-Arabien, Kuweit, die Vereinigten Arabischen Emirate, Katar und Oman (nicht OPEC-Mitglied).

Diese Länder sind unter sich noch im exklusiven „Golfrat" zusammengeschlossen. Aufgrund ihrer relativen Unabhängigkeit vom konkreten Ölpreis, sowie — v.a. im Falle Saudi-

Fortsetzung nächste Seite

Imperialismus



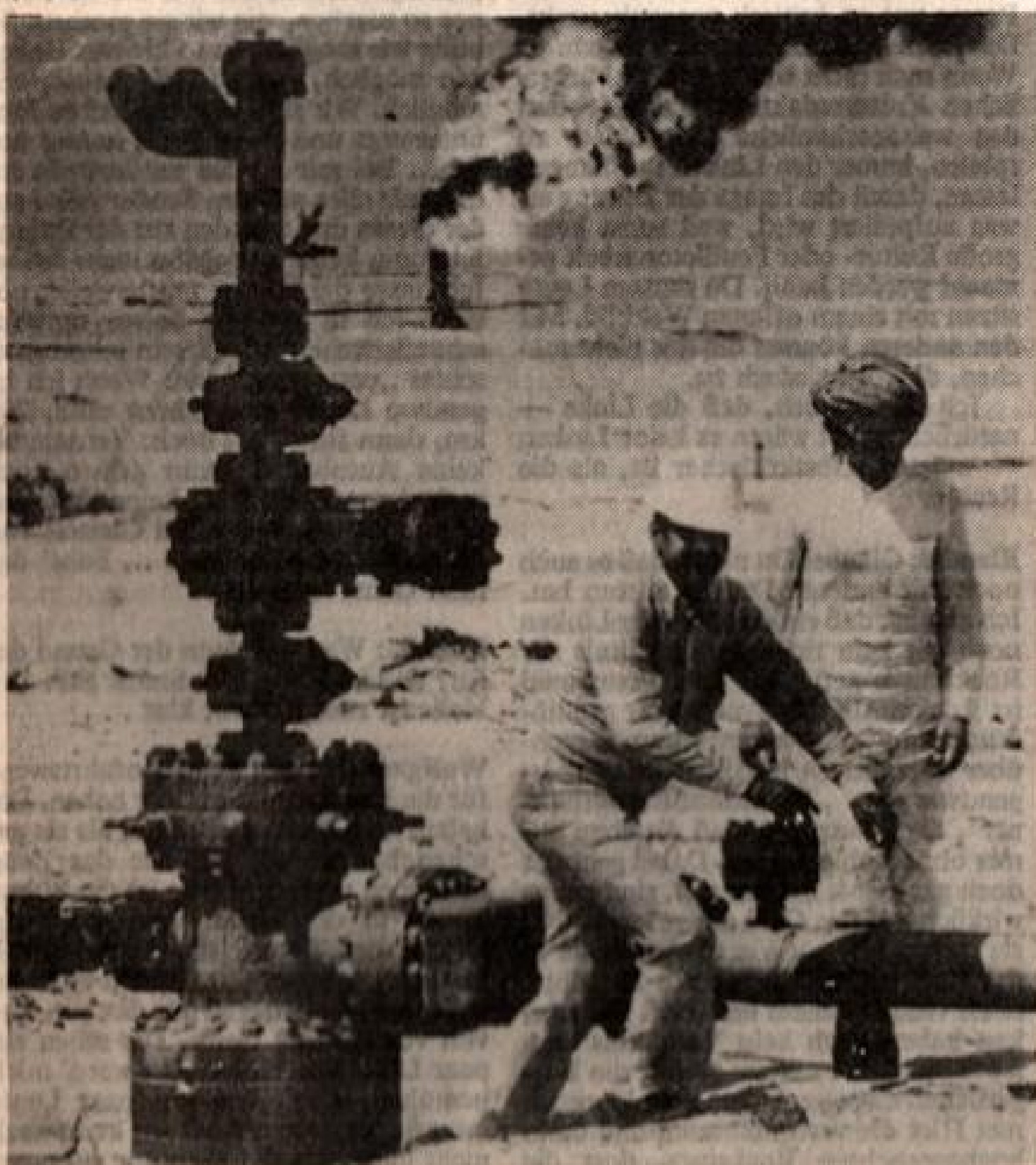
aus Spiegel 31.1.83
Durch Sparmaßnahmen, aber vor allen durch die Erschließung neuer Ölquellen, die erst aufgrund des teuren Ölpreises rentabel wurden, sackte der OPEC-Öl-Anteil drastisch in den Keller.

Arabiens — ihrer bedeutenden Fördermenge sind diese Golfstaaten zu erheblichen Manipulationen bezüglich der Fördermengen und der Preise in der Lage:

„Von sämtlichen OPEC-Ländern können inzwischen nur noch Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate und Indonesien ihre Ölproduktion manipulieren, ohne die eigene Finanzierungsbasis zu verlieren. Libyen, Iran, Irak, Kuweit, Nigeria, Algerien, Gabun, Venezuela und Ecuador fördern weniger, als sie fördern müßten. Die Preisbrecher Mexiko, Großbritannien und Norwegen — außerhalb der OPEC — sind dagegen nicht alleine auf Ölexporte angewiesen. Der Spielraum des Ölkartells begrenzt sich damit auf wenige Millionen Barrel pro Tag." („Spiegel", 5.4.82)

Die Rolle Saudi-Arabiens

Eine nicht unerhebliche Rolle spielt die Anbindung der reichen Golfstaaten an die westlichen Industrienationen. Speziell von Saudi-Arabien ist bekannt, daß es eine wichtige Rolle im Nahostkonzept der USA spielt. Der Grad seiner militärischen Anbindung dokumentiert sich nicht alleine in der Stationierung von AWACS-Systemen, umfangreichen Waffenexportgeschäften und der RDF: „Alleine zwischen 1977
nierung von AWACS-Systemen, umfangreichen Waffenexportgeschäften und der RDF: „Alleine zwischen 1977
und 1979 wurden Waffenverkaufsverträge zwischen den beiden Ländern (USA und Saudi-Arabien — Anm. d. Verf.) in Höhe von 1,9 Milliarden (1977), 4,1 (1978) und 6,4 Milliarden Dollar (1979) vereinbart. Bis Ende 1979 war die Summe des von Saudi-Arabien angeforderten Militärmaterials schon auf insgesamt 22,2 Milliarden Dollar angestiegen... Hinzu kommt der Bau von Marinestützpunkten, Häfen, militärischen Flugbasen, Infanterie- und Artilleriezentren, Truppenunterkünften und medizinischen Versorgungsstätten... Im September 1977 operierten vier verschiedene Abteilungen des Pentagon mit insgesamt 921 Militärangehörigen in Saudi-Arabien... Es wurde geschätzt, daß bis Ende 1980, zusammen mit dem Luftwaffen-, Ausbildungs- und anderem Personal, das US-Militär insgesamt an die 100.000 Mann in Saudi-Arabien stationiert hatte.." (4)



Ölförderung in Saudi-Arabien

Zum anderen ist die wirtschaftliche Anbindung der Golfstaaten an den Westen sehr groß; ein erheblicher Teil der Ölgewinne wurde in den westlichen Industrieländern investiert:

„Ende 1979 beliefen sich die entsprechenden ‚Auslandsinvestitionen' der OPEC auf mindestens 200 Milliarden Dollar. ...Zu den schon kumulierten 200 Milliarden Dollar kamen 1980 und 1981 jeweils etwa 100 Milliarden hinzu, sodaß sich das Vermögen der OPEC-Überschußländer im Ausland in nur zwei Jahren verdoppelte." (5)

V.a. die USA setzten daher besonders auf Saudi-Arabien, um das OPEC-Kartell auch von innen her aufzuweichen:— Bereits auf der OPEC-Konferenz 1979 versuchte Saudi-Arabien, eine Preiserhöhung durch Algerien, Iran und Libyen zu verhindern. Das Ergebnis der Konferenz war das Abgehen von einem einheitlichen Ölpreis. Die Preise schwankten in der Folge zwischen 41 Dollar (Libyen) und 32 Dollar (Saudi-Arabien). Saudi-Arabien reagierte auf die Hochpreispolitik der anderen Länder durch eine höhere Förderung von 9,5 Mio. Barrel/Tag, was die anderen Länder zu Produktionseinschränkungen zwang, um den Preis halten zu können.

— Als Ende 1980 durch den Ausbruch des Krieges die Produktion von Iran und Irak weitgehend ausfiel, erhöhte Saudi-Arabien seine Produktion um 800.000 Barrel/Tag, um eine mögliche Preiserhöhung durch Erhalten des Ölüberschusses zu verhindern.

— Auf der 60. OPEC-Konferenz im April 1981 lehnte Saudi-Arabien die Vereinbarung, die Produktion generell um 10 % zu senken, ab. Sie machten ihre Zustimmung davon abhängig, daß sich die OPEC-Länder auf einen niedrigeren Preis einigten. Die Hochpreisländer mußten nicht nur ihre Preise um bis zu 2 Dollar/Barrel senken, sondern auch ihre Produktion teilweise erheblich einschränken: Algerien um 300.000 Barrel/Tag auf 700.000 (= 30 %!) Libyen gar von 1,75 Mio. auf 800.000 Barrel/Tag, Nigeria von 2,1 Mio. auf 800.000 Barrel/Tag.

Eskalation des „Preiskriegs"

Eskalation des „Preiskriegs"

Vor diesem Hintergrund spielte sich der immer weiter eskalierende „Preiskrieg" der OPEC-Länder ab, in den die Industriestaaten kräftig eingriffen.

Die erste OPEC-Sonderkonferenz fand im Juli 1982 in Wien statt. Sie begann mit der Feststellung, daß sich keines der Länder an die vereinbarte Produktionsdrosselung um 10 % gehalten hatte und daß die Preise weiterhin sanken. Einige Länder, vor allem Iran, Irak und Libyen, forderten eine Art politischer Lösung, nämlich *„die ihnen zustehenden Produktionsquoten zu Lasten der ‚reichen Ölländer' wie Saudi-Arabien zu erhöhen"* (FR, 12.7.82), d.h. den „Reichtum" gerechter zu verteilen. Der Vorschlag wurde von Saudi-Arabien abgelehnt und mit schlichter Erpressung beantwortet: *„Das Land hat seine OPEC-Partner wiederholt vor einem Preiskrieg gewarnt, da es seine Förderung von gegenwärtig weniger als sieben Millionen Barral auf zwölf Millionen Barrel pro Tag steigern könne. Dabei werde Saudi-Arabien der einzige Gewinner sein."* (FR, 12.7.82).

Im Dezember 1982 scheiterte die nächste Runde. Die Gesamtproduktionsquote wurde zwar auf 18,5 Mio. Barrel pro Tag festgelegt, allerdings ohne eine Quotierung für die einzelnen Länder. Der Überschuß würde damit immer noch etwa eine Million Barrel betragen(taz, 12.12.82).

Im Januar 1983 tagt erneut die OPEC-Konferenz; auf den freien Märkten liegt der Ölpreis inzwischen bei 27,5 bis 29 Dollar. Die Mehrheit unterstützt die Forderung Irans nach weiteren Produktionseinschränkungen Saudi-Arabiens, um den Preis zu halten. Das Überangebot wird auf zwei Millionen Barrel pro Tag geschätzt (FR, 24.1.83). In den Industrieländern wurden gleichzeitig vier Millionen Barrel pro Tag aus gehorteten Lagerbeständen auf den Markt geworfen. Nigeria konkretisierte die Forderung: Die Saudis sollten von 7,5 auf 5 Mio. Barrel pro Tag drosseln. Der Iran, der zur Kriegsfinanzierung seine Produktion schrittweise wieder aufgenommen und ausgeweitet hatte (erheblich über die ihm zugewiesene Quote), hatte sein Öl schon billiger verkaufen müssen. Zusätzlich verschärft wurde die Lage noch durch die westlichen Förderstaaten, die nicht der OPEC angehören: *„Somit haben noch zahlreiche andere Länder auch außerhalb der OPEC ihre Produktion erhöht, und zwar vor allem Mexiko und Großbritannien."* (NZZ, 20.1.83). Daß die Konferenz platzte, obwohl es bereits zu einer Einigung über die Fördermengen gekommen war, lag wiederum an Saudi-Arabien: Es forderte von Algerien, Libyen und Nigeria isolierte Preiserhöhungen um 1,5 bis 2 Dollar (über die existierende Preisdifferenz von 1,5 Dollar hinaus), um mit seinem eigenen Ölpreis konkurrenzfähiger zu sein. Eine Forderung, die für die Länder, die ohnehin schon Absatzschwierigkeiten hatten, völlig unakzeptabel war. Die Golfstaaten kündigten umgehend an, ihre Förderung zu erhöhen und wenige Tage später den Preis um bis zu vier Dollar senken zu wollen. Alleine diese Drohung führte zu einem Preisverfall auf den Märkten von 1,5 bis 2 Dollar (taz,
ken zu wollen. Alleine diese Drohung führte zu einem Preisverfall auf den Märkten von 1,5 bis 2 Dollar (taz,
2.1.82).

Mitte Februar kündigte Großbritannien eine rückwirkende Preissenkung für Nordseeöl um 2 bis 4 Dollar pro Barrel und brachte den Markt damit völlig ins Rotieren (NZZ, 18.2.83), immerhin ein Preisrückgang von 10 %! *„Den Zusammenbruch des Ölpreissystems hatte die staatliche britische Ölgesellschaft BNOC mit einer Preissenkung um drei Dollar je Barrel ausgelöst."* (FR, 22.2.). Norwegen zog gleich nach, Mexiko kündigte ähnliche Schritte an. Nur drei Tage später mußte Nigeria seinen Ölpreis um stolze 5,5 Dollar auf 30,5 Dollar nach unten korrigieren, um so durch knappes Unterbieten des britischen Preises überhaupt noch etwas absetzen zu können. Nigerias Erdölminister Dikko kündigte an, *„sein Land werde weiteren Preissenkungen für Nordseeöl sofort folgen"* (FR,22.2.).

Eine neue Konferenzrunde war fällig, die Saudi-Arabien mit der Androhung einer hemmungslosen Dumping-Strategie eröffnete: Wenn es nicht zu einer Einigung käme, würden die Länder des Golfrates ihre Preise um bis zu sieben Dollar senken (auf 27 Dollar) (taz, 22.2.). In einzelnen Kommentaren wurde gar ein genereller Rückgang der Preise auf 20 Dollar prophezeit. Forderungen der „Hochpreisländer" waren u.a.: Teilnahme Mexikos an den Verhandlungen, Reduzierung vor allem der saudischen Fördermenge ; der Iran sprach sich strikt gegen jede Preissenkung aus.

OPEC flügellahm

„Die tagelangen Verhandlungen der Ölländer in London haben das Zerbröckeln des OPEC-Kartells offenkundiger denn je zutage gefördert. Schon die Wahl des Tagungsortes verrät symbolische Ironie. So geschwächt ist die Macht der Ölgewaltigen, daß sie — wenn nicht offen, so doch stillschweigend — Unterstützung von Produzenten suchen, welche nicht dem 13-Länder-Kartell angehören. Fäden wurden daher gesponnen zu Ländern wie Großbritannien, Norwegen und Mexiko", jubelte die Frankfurter Rundschau (10.3.) und verkündete damit bereits einen Erfolg der Industriestaaten. Der „Spiegel" konstatierte: *„Im März 1983 findet sich die OPEC, wenn auch auf unvergleichlich höherem finanziellen Niveau, fast in der gleichen Lage, in der sie in ihrem Gründungsjahr 1960 gewesen ist: Als loses Konglomerat in sich uneiniger Länder steht sie einem Block in sich einiger Partner gegenüber. 1960 sind es die Ölkonzerne gewesen, dieses Mal ist es die ganze westliche Welt."* (14.3.83).

Nach zwölftägigen Verhandlungen kam es schließlich zu einer vorläufigen Einigung, die so aussieht:

— Der OPEC-Richtpreis wird von 34 auf 29 Dollar pro Barrel gesenkt, womit sich Saudi-Arabien voll durchsetzte. Mexiko kündigte an, seinen Preis dem der OPEC anpassen zu wollen.

— Die Förderquoten wurden wie folgt aufgeteilt:

Fördermengen der OPEC
(Millionen Barrel pro Tag)

	Neue Quote	Alte Quote
Irak	1,3	1,2
Iran	2,2	1,2
Saudi-Arabien	5,0	7,15
Kuwait	1,0	0,8
Indonesien	1,25	1,3
Algerien	0,75	0,65
Libyen	1,0	0,75
Nigeria	1,3	1,3
Ecuador	0,2	0,2
Gabun	0,25	0,15
Katar	0,3	0,3
VAE	1,2	1,0
Venezuela	1,75	1,5
Gesamtförderung	17,50	17,50

(FR,15.3.).

D.h. der Iran konnte eine Verdoppelung der ihm zuvor offiziell zugestandenen Fördermenge durchsetzen; kleinere Erhöhungen erzielten Libyen, die Emirate, der Irak und Kuweit. Die Quote Saudi-Arabiens wurde nicht offiziell festgelegt; *„es soll seine Fördermenge entsprechend den Weltmarktverhältnissen so festlegen, daß die übrigen Länder ihre Mengen zu dem festgelegten Preis verkaufen können."* (taz, 16.3). Damit wird die führende Rolle Saudi-Arabiens bestärkt, das damit über die eigene Fördermenge zu Preismanipulationen in der Lage ist. Für's erste scheint der Preiskrieg gestoppt, wenn auch eine Reihe kleinerer Probleme wie etwa die Preisaufschläge für Qualitätsunterschiede, nicht geklärt wurden.

Ein Sieg des Imperialismus

Ein Sieg des Imperialismus

„Aus dem Hauptlieferanten von einst ... ist der Nebenlieferant für morgen geworden." (Spiegel, 14.3.). *„Binnen vier Jahren, von 1979 bis 1983, hat sich die Macht am internationalen Ölmarkt gedreht. Das einst beherrschende Kartell OPEC kann seine Ware nicht mehr loswerden, seine Preise nicht mehr halten und ist in sich seit kurzem heftig zerstritten. Mit Sparmaßnahmen und neuen Energiequellen haben die Industriestaaten der westlichen Welt sich dem Kartell widersetzt."* (ebd.).

Hauptergebnis dieses dreijährigen Kampfes ist zunächst die schlichte Tatsache, daß der Westen sich die Initiative auf dem Ölsektor zurückgeholt hat. Über mehrere Wege: Sparen, Ausbau alternativer Energieformen (AKWs, Kohle), den Ausbau eigener Ölquellen (Norwegen, Großbritannien, indirekt auch Mexiko) ist er jetzt wieder voll und ganz in der Lage, den Ölpreis zu diktieren. Die OPEC ist als Kartell nicht mehr in der Lage, gegen den Westen gerichtete Interessen durchzusetzen. Die politische Spaltung der OPEC (s.Saudi-Arabien) verstärkt dies nur noch.

Hierin lag das Hauptinteresse der kapitalistischen Industrieländer, weniger in einer weiteren Senkung des Ölpreises. Im Gegenteil: In den letzten Wochen häuften sich gar die Stellungnahmen, die vor einem weiteren Preisverfall warnten: *„Neue Querelen auf dem Ölmarkt nutzen aber keinem. Daß sinkende Ölpreise ihre Kehrseite haben, hat die bundesdeutsche Wirtschaft inzwischen schon deutlich zu spüren bekommen. Mit ihren schrumpfenden Einnahmen können die Förderländer eben auch hierzulande weniger Güter kaufen"* (FR, 15.3.). Die Entwicklungshilfeminister der EG warnten vor den Gefahren, *„die für die verschuldeten ölexportierenden Entwicklungsländer entstehen"* (FR, 4.3.).

Für die Sorgen der Industrieländer gibt es mehrere Gründe:

— *„Bankiers und Ölmanager in den USA und in Westeuropa können sich über niedrige Ölpreise nicht so recht freuen. Die Banken bangen um Milliardenkredite, die sie im Vertrauen auf ständig steigende Ölpreise an Ölexportländer wie Mexiko, Venezuela und Nigeria gegeben haben"* (Spiegel, 28.2.83). Die „taz" rechnete aus, was ein Preisverfall von 34 auf 25 Dollar pro Barrel für Folgen hätte: Er würde *„in die Zahlungsbilanz Mexikos zusätzlich eine Lücke von 3 Mrd. Dollar pro Jahr reißen, bei Venezuela 2 Mrd., ebenso Indonesien, wobei die ersten beiden Länder von akuter Zahlungsunfähigkeit bedroht sind."* (24.2.). Ähnliches gilt für Nigeria. Jede Preissenkung um einen Dollar bedeutet für Mexiko einen Einnahmeausfall von über 500 Mio. Dollar pro Jahr (FR, 19.2.).

— Verbunden mit den sinkenden Öleinnahmen wäre auch ein Rückgang westlicher Exporte in die Förderländer: Die Exporte aus der BRD nach Nigeria seien bereits fast zum Erliegen gekommen; schon 1982 seien sie um 1,2 Mrd. DM auf 3,7 Mrd. DM zurückgegangen. Im Export nach Libyen habe es einen Rückgang um 500 Mio. DM gegeben (taz, 24.2.83).

— **Sinkt der Preis für OPEC-Öl zu stark, so wird die Förderung von Nordseeöl unrentabel: „Die teure Nordseeölbohrung ist nur bei hohen Ölpreisen rentabel."** (FR, 2.2.). *„Sinkende Ölpreise bedeuten in der Nordsee aber auch zwangsläufig weniger Förderung, denn die gewaltigen Investitionen in diesem nur schwer zugänglichen Terrain ‚rechnen sich' nicht mehr bei einem kräftigen Preisverfall; ganz zu schweigen von den inzwischen fast ausnahmslos zurückgestellten oder sogar ganz aufgegebenen Ölschiefer- oder Ölsandprojekten in Nordamerika."* (FR., 15.2.). Hinter der Forderung, die Industrieländer müßten *„aus reinem Egoismus und unter Mißachtung kurzfristiger Vorteile alles tun, um den Ölpreis vor einem Sturz ins Bodenlose zu bewahren"* (ebd.) steckt letztlich nichts als kapitalistische Logik: Sinken die Ölpreise zu stark, funktioniert das System der Erpressung der OPEC nicht mehr.

Zu billiges OPEC-Öl würde nach den ehernen Gesetzen kapitalistischer Wirtschaft unweigerlich dazu führen, daß sich das OPEC-Öl wieder eine marktbeherrschende Stellung zurückerobern könnte. *„Ein weiterer Preisverfall ... so warnte etwa Ulf Lantzke von der Internationalen Energie Agentur in Paris, kann den Sparwillen der Verbraucher rasch wieder brechen, die Entwicklung von Alternativ- und Spartechnologien bremsen und zur nächsten Energiekrise führen. Der Sieg von 1982 wäre dann die Niederlage von 1984."* (Spiegel, 5.4.82).

Aus genau dem gleichen Grund haben die Industrieländer zwar ein großes Interesse an einer Schwächung der Macht der OPEC, einer Verschärfung
ben die Industrieländer zwar ein großes Interesse an einer Schwächung der Macht der OPEC, einer Verschärfung
ihrer inneren Widersprüche (die sie dann ausnützen können), n i c h t aber an deren Z e r f a l l : *„Vor einem völligen Zusammenbruch der OPEC hat der Vorstandsvorsitzende der Deutschen Shell, Hans-Georg Pohl, gewarnt. Man solle nicht über die derzeitigen Probleme frohlocken, denn ‚auf die Dauer kommen wir ohne die OPEC nicht aus'. Die weltweite Sicherung der Energieversorgung, die immer noch zur Hälfte auf Öl beruhe, erfordere Stetigkeit und Überschaubarkeit Folgen eines OPEC-Zerfalls aber wären extreme Preissprünge sowohl aufwärts als auch abwärts, die sich kein Verbraucher wünschen könne."* (FR, 21.2.).

Das jetzt erzielte Ergebnis der OPEC-Beratungen entspricht weitestgehend diesen Interessen der Industrieländer und ist von diesen über die verschiedensten Interventionen auch gezielt herbeigeführt worden. Oder — in den bereits eingangs zitierten Worten des ehemaligen US-Energieberaters Enders: *„Es liegt im Interesse der Industrieländer, ... daß die Bedingungen geschaffen werden, damit die OPEC ihre Macht zur Festlegung der Ölpreise auf einem künstlich hohen Niveau verliert und niemals wiedergewinnt."* (1).

Internationalismus-Kommission/KB Göttingen

Quellen:

1.) A. Schubert: Erdöl, die Macht des Mangels, Wagenbach-TB 78, 1982, S.110
2.) Moderne Zeiten 2/83: R. Oppermann: Zerbricht die OPEC?
3.) ebd.
4.) Schubert, S. 66-67
5.) ebd. S. 157

Interview mit Wolfgang Niedecken, BAP

„'Rockmusik ist für mich 'ne Sache ohne Heuchelei''



Dagegen steht in der März-Ausgabe von „konkret'' gemachte Aussage des Rock-Journalisten Michael Kröher (vormals Redakteur bei dem kürz lich als eigenständiges Organ eingestellten Rock-Magazin „Sounds'': „Wirkli che Rockmusik ist Scharlatanerie, Windmachen, Blenden, Koketterie.'' BAB wirke, „wie Diet mar Schönherr als Volkredner bei einer Friedensinitiative...'', BAP sei so „altmodisch'' und harmlos, daß selbst die „Frankfurter Allgemeine'' loben könne: „,...gelungene Formulierungen aktueller und weit verbreiteter Stimmungen, die sonst nur diffus spürbar sind...''

Tatsächlich beruft sich BAP auf Traditionen der Rockmusik, wie sie vor allem von den Rolling Stones und Bob Dylan Ende der 60er Jahre verkörpert wurde: Empfindsam, rauh, authentisch, aufbegehrend und immer gegen herrschende Strukturen gerichtet.

Obwohl BAP nicht der „Polit-Rock-Szene'' zuzurechnen ist, war kein Kritiker überrascht, daß die Gruppe letztes Jahr im Sommer auf der Anti-Reagan-Demo in Bonn spielte. Dagegen stieß ihr Auftritt auf dem Loreley-Felsen beim „Rockpalast'' (als erste deutsche Rockband überhaupt) kurze Zeit später eher auf Erstaunen als ahf Zustimmung.

BAP erscheint als „Szene''-Gruppe, wo mensch annehmen könnte, daß bei fast 700.000 verkauften LP's in jeder „Szene''-Wohnung eine BAP-Platte stehen müßte. Weit gefehlt! BAP hat ein Massenpublikum, in der die „Szene'' eine Minderheit ist.

Eine beträchtliche Zahl Jugendlicher fährt auf BAP ab: Eine halbjährige Tour mit 140 Auftritten bei restlos ausverkauften Hallen mit je 1000 Plätzen ist gerade zu Ende gegangen. Wir wissen nicht, mit welchen Elementen des BAP-Rock sich die Jugendlichen identifizieren. Dafür wissen wir aber, daß BAP e i n e n T e i l der heutigen Jugendkultur repräsentiert!

Deswegen wollen wir diese Gruppe den AK-Lesern vorstellen. Wir trafen den Sänger, Wolfgang, kurz vor dem Auftritt in Rendsburg in der Garderobe. Bei dem sich dann zwischen uns entwickelnden Gespräch sind verschiedenste Fragen angerissen, aber nicht ausdiskutiert worden. Wir haben das Gespräch um jene Passagen gekürzt, die uns für den AK nicht wichtig erschienen. Dabei ergaben sich teilweise sprunghafte Wechsel der angesprochenen Fragen. Wir bitten die Leser um Verständnis.

Klaudia & Björn

Wolfgang: . . . Das muß man sich mal überlegen, wir haben einen Berg von ungeheuer guten Kritiken. Und drei negative Kritiken, vor allem in der „Titanic'' und „Konkret'', die auch wirklich unter die Gürtellinie zielen, machen so 'nen Wirbel, daß wir in letzter Zeit immer wieder darauf angesprochen werden. Das hat eigentlich auch was ganz Gutes eingeleitet: Es hat bei den Leuten eingeleitet, uns nicht so kritiklos gegenüber zu stehen, wie es doch sehr viele tun. Allerdings ist daran der große Haken, daß die Leute, die uns so kritiklos gegenüberstehen, ganz bestimmt nicht „Titanic'' und „Konkret'' lesen. Da beißt sich die Katze schon wieder in den Schwanz. Ich finde, das ist weitaus eklatanter, sich d a r ü b e r Gedanken zu machen, als über den blödsinnigen Avantgarde-Begriff, dem wir nie nachgelaufen sind.

Björn: Ihr habt innerhalb eines Jahres landesweit euren Durchbruch gehabt. Hier im Norden haben wir von euch das erste Mal gehört um die Jahreswende 81/82 durch die Fernsehaufzeichnung eines „Rockpalast''-Auftritts. Dann hat es aber noch einiger Wochen

„Titanic'' und „Konkret'' lesen. Da beißt sich die Katze schon wieder in den Schwanz. Ich finde, das ist weitaus eklatanter, sich d a r ü b e r Gedanken zu machen, als über den blödsinnigen Avantgarde-Begriff, dem wir nie nachgelaufen sind.

Björn: Ihr habt innerhalb eines Jahres landesweit euren Durchbruch gehabt. Hier im Norden haben wir von euch das erste Mal gehört um die Jahreswende 81/82 durch die Fernsehaufzeichnung eines „Rockpalast''-Auftritts. Dann hat es aber noch einiger Wochen bedurft, bis BAP in den Plattenläden präsent war...

10. 6 Zehnter Juni 18. Juni '82

Das auszudrücken, was mir durch den Kopf ging, als wir am 10. Juni auf der Bonner Rheinaue auf der Bühne standen und mit den Zweckbauten des Regierungsviertels im Blickfeld unsere Stücke spielten, war gar nicht so einfach. – Den ganzen Tag über war die ständig anwachsende Teilnehmerzahl dieser bisher größten Friedensdemonstration auf deutschem Boden, anläßlich des Reagan-Besuchs bekannt gegeben worden und ich denke, daß ich wohl nicht der Einzige war, dem diese Meldungen wie Öl runtergingen.

10. 6 Zehnter Juni 18. Juni '82

Das auszudrücken, was mir durch den Kopf ging, als wir am 10. Juni auf der Bonner Rheinaue auf der Bühne standen und mit den Zweckbauten des Regierungsviertels im Blickfeld unsere Stücke spielten, war gar nicht so einfach. – Den ganzen Tag über war die ständig anwachsende Teilnehmerzahl dieser bisher größten Friedensdemonstration auf deutschem Boden, anläßlich des Reagan-Besuchs bekannt gegeben worden und ich denke, daß ich wohl nicht der Einzige war, dem diese Meldungen wie Öl runtergingen.
Ich hab dann versucht, meine Freunde darüber in der Aussage zu unserem 'Sich-Wehren-Universal-Song' – Stollwerck-Leed – zum Ausdruck zu bringen, hätte mir dies allerdings auch sparen können, denn der Schlußrefrain, mit wer-weiß-wievielen-Kehlen-gesungen: '...mer weeden immer mieh, hoffentlich immer mieh...' brachte's viel deutlicher raus.

Refrain:
Plant mich bloß nit bei üch ein,
sick ich üch durchschaut hann, weiß ich,
dat ich nit om allerfalschste Dampfer benn.
Ich hann dat ühter Logik nix am Hoot,
wieso ihr wat, wo jedonn hätt, un noch vüürhatt,
weshalb övver Leichen joht.

1.)
Denn, wat ihr logisch nennt, dat nenn ich pervers,
ühr janze Wertigkeit och
Mir bricht der Schweiß bei jedem Woot vun üch uns
un wenn ihr still sitt, dann och.
Wat ihr Moral nennt, dat ess für mich Krampf,
wat ihr 'normal' nennt, dat och
Ühr Ideale hatt ihr diskret verschlampt
wie e jebruch Tempodooch
Sitt ihr scheuklappenblind
wie't ahl Schlachtrösser sind,
affjestumpf oder bloß – skrupellos?

Refrain:

2.)
Ihr Noodelstriefe-Schreibtischtäter, hührt zo,
ejal, wo ihr üch versteckt:
Die Zoot stirv üns, die marionettengleich ihr
als Minenhunde vüürgeschickt
Ühr Schachfijure hann et donke jeliert
un springen einfach vum Brett,
bess zum Kadaver wäed jetz nimieh pariert.
Probiert doch selvs, wie Dreck schmeckt
Noch ess et nit zu wigg,
doch sick einiger Zick
weeden' Dach für Daach mieh – immermieh.

2 x Refrain:
Plant uns bloß nit bei üch enn,
sick mir üch durchschaut hann, weeß mer,
dat mer nit om allerfalschste Dampfer sinn
Mir hann mit ühre Lüje nix am Hoot
met dämm, wat ihr ald jelooge, lüje wollt
un dämm, wat ihr jraad lüje doot.



Wolfgang: Wie sich diese Entwicklung erklärt, mußt Du am besten die Leute fragen, die zu unseren Konzerten gehen oder unsere Platten kaufen. Ein paar Gründe könnt' ich natürlich — aber das reicht alles nicht aus, um's tatsächlich zu erklären.

Zu dem Zeitpunkt, wo die „Neue Deutsche Welle'' mit ihrer „Gefühlskälte'' den Leuten eigentlich ihren Frust immer wieder bestätigt hat, und sonst nix, jegliche Gefühle offiziell einfach abgelehnt hat, jedenfalls nach vorne raus, obwohl viele damit was anderes gemeint haben — „Ideal'' z.B. haben viel Gefühl gemeint, wenn sie gesungen haben: „kein Gefühl...'' — Zu dem Zeitpunkt waren wir wohl verständlicher. Wir strahlen etwas sehr Warmes aus, im Gegensatz zu etwas sehr Kaltem, was schon in dem ganzen Styling drin ist, bei den Neu-Wellern. Wir sind sehr greifbar. Viele Leute können sich mit uns identifizieren, selbst wenn sie einfach nur... Der normale Durchschnittstyp kann sich mit uns identifizieren. Das ist uns sehr spät aufgegangen, daß das so ist. Das hat uns auch schon in große Schwierigkeiten gebracht, wenn wir über uns nachdenken. Es ist uns einfach schon passiert, daß irgendwelche BAP-Sticker auf dem Auto kleben neben dem Sticker vom Fantasia-Land oder sogar CDU-Aufklebern. Dann denken wir: Oh Gott, was ist denn jetzt los? Wieso kapieren die Typen nicht, was wir machen?

Björn: Michael Kröher wirft Euch in der März-Ausgabe von „Konkret'' vor, ihr wolltet es allen recht machen?

Wolfgang: Man fragt sich natürlich nicht zu Unrecht, was ist eigentlich los. Ich bin neulich gefragt worden, wie ich es mir eigentlich erkläre, daß die bürgerlichen Zeitungen — ich operiere jetzt mal ganz bewußt mit diesem Begriff, den ich aber für sehr abgelatscht halte — uns verhätscheln und die linke Presse uns so kritisch gegenübersteht. Das kann man sich natürlich fragen. — Wenn man nicht weiß, daß die bürgerlichen Kulturredaktionen sich leisten, das weltanschauliche Feigenblatt zu spielen, immer den Linken raushängen lassen, damit das Image der Zeitung etwas aufpoliert wird, weil sonst keine große Kultur- oder Feuilletonarbeit gemacht werden kann. Da müssen Leute sitzen mit einem offenen Weltbild. Mit den anderen können die das nicht machen, die sind einfach zu.

Ich denke auch, daß die Linke — natürlich, sonst wären es keine Linken — weitaus selbstkritischer ist, als die Rechte.

Klaudia: Glaubst Du nicht, daß es auch noch mit anderen Dingen zu tun hat. Ich glaube, daß ein Großteil der Linken noch gar kein richtiges Verhältnis zur Rockmusik gefunden hat. Ersteinmal ist Rockmusik das Symbol für großindustrielle Freizeitvermarktung. Gegenüber alternativen Musikern besteht irgendwie ein „Dienstleistungsverhältnis'', die Erwartung, daß die eben immer ohne Kohle spielen. Dabei geht das doch gar nicht. Bei uns z.B. sind einige wirklich auf das Geld angewiesen, weil sie davon leben. (Wir spielen beide in der Rockband Klaudiabolo) Da gibt's noch viele Klischees im Kopf. Die Linken haben noch kein Verhältnis zum Rock, tun sich schwer damit; die Bürgerlichen dagegen haben eine klare Linie: Hier die vereinnahmten und dann hochgepuschten Rockstars, dort die ausgegrenzte alternative Musikszene, die mühselig dahinknapst.

Wolfgang: Ja, das hat die Linke noch nicht drauf. Einige Leute haben es schon drauf und man lernt ja da auch noch. Das muß ja erstmal alles gelernt werden. Das muß auch auf die Reihe gekriegt werden, daß wir unsere Tournee so machen, wie wir sie machen: So billig wie möglich, in so kleinen Hallen wie möglich, für so viele Leute, wie möglich. Wir sind jetzt ein halbes Jahr unterwegs und es ist nicht immer nur fun... Bei mir ist das mittlerweile so, daß mir alles auf den Sender geht, außer diesen drei Stunden auf der Bühne. Ich kann keine Autobahn mehr sehen. Ich hasse die Dinger mittlerweile, obwohl ich in meinem linken umweltschützlerischen Bewußtsein schon ganz schön „pervertiert'' bin. Wenn ich irgendwo Landstraße fahren muß, 200 km, dann fluch' ich doch: Verdammt, keine Autobahn! Dann gehste noch mehr kaputt, wenn du keine Zeit hast und mußt bei Nacht und Glatteis von München zum Bodensee ... Fahr' das mal! Gehst kaputt!!

Klaudia: Was war denn der Grund dafür, daß es heute hier Stunk gab. Die Halle ist zum Kotzen, klar . . .

Wolfgang: Es gibt keine Anfahrtswege für die Roadies, die wir hier haben. Die haben 'nen Horror gekriegt, als sie gesehen haben, wie weit sie das Zeug schleppen müssen. Dann ist die Bühne mitten in der Halle. Mindestens ein Drittel der Leute, die heute abend kommen, müssen den Auftritt von hinten sehen. Die kriegen nur das mit, was von vorne übrig bleibt. Die sehen ein paar Leute von hinten. Ich werd' mich bemühen, wenigstens ein paar Leute mit reinzukriegen. Aber ich kann auch nicht mehr, als das eben nur ein paarmal machen.

Aber die Leute kommen von weit

Kultur

Kristallnaach

1.) Et kütt vüür, dat ich mein, dat jet klirrt,
dat sich irjendjet en mich verirrt,
e Jeräusch, nit ens laut
manchmol klirrt et vertraut
selden su, dat mer't direk durchschaut.
Mer weed wach, rief die Aure un sieht
en'nem Bild zweschen Brueghel un Bosch
Kei Minsch, dä öm Sirene jet jitt
weil Entwarnung nur half su vill kosstet
et'rüsch noh Kristallnaach

2.) En der Ruhe vür'm Sturm, wat ess dat?
Janz klammheimlich verlööß wer die Stadt.
Honratioren incognito
hasten vorbei,
offiziell sinn die nit jähn dobei,
wenn die Volksseele – allzeit bereit
Richtung Siedepunkt wütet un schreit
"Heil – Halali" un grenzenlos geil
noh Vergeltung brüllt, zitternd vor Neid
en der Kristallnaach

3.) Doch jetz ess alles wat andere ess stührt,
die mem Strom schwemme, wie't sich jehührt,
für die Schwule Verbrecher sinn,
Ausländer Aussatz sinn
bruchen der, der se verführt.
Un dann rettet kein Kavallerie,
keine Zorro kümmert sich dodrömm.
Dä pißt höchstens e "Z" en der Schnie
un fällt lallend vüür Lässigkeit öm:
"Na un? – Kristallnaach!"

4.) En der Kirch met ä Franz Kafka-Uhr,
ohne Zeiger, met Striche drop nur
liesst [illegible] Blindeenem Taube
Strubbelpeter vüür
hinger ürmfach verriejelter Düür
Un ä Wächter mem Schlüsselbund hällt
sich om Ähnz für jet wie e Jenie,
weil'e Auswege pulverisiert
un verkäuf jäjen Klaustrophobie
en der Kristallnaach.

5.) Währenddessen, om Maatplatz vielleich,
unmaskiert, hück mem wohre Jeseech,
sammelt Stein, schliff et Metz
[illegible] die schon verpetz
trefft dä Lynch-Mob für't jüngste Jereech.
Un dem Laden nur flüchtig vertäut
Die Galeeren stonn längs unger Dampf –
weet om Hafen op Sklaven jewaat,
op dä Schrott uss dämm ungleiche Kampf
uss der Kristallnaach

6.) Do, wo Darwin für alles herhällt,
ob mer Minsche verdriev oder quält,
do, wo hinger Macht Jeld ess,
wo stark sinn die Welt ess,
vun Kusche un Strammstonn entstellt.
Wo mer Hymnen om Kamm sujar blööß,
en barbarischer Gier noh Profit
'Hosianna' un 'Kreuzigt ihn' rööf,
wemmer irjend ne Vorteil drin sieht
ess täglich Kristallnaach

her, wie müssen spielen ... Du kannst das den Leuten sonst auch gar nicht erklären. Insgesamt haben wir drei Auftritte dieser Tour abgesagt, weil dem „Major" fast der Kopf geplatzt wär, Stirnhöhlenvereiterung. Wir haben versucht, wie es nur geht, über Presse und über Rundfunk die Erklärung zu geben. Trotzdem krieg ich noch böse Briefe deswegen. Ich versteh' nicht, warum die Leute nicht verstehen können, daß man nicht spielen kann, wenn man definitiv krank ist.

Björn: Da gibt es doch sicher eine große Erwartungshaltung, daß BAP präsent zu sein hat?

Wolfgang: Paß auf, ich will jetzt nicht schwarz malen. Alles, was mit BAP bei uns negativ abläuft, was wir von den Leuten verübelt kriegen — auch über die Presse — das ist weitaus weniger, als wir gedacht haben. Wir haben gedacht, wir kriegen einen reingewürgt sondergleichen, wenn wir die Plattenfirma wechseln, von einer alternativen zur EMI. Das mußten wir machen, das mußten wir einfach machen...

Björn: Von der bürgerlichen Presse ist das nicht kritisiert worden. Aber viele linke Leute — soweit sie sich überhaupt mit Rock-Kultur auseinandersetzen — haben zumindest, was den Firmenwechsel angeht, einige Fragen. Nur — sie benutzen ihre Presse nicht...

Wolfgang: Die Kritik, die wir kennen, ist ungeheuer zahm ausgefallen. Ha'm wir nie gedacht. Dann haben wir gedacht, wir kriegen furchtbar einen rein, wegen des Schlagzeugerwechsels. BAP hat den Schlagzeuger nicht zu wechseln!! Die Kritik ist ausgefallen! — Die Leute haben es verstanden!!

Klaudia: Vielleicht ist das nur ein Zeichen dafür, daß der Wechsel nicht eure Kompaktheit nach vorne raus beeinträchtigt hat. Der Schlagzeuger wird als Person nicht so in Erscheinung treten. Und für die Leute, die den Wechsel registriert haben, war das dann wohl auch nicht so wichtig, zumal sich ja sonst nichts verändert hat, auch der Zusammenhalt der Gruppe blieb.

Wolfgang: Die Leute nehmen uns eigentlich schon zu viel ab. Ich hab' manchmal auf der Bühne das Gefühl, ich könnte da sehr demagogisch vorgehen. Das will ich natürlich nicht. Im Gegenteil. Ich muß da sehr aufpassen...

Björn: War das mit ein Grund, bei der „Grünen Raupe" nicht mitzumachen?

Wolfgang: Das war aber nicht der einzige Grund. Erstens sag' ich mir, wir machen ein halbes Jahr lang „Grüne Raupe". Zweitens hatten wir sowieso keine Zeit: Die Tournee lief ja zur gleichen Zeit. Und drittens hab' ich mir an einem Tag auch nicht verkneifen können, schnell hinzufliegen und meine vier Stücke zu spielen. Und dann hab' ich mich unheimlich gefreut, daß ich doch dabei war — es war ein gutes feeling da zugange. In dem Moment kam ich mir auch ziemlich blöde vor mit meinen Bedenken, ich könnte die Leute manipulieren. Spätestens kam ich mir blöde vor am Abend nach 20 Uhr am 6. März, als es hieß, die Grünen seien n i c h t drin. Und die CDU/CSU hätten die absolute Mehrheit... Ich hatte einen Kloß im Hals, Tränen in den Augen, stand auf der Bühne und mußte die ersten paar Stücke singen. Ich denk': jeden Moment muß'te anfangen zu heulen — und das wollt' ich nicht. Wir mußten auf die Bühne und mußten spielen — ohh, das war die schwärzeste Gegend überhaupt. Aber die Leute, die da waren, das waren die guten Leute. Und wirklich — ohh, war das ein Gefühl. Und wie wir dann das Konzert zu Ende hatten, und wir gingen zwischen den Zugaben raus — dahinten hatten die Roadies inzwischen Fernsehen geguckt — da sagten die Roadies uns: Keine absolute Mehrheit, die Grünen sind drin! Wir zurück auf die Bühne, das angesagt, und dann ging natürlich 'ne Feier in der Bude los...

Björn: Was Du so erzählst, läßt die Behauptung zu, ihr versucht kritisch demgegenüber zu sein, was ihr den Leuten vermittelt?

Wolfgang: Ja!!

Björn: Ein NDR-Redakteur hat Euch öffentlich kritisiert, daß ihr ein so wichtiges und ernstes Thema, wie die sogenannte „Kristallnacht" in Rockmusik verpackt...

Wolfgang: Was soll ich denn sonst machen? Rockmusik machen ist für mich 'ne Sache ohne Heucheln! Wenn ich einen Text mache, dann mache ich den mit der Musik, die ich gut finde.

Klaudia: ...und die Deinem Gefühl entspricht...

Wolfgang: ...und sonst überhaupt nix! Ich werd' den Teufel tun, und werd' mir irgendwas überlegen, was kulturell höherstehend ist. Ich mach' das, was mir an kulturellen Mitteln zur Verfügung steht. Das hab' ich mit meinen Bildern so gemacht, das mach' ich mit meinen Texten. Ich bin ungeheuer froh, daß ich mit Leuten zusammen in der Band spiele, die musikalisch weitaus mehr drauf haben als ich. Wir können's halt zusammen umsetzen, und darüber bin ich ungeheuer froh.

Ich hab früher hobbymäßig in einer Band gespielt, die wollten immer ungeheure Schlauheitsdinger machen. Die wollten furchtbar schlaue Musik machen. Es besteht keine Verpflichtung, schlaue Musik zu machen. — Da ist eine Einschränkung: Man kann sagen, man muß es machen. Es muß ein Fortschritt in der Kultur erreicht werden!

Klaudia: ...Kristallnacht und ihre Umsetzung. Da waren wir vorhin schon mal. Müssen wir an diesem Punkt die Linken erziehen?

Wolfgang: Also, erziehen — nein, man muß Bedenkzeit einräumen.

Klaudia: Ich finde, „erziehen" ist das richtige Wort. Du mußt doch manchmal Sachen machen, die so ungewöhnlich sind, daß Du um sie kämpfen mußt.

Wolfgang: Also, erziehen — da möcht' ich doch bedenken, das kommt in' falschen Hals!!!

Wolfgang: Also, erziehen — da möcht' ich doch bedenken, das kommt in' falschen Hals!!!

Klaudia: „Erziehen" im Sinne von „ranführen".

Wolfgang: Mir ist lieber, Du ersetzt „erziehen" durch „Bedenkzeit einräumem", dann ist mir weitaus wohler...

Klaudia: O.K., ich meine das konkret aufs Bühnenverhalten und „Rockstars" bezogen. Wenn man es schafft, auf der Bühne Schwächen auch zuzugeben und den Leuten auch deutlich zu machen, daß man sie a u c h braucht; wir geben unser Bestes, und ihr helft uns — dann ist das doch ein Bombenkonzert??

Wolfgang: ...solange das nicht zum Spruch wird, ja!

Klaudia: Darum geht es aber. Die meisten Rockmusiker verhalten sich da doch sehr klischeehaft: Die „Stars" sind oben, und das Publikum ist unten...

Wolfgang: ...aber ich glaube, das kommt bei den meisten aus einer Unsicherheit heraus...

Klaudia: Mir ist es eigentlich schon egal, warum es kommt. Ich bin nicht mehr bereit, lang zu fragen, woher und warum es wohl dazu kommt. Ich lehn' das ab! Von daher find' ich es unheimlich gut, daß es Musiker und Musikerinnen gibt, die es schaffen, dieses Rockstar-Image zu durchbrechen.

Wolfgang: Ich muß auf dieser langen Tournee aufpassen, daß bestimmte Sachen nicht zum Spruch werden. Daß es dann doch mal passiert, hat damit zu tun: Das ist gestern gut angekommen, das bring' ich heute nochmal. Aber wenn man sich selbst kontrolliert, dann — glaub' ich — kann man es im Griff halten. 'Ne Zeit lang hab' ich, wenn das Publikum wirklich gut war — bei den leisen Stücken sehr aufmerksam, bei den Abrockstücken tierisch drauf — dann hab' ich den Leuten gesagt, ihr wart gigantisch. Ihr habt toll reagiert, mal laut, mal leise... Dann hab' ich mich aber dabei ertappt, daß ich das auch mal irgendwann bei einem Konzert gesagt habe, wo die Leute absolut nur Stroh waren, nichts gerafft haben. Danach kam ich mir absolut beschissen vor: Genau das wolltest'e nicht. Seitdem bring' ich den Spruch überhaupt nicht mehr. Das ist dann 'ne andere Art von Verkrampfung...

Björn: Darf ich nochmal auf den Firmenwechsel zu sprechen kommen? Ihr habt eine „alternative" Plattenfirma (Eigelstein) verlassen und seid einen Vertrag mit dem Großkonzern Elektrola/EMI eingegangen. Warum?

Wolfgang: Ohne den hättet ihr uns in Hamburg gar nicht kennengelernt! Unsere dritte LP ist bei der EMI rausgekommen und damit auch über den Kölner Raum hinaus. Davor hatten wir einen Auftritt im LOGO in Hamburg. Die Typen hatten Spaß, daß wir so blöde waren, dahin zu kommen — und die Bude war halb leer. Die hatten keine Plakate von uns aufgehängt. Allerdings kannste es den Eigelstein-Leuten nicht verübeln, daß die sauer waren. Sie haben viel für uns gemacht, aber es hatte seine Grenzen. Wir waren im Persönlichen mit den Eigelsteinern sehr zufrieden. Wir haben viel zusammen geackert — nette Leute!

Wir haben bei der EMI — und das ist wichtig — tierisch gute Verträge machen können, dadurch, daß wir zwei Platten gemacht hatten, die sich im Kölner Raum sehr gut verkauft haben. Aber eben nach außen leider nicht. Als wir dann sagten, wir müssen aus dem Kölner Raum raus, wenn wir davon leben wollen — und wir müssen davon leben können, um es auch gut zu machen — konnten wir bei EMI den Vertrag aushandeln, der uns alle Freiheiten läßt. Die hören von uns 'ne Platte zum erstenmal dann, wenn wir das Studio verlassen haben. Das müssen sie dann auch pressen.

Klaudia: Wie ist das eigentlich mit Eurem Dialekt? Es ist für mich z.B. unheimlich schwer, Eure Texte zu verstehen. Wie macht ihr das bei Life-Auftritten? Erklärst Du die Stücke?

Wolfgang: Das ist die Sprache, die ich spreche. Seit ich rumklampfe, singe ich so. Dann merkten wir, daß es in Wuppertal, dann in Stuttgart und dann später in Hamburg ging. Warum sollten wir das ändern? Mittlerweile sprechen von den 14 Leuten auf der Tour vier Leute kölsch. Es ist nicht wichtig!

Bei den Konzerten ist das so, daß ich erstmal davon ausgehe, daß irgendjemand diese ganzen Platten gekauft haben muß und von daher sich „drauf vorbereitet" hat. Und dann gibt es Stücke, die sind neu. Die behalten wir nicht erst bis zur nächsten LP zurück.

jemand diese ganzen Platten gekauft haben muß und von daher sich „drauf vorbereitet" hat. Und dann gibt es Stücke, die sind neu. Die behalten wir nicht erst bis zur nächsten LP zurück.

Die Dinger erkläre ich dann auch, die könnte sich ja keiner zuhause anhören. Oder Stücke, die wir nie auf Platte draufgetan haben, erkläre ich. Oder die Stücke, die mißverstanden worden sind, zu denen ich noch mal was sagen will. Zur „Kristallnacht" will ich immer noch mal was sagen. Dazu sag' ich auch immer nochmal was!!

Gestern abend war 'ne gute Situation „nochmal was dazu zu sagen". Wir haben in einer Halle gespielt, wo die NPD am 1./2. Oktober ihren Bundesparteitag abhält — in Fallingbostel — in der Heidmarkhalle.

Björn: Bei irgendeiner Gelegenheit hast Du Dich sehr kritisch den **Bots** gegenüber geäußert? Immerhin haben die **Bots** zum Zeitpunkt der großen internationalen Anti-AKW-Großdemos viele belebende Elemente in die deutsche linke Rockkultur eingebracht?

Wolfgang: Das ist eine schwierige Sache, die ich da zu erklären habe. Auf der einen Seite denke ich, daß die Bots sehr lautere Typen sind, die was Gutes machen wollen mit dem, was sie machen. Auf der anderen Seite denk' ich mir, das sind alles keine Rockmusiker... Ich mag ihr Saxophon sehr... Ich bin momentan bemüht um eine aufbauende Kritik zur nächsten Bots-LP. Ich möchte, daß das besser wird. Aber eigentlich sind sie doch Jazzer... Leider springt kein Funke über. Sie sind so geprägt von dem händeringenden „Wir wollen doch das Beste"... und so. Ich glaub', die meinen das eigentlich zu gut und sind nicht mehr in der Lage, irgendwo mal was zu machen, wo sie einfach mal einen rausrotzen. Oder sich mal 'nen Scheiß drum kümmern, ob sie auf ihrer ganzen Platte nur vordergründig politische Stücke drauf haben, oder ob sie auch darüber singen, daß sie auch mal gerne ficken, verflucht...!!

Ich kann als Rockmusiker nicht rumlaufen mit einer Liste, wo draufsteht, „Mensch, Scheiße — wir haben immer noch kein Stück zur Jugendarbeitslosigkeit". „Wo ist der saure Regen, Leute? Ich hab' jetzt hier drei Stunden in eurem Konzert gestanden. Der saure Regen war ja gar nicht auf eurer Liste."... Und das ist Bots. Vor lauter gutem Willen. Wir kriegen jeden Tag etwa 10 Angebote, daß wir Solidaritätskonzerte machen sollen. Wir machen sie nicht. Wir machen es dann, wenn w i r meinen, jetzt machen wir eins. Wenn wir total dahinterstehen, dann bemühen wir uns, die größten Dinger zu nehmen. Ostermontag haben wir die Tour abgesagt, weil wir in Dortmund auf der Abschlußkundgebung vom Ostermarsch spielen, danach geht's weiter mit der Tour hier oben. Einmal, weil wir denken, wir wollen zeigen, daß wir dahinterstehen. Wir können einfach nicht überall spielen, wo ein Jugendzentrum geschlossen wird. Das können wir einfach nicht! Wir können nicht 14 Leute durch die Gegend karren, in einem Saal spielen, wo 200 Leute reinpassen, und es stehen 3000 Menschen vor der Tür, die nicht reinkommen. Die 200 drinnen haben großen Spaß und 3000 draußen... Die Relationen stimmen da nicht mehr.

3000 Menschen vor der Tür, die nicht reinkommen. Die 200 drinnen haben großen Spaß und 3000 draußen... Die Relationen stimmen da nicht mehr.

Wir nehmen doch das Ding auf uns, daß wir ein halbes Jahr durch ganz Deutschland fahren und spielen...



Kulturbolschewismus

Die Bücherverbrennung am 10. Mai 1933 (Teil 1)

Fortsetzung von S. 1

Diese Auffassung geht häufig mit dem weiteren Irrtum einher, in der Zeit der Weimarer Republik vor allem die „goldenen zwanziger Jahre" zu sehen, die „roaring twenties", eine „*liberale Periode*", die sich durch „*kulturelle Vielseitigkeit*" auszeichnete; von einer „*Weimarer Renaissance*", einer „*modernen Renaissance*" gar ist *gleich bei mehreren Historiographen dieser Periode die Rede; eine britische Kulturzeitschrift beklagte eine „verlorene Renaissance". „Politische Kräftekonstellationen und gesellschaftliche Strukturen der Republik zeigen indes bereits"*, hält H.A. Walter, einer der sachkundigsten und politisch klarsichtigsten Erforscher der Exilliteratur, dem entgegen, „*daß das Verhältnis des Staates zum kulturellen Überbau nur bedingt und partiell liberal sein konnte. Die Revolution von 1918 war nicht zu Ende geführt, sie war abgewürgt worden. Die überkommenen Verhältnisse des Klassenstaates blieben unangetastet. Jeder mehr als formale Änderungsversuch, jede andere als bloße Schönheitskorrektur wurde verhindert. Diese revolutionäre ‚Halbheit', wie Heinrich Mann sie später genannt hat, trug den möglichen Rückschlag bereits in sich, und es wäre höchst eigenartig, wenn die unausgefochtenen politisch-gesellschaftlichen Konflikte nicht auch das kulturelle Leben mitbestimmt und geprägt hätten.*" (2, 34)

Diese und ähnliche Klarstellungen haben den Mythos von den „goldenen Zwanzigern" nicht entkräften können. „*Seine Zählebigkeit*", schreibt der Theaterwissenschaftler Bruno Fischli, „*ist ein Indiz für die sozialpsychologisch wichtige Funktion, die er erfüllt: indem in ihm die braunen Anzeichen des Kommenden, die den goldenen Schein der Zwanziger trüben könnten, unterschlagen sind, bestärkt er indirekt den Glauben von der Zufälligkeit, ja Naturhaftigkeit der nationalsozialistischen Machtübernahme.*" Dieser Mythos sei nicht nur eine „*in die Vergangenheit projizierte Wunschphantasie*", sondern zugleich „*Medium einer problemlosen Vergangenheitsbewältigung*", die eine Auseinandersetzung mit den Ursachen des Faschismus
sen Vergangenheitsbewältigung", die eine Auseinandersetzung mit den Ursachen des Faschismus
scheinbar überflüssig macht und ein Erkennen möglicherweise ähnlicher Entwicklungen in der heutigen Zeit wesentlich behindert (3, 891).

Die „Machtergreifung" (wie Goebbels — ! — den Vorgang euphemistisch nannte) allgemein wie die Bücherverbrennung im besonderen sind nur zu begreifen (und ähnliches Geschehen ist nur zu verhindern) aus der Kenntnis der politischen Entwicklung der Weimarer Republik, die hier — beschränkt auf ihre Kulturpolitik — dargestellt werden soll. — Der zweite Teil dieses Artikels (im AK 234) wird die „Aktion wider den undeutschen Geist" (die unmittelbare Vorbereitung der Bücherverbrennung) und die Geschehnisse am 10. Mai 1933 selbst darstellen.

Chronik 1925 - 1929

Was gegenüber schlechthin allen progressiven Äußerungen in Literatur und Kunst seitens der Weimarer Republik von reaktionärer Beamtenschaft und Justiz, unterstützt von der politischen Rechten und einem Großteil der von ihr kontrollierten und gesteuerten Presse praktiziert wurde, das war, schreibt H.A. Walter, „*ein Klassenkampf von oben, war Teil gesellschaftlicher Unterdrückung*" (2, 36).

Eine — höchst unvollständige — Chronik (4):

1925: Polizei versucht, das Kinderheim der Roten Hilfe im Haus des Malers Heinrich Vogeler in Worpswede zu schließen. — Im Februar und Juni werden Gedichte von Johannes R. Becher konfiziert, im August wird er unter der Anklage des „literarischen Hochverrats" verhaftet. — Gegen Prof. Theodor Lessing, der in einem Artikel die Unfähigkeit Hindenburgs zur Bekleidung des höchsten deutschen Staatsamtes nachwies, wird eine massive Kampagne geführt, in deren Verlauf er körperlich angegriffen und schließlich amtsenthoben wird. — Gegen Zuckmayers harmlose Komödie „Der fröhliche Weinberg" werden insgesamt 63 Theaterskandale von Korporations-Studenten inszeniert, die sich in der Gestalt eines nationalistisch-antisemitich bramabassierenden Assessors getroffen sagen. — Berta Lasks Drama„Thomas Münzer" wird beschlagnahmt.

1926: Die preußische Landesregierung will die Fresken Heinrich Vogelers, die er an seinem der Roten Hilfe als Kinderheim übereigneten Hause angebracht hatte, entfernen. Aufgrund von Protesten werden die Fresken „nur" verhüllt. — Der sowjetische Film „Panzerkreuzer Potemkin" wird mehrfach verboten. — Bartóks Oper „Der wunderbare Mandarin" wird nach der Premiere in Köln auf Anweisung des Oberbürgermeisters Adenauer verboten. — Weitere Gedichte von Becher werden beschlagnahmt. — Die Reichsregierung verabschiedet ein „Schmutz- und Schundgesetz". Thomas Mann qualifiziert es als einen Vorwand, „*um sich durchschlagende Machtmittel gegen den Geist selbst und seine Feiheit zu sichern*".

1927: Berta Lask wird wegen ihrer Stücke „Leuna 1921" und „Giftgasnebel über Sowjetrußland" der „Vorbereitung des Hochverrats" angeklagt. — Kurt Klaebers Novellenband „Barrikaden an der Ruhr" wird verboten. Sein Verleger wird als „Hochverräter" vors Reichsgericht gestellt und verurteilt. Ebenfalls des „Hochverrats" angeklagt werden Buchhändler, die dieses Buch — oder Gedichte von Becher —
Reichsgericht gestellt und verurteilt. Ebenfalls des „Hochverrats" angeklagt werden Buchhändler, die dieses Buch — oder Gedichte von Becher —
verkauft haben. — Der „Völkische Beoachter" kommentiert des Erscheinen von O.M. Grafs Roman „Wir sind Gefangene" mit einer Todesdrohung.

1928: Zwei sexualwissenschaftliche Werke des Berliner Stadtarztes und Sexualpädagogen Max Hodann werden verboten.

H.A. Walter hebt, bezogen auf diese Jahre, hervor, daß „***Polizei, Justiz und andere Institutionen von Reich und Ländern weit aktiver waren als die Anhänger der politischen Rechten.***" (2, 38).

Mit der Verschärfung der allgemeinen, wirtschaftlichen wie politischen Krise nimmt der „*politische Justizmißbrauch gegen Intellektuelle*" (Walter, S. 45) noch ganz erheblich zu, es häufen sich nunmehr auch die Attacken und Störaktionen der Nazis.



Der Stahlhelm zieht vorüber
(aus: Karl Rössing, Mein Vorurteil gegen diese Zeit, 1929)

Der Stahlhelm zieht vorüber
(aus: Karl Rössing, Mein Vorurteil gegen diese Zeit, 1929)

Chronik 1929 - 1932

1929: Der deutsch-sowjetische Film „Salamander" wird verboten. — Der nationalistische Schriftsteller Arnolt Bronnen qualifiziert auf einer Tagung seine dort versammelten Kollegen — darunter Arnold Zweig, Döblin, Loerke, Glaeser, von Molo, Theodor Däubler, Hermann Kasack — als eine „*schamlose Zunft verantwortungsloser, dem eigenen Volk entfremdeter, keiner Rasse, keiner Landschaft verhafteter Literaten*" (2, 44).

Dem Haß des Weimarer Staatsapparats auf die im weitesten Sinne linken Schriftsteller entsprach seine Liebe zu rechten Krawallmachern wie Bronnen: Die Forderung nach seiner Entlassung vom unter Staatsaufsicht stehenden Berliner Rundfunk bleibt folgenlos, ebenso folgenlos wie sein ein Jahr zuvor veröffentlichter Freikorps-Roman „O.S.", in dem er Morde und Grausamkeiten verherrlichte und die Republik verhöhnte. — Lampels Schauspiel „Giftgas über Berlin" wird verboten. — Vom Herbst dieses Jahres an werden in den folgenden fünfzehn Monaten fünfundsechzig kommunistische Journalisten zu Haftstrafen verurteilt.

1930: Die sozialdemokratisch (!) geführte „Volksbühne" veranlaßt die Absetzung einer Hindemith-Oper an der Kroll-Oper. — Thomas Manns „Deutsche Ansprache" wird zum Ziel einer faschistischen Provokation unter Führung Arnolt Bronnens. Klaus Mann: „*Die gekränkte deutsche Ehre erhob sich von ihrem Sitz und ließ bellende Töne hören*" — dies ist das „*Signal für eine faschistische Agitation von bis dahin nicht gekanntem Ausmaß*" (2, 46). — Nazis inszenieren einen Skandal gegen die Verfilmung von Remarques „Im Westen nichts Neues"; der Film wird nach der Premiere „aus Gründen nationalen Prestiges" verboten. — Nazis werfen Stinkbomben bei der Frankfurter Aufführung von Brecht/Weills „Mahagonny". — An acht Universitäten erhalten die Nazis die Mehrheit in den studentischen Vertretungen. — Alleine in Berlin werden in diesem Jahr acht Juden ermordet und achtundsiebzig zum Teil schwer verletzt.

1931: Der sozialdemokratische Polizeipräsident von Berlin verbietet die alljährliche Feier an dem von Mies van der Rohe geschaffenen Revolutionsdenkmal. — Eine Rezitation Erika Manns vor einer Frauenorganisation wird von Nazis auseinandergeknüppelt. (Verlage und Veranstalter lösen daraufhin mit ihr bereits eingegangene Auftritts- und Veröffentlichungsverträge!). — Zuckmayer wird nach der Uraufführung seines „Hauptmann von Köpenick" zur Zielscheibe nationalistischer Hetze. — Brechts Schauspiel „Die Mutter", das ungehindert laufen konnte, solange es in einem „feinen Theater" gespielt wurde, wird verboten, als es in einem Arbeiterviertel aufgeführt werden soll. — Der kommunistische Dichter Erich Weinert wird verhaftet und wegen „subversiver" Schallplatten vor Gericht gestellt; der Prozeß wird wieder eingestellt, die Platten aber werden verboten und neun öffentliche Auftritte Weinerts werden untersagt. — Dsiga Wertows Film „Enthusiasmus" wird verboten. — Marchwitzas „Sturm auf Essen" und Neukrantz „Barrikaden am Wedding" werden verboten. — Carl von Ossietzky wird wegen eines „Weltbühnen"-Artikels, in dem auf die (unter Umgehung des Versailler Friedensvertrages betriebene) geheime militärische Zusammenarbeit zwischen der Reichswehr und der Sowjetunion hingewiesen wurde, aufgrund des „Verrats militärischer Geheimnisse" (nach einem Gesetz vom 3. Juni 1914) zu anderthalb Jahren Gefängnis verurteilt. — Mithilfe einer „Presse-Notverordnung" werden im ersten Halbjahr vierundvierzig kommunistische Zeitungen und Zeitschriften für insgesamt 1.043 Tage verboten. „*Kommunistische Autoren oder Werke mit kommunistischer Tendenz*", schreibt H.A. Walter, „*wurden am härtesten oft genug von sozialdemokratischen Mandatsträgern verfolgt, was mit deren Erbitterung über die KPD-Parole von der ‚sozialfaschistischen' SPD nur teilweise zu erklären ist.*"(2, 63) — Thomas Mann wird vom „Völkischen Beobachter" als „*eine schreibende Mischung zwischen Indianern, Negern, Mauren und weiß der Teufel was sonst noch*" angepöbelt. — Theodor Plivier, Arnold Zweig, Erika Mann, Lion Feuchtwanger und andere erhalten faschistische Drohbriefe.

1932: Der Film „Kuhle Wampe" von Brecht/Dudow/Ottwalt wird verboten und erst nach einer Reihe von Schnitten freigegeben. — Weinert wird wegen seines Gedichts „Ein Ochse meldet sich" wegen Beleidigung der Reichswehr angeklagt. — Dem Pazifisten Gumbel, der u.a. die Fememorde aufgedeckt hatte, wird einer antimilitaristischen Äußerung wegen Lehrverbot an der Heidelberger Universität erteilt, was seiner faktischen Ausschaltung aus dem deutschen Hochschulwesen gleichkommt. Gumbel geht in die Emigration. — Im „Völkischen Beobachter" erscheint eine Auflistung von Schriftstellern, die als „*Repräsentanten einer dekadenten Niedergangsperiode*" bezeichnet werden. Für den Fall der faschistischen Regierungsübernahme wird ihr Verbot angekündigt. Die Genannten waren sämtlich Autoren von Büchern, die ein knappes Jahr später verbrannt wurden. — Das „Bauhaus" in Dessau wird aufgelöst. — Polizei verbietet das Treffen des „Schutzverbandes deutscher Schriftsteller" anläßlich des 30. Todestages von Emile Zola. — Ludwig Renn wird wegen „literarischen Hochverrats" verhaftet.

Literarischer Hochverrat

Wie nun „Hochverrat" in „literarischer" Weise zu betreiben ist, inwiefern ein Gedicht, per Schallplatte verbreitet, oder ein Drama, öffentlich aufgeführt, „literarisch hochverräterischen" Charakters sind, darüber ist nur zu rätseln. Nachvollziehen läßt sich nur noch anhand der zu uns gekommenen Berichte und Akten, wo und wie diese Anklage angewendet wurde.

Der Schauspieler Rolf Gärtner hatte 1924 auf einer von KPD und kommunistischer Jugend veranstalteten Gedenkfeier revolutionäre Gedichte vorgetragen. Der Staatsgerichtshof sah hierin „Vorbereitung des Hochverrats" und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr und drei Monaten Gefängnis sowie einer Geldstrafe.

1924 verurteilte der Staatsgerichtshof den Buchhändler Ulrich wegen „Vorbereitung des Hochverrats" zu einem Jahr Gefängnis, weil er in seiner Buchhandlung neben zwei Dritteln allgemeiner auch ein Drittel sozialistischer und kommunistischer Literatur führte. In der Urteilsbegründung wird befunden, daß der Umstand allein, daß neben allgemeinen auch kommunistische Schriften verkauft werden, noch kein hochverräterisches Unternehmen darstelle. „*Der Angeklagte hat vielmehr die Schriften zu dem Zwecke in dem Bestand der Buchhandlung gehabt, um durch den Vertrieb die Ziele der Kommunistischen Partei, die ihm bekannt waren, zu fördern.*" (5. 244) Was sich aus seiner Mitgliedschaft in der — nicht verbotenen und im Parlament vertretenen! — KPD ergab ... —
der Kommunistischen Partei, die ihm bekannt waren, zu fördern." (5. 244) Was sich aus seiner Mitgliedschaft in der — nicht verbotenen und im Parlament vertretenen! — KPD ergab ... —
Die „Denkschrift linksgerichteter Verleger" kommentiert das Urteil: „*Also der Verkauf revolutionärer Schriften ist nicht strafbar, wenn er aus kaufmännischen Gründen erfolgt, wird aber mit Gefängnis geahndet, wenn die Gesinnung des Verkäufers der Ideologie der verkauften Schriften entspricht.*" (5, 244).

Wolfgang Heine, von 1918-20 Justiz- und Innenminster in Preußen, dem rechten Flügel der SPD zugehörig, schrieb über „Die Buchhändler- und Druckerprozesse vor dem Reichsgericht" im April-Heft 1927 der „Justiz": „*Jeder weiß, daß die Teilnehmer an dem Hitlerschen Umsturzversuch auf das glimpflichste davongekommen, teilweise freigesprochen, die meisten gar nicht angeklagt worden sind. Die Femeprozesse bringen uns fortgesetzt zum Bewußtsein, daß Organisationen gebildet sind und z.T. in irgendwelchen Formen bestehen ... ihr Wirken war von schauerlichen Verbrechen begleitet, deren sich die mehr oder weniger Beteiligten heute noch zu rühmen wagen. Was bedeutet neben der Gefahr dieses zielbewußten Staatsverbrechertums die lahme literarische Propaganda, die der Kommunismus seit Jahren treibt? — Aber die Kommunisten werden dafür verurteilt, und anderen werden, wenn nicht ein handfestes vollendetes Verbrechen dazu zwingt, nie auch nur angepackt.*"(5, 245).

Im Juni 1926 verurteilt das Reichsgericht den Schriftleiter Fritz Rau wegen „Vorbereitung des Hochverrats" zu neun Monaten Gefängnis und Geldstrafe. Rau hatte in der von ihm verantwortlich redigierten „Süddeutschen Arbeiterzeitung" eine Rezension des Lenin-Films „Sein Mahnruf" veröffentlicht. Aus der Urteilsbegründung: „... *Das alles ist in die Form der Belehrung gekleidet, nicht in die Form der*

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

unmittelbaren Aufforderung zum revolutionären Handeln ..., wohl aber ist seine Absicht deutlich erkennbar, im Leser ... die Gedanken auf eine künftige Revolution hinzuleiten ...'' (5,246)Thomas Mann, der auch schon zuvor gegen ähnliche Äußerungen der Gesinnungsjustiz öffentlich protestiert hatte, qualifizierte es anläßlich dieses Urteils als *„absolut unstatthaft, die Propagierung der (kommunistischen) Idee, ohne daß die Aufforderung zu irgendeiner konkreten Handlung vorläge, rechtlich als die Vorbereitung zum Hochverrat aufzufassen.''* (5,246).

Dem Bergmann und Arbeiterdichter Kurt Kläber, der in literarischen Skizzen die Kämpfe des Ruhrproletariats geschildert hatte, wurde vom Amtsgericht Berlin-Schöneberg angelastet, er habe sich der *„Aufreizung zum Klassenhaß und zum Ungehorsam gegen Gesetze und zu strafbaren Handlungen''* schuldig gemacht. Weshalb der übergeordnete Staatsgerichtshof noch einen zulegen mußte und Kläbers Schriften wegen „Vorbereitung des Hochverrats'' 1925 beschlagnahmte. Der Oberreichsanwalt ließ sich durch gutachtliche Äußerungen von Gerhart Hauptmann, Hermann Hesse, Alfred Kerr, Käthe Kollwitz, Thomas Mann und vielen anderen namhaften Schriftstellern, die das Fehlen einer aufreizenden Tendenz unterstrichen und die literarischen Qualitäten der Skizzen hervorhoben, nicht davon abhalten, das Beschlagnahmeverfahren durch ein Strafverfahren gegen den Verleger der Schriften zu krönen.

Theodor Heuss, in seinen jungen Jahren noch ein wahrer Liberaler, kommentierte in der „Frankfurter Zeitung'': *„Die Verantwortung für die innere Freiheit des deutschen Schrifttums ist es, die uns zwingt, mit allem Ernst gegen die Haltung einer Rechtssprechung Einspruch zu erheben, die mit Beschlagnahme und Verhaftung ein Regulativ für geistige Bewegungen gefunden zu haben glaubt.''* (5,247)

Das Reichsgericht verurteilte 1927 den Verlagsprokuristen Schälicke vom „Verlag der Jugendinternationale'', in dem Kläbers Schriften erschienen waren, wegen — wie gehabt — „Vorbereitung des Hochverrats'' zu einem Jahr Festung und Geldstrafe. Überdies mußten die Schriften selbst und die zu ihrer Herstellung verwendeten Druckplatten etc. vernichtet werden. Die „Vossische Zeitung'' (27.2.27) referierte die Urteilsbegründung: Der Strafsenat habe *„den Gedanken irgendeiner Knebelung des regulären Vertriebs von wissenschaftlichen, künstlerischen oder unterhaltenden Werken weit von sich (gewiesen). Eine Sache für sich sei es aber, wenn in politisch erregten Zeitläufen eine bestimmte Gemeinschaft Literatur ins Volk werfe, die mit deutlich erkennbarer umstürzlerischer Absicht Gegenwartsdinge oder Geschehnisse aus naher Vergangenheit gestalte.''* (5, 248). Der sozialdemokratische „Vorwärts'' sprach, in der Praxis allerdings folgenlos, von einem *„unerträglichen Gesinnungsterror''* (5,250)

Im Bereich von Literatur und Publizistik, schließt H.A. Walter aus der

(5,250)

Im Bereich von Literatur und Publizistik, schließt H.A. Walter aus der Fülle und Zielrichtung der repressiven Maßnahmen, *„gab es zur Verfolgung der politischen Linken kein nennenswertes Äquivalent in der Bekämpfung der politischen Rechten. Die These vom Zweifrontenkrieg der Weimarer Demokratie gegen linken und rechten ‚Totalitarismus' wird durch ihre häufige Verbreitung nicht wahrer.''* Für den Bereich von Kultur und Kunst muß sie *„als Legende''* bezeichnet werden. (Walter, S. 65).

Es gab nicht nur, wie H.A. Walter behutsam formuliert, *„kein nennenswertes Äquivalent in der Bekämpfung der politischen Rechten''*, diese Rechte konnte sich — auch im Bereich der Kulturpolitik — der Förderung nicht zuletzt der „republikanischen'' Instanzen erfreuen.

Der „Fall Grosz'': George Grosz und sein Verleger Wieland Herzfelde standen 1928 — zu Zeiten der Weimarer Republik mittlerweile zum dritten Male — vor Gericht. Diesmal war Grosz der „Gotteslästerung'' angeklagt (eine Anklage übrigens, die jährlich — ! — rund vierhundert Mal erhoben wurde). Er hatte in einer antimilitaristischen Zeichnung den gekreuzigten Jesus mit einer Gasmaske dargestellt. Der Prozeß zog sich über mehrere Instanzen und drei Jahre hin. Grosz wurde schließlich freigesprochen, die Zeichnungen und Druckplatten aber mußten vernichtet werden. Zur selben Zeit war in Julius Streichers antisemitischem Hetzblatt „Der Stürmer'' der gekreuzigte Christus im Rahmen einer sog. politischen Karikatur dargestellt worden. Die Polizeidirektion Nürnberg-Fürth verfügte das Verbot dieser Ausgabe des „Stürmer'', das Reichsgericht hob es wieder auf. Robert M.W. Kempner, seinerzeit Justitiar im Preußischen Innenministerium und nach dem Zweiten Weltkrieg stellvertretender der Hauptankläger der USA im Nürnberger Kriegsverbrecherprozeß, merkte 1931 dazu an: *„Jetzt hat das Reichsgericht zum ersten Mal eine Entscheidung gefällt (...), die von der bisherigen Rechtssprechung abweicht. Ein widerliches Hineinzerren Christi, des Gekreuzigten, in den Parteikampf hat der 4. Strafsenat nicht als Beschimpfung oder Verächtlichmachung, nicht als mißbräuchliche Symbolbenutzung angesehen. Die Verbotsverfügung der Polizeidirektion Nürnberg-Fürth gegen das nationalsozialistische Wochenblatt ‚Der Stürmer' wurde deshalb aufgehoben. Die Gegenüberstellung mit dem Reichsgerichtsurteil im Gotteslästerungsprozeß George Grosz bedarf keines Kommentars, sie spricht für sich selbst.''* (5, 253)

Es mag nach dieser (äußerst kleinen!) Auswahl einschlägiger Fälle schon nicht mehr besonders verwundern, daß auch musikalische Darbie-

kleinen!) Auswahl einschlägiger Fälle schon nicht mehr besonders verwundern, daß auch musikalische Darbie-

tungen als „staatsgefährdend'' verboten wurden: Die „Rote Hilfe'' wollte im Dezember 1925 in München einen Konzertabend zur Unterstützung politischer Gefangener und ihrer Angehörigen geben. Die Polizeidirektion München verfügte ein Verbot, weil dieser *„Konzertabend ..., wie alle kommunistischen Veranstaltungen'' „Fortführung des direkten Klassenkampfes, d.h. des Bürgerkriegs und die gewaltsame Beseitigung der derzeitigen Staatsverfassung''* sei (5, 254).



Die alte Garde zieht vorüber
(aus: Karl Rössing, Mein Vorteil gegen diese Zeit, 1929)

Kulturbolschewismus

Während solchermaßen die Weimarer Staatsmaschine antimilitaristische und sozialistische Kulturbestrebungen niederhielt, damit gleichzeitig den angenehmen Nebeneffekt der Einschüchterung bürgerlich-progressiver Kulturschaffender erzielte, machte sich die NSDAP parallel zu ihrem Ausbau als Massenpartei in der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre daran, im Kulturbereich Gruppen und Schichten zu erreichen, die dem Faschismus sonst nicht unmittelbar nahe standen. Diese Kreise wurden erfolgreich mit Schlagworten wie *„Kampf um eine deutsche Kunst und Kultur''* gegen den *„Terror des Kulturbolschewismus''* angesprochen.

Seit August 1927 wurde unter Führung Alfred Rosenbergs — Schriftleiter des „Völkischen Beobachter'', 1946 in Nürnberg hingerichtet — eine „Nationalistische Gesellschaft für deutsche Kunst'' gegründet, die dann, nachdem sie sich der Unterstützung „führender Persönlichkeiten'' versichert hatte, im Januar 1929 unter der „überparteilich'' gemeinten Bezeichnung „Kampfbund für deutsche Kultur'' erstmals an die Öffentlichkeit trat. Ein Aufruf gab bekannt: *„Ein Kampfbund für deutsche Kultur ist geschaffen worden durch einen umfassenden Zusammenschluß von Kräften des schöpferischen Deutschtums, um in letzter Stunde zu retten und zu neuem Leben zu erwecken, was heute zutiefst gefährdet ist: Deutsches Seelentum und sein Ausdruck im schaffenden Leben, in Kunst und Wissen, in Recht und Erziehung, in geistigen und charakterlichen Werten.''* Zweck des „Kampfbundes'' sei, *„inmitten des heutigen Kulturverfalls die Werte des deutschen Wesens zu verteidigen und jede arteigene Äußerung kulturellen deutschen Lebens zu fördern. Der Kampfbund setzt sich als Ziel, das deutsche Volk über die Zusammenhänge zwischen Rasse, Kunst und Wissenschaft, sittlichen und*

die Zusammenhänge zwischen Rasse, Kunst und Wissenschaft, sittlichen und

willenhaften Worten aufzuklären'' (6, 180f.).

In dem vom „Kampfbund'' herausgegebenen Aufsatz „Die Geisteswende'' wird präszis beschrieben, wogegen der Streich geführt werden soll (wir beschränken uns auf die Wiedergabe von Stichworten): „ ... *schillernde Volksführer, die heute in der sog. Weltpresse Neger- und Mulattenkultur als die höchsten Errungenschaften der Jetztzeit aufzutischen wagen ... zusammengeballter Abfall der Weltstädte und das dort herrschende intellektuelle Untermenschtum ... Asphalt-Feuilletonisten ... internationalistische, an ihrem Volkstum Verrat übende Gelehrte ...''*. Zu wahren hingegen seien: der *„Wert des Deutschtums ... ein allgemein-volkliches, staatliches und kulturelles Ideal ... blutmäßig gebundenes Volkstum ... urewiger Born alles Schöpferischen .. Erstwert des blutgebundenen Volkstums ... seelisch-rassische Substanz der deutschen Nationen ... germanische Lebensgestaltung und ehemalig germanisches Rechtsempfinden ... blutgebundene deutsche Kräfte ...''* (6/174 ff.).

Der wabernde Wahnwitz des hier Zitierten ist unterzeichnet von rund fünfzig „Persönlichkeiten'', großenteils Hochschullehrer und Träger sonstiger akademischer Titel, die sich *„bereit erklärt (haben), den Kampf um deutsche Geistesfreiheit und Schöpfungsmöglichkeiten zu eröffnen''* (6/176).

Schon drei Monate nach der (offiziellen) Gründung arbeiteten 25 verschiedene Ortsgruppen. *„Gleich einem Netz''*, schreibt die Historikerin Hildegard Brenner, hatte der „Kampfbund'' *„seine Stützpunkte über ganz Deutschland gezogen''* und *„arbeitsfähige Fachgruppen sowie kultur-, und speziell kunstpolitische Kader herangebildet ..., die in den künftigen Aktionszentren ihre ‚reichsdeutsche Aufgabe' erwarteten''* (6/169).

Diese Vorarbeit ermöglichte es der NSDAP nach der Machtübernahme, auch auf kulturpolitischem Gebiet die Faschisierung (im NS-Jargon: „Gleichschaltung'') fast reibungslos zu vollziehen.

Antideutsches Toben

Aus den formulierten Zielen des „Kampfbund'' geht hervor, daß künftig jeder nicht zumindest „völkische'' Kulturschaffende bekämpft und vernichtet werden sollte.

In diesem Sinne betrieben die der Rechten zuzurechnenden Schriftsteller *„eine unaufhörliche, scharfe, an nationalistische und antisemitische Instinkte appellierende Polemik ... vor allem gegen bürgerlich-humanistische Positionen in der Literatur''* (7/125).

Gestartet wurden diese Angriffe u.a. in der Zeitschrift „Die schöne Literatur'' (ab 1931: „Die neue Literatur'') unter der Leitung des Nazi-Barden Will Vesper (wenngleich die Zeitschrift selbst k e i n Organ der NSDAP war!).

Ziel der Angriffe sind vor allem Thomas Mann, Erich Kästner, Kurt Tucholsky, weiterhin die *„zersetzende Kriegsliteratur''* und Lion Feuchtwanger, der in seinem Roman „Erfolg'' (der weithin von den Buchhändlern boykottiert wurde) *„alles Deutsche in einer schmierigen und widerlichen Weise bespeichelt''* habe (Dez. 1930, 7/125).

Tucholsky hatte zusammen mit dem Meister der Fotomontage, John Heartfield, beim „Neuen Deutschen Verlag'' das satirische Buch „Deutschland, Deutschland über alles'' herausgegeben. Auf die Zusammenstellung von Fotos und Fotomontagen mit Tucholsky-Texten eingehend, jault „Die schöne Literatur'' getroffen auf: *„Mit wahrer Meisterschaft übt (Tucholsky) alle Tricks, die heute bei einer gewissen Sorte von Literaten beliebt sind und die alle ungefähr so verfahren, daß sie alles Deutsche gewissermaßen aus der Lokusperspektive betrachten, auch von dort unten photographieren und dann hohnlachend auf diese Produkte hinweisen, als sei das Deutsche von einer anderen Seite gar nicht zu betrachten und als habe es sonst keine Funktionen als fäkalische''*.

Sodann kommt „Die schöne Literatur'' zum Eigentlichen: *„Ein infernalisches Verfahren, geboren aus dem wilden und raffinierten Haß einer aus alter Ghettoempörung von eigenen Minderwertigkeitsgefühlen geschüttelte Rasse ... Der Charakter dieser Typen — nicht etwa aller Juden — ist durch jahrtausendealte Ghettoerziehung geprägt und zu Schmiegsamkeit, schleichender Schläue und gerissener Menschenkenntnis erzogen worden ... Wir*

chender Schläue und gerissener Menschenkenntnis erzogen worden ... Wir

würden auf jeden Antisemitismus gern verzichten, aber wir machen die Gerechten unter den Juden darauf aufmerksam, daß sie sich nicht wundern dürfen, wenn das antideutsche Toben jüdischer Literaten — das weit toller sich gebärdet als jemals der wildeste Judenfresser — selbst die geduldigsten Deutschen in der Notwehr zu einem Antisemitismus zwingt, der dann Gerechte wie Ungerechte hinwegfegen wird ... Ein großer Teil der jüdischen Rasse scheint etwas in sich zu haben, was nicht eher ruht, als bis es die Prügel bekommt, die es verdient'' (März 1930, 7/127f.).

In der 1962 (!) in der BRD erschienenen Übersicht „Literarische Zeitschriften 1910 — 1933'' ordnet der Autor Fritz Schlawe „Die Schöne Literatur'' der Gruppe *„Neutrale literarische Blätter''* zu und schreibt über die Rubrik „Unsere Meinung'', aus der das obige Zitat stammt: hier *„kritisiert der Herausgeber kulturelle und kulturpolitische Mißstände des Tages''* ... (7/125).

Negerkultur

Bei den Wahlen zum thüringischen Landtag am 8. Dezember 1929 erhielt die NSDAP 11,3% der Stimmen (1927: 4,5%) und war damit nach SPD und Liberaler Volkspartei (LVP) zur drittstärksten Partei geworden. Bürgerliche Rechtsparteien und NSDAP bildeten eine Regierungskoalition, die NSDAP war damit erstmals an einer Landesregierung beteiligt. Der Koalitionsbildung vorangegangen war, wie A. Hitler in einem Brief schrieb, eine *„Industriellenversammlung (...) zu der alles, was in der mitteldeutschen Wirtschaft überhaupt eine Rolle spielt, nach Weimar gekommen war''*; es sei *„gerade von dieser Seite ein sehr scharfer Druck''* auf die bürgerlichen Rechtsparteien ausgeübt worden, die NSDAP in die Regierung einzubeziehen (8/193). Die Faschisten erhielten wunschgemäß das Innen- und das Volksbildungsministerium (Hitler: *„.... in meinen Augen die beiden in den Ländern für uns wichtigsten Ämter''*), die von dem Teilnehmer des Hitler-Putsches 1923, Dr. Wilhelm Frick (1946 in Nürnberg hingerichtet), übernommen wurden.

Die Faschisten waren damit — erstes wichtiges Ergebnis — „legal'' geworden und konnten — zweites Ergebnis — im Kleinen durchexerzieren, was sie nach der angestrebten „Machtergreifung'' durchzuführen gedachten. In diesem Rahmen war für Frick die Kulturpolitik ein wichtiges Betätigungsfeld: *„Mehr noch als die politischen Maßnahmen''*, schreibt Karoline Hille in ihrem Aufsatz „Die ‚Machtergreifung' auf der Probebühne, 1930'', ließen sich die Maßnahmen auf den Gebieten Kultur und Kunst *„geschickt propagandistisch einsetzen und dienten so der Schaffung einer faschistischen Massenbasis, da gerade durch sie die kleinbürgerlichen Schichten angesprochen, mobilisiert und, dermaßen radikalisiert, in die ‚Bewegung' integriert werden konnten: Schichten, die traditionell dem „Kunstbolschewismus' der Weimarer Republik skeptisch bis ablehnend gegenüberstanden. Diese allgemeine ‚Kunstabwehrgesinnung' mußte nur in die ‚richtigen' Bahnen gelenkt werden, und schon früh hatten die Nazis erkannt, welchem riesigen Potential sie nur noch die politische Heimat zu geben brauchten''* (8/204).

Wenige Tage nach seinem Amtsantritt, am 5. April 1930, ließ Frick in seiner Eigenschaft als Innenminister und Volksbildungsminister eine *„Bekanntmachung: Wider die Negerkultur für deutsches Volkstum''* veröffentlichen, die faktisch eine Verschärfung der Gewerbeordnung war und die Theaterzensur ermöglichte. Aus der Einleitung: *„Seit Jahren machen sich auf fast allen kulturellen Gebieten in steigendem Maße fremdrassige Einflüsse geltend, die die sittlichen Kräfte des d e u t s c h e n Volkstums zu unterwühlen geeignet sind. Einen breiten Raum nehmen dabei die Erzeugnisse ein, die, wie Jazzband und Schlagzeug-Musik, Negertänze, Negergesänge, Negerstücke, eine Verherrlichung des Negertums darstellen und dem deutschen Kulturempfinden ins Gesicht schlagen''* (8/210) (Man flüchte nicht in Gelächter! Dieser in einem offiziellen Amts- und Nachrichtenblatt veröffentlichte und von zwei Ministerien unterzeichnete Erlaß wollte seinerzeit ernst genommen werden und wurde — was schlimmer ist — ERNST genommen (!!).).

„Mit geradezu stürmischer Gewalt brach sich der Gestaltungwille Fricks'', schreibt rückblickend der Nazi-Historiker Fabricius 1933, *„auf kultu-*

schreibt rückblickend der Nazi-Historiker Fabricius 1933, *„auf kultu-*

rellem, volkserzieherischem und nationalpolitischem Gebiet Bahn'' (8/204).

Auf der Strecke blieben: Das **Bauhaus**. Die progressiven, auf die Integration von Theorie und Praxis abzielenden Strukturen wurden zerschlagen. Der völkisch-faschistische Architekt Paul Schultze-Naumburg wurde als Leiter eingesetzt. Fast alle bisherigen Lehrer wurden entlassen, mit ihnen ging der größte Teil der Schüler. Schultze-Naumburgs Ziel war, wie er es formulierte, *„das Bekenntnis zum höchsten deutschen Menschen''*; sein Streben gelte einem *„Deutschland von lichter Helle und Klarheit und mit Bauwerken, deren Züge Ausdruck der nordischen Seele''* sind (8/206f.).

Das **Selbstverwaltungsrecht der Universität**. Frick berief, gegen den Einspruch von Rektor und Senat, den „Rassenforscher'' H.F.K. Günther an den neu eingerichteten „Lehrstuhl für menschliche Züchtungskunde'' (später verbrämend: „Lehrstuhl für Sozialanthropologie'' genannt) der Friedrich-Schiller-Universität in Jena. Frick konnte sich hierbei des Beifalls der größtenteils faschistisch eingestellten Studentenschaft sicher sein, vor der er am Vorabend der Antrittsvorlesung von Günther äußerte: *„In Deutschland herrscht seit zwölf Jahren das organisierte Untermenschentum. Die Herrschaft des Minderwertigen ist die notwendige Folge des korrupten parlamentarisch-demokratischen Systems''* (8/205).

Es blieb weiter auf der Strecke **künstlerische Ausgestaltung** des Vestibüls im Werkstattgebäude des (ehemaligen) Bauhaus. Der (laut „Deutsche Kunstkorrespondenz'') *„Vorkämpfer rassen-*

Fortsetzung nächste Seite

echter Kunst", Schultze-Naumburg, ließ die Fresken abschlagen und die Wandbilder Oskar Schlemmers übermalen.

Sowie: Die gesamte **moderne Abteilung** des Schloßmuseums zu Weimar. Auf Geheiß von Frick mußten binnen weniger Stunden rund siebzig Gemälde, Zeichnungen, Grafiken abgehängt und in den Keller getragen werden. Betroffen waren u.a. Klee, Kandinsky, Feininger, Dexel, Crodel, Molzahn, Dix, Kirchner, Schmidt-Rottluff, Carrà, Barlach, Kokoschka, Schlemmer, Marc, Heckel, Nolde, Lehmbruck (Sämtlich Künstler, deren Werke einige Jahre später, 1937, der staunenden Öffentlichkeit in der Wanderausstellung „Entartete Kunst" dargeboten wurden). Frick begründete die *„Säuberung des Weimarer Museums vom Kunstbolschewismus"* in einer Pressemitteilung damit, daß *„die ausgeschalteten Künstler in ihrer Kunst nichts gemein hatten mit nordisch-deutschem Wesen; sie beschränken sich darauf, das ostische und sonstige minder-rassige Menschentum darzustellen"* (8/209).

Schildbürger

Die bürgerliche Öffentlichkeit kommentierte diesen „Bildersturm" zwar empört, erkannte aber nicht die dem Frickschen „Gestaltungswillen" zugrundeliegende (faschistische) Strategie und reagierte lediglich mit Ironie und Gelächter. Die „Vossische Zeitung" (20.12.30) unterstellte *„verworrene Ahnungslosigkeit"*, und die „Thüringische Allgemeine Zeitung" (28.11.30) wollte in Frick und Konsorten nur *„Schildbürger"* erkennen, denen gegenüber *„man nichts tun (kann) als herzlich lächeln"*. Das liberale „Tagebuch" (1931, S. 73f.) ortete gar einen Kampf, *„der Freude macht; wir brauchen um seinen Ausgang nicht besorgt zu sein: denn der Geist ist noch immer der stärkere gewesen"* (8/211).

Die demokratische Öffentlichkeit war also denkbar schlecht gerüstet gegenüber der wachsenden faschistischen Gefahr.

Zwar waren beispielsweise in der „Weltbühne" klare Erkenntnisse zu finden. So heißt es in einer Bilanzierung der NSDAP-Beteiligung an der thüringischen Landesregierung: *„De facto ... bedeutet diese Regierung Aufrollung der Republik von Innen heraus, Motor zur fascistischen Machtergreifung durch Zersetzung des Staatsapparates. Organisierung des legalisierten Machtkampfes gegen das Reich, Zerschlagung der bürgerlichen Parteien im Land"* („Weltbühne", 20.1.31).

Indes wurde die Drohung des Faschismus — auch 1932 — nur von einer *„verschwindenden Minorität der faktisch oder potentiell bedrohten Intellektuellen"* erkannt, schreibt H.A. Walter. *„Die Mehrheit hat anders reagiert — mit einer Mischung von Illusion und Klarsicht, von Pessimismus und Sorglosigkeit, Betriebsamkeit, Verdrängung oder Zweckoptimismus"*. Suche man nach den Ursachen des widersprüchlichen Verhaltens, dann falle *„vor allen gruppenspezifischen, psychologischen und subjektiv-privaten Momenten eines auf: das tiefwurzelnde Vertrauen in die rechtlichen und institutionellen Sicherungen der bürgerlichen Formaldemokratie, das Vertrauen auf Rechtstaatlichkeit und, eingestanden oder nicht, auf die Loyalität der politischen Rechten, auch der NSDAP gegenüber diesen Normen und Prinzipien"* (Walter, S. 90). Hinzu komme, daß die Mehrzahl der Intellektuellen *„völlig a-politsch und ... nahezu ausschließlich aufs ‚Geistige' orientiert gewesen war"* (2/94).

Stefan Zweig bezeichnete den Nazi-Sieg bei den Septemberwahlen 1930 (18,3% — 1928: 3,6%!) als Ergebnis einer *„vielleicht unkluge(n), aber im Innersten natürlich und durchaus zu bejahende(n) Revolte der Jugend gegen die hohe Politik"* (2/96). Der mit der KPD sympathisierende O.M. Graf hingegen sprach gelegentlich des gleichen Anlasses vom *„siegende(n) Kommunismus"*, der in Deutschland *„nach einer faschistischen Diktatur das Erbe der alten Ordnung"* antreten werde (2/107).

Alfred Döblin rief 1931 in seinen *„Offenen Briefen an einen jungen Menschen"* auf, man dürfe sich keinesfalls auf die Seite der *„Minorität der Besitzenden"* stellen; der Platz des *„geistigen Menschen"* sei prinzipiell bei den *„Unterdrückten"* — und riet zugleich entschieden ab, sich mit den Parteien eben dieser Unterdrückten zu verbinden, gelte es doch, den *„Sozialismus vom Klassenkampf zu trennen"* (2/96f.).

Carl von Ossietzkys dringliche Aufrufe zur antifaschistischen Einheit von SPD und KPD blieben ungehört ...

Der antifaschistische Publizist Leopald Schwarzschildt forderte im April 1932: „Laßt ihn heran!" Hitler nämlich, der, erstmal an der Regierung, schleunigst „abwirtschaften" werde (2/105).

Der kommunistische Arzt und Schriftsteller Friedrich Wolf ließ seinen Verleger im August 1932 wissen: *„Millionen wehren sich doch schon heute, grad heute gegen den öden und blöden Kulturfaschismus"* (2/108). Drei Wochen zuvor war die NSDAP bei den Reichstagswahlen von 18 auf 38% geklettert ...!

Und Thomas Mann schrieb angesichts der Verluste der NSDAP bei den Novemberwahlen 1932 (von 38% auf 34%) am 22. Dezember 1932 an Hermann Hesse: *„Der Gipfel des Wahnsinns scheint überschritten ..."* (2/106).

Der totale Wahnsinn indes sollte erst beginnen.

K., AG Exilliteratur



Schüler in Hannover
(Foto: Walter Ballhause, 1933)

Quellen:
1. „Frankfurter Rundschau", 21.1.83
2. Hans-Albert Walter: Bedrohung und Verfolgung bis 1933. Deutsche Exilliteratur 1933 — 1950. Band 1. Darmstadt und Neuwied (= Sammlung Luchterhand, Bd. 76), 1972. Dieser leider vergriffene, über Bibliotheken aber leicht zu erhaltende Band ist eine höchst materialreiche und tatsächlich „spannende" Darstellung, streckenweise sogar: Analyse des Untergangs der Weimarer Republik im Faschismus, aufgezeigt wesentlich am Beispiel von Kultur und Kunst*****.
3. Bruno Fischli, Zur Herausbildung von Formen faschistischer Öffentlichkeit in der Weimarer Republik. In: Kunstamt Kreuzberg (Hg.): Weimarer Republik, Westberlin und Hamburg (= Elefantenpress, Bd. 4), 3. verb. Aufl. 1977.
4. Für die „Chronik" wurde neben der unter (2) angeführten Quelle herangezogen John Willet: Explosion der Mitte. Kunst + Politik 1917 — 1933. München (= Rogner & Bernhard) 1981. — Willetts Darstellung ist insofern verdienstvoll, als er die internationale Verknüpfung und wechselseitige Anregung in der Entwicklung der Künste in den Zwanziger Jahren darstellt. Obwohl er den Niedergang der Weimarer Republik und in diesem Zusammenhang auch die repressiven Maßnahmen gegenüber progressiver Kultur und Kunst breiter darlegt, landet er am Ende doch bei der Klassifizierung der Weimarar Kultur als „moderner Renaissance".
5. Heinrich Hannover, Elisabeth Hannover-Drück: Politische Justiz 1918 —1933. Frankfurt (= Fischer Taschenbuch Nr. 770), 1966. — Kurz: Was H.A. Walter für den Bereich der Kultur aufzeigt, das führen die beiden Hannovers für den Bereich der Justiz vor: wie die Republik an ihrer eigenen Justiz zugrunde gegangen ist.
6. Karoline Hille: Der Kampfbund für deutsche Kultur. In: Staatliche Kunsthalle Berlin (Hg.): 1933 — Wege zur Diktatur. Ergänzungsband. Westberlin 1983.
7. Jutta Kaiser: Zwei Beispiele für den Beitrag der Literatur zur Erinnerung und Festigung der Macht der Rechten, a.a.O.
8. Karoline Hille: Beispiel Thüringen. Die „Machtergreifung" auf der Probebühne, 1930. In: 1933 — Wege zur Diktatur. Hauptband.
— Die beiden voluminösen Bände zur Westberliner Ausstellung „1933 — Wege zur Diktatur" sind nur zu loben! Sie enthalten neben einer Anzahl sorgsam ausgearbeiteter Einzeldarstellungen zu Aspekten der Faschisierung der Weimarer Republik eine Vielzahl von — häufig als Faksimile abgedruckten — Dokumenten (es wird u.a. der gesamte „Gotteslästerungsprozeß" gegen Grosz anhand der Gerichtsakten und Gutachten dokumentiert) und eine Fülle von sehr sauber reproduzierten zeitgenössischen Fotografien, Grafiken und farbig wiedergegebenen Gemälden nebst neueren Arbeiten von Willi Sitte, Gernot Bubenik, Renzo Wespingnani u.a. (Hauptkatalog und Ergänzungsband sind für 30,- bzw. 20,- DM über den Wohltat's Versand, 1 Westberlin 62, Kolonnenstr. 26, zu beziehen. Außerdem gibt es vom Hauptkatalog eine — festgebundene — „Buchhandelsausgabe", für die jedoch annähernd ein Fünfziger zu löhnen ist.

Liebe Leserin, lieber Leser!

Mit dem in diesem AK veröffentlichten ersten Teil einer Darstellung der Bücherverbrennung beginnt eine Artikelserie über die Exilliteratur im umfassenden Sinne.

Den Rahmen sozusagen abstecken werden etwa vier größere Arbeiten:
1. Die Unterdrückung progressiver Kultur in der Weimarar Republik und die Bücherverbrennung (In diesem und dem nächsten AK).
2. Exilliteratur und Exilliteraten: die politische und soziale Lage im Exil, die Werke, die Verlage, die Leser. Wir werden dies, da sich im Rahmen einer Zeitung über das Gesamtexil nur Plattheiten sagen ließen, am Beispiel der Niederlande darstellen, die bis 1940 zu den wichtigsten Ländern
spiel der Niederlande darstellen, die bis 1940 zu den wichtigsten Ländern
der Exilliteratur gehörten.
3. Literatur unter dem Faschismus und „innere Emigration": Die Literaturpolitik des Faschismus soll dargestellt werden und der Frage nachgegangen werden, was es mit dem Mysterium der „Inneren Emigration" auf sich hat.
4. Die Aufnahme (bzw. Nicht-Aufnahme) der Exilliteratur nach 1945 in der DDR und der BRD — was, zumindest im Falle der BRD, auch ein Stück Geschichtsschreibung des „Kalten Krieges" ist.

Diese Artikel sollen im Laufe etwa der nächsten zwölf Monate erscheinen.

An kleineren Arbeiten planen wir: eine Vorstellung der „großen Exilromane"; die Exilpresse; die Besprechung von Sekundärliteratur zum Thema...

Liebe Leserschaft! An deinen Hinweisen auf dich besonders interessierende Themen, auf wichtige Quellen bis hin zu massiven Forderungen, jetzt solle aber mal endlich das Buch Soundso vorgestellt werden, sind wir brennend interessiert. Und Raum für aktive Mitarbeit, den bietet unser Vorhaben die Menge! Auch der ja nicht undenkbare Kommentar „Was soll den nur dieser Scheiß im AK?!" fände bei uns offene Ohren, sofern ein wenig genauer und faßbarer (ja, leider: schriftlich) ausgeführt würde, warum wir uns für diese Artikel-Serie besser einen anderen Verleger suchen sollten.

AG Exilliteratur

Exilkongress und „Woche der verbrannten Bücher" in Osnabrück

Die Exilliteratur ist in der BRD stets als Stiefkind behandelt worden. Werke von prominenteren Schriftstellern sind nach 1945 zwar wiederaufgelegt worden oder neu herausgekommen, doch geschah dies zäh, und noch heute warten Bücher, die im Exil 1933 — 1945 entstanden sind, darauf, dem (west-)deutschen Leser zugänglich gemacht zu werden. Auch die Literaturwissenschaft hat sich sehr schwer getan, sich dieses Thema als spezielle Fragestellung anzunehmen, kann man doch die Exilliteratur nur im politischen Zusammenhang mit dem deutschen Faschismus sehen.

So ist es schon erstaunlich (wenn auch erfreulich) zu hören, daß dieses Thema hierzulande aufgegriffen wird. In Osnabrück findet am 10.5. — 15.5. eine „Woche der verbrannten Bücher" statt, und in diesem Rahmen ein Exilkongreß mit internationaler Beteiligung. Das Programm klingt so vielversprechend, daß es sich lohnt, näher hinzusehen.

Der Kongreß selber besteht aus vielen einzelnen Veranstaltungen zu Fragen des Exils: Zum einen Referate über Lebensbedingungen im Exil in Frankreich, Italien, Schweden, USA, Mexiko, Sowjetunion. Zum anderen werden auch einzelne Aspekte des Exils wie Exiltheater, Publizistik, Musik, Volksfrontpolitik und Emigranten im spanischen Bürgerkrieg behandelt. Als Referenten sind Wissenschaftler aus Rom, Stockholm, Paris, New York, Amsterdam und verschiedenen Städten der BRD angekündigt. Unter ihnen auch Hans-Albert Walter, einer der Vorkämpfer für die Anerkennung der Exilliteratur in der BRD, und Ernst Loewy, der selbst emigrierte und heute an diesem Thema arbeitet. Den Abschluß und vielleicht auch den Höhepunkt des Kongresses bildet eine Podiumsdiskussion zum Thema „Die Aktualität des Exils und der Versuch der Wiedergewinnung seiner Kultur" (15. Mai, 18.00 Uhr). Besonders beachtenswert sind die Rahmenveranstaltungen zu diesem Kongreß, die teilweise schon vorher begonnen haben und noch weiterlaufen.

Im sieben Ausstellungen wird versucht, durch Dokumente vor und aus dem Faschismus und aus dem Exil uns diese Zeit zu veranschaulichen. Es werden u.a. gezeigt: „Bilder des Malers Felix Nußbaum und die zeit 1904 — 1944", „Angstleben — Die Verfolgung der Homosexuellen im 3. Reich", „Zerschlagung der Gewerkschaften in Osnabrück 1933", „Theater im Exil 1933 — 1945".

„Zerschlagung der Gewerkschaften in Osnabrück 1933", „Theater im Exil 1933 — 1945".

Für Theaterinteressierte werden ganz besonders Leckerbissen geboten. Am 14.5. ist die BRD-Erstaufführung von Ernst Tollers Schauspiel „Pastor Hall". Toller widmet sein Ende der 30er Jahre im Exil verfaßtes Stück *„dem Tag, an dem dieses Drama in Deutschland wieder gespielt werden darf"* — es hat wirklich lange gedauert. Neben anderen Stücken findet noch eine Uraufführung statt: „Vertriebene sind wir, Verbannte" — eine szenische Revue mit Texten deutscher Exilschriftsteller.

Das Filmprogramm umfaßt neunzehn Filme mit drei Schwerpunkten: Filme, die im Exil entstanden, Verfilmungen von Romanen exilierter deutscher Schriftsteller, und Biographien von Exilierten.

Ergänzend dazu fanden und finden Musikveranstaltungen, Dichterlesungen, Volkshochschulseminare, eine Ringvorlesung an der Uni Osnabrück etc. statt. Wirklich ein umfassendes Programm.

Das Veranstalter- und Unterstützerspektrum reicht von der Universität Osnabrück, Stiftungen und Gewerkschaften über die Bibliothek, das Theater und Museum Osnabrück bis hin zu Sparkassen, allen politischen Parteien und einer EG-Kommission. Sollten alle ihr Herz für die Exilliteratur entdeckt haben? Interessierte können auf jeden Fall auf ihre Kosten kommen.

Nähere Auskunft bzw. Anmeldungsunterlagen für den Kongreß (die Teilnahmegebühr für alle fünf Tage beträgt nur 10 DM!) sind zu erhalten beim Rathaus Osnabrück (Tel.: 0541/323 20 78).

In., AG Exilliteratur

Kampfbund für deutsche Kultur

Ein Kampfbund für deutsche Kultur ist geschaffen worden durch einen umfassenden Zusammenschluß von Kräften des schöpferischen Deutschtums, um in letzter Stunde zu retten und zu neuem Leben zu erwecken, was heute zutiefst gefährdet ist: Deutsches Seelentum und sein Ausdruck im schaffenden Leben, in Kunst und Wissen, Recht und Erziehung, in geistigen und charakterlichen Werten. Gefährdet ist, zum Teil schon schwer geschädigt, was die Vergangenheit an lebendigem Gut hinterlassen hat; zersetzt und erstickt wird das Werteschaffen der Gegenwart; die Zukunft aber, das heilige Anrecht unserer Jugend, wird preisgegeben.
Gewiß muß sich jede Kultur, wie alles Lebendige, in unablässigem Kampfe ihrer Träger behaupten. Heute aber gilt es noch ein anderes! Denn hatte sich im Kriege eine ganze Welt zusammengeschlossen, um das deutsche Volk politisch und wirtschaftlich niederzuringen, so setzt sich seither in Deutschland selbst dieser Vernichtungskampf auf kulturellem Gebiete ebenso skrupellos wie zielbewußt fort, dabei um so gefährlicher, als er sich nicht auf offenem Felde vollzieht, sondern vom Gegner mit unsichtbaren und vergifteten Waffen geführt wird. Denn dieselben Kräfte, die seit Jahrzehnten im stillen am deutschen Niedergang arbeiten, sie holen nunmehr zu einem weiteren Schlage aus: gegen das innere Wesen, gegen die seelischen Werte des deutschen Volkes. Wahrhaft erschütternd ist es, mit welcher Ahnungslosigkeit und mit welchem Gleichmut die meisten Deutschen diesem Geschehen gegenüberstehen. Sie sehen nicht oder wollen nicht sehen, wie bewußt, planvoll und zähe der Feind mit allen Mitteln des Geldes und der Macht sein Zerstörungswerk betreibt und wie weit bereits der Verfall unserer kulturellen Grundlagen gediehen ist. Sie sehen nicht, wie alle wirklich deutschen, aber auch alle echt religiösen Werte mehr und mehr ausgehöhlt werden und wie erfolgreich man bestrebt ist, die Schöpfer und die Träger dieser Werte lahmzulegen und auch wirtschaftlich zu vernichten. Sie merken nicht, wie zersetzende Kräfte rastlos tätig sind, mit Hilfe einer vielgestaltigen Verführungskunst das Wesen der großen Deutschen zu verfälschen und so dem deutschen Volke mit dem Stolz auf seine Vergangenheit auch den Glauben an die Zukunft zu rauben, das heranwachsende Geschlecht aber seelisch zu vergiften und es unfähig zu machen, einer deutschen Wiedergeburt Führer zu sein.
Wohl sind es heute schon Tausende von einzelnen, die solche Erkenntnis gewonnen haben, Tausende, die von dem glühenden Wunsche erfüllt sind, zu retten, was noch zu retten ist, und es in ihrem persönlichen Bereiche auch an der Tat nicht fehlen lassen. Aber wie aussichtslos, wie zermürbend und vereinsamend ist der Kampf des einzelnen! So kann hier nur ein großer tragender Zusammenschluß helfen.
Die Zeit ist gekommen, da es gilt, der feindlichen Front eine eigene Front gegenüberzustellen.
Die Aufgabe des K.f.d.K. war es, diese Front ins Leben zu rufen. Hinweg über politische oder wirtschaftliche Meinungsverschiedenheiten, hinweg über alles Trennende individueller Einstellung zu Einzelfragen, hinweg auch über persönliche, kleinliche Bedenken und Hemmungen, will er eine gemeinsame geistige und

aus: Ergänzungsband, 1933 — Wege zur Diktatur, Staatliche Kunsthalle Berlin 1983

Bruder Eichmann

— im Libanon?

Deutschland

Mögen andre von ihrer Schande sprechen
ich spreche von der meinen

O Deutschland, bleiche Mutter!
Wie sitzest du besudelt
Unter den Völkern.
Unter den Befleckten
Fällst du auf.

Hörend die Reden, die aus deinem
Haus dringen, lacht man.
Aber wer dich sieht, greift nach dem Messer
Wie beim Anblick einer Räuberin.

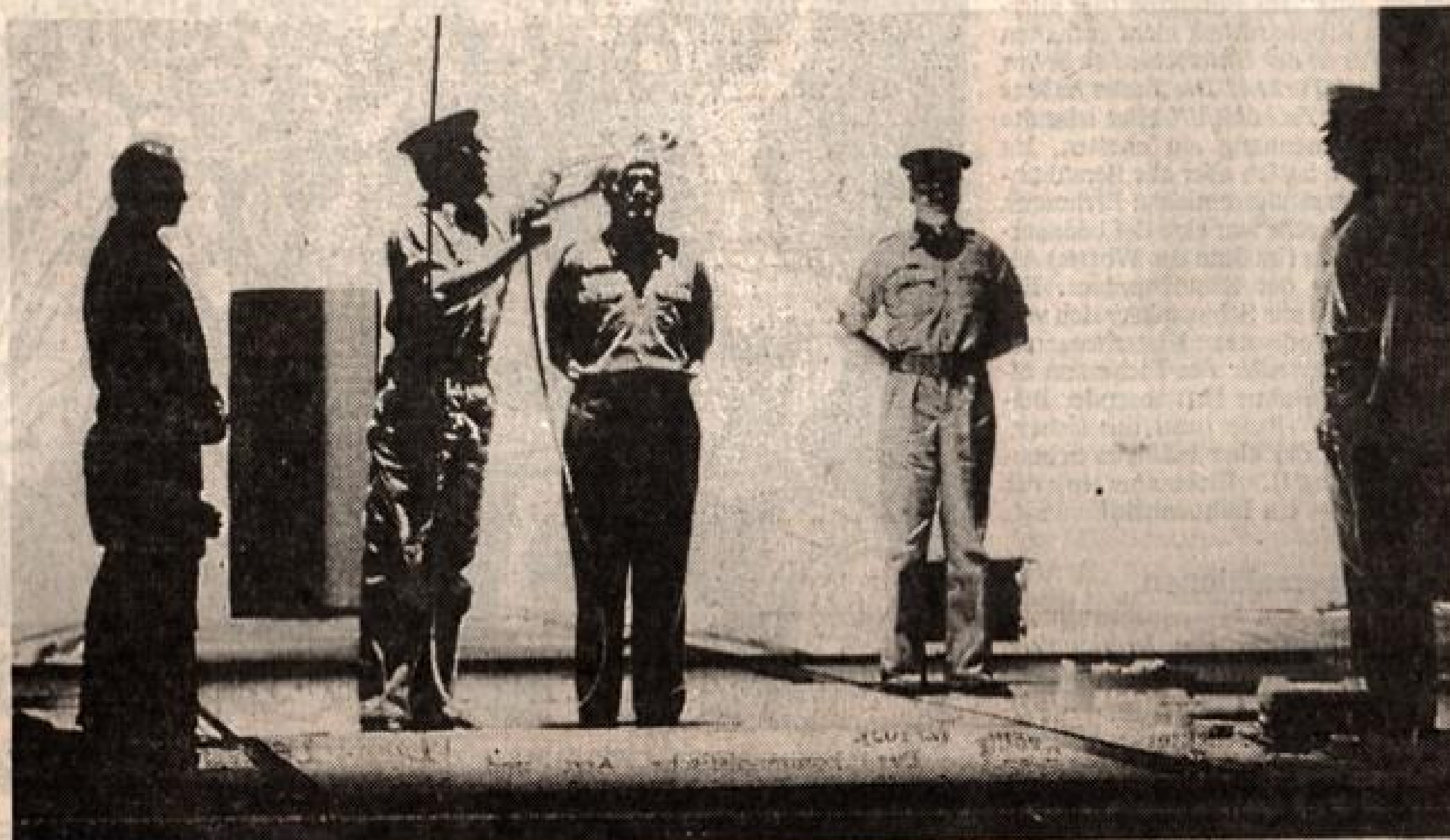
O Deutschland, bleiche Mutter!
Wie haben deine Söhne dich zugerichtet
Daß du unter den Völkern sitzest
Ein Gespött oder eine Furcht!

B.Brecht, 1933

* * *

Gute Unterhaltung wünschen wir Ihnen heute bei
Heinar Kipphart
Bruder Eichmann
(Programmheft des Staatstheaters Darmstadt,1983)

Die Deutschen, auch die deutsche Linke, tun sich schwer mit der Aufarbeitung ihrer (bzw. ihrer Väter/ Mütter) Vergangenheit. Ein bemerkenswertes Zeugnis darüber, wie selbst erklärte Antifaschisten zur Rettung der deutschen „Ehre" beitragen — und sei es auch nur, indem sie bemerken, daß die *„Endlösung der Judenfrage"* ein Greuel, aber schließlich nicht das einzige Greuel auf dieser Welt sei —, legte Heinar Kipphart mit seinem letzten, kurz vor seinem Tod im November 1982 fertiggestellten Stück ab: „Bruder Eichmann". Kipphart, das muß vorangestellt werden, hat das Stück in der Münchner Uraufführung nicht mehr sehen können, er konnte auch den Proben nicht mehr beiwohnen, er hatte also keine Möglichkeit mehr einzugreifen und sich selbst zu korrigieren. So ist das Stück mittlerweile zum Selbstläufer geworden: Von der Kritik wird es aus den unterschiedlichsten Gründen (dazu unten) verrissen; die Theater waren erst begierig auf die Aufführungsrechte, mittlerweile haben Köln und Hamburg sie bereits zurückgegeben; der Theaterverlag Ute Nyssen (bei dem die Rechte liegen) wacht eifrig darüber, daß das Stück nur so auf die Bühne kommt, wie er es für angemessen hält; das Publikum ist — wohl auch aus den unterschiedlichsten Gründen — begeistert.



Szenenfoto von der Münchner Uraufführung

»Bruder Eichmann»

»Bruder Eichmann»

Kern des Dramas sind die Verhörprotokolle Eichmanns; aus den über 3000 Protokollseiten der über 275 Stunden sich hinziehenden Vernehmung Eichmanns durch den israelischen Hauptmann Avner Less hat Kipphardt die seiner Meinung nach wichtigsten Informationen, den Sprachduktus Eichmanns, die Situation des Inhaftiertseins, herausgefiltert. Dokumentartheater der kargsten Sorte: Zwei Personen sitzen in einer Zelle und sprechen auf Band. Doch die Eichmann- Protokolle allein genügten Kipphardt nicht, er verstand sie als Basis- Material für ein weitergefaßtes Thema: Sein Ziel war es zu zeigen, *„daß der Mensch einerseits das Objekt der Fremd- und Individualgeschichte ist, die er andererseits selber macht"*. Seine Beschäftigung galt der *„Eichmann- Haltung als bürgerlicher Haltung, ihrer Entwicklung in Vergangenheit und Gegenwart"* (Kipphardt 1967, zit. nach: Kritisches Lexikon zur deutschsprachigen Gegenwartsliteratur, Kapitel Kipphardt, S.9). Also montierte Kipphardt zwischen die Verhörausschnitte das, was er Analogieszenen nannte: Szenen, mit denen er meinte, „Eichmann- Haltungen" in anderen Zusammenhängen aufgespürt zu haben. Seine Auswahl wirkt dabei recht beliebig: es geht um den Atombombenabwurf auf Nagasaki, Folterung von Rotbrigadisten in Italien, die Stammheim- „Selbst"morde, Versuche an Frauen durch die IG Farben, den Alptraum eines israelischen Soldaten, der sich in Gestapo- Uniform palästinensische Häuser durchsuchen sieht, die Massaker von Sabra und Chatila.

Die vorgeführten Personen: Polizisten, Bomberpiloten, Biologen, Mediziner, Soldaten, Priester - Eichmans Brüder? Eichmann, ein Internationalist? Ein Italiener, US- Bürger, Israeli? Kipphardt legt das nahe. Belegt wird es nur unzureichend. Die Fragwürdigkeit des Unterfangens soll am Beispiel dreier Szenen aufgezeigt werden.

In der 8. Szene fragt der israelische Verhöroffizier Less Eichmann nach seinen Besuchen in den Vernichtungslagern. Eichmann berichtet von Abscheu, den er angesichts der Massenvernichtung von Juden empfunden habe, besteht aber darauf, nicht für die Tötungen verantwortlich gewesen zu sein, nicht einmal etwas damit zu tun gehabt zu haben: *„Wir hatten nie, nie,*

be, besteht aber darauf, nicht für die Tötungen verantwortlich gewesen zu sein, nicht einmal etwas damit zu tun gehabt zu haben: „Wir hatten nie, nie,

nie etwas mit der Tötung zu tun, wir hatten mit der Konzentrierung zu tun" (Bruder Eichmann, Reinbek 1983, S.55). Im übrigen hätten Verantwortung und Gewissen nur die *„befehlsgebende Ebene ... aufwärts vom General"* gehabt. Das ist ein authentischer Bericht, Kipphardt behält den umständlich- bürokratischen Sprachstil des Beamten Eichmann bei, dokumentiert seinen Versuch, durch vorgebliche Unkenntnis bzw. Unzuständigkeit den Kopf aus der Schlinge zu ziehen. Die Szene endet mit Eichmanns Feststellung: *„Birkenau waren die Vergasungsanlagen. Ich kann das heute auch nicht hören, Herr Hauptmann, auch damals nicht und weiß nicht, warum das immer wieder mir aufgetischt wird, ich konnte es auch nicht abwenden.* "(S.61).

In Szene 9 treten dann auf ein Jäger, Betriebsführer der IG Farben-Industrie, der in der Nähe von „Werk Auschwitz" eine Jagd pachten möchte (offensichtlich ein authentisches Dokument); b) eine alte Jüdin, die das KZ, in dem sie eine Kapo- Funktion wahrgenommen hatte, überlebte: *„....und ich, die ich dies überlebte, überlebte mich nicht"* ; c) ein (ebenfalls authentischer) Briefwechsel zwischen IG Farben und KZ-Auschwitz wegen Menschenversuchen; d) eine deutsche Frau 1983, die in gekachelten Räumen nach Spuren der Massenvernichtung sucht; e) ein israelischer Soldat, der träumt: *„Ich habe eine schwarzglänzende Uniform an, die Uniform der Gestapo, ich sehe die Abzeichen, Totenkopf und SS... Ich durchsuche ein Araberdorf"* (S.66). Authentische Dokumente wechseln ab mit fiktiven Szenen, der Zeitbogen reicht von 1940 bis 1983, es geht um Deutsche und Juden. Bemerkenswert dabei ist, daß die beiden Juden Täter sind: als Kapo der Deutschen die Frau, als fiktiver Gestapo- Angehöriger der junge Mann. Einziges Opfer ist die an Deutschland leidende deutsche Frau, die durch die gekachelte Landschaft der heutigen BRD irrt und Spuren des Massenmordens sucht. Die beiden anderen Deutschen sind Altnazis, beide in gehobenen Positionen, beteiligt an Medizinverbrechen, nicht explizit an der Ausrottung der „jüdischen Rasse". Zufall? Die Judenausrottung, die von Deutschen durchgeführte und geplante „Endlösung" wird durch diese „Ana-

der Ausrottung der „jüdischen Rasse". Zufall? Die Judenausrottung, die von Deutschen durchgeführte und geplante „Endlösung" wird durch diese „Ana-

logien" relativiert, die Juden werden erheblich belastet. Bruder Eichmann - ein Vorwurf an den (jüdischen) Rest der Welt!

In Szene 10, dem zweiten Gespräch zwischen Eichmann und der Psychiaterin Frieda Schilch, wird dessen Dienst-einstellung, seinem Verhältnis zu seiner „Arbeit", dem verwaltungsmäßigen Massenmord an Juden, nachgespürt. Hier hat seine für den Prozeß so wichtige Selbsteinschätzung — *„Es wird heute von mir verlangt ein Gigant, ich aber war ein Angestellter"* — ihren Platz. Und zum Antisemitismus-Vorwurf: „Eichmann: (ich verstehe darunter) Daß man die Juden haßt. Ich habe die Juden nicht gehaßt, schon von Kindheit nicht. Streicher haßte, ich nicht, ich erstrebte mit Genehmigung meiner Vorgesetzten die politische Lösung" (S.68). Da taucht ein „Bruder Eichmann" auf - welche Deutschen würden auf die Frage, ob sie Antisemiten seien bzw. gewesen seien, nicht ähnlich antworten? Im Stück geht die Passage unter, bleibt bestenfalls eine kurze Randbemerkung. Das ist anscheinend nicht der Bruder, nach dem Kipphardt gesucht hat. Welchen Bruder er wirklich meint, wird am Ende des Stückes erschreckend deutlich.

Der Teil II spielt nach dem Prozeß in Eichmanns Todeszelle, die Berufung läuft zwar noch, ohne Aussicht auf Erfolg jedoch, wie sowohl Eichmann als auch den Zuschauern klar ist. In diesem zweiten Teil gibt es nur noch einen Komplex mit fünf Analogie-Spots: in vier Kurzszenen tritt Ariel Sharon als Täter, als *„Endlöser der Palästinenserfrage"*, auf; in einer Szene wieder das Opfer, in diesem Fall eine in Westberlin lebende, mit einem Deutschen verheiratete Palästinenserin, die die verweste Leiche ihrer Mutter aus den Trümmern Beiruts hervorzieht. Wieder tritt Israel als Täter auf, vom israelischen Protest gegen die Massaker kein Wort, und wieder eine mit Deutschland sehr eng verbundene Frau als Opfer..

Eichmanns Gegenpart auf diesen letzten fünfzig Seiten bildet ein fanatisches kanadisches Priesterehepaar, dessen verquere Missionierungversuche vor allem bewirken, daß Eichmann zum Sympathieträger werden muß. Die letzten Sätze beschreiben dann minutiös die Hinrichtung und die Eindrücke, die Priester Hull dabei hatte: „....*Ich*

zum Sympathieträger werden muß. Die letzten Sätze beschreiben dann minutiös die Hinrichtung und die Eindrücke, die Priester Hull dabei hatte: „....Ich

bestätige, daß dies die Leiche Adolf Eichmanns sei. Die Tür des Ofens wurde aufgemacht, und ich erinnere mich, wo ich den Ofen, die Laufschienen, das Gestell gesehen hatte. Auf Fotos der Nazi- Krematorien in den Vernichtungslagern." (a.a.O., S.159). Eichmanns Prozeß ein israelischer Racheakt, um Eichmann das zuzufügen, was er Millionen Juden angetan hat?

Solche Fragen bleiben besser unbeantwortet. In jedem Fall aber ist deutlich, daß dieser „Bruder Eichmann", wie Kipphardt ihn in seinem Stück auftreten läßt, geeignet ist, Mitleid zu kassieren. Bestenfalls werden seine Verbrechen relativiert (durch die falsch angesetzten Vergleiche), schlimmstenfalls verharmlost. Die Möglichkeiten gerade für ein deutsches Publikum, die Analogieszenen, in denen Juden auftreten, als Entschuldigung für eigenes Versagen zu benutzen, sind groß: Ihr habt doch auch nichts gegen die Massaker in den Palästinenserlagern getan, eure Funktionäre haben im Dritten Reich schließlich selbst mit den Deutschen kollaboriert, die haben wie Eichmann auch nur ihre Pflicht getan. Eichmann, kann mit dem Zeigefinger gedeutet werden, ist vor allem euer Bruder ...

Wenn dem Stück dann als Motto noch das Pascal-Zitat *„Niemals tut man so vollständig und so gut das Böse, als wenn man es mit gutem Gewissen tut"* vorangestellt wird, tut das ein übriges. Als ob Eichmann mit gutem Gewissen gehandelt hätte. Er selbst sagte in dem Prozeß aus, daß er die Vernichtungsaktionen nicht hätte mitansehen können. Ihm wäre schlecht geworden, als er die Massengräber gesehen habe. Gutes Gewissen? Wohl kaum. Eichmann hatte gar kein Gewissen, hat gewissenlos, zur Förderung der eigenen Karriere und aus Freude an der eigenen Organisationsfähigkeit, Juden konzentriert, die Züge für die Vernichtungslager organisiert und bereitgestellt und eifersüchtig darüber gewacht, daß ihm niemand in seine Gebiete hineingepfuscht.

Mythos und Realität

Kipphardt baut Assoziationsketten auf, die die Frage auch nach dem Realitätsgehalt der als dokumentarisch behaupteten Verhörszenen aufkommen lassen. Auffällig ist, daß die Verhöratmosphäre zwischen Avner Less und Adolf Eichmann in dem Stück fast entspannt wirkt. Verständnisvoll versucht auch die Psychiaterin Schilch, Eichmanns Sozialisationsbedingungen zu erfahren, und gentlemanlike, ohne eine Spur von Verachtung oder Abscheu, verschafft ihm Gefängnisdirektor Ofer alle nur möglichen Hafterleichterungen. Bei Kipphardt liest sich das etwa so: *„Less: Als idealistischer Beamter hat er (Eichmann) sich als einen Menschen gesehen, der ein Opfer vollzieht ... und 1945 war er plötzlich um sein Lebenswerk betrogen, hatte er für nichts gearbeitet"* (S. 83). Less erzählt Eichmann auch in fast privatem Tonfall von der eigenen Verfolgung: *„Eichmann: Wenn man sich hier jetzt gegenübersitzt: Entsetzlich. — Wenn ich mir erlauben darf, wie haben Sie selbst überlebt?*
Less: Ich flüchtete als junger Mann nach Frankreich und wurde Damenfriseur. Ehe ich nach Palästina kam und hier Polizist wurde. Ich fühle mich noch heute schuldig, überlebt zu haben. Obwohl gerade ich das Unglück anziehe, eigentlich" (S. 56).

Vergast zu werden — ein schicksalhaftes Unglück?

Im Nachwort zu „Das Eichmannprotokoll" (Hrsg. J.v. Lang, Berlin 1982) äußert sich der tatsächliche Avner Less zu seinen Eindrücken von Ex-Obersturmbannführer Adolf Eichmann: *„Ich weiß nicht mehr, was ich erwartet hatte — wahrscheinlich einen Nazi, wie man ihn aus Filmen kannte: groß, blond, mit stechenden blauen Augen, ein brutales Gesicht, das herrische Arroganz ausstrahlt. Doch nun stand plötzlich ein ganz gewöhnlicher Mensch vor mir, (...). Diese Normalität ließ mich seine leidenschaftslosen Aussagen noch bedrückender empfinden, als ich aus den Dokumenten erwartet hatte. (...) Seine Aussagen und Dokumente ließen klar erkennen, mit welch kaltem Raffinement und mit wieviel Verschlagenheit er die Ausrottung der Juden geplant und durchgeführt hatte (...). Bis etwas aus den Dokumenten bewiesen war, stritt er alles ab. (...) Wenn das nicht weiterhalf, bezeichnete er sich als kleines Rad und schob jede Schuld auf Vorgesetzte oder Untergebene. (...) Mich empörte dabei am meisten, daß Eichmann ganz offensichtlich kein Gefühl hatte für das Ungeheuerliche seiner Verbrechen, und daß er auch*

Schuld auf Vorgesetzte oder Untergebene. (...) Mich empörte dabei am meisten, daß Eichmann ganz offensichtlich kein Gefühl hatte für das Ungeheuerliche seiner Verbrechen, und daß er auch

nicht die geringste Spur von Reue empfand" (Eichmannprotokoll, S. 265 ff.). Explizit erwähnt Less, daß er Eichmann in den Verhören über sein und seiner Familie Schicksal nicht mehr erzählt habe, als daß sie in den Osten deportiert worden seien.

Was also bezweckt Kipphardt durch die von ihm vorgenommene Veränderung in der Gesprächsatmosphäre? Less und Eichmann werden einander näher gebracht, da sprechen nicht Mörder und Verfolgter miteinander, sondern zwei Staatsdiener. Was Kipphardt Eichmann durch die Auswahl und Montage der Verhörprotokolle zugesteht, Gesprächsbereitschaft, teilweises Eingeständnis einer Schuld, Aussagebereitschaft, möglicherweise sogar Läuterung (siehe weiter unten FAZ-Kritik) ist der Ansicht von Less über Eichmann diametral entgegengesetzt. Nicht nur das Verhältnis Eichmann — Less ist bei Kipphardt zugunsten Eichmanns verschoben, Kipphardt hat Less und Ofer auch einen seltsam nachlässigen Sprachgebrauch untergeschoben: In Szene 18 wird Eichmann ein Film aus den KZs vorgeführt. *„Ofer: Es sind nicht nur Judensachen, es sind auch Zigeunersachen dabei.*
Eichmann: Zigeunersachen?
Less: Was war eigentlich der Grund, daß man auch die ganzen Zigeuner vernichtet hat?" (S. 107). Achtlosigkeit? Es ging nicht um Dinge, um „Sachen" der Juden und Zigeuner, es ging um ihr Leben. „Die ganzen Zigeuner" klingt nach halben Hähnchen und Viertelpfündern ... In Avner Less' Nachwort zum Eichmannprotokoll findet sich als Bemerkung: *„Er (d.i. Eichmann!) sprach ein grausiges Deutsch"*.

Fortsetzung nächste Seite

Der spezielle Eichmann

Die Dimension und damit auch die Konsequenzen der nationalsozialistischen „Endlösung der Judenfrage" scheinen Kipphardt bei Abfassung des Stückes nicht klar gewesen zu sein. Dazu Hannah Arendt in ihrer Abhandlung über die „Banalität des Bösen — Eichmann in Jerusalem": *„Erst als das Naziregime erklärte, das deutsche Volk dulde nicht nur keine Juden in Deutschland, sondern gedächte, das jüdische Volk überhaupt vom Erdboden verschwinden zu lassen, trat das neue Verbrechen hervor, das Verbrechen an der Menschheit im eigentlichen Sinn. (...) Die Vertreibung verletzt die Gebietshoheit der Nachbarstaaten, während der Völkermord einen Angriff auf die menschliche Mannigfaltigkeit als solche darstellt"* (H.A., Eichmann in Jerusalem, Reinbek 1978, S. 318). Und ähnlich schätzt auch der jüdische Psychologe Bettelheim in seinem Buch „Erziehung zum Überleben" die „Endlösung" ein: *„Denn die Juden befanden sich ebenfalls in dem irrigen Glauben, der Nazismus sei lediglich die allerschlimmste Welle die bislang erlittenen Antisemitismus. Daher reagierten sie mit Methoden, die ihnen auch in der Vergangenheit geholfen hatten zu überleben."* Im deutschen Faschismus führten diese Reaktionen zur Vernichtung. An dieser speziellen und besonderen, verwaltungsmäßig geplanten und systematisch durchgeführten Vernichtung der Juden mitschuldig zu sein, sie wesentlich ermöglicht zu haben, unterscheidet den speziellen Adolf Eichmann von allen Analogiefiguren aus der Nachkriegszeit, die Kipphardt auftreten läßt. Kipphardt zielt also nicht auf den speziellen Eichmann ab; das Umfeld seiner Taten, sein Funktionieren und dessen Zusammenhang mit der „Endlösung" wird dafür viel zu ungenau untersucht. Die Verhörprotokolle sind eben Theatertext, nicht mit Zusatzmaterial aus der Zeit des deutschen Faschismus erweitert und ergänzt. Für ein Stück über den speziellen Eichmann wäre auch die Darstellung des Prozesses und vor allem die Beschreibung von Eichmanns Leben in Argentinien unverzichtbar gewesen. Dort nämlich pflegte der Obersturmbannführer a.D. regen Kontakt mit anderen Nazis allerschlimmster Sorte: der KZ-Arzt Josef Mengele war darunter, der als Richard Bauer getarnte Martin Bormann, häufige Besucher waren Stuka-Flieger Rudel, der Regisseur Prof. Ritter, Schlagerkomponist Peter
der als Richard Bauer getarnte Martin Bormann, häufige Besucher waren Stuka-Flieger Rudel, der Regisseur Prof. Ritter, Schlagerkomponist Peter
Kreuder. Ein gesellschaftliches Ereignis dieser Nazi-Enklave in Argentinien war beispielsweise die Wahl einer Schönheitskönigin „Miß Nazi"... Eichmanns Haus in San Fernando wurde zum Jahrestag seiner Hinrichtung mit einer überdimensionalen Hakenkreuzfahne geschmückt. Das läßt Kipphardts Sicht auf einen Eichmann, der sich geläutert haben könnte, recht fragwürdig erscheinen. „Bruder Eichmann" ist aber auch kein Drama über Vietnam oder imperialistische Politik des Staates Israel: alle in diese Richtung zielenden Analogien sind letztenendes zu oberflächlich konstruiert und angesetzt. Es bleibt als Ergebnis immer nur, daß es bestimmte menschliche Merkmale gibt (Ordnungsliebe, Autoritätsgläubigkeit ...), die Eichmann aufweist und eben auch Sharon und der US-Pilot, der die Atombombe auf Nagasaki abgeworfen hat undundund ...

Nicht einmal die dritte Möglichkeit, Eichmann als unseren Bruder darzustellen, ist Kipphardt gelungen. Dieser Stück-Eichmann regt nicht zur kritischen Familienbeschau an, er ist immer jemand anderes Bruder. Ein Schimpfwort „Du Eichmann-Bruder" kann daraus werden, aber welchen Sinn sollte das haben? Da ist ein wichtiger Ansatz vertan worden, denn die Normalität Eichmanns ist tatsächlich furchtbar. Was bedeutet es denn, wenn ihm zwei als Gutachter bestellte Psychiater in Jerusalem bescheinigen, *„seine Einstellung zu Frau und Kindern ... sei nicht nur normal, sondern höchst vorbildlich"*, und er sei ein *„Mann mit positiven Ideen"* (H.A., aao., S. 53)?

Das hätten Ansätze für die Identifikation eines Bruders sein können...

Die Inszenierung in Darmstadt

Im Gegensatz zu München, wo nach allen mir zugegangenen Berichten der „Bruder Eichmann" als Melodram gespielt wird, hat der Regisseur der Darmstädter Inszenierung, Jens Pesel, versucht, die schlimmsten Mißgriffe Kipphardts zu streichen und aus „Bruder Eichmann" ein Anklagestück zu machen. Das entscheidende Handicap dabei war vorherzusehen: Eichmann hat kein Gegenüber, er ist die allein tragende Figur des Stückes und ... er wird am Ende hingerichtet. Die minutiöse Darstellung seines Lebensendes wirkt natürlich mitleidheischend und sichert ihm ein ziemliches Maß an Zuschauersympathie. Bei den Analogszenen hat Pesel alle, die in Zusammenhang mit Israel stehen, weggestrichen; alle Vertraulichkeiten zwischen Eichmann und Less wurden ausgeräumt und auch die Schlußansprache des Priesters Hull, in der dieser Eichmanns Verbrennung in Zusammenhang mit den KZ-Krematorien bringt, weggelassen. Eichmann wurde, und das stellt sich im Verlauf des Abends als Schwäche heraus, von Georg Martin übertrieben naturalistisch gespielt: so entstand das (unvollständige) Portrait eines neurotischen Zwangscharakters, das — selbst wenn es dem tatsächlichen Eichmann entsprochen hätte — doch keine Aufführung rechtfertigen würde. Ein Bruder war dort nicht zu entdecken, im Gegenteil: die These von den irrwitzigen Nazis wurde so unterstützt. Wie im Zoo: schaut mal, so sind die...

Eindrücklich war eine Analogieszene, in der ein schmieriger Conferencier vor farbig-glitzerndem Vorhang Türkenwitze an den Mann brachte, aufdringlich, ekelerregend: *„Was ist der Unterschied zwischen einer weißen Linie und einem Türken? Die weiße Linie darf nicht überfahren werden..."* Eingeblendetes Gelächter und dann ein Schluß„witz" ins Publikum (der allerdings im Kipphardttext nicht enthalten ist): *„Was ist der Unterschied zwischen Juden und Türken? Die Juden habens hinter sich. Tschühüß!"* Hier stimmte der Zusammenhang am ehesten. Im zweiten Teil halfen aber alle Bemühungen der Darmstädter nichts: Eichmann in der Todeszelle war eine tief bedauerte Figur. Das (im Sinn des Wortes) Allerletzte war der Schlußapplaus. Bei den Tutti (als alle Schauspieler sich verbeugten) moderates Klatschen, als dann der Darsteller des Eichmann allein auf die Bühne lief: tosender Beifall, „Bravo"-Rufe (und das sicher nicht wegen der eher mäßigen Schauspielerleistung'!). Eichmann in der BRD 1983 — ein Bühnenheld!

Die Pressereaktionen

„... der Versuch, das Irrationalste, Grausigste am deutschen Faschismus zu verstehen..." („konkret", 2/83). Nein, gemeint ist nicht der geplante und bürokratisch durchgeführte Verwaltungsmassenmord, sondern der *„Handwerkerstolz"* (konkret) Eichmanns, seine *„Eichmann-Haltung .. die nicht nur zu Auschwitz führte, son-*
„Handwerkerstolz" (konkret) Eichmanns, seine *„Eichmann-Haltung .. die nicht nur zu Auschwitz führte, son-*
dern auch zu Hiroshima, My-Lai, die in das Inferno des Atomkrieges führen könnte" (konkret) — von Juden in der ein-seitigen Stückbesprechung kein Wort, dafür aber die Feststellung: *„Weil das Ungeheuerliche, das es zu untersuchen gilt, in dem Untersucher selbst entdeckt wird, (wird) die Untersuchung bei Kipphardt immer zugleich Selbstuntersuchung, Erkenntnis zur Selbsterfahrung"*. Bezogen wird das auf den Verhöroffizier Avner Less... Sein Bruder „Eichmann"?

Die FAZ ist da anderer Meinung: *„Kein Zweifel, daß sich der Gefangene Eichmann vom Täter Eichmann unterscheidet: (...) er hat auch einiges gelernt"* (FAZ, 24.1.83). Schlecht ist das Stück nach Georg Hensels Meinung aus einem ganz anderen Grund: *„Bei den Sowjetrussen kann der Neurologe Kipphardt seinen „Bruder Eichmann' nicht ermitteln, nicht im Archipel GULAG und nicht in Afghanistan"* (FAZ). Und wenige Sätze vorher zur Endlösung: *„Über Leben und Tod entschied keine Schuld, nur die Zugehörigkeit zu einer Rasse* (?! — bei der FAZ ohne Anführungszeichen — Anm. AK). *Das ist allenfalls zu vergleichen mit den Massenliquidationen während der bolschewistischen Revolution: sie wurden allein mit Zugehörigkeit zu einer Klasse begründet"* (FAZ). „Bruder Eichmann" — ein Schüler Lenins?? Die ZEIT der Gräfin Dönhoff rettet Deutschlands Ehre besonders deutlich: ***„Bruder Eichmann, Bruder Sharon"*** (fettgedruckte Überschrift), *„Denn Eichmann könnte jeder (gewesen) sein: Die Eichmanns gibt es überall (und nicht nur in Deutschland)!"* Das mußte einfach mal gesagt werden...

Aber es gab auch eine andere Stimme. *„Kein Bruder Eichmann"* ist die Titelgeschichte von „Theater heute 3/83", und Peter von Becker spart nicht mit Deutlichkeiten: *„Zu sprechen ist von einer schier skandalösen Aufführung* (in München — Anm. AK) *und einem fatalen Theaterstück. (...) Eichmann, so muß man's deuten, sei auch ein Jedermann, weil in den meisten Menschen eher ein Mitläufer steckt (...) Diese Einsicht aber (...) ist banal. Und sie wirkt am konkreten Gegenstand des Stückes undifferenziert und gänzlich ahistorisch"* (Th.h. S. 1 bis 3).

Fassanbass

Zur Geschichte des Antisemitismus

Teil 3

Im Zeitalter der Reformation



Pogrom im Frankfurter Judenviertel 1614

Pogrom im Frankfurter Judenviertel 1614

Zu Beginn des 16. Jahrhunderts häufen sich die Judenausweisungen aus einzelnen deutschen Territorien und Städten. Zwischen 1492 und 1519 werden die Juden aus Mecklenburg, Brandenburg, Württemberg, Kärnten, der Steiermark und Salzburg ausgewiesen, ebenso aus den Städten Magdeburg, Halle, Nürnberg, Kolmar, Oberehnheim, Regensburg, Rothenburg ob der Tauber. Aus fast allen größeren Städten Deutschlands sind die Juden zu Beginn des 16. Jahrhunderts verschwunden. Nur in Frankfurt am Main, in Worms und in Prag existiert noch ein größeres Ghetto. Straßburg und Augsburg gestatten den Juden, sich tagsüber in der Stadt aufzuhalten. *„Abends gegen 6 Uhr, wird vom Turm des Straßburger Münsters das Judenhorn geblasen, das die Juden zum Verlassen der Stadt auffordert"* („Die Juden als Minderheit in der Geschichte", Hrg. Bernd Martin u. Ernst Schulin, dtv 81, S. 112). Seit 1348 („Schwarzer Tod") ziehen ständig Juden über Prag und Krakau, oder Kalisch und Posen, nach Polen. Andere wanderten nach Italien aus oder noch weiter bis in die Türkei, wo der Sultan Juden aus aller Welt herbeirief. In dieser Zeit, in der sich Ansätze des Frühkapitalismus in Deutschland herausbildeten, gehörte die breite Mehrheit der Juden in Deutschland sozusagen einem „Kleinbürgertum" an, das mehr oder weniger am Rande des Existenzminimums lebte.

Vom offenen Handel und dem Zunftwerk waren sie ausgeschlossen, ebenso wurde ihnen der Erwerb von Grundbesitz, der Ackerbau ermöglicht hätte, verwehrt. Die große Mehrheit lebte von nicht zünftisch gebundenem Warenhandel, von Vieh- und Getreidehandel und den Produkten des Dorfhandwerks, vom Trödel mit Gebrauchtwaren, vom Geldhandel und der Pfandleihe. Ihre häufigsten Geschäftspartner waren die kleinen Bauern und Handwerker. Waren sie dabei auch nicht die Einzigen, die Zinsen für geliehenes Kapital verlangten, so war doch der Judenhaß zu Beginn des 16. Jahrhunderts nicht nur religiös, sondern auch wirtschaftlich begründet. Dies läßt sich an den Forderungen der Bundschuhbewegung und der deutschen Bauernkriege nachweisen. Die ersten Forderungen der Bundschuhbewegung lauteten: *„Verbot des Zinsnehmens — Vertreibung der Juden und Aufhebung des bischöflichen Offizialates"* (ebda. S.114). Bis zum Ende des 18. Jahrhunderts wurde den Juden weiterhin Bodenerwerb und Eintritt in die Zünfte verwehrt. Gleichzeitig wurden sie stets gezwungen, jedes Recht käuflich zu erwerben, ob Aufenthaltsrecht oder Berufsausübung und ähnliches mehr. Immer wieder ausgewiesen, verdankten die Juden ihr Überleben der Vielgliedrigkeit des Reiches, den verworrenen Herrschaftsverhältnissen und der Konkurrenz der Fürsten und Städte untereinander. Wurden sie aus der einen Stadt verwiesen, wurden sie in einer anderen wieder aufgenommen, wobei sie stets der Willkür von Kaiser, Fürsten und Städten unterworfen blieben. (Siehe hierzu auch die beiden bisher erschienenen Teile dieser Serie, Teil I **„Von der Antike bis zu den Kreuzzügen"**, AK 231, Teil II **„Die Juden im Mittelalter"**, AK 232).

Luther und die Juden

Luthers Stellung zu den Juden ist nicht stets die gleiche gewesen. Die frühesten Äußerungen Luthers zur Judenfrage finden sich in einem Brief an Spalatin (1514); seine letzte Predigt (1546), kurz vor seinem Tode, schloß mit einer Warnung der Christen vor den Juden.

Luthers erste Stellungnahme zur Judenfrage (1514) bezog sich auf den Streit zwischen dem Dominikaner Johannes Pfefferkorn und dem Humanisten Johannes Reuchlin. Der zum Christentum „bekehrte" ehem. Jude Pfefferkorn veröffentlichte in den Jahren 1507 - 1509 im Auftrag des Kölner Ordens eine Reihe von Schmähschriften: Der Talmud enthalte Beleidigungen Christi und der Jungfrau Maria; die Juden seien „Bluthunde", die sich vom Schweiße der Christen-Arbeit nährten; ihnen sollten die Kinder weggenommen werden, um sie zu taufen. Das Volk solle gegen sie aufstehen und die Fürsten sollten sie verjagen. Schließlich erhielt Pfefferkorn von Kaiser Maximilian das Recht, die Bücher der Juden zu beschlagnahmen und zu vernichten. Der Humanist und Hebraist Reuchlin wandte sich dagegen, wie dann die meisten deutschen Humanisten, u.a. Ulrich von Hutten. Luther stellte sich in dieser Auseinandersetzung auf die Seite Reuchlins, sprach sich also gegen die Bücherverbrennung aus. Seine damalige Begründung war jedoch relativ „unhumanistisch": Die Bekämpfung der Juden sei sinnlos, sie seien ein hoffnungsloser Fall, man könne sie nicht bekehren.

Die Kölner Inquisitoren sollten sich besser um sündhafte Christen bemühen, da bestünde immerhin noch eine Chance. Ausführlich beschäftigte sich Luther mit dem Judenproblem in der ersten großen Psalmenvorlesung von 1513/1516 („Dictata super Psalterium") und der Römerbriefvorlesung von 1516/1517. Seine Hauptthesen: Die Juden seien von Gott verworfen und litten unter seinem Zorn, weil sie seinen Sohn gekreuzigt hätten. Beweise dieses göttlichen Zorns: die Zerstörung des Tempels, die Zerstreuung der Juden, ihr vergebliches Warten auf einen Messias. Das Strafgericht habe sie aber nicht gebessert, sondern nur noch weiter verstockt. Dieser bekannten mittelalterlichen Argumentation fügte Luther allerdings ein neues Element hinzu: Die Juden seien kein einmaliger Fall in der Weltgeschichte, vielmehr stünden sie auf einer Stufe mit den Häretikern und den Scheinchristen. Diese drei Gruppen hätten eine Gemeinsamkeit: Alle drei wollen ihr Heil aus eigener Kraft herbeizwingen und ihre eigene Gerechtigkeit durch das Befolgen des Gesetzes aufrichten; sie alle erkennen sich nicht als Sünder, sie verschmähen die ihnen von Gott in Christus angebotene Gerechtigkeit. Der Unterschied zwischen den Juden und den beiden anderen Gruppen bestünde lediglich in der Intensität: die Juden verkörperten den Unglauben und die Selbstgerechtigkeit des Menschen in einer besonders extremen Form.

Ob damit Luther den Judenhaß anstacheln wollte, ist fraglich; vielmehr wollte er anscheinend zeigen, daß die sogenannten „Scheinchristen" nicht besser als die Juden seien. Das gleiche Motiv findet man in der Römerbriefvorlesung: dort wendet sich Luther gegen die christliche Selbstgefälligkeit, die den Splitter im Auge des anderen sieht, aber nicht den Balken im eige-

Fortsetzung nächste Seite

nen. Unter Berufung auf die alte Kirche fordert Luther in beiden Dokumenten das Recht der freien Religionsausübung für Juden — freilich nur, bis sie die Nutzlosigkeit ihrer Zeremonien selber begreifen würden. Eine Zeit lang vertritt Luther sogar ausgesprochen judenfreundliche Ideen, so in seinem Traktat „Daß Jesus Christi ein geborner Jude sei" (1523). Dort verurteilt er den Judenhaß mit kräftigen Worten, wie sie seit Jahrhunderten kaum einer für die Juden gesprochen hatte. „*Unsere Narren, die Päpste, Bischöfe, Sophisten und Mönche haben bisher also mit den Juden verfahren, daß, wer ein guter Christ wär gewesen, hätte wohl mögen ein Jude werden. Und wenn ich ein Jude gewesen wäre und hätte solche Tölpel und Knebel den Christenglauben regieren und lehren sehen, so wäre ich eher eine Sau geworden als ein Christ. Denn sie haben mit den Juden gehandelt, als wären es Hunde und nicht Menschen. Und wenn wir gleich hoch uns rühmen, so sind wir dennoch Heiden und die Juden von dem Geblüt Christi, wir sind Schwäger und Fremdlinge, sie sind Blutsfreunde, Vettern und Brüder unseres Herrn*" (nach Ismar Elbogen/Eleonore Sterling, „Die Geschichte der Juden in Deutschland", EVA 1966, S. 90).

Dieses Traktat wurde weit verbreitet; noch im Jahre 1523 kam es zu neun Auflagen. Die Juden knüpften entsprechend große Hoffnungen an Luthers Lehre. Die Marranen (zwangsbekehrte spanische und portugiesische Juden) in Antwerpen schickten die Schrift an die von der „Heiligen" Inquisition bedrohten Glaubensbrüder und Schwestern in Spanien, „*damit sie mögen Trost und Hoffnung daraus schöpfen*" (ebda., s.o., S. 91).

Nach 1523 entstanden in Deutschland viele kleine Sekten. Zwischen 1523 und 1526 fegten zahlreiche Bilderstürme durch Norddeutschland, Livland und die Schweiz. Zu deren Rechtfertigung diente die Berufung auf das mosaische Gesetz, das die Bilder verbot. Fast der gesamte sogenannte „linke" Flügel der Reformation lehnte Luthers Rechtfertigungslehre ab. Sie hielten an der Überzeugung fest, daß der Mensch einen freien Willen besitzt und daß gute Werke unabtrennbar Teil eines heilbringenden echten Glaubens sind („Die Juden als Minderheit in der Geschichte", s.o., S. 120). Die Antitrinitarier (Gegner der christlichen Trinitätslehre) rechtfertigten tendenziell den Monotheismus der jüdischen Lehre. In Schlesien begann eine Täufergruppe den jüdischen Sabbath einzuhalten statt des christlichen Sonntags. In seinem „Brief wider die Sabbather und einen guten Freund" (1538) polemisierte Luther gegen das jüdische Gesetz. Genauso wie dieses erste anti-jüdische Traktat sind wohl auch die drei letzten anti-jüdischen Pamphlete Luthers „Von den Juden und ihren Lügen", „Vom Schem Hamphoras und vom Geschlecht Christi", „Von den letzten Worten Davids" (sämtlich 1543) durch die Missionserfolge der Juden bei den Täufern in Mähren ausgelöst worden. In der weithin bekannt gewordenen Schrift „Von den Juden und ihren Lügen" gibt Luther zunächst den Rat, mit Juden nie in eine Diskussion einzutreten. Im ersten Teil der Schrift werden alle Ruhmestitel der Juden widerlegt (Abkunft von Abraham; Beschneidung, mosaische Gesetzgebung, Besitz des Landes Kanaan). Im zweiten Teil trägt Luther seine Vorschläge zur Behandlung der Juden vor: Man sollte ihre Synagogen verbrennen, ihre Bücher beschlagnahmen, man sollte sie zur Zwangsarbeit verurteilen bzw. sie aus den Ländern austreiben.

Nach allerlei schauerlichen Geschichten über die Juden („der leibhaftige Teufel") unterbreitet Luther insgesamt sieben Vorschläge an die Obrigkeiten: „*Erstlich, das man jre Synagoga oder Schule mit feur anstecke und, was nicht verbrennen will, mit erden überheufe und beschütte, das kein Mensch ein stein oder schlacke davon sehe ewiglich. Und solches sol man thun, unserem Herrn und der Christenheit zu ehren damit Gott sehe, das wir Christen seien. Zum anderen, das man auch jre Heuser des gleichen zerbreche und zerstöre. Denn sie treiben eben dasselbige drinnen, das sie in jren Schulen treiben. Dafür mag man sie etwa unter ein Dach oder Stall thun, wie die Zigeuner, auff das sie wissen, sie seien nicht Herren in unserem Lande. Zum dritten, das man jnen nehme all jre Bettbüchlein und Thamudisten, darin solche Abgötterey, lügen, fluch und lesterung geleret wird ... Zum vierten, das man den Jüden das Geleid und Straße ganz und gar auffhebe ... Zum sechsten, das man jnen den Wucher verbiete und neme jnen alle barschafft und kleinot an Silber und Gold, und lege es beiseit zu verwarren ... Zum siebenden, das man den jungen, stracken Jüden und Jüdin in die Hand gebe flegel, axt, karst, spaten, rocken, spindel und lasse sie jr brot verdienen im schweiss der nasen ...*" (nach „Die Juden als Minderheit in der Geschichte", S. 125). Am besten für alle sei es, bei „*gemeiner Klugheit der anderen Nationen*" zu bleiben und sie für immer aus dem Lande zu jagen. „*Denn wie gehört, Gottes Zorn ist groß über sie, daß sie durch sanfte Barmherzigkeit nur ärger und ärger, durch Schärfe aber weniger besser werden. Drum immer weg mit ihnen*" (nach „Die Geschichte der Juden in Deutschland", Ismar Elbogen, Eleonore Sterling, EVA '66, S. 94).

Die meisten deutschen und schweizerischen Reformatoren votierten in der Judenfrage ähnlich wie Luther, abgesehen von den oben erwähnten judenfreundlicheren Tönen beim sog. „linken Flügel" der Reformation, so zum Beispiel der Täuferführer Melchior Hoffmann. Ebenso gab es im Lager des evangelischen Rationalismus vereinzelt judenfreundliche Stimmen. Der Gegner Calvins, Sebastian Castellio, lehnte die Judenverfolgung ab. Alles in allem hatten Luthers antijüdische Pamphlete keine unmittelbare Auswirkung. Trotz Luthers Vernichtungsplänen lebten im 16. und 17. Jahrhundert weiterhin Juden in vielen deutschen Städten und Fürstentümern; in Norddeutschland entstanden große neue jüdische Gemeinden. Die Juden bestätigen sich bald im Großhandel, im Juwelen- und Edelsteinhandel und schließlich stiegen einige von ihnen zu „Hofjuden" auf.

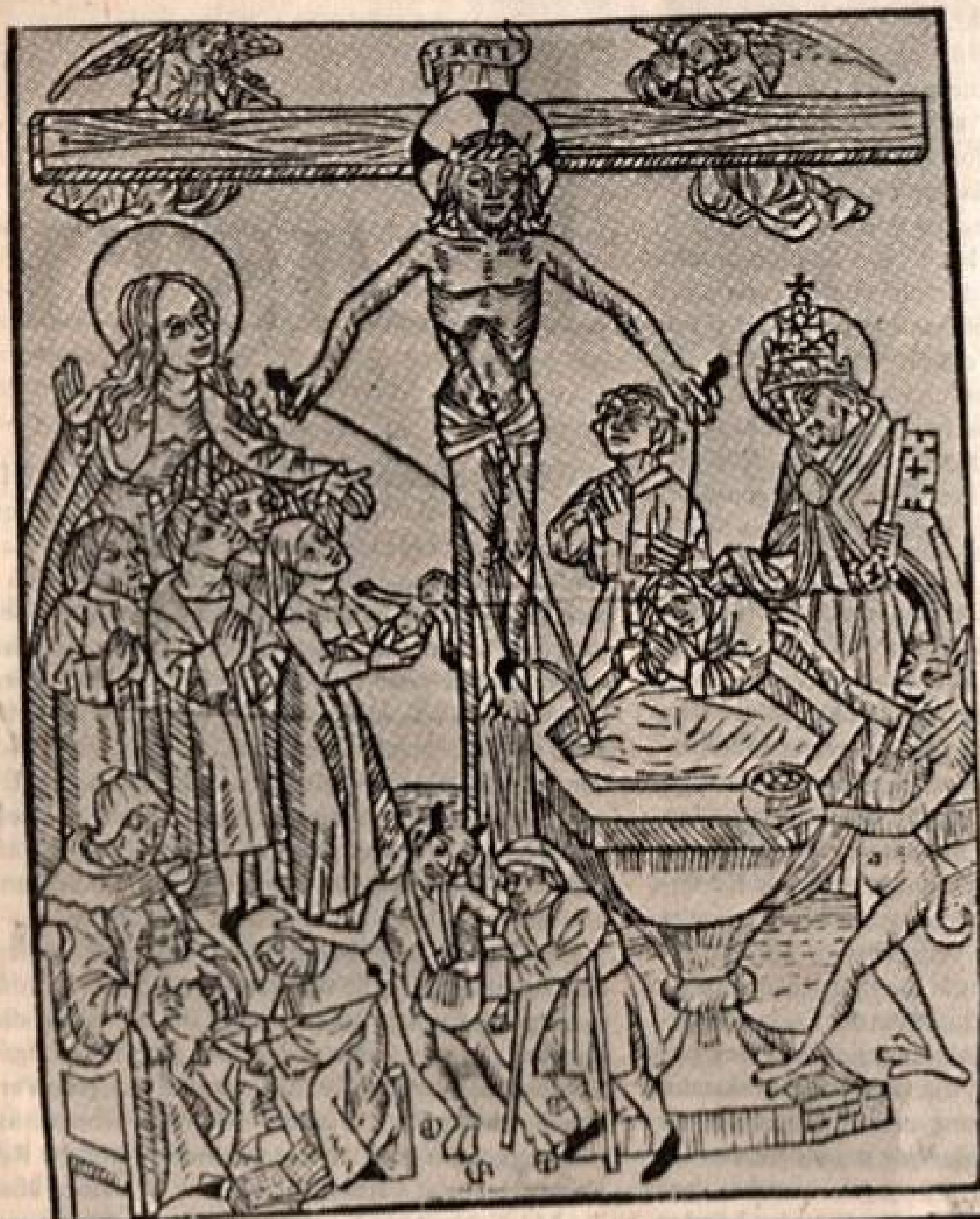


Aus einer polemischen Flugschrift zum Streit zwischen Pfefferkorn, der alle jüdischen Bücher verbrennen lassen will, und seinem Gegner, dem Humanisten und Hebraisten Reuchlin. Gezeigt wird, wie Pfefferkorn (links) dem doppelzüngig dargestellten Reuchlin den Stuhl wegtritt.

Jüdische Führung in Deutschland

Schtadlan („Fürsprech") und sogenannter „*Befehlshaber der Judenschaft im Heiligen Römischen Reich deutscher Nation*" war damals Rabbi Josef von Rosheim im Elsaß (1478 -1554). Diesen Titel verdankte Josef (oder Josel) seinem tapferen Eintreten für die jüdischen Gemeinden und seinem hohen Ansehen bei Bauern und Bürgern, bei städtischen Räten, Fürstenhöfen und in der kaiserlichen Kanzlei. Josel von Rosheim trat aus eigener Verantwortung als Fürsprecher und Bittsteller, als Ankläger oder Verteidiger während der Reichstage auf. Er verhandelte mit Maximilian, Karl V. und Ferdinand, mit Bischöfen und Städten. 40 Jahre lang durchwanderte er immer wieder das gesamte Territorium des Reichs, um Ritualmordprozesse niederzuschlagen und Juden vor der Folter zu bewahren. Im humanistischen Geiste glaubte Josel von Rosheim an ein gleiches Recht aller Menschen auf Erden. Sein Entwurf einer „ehrbaren Ordnung und Satzung" für die Judenschaft (1530) schloß mit der Bitte an sämtliche Stände des Reiches, die Juden nicht zu vertreiben, „*dan wir auch menschen, von Gott den almechtigen auf der erden ze wonen geschaffen, bei euch und mit euch ze wonen und handeln*", und in seinen Eingaben an die königlichen Kommissare standen Sätze, die das göttliche Recht beschworen: „*Das Erdreich ist frei und von Gott, unser aller Schöpfer, den Menschen zum Trost und zur Nutznießung übergeben*" (zitiert nach Ismar Elbogen, Eleonore Sterling, „Die Geschichte der Juden in Deutschland", EVA '66, S. 98).

Er erkannte auch die unheilvolle



Pefferkorns Schrift „Der Joedenspiel", 1508, verlangt Beschlagnahme jüdischer Bücher und fordert zur Judenvertreibung auf. Das Titelblatt verspottet Zeremonien des jüdischen Kults. Christi Blut fließt in ein Taufbecken, während vom Teufel geleitete Juden ihre Kinder beschneiden

schichte der Juden in Deutschland", EVA '66, S. 98).

Er erkannte auch die unheilvolle Wechselwirkung von Wucher, Erpressung und Verfolgung — das „Joch" des Zinsgeschäftes. „*So man uns dasselbig schwere Joche abtät, wollten wir leichter von solchen lassen, dann etliche Völker, die kein Spruch oder Fug haben zu wuchern*" (aus seiner „Trostschrift an seine Brüder wider Büceri Büchlein"; zit. nach „Geschichte der Juden in Deutschland", S. 98).

1530 gelang es ihm, Kaiser Karl V. von der Unsinnigkeit des Spionageverdachts gegen Juden im letzten Türkenkrieg zu überzeugen. Gegen Luthers „Von den Juden und ihre Lügen" verfaßte Josel eine Verteidigungsschrift an den Straßburger Magistrat und erreichte auch ein Verbot. Nach seinem Tode ließ zunächst die Aktivität der jüdischen Führung in Deutschland wieder nach. Anfang des 17. Jahrhunderts wurde nach dem Vorbild der Landtage versucht, in Deutschland eine zentrale Verwaltung ins Leben zu rufen. 1603 trat in Frankfurt/M. ein Rat von Delegierten und Weisen fast aller jüdischen Gemeinden zusammen. Diese Rabbiner-Versammlung beschloß eine Absichtserklärung zur landesweiten Einigung der deutschen Juden, die Einführung einer speziellen Steuerkasse, die Überwachung von Handelsgeschäften und Wirtschaftsmoral, schließlich Prüfungsbestimmungen für das Rabbinat-Diplom (siehe hierzu Ben-Sasson, „Geschichte des jüdischen Volkes", Band II, S. 369-371).

Die Juden im Territorialstaat

Mitte des 16. Jahrhunderts wurden die Juden aus Bayern, aus der Oberpfalz, aus dem Bistum Bamberg und vielen anderen Orten (siehe weiter oben) ausgewiesen. An anderen Orten wie in der Pfalz oder Sachsen war ihre Existenz bedroht. Zu einer vollständigen Vertreibung, wie sie damals in England, Spanien oder Frankreich stattfand, kam es aber in Deutschland nicht. Dafür spielten die Zersplitterung des Reiches und die vielfältigen Interessen eine zu große Rolle. So konnten beispielsweise die Juden aus Regensburg sich unter dem Schutz des Herzoges von Bayern jenseits der Donaubrücke wieder niederlassen. Nach der Vertreibung aus den Bischofsstädten duldeten die Bischöfe sie vielfach doch im Bereich ihrer Bistümer. Sie saßen meistens in der Nähe der Städte und erheilten Erlaubnis, sich dort befristet zur Erledigung ihrer Geschäfte aufzuhalten.

In Frankfurt waren seit dem Scharzen Tod ab 1360 wieder Juden aufgenommen worden auf der Grundlage eines Vertrags, der ihre Rechte und Pflichten, insbesondere aber auch ihre Abgaben genauestens regelte. Dieser Vertrag, die „Stättigkeit", wurde zu Beginn mit jedem einzelnen Juden auf sehr kurze Frist, später wenigstens auf drei Jahre geschlossen. Ab 1424 wurde der Vertrag nicht mehr mit dem einzelnen sogenannten „Familienvorstand", sondern mit der Gesamtheit (damals eta 20 Familien) vereinbart.

Die Verbote wurden mit der Zeit immer zahlreicher; eine Kleiderordnung wurde auf Drängen des Erzbischofs von Mainz eingeführt (die Män-immer zahlreicher; eine Kleiderordnung wurde auf Drängen des Erzbischofs von Mainz eingeführt (die Män-ner sollten einen grauen Kreis, die Frauen graue Streifen an ihren Kleidern tragen). 1460, auf Drängen des Kaisers und der Kirche, wurden die Juden aus ihren bisherigen Wohnstätten in ein besonderes Judenquartier eingesperrt. Dieses „Neu-Ägypten" (Volksmund) war durch drei Tore von der übrigen Stadt abgeschnitten. Das Judenquartier führte eine völlige Trennung der Bevölkerung herbei: Kein Christ durfte in ihm, kein Jude außerhalb seiner Mauern leben. Es wurde verboten, daß mehr als zwei Juden nebeneinander gingen, zeitweise wurde ihnen der Zutritt überhaupt zur übrigen Stadt verwehrt. Die einzige Straße des Judenviertels wurde schnell immer knapper: den 100 Juden, die man um 1500 in 14 Häusern dort zählte, bot das Ghetto anfangs noch genügend Platz. Im Laufe des 16. Jahrhunderts wuchs die jüdische Bevölkerung aber zusehends: 1610 lebten dort schätzungsweise 3.000 Menschen. In Frankfurt klagten die Zünfte über Mißwirtschaft, Geldabwertung und Arbeitslosigkeit. Sie forderten bei der Kaiserwahl 1612 unter anderem die Beschränkung der Judenzahl in Frankfurt sowie die Herabsetzung des ihnen erlaubten Zinsfußes. Die Unzufriedenheit unter den Handwerkern wurde immer größer; schließlich brach im August 1614 der sogenannte Fettmilch-Aufstand aus, genannt nach seinem Anführer, dem Lebkuchenbäcker Vinzenz Fettmilch. Sie plünderten die Judengasse, erschlugen alle, die sich verteidigen wollten, und trieben die Überlebenden aus der Stadt. Fettmilchs Triumph dauerte aber nicht lange: der Kaiser ließ den Rädelsführer hinrichten, die Stadt wurde zum Schadensersatz verurteilt, die Juden 1616 in einem feierlichen Aufzug und unter kaiserlichem Geleit in die Stadt zurückgebracht. Eine wichtige Neuerung war, daß der Kaiser den Juden das Frankfurter Wohnrecht für alle Zeiten verbürgte — wobei er allerdings gleichzeitig die zulässige Bewohnerzahl auf nur 50 Familien festsetzte.

Ähnliche Ereignisse spielten sich zu dieser Zeit in Worms ab.

Luther und das III. Reich

Die anti-jüdischen Ideen Luthers wurden im späten 19. Jahrhundert zu neuem Leben erweckt durch Theodor Fritsch, der in seinem „Antisemitismus-Katechismus" (1. Auflage 1887, 30. (!) Auflage 1931 unter dem Titel „Handbuch der Judenfrage") Luther als Gewährsmann für seine antisemitischen Forderungen anführte. Im verstärkten Maße wurde Luthers Polemik gegen die Juden nach dem 1. Weltkrieg von der „völkischen Bewegung" aufgegriffen, von Mathilde Ludendorff und dem „Tannenberg-Bund", von dem NS-Gauleiter in Thüringen, Artur Dinter, und von der Deutschen Glaubensbewegung.

Auch die nationalsozialistischen Kampfblätter „Der Stürmer" und „Völkischer Beobachter" wiesen mehrfach auf Luthers Judenfeindschaft hin. Deutsche Christen beriefen sich auf Luther, um evangelische Pfarrer jüdischer Abstammung zu suspendieren oder um 1938 die sog. „Reichs-sich auf Luther, um evangelische Pfarrer jüdischer Abstammung zu suspendieren oder um 1938 die sog. „Reichs-kristallnacht" zu rechtfertigen. Der Landesbischof von Thüringen, Martin Sasse, verfaßte nach dem 9. November 1938 die Schrift „Martin Luther über die Juden: Weg mit ihnen!", die bis zum Ende des Jahres eine Auflage von 100.000 (!) erreichte. Andererseits spaltete sich die evangelische Kirche Deutschlands im September 1933 an der Frage der Übernahme des sogenannten „Arierparagraphen" in die Kirchenordnungen. Die Weigerung, diese Diskriminierung der Juden mitzutragen, führte zur Entstehung des Pfarrernotbundes — dem „*in seinen besten Zeiten — im Frühjahr 1934 — immerhin mehr als ein Drittel der evangelischen Pastoren angehörte, nämlich 7.000 von 18.000*" („Die Juden als Minderheit in der Geschichte", S. 129 -130). Daraus wuchs später die „Bekennende Kirche".

E. KB-Gruppe Frankfurt

Zdenek Hejzlar

Polnische"Erneuerung" ohne Illusionen

"Politik bedeutet mühsames, langsames Hartholzbohren - mit Leidenschaft und Umsicht zugleich."
Max Weber

"Aufgabe der Politik ist es, mit größtmöglicher Wahrscheinlichkeit vorherzusehen, was unter den gegebenen Umständen die anderen tun werden."
Bismarck

Wir drucken im folgenden einen Artikel aus den „Listy"-Blättern nach, in dem Zdenek Hejzlar eine Bilanz der polnischen Entwicklung zieht. Die „Listy"-Blätter erscheinen als „Zeitschrift der tschechoslovakischen sozialistischen Opposition" in der BRD und stehen personell wie inhaltlich in der Tradition des *Prager Frühlings*. Zdenek Hejzlar hat eine bewegte Vergangenheit: Seit 1945 Mitglied des ZK der KPC, d.h. der tschechoslovakischen Kommunisten; 1952 ausgeschlossen, 1968 rehabilitiert und während des *Prager Frühlings* Parlamentsmitglied und Intendant des Rundfunks.

Der Artikel Hejzlars ist ausgesprochen interessant, nicht nur, weil er von einem Vertreter einer sich sozialistisch verstehenden Strömung der osteuropäischen Opposition kommt, sondern vor allem weil sich Hejzlar um eine nüchterne Einschätzung bemüht, die die Kritik an der Solidarnosc nicht ausspart.

J./Hamburg



Zdenek Hejzlar

Im Sommer 1982 nahm das polnische Militärregime einige Erleichterungen an den Repressivmaßnahmen des "Kriegszustandes" vor, hauptsächlich auf wirtschaftlichem und administrativem Gebiet. In Polen gibt es Menschen, die keine Lakaien des Regimes sind, aber dennoch glauben, daß mit solchen Schritten möglicherweise die Voraussetzungen für einen Ausweg geschaffen werden könnten. Sie glauben, der fortschreitende Niedergang und Zerfall der Wirtschaft - im ersten Halbjahr 1982 ist das Nationaleinkommen um 15, die Industrieproduktion um 10 und der Lebensstandard um 25 bis 40 Prozent gesunken - werde das Regime zwingen, Reformen durchzuführen, die später nicht mehr rückgängig gemacht werden könnten, und die neue Situation in der ökonomischen Sphäre werde allmählich auch die politische Sphäre positiv beeinflussen. Das ist natürlich eine ganz unradikale Vorstellung, und die Zukunft wird zeigen, ob die Hoffnung nicht eitel war.

Von Dezember 1981 bis Juli 1982 wurden aus der polnischen kommunistischen Partei an die 100.000 Mitglieder und Funktionäre ausgeschlossen, und Tausende Grundorganisationen wurden aufgelöst. Auch die Säuberung und Militarisierung aller Apparate ging weiter, und die Unfähigkeit der eingesetzten Offiziere in Angelegenheiten der Produktion, der Kultur und der Verwaltung wurde deutlicher sichtbar. Nicht nur der passive, sondern auch der aktive Widerstand der Bevölkerung gegen das Militärregime war sehr breit. Man schätzt, daß in der ersten Hälfte 1982 im Land an die 1500 verschiedene illegale Zeitungen und Flugblätter in hoher Auflage herausgekommen sind, und besonders im Mai nahmen die Straßendemonstrationen und die örtlichen Streiks ein großes Ausmaß an. Zugleich hat sich gezeigt, daß das Militär- und Polizeiregime über Mittel verfügt, Demonstrationen zu unterdrücken und illegale Tätigkeiten rasch aufzudecken. Auch Ermüdung und Ohnmachtsgefühl gehören daher zum Bild legale Tätigkeiten rasch aufzudecken. Auch Ermüdung und Ohnmachtsgefühl gehören daher zum Bild der polnischen Situation. Die katholische Kirche ermahnte indirekt, aber unzweideutig zur Zurückhaltung. Auch die illegal wirkenden Zentren der "Solidarnosc" boten dem Regime im Austausch für eine Amnestierung der Internierten und Verurteilten eine Art Waffenstillstand an. Die aggressive Haltung des Regimes, die sich Mitte August, nach Jaruzelskis Besuch bei Breschnew auf der Krim, noch verstärkte, vereitelte jedoch die Hoffnung auf die Eröffnung eines Dialogs über einen Ausweg aus der Krise. Der Appell des Sejms im August für eine "nationale Versöhnung" blieb natürlich ohne Widerhall. Er war - als Alibi - vor allem an die Adresse der Regierenden im Westen gerichtet. Darin fehlte faktisch alles, was zumindest eine partielle Garantie dafür dargestellt hätte, daß die angebotene "nationale Versöhnung" nicht auf das alt-neue Modell der als "Transmissionsriemen" der kommunistischen Partei dienenden Frontorganisationen hinauslaufen würde. Aufgrund des Kräfteverhältnisses, das im Dezember 1981 durch den Schlag gegen die unabhängigen Bewegungen und Organisationen entstanden ist, kann ein solches Modell der polnischen Gesellschaft zwar aufgezwungen werden, sie wird es aber nicht akzeptieren. Positive Kompromißvorschläge, wie sie in den beachtenswerten Dokumenten der Gruppe "Erfahrungen und Zukunft" im April, des "Gesellschaftlichen Beirats des polnischen Primas" im Mai und der Beratergruppe der Warschauer "Solidarnosc"-Organisation im Juni gemacht wurden, haben beim Jaruzelski-Regime keine öffentliche Reaktion ausgelöst. Der versteckte Kampf zwischen den "Gemäßigten" und den "Rachsüchtigen" innerhalb der Partei- und Staatsführung, der in den auf dem Juli-Plenum des ZK der PVAP vorgenommenen personellen Veränderungen Ausdruck fand, ist jedoch unentschieden geblieben, und damit auch die endgültige Form der polnischen "Normalisierung". Die plumpe Propaganda gegen "konterrevolutionäre Elemente", die Weigerung, über eine Wiederaufnahme der legalen Tätigkeit der "Solidarnosc" zu verhandeln, die Vorbereitung eines Prozesses gegen Vertreter des KOR, die Gewaltanwendung gegen Unmutsäußerungen der Bevölkerung sowie die Demonstration militärischer und polizeilicher "Stärke und Entschlossenheit" Ende August erinnerten leider an den Sommer und Herbst 1969 in der Tschechoslowakei. Das Polen der achtziger Jahre ist jedoch nicht die Tschechoslowakei der siebziger Jahre, und die Geschichte wiederholt sich nur selten.

Bloße Empörung ist steril

Eine kaltblütige Analyse dessen, was 1980-1981 in Polen geschah, ist immer noch schwierig und schmerzlich. Die Gewalt des Militärregimes überschattet alle anderen Aspekte der Entwicklung und fordert vor allem Protest und Verurteilung heraus. Die Exponenten und Organisationen der "Erneuerungsbewegung" sind jetzt propagandistischen Verleumdungen ausgesetzt, wie sie zum Beispiel das "Rude pravo" unter dem Titel "Wer Polen in den Abgrund getrieben hat" veröffentlichte - als ob nicht sonnenklar wäre, daß Polen von einem unfähigen und korrupten Regime an den Rand des Abgrunds gebracht wurde. Die zu Unrecht Beschuldigten und Verfolgten brauchen vor allem Verteidigung, Hilfe und internationale Solidarität, nicht Kritik ihrer Schwächen, Fehler und Irrtümer. Ohne eine solche Kritik ist jedoch keine Analyse möglich.

Es ist nur natürlich, daß die internierten oder in den Untergrund gedrängten Vertreter der polnischen demokratischen Bewegung sich vor allem auf Diskussionen und Polemiken über die Taktik des Widerstands unter den neuen Bedingungen konzentrieren. Das Kräftemessen, zu dem es Ende August und Anfang September auf den Straßen der polnischen Städte gekommen ist, hat sicherlich neue Elemente in diese Situation eingeführt. Die erwähnten Dokumente vom Frühjahr enthalten nicht nur Forderungen und Vorschläge für unvermeidliche Kompromisse, mit denen das Regime, die "Solidarnosc", die Kirche und die ganze polnische Öffentlichkeit einen Ausweg aus der Krise suchen könnten, sondern auch die erste einheimische Kritik an den Schwächen und Fehlern der "Erneuerung" vor dem 13. Dezember die erste einheimische Kritik an den Schwächen und Fehlern der "Erneuerung" vor dem 13. Dezember 1981. Das Dokument des "Gesellschaftlichen Beirats" der Kirche, das den Standpunkt Erzbischof Glemps ausdrückt, konstatiert in der - im allgemeinen positiv bewerteten - Tätigkeit der "Solidarnosc" einen Mangel an Entschlossenheit bei der Durchsetzung einer Politik der Verständigung statt der Konfrontation und einen Mangel an Sinn für Zusammenarbeit mit dem Ziel, dem wirtschaftlichen Niedergang des Landes Einhalt zu gebieten. Das Dokument der Warschauer "Solidarnosc" kritisiert unter anderem den Mythos von der Überflüssigkeit einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten, den Mythos von den "großen Schlägen" mit der Illusion schneller und leichter Veränderungen und den Mythos von der "Gefährlichkeit jeder Einschaltung in das System". Die unvermeidliche Differenzierung der Ansichten über die Strategie und Taktik, die die Niederlage nicht abwenden konnte, hat schon begonnen.

Die ausländischen Versuche einer Bewertung der polnischen Entwicklung reichen bisher zum größten Teil nur bis zu gesteigerter Empörung über den abermals bewiesenen Widerstand des sowjetkommunistischen Regimes gegen eine demokratische Transformation, über die Unfähigkeit des Regimes, die gesellschaftlichen Widersprüche anders zu "lösen" als durch deren Unterdrückung mit Machtmitteln, und über die Gendarmenrolle der Sowjetunion in den sogenannten "sozialistischen Gemeinschaft" unterjochter Staaten. Die Empörung ist gewiß berechtigt und hat auch Bedeutung für die Aufklärung über den Sowjetkommunismus und die Politik der UdSSR - sofern es darüber noch irgendwelche Illusionen gibt.

Für die Bewertung - und Stimulierung - der realen Emanzipationsmöglichkeiten in den Ländern des Sowjetkommunismus ist eine solche Empörung jedoch recht steril. In der Politik der polnischen Machtelite und in der Einstellung Moskaus zum polnischen Demokratisierungsprozeß hat sich im wesentlichen nichts gezeigt, was den Sowjetkommunismus und die sowjetische Politik im sogenannten "Osteuropa" nicht schon früher gekennzeichnet hätte. Das war und ist das bekannte "Terrain", auf dem die Schlacht geschlagen werden muß, und dem müssen Ziele, Strategie und Taktik sich anpassen. Wiederholte und verstärkte "Anklagen gegen das Terrain" sind nicht sehr nützlich. Das gleiche gilt von überstürzten Schlußfolgerungen und Urteilen.

"Polnische Erneuerung" gegen "Prager Frühling!"

Im "Svedectvi" Nr. 66/1982 schreibt Pavel Tigrid, das Wichtigste an der polnischen Entwicklung sei der neuerliche Beweis der Unmöglichkeit, "nachstalinsche Regime dauerhaft zu reformieren, zu demokratisieren, ja auch nur zu humanisieren". Doch es geht nicht darum - und ist nie darum gegangen -, ob es möglich ist, diese Regime "dauerhaft zu reformieren und zu demokratisieren". Reformen - ebenso wie Umstürze und Revolutionen - sind ja nicht Ziel, sondern Mittel. In den Ländern des sogenannten "realen Sozialismus" geht es seit jeher darum, mit welchen Mitteln unter den gegebenen internationalen, sozialen und machtpolitischen Bedingungen die *Überwindung* der undemokratischen Regime ohne Gewalt und Katastrophen eingeleitet und vorangetrieben werden kann. Da unter diesen Bedingungen nur Romantiker von einem "Sprung ins Reich des Überflusses und der Freiheit" träumen können, bleibt die Orientierung auf Reformen trotz temporärer schmerzlicher Niederlagen die einzig sinnvolle. Was ist eigentlich die Alternative dazu, und wer unterstützt sie? Die Durchsetzung von Reformen - und deren Verteidigung und Entfaltung - ist und bleibt natürlich eines der schwierigsten politischen Probleme unserer Zeit und ist nur in Krisen und unter dem starken Druck allgemeiner Unzufriedenheit möglich. Die Krisen werden jedoch immer häufiger und die Unzufriedenheit immer größer. Die Formen, in denen diese Unzufriedenheit sich artikuliert, werden von Fall zu Fall sicherlich sehr unterschiedlich sein. Ein dysfunktionaler Radikalismus wird jedoch wahrscheinlich immer die Erfolgschancen verringern, weil ein solcher Radikalismus schiedlich sein. Ein dysfunktionaler Radikalismus wird jedoch wahrscheinlich immer die Erfolgschancen verringern, weil ein solcher Radikalismus Reformen unmöglich macht.

In den Jahren 1980-1981 existierten in Polen zweifellos die Voraussetzungen zur Durchsetzung zwar nicht unbegrenzter, aber doch sehr bedeutsamer demokratischer Reformen. Durch das Scheitern von Giereks Politik in der zweiten Hälfte der siebziger jahre war das Regime außerordentlich geschwächt. Es war relativ leicht, das Regime in die Defensive zu drängen und damit in eine Situation, in der es Reformen nicht ablehnen konnte. Die Forderung demokratischer Veränderungen waren von der Arbeiterklasse getragen und wurden unterstützt von der mächtigen katholischen Kirche, mit der das Regime schon seit zwei Jahrzehnten die ideologische Macht im Lande teilte. Eine derart günstige Situation konnte in keinem anderen Land des Sowjetblocks entstehen.

Im Interesse der historischen Gerechtigkeit ist jedoch festzustellen, daß die Chancen für die Durchsetzung demokratischer Reformen in Polen zwar außerordentlich waren, aber auch nicht größer als in der Tschechoslowakei Ende der sechziger Jahre. In der CSSR war es gelungen, eine bisher einzigartige Kräfteverschiebung innerhalb der herrschenden kommunistischen Partei herbeizuführen, und das war eine Situation, deren Bedeutung für die Einleitung eines Reformprozesses kaum hoch genug einzuschätzen ist. Die damit verbundenen Einschränkungen gingen nicht über die durch die historische, geopolitische und soziale Situation der Tschechoslowakei in den sechziger Jahren gegebenen Begrenzungen hinaus. Versuche, die tschechoslowakische und die polnische Einleitung eines Emanzipationsprozesses übereinander oder gar gegeneinander zu stellen, sind unangebracht und zeugen von sehr ungenügendem Verständnis für die Realität der Länder des Sowjetkommunismus. Jeder der beiden Entwicklungstypen war bedingt durch die Besonderheiten des jeweiligen Landes, der Situation und des Zeitpunkts und konnte nicht frei "gewählt" werden. beide ermöglichten die einleitung von Veränderungen, aber keiner von beiden garantierte ohne weiteres deren konfliktlose Entwicklung und Verteidigung. Der tschechoslowakische "Erneuerungsprozeß" schützte besser vor einer übermäßigen Polarisierung der Kräfte in einer Gesellschaft voll von Widersprüchen und konnte daher die einheimischen konservativen Kräfte leichter neutralisieren. Er mußte durch eine ausländische Militärintervention zerschlagen werden, doch erwies sich die tschechoslowakische Gesellschaft dann als relativ leicht "normalisierbar" - auch deshalb, weil die politische Krise nicht von starken sozialen Spannungen begleitet war. Die polnische "Erneuerung" institutionalisierte schneller eine unabhängige Repäsentation des neuen Pluralismus, vor allem die mächtige "Solidarnosc". Das war faszinierend, aber die Entfaltung und Verteidigung der errungenen Veränderungen wurde dadurch nicht gesichert. Es wurde keine Differenzierung und Neutralisierung der Machtapparate erzielt, und ein Gegenschlag mit "einheimischen Kräften" war möglich. Das wirtschaftliche Chaos und die soziale Spannung machen jedoch eine restaurative "Normalisierung" fast unmöglich - jedenfalls viel schwieriger, als sie in der Tschechoslowakei der siebziger Jahre war.

Der reale Raum der Veränderungen

Jedermann weiß, daß die Möglichkeiten von Systemveränderungen in den Ländern des "realen Sozialismus" drastisch eingeschränkt sind durch den sowjetischen Hegemonismus - wenn wir die jugoslawische oder die chinesische Terminologie verwenden. Jedermann weiß auch - wenngleich man es im Feuer der Emotionen oft vergißt - , daß diese Schranke nicht durch einen frontalen oder unmittelbaren Angriff beseitigt werden kann. Die sowjetische Hegemonie in jenem Teil Europas ist ein anerkanntes Element des internationalen Nachkriegssystems und damit eine der Säulen des europäischen "Gleichgewichts". Das "Ergebnis von Jalta" - wie

LISTY

dieses System ungenau benannt wird - kann zwar kritisiert und problematisiert, in historisch absehbarer Zeit aber kaum geändert werden. In einer fernen Zukunft ist eine Änderung selbstverständlich möglich - nichts dauert ewig - , jedoch nur als Teil einer Änderung des gesamten internationalen Systems. Und das ist ein komplizierter, langwieriger Prozeß, besonders in einer Situation, in der es notwendig und vielleicht auch möglich ist, zu hoffen, daß ein Krieg zwischen den Supermächten als Mittel zu einer solchen Änderung ausgeschlossen bleibt. Nach einem solchen Krieg wären Probleme der nationalen Souveränität, der demokratischen Systeme und der Menschen- und Bürgerrechte wahrscheinlich bedeutungslos.

Der Gürtel von ihr kontrollierter Staaten zwischen der Ostsee und dem Schwarzen Meer - besonders die mitteleuropäischen Staaten unter ihnen - ist für die Großmachtinteressen der UdSSR ein so wichtiges Ergebnis des Zweiten Weltkriegs, daß man jede Verletzung dieses Gürtels als die letzte aller Konzessionen betrachten muß, zu denen eine sowjetische Regierung genötigt werden könnte. Die Illusionen über die Möglichkeit einer solchen Nötigung führen nur zur neuerlichen Enttäuschung darüber, daß die Regierungen und Nationen der "freien Welt" anders handeln, wenn sie ihre außenpolitischen Interessen verfolgen. Dazu wird in Europa nämlich stets nicht nur Vorsicht gehören, um ein Vakuum zu vermeiden, das die Sowjetunion verlocken könnte, es "auszufüllen", sondern auch die Notwendigkeit, sich fortwährend um eine friedliche Koexistenz mit der

Sowjetunion zu bemühen, die die einzige Supermacht auf diesem Kontinent ist und es noch lange Zeit bleiben wird.

Das Kräfteverhältnis zwischen den Satellitenstaaten Mittel- und Südosteuropas und der UdSSR ist so beschaffen, daß keiner dieser Staaten in einer direkten Konfrontation standhalten kann; der bloße Gedanke daran liegt außerhalb der Grenzen der Politik. Doch nicht nur das. Mehr als drei Jahrzehnte erzwungenen Zusammenlebens im Block haben nicht nur grundlegende Interessengegensätze geschaffen, sondern auch gemeinsame Interessen, über die keine verantwortliche Politik - auch keine oppositionelle - hinwegsehen kann. Was täte z.B. das heutige Polen oder die heutige Tschechoslowakei ohne die Rohstoffe und die Energie, die sie aus der UdSSR beziehen und nirgendwo kaufen können, und insbesondere ohne die 60 bis 70 Prozent Marktanteil in der Sowjetunion und den übrigen Blockstaaten, da doch ihre Produkte auf anderen Märkten nicht konkurrenzfähig sind und es noch lange nicht sein werden?

All das ist für die abhängigen Staaten des Sowjetblocks selbstverständlich sehr ungünstig, aber nichtsdestoweniger eine Tatsache. Zwar ist unbestreitbar, daß es wie in der Erklärung der "Listy-Gruppe" vom März 1982 festgestellt wird - "das Lebensinteresse dieser Nationen ist, in souveränen Staaten zu leben, die nicht fremden imperialen Interessen untergeordnet sind"; aber die Forderung einer unmittelbaren Erreichung dieses Ziels kann in einer realistischen Einschätzung der Entwicklungsmöglichkeiten kaum Platz haben.

Nach der militärischen Intervention in der Tschechoslowakei im August 1968, nach der Proklamierung der "Breschnjew-Doktrin" und der Unterdrückung aller Elemente des Reformkommunismus nahm man an, Moskau werde auch in Zukunft gegen jeden Versuch einer selbständigeren und den nationalen Interessen und Bedürfnissen besser entsprechenden Innenpolitik in irgendeinem Staat des Blocks rücksichtslos einschreiten, und es werde nirgends ein größerer Raum für positive Änderungen entstehen, solange nicht auch die Sowjetunion voll von einer Krise erfaßt und dadurch zu einer Änderung ihrer Politik gezwungen sein werde.

Einige Erscheinungen in den siebziger Jahren signalisierten jedoch, daß vielleicht auch eine andere Entwicklung möglich wäre. Unter dem Druck schwerer internationaler und ökonomischer Probleme war Moskau schließlich gezwungen, in einigen mitteleuropäischen Blockstaaten - vor allem in Ungarn - bestimmte Besonderheiten zu tolerieren, die in der Zeit der stalinschen "Homogenisierungs"- und Sowjetisierungstendenzen undenkbar gewesen wären. Obwohl es nicht viele überzeugende Beweise dafür gab, mußte man doch die Möglichkeit einer stillen, inkonsequenten Revision der sowjetischen "Osteuropapolitik" ins Auge fassen: Verminderung der Spannung - und der Kosten - innerhalb des Imperiums durch vorsichtige Gewährung einer gewissen "Autonomie" in der Innen- und der Wirtschafts-
der Spannung - und der Kosten - innerhalb des Imperiums durch vorsichtige Gewährung einer gewissen "Autonomie" in der Innen- und der Wirtschafts-
politik. Es hatte den Anschein, daß trotz allem die Chance begrenzter selbständiger Modifikationen bestand. Natürlich wußte man, daß die Voraussetzung einer eventuellen Ausnützung dieser Toleranz die Respektierung der sowjetischen außenpolitischen und Sicherheitsinteressen, wie sie der Kreml versteht, ist und bleibt, da über diese Grenze hinaus keine sowjetische Toleranz zu erwarten ist. Und man kannte auch die Überzeugung der sowjetischen Führung, daß die einzige Garantie einer solchen Loyalität die "führende Rolle der kommunistischen Partei" ist, eine Rolle, die zwar modifiziert, aber nicht abgeschafft werden kann. Nach allem, was der sowjetische Hegemonismus und die "führende Rolle der kommunistischen Partei" in den von Moskau abhängigen Ländern angerichtet hatten, erforderte die eventuelle Ausnützung dieses kleinen Freiraums eine fast übermenschliche Zurückhaltung, die jedoch offenkundig zur harten Realität des "äußeren Faktors" gehört.

Die Hoffnung der polnischen "Erneuerung" beruhte darauf, daß der Freiraum für Polen Anfang der achtziger Jahre in Verbindung mit den spezifischen Eigenheiten der polnisch-sowjetischen Beziehungen wahrscheinlich erheblich größer war als anderswo und jemals vorher. Aus guten Gründen konnte man erwarten - und die demokratische Opposition in Polen vertraute darauf - , daß Moskau gerade in Polen Besonderheiten zulassen werde, die es anderswo und zu anderen Zeiten mit allen Mitteln unterdrückte, und daß es sich widerwillig, aber letztlich doch damit abfinden werde. Die Bedeutung einer solchen Entwicklung für eine allmähliche Veränderung der politischen Atmosphäre im gesamten Sowjetblock wäre kaum zu überschätzen.

Die Nutzung dieser Möglichkeit hätte erfordert, daß der "Antisowjetismus" bedingungslos aus dem Spiel ausgeschaltet worden wäre, daß die innenpolitischen Konflikte nicht in einen unmittelbaren Kampf um die Macht mündeten und nicht zu Konfrontationen, sondern zu Kompromissen führten und daß das System vorsichtig transformiert, nicht aber liquidiert worden wäre. Von diesen Voraussetzungen gingen auch die historischen "Danziger Vereinbarungen" zwischen den Streikenden und der Regierung Ende August-Anfang September 1981 aus. Entstehung und Legalisierung der "Solidarnosc" waren dann eine einzig dastehende Durchbrechung der Totalität des Sowjetkommunismus. Es zeugte kaum von Weitsicht, daß diese Tatsache dann allzu lautstark demonstriert wurde und daß die "Solidarnosc" sich allzu schnell zur Sprecherin und Verteidigerin von allem und jedem machte. Für einen Erfolg der "Erneuerung" wäre es vielmehr notwendig gewesen, daß die "Solidarnosc" und alle übrigen neuen, unabhängigen Organisationen ihre große Autorität dazu verwendet hätten, die weitere Entwicklung vorsichtig zu lenken und die realen Möglichkeiten für Veränderungen, vor allem auch die Möglichkeiten und die Stärke ihrer Gegner, richtig einzuschätzen. Es hat sich nämlich gezeigt, daß sonst auch eine breite "Durchbrechung der Totalität" nur ein zeitweiliger und problematischer Sieg ist. Die Grenze des Erreichbaren wurde überschritten.

Das Regime war schwach, aber nicht wehrlos

In der Euphorie über die Erfolge der demokratischen Bewegung nach dem August 1980 kam es im Herbst 1981 zu einer gröblichen Unterschätzung der Fähigkeit des Regimes, einen Gegenschlag vorzubereiten und zu führen, der die Situation zu Ungunsten der Erneuerungskräfte verändern sollte. Anscheinend verwechselte man zwei verschiedene Dinge - die Fähigkeit des Regimes, zu regieren, die tatsächlich nicht groß war, und die Fähigkeit zum Gegenangriff, die bedrohlich blieb. Auch nach den Danziger Verhandlungen und zahllosen personellen Veränderungen gewann das Regime nicht das Vertrauen des Volkes, sondern verlor es. Doch die Position des sowjetkommunistischen Regimes hängt nicht vom Vertrauen des Volkes ab. Sie hängt vom Vertrauen und der Unterstützung Moskaus, von den sozialen und Machtinteressen der riesigen bürokratischen Apparate und von den Machtmitteln des Staates. Der Schutz von seiten Moskaus blieb unbestritten, die Bedrohung ihrer Privilegien mobilisierte die Bürokratie gegen die "Erneuerung", und die entscheidenden Machtmittel - vor allem die Polizei und Armee - waren intakt und zum Eingreifen bereit. Die weitverbreitete Vorstellung, die polnische Armee sei unzuverlässig, war unbegründet. Die Offiziere und überhaupt die Berufssoldaten gehören ebenso wie die Polizei im Sowjetkommunismus zu den meistprivilegierten Gesellschaftsgruppen. Die Wehrmänner unterliegen einer harten Disziplin und haben keinerlei Einfluß auf das Handeln der Armee. Durch die Berufung General Jaruzelskis und einer Reihe weiterer Generale in höchste Partei- und Staatsfunktionen wurde das Prestige der Armee noch erhöht. Weshalb hätte eine solche Armee unzuverlässig sein sollen? Ihre Einsetzung gegen die Volksbewegung erwies sich nicht nur als durchaus möglich, sondern auch - zumindest zeitweilig - als sehr effektiv. Am 13. Dezember 1981 wurde Polen weit wirksamer gelähmt, von der Welt abgeschnitten und unter Bewa-
Dezember 1981 wurde Polen weit wirksamer gelähmt, von der Welt abgeschnitten und unter Bewa-
chung gestellt als die Tschechoslowakei durch den Einmarsch der Armeen der fünf Staaten des Warschauer Paktes am 21. August 1968.

In Polen handelte es sich jedoch nicht um einen Militärputsch. Die Waffen und die Organisation der Armee wurden nicht gegen das bestehende Regime eingesetzt, sondern zu dessen Rettung. Wahrscheinlich war dies nicht der letzte Fall eines Einsatzes der Armee zur Rettung der innenpolitischen Ordnung in einem Land des Sowjetblocks. Auch anderswo könnte einmal eine Situation entstehen, in der die Armee der einzige verläßliche und ausreichend starke Teil der Machtstruktur ist.

Im Zusammenhang mit der Entwicklung nach dem August 1980 hat man in Polen und auch im Ausland oft von einer in Gang befindlichen Revolution gesprochen, wenngleich in der Auffassung Jacek Kurons, Adam Michniks und anderer immer nur von einer "begrenzten Revolution". Es soll deshalb hier an die Gesetzmäßigkeiten einer Revolution erinnert werden. Die Geschichte lehrt, daß, wenn die Entwicklung einer Revolution auf einem "toten Punkt" anlangt, wo es nicht mehr möglich ist, die Machthaber mit gewaltlosen Mitteln zum Nachgeben zu zwingen und eine weitere Radikalisierung der Volksmassen mit gewaltlosen Mitteln zu verhindern, der "tote Punkt" nur durch Einsatz von Waffengewalt überwunden werden kann. Die radikalisierten, von widersprüchlichen Motiven geleiteten und immer noch schwach organisierten Volksmassen in Polen hatten keine Waffen, und die Bewegung wollte auch nicht zu den Waffen greifen. Hätte man versucht, sich Waffen zu verschaffen und sie zu verwenden, wäre eine sowjetische Militärintervention unabwendbar gewesen. Das Regime hingegen hatte Waffen genug in kompetenten Händen. Man hätte damit rechnen müssen, daß der Schlag von dieser Seite kommen werde, und sich über die Möglichkeit und die Stärke des Schlages keine Illusionen machen dürfen. Das gilt wahrscheinlich auch für alle ähnlichen Situationen in der Zukunft.

Sackgasse Radikalisierung

Niemand sollte sich wundern, daß die Empörung des polnischen Volkes gegen das Regime so stark und allgemein war. Abgesehen von allen übrigen Leiden und Nöten der Vergangenheit erlebten die Polen auch eine tiefe Enttäuschung durch die Unfähigkeit des Gierek-Regimes, den ungeschriebenen "Gesellschaftsvertrag" einzuhalten, dessen wesentlicher Inhalt die Erweckung von Hoffnungen auf eine rasche Hebung des Lebensstandards nach 1970 war. Statt dessen kam Ende der siebziger Jahre das wirtschaftliche Chaos.

Es sollte sich auch niemand wundern, daß die Polen ihrem Verlangen nach völliger Freiheit - innerer wie äußerer - Ausdruck verliehen. Das ist das Recht aller Nationen der Welt, auch der Nationen des sogenannten "Osteuropa". Aber wie immer und überall ist auch in Polen die Politik nicht die Erfüllung von Wünschen, sondern die "Kunst des Möglichen". In dieser Hinsicht waren wir Zeugen einer Schwäche, die wahrscheinlich immer Emanzipationsprozesse in Ländern des Sowjetblocks begleiten wird: des Mangels an demokratischen Erfahrungen. zwar spricht man oft von der unterschiedlichen politische Kultur in den mitteleuropäischen Blockstaaten und in der UdSSR, und diese Unterschiedlichkeit existiert zweifellos. Aber auch in jenen Ländern leben heute bis auf wenige Ausnahmen Menschen, die bereits unter Diktaturverhältnissen aufgewachsen sind und nie Gelegenheit hatten, die Kunst zu lernen, wie man verhandelt, statt zu kommandieren und anderen seinen Willen aufzuzwingen, noch auch die Kunst, bei Meinungs- und Interessengegensätzen integrierende Kompromisse zu erzielen. Wenn die politische Macht durch eine Krise erschüttert wird, kommt es allzu schnell zu einer Desintegration der Gesellschaft. Das macht rationale Reformen unmöglich und führt unausweichlich zu Konfrontationen, die das Maß des Erreichbaren überschreiten.

Wenn in einem erschütterten und geschwächten totalitären System unabhängige Organisationen entstehen, entwickeln sie sich gegen die Absicht ihrer Führer zu einer oppositionellen Kraft und bewegen sich auf einen offenen Kampf um die Macht zu. Wenn man weiß, daß die Möglichkeit von Reformen und Kompromissen existiert, aber keine Möglichkeit einer Machtkonfrontation, weil die Voraussetzungen, dabei zu gewinnen, nicht gegeben sind, muß man bewußt und gegen den Druck der immer radikaler werdenden Volksmassen diese Tendenz unterdrücken und eliminieren. Verbal haben sowohl die "Solidarnosc" als auch andere neue Gruppierungen in Polen diese Notwendigkeit anerkannt, in der Praxis jedoch waren sie nicht imstande, mit ausreichender Wirksamkeit in diesem Sinne zu handeln. Im Herbst 1981 akzeptierten sie es mehr oder weniger, daß eine Konfrontation "unvermeidlich" sei - ohne dafür Raum und Kraft zu haben. Die Hauptverantwortung für diese Situation trugen selbstverständlich die konservativen Kräfte des Regimes, die von Moskau angetrieben wurden, aber auch seitens der "Solidarnosc" wurde eine Politik gemacht, die diesen Absichten zumindest nicht entgegenwirkte.

Die Theorie der "Parallelstrukturen"

Die Theorie der "Parallelstrukturen"

Die polnische Entwicklung der Jahre 1980-1981 wurde stark beeinflußt von einer bestimmten Emanzipationstheorie, der Theorie der "Parallelstrukturen", die von den besten Leuten der demokratischen Opposition - vor allem von jenen, die sich nach 1976 im KOR-KSS zusammengeschlossen hatten - im Laufe der siebziger Jahre entwickelt worden war.

Nach dieser Theorie sind die Möglichkeiten des kommunistischen "Revisionismus und Reformismus" nach den Niederlagen in Polen Ende der fünfziger Jahre und in der Tschechoslowakei Ende der sechziger Jahre für alle Zeiten erschöpft und liquidiert. Von Kräften innerhalb der herrschenden kommunistischen Parteien und von dem System, das sie geschaffen haben, sei künftig nichts Positives mehr zu erwarten. Die Emanzipationsbewegung müsse daher ausschließlich außerhalb der Partei und des Systems aufgebaut werden, als unabhängige Kraft, die keinerlei Verbündete innerhalb des Systems suche. Das Regime müsse von den unabhängigen Kräften einem Druck ausgesetzt werden, der er entweder zur Reformen zwinge oder - in der radikaleren Variante der Theorie - das System "aushöhle", machtlos mache und es schließlich durch ein anderes ersetze, über dessen konkrete Beschaffenheit sich im voraus nicht viel mehr sagen lasse, als daß es ein System mit einem neuen Pluralismus und gesellschaftlicher Selbstverwaltung sein werde.

Diese Theorie entsprach den Verhältnissen, unter denen in den siebziger Jahren die kritischen und oppositionellen Kräfte in allen Ländern des Sowjetkommunismus sich artikulieren mußten. Sie hat zweifellos zur Entstehung der "Solidarnosc" und der anderen unabhängigen Organisationen der polnischen "Erneuerung" nach den erfolgreichen Streiks im Jahre 1980 beigetragen. Deren Wirksamkeit wurde allerdings durch die spezifischen Verhältnisse in Polen der siebziger Jahre verstärkt. Die polnischen Arbeiter konnten sich auf die einzigartigen Erfahrungen der erzwungenen Zugeständnisse des Regimes bei den Streiks von 1970 und 1976 stützen, und das polnische Regime zeichnete sich durch eine "repressive Toleranz" aus, die trotz verschiedener Unterdrückungsmaßnahmen die Entstehung unabhängiger Gruppierungen ermöglichte. Die Schläge gegen das KOR-KSS, gegen die "Parallelkultur" und andere Formen oppositioneller Tätigkeit waren nicht besonders hart.

Bis zum Sommer 1981 diente die aus dieser Theorie abgeleitete Taktik zur Stärkung der Positionen der "Solidarnosc". Später jedoch - besonders nach dem 9. Parteitag der PVAP im Juli und nach dem ersten Kongreß der "Solidarnosc" im September und Oktober 1981 - wurde sie problematisch. Das weitere Schicksal der demokratischen Reformen wurde abhängig von der Möglichkeit eines Zusammenwirkens zwischen den außerhalb des Systems tätigen Kräften und den auf Reformen orientierten Kräften innerhalb der kommunistischen Partei. Da der kommunistischen Partei die Macht nicht entrissen werden konnte - und es nach der Theorie der "Parallelstrukturen" auch gar nicht sollte -, war eine weitere positive Entwicklung nicht möglich ohne eine Stärkung der reformistischen Kräfte innerhalb der Partei und einer Zusammenarbeit der "Solidarnosc" mit ihnen. Reformerische Kräfte gab es auch innerhalb der PVAP. Ihre ungesetzliche Rolle wurde nicht nur durch ihre subjektive Schwäche erwchwert, sondern auch durch das Desinteresse der "Solidarnosc" an einem eventuellen Bündnis. Getreu der Theorie der "Parallelstrukturen" ging man nach wie vor von der Überzeugung aus, daß die neuen, unabhängigen und nun bereits institutionalisierten Volksbewegungen auch weiterhin "nichts mit den Kommunisten gemein haben" könnten. Statt der Reformer wurden die Konservativen in der Partei gestärkt. Insbesondere die Differenzierung innerhalb der erschütterten Machtapparate hörte auf, und es war nicht schwer, diese gegen die "Erneuerung" einzusetzen.

"Außerhalb des Systems bleiben" ging nicht

Aber nicht nur das. Die Theorie der "Parallelstrukturen", welche die Ablehnung jedweder Teilnahme am "System" forderte, machte es unmöglich, den Augenblick zu erkennen, in dem diese Position zwangsläufig zum Verlust des Einflusses auf den Verlauf der Ereignisse führen mußte. Die schwachen, nicht legalisierten Protestbewegungen und ihre schwachen Organisationen vor 1980 bauten ihre Identität auf ihrer Unabhängigkeit auf und hatten darin einen wirksamen Schutz. So verhielt und verhält es sich schließlich auch im Fall der tschechoslowakischen "Charta 77". Millionenstarke legale Organisationen, wie vor allem die "Solidarnosc" im Herbst 1981 bereits eine war, können sich eine solche Art von "Unabhängigkeit" nicht mehr erlauben. Der Niedergang und Zerfall der polnischen Wirtschaft rief eine Explosion der Unzufriedenheit des Volkes hervor und destabilisierte die Machtverhältnisse. Im Herbst 1981 drohte jedoch eine Wirtschaftskatastrophe, bei der keine rationalen Reformen mehr möglich gewesen wären und die dem polnischen Volk unermeßliche Leiden gebracht hätte.

Eine kurzfristige und partielle Stabilisierung der Wirtschaft, vor allem der Versorgung, war ohne un-
Eine kurzfristige und partielle Stabilisierung der Wirtschaft, vor allem der Versorgung, war ohne un-
populäre und schmerzliche Maßnahmen nicht möglich. Als Bedingung für eine Zustimmung zu solchen Maßnahmen forderte die "Solidarnosc" die gleichzeitige Durchführung der Dezentralisierung, der Reformen zur Einführung der Selbstverwaltung und der Marktwirtschaft, wobei sie das Gesetz über das Unternehmen und das Gesetz über die Selbstverwaltung nicht als ausreichende Garantie betrachtete. Angesichts der bitteren Erfahrungen in der Vergangenheit ist es verständlich, daß die "Solidarnosc" die Mitverantwortung für Teilmaßnahmen nicht übernehmen wollte, solange die strukturellen Veränderungen in ihrer Gesamtheit nicht garantiert waren. Dennoch ist festzuhalen, daß die "Solidarnosc" in dieser Angelegenheit einer gefährlichen Illusion erlag. Auf längere Sicht kann die polnische - und nicht nur die polnische - Wirtschaft tatsächlich nur durch eine umfassende und radikale Umgestaltung des ökonomischen Systems gerettet werden, doch hätte eine solche Umgestaltung schwerlich die akuten Probleme, besonders die Versorgungsprobleme, lösen können. Im Gegenteil: es drohte die Gefahr, daß die neuen, unerprobten Strukturen derart belastet würden, daß sie anfangs nicht besser, sondern eher schlechter funktionierten als die alten Strukturen und daß sie durch ihre unvermeidlichen Anfangsschwierigkeiten in den Augen der radikalisierten Öffentlichkeit kompromittiert würden, noch bevor sie imstande wären, ihre Vorzüge zu zeigen. Ein gewisses "Systemprovisorium" für den Übergang war unumgänglich, und die "Solidarnosc" hätte sich an einem solchen Provisorium beteiligen müssen.

Das Dilemma, ob man konsequent "außerhalb des Systems" bleiben oder nicht doch den Weg der Kompromisse wählen und eine bestimmte Teilnahme im Rahmen des modifizierten Systems akzeptieren sollte, manifestierte sich in voller Schärfe im November 1981. Die Lage war um so komplizierter, als die konservativen Kräfte in der kommunistischen Partei, die eine Konfrontation wünschten, sich bereits aktivierten und innerhalb der "Solidarnosc" eine unvermeidliche, aber schwächende Differenzierung zwischen den rücksichtslos-radikalen und den rational-gemäßigten Kräften im Gange war. Ein Eintritt in das System hätte die Gefahr mit sich ge-

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

bracht, daß die Führung der "Solidarnosc" das Verständnis und die Unterstützung eines Teils der 'radikalisierten Öffentlichkeit verloren hätte und daß ein Eingehen auf eine "nationale Versöhnung" vom Regime mißbraucht worden wäre. Da aber die einzige Alternative zu diesen Gefahren die Konfrontation war, wäre das Zusammenwirken doch die kleinere Gefahr gewesen. Sie hätte zumindest die Möglichkeit einer weiteren - wenn auch vielleicht schwierigen - Teilnahme am Spiel geboten. Für einen gewaltsamen Sturz des Systems waren die Voraussetzungen keinesfalls gegeben. Sowjetische Panzer standen an der Grenze und auch im Land selbst. Statt einer kaltblütigen Einschätzung der zugespitzten Lage herrschten jedoch die Emotionen, und Leute von der "Solidarnosc" begannen von der "Unvermeidlichkeit einer Konfrontation" zu sprechen - ungeachtet dessen, daß Aussicht auf einen positiven Ausgang bestand. Viele - darunter auch Lech Walesa und Jacek Kuron - erkannten offenbar die Ausweglosigkeit einer solchen Überspitzung, trotzdem setzten sie nicht ihre ganze Autorität ein, um ihr entgegenzuwirken.

Die Theorie der "Parallelstrukturen" und die Weigerung, auch innerhalb des Systems zu wirken, zeigten im konkreten politischen Prozeß ihre Schwächen. Wenn selbst ein so profunder Kenner des Sowjetkommunismus wie Rudolf Bahro diese Theorie immer noch als einzig mögliche Anleitung zu oppositionellem Handeln ansieht, schneidert auch er sich die "osteuropäische" Wirklichkeit nach den Bedürfnissen der Bewegung zurecht, der er in der BRD angehört. Er vergißt die Lehre von der Unvergleichbarkeit der Verhältnisse im "Osten" und im "Westen", eine Lehre, die er in seiner großen analytischen Arbeit "Die Alternative" vor einigen Jahren selbst gezogen hat.

Eine neue Situation?

selbst gezogen hat.

Eine neue Situation?

Die demokratischen Kräfte der polnischen "Erneuerung" haben mit einer Reihe von Illusionen, Fehlern und Irrtümern selbst zu ihrer zeitweiligen Niederlage beigetragen. Diese Feststellung mindert selbstverständlich nicht die Verantwortung des Regimes und Moskaus für die Vergewaltigung der polnischen Gesellschaft und schmälert nicht die Größe der inneren Wiedergeburt dieser Gesellschaft. Diese hat unter anderem bewiesen und beweist noch immer, daß die Bedrohung der nationalen Identität und Vitalität in den unterdrückten Ländern des Sowjetblocks noch nicht so weit gegangen ist, wie manche pessimistischen Beobachter glauben.

Die Diskussion über die Schwächen und Fehler der demokratischen Bewegung in Polen in den Jahren 1980 und 1981 ist jedoch notwendig für die Belehrung aller jener, die zu anderer Zeit und an anderem Ort vor ähnlichen Problemen stehen werden. Das braucht durchaus nicht so lange zu dauern, wie es manch einem scheinen mag .Vor allem in Polen selbst kann sich immer noch zeigen, daß man mit den Mitteln einer Militärdiktatur nicht lange regieren kann und daß die Tiefe der Krise das Regime zu Lösungen zwingen wird, die zwar den Vorstellungen der Jahre 1980-1981 nicht entsprechen mögen, aber trotzdem gewisse Entwicklungsmöglichkeiten bieten. Es wird dann darauf ankommen, ob die demokratischen Kräfte Positionen finden, von denen aus sie diese Möglichkeiten nutzen können.

Was die anderen Länder des Sowjetblocks angeht, muß nicht unbedingt das eintreten, was wir nach dem Dezember 1981 gefürchtet haben: daß die Regime sich verhärten, daß die sowjetische Kontrolle der inneren Verhältnisse in den Blockstaaten verstärkt wird, daß Stagnation und Unbeweglichkeit sich vertiefen. Nicht nur die Lage in Polen, sondern auch die wachsenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten - jetzt vor allem in der UdSSR - enthüllen eine so große Spannung in der Gesellschaft dieser Länder und in ihrem Blocksystem, daß nur immer neue Krisen zu erwarten sind. Unter diesen Umständen kann niemand vorhersehen, welche Folgen das Ableben Leonid Breschnjews haben wird. Überall - sogar in der UdSSR und der Tschechoslowakei - zeigen sich heute schon nicht nur soziale Spannungen, sondern auch erste Anzeichen einer bisher überaus vorsichtigen und halboffiziellen Debatte über die "Unvermeidlichkeit von Veränderungen". Schon dieses Eingeständnis allein könnte allmählich zu einer neuen Qualität werden. Es ist sehr wahrscheinlich, daß wir an der Schwelle einer neuen Situation stehen, die auch neue und unerwartete Möglichkeiten einer Emanzipation eröffnen könnte, besonders in den mitteleuropäischen Blockstaaten. Um eventuelle neue Möglichkeiten erfolgreicher nutzen zu können als die bisherigen, wird es offenbar notwendig sein, daß die kritischen und oppositionellen Kräfte, die ihre Strategie und Taktik unter den Bedingungen der unbeweglichen siebziger Jahre entwickelt haben, "manches vergessen und manches dazulernen".

Die ‚Listy' erscheint bei
INDEX e.V.
Postfach 410511
5000 Köln/Rh.

3. Delegiertenkonferenz des BWK

1980 leitete der KBW seine Abkehr von „traditionellen" Imperialismus-Einschätzungen ein und stellte endgültig die Weichen in Richtung „Vaterlandsverteidigung". Gleichzeitig vollzog er eine Kehrtwende in seiner seit 1976 praktizierten Strategie der „Entscheidungsschlachten" und in der Frage der Eigenkandidatur bei Parlamentswahlen. (vgl. AK 212).

Als Folge verlor er 700 von 2.200 Mitgliedern. Ein Großteil der Abgespalteten gründete den „Bund Westdeutscher Kommunisten" (BWK) mit der Zeitung „Politische Nachrichten".

Der BWK verstand sich als Wahrer des KBW-Programms und forderte die Vorbereitung auf den bewaffneten Aufstand, mit dem man dem drohenden Krieg zuvorkommen müsse.

Heute verfügt der BWK nach wie vor über ca. 550 Mitglieder vorwiegend in Norddeutschland, Bayern und Baden-Würtemberg. Als positives und auch wesentlichstes Ergebnis der Abspaltung vom KBW kann heute der eindeutige Bruch mit der Politik der „Vaterlandsverteidigung" gelten. Zentraler Gegenstand von Agitation und Propaganda des BWK sind die revanchistischen Ambitionen des BRD-Imperialismus nach „Rückeroberung der Ostgebiete", die, so die Einschätzung des BWK, im wesentlichen über einen konventionellen Krieg und die darauf hinzielenden ideologischen Vorbereitungen durchgesetzt werden sollen.

Zu seiner 3. Delegiertenkonferenz am 1.-2.4.83 hatte der BWK erstmals Vertreter des KB, der anarchistischen Freien Arbeiter-Union (FAU), der trotzkistischen GIM, der KPD/ML, der MG und der MLPD (ex-KABD) eingeladen und ihnen Rederecht gewährt. Zentrales Thema der Konferenz war ein Antrag des ZK des BWK zur „Zusammenarbeit der Revolutionären Sozialisten nach den Bundestagswahlen".

Gefordert wird in diesem (einstimmig verabschiedeten) Antrag ein engeres Zusammenwirken der Organisationen, *„die den unversöhnlichen Interessengegensatz von Bourgeoisie und Proletariat behaupten"*, insbesondere, um in theoretischen Fragen weiterzukommen. Vorgeschlagen wird ein gemeinsames Theorieorgan, eventuell im Rahmen einer der bestehenden Zeitschriften.

Voraussetzung sei die Einigung auf ein knappes politisches Redaktionsstatut. Letztlich solle über die Ausarbeitung eines politischen Programms,

ein knappes politisches Redaktionsstatut. Letztlich solle über die Ausarbeitung eines politischen Programms,

„die Verbindung der bestehenden Organisationen in einer Partei" ermöglicht werden. Bezüglich der Grün-Alternativen heißt es, daß ihre Parteibildung ein erfreulicher Vorgang sei. Soweit sich die Frage der Zusammenarbeit stelle, ziele die Politik des BWK darauf, *„die Grün-Alternativen in ihren Gegensätzen zur Kapitalistenklasse zu bestärken, ihre Tendenz zum Nationalismus und die dazugehörige Mißachtung von Interessen der Arbeiterklasse aber zu bekämpfen."*

In den Erläuterungen dieses Antrags wird der Erfolg der Grün-Alternativen auf das sprunghafte Anwachsen lohnabhängiger Mittelschichten und deren Tendenz zur Ausbildung spezieller Interessen und einer eigenen politischen Perspektive erklärt.

Diese Perspektive sei geprägt von Feindschaft gegenüber der Kapitalistenklasse und von Vorbehalten gegenüber der Arbeiterklasse, der gegenüber jedoch auch Interessenverbindungen bestehen, beispielsweise im Kampf gegen die Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat.

Die Geschichte der diversen sozialistischen Parteigründungen der letzten 10-15 Jahre ist für den BWK lediglich eine Begleiterscheinung des Parteibildungsprozesses der Grün-Alternativen. Sie stellt sich ihm dar als ein *„unablässiges Bemühen, die völlige Einsaugung in den Grün-Alternativen Parteibildungsprozeß zu verhindern, gemischt mit dem Bestreben, diese Bewegung als eigentlich kommunistische auszugeben und darin die sog. Führung zu erringen."*

Mit der Konstituierung der Grün-Alternativen in einer Partei, die in der Tradition der APO stehe und die Kräfte von damals ebenso wie die abgespaltenen und aufgelösten Teile ehemaliger sozialistischer Gruppierungen umfasse, sei dieser etwa 15-jährige Diskussionsprozeß abgeschlossen. Nunmehr seien die Kommunisten *„durch die Gewalt der Umstände zur Konzentration auf die Interessen der Arbeiterklasse ebenso gezwungen, wie sie vorher im laufenden Parteibildungsprozeß der lohnabhängigen Mittelklassen befangen waren."* Dies, sowie *„Elemente von Festigung"* innerhalb der übriggebliebenen sozialistischen Bewegung und im Verhältnis zur Arbeiterbewegung deuteten darauf hin, daß neue, bessere Voraussetzungen zur Bildung einer revolutionären Partei des Proletariats bestehen. Soviel zu den Überlegungen des BWK, deren vorläufigen Charakter die BWK-Sprecher/innen unterstrichen.

Der zukünftige revolutionäre Block...?

Auf recht wenig Gegenliebe stießen die im BWK-Antrag formulierten Vorschläge bei den Vertretern der anderen anwesenden Organisationen (in der Frage der Einschätzung der Grün-Alternativen kam es nicht zur Debatte):

Die MLDP „entlarvte" das Bemühen des BWK um gemeinsame Fortschritte in theoretischen Fragen als *„Konzept für die Entfaltung des Liquidatorentums"*. Im schrillsten Sektenjargon wurde der *„unversöhnliche Gegensatz"* der BWK-Vorschläge zum Aufbau der revolutionären Arbeiterpartei (d.h. MLPD) „herausgearbeitet" und fortwährender Kampf gegen diesen *„liquidatorischen Sprengsatz"* angekündigt...

Die MG lehnten ein gemeinsames Theorieorgan ab mit der Begründung, einen Großteil der anstehenden theoretischen Fragen bereits gelöst zu haben. Ihr Interesse konzentriere sich auf die Verbreitung der eigenen Schlauheiten. Man strebe deshalb gemeinsame (organisationsinterne) Veranstaltungen mit dem BWK ebenso wie die Unterstützung spezieller MG-Aktivitäten durch andere Organisationen an.

Die GIM zeigte sich mehr an „programmatischen Erörterungen" als an einer Theoriezeitschrift interessiert. Auch seitens des KB wurden Bedenken gegen eine weitere Zeitschrift erhoben, zumal der hier angestrebte offene Meinungsstreit selbst in den bestehenden Organen der als Herausgeber vorgesehenen Organisationen bislang sehr kurzgehalten wird.

An einer Mitarbeit interessiert zeigte sich allein die FAU (die allerdings auf der Konferenz zu verstehen gab, daß sie bereits die Auflösung ihrer Organisation eingeleitet habe) und die KPD/ML, seit langem die engste Bündnispartnerin des BWK, deren theoretische Qualitäten allerdings beim BWK selbst umstritten sein dürften. Deutlich wurde in jedem Fall, daß die Übereinstimmung in der Behauptung eines *„unversöhnlichen Interessengegensatzes von Bourgeoisie und Proletariat"* durch diverse Organisationen und das ernsthafte Bemühen um eine gemeinsame theoretische Auseinandersetzung (für die es zunächst keiner n e u e n Organe bedarf), zwei völlig verschiedene Schuhe sind. Selbst wenn dies in der Frage der Zusammenarbeit linker Organisationen das einzige Resultat der BWK-Delegiertenkonferenz gewesen sein soll, war es eine nützliche Konferenz.



Kommunique der Zentralen Komitees von BWK und KPD

Kommunique der Zentralen Komitees von BWK und KPD

1. Die Zentralen Komitees von BWK und KPD, die auf einer gemeinsamen Sitzung die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zur vorgezogenen Bundestagswahl am 6. März 1983 beschlossen hatten, trafen sich am 16. April erneut zu einer gemeinsamen Sitzung, um den Wahlausgang und die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zu erörtern.

2. Die gemeinsame Wahlkommission von BWK und KPD hat sofort nach dem 6. März in einer gemeinsamen Erklärung zum Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl 1983 Stellung genommen. Die Zentralen Komitees von BWK und KPD stimmen den dort getroffenen Einschätzungen zu.

3. Darüberhinaus stellen die Zentralen Komitees von BWK und KPD fest: Der politische Anspruch, mit dem BWK und KPD mit dem Bündnis revolutionärer Sozialisten zur Bundestagswahl angetreten sind, kann seine Glaubwürdigkeit nur behalten, wenn BWK und KPD ernsthaft prüfen, wie auch über den 6. März hinaus die Möglichkeit besteht, die politischen Aufgaben, die sich das Bündnis in seiner Wahlplattform gestellt hat, gemeinsam zu lösen.

4. Das Bündnis revolutionärer Sozialisten wollte einen Beitrag zur Frontbildung gegen die Reaktion leisten. Der Wahlausgang hat die Notwendigkeit einer solchen Frontbildung nur noch dringlicher gemacht. BWK und KPD sehen hier nicht nur eine besondere Notwendigkeit, sondern auch die realistische Möglichkeit einer weiteren Zusammenarbeit:

a. In der gemeinsamen Erörterung der politischen Fragestellungen, die im Hinblick auf die Frontbildung gegen die Reaktion unter den gegebenen politischen Verhältnissen existieren und von den revolutionären Sozialisten beantwortet werden müssen. Vordringlich erscheint uns hier die Erarbeitung einer korrekten Einschätzung der gegenwärtigen Rolle der SPD in Fortführung dessen, was dazu in der Wahlplattform bereits festgestellt worden ist.

b. In der verstärkten praktischen Zusammenarbeit im Kampf gegen die Reaktion. Hier existiert bereits insofern eine gemeinsame Tätigkeit von BWK und KPD, als beide Organisationen die Volksfront unterstützen. Der Wahlausgang unterstreicht die Notwendigkeit, dies unbedingt fortzusetzen.

5. Die Kandidatur des Bündnisses revolutionärer Sozialisten zur Bundestagswahl 1983 hat bewiesen, daß heute eine Zusammenarbeit revolutionärer Sozialisten – über konkrete Aktionseinheiten hinaus – möglich ist:

a. Indem BWK und KPD – wie die gemeinsame Wahlplattform zeigt – trotz bestehender Differenzen doch in wesentlichen Fragen der Strategie und Taktik gemeinsame politische Aussagen treffen konnten, die – zumindest in ihrer Substanz – keinen Kompromiß darstellen, sondern der Programmatik von BWK und KPD entsprechen. (Z.B. betreff der Frontbildung gegen die Reaktion, betreff der Unterstützung des Kampfes für die unmittelbaren Forderungen der Arbeiterklasse, betreff einer revolutionären Kritik am Kapitalismus, betreff der Kritik an der Gesellschaftsordnung in den Ländern des Warschauer Pakts, betreff grundsätzlicher Aussagen über den Sozialismus.)

b. Indem BWK und KPD in der Lage waren, auf dieser Grundlage – zumindest in gewissem Umfang – eine gemeinsame Politik zu entwickeln, wie die drei gemeinsamen Wahlinfos zeigen, und auch gemeinsame Aktivitäten durchzuführen.

c. Dabei übersehen wir keineswegs, daß in vielen Fragen keine Übereinkunft gefunden, andere bisher noch gar nicht erörtert wurden.

6. Durch die Erfahrung des Bündnisses revolutionärer Sozialisten ist theoretisch und praktisch in Frage gestellt, ob die historisch gewachsene Konkurrenz der revolutionären sozialistischen Kräfte in der BRD tatsächlich politisch und ideologisch zwingend und damit auch im Interesse der Arbeiterklasse ist. Andersherum ausgedrückt: Muß man heute nicht ernsthaft fragen, ob tatsächlich für den Kampf um den Sozialismus *wesentliche* Bestandteile der Politik der verschiedenen revolutionären sozialistischen Kräfte die Einheit dieser Kräfte in einer Partei verhindern? Handelt es sich dabei nicht vielleicht um Differenzen, die zwar durchaus bedeutsam sind, der Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei aber keineswegs entgegenstehen?

Die Zentralen Komitees von BWK und KPD sind bereit, die Frage, ob die Einheit der revolutionären Sozialisten in einer Partei möglich ist, ernsthaft zu prüfen. BWK und KPD sind unbedingt dafür, das mit möglichst vielen revolutionären sozialistischen Kräften gemeinsam zu tun.

Um eine Verbesserung ihrer Arbeit auf Grundlage ihrer jeweiligen Programmatik zu erreichen, vereinbaren die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) und der Bund Westdeutscher Kommunisten (BWK) was folgt:

a. Die Zentralen Komitees von KPD und BWK führen in halbjährlichem Abstand gemeinsame Beratungen durch.

Zeitpunkt und Tagesordnung der je nächstfolgenden Beratung werden von der gemeinsamen Versammlung beschlossen.

Eine Erweiterung der Tagesordnung oder eine Veränderung des Zeitpunktes kann einvernehmlich zwischen den ZKs von KPD und BWK beschlossen werden.

b. Zum Zwecke der Vorbereitung der Tagesordnung bildet die gemeinsame Versammlung Projektgruppen. Die Arbeitsergebnisse dieser Projektgruppen sollen den Mitgliedern der ZKs spätestens 14 Tage vor der gemeinsamen Sitzung zugehen.

c. Die Leitung der gemeinsamen Beratung obliegt einem Präsidium. Das Präsidium der gemeinsamen Beratung

– nimmt zwischen den Beratungen die Ergebnisse der Projektgruppen entgegen

– stellt bei Änderungswünschen hinsichtlich Termin und Tagesordnung die Einvernehmlichkeit zwischen beiden Parteien fest

– regelt die Frage der Veröffentlichung der Ergebnisse der je gewesenen Versammlung

– berichtet über die Ergebnisse der vereinbarten gemeinsamen Tätigkeit der Parteien.

d. Die gemeinsame Versammlung hält für denkbar, daß an ihren Beratungen Gäste teilnehmen. Sie beauftragt ihr Präsidium zu prüfen, ob seitens von Organisationen des revolutionären Sozialismus ein solcher Wunsch besteht.

e. Für die nächste gemeinsame Versammlung beschließt sie als Termin den Herbst 1983 und zur Tagesordnung die Punkte, die folgen:

– Themenschwerpunkte für die geplante theoretische Zeitschrift im Hinblick auf die Klärung wesentlicher programmatischer Fragen unter Rücksicht auf die von den jeweiligen Organisationen bereits gesetzten Schwerpunkte der theoretischen Arbeit.

– Erörterung einer gemeinsamen Erklärung zu der Aufgabenstellung im gewerkschaftlichen Kampf (Lohnsenkung, Intensivierung der Arbeit, Arbeitslosigkeit), wie sie im Herbst aktuell sein wird.

– Erörterung einer gemeinsamen Erklärung gegen die Kriegsvorbereitungen der BRD in der gegenwärtigen Weltlage.

Köln, 16.4.1983

aus: „Politische Berichte", 23.4.83

Bundestagswahl und Krise

Anmerkungen zu einer notwendigen Debatte

Das BTW-Ergebnis hat in der Linken zu unterschiedlichen Reaktionen und Einschätzungen geführt, die mich zum Verfassen der folgenden Bemerkungen veranlaßten. Während der KB den sozialen Kahlschlag und die NATO-,,Nachrüstung'' mit dem Wahlergebnis für faktisch vollzogen hält, retten sich die Mitglieder der DKP in die nächste atomwaffenfreie Kneipe; die GIM-Leitung sieht in einer in der ,,was tun'' vom 7.4.83 veröffentlichten Erklärung trotz der Niederlage des 6. März die wesentlichen Auseinandersetzungen noch vor uns.

Die wirtschaftliche Ausgangslage

Der ,,Aufschwung''-Wahlkampf kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß die BTW zum Zeitpunkt der schwersten wirtschaftlichen Krise seit 1929 - 32 stattfand. Dies spiegelt sich sowohl im Niveau der industriellen Produktion (1976 = 100, Febr. 83 = 100,6; nach ,,FAZ'', 14.4.83), im Fall der Profitrate (vgl. Wolf in: ,,konkret'' 4/83) als auch in einer annähernden Verdreifachung der Arbeitslosigkeit in drei Jahren und dem gesunkenen Masseneinkommen wider. Vor diesem Hintergrund werden zwei Varianten der wirtschaftlichen Entwicklung in den kommenden Jahren diskutiert:

1. Die Fortsetzung der Krise, möglicherweise beschleunigt durch einen Bankenkrach, der den direkten Weg in die wirtschaftliche Depression und einen verschärften Anstieg der Arbeitslosigkeit in den kapitalistischen Industrienationen weisen würde (vgl. ,,was tun''/wt, 7.4.83; Mandel in: ,,Inprekorr'' 148; Wolf, a.a.O.).

2. Ein neuer, schwacher Aufschwung im Laufe dieses Jahres, dessen geringe Wachstumsraten nicht zu einem Abbau der Arbeitslosigkeit führen würden (vgl. Schuko des KB, ,,Struktur, Strukturveränderungen und Krise der BRD-Wirtschaft''). Es würde sich ,,*um einen ,Aufschwung' handeln, der — wie die vorausgegangenen 1971 - 73 und 1976 -79 — alle Widersprüche der spätkapitalistischen Produktion neu und auf einer höheren Stufenleiter heranreifen lassen und zum Aufbrechen bringen wird. Die Krise, der wir unter diesen bestmöglichen Bedingungen für 1986 oder 1987 entgegensehen, würde dann nochmals tiefer und schärfer sein*'' (,,wt'', 7.4.83).

Eine wesentliche Rolle für die weitere Wirtschaftsentwicklung und für die Konkurrenz der drei imperialistischen Zentren USA, Japan und BRD spielt die Anwendung neuester Technologie in den Bereichen der NC-Werkzeugmaschinen, Computer, Roboter und der Büroautomation. Die Bevölkerung wird die weiteren Produktivitätsfortschritte als Abbau von Arbeitsplätzen erleben: Bis 1990 werden ca. 4 Mio. Arbeitslose prognostiziert (nach: Schuko, ,,Neue Technologie und Krise''). Diese ,,*weitgehende Ausschaltung des Einsatzes lebendiger Arbeit aus dem produktiven Bereich ist jedoch mit der Existenz kapitalistischer*

ca. 4 Mio. Arbeitslose prognostiziert (nach: Schuko, ,,Neue Technologie und Krise''). Diese ,,*weitgehende Ausschaltung des Einsatzes lebendiger Arbeit aus dem produktiven Bereich ist jedoch mit der Existenz kapitalistischer*

Produktion unvereinbar — eine solche Entwicklung der Produktionstechniken impliziert die Selbstaufhebung von Profit und Kapitalakkumulation. Profit, der Dreh- und Angelpunkt kapitalistischer Produktion, ist letztlich Resultat der Ausbeutung menschlicher — lebendiger — Arbeit, ist der Mehrwert, der über das der Arbeiterklasse gewährte Produkt (in Form des Arbeitslohns) hinausgeht. Jeder erhöhte Einsatz von Maschinerie und Rohstoffen (toter, vergegenständlichter Arbeit) im Verhältnis zur eingesetzten Arbeit senkt auf lange Frist gesehen die Profitrate. Tendiert der Einsatz lebendiger Arbeit im produktiven Bereich in Richtung Null, so sinken letztlich auch die Profitproduktion und mit ihr die Profitrate gegen Null — auch wenn zwischen zeitlich für einzelne Konzerne oder Nationalstaaten durch die Erzielung von Extraprofiten infolge eines zeitweisen Technologievorsprungs der entgegengesetzte Effekt entstehen kann'' (Wolf o.D., 80f.).

Gegenüber dieser Tendenz ergreifen die Kapitalisten Gegenmaßnahmen, die bereits ,,rein ökonomisch'' durch die Wirkungen der Krise vorgezeichnet sind, nichtsdestotrotz aber bewußt politisch durchgesetzt werden müssen: Dazu gehört insbesondere die Senkung der Masseneinkommen durch Lohnsenkung, um so die Mehrwertrate zu erhöhen, und die Entlastung des Staatshaushalts von den Sozialabgaben, die in den imperialistischen Staaten zugleich mit einer Ausweitung des ,,Ersatzmarktes'' Rüstungsproduktion verbunden ist.

Diese Gesamtsituation der kapitalistischen Ökonomie und die sich für die Bourgeoisie ergebenden Anforderungen bilden ,,*den Beginn einer neuen historischen Krise der bürgerlichen Gesellschaft — mit allen Implikationen, die diese gerade auch im politischen Bereich mit sich bringt*'' (,,wt'', 7.4.83). Damit ist gemeint, daß die Durchsetzung der kapitalistischen Interessen zu einer politischen Instabilität, zu heftigeren Klassenkämpfen in den Metropolen führen muß, weil die Senkung der Masseneinkommen nicht auf Dauer kampflos hingenommen werden wird. Wenn man bedenkt, daß die Ausgangsposition der BRD im **Dreikampf** mit den USA und Japan unterschiedlich und z.T. recht zurückhaltend beurteilt wird (vgl. Wolf o.D.; Schuko, ,,Neue Technologie und Krise''; ,,FR'', 16.4.83; ,,FAZ'', 9.4.83), kann das durchaus heißen, daß gerade die BRD-Imperialisten in den kommenden Jahren **besonders** scharfe Angriffe auf die Arbeiterklasse vornehmen werden. Das wird die Einbindung der Arbeiterklasse in das vorhandene System zumindest erschweren.

Der Nährboden für eine faschistische Massenbewegung

Wir tun m.E. gut daran, die Entwicklungsmöglichkeiten dieser ,,Nicht-Integration'' in beide Richtungen zu betrachten. Der Spielraum der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften wird enger werden, doch muß daraus nicht eine zwangsläufige Linkswendung der Massen folgen, sondern Dauerarbeitslosigkeit, Entwurzelung und Verarmung können zugleich die ,,Rohmasse'' für eine echte faschistische Massenbewegung liefern, die etwas anderes als es die ,,Massenbasis für eine rechte Politik'' (AK 229) wäre, die wir

dung der Massen folgen, sondern Dauerarbeitslosigkeit, Entwurzelung und Verarmung können zugleich die ,,Rohmasse'' für eine echte faschistische Massenbewegung liefern, die etwas anderes als es die ,,Massenbasis für eine rechte Politik'' (AK 229) wäre, die wir

genau jetzt haben.

Zur Klärung der Begrifflichkeiten und Verständigung über den zentralen Inhalt des Faschismus sei hier aus Trotzkis Schrift ,,Was nun?'' (1932) zitiert: ,,*Der Faschismus ist ein besonderes Staatssystem, begründet auf der Ausrottung aller Elemente proletarischer Demokratie in der bürgerlichen Gesellschaft. Die Aufgabe des Faschismus besteht nicht allein in der Zerschlagung der proletarischen Avantgarde, sondern auch darin, die ganze Klasse im Zustand erzwungener Zersplitterung zu halten ... Es heißt, a l l e selbständigen und freiwilligen Organisationen zu zertrümmern, a l l e Stützpunkte des Proletariats zu zerstören und die Ergebnisse eines dreiviertel Jahrhunderts Arbeit der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften zu vernichten. Denn auf diese Arbeit stützt sich* ***in letzter Instanz*** *auch die Kommunistische Partei.*'' (69). ,,*Durch die faschistische Agentur setzt das Kapital die Massen des verdummten Kleinbürgertums in Bewegung, die Banden deklassierter demoralisierter Lumpenproletarier und all die zahllosen Menschenexistenzen, die das gleiche Finanzkapital in Verzweiflung und Elend gestürzt hat. Vom Faschismus fordert die Bourgeoisie ganze Arbeit: hat sie einmal die* ***Methoden des Bürgerkriegs*** *zugelassen, will sie für lange Jahre Ruhe haben. Und die faschistische Agentur, die das Kleinbürgertum als Prellbock benutzt und alle Hemmnisse aus dem Wege räumt, leistet diese Arbeit bis zum Ende. Der Sieg des Faschismus führt dazu, daß das Finanzkapital sich direkt und unmittelbar aller Organe und Einrichtungen der Herrschaft, Verwaltung und Erziehung bemächtigt: Staatsapparat und Armee, Gemeindeverwaltungen, Universitäten, Schulen, Presse, Gewerkschaften, Genossenschaften. Die* ***Faschisierung des Staates*** *bedeutet nicht nur die Mussolinisierung der Verwaltungsformen und -verfahren — auf diesem Gebiet sind die Veränderungen letzten Endes zweitrangig — sondern vor allem und* ***hauptsächlich die Zerstrümmerung der Arbeiterorganisationen,*** *Zurückwerfung des Proletariats in amorphen Zustand, Schaffung eines Systems tief in die Massen dringender Organe, die eine selbständige Kristallisation des Proletariats unterbinden sollen. Darin besteht das* ***Wesen des faschistischen Regimes***'' (81;, Hvhg. von mir — d.V.).

Wir befinden uns weder in diesem Zustand der Faschisierung des Staates, noch setzt die Bourgeoisie als Klasse bereits auf die Faschisten. Der Linken nun zu empfehlen, die Kohl-Regierung ,,*als Durchgangsstadium und Vorbereiter eines möglichen Krieges und neuer faschistischer Verhältnisse zu entlarven*'' (AK 226), ist eher verwirrend und wird s o aus gutem Grund nicht befolgt (die vielen schlechten Gründe, die bei weitem überwiegen, sind in d i e s e m Zusammenhang nicht wichtig). **Die wirkliche faschistische Gefahr liegt m.E. tatsächlich in dem Gemisch von ökonomischer Verarmung, politischer Radikalisierung und Ausländerhetze, in dem die Nazis ihre Anhänger rekrutieren könnten. Wenn's denn schon historische Analogien bzw. Versuche dazu sein sollen: Die heutige Zeit gleicht (auch außenpolitisch) 1928/29 eher als 1932 oder 1933.**

storische Analogien bzw. Versuche dazu sein sollen: Die heutige Zeit gleicht (auch außenpolitisch) 1928/29 eher als 1932 oder 1933.

Das BTW-Ergebnis: eine Niederlage, aber keine entscheidende!

Unbestritten ist das BTW-Ergebnis eine politische Niederlage gewesen, doch ,,*diese Niederlage resultiert ... aus dem Ergebnis von Wahlen ... Sie ist nicht Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe. Diese Kämpfe stehen erst vor uns*'' (wt, 7.4.83). In der verzerrten und vereinfachenden Kommentierung des Bürgertums liest sich das so: *Wahrscheinlich wird die Koalition überall da, wo die beiden Partner weit auseinander sind, nichts tun. Das bedeutet in der großen Mehrheit der Fälle: es bleibt dann beim heutigen Zustand, den SPD und FDP in den siebziger Jahren geschaffen haben. Keine Aussicht also, daß wir die emanzipatorischen Reformen wieder loswerden, die so viel moralische Verheerungen angerichtet ... haben*'' (,,FAZ'', 17.3.83). Eine ebenfalls einseitige Überbetonung, allerdings in die andere Richtung, leistet sich der Kommentar in AK 231, der Sozialabbau und Verschärfung des Abtreibungsparagraphen, den Vollzug der atomaren und konventionellen ,,Nachrüstung'' als ,,endgültig unter Dach und Fach'' betrachtet, und der sich in die Behauptung versteigt, ,,*ein Erfolg der SPD*'' hätte ,,*immerhin eine winzige Chance offengehalten*''. Wie das? Und gibt es jetzt nicht einmal eine kleine Chance des Widerstandes u n d des Erfolgs? Kt. bekräftigt in AK 232 die Position des Kommentars, indem er die politische Dummheit der Massen zu beweisen versucht; seine inhaltlich berechtigte Schlußpolemik gegen die DKP bleibt hohl, weil sie die Perspektivlosigkeit des KB nicht verhüllen kann. In dem fast unumstrittenen AK-231-Kommentar wird das Setzen auf den außerparlamentarischen Widerstand und neue Klassenauseinandersetzungen als ,,Phrase'', ,,krampfhafte Phantasterei und Realitätsverlust'' bezeichnet, was Kt. durch sein Zahlenmaterial in AK 232 zu unterstreichen sucht.

Der Wert des Zahlenmaterials für die Einschätzung politischer Entwicklungsmöglichkeiten und gesellschaftlicher Dynamik darf m.E. nicht zu hoch angesetzt werden. Da ist zunächst zu berücksichtigen, daß die ,,Umfrageopfer'' vereinzelt sind, daß sie in solch einer Situation ihren staatsbürgerlichen Aufzug anlegen und ihre Antworten zwischen eigener Meinung und äußerer Erwartung plazieren. Die Schizophrenie der Antworten, des Bewußtseins, spiegelt die Schizophrenie des Seins: Die BRD befindet sich in der NATO, die den Atomkrieg vorbereitet, was zwar wenig verlockend, aber scheinbar unabänderlich ist (und selbst die Kommunisten wissen keine Perspektive). Abschließend zu diesem Abschnitt eine grundsätzliche Bemerkung: Die Kräfte der Linken, der Arbeiterklasse, werden immer durch Wahlen nur unzulänglich widergegeben, werden auch nicht in erster Linie darüber, sondern über Straßen- und Betriebsmobilisierung entwickelt. — Wie hätten ähnliche Umfragen wohl 1912 im zaristischen Rußland geendet? Warum haben die Bolschewiki 1917 nicht auf weitere Wahlen gesetzt, sondern auf die Mobilisierung der Massen?

Kurz vor dem Krieg?

Selbst die Durchsetzung der atomaren ,,Nachrüstung'' muß nicht unmittelbar zum nächsten Krieg führen. Wir kön-

Kurz vor dem Krieg?

Selbst die Durchsetzung der atomaren ,,Nachrüstung'' muß nicht unmittelbar zum nächsten Krieg führen. Wir kön-

nen m.E. den Imperialisten sowohl ein eigenes Überlebensinteresse wie eine rationale Kriegsplanung unterstellen. Unter rationaler Kriegsplanung verstehe ich das Setzen auf eine militärische ,,Zwischenlösung'' im Sinne eines konventionellen Blitzkrieges und Überfalls auf die DDR, Polen und die CSSR, der mit der atomaren Option gekoppelt wäre (vgl. AK 232). Daß die westdeutsche Bourgeoisie auf diese Lösung, die mit dem Risiko des atomaren Infernos verbunden ist, setzt, b e v o r die diversen anderen Varianten der Krisenlösung probiert wurden, halte ich für unwahrscheinlich. Außerdem muß die Herrichtung der Bereitschaft zum Angriffskrieg, zu Unterdrückung und Terror dem Krieg ebenso vorausgehen wie die Ausschaltung der Friedensbewegung. Dennoch ist Schönfärberei ganz fehl am Platz. Eine für die Imperialisten nachteilige Entwicklung des neuen ökonomischen Wettrennens mit den USA und Japan, die Ausweitung der Rüstungsproduktion, die den Zugriff auf die Masseneinkommen notwendig machen würde, die Zuspitzung der politischen Auseinandersetzungen könnten das Gemisch abgeben, in dem die westdeutsche Bourgeoisie auf Faschismus und Krieg setzt. Ohne Klassenkampf und Bürgerkriegsmethoden wird das allerdings nicht gehen.

Ein möglicher und wahrscheinlicher Vollzug der ,,Nachrüstung'' hieße noch nicht unbedingt, daß die ,,Überlebensfrage'' (Kt., AK 232) zu unseren Ungunsten beantwortet sein würde; eine Niederlage im Kampf gegen die Raketenstationierung würde eine schwere, unvergleichlich härtere Niederlage als das BTW-Ergebnis sein, weil sie das Ergebnis eines realen gesellschaftlichen Kräftemessens wäre. Es ist e i n e denkbare Variante, daß bereits diese Niederlage die gleichen politisch-moralischen Folgen haben könnte wie die Niederlage des deutschen Proletariats 1933, und die oppositionellen Kräfte nicht in der Lage wären, sich von dem Schlag zu erholen. Diese Gefahr wird vergrößert, wenn die Herbst-Auseinandersetzungen fälschlicherweise zu dem entscheidenden Konflikt hochstilisiert werden.

Berufsoptimismus als Perspektive?

Sicher nicht; meine Einwände gegen die AK-Berichterstattung sind nicht gegen eine verhaltene Skepsis gegenüber unseren Möglichkeiten gerichtet, sondern gegen das einseitige Starren auf die Pläne und Kräfte des Kapitals, gegen eine mechanistische Auslegung des BTW-Ergebnisses und die daraus folgende Propaganda der Hoffnungslosigkeit. Es bedarf keiner kommunistischen Organisation, um Weltuntergangsstimmung zu verbreiten. Die Existenzberechtigung des KB liegt in seiner Fähigkeit, den realen Gang der gesellschaftlichen Entwicklung zu analysieren, Einfluß auf die Kräfte zu nehmen, die im Widerspruch zur Kriegspolitik des Imperialismus stehen, die nächsten Etappen auf dem Weg zum Sozialismus zu weisen. Die Kritik, das alles seien unrealistische Phrasen, trifft nicht mich, sondern die Kritiker. Entweder haben wir dann keine (oder eine andere? welche?) Existenzberechtigung oder wir schaffen sie uns neu. Der erste Schritt sollte eine realitätstüchtige Bestimmung der aktuellen Etappe und aller in ihr wirkenden Kräfte sein.

fo./Bremen

Anmerkung der Redaktion

Es soll nicht verschwiegen werden, daß fo. die Tendenz unseres Kommentars nach der Bundestagswahl (AK 231) falsch wiedergibt. fo. schreibt: ,,.... *einseitige Überbetonung ... leistet sich der Kommentar in AK 231, der Sozialabbau und Verschärfung des Abtreibungsparagraphen, den Vollzug der atoma-*

falsch wiedergibt. fo. schreibt: ,,.... *einseitige Überbetonung ... leistet sich der Kommentar in AK 231, der Sozialabbau und Verschärfung des Abtreibungsparagraphen, den Vollzug der atoma-*

ren und konventionellen ,Nachrüstung' als ,endgültig unter Dach und Fach' betrachtet, und der sich in die Behauptung versteigt, ,ein Erfolg der SPD' hätte ,immerhin eine winzige Chance offengehalten'. Wie das? Und gibt es jetzt nicht einmal eine kleine Chance des Widerstandes u n d des Erfolges?'' **Lediglich bezüglich der (atomaren) ,,Nachrüstung''** heißt es im Kommentar, daß deren ,,Vollzug'' nunmehr ,,unter Dach und Fach'' sei. Und **lediglich auf die (atomare) ,,Nachrüstung''** bezog sich im Kommentar die Aussage, daß ein ,,Erfolg der SPD'' ,,immerhin eine winzige Chance offengehalten hätte''. Gerade an **diesem** Punkt scheint fo. keine andere Meinung zu vertreten als der Kommentar. Oder sollten wir ihn so sehr mißverstanden haben?

ANDY CAPP



Alfred Schröder: Ein konservativer Erdrutsch?

Das Wahlergebnis des 6. März und die Reaktionen der kommunistischen Presse

Im 100. Todesjahr von Karl Marx ist die demokratische und Arbeiterbewegung in Westdeutschland an einen neuen Tiefpunkt ihrer Entwicklung gekommen. Dies ist der Eindruck, den man unwillkürlich gewinnt, liest man die Kommentare und Leitartikel der kommunistischen und linken Zeitungen zu dem Wahlergebnis des 6. März. Der „Arbeiterkampf" sieht eine „*klare Mehrheit*" in der Bevölkerung „*für neue Atomraketen, Arbeitslosigkeit, Sozialabbau und Ausländerhetze*" (1). Dementsprechend empfiehlt der Kommentator all jenen, die in Zukunft ganz sicher gehen wollen, „*lieber die Auswanderungsmöglichkeiten zu studieren*" (2). Die KPD, die zusammen mit dem BWK selbst kandidierte, spricht von einer „*schweren Niederlage*", die Linke und Arbeiterbewegung erlitten hätten, und von einem eindeutigen „*Sieg für die politische Reaktion*" (3). Die MLPD sieht kurz nach ihrer Parteigründung die „*ultrarechte CDU/CSU*" im „*Aufschwung*" und einen deutlichen Rückgang der Massenbasis der SPD (4).

Ein gewisser politischer Katzenjammer ist in der gesamten linken Presse nicht zu übersehen. Das Wahlergebnis des 6. März kam für die Mehrheit der Linken unerwartet, sowohl was die Höhe des Wahlerfolges der CDU/CSU und der FDP betrifft, als auch die Magerkeit des Ergebnisses für SPD und Grüne. Die Wahlen in Hessen und Hamburg hatten Hoffnungen erzeugt auf jene neuen Mehrheiten, von denen Willi Brandt sprach, und die politisch links von den Unionsparteien angesiedelt seien. Diese neuen Mehrheiten waren es, die die Phantasie und Politik der verschiedensten Organisationen beflügelten und bestimmten. Dabei kam der Versuch, diese Mehrheiten klassenanalytisch zu erfassen und somit auch Kenntnisse über ihre politische Stabilität zu gewinnen, beträchtlich zu kurz. Der Wunsch — und nicht die Analyse der gesellschaftlichen Kräfte —, mit diesen neuen Mehrheiten die geplanten Raketenstationierungen zu verhindern und neuen Bewegungsraum für die demokratischen und kommunistischen Kräfte in unserem Land zu gewinnen, wurde — wie fast immer in den vergangenen Jahren — zum Vater der Politik.

So nimmt es nicht Wunder, daß für viele Linke der Einzug der Grünen Partei ins Bonner Parlament nicht nur der einzige Lichtblick dieser Wahlen war, sondern diese Partei auch zunehmend zum Bezugspunkt ihrer Aktivitäten wird. So erklärt die Zeitschrift „Kommune" in ihrem Editorial nach der Wahl „*die Politik der Grünen zur Sache der ganzen Linken*" und ebenso zu ihrer eigenen Sache (5). So bestärkt der Wahlausgang des 6. März viele in ihrer

Wahl „*die Politik der Grünen zur Sache der ganzen Linken*" und ebenso zu ihrer eigenen Sache (5). So bestärkt der Wahlausgang des 6. März viele in ihrer

Abwendung von der Arbeiterbewegung und in ihrem Engagement für die „neuen sozialen Bewegungen" und ihre politische Partei, die Grünen. War es nicht — zumindest großen Teilen der Presse nach — die Arbeiterschaft, die den Wahlerfolg der Unionsparteien si-

Alfred Schroeder gehört zur Redaktion der „Aufsätze zur Diskussion" (AzD), dem Organ der Gruppe Neue Haupseite Theorie, einer Organisation, deren Schwerpunkt in der Kritik der ML-Bewegung liegt. Nachdem der Schwerpunkt der Arbeit der NHT zunächst auf die weltanschauliche Ebene gelegt und sich intensiv mit den Philosophen beschäftigt wurde, die die ML-Bewegung beeinflußten, versucht die NHT seit etwa einem Jahr, ihre Arbeit auszuweiten und Positionen in Hinsicht der politischen Praxis zu entwickeln (vergl. AK 217, Die II. Konferenz der NHT).

cherte, und sind nicht heute in der Tat die „neuen sozialen Bewegungen" die Hauptkraft im Kampf gegen Raketenstationierungen und Abbau demokratischer Rechte? Das Wahlergebnis scheint all jene zu bestätigen, die mit ihrer Kritik an der Arbeiterbewegung und Industriegesellschaft die Abkehr vom Marxismus vollzogen haben oder vollziehen. Der Sog hin zur Grünen Partei wird auch ohne die Bemühungen der „Kommune" in der Linken anhalten. Der politische Katzenjammer über den Ausgang der Wahlen wird diesen Sog bestärken.

Wie ist der Wahlausgang jenseits der Bitternis und Enttäuschungen, die die Leitartikel und Kommentare der zitierten Zeitungen wiedergeben, einzuschätzen? Gab es einen Erdrutsch hin zur CDU/CSU? Waren es die Stimmzettel der Arbeiter, die der Wende nach rechts die parlamentarische Legitimität besorgten? Und das „parteibiologische Ende" der FDP — war dies nicht mehr als ein Wunschtraum Franz Josef Strauß' und der Linken? Haben die Kommunisten in Westdeutschland überhaupt noch eine andere Perspektive, als die Politik der Grünen zu ihrer eigenen Sache zu machen?

Eine Analyse des Wahlergebnisses ermöglicht Antworten auf diese Fragen. Die These vom Erdrutsch hin zu den Unionsparteien speist sich aus dem Vergleich des Wahlergebnisses mit dem von 1980. Damals kandidierte Franz Josef Strauß und erzielte mit 44,5 % ein ähnlich schlechtes Wahlergebnis wie Rainer Barzel 1972 (44,9 %) nach dem versuchten Sturz Willy Brandts. Beides waren Ausnahmesituationen für die Unionsparteien, in denen es ihnen durch die jeweilige politische Konstellation oder ihren Spitzenkandidaten nicht möglich war, ihre traditionelle Anhängerschaft zu mobilisieren. Bei der Wahl z.B. 1976 gab es diese Irritationen für die Unionswählerschaft nicht. Ein Blick auf das Wahlergebnis der Unionsparteien von 1976 und 1983 verdeutlicht, was von der These des konservativen Erdrutsches hin zu den Unionsparteien zu halten ist.

	1976	1983	1980
Wahlbeteiligung	90,7 %	89,1 %	88,6 %
CDU/CSU	48,6 %	48,8 %	44,5 %
FDP	7,9 %	7,0 %	10,6 %
SPD	42,6 %	38,2 %	42,9 %
Grüne	-	5,6 %	1,5 %

Bei all diesen Wahlen konnte die Union ein deutliches Mehr an Erststimmen gegenüber dem in der Statistik ausgewiesenen Zweitstimmenergebnis erzielen, sodaß ein Stimmensplitting zugunsten der FDP bei diesen Wahlen zu verzeichnen war. (Besonders 1980, als die FDP in Norddeutschland beträchtlich auf Kosten der CDU zulegte). Richtig bemerkt deshalb die ZEIT in ihrer Wahlanalyse: „*Dieser Erfolg der Union ist durch die totale Ausschöpfung ihres Anhängerpotentials möglich geworden: Einen großen Zulauf neuer Anhänger hatte sie nicht nötig. So hat sich das konservative Wählerpotential am 6. März insgesamt nicht vergrößert; nichts läßt auch auf den manchmal zitierten 'konservativen Trend' schließen*" (6).

Von ähnlicher Qualität wie die Theorie des Erdrutsches hin zu den Unionsparteien ist die von Geissler und Strauß noch in der Wahlnacht aufgestellte Behauptung, daß die Arbeiterschaft der SPD nicht nur den Rücken gekehrt hätte, sondern sich für die Uni-

stellte Behauptung, daß die Arbeiterschaft der SPD nicht nur den Rücken gekehrt hätte, sondern sich für die Uni-

onsparteien entschieden hätte. Daß die Unionsparteien traditionell einen nicht zu unterschätzenden Stimmblock aus der Arbeiterschaft besitzen, muß vorweg festgestellt werden. Hier ist auf die Tradition der katholischen Zentrumspartei und der mit ihr verbundenen christlichen Arbeiterverbände zu verweisen, die in den Unionsparteien und den mit ihr zusammenhängenden „gelben" Gewerkschaften wie den katholischen Arbeiterbünden (KAB) bis in die heutige Zeit fortleben. Daß Teile der Arbeiterschaft den Unionsparteien ihre Stimme geben, ist somit für die Wahlanalyse nichts Neues. Was neu sein soll an dem letzten Wahlergebnis, ist das Abwandern eines namhaften Teils von SPD-Stammwählern aus der Arbeiterschaft hin zu den Unionsparteien. Nur hält diese Behauptung der Analyse nicht stand. Es fällt bei der Betrachtung des Wahlergebnisses im einzelnen bereits auf, daß die Verluste der SPD in ihren traditionellen Hochburgen am geringsten sind, so in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen und im Land Nordrhein-Westfalen. Nur erlaubt diese Betrachtung noch keine genaueren Aussagen, welche Schichten der Lohnabhängigen der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt haben und wohin sie gewandert sind. Deutlicher wird dies in einer Studie, die das Amt für Statistik und Stadtforschung in Duisburg zur Bundestagswahl vorlegte. Aus der Zusammenfassung dieser Analyse sind für uns folgende Punkte interessant:

- „*Die SPD hat ... im Ruhrgebiet weniger verloren als im Bundesdurchschnitt.*
- *Die Arbeiter sind nicht in Scharen von der SPD weg- und zur CDU hingelaufen.*
- *Die höhere Wahlbeteiligung kam eher der CDU zugute.*
- *Die FDP hat im Ruhrgebiet überdurchschnittlich viel verloren. Und:*
- *Die Gewinne der Grünen liegen im Ruhrgebiet unter dem Durchschnitt*" (7).

Die Behauptung, daß die Arbeiter nicht in Scharen von der SPD weg- und zur Union hingewandert seien, wird von den Verfassern dieser Studie folgendermaßen erklärt: „*In der Tat legte die CDU gegenüber 1980 um 4,9 vH zu. Bei einem Vergleich muß jedoch beachtet werden, daß die Partei damals weit unter ihren Möglichkeiten abschnitt. Die Kandidatur von Strauß führte dazu, daß die FDP zu Lasten der CDU über ihr Potential hinaus dazugewann. Es ist also sinnvoller, die Wahl 1983 mit der Wahl 1976 zu vergleichen. Dabei ergibt sich, daß der Zuwachs der CDU im Revier bei 1,6 vH liegt. Dies ist ein Beleg dafür, daß das Wahlergebnis auf keinen Fall als Einbruch in die Stammwählerschaft der SPD, also in die Arbeitnehmerschaft, gewertet werden kann.*" Die Gewinne der Union kämen „*vor allem aus den gemischten Wohngebieten. Aber auch aus Arbeitnehmerhaushalten, die bürgerlich zu werden beginnen. Gerade in Schichten, die die SPD in den letzten Jahren für sich gewonnen hatte, bei Aufsteigern und denen, die sich als Aufsteiger empfinden, ist die Wahlbeteiligung besonders groß gewesen. Gerade hier ist der CDU-Zugewinn überdurchschnittlich ausgefallen. ... Natürlich hat es auch in den Arbeitervierteln Absprünge gegeben. Tatsache ist jedoch, daß die Verluste der SPD in ihren Hochburgen niedriger als im Durchschnitt ausgefallen sind. Sie erzielt in Wahllokalen, die in Arbeitervierteln liegen, immer noch leicht Ergebnisse um 65 Prozent. Andererseits ist nicht zu übersehen, daß die Wahlbeteiligung gerade in reinen Arbeitervierteln niedriger ausgefallen ist. Das wirkte sich zu Lasten der SPD aus*" (8). Die Verluste der SPD sind somit zweifacher Art: Zum einen in der Arbeiterschaft, deren teilweise Abwendung von der SPD sich in ihrer Wahlenthaltung ausdrückte, zum zweiten Verluste in den Mittelschichten, die sich zugunsten der Union auswirkten.

Nun zum „parteibiologischen Ende" der FDP, das für viele durch die Bundestagswahl nicht nur aufgehalten,

Nun zum „parteibiologischen Ende" der FDP, das für viele durch die Bundestagswahl nicht nur aufgehalten,

sondern gar widerlegt worden ist. Auch hier ist es eine oberflächliche Betrachtung des Wahlergebnisses, die eine solche Interpretation nahelegt. Die 7,0 % scheinen Stabilität im politischen Überlebenskampf der Liberalen zu verheißen. Nur, diese 7,0 % sind das Ergebnis eines Stimmensplittings von CDU/CSU einerseits und hauptsächlich SPD andererseits zugunsten der FDP. Ihre Stammwählerschaft — so und so seit Beginn der 60er Jahre eng begrenzt — reduzierte sich entscheidend in dieser Bundestagswahl. Konnte die FDP 1980 noch 7,2 % der Erststimmen für sich verbuchen, so war ihr diesjähriges Ergebnis mit 2,8 % vernichtend. Der Erststimmenanteil — so unwesentlich er bei der Bundestagswahl erscheint, — so wesentlich ist seine Aussagekraft für das künftige Überleben einer Partei. Die Differenz von der Erst- zur Zweitstimme verdeutlicht den Unterschied zwischen der Stammwählerschaft einer Partei und den nur möglichen Wählern dieser Partei, deren politische Heimat eigentlich woanders liegt. Bei den Landtagswahlen, wo ein Stimmensplitting in der Regel nicht möglich ist, wird die Stammwählerschaft einer Partei entscheidend. Die Wahlergebnisse in Rheinland-Pfalz wie in Schleswig-Holstein belegen eher die These vom „parteibiologischen Ende" der FDP. In beiden Bundesländern wurde die FDP auf ihren Erststimmenanteil bei der Bundestagswahl reduziert und fiel somit deutlich unter die 5 % - Grenze. Es besteht kein Grund zu der Annahme, daß sich diese Entwicklung in den kommenden Landtagswahlen nicht fortsetzen würde. Ohne feste Stammwählerschaft gibt es kein dauerhaftes Überleben für die FDP.

	1980 Erstst.	1980 Zweitst.	1983 Erstst.	1983 Zweitst.
FDP	7,2 %	10,6 %	2,8 %	7,0 %
Grüne	-	1,5 %	4,1 %	5,6 %

Dies sieht bei der Grünen Partei anders aus. Ins Auge fällt bereits der gegenüber der FDP geringe Unterschied zwischen Erst- und Zweitstimmen. Der für eine kleine Partei relativ hohe Anteil an Erststimmen verdeutlicht, daß die Grüne Partei einen nicht unbeträchtlichen Teil an Stammwählerschaft bereits gewonnen hat. So kommentiert die ZEIT in ihrer Wahlanalyse richtig: „*Die beste Chance für stabile Wähleranteile haben jetzt die Union und die Grünen: Sie können auf Anhänger und Wähler mit festem Wertgefüge zählen*" (9).

Unklarheiten gibt es noch immer über die Wählerstruktur der Grünen Partei. Beispielhaft dafür sind die Anschauungen Joscha Schmierers (KBW): „*Dagegen wird die These bestätigt, daß es sich bei den Grünen objektiv und, was jedenfalls ihre Wählerschaft betrifft, auch subjektiv um eine Partei von Lohnabhängigen handelt, die sich weniger in ihrer Zusammensetzung und der Zusammensetzung ihrer Wähler qualitativ von der Sozialdemokratie unterscheidet als vielmehr in ihrer Politik, indem sie die Inhalte der verschiedenen gesellschaftlichen Bewegungen aufnimmt und konzeptionell zu ordnen versucht*" (10). Diese Definition enthüllt nicht, sondern verschleiert den Kern des Problems. Gehen wir von der Zusammensetzung der Mitgliederschaft wie der Wählerschaft aus, so können wir die Mehrzahl der im Bundestag vertretenen Parteien als Parteien der Lohnabhängigen bezeichnen. Dies trifft auf die CDU ebenso zu wie auf die SPD oder die Grünen. Das von Schmierer gewählte Raster ist zu grob, um die Unterschiede in der Sozialstruktur sowohl der Mitgliedschaft wie der Wählerschaft dieser Parteien zu erfassen. Lohnabhängig — das ist der Industriearbeiter ebenso wie der Beamte, der leitende Angestellte wie der Verkäufer im Kaufhaus. Lohnabhängig sind somit — die Familienangehörigen mit eingerechnet — rund 80 % unserer Bevölkerung. Wer dem Unterschied in den Sozialstrukturen der Parteimitglieder wie der Wählerschaft auf die Spur kommen will, der muß etwas feinere Maßstäbe anlegen (siehe dazu den Artikel „Wechsel in Bonn und neue Mehrheiten", in AK 228 und 229, sowie „Ende einer Epoche", in: „Aufsätze zur Diskussion" 20). Was die Grüne Partei betrifft, so läßt sich zu diesen Lohnabhängigen durchaus Genaueres sagen. „*Die Grünen haben sich mit ihrem Wahlergebnis wohl endgültig als vierte (oder dritte) politische Kraft auf allen politischen Ebenen der Bundesrepublik etabliert. Sie stützten sich in*

vierte (oder dritte) politische Kraft auf allen politischen Ebenen der Bundesrepublik etabliert. Sie stützten sich in

Großstädten auf junge, eher aus bürgerlichen Elternhäusern stammende, gut ausgebildete Anhänger mit postmaterialistischen Werthaltungen. Ihre relative Bedeutung wird sich bei kommenden Wahlen (bei denen die allgemeine Wahlbeteiligung stets geringer ist) noch sehr viel stärker zeigen" (11). Nicht anders kommentiert die Duisburger Wahlanalyse die Wahlergebnisse der Grünen. Das Wahlergebnis „*liegt im Revier nur niedriger als im Bundesdurchschnitt. Daß sie überhaupt an die 5 Prozent kommen, ist für uns schon eine Überraschung, besonders, weil die Grünen auf lokaler Ebene kaum eine Rolle spielen, ihre Kandidaten in den Wahlkreisen völlig unbekannt sind und sie auch fast über keine Organisation verfügen. Sie bilden jedoch eine sehr geschlossene Gruppe mit einem ziemlich einheitlichen Lebensbild. Sie werden nicht als Organisation gewählt, sondern wegen der Werte, die sie vermitteln. Bezeichnenderweise erzielen sie in der Gruppe der 18 bis 25jährigen, und dort vor allem bei Menschen mit höherer Schulbildung, die größten Zugewinne, nämlich ein Plus von 8,7 Prozent*" (12). Die Erfolge der Grünen sind bisher an Städte und hier besonders an Universitätsstädte gebunden. Dominiert das flache Land, so ist den Grünen der Einzug in die entsprechenden Länderparlamente noch immer verwehrt. In den Städten sind es zwei Merkmale, die die grüne Wählerschaft auszeichnen: zum einen der relativ hohe Anteil an jugendlichen Wählern, zum anderen der relativ hohe Bildungsstand. Das Wählerpotential der Grünen lag somit bei diesen Bundestagswahlen genau dort, wo es auch in den letzten Landtagswahlen auszumachen war: in den neuen Mittelschichten und keineswegs in der Arbeiterschaft. Der hohe Anteil jugendlicher Wähler widerlegt diese These nicht und ist keineswegs Garant für einen klassenübergreifenden Charakter der grünen Wählerstruktur. Konkret ist das nicht der Fall, weil auch diese Jungwähler durch einen überdurchschnittlichen Bildungsstand gekennzeichnet sind, womit auch eine gewisse soziale Zuordnung zukünftig gegeben ist; allgemein ist dieses Argument untauglich, weil die Jugend sich generell dadurch auszeichnet, eine Avantgarderolle bei sich entwickelnden politischen Bewegungen zu spielen. Ein hoher Anteil jugendlicher Wähler verhindert darum keineswegs eine sozialspezifische Bestimmung einer politischen Partei.

Schmierers These von der Identität der Mitglieder- und Wählerstruktur von SPD und Grünen hat eine ebenso falsche wie verhängnisvolle Konsequenz. Sie unterstellt die Möglichkeit, den „Parteibildungsprozeß des Proletariats" aus der Grünen Partei und Bewegung heraus zu entwickeln. Somit wird es dann logisch, daß die parlamentarische Arbeit der Grünen nicht nur zur Sache der gesamten Linken, sondern auch der Kommunisten wird, wie die „Kommune" in ihrem bereits zitierten Editorial feststellt. Nur sind die Lohnabhängigen, die der Grünen Partei ihre Stimme geben, halt weder sozial noch politisch jene Kräfte, die den Parteibildungsprozeß der Arbeiterklasse vorantreiben. Dieser muß sich vielmehr in Kritik an den theoretischen Grundlagen und den politischen Zielsetzungen der Grünen Partei vollziehen. Dies heißt nicht, daß die Kommunisten heute nicht überall dort zusammen mit den demokratischen und fortschrittlichen Kräften der Grünen Partei agieren sollten, wo dies irgend möglich ist. So war es auch falsch und ein typisches Merkmal des Sektierertums der alten ML-Bewegung, daß KPD und BWK auf einer selbständigen Kandidatur bestanden und daß die MLPD nach einer Menge von Winkelzügen zum Wahlboykott aufrief. Die Stimmabgabe zugunsten der Grünen Partei war unter den gegeben politischen Verhältnissen eine richtige Entscheidung für die kommunistischen Kräfte, um so den fortschrittlichen und demokratischen Kräften der „neuen sozialen Bewegungen", die durch die Grüne Partei repräsentiert werden, eine parlamentarische Vertretung zu ermöglichen. So richtig diese k o n k r e t e politische Unterstützung war und wohl auch in Zukunft noch sein wird, so fehlerhaft ist es, die grundsätzliche theoretische

Unterstützung war und wohl auch in Zukunft noch sein wird, so fehlerhaft ist es, die grundsätzliche theoretische

und strategische Divergenz zwischen der Grünen Partei und der kommunistischen Bewegung zu vernachlässigen. Eine solche Politik führt zur Selbstauflösung der noch verbliebenen kommunistischen Organisationen und ist damit auch dauerhaft kein Gewinn für die fortschrittliche Bewegung in Westdeutschland.

Das Wahlergebnis weist hier den Kommunisten eine andere Aufgabenstellung zu. Es ist zustandegekommen durch Wählerbewegungen sowohl in der Arbeiterschaft wie in den neuen Mittelschichten. Die Verluste der Sozialdemokratie in der Arbeiterschaft gehen hauptsächlich auf deren Wahlenthaltung zurück. In den neuen Mittelschichten hat die Sozialdemokratie nach rechts an die Union verloren und nach links an die Grüne Partei. Die neuen Mehrheiten links von der Union, die man im Winter 82/83 erhoffte, waren aber gerade Mehrheiten, die von diesen neuen Mittelschichten sozial und politisch hegemonisiert waren (siehe dazu „Aufsätze zur Diskussion" 20, S.53). Dies verdeutlicht, daß es keinerlei Stabilität für diese „linken" Mehrheiten gibt, ohne die politische Bewußtwerdung des Kerns der Arbeiterschaft. Hier liegt die eigentliche p o l i t i s c h e Aufgabe der Kommunisten, die heute hauptsächlich in theoretischer, aber auch bereits in Ansätzen in politischer Abgrenzung von der Grünen Partei anzugehen ist.

Anmerkungen

(1) Arbeiterkampf Nr.231, S.1
(2) ebd.
(3) Roter Morgen Nr.10/83, S..1
(4) Rote Fahne Nr. 6/83, S.2
(5) Kommune Nr.3, S.4
(6) ZEIT Nr.11/83, S.8
(7) WAZ v. 14. März 1983
(8) ebd.
(9) ZEIT Nr.11/83, S.8
(10) Kommune Nr.3, S.7
(11) ZEIT Nr.11/83, S.8
(12) WAZ v. 14. März 1983

Levis Reformismus und seine Renaissance

Im AK 232 erschien von dem Genossen Jürgen der Artikel: „*Zum 100. Geburtstag von Paul Levi. Der Erbe von Rosa Luxemburg*". In diesem Artikel wird unkritisch das politische Wirken von Paul Levi nachgezeichnet.

Politische Wandlungen oder Schwankungen werden stillschweigend übergangen, nicht bewertet und schon lange nicht vom kommunistischen Standpunkt aus kritisiert.

Paul Levi hat in der Zeit von 1915-20 sicher sehr Verdienstvolles geleistet. Dies gilt sowohl für seine Tätigkeit in der „Zimmerwalder Linken", d.h. sein revolutionärer Kampf gegen den imperialistischen Krieg, und später für seine Arbeit im Spartakusbund und der KPD. d.h. hier sein entschiedener Kampf gegen den Sozialchauvinismus der SPD und die Wankelmütigkeit der linken USPD. Für uns ist diese Zeit auch im positiven Sinne sehr lehrreich.

Im Negativen lehrreich dagegen ist sein Bruch mit der KPD und sein Wechsel in das Lager der SPD, zu den Schlächtern der Novemberrevolution. Heute rückblickend Levi unter diesen Umständen als ‚Erben Rosa Luxemburgs' zu bezeichnen, ist makaber; mit ‚revolutionärer Haltung' hatte das nichts zu tun, dafür umso mehr mit Integrationskraft für eine bürgerliche Politik.

Die von Jürgen aufgeworfenen Fragen der Organisationsform hatte Levi für sich eindeutig im Sinne eines spontaneistischen und individualistischen Konzepts gelöst, und als Antwort auf die Frage, wie man in den Zentren des Imperialismus die Illusion in die SPD zerstört, bietet er das Aufgehen in diesen Illusionen an.

Wir wollen das im folgenden darstellen.

Spontaneität und Partei

Wie kommt Levi zu der merkwürdigen Einschätzung, daß die Parteigründung 1903 wichtig gewesen wäre, nicht aber 1918, mitten in der Novemberrevolution? Eine kommunistische Partei kann „*nicht spät genug gegründet werden*", „*wenn die Massen bereits in revolutionäre Aktionen eingetreten sind*" (AK 232). Begründet wird das von ihm folgendermaßen: „*Denn sind die Massen einmal in der revolutionären Bewegung begriffen, so ist ihr geistiger Umstellungsprozeß ein so ungeheuer rascher, werden bestehende Parteiprogramme und bestehende Parteiinstanzen so rasch über den Haufen geworfen, daß jeder Tag, den die Kommunisten länger in der Partei* (gemeint sind SPD, USPD) *bleiben und so den Revolutionierungsprozeß der Parteimitglieder mitführen können, ein Gewinn ist.*" (AK 232).

Das ist konfus und widersprüchlich und offenbart Levis eigene schwankende Haltung, denn leider hat uns Jürgen eine wichtige Aussage von Levi verheimlicht. So schrieb Levi im gleichen Artikel auch folgendes: „*Rückschauend müssen wir noch einmal die Frage prüfen: War es gut, daß die Kommunistische Partei gegründet wurde? Wir beantworten diese Frage heute wie ehe-*

end müssen wir noch einmal die Frage prüfen: War es gut, daß die Kommunistische Partei gegründet wurde? Wir beantworten diese Frage heute wie ehe-

dem mit einem Ja. Wer an die unbeschreibliche Verwirrung denkt, die im deutschen Proletariat obwaltete in den Monaten November/Dezember 1918, wer an das kindlich naive sich gehenlassen der Massen denkt, wer daran denkt, wie ohne jedes klare Ziel und wie haltlos sie zwischen dem Morphium der Scheidemann-Partei und dem Campher des Spartakusbundes hin und her wankten, der wird begreifen: Es mußte und sei es auch nur eine kleine kommunistische Partei gegründet werden..." (Paul Levi, Der Parteitag der Kommunistischen Partei, in: Die Internationale, Jg. 2, Heft 26, S. 41). Diese klare Einschätzung hinderte Levi nicht daran, später in der Auseinandersetzung mit der Kommunistischen Internationale diese köstliche Aussage zu machen: „*Wir müssen uns völlig klar werden, ob wir als Masse beieinander bleiben wollen... und wachsen wollen gegenseitig, oder ob wir nach einigem Zusammenleben die Creme dessen, was sich dann herausgebildet hat, abstoßen wollen.*" (zit. nach AK 232).

Die „unbeschreibliche Verwirrung" ist auch nicht an Levi vorübergegangen. Aber feststellen muß man, daß er zumindest in den Jahren 1918-20 annähernd die Notwendigkeit einer revolutionären Organisation unterstrichen hat. Seine Charakteristik der Massen und die Konsequenzen, die er daraus zieht, zeigt das sehr deutlich.

Erst 1921, als er mit der KI im Streit lag, favorisierte er v o l l e n d s Rosa Luxemburgs Spontaneitätstheorie.

Bekanntlich betonte Rosa die spontane Aktion der Massen, den Massenstreik als eine „*historische Erscheinung, die sich... aus den sozialen Verhältnissen mit geschichtlicher Notwendigkeit ergibt*". Luxemburg entwickelte ihre Ansicht über den Massenstreik im wesentlichen aus der Analyse der Klassenkämpfe in Rußland, aus der sie Schlußfolgerungen für Deutschland zog.

Während der Massenaktionen falle der ‚Leitung' die Aufgabe zu, dem Kampf die Richtung zu geben, die Bewegung politisch zu führen.

G. Lukacs nahm zu den Märzereignissen 1921 Stellung (s. AK 232) und kritisierte die Überschätzung der Kraft und Zielgerichtetheit einer revolutionären Aktion, die „zwangsläufig zu einer immer weiteren Steigerung", zu weiterer Revolutionierung führe, wie Luxemburg und in ihrem Gefolge auch Levi formuliert hatten.

Die Massenaktionen entstehen, so Luxemburg, spontan, als quasi automatische Folge der Wirtschaftskrise. Die Bedeutung der Partei liege darin, daß die Tätigkeit der Taktik der Partei „*nie unter dem Niveau der tatsächlichen Kraftverhältnisse steht, sondern vielmehr diesem Verhältnis vorauseilt*". Die Partei ist hier zwar eine beschleunigende, vorwärtstreibende Kraft, aber nur innerhalb einer Bewegung, die sich — letzten Endes — unabhängig von ihrer Entscheidung abspielt, in der sie deshalb keineswegs die Initiative ergreifen kann.

Lukacs weist darauf hin, daß die ‚Naturgesetze' der kapitalistischen Entwicklung zwar in die Krise hineinführen, den Weg hinaus aber nicht zeigen können. Massenaktionen, so Lukacs, brechen spontan aus, als Abwehrkämpfe gegen einen wirtschaftlichen oder politischen Vorstoß der Bourgeoisie, **und hören spontan auf**, wenn ihre unmittelbaren Ziele erfüllt sind oder als aussichtslos erscheinen. Sie haben also ihren ‚naturgesetzlichen' Verlauf beibehalten. (Revolution und Gegenrevolution, 1976, S. 246).

Lukacs stellte fest, daß es eben keine ‚naturgesetzlichen Notwendigkeiten' beim Ablauf revolutionärer Ereignisse gebe, die die Steuerung und auch die Initiierung von Massenaktionen durch eine zentrale Organisation überflüssig machen würden. Das Warten auf die spontanen Massenaktionen sei ein „quietistischer Wunderglauben".

Gerade opportunistische Theoretiker wie Kautsky z.B. wiesen auf die nicht gegebenen Bedingungen, die fehlenden Voraussetzungen usw. hin, wenn es um Massenaktionen bzw. deren Abwürgen ging.

Das hat auch Levi getan. Für ihn ha-

Voraussetzungen usw. hin, wenn es um Massenaktionen bzw. deren Abwürgen ging.

Das hat auch Levi getan. Für ihn ha-

ben z.B. in der Märzaktion diese Bedingungen, besonders die „*ausschlaggebende Mehrheit unter dem Proletariat, völlig gefehlt*". Er bezeichnete die Märzaktion als eine „*bakunistische, allem Marxistischen Hohn sprechende Grundeinstellung der Aktion*", eine „*völlige Verleugnung aller marxistischen Stellung der Kommunisten zu den Massen.*"

Lukacs' Einschätzung war diametral entgegengesetzt. Er bezeichnete dieselbe Aktion als den „*Weg, der das deutsche Proletariat zur wirklichen revolutionären Handlung führt.*"

Levi hat den Zusammenhang (in seiner ganzen Vielfältigkeit) zwischen Massenaktionen und der Notwendigkeit der Organisation, zwischen spontaner Erhebung und der Zentralisation der Kräfte, der Bedeutung des bewußten Elementes in ihrer Rückwirkung auf die Massenaktionen nicht ausreichend begriffen.

Seine Vorstellungen über die Rolle der Partei und deren Taktik während revolutionärer Kämpfe war im wesentlichen opportunistisch. Eine Partei muß auch in der Lage sein, die Initiative zu ergreifen.

Das hat Levi nicht verstanden. Sein Weg zurück in die SPD ist so, auch unter dem Gesichtspunkt des Organisationsmodells, nur folgerichtig. Noch 1927 sprach die SPD (Kautsky) vom „allmählichen Hinüberwachsen" in den Sozialismus, von der Übernahme des Staatsapparates durch die Arbeiterklasse. Hilferding jammerte über das „Unglück des Bolschewismus", und daß es doch ein großes Unglück gewesen sei, „*daß der Sieg der Bolschewiki vor dem Sieg der demokratischen Revolution in Deutschland kam*" (SPD-Parteitag in Kiel, 1927).

Levi und die Sozialdemokratie

Interessant ist, wie Jürgen die Stellung Levis zur Sozialdemokratie darstellt. Die Fragestellung sowohl für Jürgen wie auch für Levi ist bzw. war: Wie kann die Revolution in den Zentren des Imperialismus siegen, wo der bürgerliche Staat und die Illusionen in die Sozialdemokratie viel stärker sind als in Rußland? (AK 232).

Die Lösung, die Levi anbot, bestand nicht darin, gegen die Illusionen, die die Arbeitermassen in die Sozialdemokratie hatten, entschieden anzukämpfen, sondern darin, ihnen Stück für Stück nachzugeben, um dann später diesen Illusionen selber vollständig zu erliegen. Imposant ist vor allem das Tempo der Wandlung Levis vom Revolutionär zum sozialdemokratischen Reformisten. Noch Ende 1920 bestimmte Levi als führender Funktionär die politischen Einschätzungen der KPD und stimmte mit der Linie der KI überein. So hieß es z.B. im Entwurf des Aktionsprogramms der VKPD: „*Die Sozialdemokraten, die Ebert und Scheidemann, die treuen Diener des Imperialismus im Weltkriege, die Verräter des Sozialismus und Bekämpfer der Revolution bis zuletzt, und die unabhängigen Führer vom Schlage der Haase-Dittmann, die den Imperialismus durch Verständigung zu zähmen gedachten und denen vor der Revolution graute; sie wurden von der Geschichte ausersehen, die bürgerliche Republik zu begründen*". 1) (Die Internationale, Jg. 2, Heft 26, S. 11).

Weiter wird im Entwurf des Aktionsprogramms ausgeführt: „*Die VKPD bekämpft die mehrheitssozialistische und unabhängige Partei als die Vorposten der Bourgeoisie im Lager des Proletariats selbst. Sie kämpft mit den proletarischen Massen, die in diesen Parteien organisiert sind, überall da, wo sie sich feindlich gegen den bürgerlichen Staat und die kapitalistische Unternehmerklasse wenden.*

(..) Die kommunistische Partei ist die fortgeschrittenste, zielklarste, energischste, revolutionäre Vorhut des Gesamtproletariats. Zum Unterschied von den menschewistischen Parteien, den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, vertritt sie nicht die Sonderinteressen der Arbeiteraristokratie oder kleinbürgerlicher Arbeiterschichten gegen-

Mehrheitssozialisten und Unabhängigen, vertritt sie nicht die Sonderinteressen der Arbeiteraristokratie oder kleinbürgerlicher Arbeiterschichten gegen-

über dem Gesamtproletariat (...) Zum Unterschied im besonderen von der Unabhängigen Partei leugnet sie, daß Kompromisse mit der Bourgeosie Etappen auf dem Wege zur proletarischen Diktatur sein können. Die unabhängige Partei weicht den unvermeidlichen Zusammenstößen mit dem bürgerlichen Staat aus feiger Furcht vor dem Bürgerkrieg und vor dem wirtschaftlichen Chaos immer wieder aus." (ebd., S. 25). Und ebenso war Konsens: „*Die sozialistisch demokratische Republik bereitet den Offiziersputsch in die offen bürgerliche Republik vor. (...) Gestützt auf die Arbeiteraristokratie und das Kleinbürgertum, verrichtet Noske das Henkerwerk für die Bourgeoisie*". (ebd., S. 12). Diese schroffe Frontstellung zur SPD und zu den schwankenden zentristischen Elementen in der USPD war Allgemeingut in der KPD, sie entsprang den schmerzlichen und blutigen Erfahrungen des Klassenkampfs.

Wie gesagt, zu diesen Einschätzungen stand Levi bis Ende 1920 nicht in Widerspruch. Das gilt auch für die „21 Bedingungen", die der 2. KI-Kongreß im Juli/August 1920 beschlossen hatte und die die Aufnahme in die KI regeln sollten. Danach sollten „die reformistischen und Zentrumsleute" aus den verantwortlichen Posten der Parteien, die der KI angehörten, „entfernt" und durch „bewährte Kommunisten" ersetzt werden. „*Die Parteien, die der Kommunistischen Internationale anzugehören wünschen, sind verpflichtet, den vollen Bruch mit dem Reformismus und mit der Politik des ‚Zentrums' anzuerkennen und diesen Bruch in den weitesten Kreisen der Parteimitgliedschaft zu propagieren. Ohne das ist eine konsequente kommunistische Politik nicht möglich. (...) Die Kommunistische Internationale vermag sich nicht damit abzufinden, daß notorische Opportunisten, wie sie jetzt durch Turati, Kautsky, Hilferding, Hillquit, Longuet, Mac Donald, Modigliani u.a. repräsentiert werden, das Recht haben sollen, als Angehörige der 3. Internationale zu gelten.*" (J. Braunthal, Geschichte der 3. Internationale, Bd. 2, Hannover 1963, S. 558/59). Wie wir sehen, irrt der Genosse Jürgen, wenn er behauptet, daß Levi „*ein Verfechter einer recht pluralistischen Parteikonzeption*" (AK 232) war. Zu diesem Zeitpunkt war er noch voll mit Lenin's Bedingungen einverstanden, die auf eine klare politische, ideologische und organisatorische Trennung von den linksdrapierten Spielarten des Sozialdemokratismus abzielten.

Im Übrigen, das muß hier kurz erwähnt werden, war Levi selber nicht gerade unbewandert im Umgang mit den „blanquistischen Organisationsprinzipien". Zumindest dann nicht, als es gegen den linksradikalen, anarchosyndikalistischen Parteiflügel ging. Hier scheute er sich durchaus nicht, die ganze Macht der ‚Zentralgewalt' einzusetzen und die KPD zu spalten, und zwar so, daß sie die Hälfte ihrer Mitglieder verlor. Dabei hatte er noch keine Bedenken, daß die KPD zu einem „Verschwörerzirkel" werden könnte, oder daß „*Spaltungen nicht vorgenommen werden können auf Resolutionen, sondern Spaltungen nur vorgenommen werden können auf politisches Erleben hin*" (Levi, s. AK 232). Der Vollständigkeit halber fügen wir noch hinzu, daß „Moskau" diese mechanische Handhabung der Organisationsprinzipien nicht billigte, die abgespaltenen Anarcho-Syndikalisten (die sich in der Kommunistischen Arbeiterpartei KAPD organisierten) in die KI aufnahm, und von der KPD eine intensive politische Auseinandersetzung mit der KAPD forderte, was den Unwillen Levis hervorrief. (vgl. Radek, Die Krise in der VKPD, in: Die Internationale, Jg. 1921, S. 73). Nicht ohne Spott bemerkt Radek, daß Levi selber erst kurz vorher die richtigen Positionen in der Gewerkschaftsfrage bezogen hatte.

„Pluralist" jedoch wurde Levi, als es galt, die 21 Bedingungen in der Praxis gegen R e c h t s durchzusetzen. Levi zeigte damit recht anschaulich, daß die Fragen des Parteiaufbaus nicht abstrakt zu betrachten sind: Nach links war Levi prinzipienfest und unerbitt-

Levi zeigte damit recht anschaulich, daß die Fragen des Parteiaufbaus nicht abstrakt zu betrachten sind: Nach links war Levi prinzipienfest und unerbitt-

lich, nach rechts strebte er die Öffnung an.

Als „zweifelhaft" betrachtet es Jürgen, daß die zentristischen Führer wie die Sozialchauvinisten Kautsky und Hilferding, (der später Finanzminister in der Weimarer Republik wurde), nicht in den Kreis der Kommunisten aufgenommen wurde. Man spürt hier bei dem Genossen das Bedauern über die Engstirnigkeit „*der (meist russischen) Komintern-Führer*", denn nach Rechts hätte man die Bewegung verbreitern können, vorausgesetzt, man hätte die 21 Bedingungen gelockert. Was in Deutschland „zweifelhaft" war, das war in Italien nach Ansicht von Jürgen „verhängnisvoll". Hier führte das „Hineinstümpern" der KI-Führer (und natürlich nur das) dazu, daß die KPI eine „kleine, aber feine Minderheit" in der Arbeiterbewegung wurde. Sicherlich, wer mit dem Gedanken kokettiert, mit Kautsky und Hilferding in einer kommunistischen Organisation zusammen zu arbeiten (was wohl Kautsky und Hilferding zu dieser famosen Ideé gesagt hätten?) und sich der ganzen Ungeheuerlichkeit noch nicht einmal bewußt ist, der muß natürlich auch energisch dafür eintreten, daß die italienischen Reformisten gleicher Couleur in die KI kommen. Daß die SPI, in der Kommunisten und Reformisten in einer Partei verschmolzen waren, sich den Beschlüssen des 2. Kongresses der KI nicht fügte, sondern sie zu sabotieren versuchte, war jedenfalls für Levi nicht entscheidend. Vergessen hatte Levi (der selber am SPI-Kongreß teilnahm) auch seine eigene Meinung, die er noch kurz vor dem Kongreß äußerte: daß man alles unternehmen müsse, um die SPI zur Ausführung des Beschlusses der KI zu bewegen, d.h. zur entschlossenen Trennung von den Reformisten, und daß im Falle einer Weigerung der Bruch nötig sei. Seine Meinung änderte Levi ausschließlich unter dem Eindruck der Mehrheitsverhältnisse auf dem SPI-Kongreß. Daß die überwiegende Mehrheit gegen die KI und für die Reformisten gestimmt hatten, brachte ihn zu der Überzeugung, daß die kommunistischen Parteien nur entstehen können auf „*dem Wege des organischen Wachsens und des gemeinsamen Erlebens und Kämpfens solcher Massen*" (vgl. Radek, a.a.O., S. 75-77). Und bitte. Notorische Opportunisten à la Turati und Beschlüsse der KI her, und wenn die Massen Illusionen in den bürgerlichen Staat und die Sozialdemokratie haben, dann müssen wir unsere Partei eben öffnen, nicht so starr prinzipienfest sein, damit die Opportunisten und mit ihnen die Masse auch zu uns kommen können. Die Bewegung ist dann zwar verschwommen, dafür aber breit, und das ist doch wohl die Hauptsache, nicht wahr?

Daß das „organische Wachsen" nicht unbedingt zum Ziel führt, sondern im Gegenteil zum Reformismus, das werden wir gleich noch an Levi sehen. Besonders dann nicht, wenn man das „organische Wachsen" so a l l g e m e i n daher sagt, wo es doch k o n k r e t um die politische Auseinandersetzung und Entscheidung zwischen Kommunismus und Reformismus ging. Der Fehler, den Levi beging und den Jürgen übernimmt, ist, daß die Notwendigkeit der Organisierung der Revolutionäre einerseits und die Arbeit unter den sozialdemokratisch beeinflußten Massen andererseits verwechselt und vermengt wird. Die 21 Bedingungen der KI zielten in der Tat darauf ab, die Kommunisten von den Opportunisten organisatorisch zu trennen, was nicht gleichbedeutend damit ist, die politische Arbeit unter den sozialdemokratischen Massen einzustellen. Es war gerade einer der schwersten Fehler in der Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, daß die Revolutionäre diese Trennung von den Reformisten erst viel zu spät vollzogen. Aber immerhin, man hatte diesen Fehler ja korrigiert und Levi auch, jedenfalls in der Zeit 1915-1920. Und die wichtigste Erfahrung der Revolutionsjahre 1918/19 war doch, daß die deutsche Revolution viel zu wenig an revolutionärer Organisation hatte. Das gilt nicht nur für den technischen Parteiapparat, sondern auch für die politisch-ideologische Ausrichtung, und daß durch „organisches Wachsen" allein überhaupt nichts erreicht wurde. Aus sich selber heraus entwickelt die Arbeiterklasse kein kommunistisches Bewußtsein, und besonders dann nicht, wenn man bedenkt, daß die SPD über eine ausgezeichnete, wirkungsvolle Organisation verfügte. In der SPD und mit der SPD (oder ähnlichen Reformisten) konnten die Arbeitermassen natürlich niemals das „gemeinsame Kämpfen" erleben (auch das war Levi in besseren Zeiten bekannt); das funktionierte nur dann, wenn von außen eine revolutionäre Organisation auf diese Massen einwirkte.

Durch die Vorgänge um die KAPD war das Verhältnis Levis zur VKPD

wenn von außen eine revolutionäre Organisation auf diese Massen einwirkte.

Durch die Vorgänge um die KAPD war das Verhältnis Levis zur VKPD

und zur KI gespannt. Ausgeschlossen wurde Levi, nachdem er die Märzaktion der KPD 1921 als „Bakunisten-Putsch" bezeichnet hatte. Wir wollen hier nicht die ganzen detaillierten Umstände erörtern. Im Grunde ging es um die unterschiedliche Einschätzung der damaligen Situation. Die KPD sprach davon, daß die Arbeiterbewegung in der Offensive sei; sie bereitete den Aufstand vor und versuchte ihn durchzuführen. Lenin verurteilte diese Einschätzung der KPD als „falsch und unsinnig". Jedoch erklärte Lenin auch eindeutig: „*Die Defensive von Hunderttausenden Arbeitern (...) als ‚Putsch' und sogar als ‚Bakunisten-Putsch' zu bezeichnen, ist schlimmer als ein Fehler, ist eine Verletzung der revolutionären Disziplin. Da Levi dem noch die und die Disziplinverstöße hinzugefügt hat, (...) hat er Strafe verdient und ist zu Recht mit Ausschluß bestraft worden.*" (LW, Ergänzungsband 1917/23, S. 330). Lenin hatte empfohlen, den Ausschluß Levi's zu befristen und ihn wieder aufzunahmen, wenn er sich im Laufe dieser Frist „loyal" verhalten würde. Nun, das hat Levi nicht getan. Seine opportunistischen Fehler hat er kultiviert und zum System erhoben. Seine versöhnlerische Haltung zu den reformistischen Führern, seine Kapitulation vor den Illusionen der Massen in die Sozialdemokratie entwickelte er konsequent fort, bis zur Aufgabe der eigenen kommunistischen Position. Jürgen rechnet Levi hoch an, daß er „*erstmals Einheitsfrontangebote an die SPD gemacht*" habe. Levi war zwar nicht der Einzige in der KPD, der für die Einheitsfrontpolitik kämpfte, aber

Fortsetzung nächste Seite

Forts. von vorheriger Seite

richtig daran ist sicherlich, daß er einen ganz besonderen Hang zu dieser Art der Politik hatte. Nur, auch hier kam es auf die richtige Handhabung dieses politischen Mittels an, denn Einheitsfronttaktik an sich besagt noch nichts. Die Frage ist: Wird die Einheitsfronttaktik revolutionär oder opportunistisch angewandt. Den Genossen Jürgen tangiert das anscheinend nicht. Allzu unkritisch gibt er nur einige Beispiele an.

1. Das Verhalten während des Kapp-Putsches im März 1920. Hier kopierte die KPD-Zentrale die Haltung der Bolschewiki während des Kornilow-Putsches 1917. Die KPD bot der SPD/-USPD-Regierung die Tolerierung (loyale Opposition) an, unter der Bedingung, daß man gemeinsam den Putsch der Militärs zurückschlägt. Diese Taktik war zwar durchaus richtig, nur erhielt sie bei der KPD einen opportunistischen Zungenschlag. In seinem Buch „Der linke Radikalismus ..." kritisierte Lenin die falsche Charakteristik der SPD/USPD-Regierung, die von der KPD als sozialistisch bezeichnet worden war. Lenin definierte sie als „bürgerlich-kapitalistische" Parteien. Genauso wandte sich Lenin entschieden gegen die beschönigende Darstellung der „bürgerlichen Demokratie" unter der SPD/USPD-Regierung (vgl. LW, Bd. 31, S. 97/98). In dieser Erklärung der KPD schimmerten in der Tat die Illusionen in den bürgerlichen Staat und die SPD durch.

2. Bezeichnend ist Jürgens Lob für die Levi'sche Einheitsfronttaktik in Sachsen und Thüringen 1923. Das Hinterherhinken hinter der SPD, das Abgeben der eigenen Initiative und das daraus resultierende Verschlafen der damaligen revolutionären Situation wird zum non plus ultra hochstilisiert. Die von ihm gepriesene Einheitsfront führte dazu, daß man kampflos die Reichsexekutive gegen die ‚Arbeiterregierung' in Sachsen hinnahm. Zwar war man diesmal nicht auf „BakuninPutsch"-Kurs, dafür stand man aber einheitlich mit der SPD den Angriffen der Reaktion passiv gegenüber. Die KPD hatte ihre selbständige Rolle aufgegeben und schielte nur noch auf das Verhalten der linken SPD-Führer. Dafür war der KPD freilich diesmal das Lob Levis sicher. Wie sagte er: „*Hier nun, in Sachsen und Thüringen, verbinden sie sich und ihre Politik mit dem bestehenden.*" (AK 232).

Levi, der so sprach, wußte, wovon er redet, denn er hatte die Einheitsfronttaktik sozusagen perfektioniert. Da Kautsky und Hilferding wegen der 21 Bedingungen nicht in die KI durften, ging er schließlich zu ihnen in die USPD. „Der Erbe von Rosa Luxemburg", wie Jürgen ihn nennt, Seite an Seite mit den Henkern Noske und Co. Wahrlich ein breites Bündnis und wahrscheinlich ein Produkt des von Levi propagierten „organischen Wachsens" und des „politischen Erlebens".

„**Auch nach seinem Übertritt zur SPD im September 1922 versuchte Levi, seiner revolutionären Haltung treu zu bleiben.**" Diese Rechtfertigung durch Jürgen ist einfach erschlagend. Und da sage noch einer, Levi hätte das Problem der Befreiung der Massen von den Illusionen in die SPD nicht überzeugend gelöst, wo doch trotz alledem, bei Jürgen die vage Hoffnung bleibt, daß Levi, wenn er nicht gestorben wäre, den Schritt aus der SPD vielleicht doch noch geschafft hätte? Aber mit dieser vagen Hoffnung allein kann und will sich Jürgen nicht begnügen, denn immerhin war Levi mit „revolutionärer Haltung" acht Jahre in der SPD. Jürgen führt an, daß Levi immer die Politik der SPD kritisiert hatte, sei es nun die Rechtsentwicklung, den Panzerkreuzerbau — und sicherlich auch die blutige Zerschlagung der 1. Mai-Demonstration 1929 durch seinen Parteigenossen Zörgiebel, fügen wir noch von uns aus hinzu. Aber wieso sollte so etwas auch unvereinbar im Sinne der gemeinsamen Parteizugehörigkeit, mit der Haltung eines „Revolutionärs" sein?...

he. + pe., Göttingen

Zur Diskussion:

Schluß mit dem Einknasten von Kindern und Jugendlichen

„Im Dezember 1971 sahen Fernsehzuschauer im amerikanischen Bundesstaat Massachusetts ungewöhnliche Bilder. Der Leiter des Jugendstrafvollzugs (...), Dr. Jerome Miller, zerschlug mit einem Vorschlaghammer Gitter und Schlösser der Arrestzellen im geräumigen Jugendgefängnis von Shirley. Ehemalige Insassen beteiligten sich hammerschwingend an der Aktion."(1).

Derart radikale Schritte gegen das Unrecht Jugendknast, die ergänzt werden können durch weitere Beispiele aus dem skandinavischen Bereich, sind leider aus unserer heimischen Sphäre nicht zu berichten. Im Gegenteil. Für den Neubau eines geschlossenene Hauses und der Herrichtung einer „Beobachtungs- und Einzelhaftstation" auf der Hamburger Knastinsel Hahnöfersand für Jugendliche werden sage und schreibe fast 18 Millionen DM ausgegeben. (2)

Vor nicht allzu langer Zeit sind wieder Jugendliche von der Knastinsel Hahnöfersand geflohen. Das ist eigentlich nichts Ungewöhnliches, denn solange es Gefängnisse gibt, solange gibt es auch immer wieder Menschen, die diesem unmenschlichen Knastsystem zu entfliehen versuchen. Nur wenigen gelingt es. Meist können sie sich allerdings nicht lange „draußen" halten und werden relativ schnell wieder festgenommen, um dann erstmal eine Strafe während der Strafe zu bekommen: Arrest.

Ungewöhnlich allerdings ist, mit welcher Aufmerksamkeit die CDU diese Fluchtversuche in letzter Zeit verfolgt und wie sehr sie hier versucht, auf dem Rücken einiger Geflohener, für einen noch schärferen Strafvollzug einzutreten.

Wir wollen diese Vorkommnisse unsererseits zum Anlaß nehmen, im Interesse aller eingekerkerten Kinder und Jugendlichen und aller, denen dies noch bevorsteht, unsere Forderung nach Abschaffung von Jugendarrest- und Jugendhaftanstalten zu erläutern.

Fachgruppe Knast und Justiz/GAL-Hamburg

Welche Jugendlichen kommen in den Knast?

Am Stichtag 31.3.1980 waren 6490 Jugendliche und Jungerwachsene eingeknastet. Hiervon ca. 300 Jugendliche in Hamburg. Man kann sich vorstellen, wieviel Jugendliche in einem Zeitraum von 7 Jahren (dies ist der Zeitraum, in dem ein Jugendlicher als Jugendlicher verurteilt wird) durch die Knäste geschleust werden. Wie die Knäste allgemein, macht auch der Jugendknast eine ausgeprägte Klassenjustiz deutlich. In den Anstalten sitzen nicht die Töchter und Söhne der Herren aus dem Mana-

ausgeprägte Klassenjustiz deutlich. In den Anstalten sitzen nicht die Töchter und Söhne der Herren aus dem Mana-

gement oder den Chefetagen, der Industrie, auch nicht die Kinder der Rechtsanwälte, Ärzte oder Lehrer.

Es sind die Kinder aus den Beton-Ghettos: Steilshoop, Mümmelmannsberg, Osdorfer Born, Billstedt/Horn etc. In jeder Stadt gibt es diese Ghettos.

Die Jugendlichen stammen meist aus zerrütteten Arbeiter-Familien, oft haben sie ihre Kindheit in Heimen verbringen müssen. Sie wachsen also in einer sehr lieblosen Umgebung auf, meist ohne jegliche Zuwendung, oft genug verstoßen, bei jeder Kleinigkeit mit Repressionen belegt. Liebe, Verständnis, Vertrauen sind den meisten von ihnen nur selten entgegengebracht worden.

Angesichts der hohen Arbeitslosigkeit, die hauptsächlich Familien trifft, in denen die Eltern ungelernte Arbeiter und Arbeiterinnen sind, leiden Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden und nur unzureichend Freizeitmöglichkeiten haben, doppelt. Die in ihrer Umgebung und Familie erlebte Perspektivlosigkeit hinsichtlich Arbeit und sinnvoller Freizeit- und Lebensgestaltung führt neben einer massiven materiellen und sozialen zu einer psychischen Verelendung, deren Ausdruck oftmals Kriminalität, häufiger noch Alkoholismus und illegaler Drogenkonsum ist.

Die Antwort des Staates hierauf ist mehr Repression in Form von mehr Polizei (Zivilpolizisten, die sich speziell der Jugendkriminalität widmen). Ein besonders lehrreiches Beispiel für diese Vorgehensweise hat uns die Verfolgung der Punx am Spritzenplatz und die Vertreibung der Punx aus dem Karolinenviertel in Hamburg gezeigt.

Warum werden diese Jugendlichen straffällig?

Durch die häuslich schlechte Situation sind die Jugendlichen natürlich meist auch noch „die Versager" in der Schule. Da es sie weder in der Schule, noch zu Hause, noch im Heim hält, zieht es sie auf die Straße zu den anderen Jugendlichen, denen es ähnlich geht. Hier können sie sich ein bißchen wohlfühlen, vielleicht sogar manchmal auch verstanden fühlen, für ein paar Stunden den häuslichen Krach, die Heimschikane vergessen.

Die ersten krummen Dinger sind dann auch oft sogenannte „Mutproben", wo die Jugendlichen sich Anerkennung (endlich einmal!) wenigstens bei den Kumpels holen. Wenn mensch überall der Versager ist, aber hier ist man/frau endlich wer! Mal die Jungs oder Mädchen einladen zu ner Spritztour mit nem schnellen Flitzer? Oder überhaupt, wie die staunen würden, wenn ich so einen heißen Ofen hätte. Und einen ausgeben muß man doch auch mal. Aber woher die Kohle nehmen? Und endlich auch mal so 'ne dufte Jacke haben, wie der Typ von nebenan.

Vielfach spielt dann im weiteren auch Alkohol eine große Rolle. Alkohol, diese legale Droge, an der der Staat Millionen verdient, und mit der die Leute, weil sie keine andere Möglichkeiten wissen, ihre Probleme herunterschlucken. Nun ist hinreichend bekannt, daß der Alkoholismus gerade auch unter Jugendlichen in den letzten Jahren erschreckend zugenommen hat.

auch unter Jugendlichen in den letzten Jahren erschreckend zugenommen hat.

Es ist insgesamt abzusehen, daß mit höherer Arbeitslosigkeit, mit Lehrstellenknappheit, mit Sparmaßnahmen gerade in sozialen Bereichen die soziale Verelendung noch größer wird und damit auch die Kriminalität zunimmt.

Dagegen wird dann folgendes Mittel angewandt: Den Menschen wird nicht geholfen, sondern sie werden eingesperrt.

Für viele Leute ist polizeiliche Jugendpolitik und Jugendarrest und Jugendknast etwas sehr Verschiedenes. Wir meinen jedoch, daß staatliche Jugendpolitik, die sich massiv der Polizei als Ordnungs- und Sozialisationsfaktor bedient, das Knastsystem auf den ganzen Jugendsektor ausdehnt. Über die Präsenz der Polizei an den Treffpunkten der Jugendlichen wird nicht nur das staatliche Gewaltpotential demonstriert, sondern zugleich die reale Chance, mit dem Staat in Konflikt zu geraten und damit möglicherweise auch im Knast zu landen, für viele Jugendliche erst zu einer realistischen Größe.

Knast, ein geeignetes Mittel dagegen?

Mit dem Einsperren wird nun gerade der Grund, weshalb die Jugendlichen straffällig geworden sind, verstärkt. Hier wird genau das getan, was die Jugendlichen schon immer erfahren mußten: bestraft!

Und hier wird auch der Anfang für ihre zukünftige Knastkarriere sein, denn die meisten schaffen es nicht wieder — einmal in den Fängen der Justiz — sich aus ihren Klauen zu befreien. Wenn Du mal ne Akte hast, dann wirst Du sie nicht wieder los. Die Jugendlichen kommen in einem Alter, in den Knast, in dem sich ihre Persönlichkeit erst entwickelt. Dies ist das Alter in dem zu entscheiden ist, welchen Beruf mensch später ausüben will und erlernt, in dem mensch Beziehungen knüpft, die sehr bedeutend und prägend sein können und häufig auch mit einer weiteren Perspektive verbunden sind. Die Jugendlichen beginnen, sich stärker mit ihrer Umwelt auseinanderzusetzen, es entwickeln sich Standpunkte, Ideale etc.

Im Jugendknast nun herrscht eine strenge Hierarchie. Das Faustrecht ist bestimmend. Wer zuerst zuhaut, hat die Macht. Und wie ein Spiegel von draußen findet hier die ganze Unterdrückungspalette statt. Wer mehr Geld hat, kauft sich Knackis, die ihm die Zelle putzen, macht Geschäfte auf Kosten der anderen. „*Schlimm ist ja nicht, daß Erziehung nicht stattfindet. Schlimm ist, daß die Kasernierung in einer Lebensphase, in der sich die Persönlichkeit erst noch entfaltet, die Menschen stark beeinflußt: Zur Brutalisierung, zum Erwerb von Manipulationstechniken gegenüber Mitmenschen, zur Unterdrückung von Emotionen, zur Verhärtung gegenüber dem Schicksal anderer, zu Selbsthaß und Selbstmitleid, zur Einschätzung der Gesellschaft als System der Ungerechtigkeit usw. Aus dieser Erfahrung mit sich selbst und mit anderen resultieren Menschen mit Haftschäden, die irreparabel sein können und dann eine allgemeine Gefahrenquelle darstellen. Und man kann den Haftgeschädigten nicht einmal abverlangen, daß sie ihre im Knast erlernten Verhaltensweisen kontrollieren sollen*"(1).

Darüberhinaus ist der Knast natürlich eine vorzügliche Quelle, sich über die verschiedensten Methoden des Einbruchs, Autoknackens etc. auszutauschen.

Der Knast isoliert die Jugendlichen von „draußen", trennt sie von Beziehungen, nimmt ihnen noch mehr Selbstwertgefühl, nimmt ihnen jede Entscheidung ab und macht sie damit unselbständig bzw. läßt sie nicht selbständig werden.

Alternativen

In Hamburg wurde 1981 die geschlossene Heimerziehung abgeschafft. Wir meinen, dies war ein Schritt in die richtige Richtung. Dieser Weg muß konsequent weitergegangen werden.

Wenn wir von Alternativen reden, dann wollen wir keinen „besseren" oder moderneren Knast und wir wollen auch keine Hintertürchen, daß z.B. nach Abschaffung der geschlossenen Heimerziehung Jugendliche vermehrt in U-Haft genommen werden. Wir

in U-Haft genommen werden. Wir

glauben, daß es mittlerweile genügend Argumente gibt, die belegen, daß Knäste ihren Resozialisierungs- bzw.(für Jugendliche) Erziehungsanspruch nicht einlösen können. Einsperren löst keine Probleme, sondern schafft nur noch zusätzlich neue. Im Grunde handelt es sich bei dieser Erkenntnis um eine Binsenweisheit, die jeder „Praktiker" aus dem Vollzug nur bestätigen kann. Wir verlangen, daß endlich mit der Lüge aufgehört wird, daß Resozialisierung, bzw. Erziehung und Behandlung in den Knästen stattfindet oder doch wenigstens potentiell realisierbar wäre.

Wir wollen stattdessen:

Neben der Abschaffung der Jugendstrafanstalten und der sofortigen Schließung der Jugendarrestanstalt Wandsbek die große Wende. Eine Wende in der Jugend- und Sozialpolitik, in der Aufwendungen im Jugendfreizeitbereich nicht mehr als Luxus für gute Zeiten begriffen werden, sondern als Notwendigkeit, um Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, in dieser Gesellschaft und unter diesen Verhältnissen sich eine Lebensperspektive aufbauen zu können. Wer zugesteht, daß die Lebensverhältnisse der Jugendlichen für ihr „abweichendes Verhalten" wie Kriminalität verantwortlich sind, muß sich schon mal daranmachen, diese Verhältnisse in Angriff zu nehmen. Wir denken, daß z.B. die Bereitstellung von leerstehenden Häusern für Jugendliche eine Möglichkeit ist, neben der Schaffung von Wohnraum durch eigenes Tun kollektiv selbständiges Leben zu lernen.

Die Sach- und Personalmittel, die gegenwärtig im Jugendstrafvollzug verpulvert werden, wären in überbetrieblichen Ausbildungsstätten, in der Bereitstellung von Jugend- und Freizeitzentren, in der Schaffung von Möglichkeiten für selbstverwaltete Wohngemeinschaften im Stadtteil, für Beratungs- undf Hilfsangebote im Stadtteil von Sozialarbeitern, die als Partner der Jugendlichen arbeiten und unabhängig von Justiz und Polizei sind, allein sinnvoll angelegt.

Wenn die Jugendlichen Möglichkeiten haben, sich irgendwo wohlzufühlen, akzeptiert und gebraucht zu werden, wenn ihren Bedürfnissen nach finanzieller Unabhängigkeit, d.h. Arbeit, nach Freizeitgestaltung und Kontakt nachgegangen wird, dann wäre der Knast schon deshalb überflüssig, weil es dann kaum noch straffällige Jugendliche geben würde.

(1) Aus: Schumann/Voß/Papendorf, in „Freiheit statt Strafe", Hrsg. H. Ortner
(2) GAL-Anfrage, Bürgerschaftsdrucksache 10/409

Fachgruppe Knast und Justiz/GAL